

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Ed.)

Research Report

Im Sog des Booms. Jahresgutachten 1969/70

Jahresgutachten, No. 1969/70

Provided in Cooperation with:

German Council of Economic Experts

Suggested Citation: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1969) : Im Sog des Booms. Jahresgutachten 1969/70, Jahresgutachten, No. 1969/70, Kohlhammer, Stuttgart

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/75242>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

IM SOG DES BOOMS

Jahresgutachten 1969/70

VERLAG W. KOHLHAMMER GMBH STUTT GART UND MAINZ

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

IM SOG DES BOOMS

Jahresgutachten 1969/70

VERLAG W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ

Erschienen im Dezember 1969

Preis: DM 14,-

Bestellnummer 700600/69

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967¹⁾ legt der Sachverständigenrat hiermit sein sechstes Jahresgutachten vor²⁾.

2. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich gegenwärtig, nach zweieinhalb Jahren stürmischen Aufschwungs, mitten in der Hochkonjunktur. Die boomartige Ausweitung der Nachfrage hat dazu geführt, daß das Produktionspotential seit dem Frühjahr 1969 voll ausgelastet ist. Von den wirtschaftspolitischen Zielen, die die Richtschnur für die Tätigkeit des Sachverständigenrates bilden, sind das Ziel hoher Beschäftigung und das Ziel angemessenen Wachstums derzeit nicht gefährdet.

Dagegen ist es der Wirtschaftspolitik auch in den vergangenen zwölf Monaten, über die hier zu berichten ist, nicht gelungen, das Problem des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts zu lösen. Die steuerlichen Absicherungsmaßnahmen vom November 1968 haben nicht ausgereicht, bei der anhaltenden Hochkonjunktur in den wichtigen Partnerländern die außenwirtschaftlichen Überschüsse auf ein erträgliches Maß abzubauen, den Inflationsimport zu stoppen und auf diese Weise die Binnenwirtschaft zu entlasten. Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß sich der Anstieg der Preise und der Löhne in den letzten Monaten sichtbar beschleunigt hat. Die Aufwertung im Oktober 1969 hat zwar fürs erste die außenwirtschaftliche Flanke gesichert; doch ist die binnenwirtschaftliche Stabilität, besonders die des Preisniveaus, nach wie vor und mehr als jemals in den sechziger Jahren gefährdet.

3. Angesichts dieser Fehlentwicklung sah sich der Sachverständigenrat im vergangenen Jahre dreimal veranlaßt, gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 seines Gesetzes ein zusätzliches Gutachten zu erstellen:

— Das Sondergutachten vom 30. Juni 1969 „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ (SG 69 I); es wurde am 11. Juli veröffentlicht³⁾.

¹⁾ Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 (im folgenden Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannt) und die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt.

Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der früheren Jahresgutachten erläutert.

²⁾ Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist im Anhang III abgedruckt.

³⁾ Zugleich mit diesem Sondergutachten hat der Sachverständigenrat den Wortlaut des Sondergutachtens vom Juli 1968 veröffentlicht, das dem Herrn Bundeskanzler am 3. Juli 1968 mündlich vorgetragen worden war. Beide Gutachten sind als Anhang IV diesem Jahresgutachten beigelegt.

- Das Sondergutachten vom 25. September 1969 „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“ (SG 69 II).
- Das Sondergutachten vom 4. Oktober 1969 „Zur währungs- politischen Situation Anfang Oktober 1969“ (SG 69 III).

Die beiden zuletzt genannten Sondergutachten werden im Anhang veröffentlicht ¹⁾, zusammen mit einem Schreiben des Rates an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft, in dem Mißverständnisse klargestellt werden, die im Zusammenhang mit diesen beiden Sondergutachten aufgetaucht waren.

4. Darüber hinaus hatte der Sachverständigenrat Gelegenheit, die anstehenden wirtschaftspolitischen Probleme mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, den Bundesministern für Wirtschaft und der Finanzen, deren Mitarbeitern sowie den Vertretern der Deutschen Bundesbank, des Bundeskartellamtes, der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu erörtern.

Mitglieder des Rates haben außerdem regelmäßig an den Gesprächen im Rahmen der „Konzertierten Aktion“ beim Bundesminister für Wirtschaft teilgenommen.

5. Staatsminister a. D. Dr. Harald Koch, Dortmund, dessen Amtszeit entsprechend der gesetzlichen Regelung am 1. März 1969 abgelaufen war, und den der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung für eine weitere Amtsperiode berufen hatte, schied am 27. Mai 1969 aus dem Sachverständigenrat aus. Dr. Koch hatte dem Rat seit dessen Bildung angehört. Die Mitteilung an die Presse, die der Rat anlässlich des Ausscheidens von Dr. Koch abgegeben hat, ist im Anhang VII abgedruckt.

6. Dr. Norbert Kloten, Professor an der Universität Tübingen, wurde zum 1. Juni 1969 auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten in den Sachverständigenrat berufen. Er ist an die Stelle von Professor Dr. Wolfgang Stützel getreten, der Mitte September 1968 aus dem Rat ausgeschieden ist.

7. Zahlreiche Führungskräfte aus fast allen Bereichen der Wirtschaft haben dem Sachverständigenrat umfassende und sachliche Auskünfte über eine Reihe für die Arbeit des Rates wichtiger Fragen gegeben. Allen, die hierbei mitgewirkt haben, sagt der Rat besonderen Dank.

8. Die Gespräche, die der Rat mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaft an den Hochschulen und an den Forschungsinstituten im Laufe des Jahres führen konnte, haben ihm für seine Arbeit wertvolle Erkenntnisse vermittelt. Allen Beteiligten gilt der Dank des Rates.

¹⁾ Der Bundesminister für Wirtschaft hat der Veröffentlichung dieser Gutachten am 24. Oktober 1969 zugestimmt.

Vorwort

9. Darüber hinaus dankt der Sachverständigenrat wiederum besonders seinem früheren Generalsekretär, Professor Dr. Olaf Sievert, Dortmund, und seinem früheren Mitarbeiter Dr. Gerhard Fels, Kiel; beide haben dem Rat bei seiner Arbeit wertvolle Hilfe geleistet.

Die Professoren Dr. Hans Besters, Bochum, Dr. Edwin von Böventer, München, Dr. Hans Dürr, Nürnberg, Dr. William Fellner, New Haven, und Dr. Kurt Schmidt, Mainz, sowie Dr. Timothy Josling, London, haben dankenswerterweise schriftlich zu Einzelfragen Stellung genommen und damit die Vorbereitung dieses Gutachtens erleichtert.

Seinem früheren Mitarbeiter Wolfgang Kasper, Kiel, verdankt der Rat Untersuchungen über wechselkurspolitische Probleme, vor allem eine Simulationsstudie, die Teilen des Vierten und Fünften Kapitels zugrunde liegen. Albert Bunge, Saarbrücken, hat dem Rat eine Expertise über Fragen der Agrarpolitik zur Verfügung gestellt, die in den entsprechenden Abschnitt des Fünften Kapitels eingegangen ist.

10. Die Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank hat freundlicherweise für den Sachverständigenrat wiederum umfangreiche statistische Arbeiten durchgeführt; darüber hinaus hat sie uns in vielen Einzelfragen beraten.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahre sehr gut; der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Geschäftsstelle, hat die Arbeiten des Rates sehr erleichtert.

11. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Hilfe seiner Mitarbeiter nicht fertigstellen können. Beim Abschluß dieses Gutachtens gehörten dem wissenschaftlichen Stab des Rates an: Dr. Manfred Feldsieper, Dipl.-Volkswirt Dietmar Gebert, Dipl.-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Dipl.-Volkswirt Bernd Stecher und Dipl.-Volkswirt Horst Tomann.

Ein besonderes Maß an Verantwortung hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Horst Schulmann, zu tragen. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 19. November 1969

W. Bauer H. Giersch N. Klöten M. Schäfer

Inhalt

	Seite
Vorschau	1
Die Lage	1
Die voraussehbare Entwicklung	1
Erstes Kapitel: Zur Konjunkturlage	2
I. Die Weltkonjunktur 1969	2
Boom in Kontinentaleuropa, gebremste Expansion in den Vereinigten Staaten	2
Weltweite Preissteigerungen	2
Anhaltende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte	3
Internationale Zinseskalation	6
II. Ein neuer Boom	7
Anhaltende Expansion der Auslandsnachfrage	7
Übernachfrage nach Investitionsgütern	9
Aufholende Baukonjunktur	10
Kräftiger Lageraufbau	11
Produktionspotential wieder voll ausgelastet	11
Angespannter Arbeitsmarkt	13
Konjunkturelles „Produktivitätswunder“ oder Wachstumsbeschleunigung?	15
Steiler Anstieg der Wareneinfuhr	18
Eine neue Preiswelle	18
Spontane Lohnanpassung	22
Brutto- und Nettoeinkommen	28
Aufholende Verbrauchskonjunktur	30
III. Außenwirtschaft: Vom Ungleichgewicht zum Gleichgewicht?	30
Hartnäckig hohe Überschüsse in der laufenden Rechnung	31
Ungewöhnlich hoher Kapitalexport	33
Entspannung an den Devisenmärkten nach der Aufwertung	34
IV. Öffentliche Finanzen	38
Der Kurs der Finanzpolitik seit dem Herbst 1968	38
Zur Messung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte	41
Erstmals Ansätze zu einer bewußt antizyklischen Finanzpolitik	42
Öffentliche Haushalte möglicherweise nicht wachstumsgerecht	45
Konjunkturdämpfung durch Schuldentilgung und Umschuldung?	47
Geringes Finanzierungsdefizit	48

Inhalt

	Seite
V. Die Finanzierung des Booms	48
Restriktionskurs der Bundesbank bei außenwirtschaftlichen Überschüssen	49
Zunahme der Fremdfinanzierung	51
Tendenzen nach der Aufwertung	52
VI. Preisniveau und Preisstruktur auf mittlere Sicht	52
Der Rhythmus der Geldentwertung	52
Außendeterminiertes Preisniveau	54
Maßstäbe für die Geldentwertung	55
Preisniveau, Preisstruktur und Produktivitätsentwicklung	57
Administrierte Preise	58
Zweites Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung	58
I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1970	59
II. Die öffentlichen Haushalte im Jahre 1970	61
III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur	62
Drittes Kapitel: Risiken und Möglichkeiten 1970/71	70
I. Der Befund im Herbst 1969	70
II. Risiken in der Hochkonjunktur	71
III. Eine Strategie der präventiven Einkommenssicherung	73
Viertes Kapitel: Zu einigen Grundsatzfragen der Konjunkturpolitik	76
I. Konjunkturpolitische Lehren der letzten sechs Jahre	76
II. Wenn die D-Mark flexibel gewesen wäre,	79
Der mittelfristige Aufwertungstrend der Mark	80
Die konjunkturglättende Wirkung des freien Wechselkurses	82
Mögliche Einwände	84
III. Neue Wege in der Konjunkturpolitik	85
Fünftes Kapitel: Zu aktuellen Problemen der Wirtschaftspolitik	87
I. Alternativen zum gegenwärtigen Weltwährungssystem	87
Die Entwicklung des Bretton-Woods-Systems	88
Reform durch größere Flexibilität	89
Wechselkursflexibilität und Integration	92
Wechselkursflexibilität und Agrarpolitik	93

Inhalt

	Seite
II. Agrarpolitik in der wachsenden Wirtschaft	95
Zwischenbilanz	96
Die Agrarwirtschaft und die Ziele des Stabilitäts- und Wachstums- gesetzes	97
Agrarpolitische Fehlentwicklungen	98
Neue agrarpolitische Programme	99
Rahmenbedingungen der Agrarpolitik	101
Die Landwirtschaft im wachstumsbedingten Strukturwandel	101

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wach- tums der Wirtschaft	106
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	107
IV. Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: Binnenwirt- schaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht	108
V. Sondergutachten vom 25. September 1969: Zur lohn- und preispoli- tischen Situation Ende September 1969	121
VI. Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: Zur währungspolitischen Situa- tion Anfang Oktober 1969	123
VII. Pressemitteilung des Sachverständigenrates zum Rücktritt seines Mitgliedes Staatsminister a. D. Dr. Harald Koch	127
VIII. Methodische Erläuterungen	128
IX. Statistischer Anhang	129
Sachregister	194

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite		Seite
1 Reales Brutto sozialprodukt ausgewählter Länder	3	19 Preisindex für die Lebenshaltung	21
2 Indikatoren der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte	5	20 Zur Lohndrift	22
3 Entwicklung des Diskontsatzes in ausgewählten Ländern und des Zinssatzes für Dreimonatsgeld am Euro-Dollar-Markt	6	21 Produktivität und Lohnkosten in der Verarbeitenden Industrie 1958 bis 1969	23
4 Indikatoren der Konjunkturentwicklung	8	22 Ausgaben der privaten Haushalte für dauerhafte Konsumgüter, Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen	30
5 Nachfrageschwankungen 1958 bis 1969	9	23 Zur internationalen Preis- und Kostenentwicklung	31
6 Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen, des Auftragseingangs bei der Investitionsgüterindustrien aus dem Inland und des Verhältnisses zwischen Auftragseingang und Produktionskapazität	9	24 Exporte und Auslandskonjunktur	32
7 Schematische Darstellung des Zusammenhangs zwischen der Veränderung der Auftragseingänge und der Auftragsbestände bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten	10	25 Langfristiger Kapitalexport und Anleiherenditen	34
8 Lagerzyklen	11	26 Wechselkurse und Währungsreserven	35
9 Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	12	27 Nettofinanzierungssaldo und Verschuldung der öffentlichen Haushalte	47
10 Zur Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials	12	28 Liquiditätsquote der Kreditinstitute und Geldmarktsätze	50
11 Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13	29 Zinsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	51
12 Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen	14	30 Die längerfristige Entwicklung der Preise	53
13 Arbeitskräftemangel in der Verarbeitenden Industrie	15	31 Die Entwicklung der Verbraucherpreise in konjunkturellen Aufschwungsphasen	54
14 Arbeitsproduktivität	15	32 Internationaler Preiszusammenhang	55
15 Zur Entwicklung der Wareneinfuhr	17	33 Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts	65
16 Preiszyklen 1958 bis 1969	18	34 Die gesamtwirtschaftlichen Ziele und ihre Verwirklichung	77
17 Erzeugerpreise	19	35 Preis- und Kostenstruktur bei festem und flexiblem DM-Kurs	81
18 Die Entwicklung der Außenhandelspreise nach der Aufwertung 1961 und nach dem Absicherungsgesetz 1968	20	36 Hypothetischer Pfad der DM-Aufwertung von Mitte 1964 bis Mitte 1969	84
		37 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	86

Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite		Seite
1 Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	4	13 Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	48
2 Quellen des Arbeitskräfteangebots	14	14 Preisindex für die Lebenshaltung	56
3 Komponenten der Produktivitätsentwicklung 1959 bis 1969	16	15 Zur Auslandskonjunktur	60
4 Produktivitäts- und Reallohnentwicklung der Gesamtwirtschaft	24	16 Einnahmen und Ausgaben des Staates	62
5 Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse	25	17 Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte	63
6 Preisanstieg und Einkommensteuerprogression	29	18 Gesamtnachfrage	64
7 Übersicht zahlungsbilanzpolitisch wichtiger Ereignisse	36	19 Komponenten des Bruttosozialprodukts	64
8 Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse	39	20 Einkommensverteilung	67
9 Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	43	21 Preisentwicklung	68
10 Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte 1967 bis 1969	44	22 Außenhandel	68
11 Ergebnisse der Steuerschätzungen für das Jahr 1969	45	23 Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	69
12 Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden	46	24 Preise ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse	97
		25 Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds	98
		26 Die Bundesausgaben zur Förderung der Landwirtschaft	99

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

	Seite		Seite
27 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	134	40 Verschuldung der öffentlichen Haushalte	154
28 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	135	41 Entwicklung der Bankenliquidität	155
29 Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	136	42 Konsolidierte statistische Bilanz der Banken ..	156
30 Sozialprodukt und Volkseinkommen	138	43 Geldbestands-Indikatoren	157
31 Verteilung des Volkseinkommens	140	44 Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie	158
32 Volkseinkommen und Produktivität	141	45 Umsatz in der Industrie	161
33 Verwendung des Sozialprodukts	142	46 Beschäftigte in der Industrie	164
34 Investitionen der Unternehmen	144	47 Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie ..	166
35 Bauinvestitionen	145	48 Industrielle Produktion	167
36 Käufe der inländischen privaten Haushalte für den privaten Verbrauch	146	49 Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	168
37 Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	148	50 Baugenehmigungen	169
38 Einnahmen und Ausgaben des Staates	150	51 Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	170
39 Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	152	52 Einzelhandelsumsatz	171
		53 Zahlungsbilanz	172

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

	Seite		Seite		
54	Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte im Außenhandel	174	63	Index der Grundstoffpreise	184
55	Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	175	64	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	185
56	Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	176	65	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	186
57	Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	177	66	Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter ..	187
58	Warenausfuhr nach Ländergruppen	178	67	Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter ..	188
59	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	179	68	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	189
60	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	180	69	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	190
61	Langfristiger privater Kapitalverkehr mit dem Ausland	182	70	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	191
62	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	183	71	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	192
			72	Löhne und Gehälter	193

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt. Angaben für die Industrie gelten für Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds). Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Hj.	=	Halbjahr
Vj.	=	Vierteljahr
Mill.	=	Millionen
Mrd.	=	Milliarden
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
BBk	=	Deutsche Bundesbank
CST	=	Classification for Statistics and Tariffs — Classification Statistique et Tarifaire
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IWF	=	Internationaler Währungsfonds
OECD	=	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
UN	=	Vereinte Nationen
VDMA	=	Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Frankfurt/M.
WWI	=	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln

Zeichenerklärung

- = nichts
- 0** = weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- .** = kein Nachweis
- ...** = Angaben fallen später an
- oder |** = Der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
- ×** = Nachweis ist nicht sinnvoll oder Fragestellung trifft nicht zu

Vorschau

Die Lage

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1969 ergibt sich aus unserer Diagnose folgendes Bild:

- Nach einem stürmischen Konjunkturaufschwung befindet sich unsere Wirtschaft im Herbst 1969 mitten in der Hochkonjunkturphase ihres fünften Wachstumszyklus. Kennzeichnend für die Lage sind: Eine boomartige Nachfrageexpansion, eine nachfrageinduzierte Lohnwelle, ein beschleunigter Preisanstieg und ein anhaltend hoher Leistungsbilanzüberschuß.
- Das reale Bruttosozialprodukt wird 1969 voraussichtlich um $7\frac{1}{2}$ vH und damit ebenso stark zunehmen wie 1968; diese Zuwachsrate übertrifft alle Erwartungen. Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten war 1969 wieder so hoch wie 1960 und um gut $1\frac{1}{2}$ vH höher als 1965.
- Die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer ist 1969 um 600 000 höher als 1968, die Arbeitslosigkeit ist auf den Tiefstand von 1965/66 zurückgegangen. Seit Herbst 1968 wurden 100 000 Arbeitslose und 400 000 ausländische Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß eingegliedert.
- Das Ziel eines stabilen Preisniveaus wurde 1969 nicht erreicht. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte war im Oktober 1969 um 2,8 vH, der Index der industriellen Erzeugerpreise um 3,9 vH höher als zwölf Monate zuvor. Seit September 1969 zeigt sich auch bei dem Preisauftrieb der industriellen Verbrauchsgüter eine deutliche Beschleunigungstendenz.
- Infolge eines sehr langen Lohn-Lags waren die Verteilungsproportionen bis in die zweite Hälfte des Jahres 1969 hinein zugunsten der Gewinne verzerrt. Eine Lohnwelle im Herbst 1969 hat bewirkt, daß die Effektivlöhne im vierten Vierteljahr 1969 um rund 5 vH höher liegen als im Durchschnitt des Jahres (und um rund 12 vH höher als ein Jahr zuvor); sie hat dazu beigetragen, daß Anfang 1970 die Verteilungsproportionen keine konjunkturbedingten Verzerrungen mehr aufweisen werden.
- Der Überschuß im Waren- und Leistungsverkehr 1969 wird voraussichtlich um 2,5 Mrd. DM niedriger sein als im Vorjahr. Mit 16 Mrd. DM ist der „Außenbeitrag“ jedoch erheblich höher, als es den mittelfristigen Zielvorstellungen der Bundesregierung entspricht. Die Kosten- und Preisdisparität gegenüber dem Ausland wurde durch die steuerlichen Absicherungsmaßnahmen vom November 1968 etwas verringert; aber erst die Aufwertung vom Oktober 1969 war, was die Kosten- und Preisdisparität anlangt, ein wesent-

licher Schritt in Richtung auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht.

- Obwohl dem Leistungsbilanzüberschuß ein hoher langfristiger Kapitalexport gegenüberstand, mußte die Bundesbank im Zuge zweier Spekulationswellen eine flutartige Liquidisierung der westdeutschen Wirtschaft hinnehmen. Die Geldimporte durchkreuzten ihren Restriktionskurs, so daß eine spürbare Konjunkturdämpfung ausblieb. Der Rückstrom von Auslandsgeldern nach der Aufwertung scheint der Geldpolitik zur Wirksamkeit zu verhelfen. Durch eine Senkung der Mindestreservesätze hat sich die Bundesbank der neuen Lage vorsichtig angepaßt.

Die voraussehbare Entwicklung

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1970 ergibt sich aus unserer Prognose folgendes Bild:

- Die Hochkonjunktur wird im ersten Halbjahr höchstwahrscheinlich noch anhalten; denn sehr hohe Auftragsbestände dürften die volle Auslastung der Kapazitäten zumindest bis zur Jahresmitte sichern. Für das zweite Halbjahr rechnen wir mit einer Konjunkturberuhigung.
- Wie in früheren Zyklen steht zu erwarten, daß die Expansion 1970 nach Überschreiten des konjunkturellen Höhepunktes überwiegend von der Binnennachfrage und dabei vornehmlich von der Verbrauchskonjunktur getragen wird. Die Baukonjunktur wird voraussichtlich weiter aufholen, die Expansion der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern abklingen.
- Das reale Bruttosozialprodukt wird 1970 weniger zunehmen als 1969, zunächst weil die Grenzen des Produktionspotentials erreicht sind, und dann — in der zweiten Jahreshälfte — weil die Nachfrageentwicklung etwas hinter dem Wachstum des Produktionspotentials zurückbleiben wird.
- Anders als in den Spätphasen früherer Zyklen besteht dank der Aufwertung eine echte Chance, daß sich der Kosten- und Preisauftrieb nicht wesentlich beschleunigt, falls es zu der geplanten Agrarpreissenkung kommt und diese auf die Nahrungsmittelpreise durchschlägt. Doch ist die Gefahr einer spiralförmigen Kosten- und Preisbewegung noch nicht gebannt.
- Unter dem Einfluß der Aufwertung, einer leicht abgeschwächten Weltkonjunktur und einer nach wie vor guten Inlandskonjunktur wird sich der außenwirtschaftliche Überschuß 1970 vermutlich weiter zurückbilden, wenn auch nur langsam.

ERSTES KAPITEL

Zur Konjunkturlage

I. Die Weltkonjunktur 1969

1. Die Weltkonjunktur war 1969 gekennzeichnet
 - durch eine kräftige Expansion in den meisten großen Industrieländern (Ziffern 2 ff.),
 - durch eine Beschleunigung des Preisauftriebs (Ziffern 7 f.),
 - durch ein Anhalten der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte (Ziffern 9 ff.) und
 - durch eine Welle von Zinssteigerungen (Ziffern 16 ff.).

Boom in Kontinentaleuropa, gebremste Expansion in den Vereinigten Staaten

2. In den Ländern Kontinentaleuropas vollzog sich die konjunkturelle Expansion seit Mitte 1968 ungewöhnlich gleichläufig. In den drei großen EWG-Ländern — der Bundesrepublik (Ziffern 21 ff.), Frankreich und Italien — stieg das reale Bruttosozialprodukt ungefähr im gleichen Tempo.

Nach den Maiunruhen 1968 verstärkte sich der wirtschaftliche Aufschwung in Frankreich. Die Expansion hielt bisher unvermindert an. Sie wurde zunächst getrieben von den privaten Verbrauchsausgaben, die nach der Lohnwelle kräftig anstiegen. Dem Nachfragesog und dem Kostendruck folgte seit Herbst 1968 eine Investitionswelle. Die Geld- und die Fiskalpolitik setzte der anschließenden Preiswelle wenig Widerstand entgegen; mit zunehmendem Inflationstempo ging die Sparneigung erwartungsgemäß zurück. Eine massive Lageraufstockung heizte den Boom weiter an. Die Gesamtnachfrage wird 1969 um 15 vH höher sein als 1968, das reale Bruttosozialprodukt um rund 8,5 vH.

Auch Italien befindet sich in einem boomartigen Aufschwung. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1969 um rund 6,5 vH über dem des Vorjahres liegen. Hauptträger der Expansion waren hier die Exporte und die Investitionen. Nachdem die Löhne seit dem Frühjahr 1969 kräftig erhöht worden sind, setzt nun auch eine Konsumwelle ein.

3. In den übrigen kontinentaleuropäischen Ländern wurden die internen Auftriebskräfte durch die kräftige Importnachfrage aus der Bundesrepublik, Frankreich und Italien verstärkt. Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts wird in den meisten dieser Länder 1969 wesentlich höher sein als 1968 (Schaubild 1).

4. In Großbritannien sind die wirtschaftspolitischen Maßnahmen vom November 1968 und März 1969

sowie die rigorose Restriktionspolitik der Bank von England nicht ohne Wirkungen geblieben. Der private Verbrauch und die Investitionen sind, real gerechnet, vom zweiten Halbjahr 1968 zum ersten Halbjahr 1969 leicht zurückgegangen; die Arbeitslosigkeit hat seit Anfang 1969 wieder zugenommen. Seit Mitte 1969 zeichnet sich eine leichte Beschleunigung der Expansion ab, die weitgehend auf die günstige Entwicklung der Exporte zurückzuführen ist. Das reale Bruttosozialprodukt wird 1969 etwa um 2,5 vH über dem des Vorjahres liegen.

5. In den Vereinigten Staaten hat sich, nicht zuletzt wegen der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik, die Expansion erwartungsgemäß verlangsamt. Schon seit Anfang 1969 nahm die private Wohnungsbau-tätigkeit ab. Der Anstieg der gewerblichen Anlageinvestitionen und der Staatsausgaben schwächte sich in der ersten Hälfte 1969 ab. Obwohl Lageraufbau und privater Verbrauch noch recht lebhaft waren, kam es seit Anfang des Jahres zu einem leichten Rückgang in der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Die Arbeitslosigkeit nahm seit März 1969 wieder zu, und die Industrieproduktion stagnierte ab August 1969.

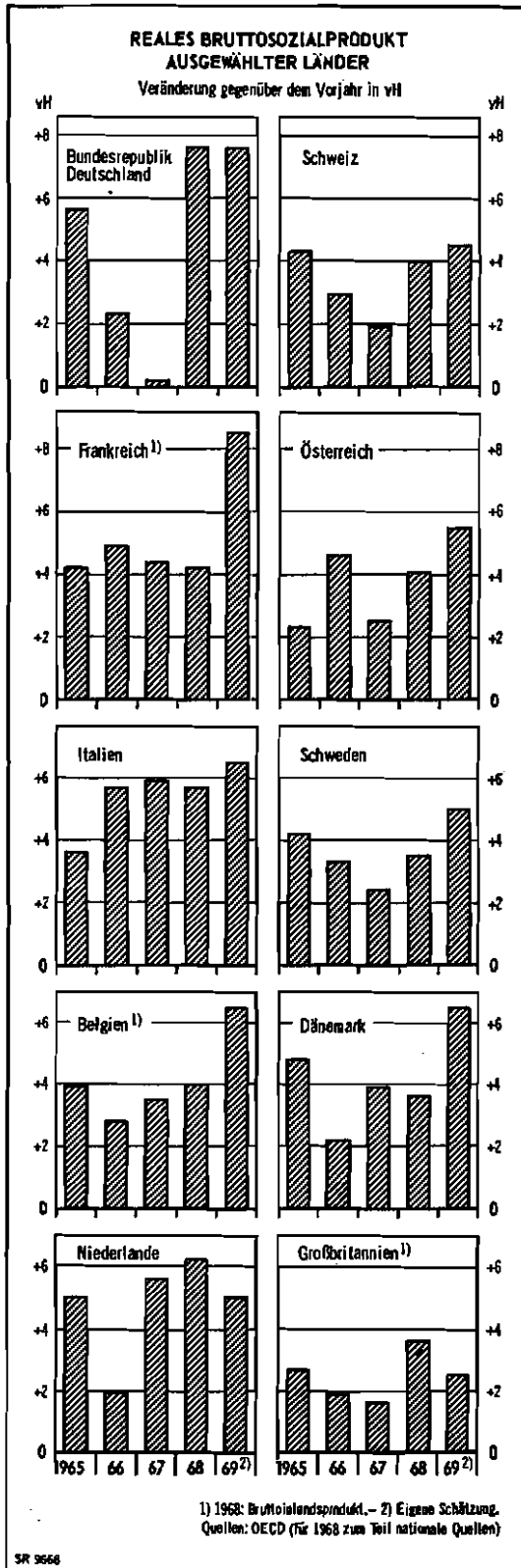
6. Japan befindet sich in der längsten Expansionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufschwung hält seit Anfang 1966 ungebrochen an. Die Zuwachsrates des realen Bruttosozialprodukts liegt 1969 mit gut 12 vH nur wenig unter der des Vorjahres, nicht zuletzt dank kräftig expandierender Exporte. Der Überschuß der Leistungsbilanz wird folglich 1969 noch wesentlich größer sein als 1968. Im Gegensatz zu früheren Zyklen, als sich die Leistungsbilanz bei einer anhaltenden Expansion nachhaltig verschlechterte, gab es in diesem Aufschwung keine zahlungsbilanzpolitischen Gründe für eine Restriktion. Die japanische Regierung unternahm sogar Schritte zur Liberalisierung von Einfuhren.

Weltweite Preissetzungen

7. Die Inflationsrate ist in den meisten Ländern 1969 nochmals gestiegen. Das Niveau der Verbraucherpreise erhöhte sich im Durchschnitt der dreizehn wichtigsten Industrieländer schätzungsweise um 5 vH, nach 4 vH im Jahre 1968. Die Streuung der Inflationsraten hat sich nicht verringert (Tabelle 1); die Preisdisparitäten zwischen den einzelnen Ländern sind 1969 bis zu den Wechselkursänderungen in Frankreich und der Bundesrepublik eher noch größer geworden.

8. Unter diesen Umständen erhielten Bemühungen zur Eindämmung der Inflation in vielen Ländern

Schaubild 1



Priorität. So versuchten die Vereinigten Staaten ab Mitte 1968, mit einem befristeten, aber kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und einer seit Anfang 1969 zunehmend restriktiven Geldpolitik, die das Zinsniveau auf eine seit der Weltwirtschaftskrise nicht mehr erreichte Höhe ansteigen ließ (Ziffer 16), den Preisauftrieb zu dämpfen. Eine Wirkung ist bisher nicht festzustellen. Mit einer wesentlichen Verringerung des Anstiegs der Preise kann auch bis Anfang 1970 kaum gerechnet werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Verbraucherpreisniveau um etwa 5 1/2 vH höher sein als 1968.

In Frankreich setzte sich der starke Anstieg der Verbraucherpreise 1969 weiter fort. Die Abwertung dürfte den inflatorischen Trend zunächst sogar weiter verstärken, obwohl zusammen mit der Abwertung finanzpolitische Restriktionsmaßnahmen und eine Kontingentierung und Verteuerung der Kredite beschlossen wurden.

In Italien stiegen die Verbraucherpreise, die von Mitte 1967 bis Ende 1968 nahezu stabil geblieben waren, wieder an, seit Anfang 1969 mit einer Jahresrate von über 4 vH. Angesichts einer kräftigen Lohnwelle ist für die kommenden Monate zu erwarten, daß sich der Preisanstieg weiter beschleunigt.

In den Niederlanden kam es nach dem Übergang zum Mehrwertsteuersystem Anfang 1969 zu großen Preissteigerungen — bereits im März 1969 lag der Verbraucherpreisindex um gut 5 vH über dem Stand von Dezember 1968 —, so daß die Regierung Anfang April einen Preisstopp verkünden mußte. Seitdem ist der Preisindex nicht mehr gestiegen.

In Großbritannien hat sich die Inflationsrate trotz einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik kaum verringert. Die Verbraucherpreise stiegen im ersten Halbjahr 1969 mit einer Jahresrate von 7 vH; dies ist zu einem Teil allerdings auf die Erhöhung der indirekten Steuern zurückzuführen.

Anhaltende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

9. Mehr als in früheren Jahren ist 1969 der Konflikt zu Tage getreten, der im heutigen Währungssystem zwischen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen besteht:

— In Frankreich betrieben die wirtschaftspolitischen Instanzen seit Ende 1968 einen vorsichtigen Restriktionskurs, in der Hoffnung, damit sowohl eine Abwertung des Franken als auch größere beschäftigungspolitische Nachteile vermeiden zu können. Als sich im Laufe des Jahres 1969 immer deutlicher zeigte, daß beide Absichten nicht miteinander vereinbar waren, wertete die französische Regierung den Franken ab. Dadurch glaubte sie, Spielraum für eine beschäftigungsneutrale Binnenrestriktionspolitik geschaffen zu haben.

— In Großbritannien schlug man einige Zeit nach der Pfundabwertung 1967 aus Zahlungsbilanzgründen einen Kurs immer schärferer Nachfrage-drosselung ein. Diese Politik beginnt zwar Erfolg

Tabelle I

Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern ¹⁾
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1967	1968	1969 ²⁾	1968		1969	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	3. Vj. ³⁾
Vereinigte Staaten	2,8	4,2	5,4	3,9	4,5	5,2	5,6
Großbritannien	2,5	4,7	5,3	3,7	5,6	5,9	5,0
Frankreich	2,7	4,6	6,0	4,1	5,1	6,0	6,3
Niederlande	3,4	3,7	7,4	3,9	3,6	7,8 ^{a)}	7,1 ^{a)}
Belgien	2,9	2,7	3,7	3,0	2,5	3,5	3,9
Italien	3,2	1,4	2,7	1,8	0,8	1,6	3,4
Bundesrepublik Deutschland	1,5	1,8	2,6	1,5 ^{a)}	2,2 ^{a)}	2,5	2,8
Wichtigste Industrieländer ⁴⁾	2,9	3,9	5,0	3,8	4,2	4,7	5,2

¹⁾ In Landeswährung.

²⁾ Eigene Schätzung.

³⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Österreich, Schweden, Schweiz (zusammengewogen mit den Anteilen am gesamten Bruttoozialprodukt dieser Länder im Jahre 1966).

^{a)} Durch Einführung der Mehrwertsteuer beeinflusst.

Quelle: OECD

zu zeigen, doch ist sie mit beträchtlicher Arbeitslosigkeit verbunden (Arbeitslosenquote im August 1969 saisonbereinigt rund 2,6 vH).

- In den Vereinigten Staaten stand die binnenwirtschaftliche Aufgabe der Inflationsbekämpfung 1969 im Einklang mit dem außenwirtschaftlichen Ziel, das Zahlungsbilanzdefizit zu beseitigen. Freilich sind außenwirtschaftliche Überlegungen etwas in den Hintergrund getreten, seitdem durch die Spaltung des Goldmarktes die Garantie der Dollar-Gold-Parität eingeschränkt worden ist (Ziffern 273 ff.).
- Die Bundesrepublik stand seit Frühjahr 1969, als sich zeigte, daß die Wirkungen des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes nicht ausreichten, vor einem akuten Konflikt zwischen den preis- und konjunkturpolitischen Erfordernissen im Innern und der Notwendigkeit, die lang anhaltenden außenwirtschaftlichen Überschüsse zu vermindern (Ziffern 130 ff.).
- Auch Italien geriet seit Mitte 1968 in einen immer stärkeren Konflikt zwischen Preisstabilität im Innern und einem außenwirtschaftlichen Überschuß-Ungleichgewicht. Seit der Verschärfung der sozialen Konflikte im Spätsommer 1969 zeichnet sich ab, daß das Zahlungsbilanzgleichgewicht gänzlich zu Lasten der Geldwertstabilität wiederhergestellt wird.
- Japan sah sich 1969 zunehmenden Zahlungsbilanzüberschüssen gegenüber, obwohl die interne Nachfrage rasch expandierte und die Binnenpreise kräftig anstiegen (1969 : 5,5 vH); Preis-

stabilität hat in Japan allerdings geringere Priorität als andere wirtschaftspolitische Ziele.

10. Da die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte 1969 anhielten und sich noch verschärften, rechnete man allgemein mit Paritätsänderungen, vor allem mit einer Aufwertung der D-Mark und einer Abwertung des französischen Franken. Zu großen Spekulationswellen kam es im November 1968 und Mai 1969 (Ziffern 101 ff.). Zu einem Zeitpunkt, als man dies kaum erwartete, wurde dann der französische Franken am 8. August 1969 abgewertet. Vor den Wahlen zum Sechsten Deutschen Bundestag setzte erneut eine Spekulationswelle auf die D-Mark ein. Nach den Wahlen wurde der D-Mark-Kurs freigegeben; am 24. Oktober 1969 wurde die D-Mark-Parität neu festgesetzt.

11. Wie groß die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte waren, läßt sich schwer messen:

Die Höhe der Devisenbestände erlaubt weder zuverlässige Rückschlüsse auf die schwebenden Verpflichtungen und Forderungen noch auf die Möglichkeit, sich internationale Liquidität zu beschaffen.

Auch die Entwicklung der sogenannten Grundbilanz ¹⁾ läßt keinen sicheren Schluß auf das Ausmaß des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts zu. Zum einen sind die langfristigen Kapitalbewegungen durch Konvertibilitätsbeschränkungen in vielen Ländern verzerrt, und zum anderen läßt sich nicht genau abschätzen, welcher Teil der Kapitalexporte der

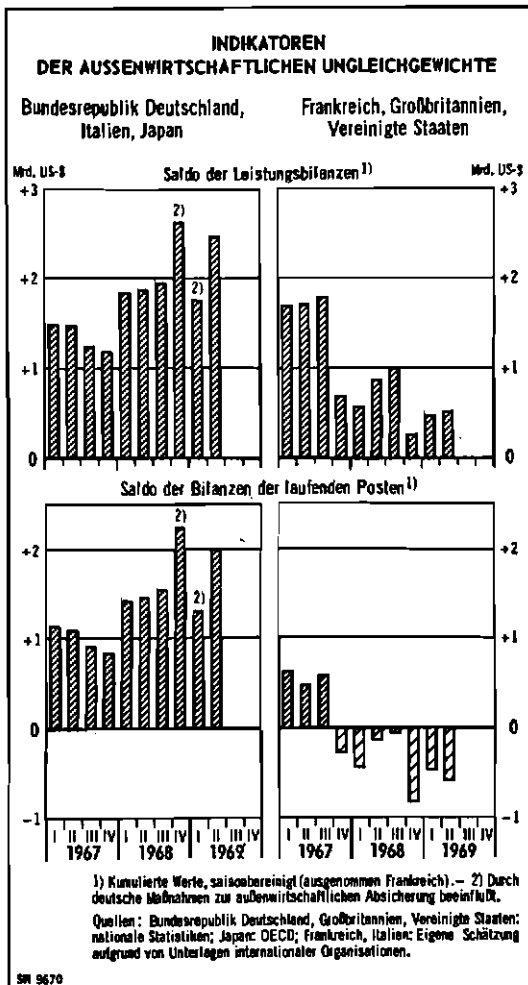
¹⁾ Bilanz der laufenden Posten und des langfristigen Kapitalverkehrs.

Überschußländer autonom ist, also weder auf zahlungsbilanzbedingten Förderungsmaßnahmen noch auf solchen Verschiebungen der Zinsrelationen beruht, die mit den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zusammenhängen und möglicherweise nur vorübergehender Natur sind (JG 68 Ziffer 87).

Einen Eindruck, ob sich ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht vergrößert oder vermindert, vermitteln am ehesten die Veränderungen des Saldos der Leistungsbilanz und der Bilanz der laufenden Posten.

Geht man von den Leistungsbilanzsalden aus, so zeigt sich, daß der Überschuß der Bundesrepublik, Italiens und Japans zusammen — also von drei Ländern mit „aufwertungsverdächtigen“ Währungen — von Mitte 1967 an kontinuierlich gestiegen ist. Andererseits hat sich der Leistungsbilanzüberschuß von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten zusammen — also von Ländern, deren Währungen als „abwertungsverdächtig“ galten — seit Mitte 1967 kräftig vermindert. Der Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten hat sich in der gleichen Zeit in ein Defizit verwandelt (Schaubild 2).

Schaubild 2



12. Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik verminderte sich trotz einer beträchtlichen Importzunahme bisher nicht nennenswert, da auch die Auslandsnachfrage nach deutschen Waren kräftig stieg. Im Jahre 1969 wird sich der Überschuß in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik auf etwa 16 Mrd. DM belaufen.

Für Italien ist seit jeher charakteristisch, daß die Dienstleistungsbilanz stark aktiv, die Handelsbilanz passiv ist. Das Handelsbilanzdefizit vergrößerte sich 1969, weil die Importe im Zuge des kräftigen Aufschwungs und des beschleunigten Preisauftriebs wesentlich stärker zunahm als die Exporte. Die gesamte Leistungsbilanz dürfte wohl 1969 mit einem ebenso hohen Überschuß wie 1968 (2,2 Mrd. US-Dollar) abschließen.

Die japanische Überschußposition wird sich 1969 im Vergleich zum Vorjahr erheblich verstärken. Für 1969 ist mit einem Überschuß der Leistungsbilanz in der Größenordnung von 2,6 Mrd. US-Dollar zu rechnen; das sind rund 1,4 Mrd. US-Dollar mehr als im Vorjahr.

13. Der Leistungsbilanzüberschuß der Vereinigten Staaten wird sich 1969 gegenüber 1968 stark vermindern und abermals wesentlich geringer sein, als es zum Ausgleich der Übertragungsverpflichtungen — insbesondere der Militärausgaben und der Entwicklungshilfeleistungen — erforderlich wäre. Im ersten Halbjahr 1969 betrug der Überschuß der Leistungsbilanz, saisonbereinigt, nur noch 640 Mill. US-Dollar gegenüber 1,3 Mrd. US-Dollar im gleichen Vorjahreszeitraum. Allerdings zeichnet sich seit Mitte 1969 eine deutliche Verbesserung in der Handelsbilanz ab, da die Importe wegen der Abschwächung der konjunkturellen Expansion nur noch langsam zunehmen. Das Defizit in der Bilanz der laufenden Posten wird für das ganze Jahr 1969 auf mehr als 1 Mrd. US-Dollar geschätzt.

14. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht Großbritanniens hat sich 1969 verringert, insbesondere weil das Defizit der Handelsbilanz, das 1968 noch 1,6 Mrd. US-Dollar betrug, in diesem Jahr um mehr als die Hälfte zurückgehen dürfte; man kann annehmen, daß sich die günstige Exportkonjunktur, die sich Mitte 1969 anbahnte, fortsetzen wird. Angesichts des traditionell hohen Überschusses in der Dienstleistungsbilanz wird Großbritannien 1969 vermutlich sogar einen Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten von rund 0,6 Mrd. US-Dollar erzielen.

15. In Frankreich bildete sich nach den Unruhen im Mai 1968 infolge der internen Inflation und des inländischen Nachfragesogs rasch ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht heraus. Das Handelsbilanzdefizit wurde von Vierteljahr zu Vierteljahr größer. Seit Frühjahr 1969 haben sich die Defizite beträchtlich erhöht. Angesichts dieser Entwicklung entschloß sich die französische Regierung am 8. August 1969 zu einer Abwertung des Franken um 11,1 vH.

Die Abwertung verbesserte die Wettbewerbsposition der französischen Produzenten nicht so stark,

wie der Abwertungssatz auf den ersten Blick vermuten läßt:

- Die Abwertung des Franken war in den Terminkursen seit Monaten zum großen Teil eskomptiert.
- Auch im Sortenhandel wurde der Franken seit Monaten weit unter der Parität gehandelt.
- Die Exportfinanzierung wird seit der Abwertung weniger stark subventioniert. Die Kosten werden durch die Importverteuerung weiter steigen.

Internationale Zinneskalation

16. Seit der zweiten Jahreshälfte 1968 kam es in den westlichen Industriestaaten zu einer raschen Zinssteigerung, die die Zinsen für kurz- und für längerfristige Kredite auf ein Niveau brachte, das in vielen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg noch nicht erreicht worden ist.

Die seit Anfang 1969 zunehmend restriktive Kreditpolitik in den Vereinigten Staaten löste kräftige Zinssteigerungen aus, die sich sofort auf den Euro-Dollar-Markt übertrugen, auf den viele amerikanische Banken auswichen. Im Verlaufe von 1969 stiegen die kurz- und längerfristigen Zinssätze in den Vereinigten Staaten auf ein Rekordniveau¹⁾. Dies führte zu einem weiteren Anstieg der Sätze am Euro-Dollar-Markt.

17. Um zu verhindern, daß es infolge des raschen Zinsanstiegs am Euro-Dollar-Markt zu hohen Kapitalexporten und möglicherweise starken Devisen-

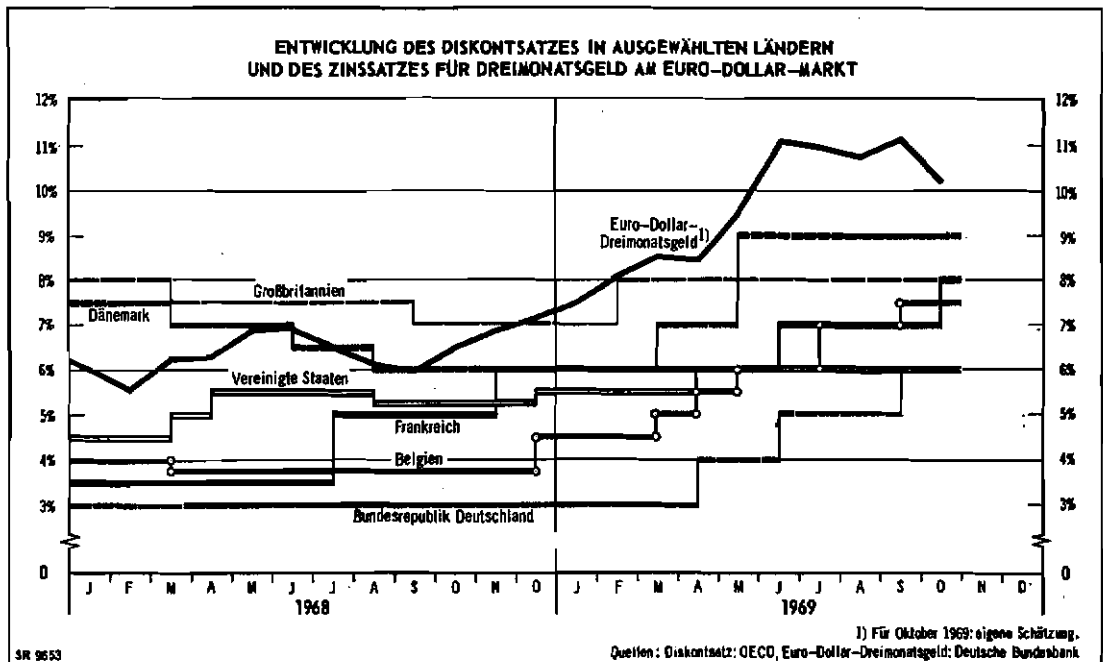
verlusten kommt, erhöhten einige Notenbanken Anfang 1969 prophylaktisch den Diskontsatz. Als im April/Mai 1969 die Erwartung einer baldigen D-Mark-Aufwertung den internationalen Märkten weitere Liquidität entzog, verschärfte dies noch den internationalen Zinsanstieg. Einige Länder hoben daraufhin aus Zahlungsbilanzgründen erneut den Diskontsatz an (Schaubild 3).

18. Auch in Frankreich wurden die Zinsen im Laufe des Jahres 1969, im Einklang mit dem binnenwirtschaftlich orientierten Restriktionskurs, mehrmals heraufgesetzt. Nach der Abwertung wurde der restriktive Kurs der Kreditpolitik verschärft. Anfang Oktober erhöhte die französische Zentralbank — wohl auch, um den Spekulationen auf eine weitere Abwertung entgegenzutreten — den Diskontsatz um einen vollen Prozentpunkt auf 8 Prozent.

19. In der Bundesrepublik blieb das Zinsniveau bis zum Frühjahr 1969 weitgehend konstant. Dies war trotz steigender Zinssätze im Ausland möglich, weil seit der Jahreswende immer mehr mit einer Aufwertung gerechnet wurde, was sich in den hohen Reports der D-Mark niederschlug. Mit dem weiteren Zinsanstieg im Ausland gewann die Bundesbank zunehmend kreditpolitischen Spielraum, den sie nutzte, indem sie den Diskontsatz bis auf

¹⁾ Beispielsweise stieg die 'prime rate', der Sollzins für kurzfristige Kredite an erste Adressen, seit Anfang 1969 um über 2 Prozentpunkte auf 8,5 Prozent; im September 1969 bot das amerikanische Schatzamt eine längerfristige Konversionsanleihe an, die mit knapp 8 Prozent die in diesem Jahrhundert höchste Effektivverzinsung für amerikanische Staatspapiere aufwies.

Schaubild 3



6 Prozent erhöhte und die Mindestreserveanforderungen verschärfte. Diese Politik, die aus binnenwirtschaftlichen Gründen angebracht war, hat dazu beigetragen, daß andere Länder aus Zahlungsbilanzgründen ihre Zinsen hochhalten mußten.

20. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß einerseits die zunehmend restriktive Geldpolitik das Zinsniveau weltweit hochgetrieben hat; andererseits waren die drei folgenden Faktoren von Bedeutung:

- die Beschleunigung der Inflationsrate in den meisten Ländern,
- die ungewöhnlich gleichläufige konjunkturelle Expansion, die die Möglichkeiten zu einem Liquiditätsausgleich zwischen den Ländern verringerte, und
- die Erwartungen auf Paritätsänderungen, die zu beträchtlichen spekulativen Geldbewegungen von Land zu Land führten und die die Notenbanken dazu veranlaßten, zur Abwehr von Devisenverlusten weitere Diskonterhöhungen vorzunehmen.

II. Ein neuer Boom

21. Im Herbst 1969 befindet sich die westdeutsche Wirtschaft auf dem Höhepunkt eines Konjunkturaufschwungs, der in seiner Intensität eher mit dem Aufschwung von 1959/60 als mit dem von 1964/65 vergleichbar ist.

Wie in früheren Zyklen waren die Auslandsnachfrage (Ziffern 23 ff.), die inländische Nachfrage nach Ausrüstungsgütern (Ziffern 27 ff.) und der Lageraufbau (Ziffern 34 ff.) die treibenden Kräfte. Die inländische Nachfrage nach Verbrauchsgütern ist — wie immer in Aufschwungsphasen — hinter der Entwicklung der Gesamtnachfrage zurückgeblieben (Ziffer 86). Auch hat die Bauachfrage diesmal nicht dieselbe Intensität erreicht wie in den vorangegangenen Konjunkturzyklen (Ziffern 30 ff.).

22. Die Wende zum Boom zeichnete sich nach dem Jahreswechsel 1968/69 deutlich ab. Während im Herbst 1968 noch Angebotsreserven vorhanden waren, ging die Nachfrageexpansion 1969 beträchtlich über die Produktionsmöglichkeiten hinaus (Schaubild 4). Die Auftragseingänge in der Industrie nahmen zu Beginn des Jahres 1969 sprunghaft zu. Während sich die Auslandsbestellungen zunächst auf dem hohen Frühjahrsniveau hielten und sich erst im September wieder kräftig erhöhten, stiegen die Inlandsbestellungen bis in den Herbst hinein steil an. Bei weitgehend voll ausgelasteten Kapazitäten konnte das heimische Angebot mit der Nachfrage nicht mehr Schritt halten; die Fertigwarenlager wurden vielfach als unzureichend angesehen. Die Auftragsbestände in der Industrie waren im Herbst 1969, gemessen an den vorhandenen Produktionskapazitäten, höher als im Jahre 1961. Vielfach wurde die Produktion auch durch Engpässe bei den Vorlieferanten und durch Arbeitskräftemangel behindert. Allenthalben wurde über lange Lieferfristen geklagt.

Auf dem Arbeitsmarkt und auf den Gütermärkten zeigte sich die konjunkturelle Anspannung in einer allmählichen Beschleunigung des Lohn- und Preisanstiegs. Im Frühherbst 1969 gerieten die Löhne, die bis dahin hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben waren, auf breiter Front in Bewegung (Ziffern 65 ff.). Der konjunkturelle Preisauftrieb ist inzwischen stärker als im Winter 1960/61, kurz vor der Aufwertung, und stärker als in der zweiten Jahreshälfte von 1964, auch wenn er in den Verbraucherpreisen bisher noch nicht so sichtbar geworden ist (Ziffer 58).

Anhaltende Expansion der Auslandsnachfrage

23. Obwohl die Exportpreise nach der steuerlichen Ersatzaufwertung von November 1968 erheblich stiegen, hielt der kräftige Nachfragesog aus dem Ausland auch 1969 an. Die Auslandsbestellungen, die 1968 in Erwartung von Paritätsänderungen stark zugenommen hatten, im Herbst sogar schubartig, erreichten im Spätsommer 1969 einen neuen Rekordstand. Entscheidend dafür waren die anhaltende wirtschaftliche Expansion in den meisten kontinental-europäischen Ländern und das im Vergleich zum Ausland niedrigere inländische Preis- und Kosten-niveau. Darüber hinaus ist zu vermuten, daß auch die Erwartung einer baldigen D-Mark-Aufwertung der Auslandsnachfrage zusätzlichen Auftrieb gegeben hat.

24. Die mancherorts gehegten Erwartungen, daß sich die Auslandsnachfrage im Laufe des Jahres 1969 merklich abflachen würde, haben sich bisher nicht bestätigt, wenngleich es gewisse Anzeichen gab, die diese Erwartungen nährten. Vom Frühjahr bis zum Spätsommer sind die Auslandsbestellungen kaum noch gestiegen, doch dürfte das eher auf das überhöhte Niveau vom März 1969 zurückzuführen sein, als daß darin ein anhaltender Tendenzwandel zu erkennen wäre. Der hohe Bestelleingang im September 1969 — auch wenn er von Spekulationen um eine D-Mark-Aufwertung mitbeeinflusst gewesen sein mag — deutet darauf hin, daß der obere Wendepunkt in der Auslandsnachfrage im Herbst 1969 noch nicht überschritten ist.

25. Anders als in der Hochkonjunktur von 1964/65 hat sich die Auslandsnachfrage auch noch entfaltet, als die Inlandsnachfrage bereits ihrem oberen Wendepunkt zustrebte. Sie hat damit den Boom nicht nur verstärkt, sondern allem Anschein nach auch gestreckt.

In dieser Hinsicht ist der Boom von 1968/69 mit dem Boom von 1960/61 vergleichbar. Damals erreichten Auslandsnachfrage und Inlandsnachfrage, vor allem die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, etwa zur gleichen Zeit ihren oberen Wendepunkt. Es kam 1961, wie die Zahlen über die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände zeigen, zu einer ähnlichen konjunkturellen Anspannung wie 1969. Eine solche Konstellation hat es dagegen in der Hochkonjunktur von 1964/65 nicht gegeben. 1964 überschritt die Inlandsnachfrage gerade erst ihren Trendwert, als die Auslandsnachfrage schon spürbar nachließ (Schaubild 5).

Schaubild 4

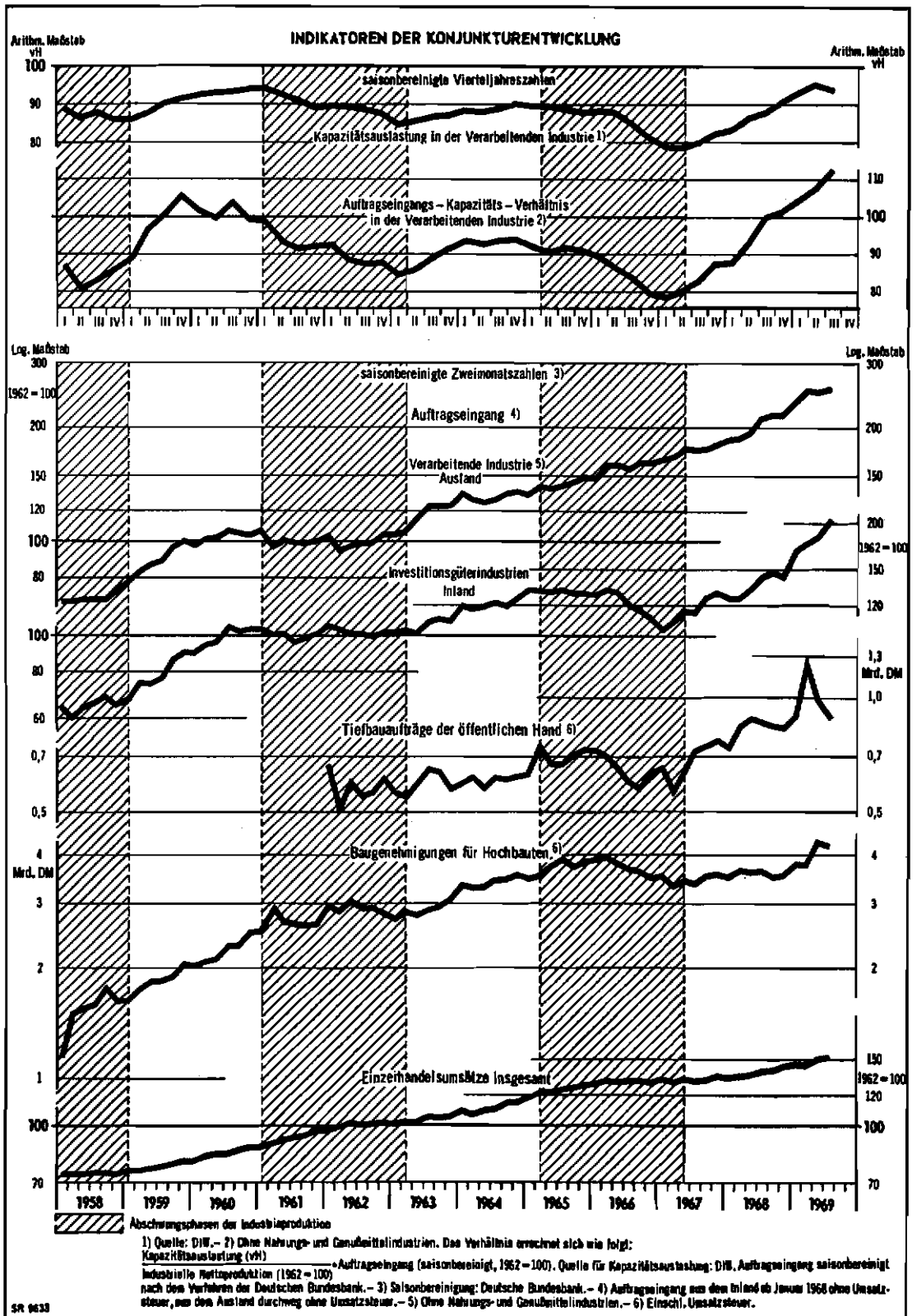
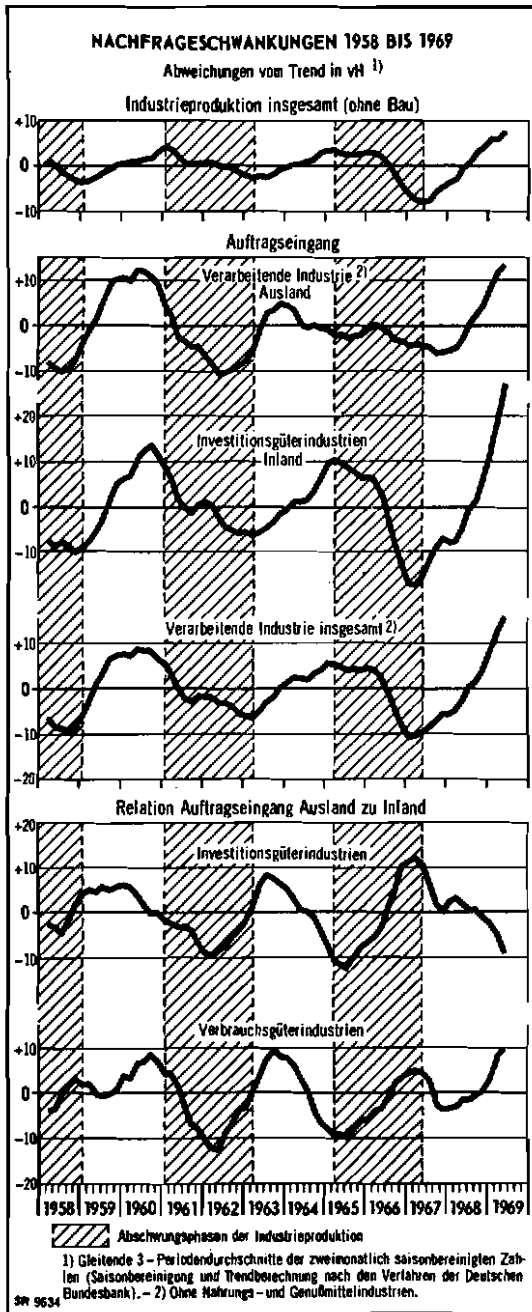


Schaubild 5



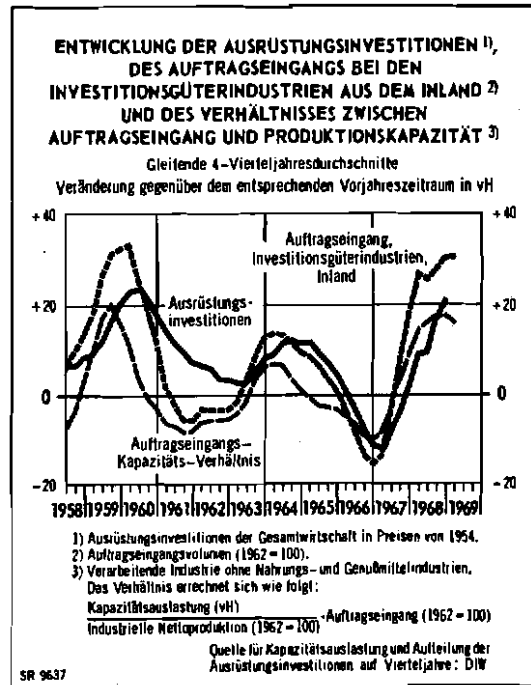
26. In den beiden vorangegangenen Zyklen konnte man für die Investitionsgüterindustrien beobachten, daß in der Abschwungphase die Auslandsbestellungen schneller zunahm als die Inlandsbestellungen, während im Aufschwung das Gegenteil der Fall war. Wie Schaubild 5 zeigt, hat sich dieses konjunkturelle Wechselspiel zwischen Inlands- und Auslandsnachfrage auch 1967/69 wiederholt. In den Verbrauchsgüterindustrien hingegen nahm 1968 und 1969 die Auslandsnachfrage schneller zu als die In-

landsnachfrage, ebenso wie in den Jahren 1959/60, als der Konsum-Lag ähnlich ausgeprägt war wie in diesem Zyklus.

Übernachfrage nach Investitionsgütern

27. Wie bei der Auslandsnachfrage gibt es auch bei der Inlandsnachfrage im Herbst 1969 noch keine sicheren Anzeichen für einen Umschwung. Die inländischen Bestellungen für Investitionsgüter, die ein guter Indikator für die Absatzerwartungen der Unternehmen sind (Schaubild 6), steigen weiterhin kräftig an. Damit expandiert die Investitionsgüter-

Schaubild 6



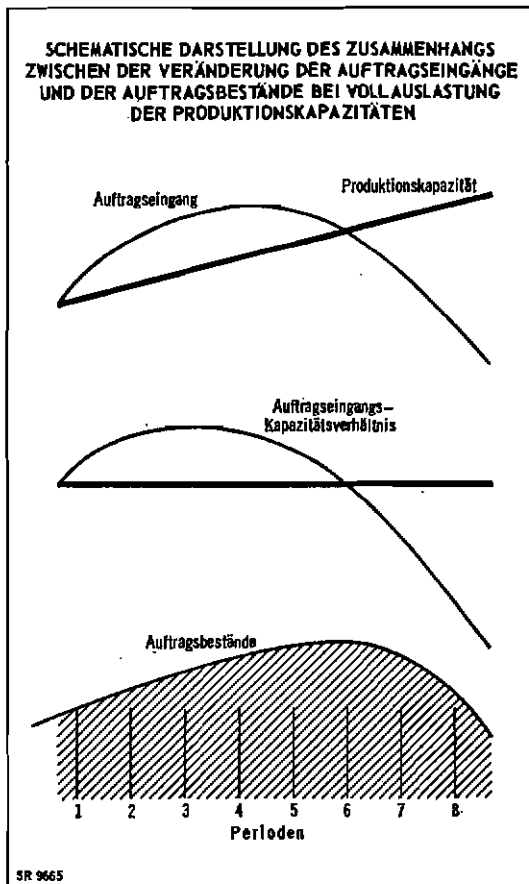
nachfrage nun schon seit zweieinhalb Jahren. In den beiden vorangegangenen Zyklen dagegen hatte sie ihren Höhepunkt jeweils zwei Jahre nach dem unteren Wendepunkt der Industrieproduktion überschritten.

Nach dem früheren zyklischen Muster war es also im Spätherbst 1968 nicht abwegig, die Frage zu stellen, ob die Investitionsneigung nicht allmählich nachlassen und der Investitionszyklus im Frühjahr 1969 kulminieren würde. Wie der Ifo-Investitions-test zeigt, hat jedoch die Industrie ihre Investitionspläne für 1969 laufend nach oben revidiert. Ausschlaggebend dafür dürfte gewesen sein, daß sich angesichts der steigenden Auftragsgänge die positiven Absatzerwartungen verstärkt und die eigenen Produktionskapazitäten zunehmend als zu klein erwiesen haben. Auch mag die günstige Gewinnlage (Ziffern 80 f.) dazu beigetragen haben, daß mehr Investitionsprojekte als ursprünglich vorgesehen in Angriff genommen wurden.

28. Selbst wenn sich die inländische Investitionsnachfrage schon bald nachhaltig abschwächen sollte, ist vorerst kaum mit einem Rückgang der Investitionsgüterproduktion zu rechnen. Die hohen Auftragspolster — die Auftragsbestände in den Investitionsgüterindustrien entsprachen im Herbst 1969, ebenso wie im Sommer 1961, einer Produktionsdauer von fast sechs Monaten — sichern bereits jetzt die Vollausslastung der Kapazitäten bis weit in das Jahr 1970 hinein. Die Auftragseingänge sind so hoch, daß die Auftragsbestände selbst bei einem Rückgang der Bestelltätigkeit noch einige Zeit zunehmen dürften (Schaubild 7).

Dies deckt sich mit den Erfahrungen von 1960. Auch damals führte der Rückgang der Investitionsgüternachfrage nicht zu einer sofortigen und drastischen Drosselung der Produktion. Zwar ging die Kapazitätsauslastung in den Investitionsgüterindustrien seit dem Frühjahr 1961 zurück (Schaubild 9), doch unterschritt die Produktion erst nach der Jahresmitte 1962 ihren mittelfristigen Trend.

Schaubild 7



29. In jeder Aufschwungsphase geht ein großer Teil der Investitionsgüternachfrage von den Investitionsgüterindustrien selbst aus. Nach unseren Schätzungen haben die Investitionsgüterindustrien in diesem Jahre gut ein Drittel mehr investiert als 1968.

Für alle Wirtschaftsbereiche insgesamt rechnen wir mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um etwa ein Viertel. 1969 wurde damit die bisher höchste Investitionsquote¹⁾ der Nachkriegszeit (1965) nicht nur erreicht, sondern sogar noch übertraffen.

Aufholende Baukonjunktur

30. Bei der Nachfrage nach Bauleistungen zeigte sich erst seit dem Herbst 1968 ein deutlicher konjunktureller Anstieg. Im Gegensatz zu früheren Aufschwungsjahren gibt es diesmal jedoch keine überhitzte Baukonjunktur. Zwar nahm 1969 auch in der Bauwirtschaft die Nachfrage schneller zu als die Produktion, doch dürfte das nur zum Teil mit der fehlenden Elastizität des Angebots (Mangel an Arbeitskräften und an Betonstahl) zusammenhängen. Die Produktion war nämlich zu Beginn des Jahres durch den langen Winter und in der Urlaubszeit durch überdurchschnittlich starken Arbeitsausfall behindert. Bei vielen Unternehmen kam es auf diese Weise zu einem Auftragsstau, der jedoch nicht zu voreiligen Rückschlüssen auf die Intensität der Baukonjunktur verleiten sollte.

31. Stark zugenommen haben seit Ende 1968 die Bauaufträge der gewerblichen Wirtschaft. Das steht ganz in Einklang mit der Beobachtung, daß wieder mehr Unternehmen bestrebt waren, ihre Kapazitäten zu erweitern. Seit dem Frühsommer zeigt sich auch im Wohnungsbau eine konjunkturelle Belebung. Allerdings ist hier das Niveau der Jahre 1965/66, der bisher besten Jahre, noch nicht wieder ganz erreicht. Nur wertmäßig liegen die erteilten Baugenehmigungen etwas höher als vor der Rezession. Im öffentlichen Hochbau wurden dagegen — nach den erteilten Baugenehmigungen zu urteilen — 1969 offenbar weniger Bauten in Angriff genommen als im Vorjahr²⁾. Dies dürfte vor allem mit der Zurückhaltung der Gemeinden zusammenhängen, die mehr Tiefbauaufträge als im letzten Jahr vergeben haben und deshalb nur wenig Spielraum für eine Ausweitung ihrer Hochbauinvestitionen besaßen.

32. Eine wichtige Rolle für die Baukonjunktur spielten 1969 erneut die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand, die im ersten Halbjahr (saisonbereinigt) um 20 vH höher waren als im vorangegangenen Halbjahr. Seit dem Frühjahr ist allerdings ein konjunktureller Rückgang zu verzeichnen, was jedoch — angesichts der starken monatlichen Schwankungen, die durch einzelne Großprojekte verursacht sind — nicht unbedingt auf ein Abflauen des Auftragsbooms hindeuten muß. Immerhin be-

¹⁾ Anteil der realen Ausrüstungsinvestitionen am Brutto sozialprodukt.

²⁾ In letzter Zeit sind öffentliche Bauherren dazu übergegangen, mehr Bauvorhaben auf private Träger zu verlagern; solche Bauvorhaben werden in der Statistik der Baugenehmigungen als private Bauvorhaben registriert, wenn die öffentliche Hand nicht als Bauherr auftritt. Das bekannteste Beispiel ist ein Bauauftrag für die Universität Göttingen in Höhe von 1 Mrd. DM.

urteilte im September 1969 — erstmals seit dem Herbst 1967 — etwas mehr als die Hälfte der am Ifo-Konjunkturtest beteiligten Bauunternehmen die zukünftige Geschäftslage wieder pessimistisch. Dies mag mit der Ungewißheit über die Bauausgaben der Gemeinden im kommenden Jahre zusammenhängen (Ziffer 177).

33. Obwohl von einem Bauboom nicht gesprochen werden kann, zeichnet sich am Baupreis eine neue Preiswelle ab. Die Baupreise sind seit Jahresbeginn auf breiter Front in Bewegung geraten. Der Anstoß dazu dürfte von der Kostenseite (Lohnsteigerungen, Preissteigerungen bei Betonstahl) gekommen sein. Partielle Angebotsengpässe (gewerblicher Hochbau) mögen es den Unternehmen erleichtert haben, den Kostenanstieg zu überwälzen.

Kräftiger Lageraufbau

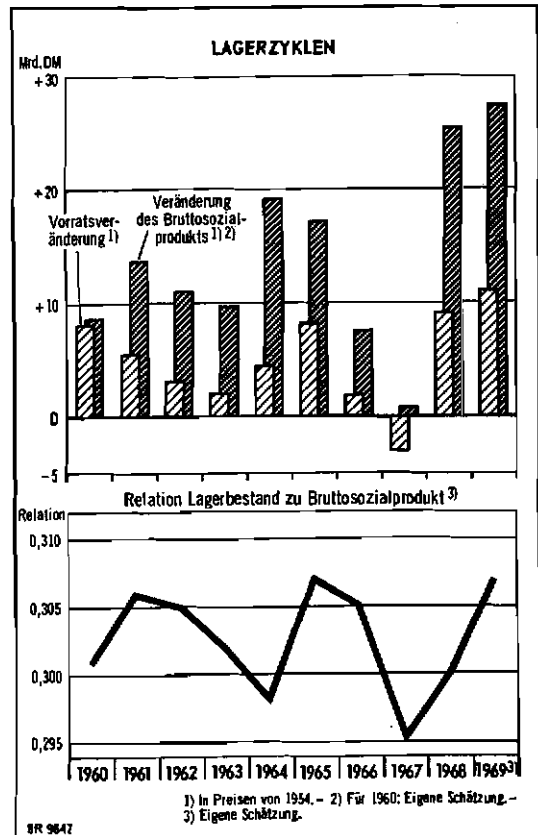
34. Der allgemeine Nachfragesog verstärkte sich, weil Industrie und Handel bemüht waren, ihre Lager aufzufüllen. 1968 erhöhten sich die Vorräte insgesamt um reichlich 9 Mrd. DM, 1969 dürften es voraussichtlich etwa 12 Mrd. DM sein. Im Herbst 1969, zweieinhalb Jahre nach Beginn des Konjunkturaufschwungs, hat dieser Lageraufbau offenbar noch nicht an Intensität verloren. Die Fertigwarenlager in der Industrie werden noch immer als zu klein angesehen; nur die Verbrauchsgüterindustrien meldeten, daß sie über ausreichende Lager verfügen.

35. Eine ähnlich starke Zunahme der Lagerbestände wie in den Jahren 1968 und 1969 war zuletzt 1965 zu beobachten. Damals haben Produzenten und Händler die weitere konjunkturelle Entwicklung zu optimistisch, diesmal dagegen zunächst eher zu vorsichtig eingeschätzt.

Die zu optimistische Konjunktüreinschätzung hatte 1965 zu einem unfreiwilligen Lageraufbau geführt. Das zeigt sich darin, daß die Industrie schon von Mitte 1965 an ihre Fertigwarenlager als zu groß ansah. Im gegenwärtigen Zyklus scheinen dagegen bisher nicht alle Lageraufbauwünsche realisiert worden zu sein: Allzu große Vorsicht führte dazu, daß die Lagerbestände, die in der Rezession und wegen der Unsicherheit beim Übergang zur Mehrwertsteuer zu stark abgebaut worden waren, nicht rechtzeitig wieder aufgefüllt wurden. Inzwischen reicht die laufende Produktion nicht einmal aus, die fremde Nachfrage zu befriedigen.

36. Für die These vom geplanten Lageraufbau spricht, daß es 1969 vor allem zu einem Aufbau von Input-Lägern gekommen sein dürfte. Dafür gibt es zwei Indizien:

- Nach dem Ifo-Investitionstest Juni 1969 meldete die Industrie im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme ihrer Bestände an Rohstoffen und Vormaterialien und eine Abnahme ihrer Fertigwarenlagerbestände.
- Die Einfuhr von Vorprodukten hat seit Anfang 1969 schneller zugenommen als die Industrieproduktion (Ziffer 57).



Man kann somit annehmen, daß zumindest die Anpassung der Fertigwarenvorräte an das gestiegene Umsatzvolumen noch nicht abgeschlossen ist, auch wenn die Relation von Lagerbestand zu Bruttosozialprodukt inzwischen wieder den Stand von 1965 erreicht hat (Schaubild 8). Ebenso wie 1968 und 1969 könnten daher auch 1970 von den Lagerveränderungen Impulse auf die Binnenkonjunktur ausgehen.

Produktionspotentiel wieder voll ausgelastet

37. Die gesamtwirtschaftliche Expansion ist 1969 erheblich über das hinausgegangen, was wir im Herbst vergangenen Jahres erwartet hatten. Das reale Bruttosozialprodukt nahm mit 7 1/2 vH etwa ebenso stark zu wie im Jahre 1968. Hohe Zuwachsraten sind typisch für Aufschwungsjahre; in dieser Größenordnung wurden sie 1959/60, nicht jedoch 1964/65 erreicht.

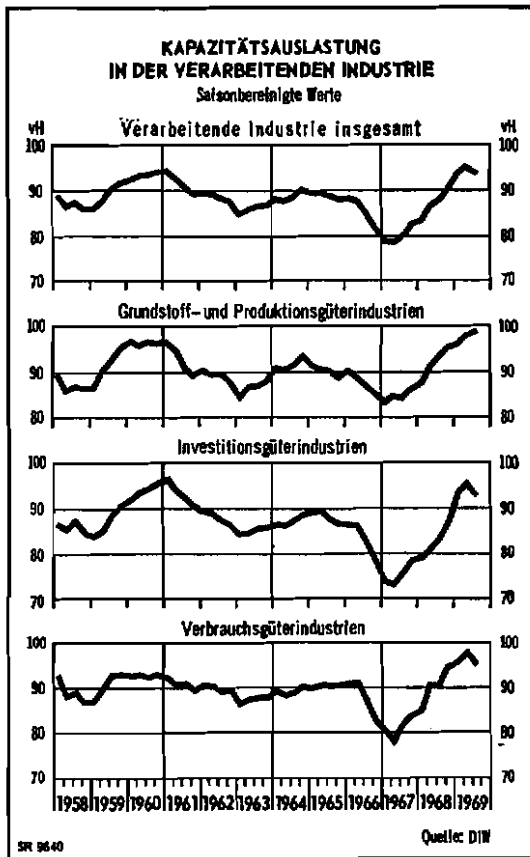
Die hohe Zuwachsrate für das Jahr 1969 beruhte nicht zuletzt darauf, daß sich die Produktionstätigkeit gegen Ende 1968 beschleunigte. Die Industrieproduktion war im vierten Vierteljahr (saisonbereinigt) um 6 vH höher als im vorangegangenen Vierteljahr; sie übertraf damit das Vorjahresergebnis um 15 vH. Der Anstoß dürfte dabei teils von den hohen Auslandsbestellungen im Oktober 1968, teils vom Absicherungsgesetz ausgegangen sein, das die

Unternehmen zu einer schnellen Abwicklung von Exportkontrakten trieb.

38. Der starke Produktionsanstieg war nur möglich, weil im Herbst 1968 noch erhebliche Kapazitätsreserven vorhanden waren, mehr als damals vielfach vermutet wurde. Wie groß der nicht ausgenutzte Kapazitätsspielraum noch gewesen ist, geht schon daraus hervor, daß trotz der kräftigen Produktionszunahme die Sachkapazitäten der verarbeitenden Industrie im vierten Vierteljahr 1968 im Durchschnitt erst wieder so stark ausgelastet waren wie auf dem Höhepunkt des letzten Konjunkturzyklus¹⁾. Über beträchtliche Kapazitätsreserven verfügten vor allem noch die Investitionsgüterindustrien, namentlich der Maschinenbau.

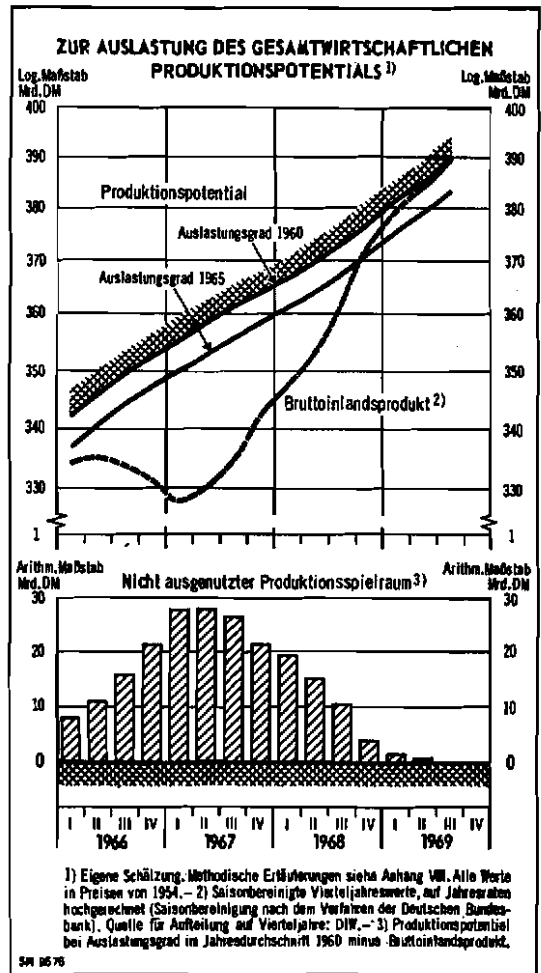
Im Laufe dieses Jahres wurde die Kapazitätsauslastung vom vierten Vierteljahr 1968 noch übertroffen²⁾. Im Herbst 1969 wurden die industriellen Sachkapazitäten in nahezu allen Bereichen wieder so stark genutzt wie im Boom 1960/61 (Schaubild 9).

Schaubild 9



39. Die Feststellungen für die Industrie lassen sich auch auf die Gesamtwirtschaft übertragen. Orientiert man sich an den Schätzungen des Produktionspotentials, die der Sachverständigenrat seinen Überlegungen im Jahresgutachten 1968/69 (JG 68 Ziffern 50 ff.) zugrunde gelegt hat, so waren die Sach-

Schaubild 10



kapazitäten im Durchschnitt des Jahres 1968 mit knapp 97 vH zwar noch nicht wieder so stark ausgelastet wie auf dem Höhepunkt des vorangegangenen Zyklus 1964/65 (99 vH)³⁾, doch wurde dieser Auslastungsgrad im vierten Vierteljahr 1968 wieder erreicht (Schaubild 10).

1) Obwohl die Auslastungsreihen des DIW und des Ifo-Instituts nach verschiedenen Methoden ermittelt werden (JG 68 Anhang IV), errechneten beide Institute für den Herbst 1968 übereinstimmend eine ähnlich hohe Kapazitätsauslastung wie im Jahre 1965.

2) Daß man im vierten Vierteljahr 1968 noch nicht von einer „überoptimalen“ Kapazitätsauslastung sprechen konnte, läßt sich schon daraus ersehen, daß die Kapazitätsauslastung 1969 noch gesteigert werden konnte, ohne daß sich dadurch der Produktivitätsanstieg vermindert hat.

3) Im Jahresgutachten 1968/69 gingen wir davon aus, daß der Auslastungsgrad von 1965 im Jahre 1969 noch nicht erreicht werden würde (JG 68 Ziffer 78). Tatsächlich waren die Zuwachsraten des Sozialprodukts, die wir diesen Schätzungen zugrunde legten, 1968 um 1 vH zu niedrig. Außerdem war der Sozialproduktzuwachs 1969 um 3 vH höher als wir damals in unserer Status-quo-Prognose für 1969 vorausgeschätzt hatten (JG 68 Ziffer 171).

Schaubild 11

40. Im Jahre 1969 ist nach unseren Schätzungen das Wachstum der Sachkapazitäten mit gut 4 vH wieder stärker gewesen als im vorangegangenen Jahre (knapp 3 1/2 vH), vor allem deshalb, weil 1969 erheblich mehr investiert worden ist als 1968, aber auch, weil 1968 viele Investitionsprojekte relativ spät in Angriff genommen wurden und deshalb wohl erst in diesem Jahr die Kapazitäten erhöht haben.

Im Durchschnitt des Jahres 1969 sind die Sachkapazitäten wieder so stark wie im Durchschnitt des Jahres 1960 und damit wohl voll ausgelastet gewesen. Der gesamtwirtschaftliche Expansionspfad verlief also in diesem Jahre ungefähr parallel zum Wachstum des Produktionspotentials. Wenn die Zuwachsrate des Sozialprodukts für 1969 mit 7 1/2 vH noch einmal größer war als die der Sachkapazitäten, so lag das daran, daß der Auslastungsgrad im Durchschnitt des Jahres 1968 erheblich niedriger gewesen war als am Jahresende ¹⁾.

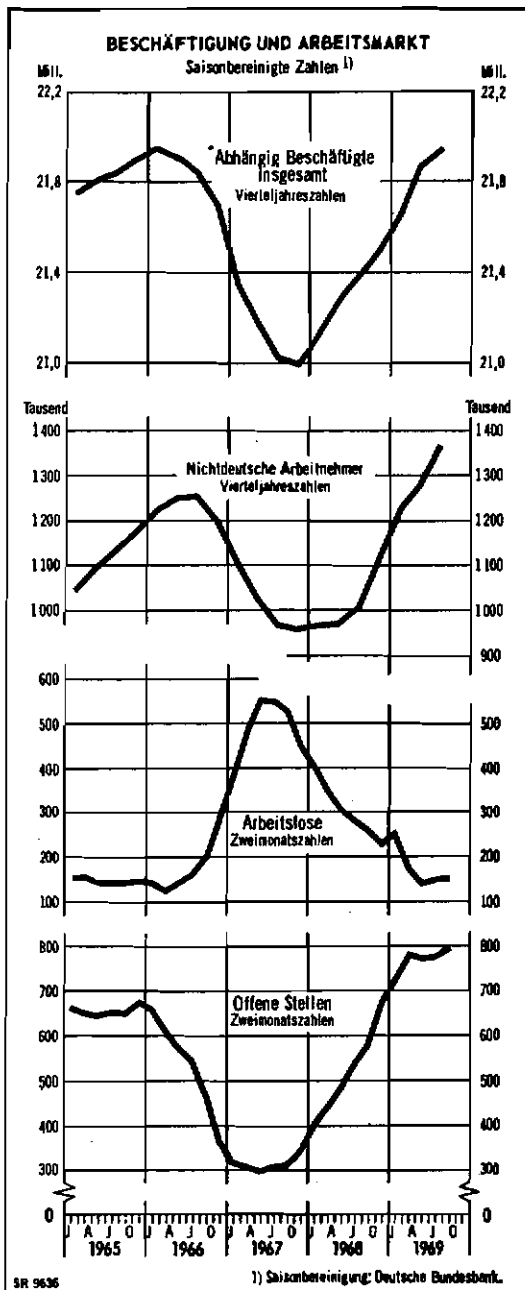
Auf mittlere Sicht kann jedoch die Zuwachsrate des Sozialprodukts bei normalen Arbeitsbedingungen nicht größer sein als die der Sachkapazitäten. Geht man davon aus, daß die Kapazitäten 1969 voll ausgelastet waren, so wird der Expansionspielraum für 1970 ungefähr durch die Rate begrenzt, mit der die Kapazitäten im nächsten Jahr zunehmen. Wir schätzen den Zuwachs auf 4 1/2 bis 5 vH ²⁾.

Angepannter Arbeitsmarkt

41. Die volle Ausschöpfung der Sachkapazitäten im Jahre 1969 wäre kaum möglich gewesen, wenn es nicht gelungen wäre, die Anzahl der Beschäftigten beträchtlich zu erhöhen. Entgegen allen pessimistischen Voraussagen hat sich das Arbeitskräfteangebot als außerordentlich elastisch erwiesen. Auch die Schätzung der mobilisierbaren Arbeitskräfte-reserven, die wir im letzten Herbst aufstellten (JG 68 Ziffern 54 ff. und 171), ist — obwohl sie vielfach für zu optimistisch gehalten wurde — eher zu vorsichtig gewesen. 1969 ist die Anzahl der Erwerbstätigen gegenüber 1968 um etwa 500 000 (+ 2 vH), die Anzahl der abhängig Beschäftigten um 600 000 (+ 3 vH) gestiegen. Eine derartige Zunahme hat es seit dem Boom von 1960/61 nicht mehr gegeben. Trotzdem dürfte die Anzahl der abhängig Beschäftigten im Herbst 1969 (saisonbereinigt) gerade erst wieder so hoch sein wie auf dem Beschäftigungshöhepunkt des letzten Zyklus (im ersten Vierteljahr 1966).

42. Der unerwartet hohe Anstieg der Beschäftigung war zum großen Teil das Ergebnis eines ungewöhnlich starken Zustroms von ausländischen Arbeitskräften (von Herbst 1968 bis Herbst 1969 über 400 000). Bereits um die Jahresmitte waren mehr ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik beschäftigt als jemals zuvor; bis zum Spätherbst dürften es fast 1,6 Millionen sein.

43. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wurde jedoch nicht nur durch den Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte gedeckt. Auch das inländische Arbeitskräftepotential barg noch beachtliche Reserven. Be-



merkenswert ist der weitere konjunkturelle Rückgang der Arbeitslosigkeit bis zur Jahresmitte (Schaubild 11). Im Oktober 1969 waren bei den Arbeitsämtern nur noch 108 000 Personen als Arbeitslose gemeldet (saisonbereinigte Anzahl: 145 000). Die Arbeitslosenquote war damit wieder

¹⁾ Rechnerischer „Überhang“ des realen Sozialprodukts im vierten Vierteljahr 1968: + 3 1/2 vH.
²⁾ Diese Schätzung beruht auf der Annahme, daß die Entwicklung der Kapitalproduktivität auch 1970 dem bisherigen längerfristigen Trend folgt (Ziffer 54).

so niedrig wie unmittelbar vor der Rezession. Im Durchschnitt des Jahres dürfte sich nur noch eine Arbeitslosenzahl von 170 000 und eine Arbeitslosenquote von 0,7 vH ergeben, gegenüber 323 000 (1,5 vH) im vergangenen Jahre.

Von den 150 000 Arbeitslosen, die es 1969 im Vergleich zu 1968 weniger gab, sind wohl nicht alle wieder ins Erwerbsleben zurückgekehrt. Etwa ein Drittel davon dürfte endgültig aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden sein, vorwiegend deshalb, weil diese Personen inzwischen das Rentenalter erreicht hatten oder vorzeitig eine Rente beziehen konnten¹⁾.

Schließlich dürften 1969 weitere 150 000 Personen aus dem heimischen Arbeitskräftepotential gewonnen worden sein. Damit hat sich der Abbau jener „stillen Arbeitsmarktreserven“, die sich in den Jahren 1966 und 1967 gebildet hatten, fortgesetzt.

Tabelle 2

Quellen des Arbeitskräfteangebots

Veränderung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt in 1 000

	1966	1967	1968	1969 ¹⁾
Natürliche Bevölkerungsbewegung ...	- 36	- 24	- 15	- 10
Änderung der Erwerbsbeteiligung ...	-146	-238	- 76	+ 27
Nichtdeutsche Arbeitnehmer	+125	-230	+ 5	+330
Erwerbspersonen	- 57	-492	- 86	+347
Arbeitslose	+ 14	+298	-136	-153
Erwerbstätige	- 71	-790	+ 50	+500
Selbständige und mit-helfende Familien-angehörige	-100	-100	-100	-100
Abhängige	+ 29	-690	+150	+600

¹⁾ Eigene Schätzung.

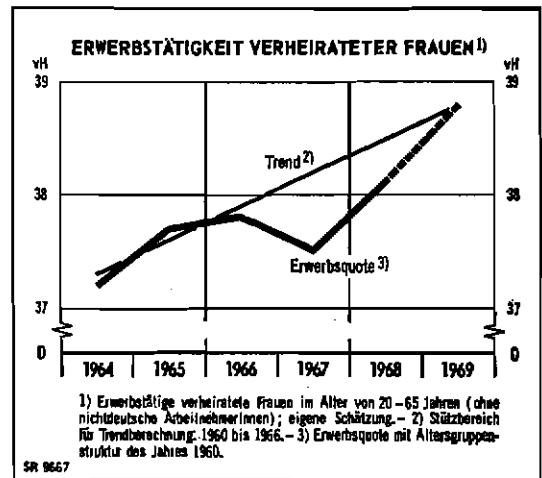
44. Im Jahresgutachten 1968/69 wiesen wir darauf hin, daß der Expansionspielraum im Jahre 1969 möglicherweise vom Arbeitskräfteangebot begrenzt sein könne, daß andererseits aber noch beträchtliche heimische Arbeitsmarktreserven zur Verfügung stünden, vor allem bei den verheirateten Frauen (JG 68 Ziffer 58). Unsere Schätzung, wonach im Durchschnitt des Jahres 1968 noch eine Arbeitsmarktreserve von 250 000 Personen vorhanden war (von denen wir vorsichtigerweise nur 150 000 als kurzfristig mobilisierbar ansahen), ist verschiedentlich angezweifelt worden, wohl deshalb, weil man schon im Sommer 1968 aus der geringen Zunahme der Beschäftigung den Schluß zog, daß die Grenzen des verfügbaren inländischen Arbeitskräfteangebots bereits erreicht seien.

45. Die heimischen Arbeitsmarktreserven sind nicht leicht zu schätzen, vor allem weil sie von der Stärke des Nachtrages abhängen. Immerhin kann man sich mit

Hilfe der längerfristigen Trends der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten eine Vorstellung von den noch vorhandenen Reserven verschaffen.

Vergleicht man die jeweiligen tatsächlichen Erwerbsquoten mit den Erwerbsquoten in den Höhepunkten der Beschäftigung, so ergibt sich, daß die Erwerbsbeteiligung im Konjunkturzyklus schwankt. Im Rezessionsjahr 1967 sind vor allem viele verheiratete Frauen — freiwillig oder unfreiwillig — aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden, ohne sich als arbeitslos zu melden. Ein Teil dieser Frauen ist allem Anschein nach inzwischen ins Erwerbsleben zurückgekehrt, was daraus geschlossen werden kann, daß die Erwerbsquoten 1969 ihren längerfristigen Trendwert wieder erreicht haben dürften (Schaubild 12).

Schaubild 12



46. Daß es 1969 gelungen ist, einen Teil der „stillen“ Arbeitsmarktreserven zu mobilisieren, hängt wohl auch damit zusammen, daß die Arbeitskräfteknappheit die Unternehmen veranlaßt hat, mehr Teilzeitarbeitskräfte zu beschäftigen. 1969 war die Anzahl der offenen Stellen für Teilzeitarbeit erstmals seit der Rezession wieder höher als die Anzahl derer, die eine Teilzeitarbeit suchten. Gemessen an der Gesamtzahl der offenen Stellen spielt das Angebot an Teilzeitarbeit jedoch nur eine untergeordnete Rolle²⁾. Das deutet darauf hin, daß Unternehmen und öffentliche Hand noch immer nicht zureichende Anstrengungen machen, um das beträchtliche Arbeitskräfte-reservoir der verheirateten Frauen auszuschöpfen.

47. Macht es schon Schwierigkeiten, die heimischen Arbeitsmarktreserven zu schätzen, so ist es erst recht nicht einfach, das gesamte Arbeitskräftepotential einer offenen Wirtschaft zu bestimmen³⁾.

¹⁾ Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 5, Dezember 1968, S. 377.

²⁾ Im Juni 1969 wurde bei insgesamt 349 000 offenen Stellen für Frauen nur 32 000 Arbeitsplätze für Teilzeitarbeit und 40 000 für Voll- oder Teilzeitarbeit angeboten.

³⁾ Aus diesem Grunde orientiert sich der Sachverständigenrat bei seiner Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens vor allem am Wachstum der Sachkapazitäten und an deren Auslastungsgrad. Die Arbeitskräfte gehen in diese Schätzung nur dann ein, wenn sie der limitierende Faktor sind, das heißt, den von den Sachkapazitäten her gegebenen Expansions-spielraum begrenzen (JG 68 Ziffer 51).

Zwar hat ein Land wie die Bundesrepublik die Möglichkeit, auf ausländische Arbeitsmärkte zurückzugreifen; doch ist die Elastizität des Arbeitskräfteangebots deswegen nicht unbegrenzt. Nur ein Teil der ausländischen Arbeitskräfte verfügt über die notwendige Qualifikation, und nicht selten erweist sich die Bindung an die familiäre und kulturelle Umwelt als Mobilitätshemmnis. Allerdings kann der Fall eintreten, daß sich einer vollen Ausschöpfung aller Möglichkeiten, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, gesellschaftliche Kräfte im Inland widersetzen werden, wie die Erfahrungen der Schweiz lehren.

48. Obwohl sich das Arbeitskräfteangebot 1969 als relativ elastisch erwies, haben sich im Laufe des Jahres die Spannungen am Arbeitsmarkt zunehmend verschärft. Im Oktober waren bei den Arbeitsämtern mit 787 000 (saisonbereinigt: 829 000) offenen Stellen mehr freie Arbeitsplätze gemeldet als jemals zuvor um diese Jahreszeit. Auch nach dem Urteil der Unternehmer scheint im Laufe des Jahres 1969 die Arbeitskräfteknappheit wieder so groß geworden zu sein wie in der letzten Hochkonjunktur. Zum einen war der Anteil der Unternehmen, die sich in ihrer Produktion durch Arbeitskräftemangel behindert fühlten, nach dem Ifo-Konjunkturtest vom September 1969 fast wieder so hoch wie in den Jahren 1964 und 1965. Zum anderen waren die Unternehmen, die sich in ihren Beschäftigungsplanungen

auch dann noch optimistisch zeigten, als das schnelle Ansteigen der offenen Stellen einen hohen ungedeckten Arbeitskräftebedarf anzuzeigen schien, in diesem Jahr offenbar nicht mehr in der Lage, ihre Beschäftigungspläne voll zu realisieren (Schaubild 13).

49. Der Mangel an Arbeitskräften wäre wohl noch spürbarer gewesen, wenn sich nicht mehr Arbeitnehmer als in der letzten Hochkonjunktur bereit gefunden hätten, Überstunden zu leisten. Vor allem in den Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien wurde seit dem Herbst 1968 die tarifliche Arbeitszeit stärker überschritten als 1964 und 1965. Trotzdem dürfte die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 1969 etwas niedriger gewesen sein als 1968, hauptsächlich wegen der tariflichen Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst und wegen überdurchschnittlicher witterungsbedingter Ausfälle in der Bauwirtschaft zu Beginn dieses Jahres.

Konjunkturelles „Produktivitätswunder“ oder Wachstumsbeschleunigung?

50. Ganz ungewöhnlich für eine Boomphase ist die Tatsache, daß sich der Produktivitätsanstieg bisher nur wenig abgeflacht hat. Im Herbst 1969 wurden noch Produktivitätszuwächse erzielt, die merk-

Schaubild 13

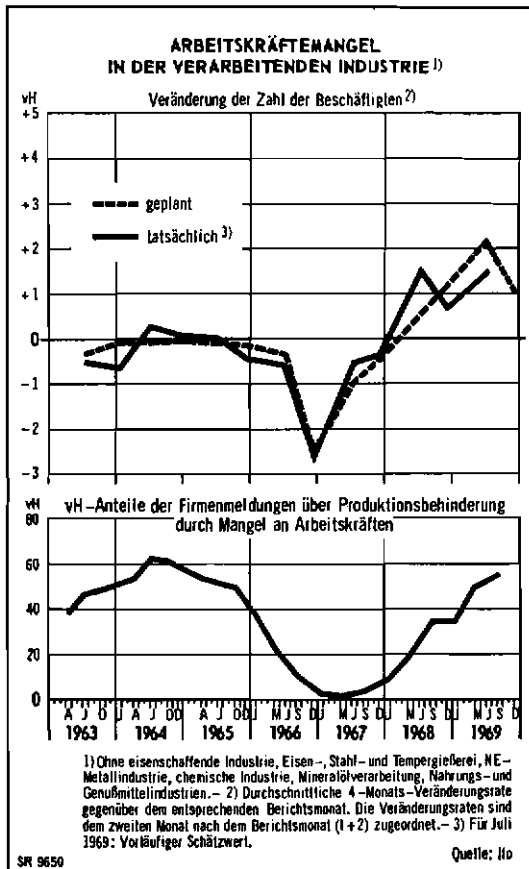
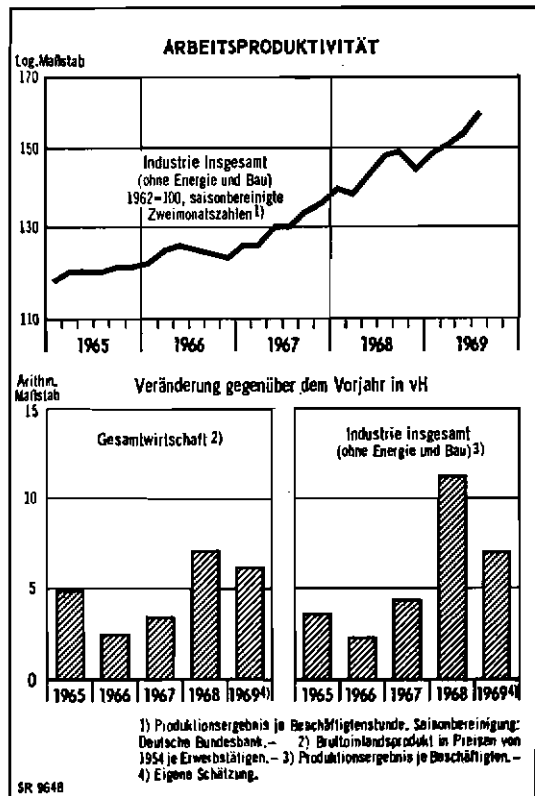


Schaubild 14



lich über den mittelfristigen Trend hinausgehen (Schaubild 21). So lag in der Industrie die Stundenproduktivität in den ersten acht Monaten von 1969 (saisonbereinigt) um 6 vH (Jahresrate: 9 vH) über dem Niveau vom Jahresende; im ganzen Jahre 1969, Jahresdurchschnitt gegen Jahresdurchschnitt gerechnet, dürfte sie um 7 vH höher gewesen sein als 1968 (Schaubild 14).

Die Ursache für das „Produktivitätswunder“ sehen einige in der hohen Auslastung des Produktionspotentials in diesem Boom, andere verweisen dagegen auf die heilsamen Wirkungen der Rezession. Es ist aber auch denkbar, daß sich die Kapitalproduktivität auf längere Sicht wieder erhöht hat.

51. Kurzfristig kann die Arbeitsproduktivität dadurch überdurchschnittlich gesteigert werden, daß mit zunehmender Auslastung der Sachkapazitäten die fixen Elemente im Personalbestand der Unternehmen stärker genutzt werden. Vom Rezessionsstadium der Jahre 1966/67 aus gesehen, waren demnach die Voraussetzungen für kräftige Produktivitätssteigerungen besonders günstig. Zu keiner Zeit nach der Währungsreform hat es so viele brachliegende Kapazitäten gegeben wie in dieser Zeit. Gut ein Fünftel der industriellen Produktionskapazitäten blieben im Winter 1966/67 ungenutzt. Auf den Übergang von der Minder- zur Vollauslastung dürfte es teilweise zurückzuführen sein, daß sich der Produktivitätsanstieg kräftig beschleunigte.

Offenbar bedurfte es erst einer konjunkturellen Anspannung wie im Jahre 1969, um die Unternehmen zu veranlassen, ihre Produktionsreserven voll zu mobilisieren. Die Anzahl der Unternehmen,

die 1969 zu Mehrschichtarbeit übergegangen sind oder zusätzliche Schichten eingelegt haben, dürfte erheblich größer gewesen sein als in der letzten Hochkonjunktur; seit langem sind nicht mehr so viele Überstunden geleistet worden wie in diesem Jahre.

52. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die hohen Produktivitätszuwächse ohne die vorangegangene Rezession niemals hätten erreicht werden können und daß es offenbar von Zeit zu Zeit solcher „Reinigungskrisen“ bedürfe, um günstige Wachstumsbedingungen zu schaffen. Man kann wohl nicht bestreiten, daß die Rezession eine Rolle für das „Produktivitätswunder“ gespielt hat — als Gegenposten zu den Produktionsausfällen während dieser Zeit. Viele Unternehmen haben veraltete Produktionsanlagen stillgelegt und sich auf Investitionen mit hohem Rationalisierungseffekt verlegt. Häufig konnten sie ihre Produktion und ihren Vertrieb straffen, sei es durch technische und organisatorische Neuerungen im eigenen Unternehmen, sei es durch Zusammenschluß mit anderen Unternehmen oder durch Abstimmung des Produktionsprogramms.

53. Der steile Produktivitätsanstieg 1967 bis 1969 läßt sich jedoch mit den Nachwirkungen der Rezession und der besseren Auslastung des Produktionspotentials allein nicht erklären. Es gibt zwar keine Beweise¹⁾ aber doch einige Anhaltspunkte dafür,

¹⁾ Alle Versuche einer empirischen Überprüfung wachstumstheoretischer Hypothesen sind bisher erfolglos geblieben. Das gilt auch für die Versuche, die den technischen Fortschritt mit Hilfe von Produktionsfunktionen messen.

Tabelle 3

Komponenten der Produktivitätsentwicklung 1959 bis 1969¹⁾

Zeitraum	Produktivität ²⁾	Arbeitsvolumen	Auslastungsgrad des Produktionspotentials ³⁾	Investitionsquote ⁴⁾	Kapitalproduktivität ⁵⁾
	Veränderung in vH ⁶⁾		vH		
1959—1969	+5,4	-0,3	97 ^{1/2}	24,8	0,31
1959—1962	+5,6	+0,4	98 ^{1/2}	24,0	0,33
1963—1966	+4,8	+0,1	97 ^{1/2}	25,6	0,31
1967—1969	+6,7	+0,7	97	24,3	0,29
1961 1. Hj.	.	.	100	24,0	.
1965 1. Hj.	+6,2	+1,5	98 ^{1/2}	25,3	.
1969 1. Hj.	+7,4	+1,3	100	24,3	.

¹⁾ Eigene Schätzung (ausgenommen Investitionsquote bis 1. Hj. 1969).

²⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 je Erwerbstätigenstunde.

³⁾ Sachkapazitäten.

⁴⁾ Bruttoanlageinvestitionen in vH des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1954).

⁵⁾ Von Auslastungsschwankungen bereinigt.

⁶⁾ Jahre: durchschnittliche jährliche Veränderung; Halbjahre: Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

daß unser Produktionspotential auf mittlere Sicht wieder etwas schneller wächst als in der Vergangenheit:

- In den fünfziger Jahren konnte die Arbeitsproduktivität mit verhältnismäßig geringem Investitionsaufwand gesteigert werden, hauptsächlich weil noch kriegsbedingte Engpässe zu beseitigen waren. Außerdem hatten Infrastrukturinvestitionen, die in der Regel kurzfristig nur einen geringen Kapazitätseffekt haben, nur einen kleinen Anteil an den gesamten Investitionen. Die Kapitalproduktivität ¹⁾ stieg in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch leicht an.
- In den sechziger Jahren nahm wegen des Arbeitskräftemangels und der Arbeitszeitverkürzung der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz rasch zu; gleichzeitig drangen die Infrastrukturinvestitionen stärker vor. Die Kapitalproduktivität ging zurück. Im Zyklus von 1963 bis 1966 mußte ein größerer Teil des Sozialprodukts für Investitionen aufgewandt werden, um eine gleiche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität zu erzielen, als im Zyklus von 1959 bis 1962; dabei ist der niedrigere Auslastungsgrad in Rechnung gestellt (Tabelle 3).

54. 1968 und 1969 ist jedoch allem Anschein nach die Kapitalproduktivität in der Gesamtwirtschaft nicht so stark zurückgegangen, wie es dem längerfristigen Trend entsprochen hätte. Für diese These spricht vor allem,

- daß die Welle der Arbeitszeitverkürzung, die Anfang der sechziger Jahre einsetzte, nach der Rezession zum Stillstand gekommen ist (und wohl auch in absehbarer Zeit nicht mehr das Ausmaß früherer Jahre erreichen dürfte),
- daß sich der Anteil der privaten Ausrüstungsinvestitionen an den gesamten Investitionen erhöht hat und daß die privaten Ausrüstungsinvestitionen — gemessen am Bruttosozialprodukt — noch nie so groß gewesen sind wie 1969, was zu einer Verbesserung der Altersstruktur unseres Kapitalstocks geführt hat,
- daß in den letzten Jahren viele neue arbeitssparende Techniken und Verfahren entwickelt und zur Produktionsreife gebracht worden sind (wie zum Beispiel der Einsatz von Computern bei der Planung, Steuerung und Kontrolle des Produktionsprozesses), die sich in der Aufschwungsphase dieses Zyklus erstmals voll auf die Kapitalproduktivität ausgewirkt haben.

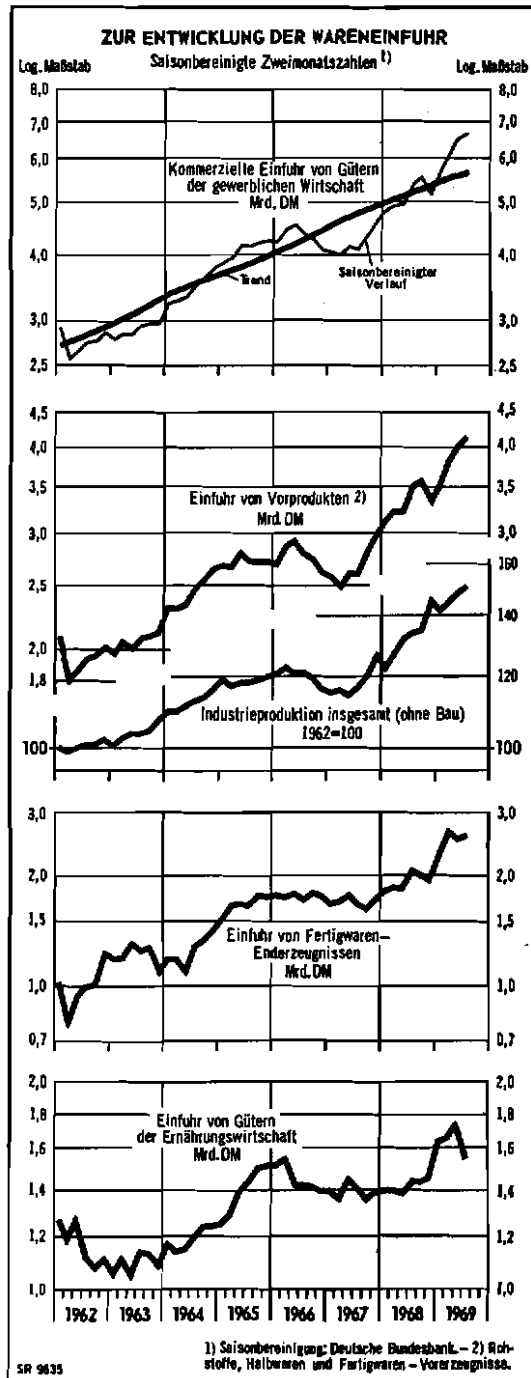
Aus alledem folgt, daß es wohl falsch wäre, den fallenden Trend der Produktivitätszuwächse, der noch vor wenigen Jahren Anlaß zu Wachstumspessimismus gab, in die Zukunft auszuziehen. Unter

¹⁾ Die Kapitalproduktivität (oder ihr reziproker Wert, der Kapitalkoeffizient) verändert sich durch die Substitution von Arbeit durch Kapital und den technischen Fortschritt. Dabei bewirkt die Substitution eine Senkung, der technische Fortschritt eine Erhöhung der Kapitalproduktivität.

²⁾ Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Vierteljahr 1968.

der Voraussetzung einer hohen Investitionsquote könnte die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde auch in den kommenden Jahren — über einen ganzen Zyklus gerechnet — mit einer Rate zunehmen, die eher über als unter 5 vH liegt, verglichen mit 4 1/2 vH, wie sie etwa die Bundesregierung mittelfristig für erreichbar hält ²⁾.

Schaubild 15



Steller Anstieg der Wareneinfuhr

55. Mit zunehmender konjunktureller Anspannung stieg auch die Wareneinfuhr wieder verstärkt an. Die gewerblichen Importe lagen im Durchschnitt der ersten neun Monate 1969 um 22 vH über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Anteil der ausländischen Waren am inländischen Güterangebot hat sich damit kräftig erhöht. Er war um die Jahresmitte wieder ebenso hoch wie auf dem Höhepunkt des letzten Zyklus im Frühjahr 1965; dabei ist berücksichtigt, daß dieser Anteil wegen der Integration der Gütermärkte im Trend leicht ansteigt.

56. Die Importe stiegen schon seit Mitte 1967 ungefähr ebenso wie die Produktion, abgesehen von der Importzurückhaltung vor der Zollsenkung Mitte 1968 und den spekulativen Einflüssen seit dem Herbst desselben Jahres (Schaubild 15). Nach dem Muster früherer Zyklen stiegen die Importe 1969 beschleunigt. Entscheidend dafür waren der starke Sog der Inlandsnachfrage und die Lieferschwierigkeiten der inländischen Anbieter; außerdem haben die Entlastung der Einfuhren durch das Absicherungsgesetz, die Franken-Abwertung und die defacto-Aufwertung der D-Mark an den Terminmärkten zu diesem Anstieg beigetragen.

57. Daß die Einfuhr von Vorprodukten zuletzt stärker stieg als die Industrieproduktion, läßt auf eine weitere Aufstockung der Vormaterial-Läger schließen (Ziffer 36).

Kennzeichnend ist ferner der rasche Anstieg bei der Einfuhr von Fertigwaren seit Anfang 1969. Nach den bisherigen Beobachtungen steigen die Fertigwarenimporte immer dann besonders stark an, wenn die Kapazitäten voll ausgelastet sind und die Verbrauchskonjunktur aufholt.

Auch die Einfuhr von Ernährungsgütern nahm — vor allem bedingt durch produktionszyklische Verknappungen im Inland — seit dem Herbst 1968 wieder stärker zu. Sie hat 1969 durch spekulative Getreideeinfuhren aus Frankreich einen weiteren Auftrieb erhalten.

Eine neue Preiswelle

58. Die Beschleunigung des Preisauftriebs, die wir für das zweite Halbjahr 1969 befürchteten (SG 69 I Ziffer 5), zeichnet sich im Herbst 1969 deutlich ab. So sind die industriellen Erzeugerpreise in den letzten Monaten verstärkt gestiegen: Die Grundstoffpreise zogen weiter an; die Investitionsgüterpreise wurden drastisch heraufgesetzt (Ziffern 59 f.). Der Anstieg der Exportpreise setzte sich fort (Ziffer 61).

Die Verteuerung der Einfuhren wurde durch das Absicherungsgesetz und die Verbilligung der Termindevisen weitgehend aufgefangen (Ziffer 62). Damit mag es zusammenhängen, daß Preiserhöhungen für industrielle Verbrauchsgüter bis Mitte 1969 noch die Ausnahme waren und daß sich der Anstieg der

Verbraucherpreise im ersten Halbjahr 1969 nicht beschleunigt hat. Im Herbst 1969 ist jedoch auch bei den Verbraucherpreisen eine konjunkturelle Beschleunigung unverkennbar (Ziffer 64).

59. Die industriellen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz, die dem Zyklus der Industrieproduktion verzögert folgen, steigen seit Frühjahr 1969 wieder stärker an; ein Jahr zuvor, im Frühjahr 1968, hatten sie ihren konjunkturellen Tiefpunkt durchlaufen. Insofern entspricht das zyklische Verhalten der Erzeugerpreise in diesem Aufschwung jenem der Jahre von 1959/60 und 1963/64 (Schaubild 16).

Schaubild 16

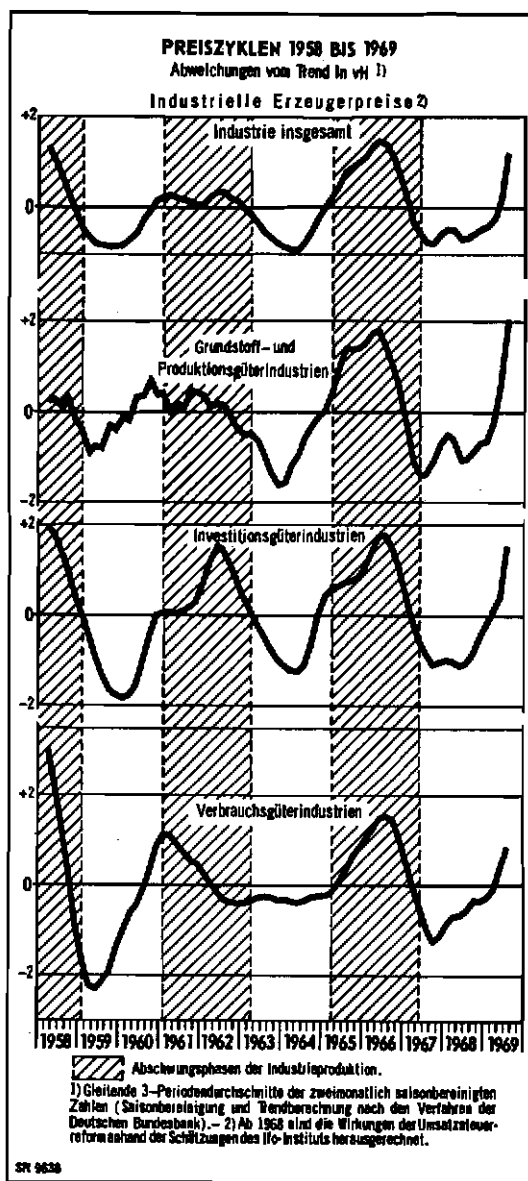


Schaubild 17

Anders als damals zogen jedoch diesmal die Erzeugerpreise an, bevor die Übernachfrage in der Industrie — gemessen am Verhältnis zwischen Auftragsingang und Produktionskapazität — ihren Höhepunkt erreichte. Der Preisaufrtrieb beschleunigte sich bis zum Herbst 1969 und entsprach damit dem lang anhaltenden Nachfrageboom in der Industrie.

In den letzten sechs Monaten, von April bis Oktober 1969, wurden die industriellen Erzeugerpreise um 2,8 vH erhöht (Jahresrate 5,6 vH), also stärker als in den Hochkonjunkturjahren 1964/65 und stärker als im Boom von 1960, kurz vor der Aufwertung von 1961.

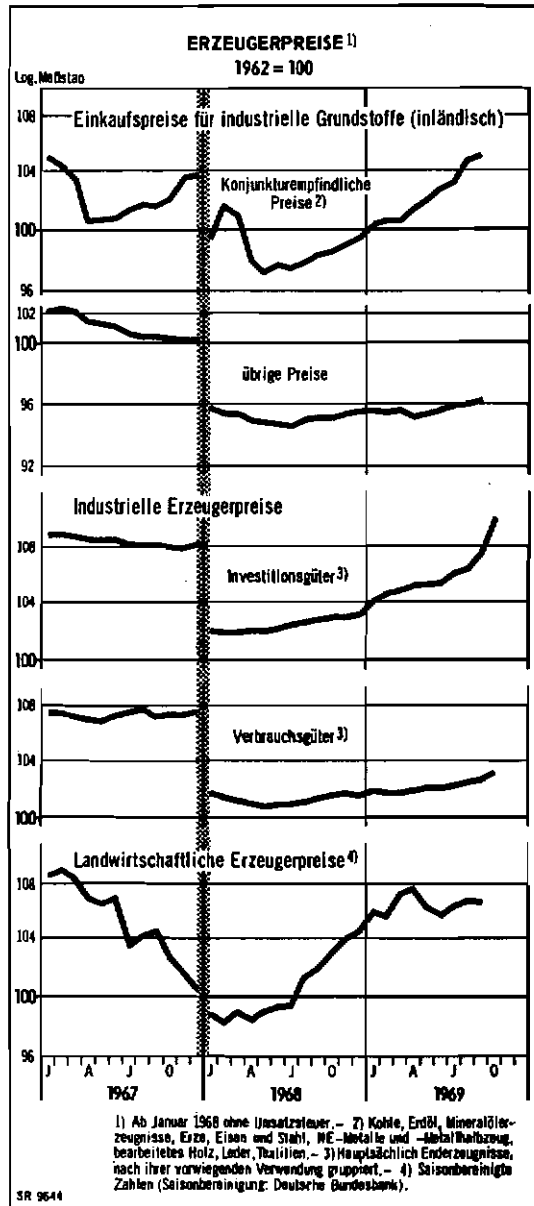
60. Die Wende zum Boom führte zu Preisschüben bei verschiedenen industriellen Grundstoffen. Im Frühjahr 1969 wurden vor allem die Preise für Eisen, Stahl und NE-Metalle kräftig heraufgesetzt. Im Herbst folgte eine drastische Anhebung der Kohlepreise. Der Anstieg des Preisindex für Grundstoffe von September 1968 bis September 1969 (4,2 vH) geht fast ganz darauf zurück, daß sich jene Grundstoffpreise, die im Konjunkturverlauf besonders flexibel sind, stark erhöht haben (Schaubild 17).

Die Erzeugerpreise für Investitionsgüter steigen seit der Jahreswende 1968/69 verstärkt an. Zu kräftigen Preisheraufsetzungen kam es im Herbst 1969, als sich die Lohnkosten plötzlich stärker erhöhten als die Produktivität. Innerhalb von zwei Monaten, September und Oktober, sind die Erzeugerpreise für Investitionsgüter um 3,5 vH angehoben worden.

Der Preisaufrtrieb für industrielle Verbrauchsgüter hielt sich — entsprechend der nachhinkenden Verbrauchskonjunktur — bis Mitte 1969 in engen Grenzen. Im Herbst 1969 zeichnet sich jedoch auch bei diesen Gütern eine Beschleunigung des Preisanstiegs ab.

61. Nach dem Inkrafttreten des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes vom November 1968 sind die Exportpreise in allen Bereichen stark gestiegen. Die Exporteure haben die steuerliche Belastung innerhalb weniger Monate weitergewälzt (Schaubild 18). Der Preisanstieg hielt im weiteren Verlauf des Jahres 1969 an. Die gewerblichen Fertigwaren verteuerten sich von November 1968 bis September 1969 im Durchschnitt um 7,5 vH; ein derartiger Anstieg in einer Phase konstanter Lohnkosten je Produkteinheit zeigt, daß auf den Exportmärkten erhebliche Preiserhöhungsspielräume bestanden ¹⁾.

¹⁾ Für die ausländischen Importeure haben sich die Einfuhren aus der Bundesrepublik (fob) vermutlich stärker verteuert, als dies im Index der D-Mark-Ausfuhrpreise (fob) aufscheint. Denn viele Exporteure gingen dazu über, auf D-Mark-Basis zu kontrahieren. Sie versuchten damit, die Kurssicherungskosten auf ihre Partner zu überwälzen. Soweit die Exporteure das Kurssicherungsrisiko bei Kontrakten in fremder Währung abwälzten, indem sie die Preise in fremder Währung erhöhten, haben sich in den Fällen, in denen für die statistischen Meldungen die Kontraktpreise zum Kassakurs umgerechnet wurden, auch die D-Mark-Ausfuhrpreise erhöht.

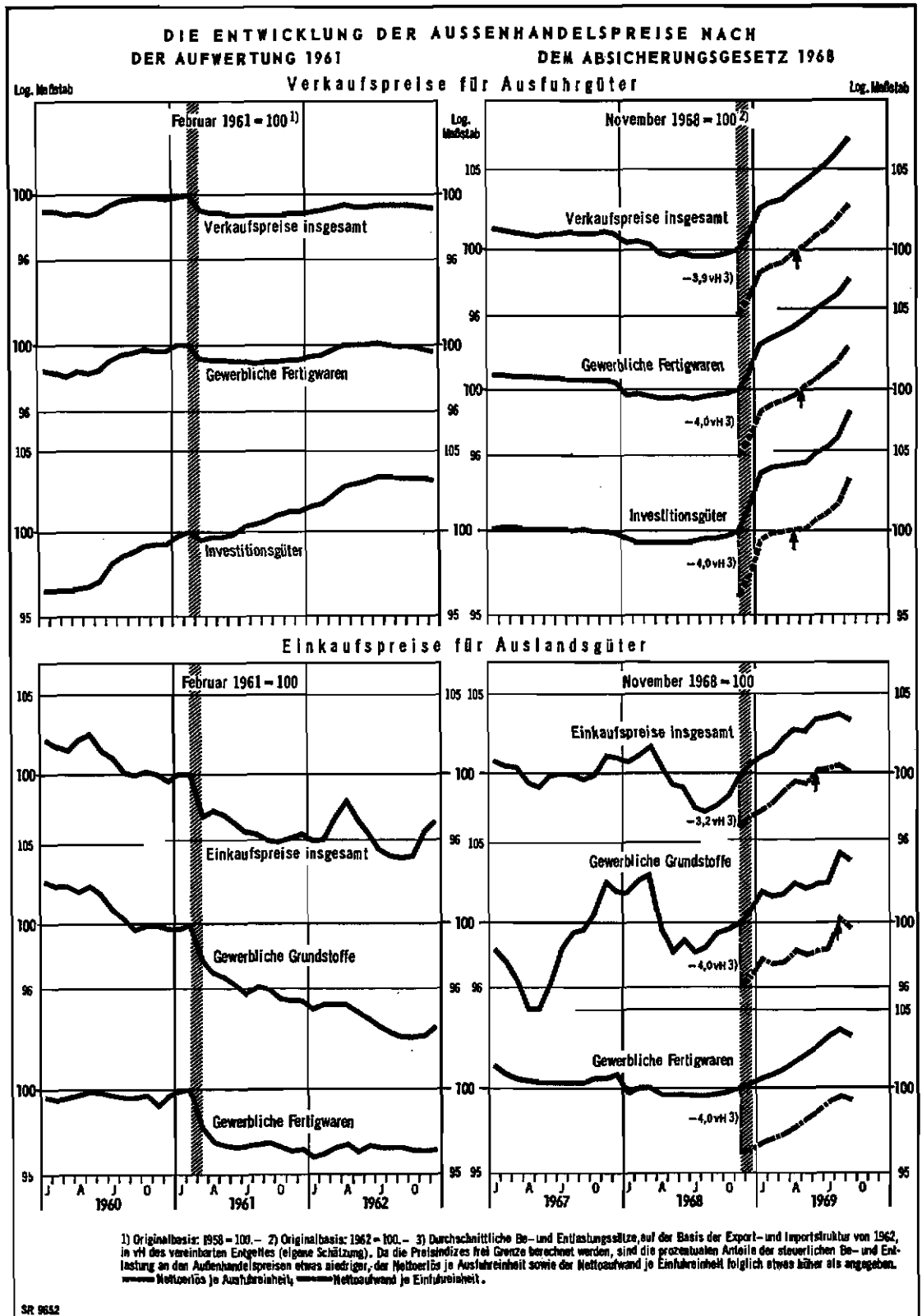


1) Ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer. — 2) Kohle, Erdöl, Mineralerzeugnisse, Erze, Eisen und Stahl, NE-Metalle und -Abfallaufzuberg, bearbeitetes Holz, Leder, Textilien. — 3) Hauptsächlich Endzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — 4) Saisonbereinigte Zahlen (Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank).

SR 9644

62. Die gewerblichen Importe haben sich von November 1968 bis September 1969 im Durchschnitt um 3,6 vH verteuert; dies ist aber auf den Binnenmärkten nur zum Teil wirksam geworden, weil das Absicherungsgesetz sie um 4 vH steuerlich entlastete (Schaubild 18). Auch erfüllten inländische Importeure seit Ende 1968 in zunehmendem Maße ihre Zahlungsverpflichtungen mit verbilligten Termindesisen (was sich nur zum Teil in den statistisch erfaßten Kontraktpreisen niederschlug). Im einzelnen sind seit November 1968 die Importpreise für Inputgüter (Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren-Vorzeugnisse) im Durchschnitt um 4,4 vH gestiegen, die Importpreise für Verbrauchsgüter, die das inländ.

Schaubild 18



dische Verbraucherpreisniveau unmittelbar beeinflussen, dagegen um 2,2 vH gesunken. Die Preise der eingeführten Ernährungsgüter, die vom Absicherungsgesetz nur zum geringen Teil erfaßt wurden, waren im September 1969 um 8,5 vH höher als im Vorjahr.

63. Schaubild 18 zeigt die Entwicklung der Außenhandelspreise im gegenwärtigen Boom und im Boom von 1960/61; es wird deutlich, daß das Absicherungsgesetz von 1968 und die Aufwertung von 1961 in unterschiedliche Preisverläufe eingriffen und offenbar auch unterschiedliche Preiswirkungen hatten.

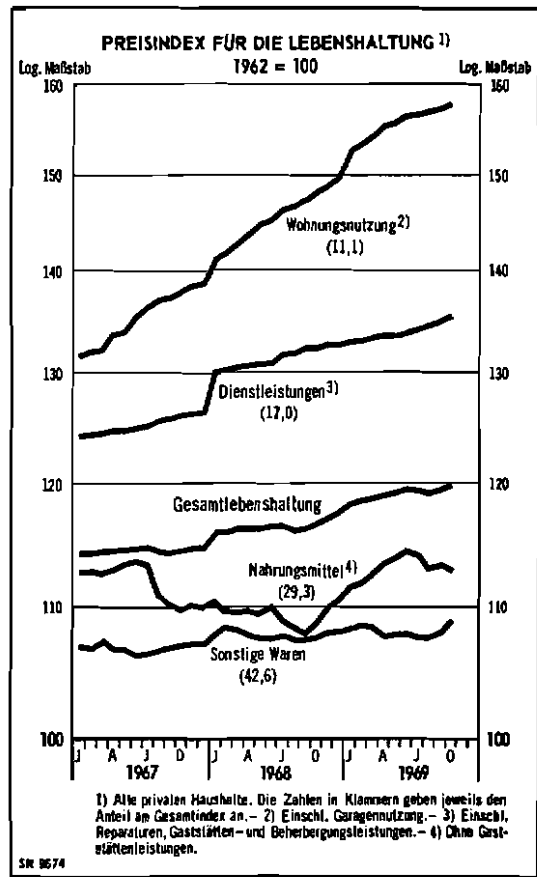
Zu den Ausfuhrpreisen: Während es etwa sechs Monate dauerte, bis die steuerliche Belastung des Absicherungsgesetzes im Durchschnitt voll überwältigt war (das heißt die Nettoerlöse je Ausfuereinheit wieder ebenso groß waren wie die Verkaufspreise unmittelbar vor dem Absicherungsgesetz), gingen die D-Mark-Preise der Ausfuhr-güter nach der Aufwertung von 1961 zunächst leicht zurück und blieben bis Ende 1962 annähernd konstant. Nur bei Investitionsgüterexporten war auch die Aufwertung von 1961 innerhalb kurzer Zeit voll überwältigt worden. Die unterschiedlichen Preisverläufe in den Jahren 1961 und 1969 hängen damit zusammen, daß diesmal das Absicherungsgesetz einen ersten Anstoß gab, bis dahin weitgehend konstante Exportpreise zu erhöhen, während vor der Aufwertung von 1961 die Exportpreise schon merklich gestiegen waren. 1961 waren die Unternehmen durch die Aufwertung gezwungen worden, ihre Preiserhöhungsspielräume im Ausland voll zu nutzen (JG 67 Ziffer 437); sie erhöhten die D-Mark-Preise der Exportgüter 1961 und 1962 weniger als die Erzeugerpreise im Inlandsabsatz. Diesmal stiegen die Exportpreise dagegen auch nach der Überwälzung der steuerlichen Belastung etwa ebenso stark wie die Inlandspreise.

Zu den Einfuhrpreisen: Während nach dem Absicherungsgesetz der Anstieg der Importpreise bereits Mitte 1969 die steuerliche Entlastung wieder ausgeglichen hat — also der Nettoaufwand je Einfuereinheit im Durchschnitt wieder ebenso hoch war wie der Einkaufspreis unmittelbar vor dem Absicherungsgesetz —, blieben nach der Aufwertung von 1961 die D-Mark-Preise für Importgüter bis Ende 1962 niedriger als zum Zeitpunkt der Aufwertung. Dies beruht unter anderem darauf, daß 1961 auch Importeure von Ernährungsgütern einen direkten Aufwertungsvorteil erlangten. Zudem zeigten die Preise für importierte Grundstoffe 1960/61 fallende, 1968/69 steigende Tendenz. Bei den Importen gewerblicher Fertigwaren, insbesondere bei Enderzeugnissen, dürfte der Preiswettbewerb 1961 größer gewesen sein als 1969.

64. Bereits seit Mitte 1968 steigen die Verbraucherpreise — gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte — wieder deutlich an (Schaubild 19); sie erhöhten sich im Verlauf des zweiten Halbjahres 1968 mit einer Jahresrate von 3 vH und im bisherigen Verlauf des Jahres 1969 mit einer Jahresrate von 2,5 vH (saisonbereinigt).

Dieser Preisauftrieb beruht im Kern nicht auf konjunkturellen Faktoren; der Grund liegt hauptsächlich darin, daß die Nahrungsmittelpreise — parallel zum Anstieg der landwirtschaftlichen Einfuhr- und Erzeugerpreise — kräftig stiegen und die Mieten, dem steilen Trend folgend, erhöht wurden (Ziffer 146).

Demgegenüber sind von Mitte 1968 bis Mitte 1969 die Preise der industriell erzeugten Verbrauchs-



güter gar nicht, die der Dienstleistungen nur wenig gestiegen (Schaubild 19). Ein konjunkturbedingter Preisauftrieb, der hier eigentlich zu erwarten war, hat erst im Herbst 1969 eingesetzt, zweieinhalb Jahre nach dem Beginn des Aufschwungs.

Dafür dürften insbesondere folgende Faktoren maßgeblich gewesen sein:

- Der ausgeprägte Lohn-Lag (Ziffern 65 ff.),
- die Verschärfung des Importwettbewerbs durch den Rückgang der Einfuhrpreise für Verbrauchsgüter, durch die Verbilligung der Termineisen und durch die steuerliche Entlastung der gewerblichen Importe durch das Absicherungsgesetz (Ziffer 62),
- hohe Produktivitätszuwächse und damit — während einer zweijährigen Phase — konstante Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie (Ziffer 68),
- das Vordringen neuer Handelsformen, das — statistisch allerdings kaum nachweisbar — die Handelsspannen verringerte, und
- die verstärkte wettbewerbspolitische Aktivität des Kartellamtes.

Spontane Lohnanpassung

Schaubild 20

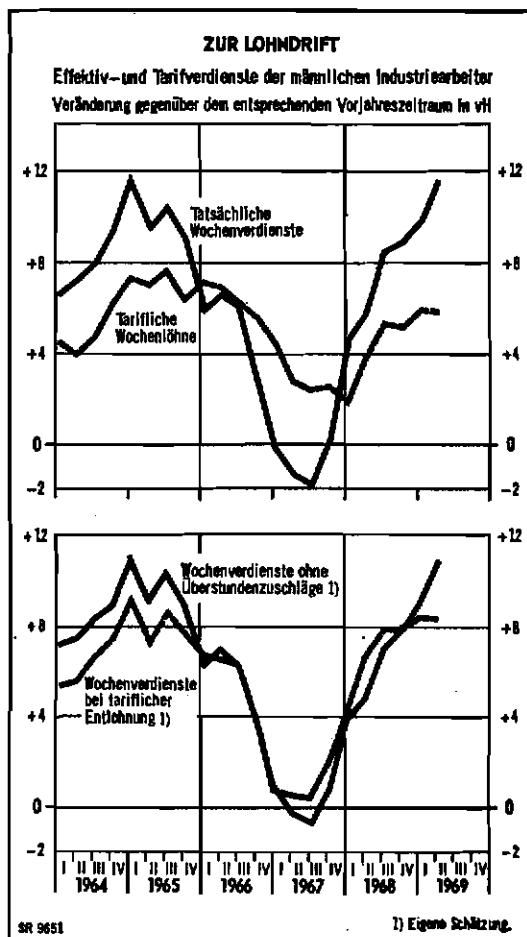
65. Wie die Preise, folgten die Löhne dem Konjunkturaufschwung mit Verzögerung. In der Industrie blieben die Effektivlöhne bis ins erste Halbjahr 1969 und damit länger als in den beiden vorangegangenen Zyklen hinter der Produktivitätsentwicklung zurück (Lohn-Lag). Diesmal war der Produktivitätszuwachs größer, der Anstieg des Effektivlohns dagegen geringer als in den früheren Aufschwungsphasen (Ziffern 66 ff.). Die Tarifpolitik der Gewerkschaften, die 1967 und 1968 durch Zurückhaltung gekennzeichnet war, hat bis Mitte 1969 den konjunkturellen Rückstand der Effektivlöhne nicht abzubauen vermocht. Erst die Arbeitsniederlegungen im September 1969 setzten Tariflohnbewegungen auf breiter Front in Gang (Ziffern 77 ff.). Der Rückstand der Effektivlöhne dürfte Anfang 1970 aufgeholt sein (Ziffern 193 f.).

66. Die Effektivlöhne, die nach der „Lohnpause“ Mitte 1967 nur langsam gestiegen waren, erhöhten sich um die Jahreswende 1968/69 wieder rascher. In der Industrie waren sie Mitte 1969 (saisonbereinigt) um 8 vH höher als im Herbst 1968. Ausschlaggebend für diesen Effektivlohnanstieg war jedoch, daß ab Herbst 1968 wieder in verstärktem Maße Überstunden geleistet wurden.

67. Wie sehr die Zunahme der geleisteten Überstunden im Aufschwung (und der Abbau von Überstunden sowie der Übergang zu Kurzarbeit in der Rezession) die Entwicklung der Wochenverdienste beeinflußt haben, zeigt Schaubild 20. Während die tariflichen Wochenlöhne der Industriearbeiter auch in der Rezession im Durchschnitt noch angehoben wurden, gingen die Wochenverdienste aufgrund der erheblich verminderten Arbeitszeit 1967 absolut zurück. Im Aufschwung stiegen dagegen die effektiven Wochenverdienste stärker als die tariflichen Wochenlöhne (Lohnndrift)¹⁾. Die effektiven Stundenverdienste haben sich erst seit dem Frühjahr 1969 stärker erhöht als die tariflichen Stundenlöhne. Das läßt darauf schließen, daß die Arbeitgeber in großem Umfang mit höheren Stundenlöhnen um die Arbeitskräfte konkurrierten.

68. Die Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie, die ebenso wie die Erzeugerpreise dem Zyklus der Industrieproduktion verzögert folgen, verminderten sich von Ende 1966 bis Ende 1968; um die Jahreswende 1968/69 begannen sie zwar wieder zu steigen, doch waren sie Mitte 1969 noch nicht höher als Ende 1965 (Schaubild 21). Hierin zeigt sich ein ausgeprägter Lohn-Lag; er war stärker als in den Aufschwungsphasen früherer Zyklen und beruht auf dem anhaltend hohen Produktivitätszuwachs in der Industrie. In der Gesamtwirtschaft übertrafen die Lohnkosten je Produkteinheit im ersten Halbjahr 1969 wieder das Niveau von 1966.

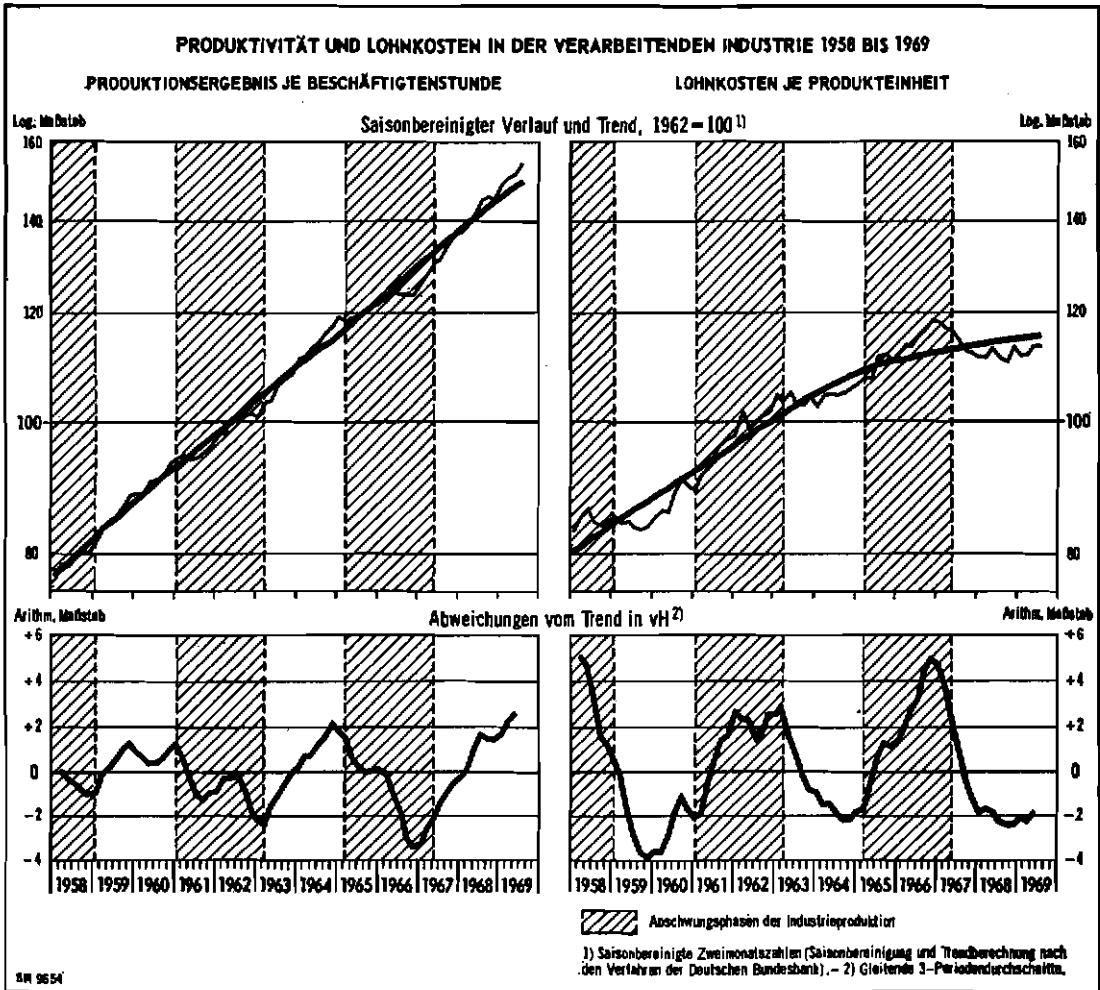
69. In der lohnpolitischen Diskussion des vergangenen Jahres hat die Frage eine erhebliche Rolle gespielt, ob die Reallohne im Aufschwung weniger gestiegen sind,



als nach den Regeln einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik möglich gewesen wäre (JG 68 Ziffer 287). Versucht man, diese Frage für das Jahr 1969 zu beantworten, so muß man — wie in Tabelle 4 — die Faktoren abschätzen, die den Spielraum für eine marktgerechte Entwicklung der Reallohne bestimmt haben und sie der tatsächlichen Reallohnentwicklung gegenüberstellen.

70. Das Ausmaß des Lohnrückstandes, den Tabelle 4 zeigt, hängt wesentlich davon ab, welches Basisjahr man zugrunde legt. Deshalb haben wir in den einzelnen Zeilen jeweils angegeben, wie sich der Lohnrückstand 1969

¹⁾ In welchem Ausmaß dieses Voraussetzen der Effektivverdienste auf der zunehmenden Überstundenarbeit beruht, zeigt sich, wenn man die Überstundenverdienste rechnerisch ausschaltet. Bei dieser Rechnung — wie in Schaubild 20 geschehen — wurde den Effektiv- wie den Tarifverdiensten die tatsächlich geleistete Arbeitszeit zugrunde gelegt; die Effektivverdienste (je Stunde) wurden von den Überstundenzuschlägen bereinigt. Ein Vergleich der so bereinigten Effektiv- und Tarifverdienste gibt also Auskunft über die unterschiedliche Entwicklung der Stundenverdienste. Es zeigt sich demnach, daß die Effektivverdienste bis Ende 1968 ebenso stark gestiegen sind wie die Tarifverdienste.



bemüht, wenn man die Basisjahre 1965 bis 1968 zugrunde legt, und aus welchen Komponenten er sich zusammensetzt.

Für jedes Basisjahr sind die Ergebnisse anders zu interpretieren. Geht man davon aus, daß jene Verteilungsproportionen anzustreben sind, die von den Marktkräften bei anhaltend hohem Beschäftigungsgrad erreicht worden wären, so eignet sich nach unserer Ansicht 1965 am ehesten als Basis, wenngleich es von Jahr zu Jahr fragwürdiger wird, die relevanten Wirkungen des selbster eingetretenen Strukturwandels außer Betracht zu lassen. Zwar sind wir bei der Berechnung des Lohnrückstandes im Jahresgutachten 1968/69 vom Jahre 1966 ausgegangen, das dem jüngsten Konjunkturaufschwung unmittelbar vorangegangen ist. Doch haben wir, anknüpfend an die lohnpolitischen Vorstellungen, die im Jahresgutachten 1967 dem Gedanken eines „Rahmenpaktes für Expansion und Stabilität“ zugrunde lagen, auf dieser Basis ausdrücklich einen Hochbeschäftigungs-Sicherungsabschlag in Rechnung gestellt. Denn im Abschwungsjahr 1966 war die Relation der Lohn- und Gewinneinkommen nicht mit der Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades vereinbar.

71. Wie Spalte 1 in Tabelle 4 zeigt, war die Arbeitsproduktivität der Gesamtwirtschaft 1969 höher als in jedem der vorangegangenen Jahre, gegenüber 1965 um 20,8 vH. Ebenso groß war der zur Verteilung verfügbare reale Einkommenszuwachs, der mit dem Produktivitätsfortschritt einherging. Von der Fortschritttrate der Arbeitsproduktivität her hätten die Reallohne also von 1965 bis 1969 um 20,6 vH (jährlich um 4,8 vH) verteilungsneutral erhöht werden können. Die Lohnpolitik hätte jedoch berücksichtigen müssen, daß ein Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts durch Strukturwandel bedingt und deshalb bereits verteilt war. Denn mit dem Übergang in produktivere Bereiche erhöhen sich für die einzelnen Arbeitnehmer in der Regel die Durchschnittseinkommen (JG 64 Ziffer 248 b).

72. Die Verbesserung der Terms of Trade mit dem Ausland (Spalte 2) erhöhte ebenso wie der inländische Produktivitätszuwachs das verteilbare Realeinkommen. Dieser Effekt ist jedoch selbst über den gesamten Vierjahres-Zeitraum, von 1965 bis 1969, gering zu veranschlagen (+ 1,6 vH). Gegenüber 1968 blieben die Terms of Trade 1969 nahezu unverändert. Die Wirkungen der Aufwertung vom Oktober 1969 dürften erst 1970 in der Entwicklung der Durchschnittswerte sichtbar werden.

73. Der Spielraum für kostenniveau-neutrale Lohn-erhöhungen wird geringer, wenn die Beiträge zur Sozialversicherung sich erhöhen, da der Arbeitgeberanteil an diesen Beiträgen zu den Lohnkosten zählt. Dies wird in Spalte 3 berücksichtigt.

74. Auch die Mehrwertsteuererhöhung Mitte 1968 von zehn auf elf Prozent, mit der der Staat einen Teil des realen Einkommenszuwachses in Anspruch nahm, verringerte den Spielraum für Realloohnerhöhungen (Spalte 4). Da nur die Verbrauchsgüter der Mehrwertsteuer unterliegen und da ein Teil davon mit dem halben Satz belastet wird, wurde der Spielraum für Realloohnerhöhungen, der 1969 gegenüber den Jahren vor 1968 bestand, im Durchschnitt um 0,8 Prozentpunkte vermindert; gegenüber 1968 haben wir 0,4 Prozentpunkte angesetzt, da ab Mitte 1968 bereits der höhere Mehrwertsteuersatz galt.

75. Wenn die Kapitalkosten je Produkteinheit — trendbedingt — zunehmen, zum Beispiel weil mehr Kapital je Produkteinheit eingesetzt wird, ohne daß der Kapitalzins entsprechend sinkt, so vermindert dies ebenfalls jenen Zuwachs des Realeinkommens, der an die Arbeitskräfte verteilt werden kann — und umgekehrt (JG 66 Ziffern 309 ff.). Da vieles dafür spricht, daß sich der trendbedingte Anstieg des Kapitalkoeffizienten in den letzten Jahren abgeflacht hat (Ziffer 54), wäre in der Einkommenspolitik unter sonst gleichen Bedingungen mit sinkenden oder weniger steigenden Kapitalkosten je Produkteinheit zu rechnen. Doch ist es außerordentlich schwer, die Veränderungen der Kapitalkosten in der Einkommenspolitik zu berücksichtigen. So hat sich bisher kein befriedigendes Verfahren finden lassen, das es gestattet, die trendbedingte Zinsentwicklung von konjunkturellen und internationalen Störfaktoren zu trennen. Auch läßt sich nur unvollkommen feststellen, wie — über die Veränderung der durchschnittlichen Abschreibungsperioden — die Kapitalkosten beeinflußt werden, wenn die Investitionsgüter im Durchschnitt nicht mehr so dauerhaft sind, sei es aus Gründen geänderter Tech-

nik, sei es wegen eines Strukturwandels, mit dem der Anteil der Anlagen kurzer Lebensdauer zunimmt.

Es wurde deshalb darauf verzichtet, die Veränderung der Kapitalkosten je Produkteinheit in die Rechnung einzubeziehen.

76. Vergleicht man den Spielraum für Realloohnerhöhungen, der sich nach Tabelle 4 im Durchschnitt des Jahres 1969 gegenüber den alternativen Basisjahren ergeben hat (Spalte 5), mit dem tatsächlichen Reallohnanstieg (Spalte 6), so zeigt sich, daß die Verschiebung der Verteilungsproportionen zu Lasten der Löhne, die sich in den Aufschwungsjahren ergeben hatte, im Durchschnitt des Jahres 1969 noch nicht wieder korrigiert worden ist. Über den ganzen Zeitraum hinweg, von 1965 bis 1969, hätten die Reallohne um 2,6 vH stärker steigen können, ohne daß deshalb — bei monetärem und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht — die Ziele der Geldwertstabilität und des anhaltend hohen Beschäftigungsgrades verletzt worden wären. Erst Anfang 1970 dürften die Verteilungsproportionen von 1965 annähernd wiederhergestellt sein (Ziffern 193 f.).

77. Die Tarifpolitik hat den Lohn-Lag im Aufschwung 1968 entscheidend bestimmt. Obwohl die Gewinne wegen des hohen Produktivitätszuwachses vom Herbst 1967 an außerordentlich stiegen, wurden die Tariflöhne auch 1968 im Durchschnitt um weniger erhöht als in vergleichbaren Jahren früherer Zyklen.

78. Der geringe Anstieg der Verbraucherpreise und die Unsicherheit der Arbeitsplätze in der Frühphase des Aufschwungs mögen dazu beigetragen haben, daß sich die Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen mit Lohnforderungen zurückhielten. Für wichtige Bereiche wurden Tarifverträge abgeschlossen,

Tabelle 4

Produktivitäts- und Reallohnentwicklung der Gesamtwirtschaft
Meßziffern für das Jahr 1969 bei unterschiedlichen Basisjahren

Basisjahr	Arbeitsproduktivität ¹⁾	Terms-of-Trade-Effekt ²⁾	Lohnkosteneffekt d. Arbeitgeberbeiträge	Mehrwertsteuererhöhung	Spielraum für Realloohnerhöhung ³⁾	Tatsächliche Realloohnerhöhung ⁴⁾	Lohnrückstand in vH ⁵⁾
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1965 = 100	120,6	101,6	101,2	100,8	120,1	117,1	+2,6
1966 = 100	117,7	101,4	100,9	100,8	117,3	113,1	+3,7
1967 = 100	113,8	101,1	100,7	100,8	113,3	111,1	+2,0
1968 = 100	106,2	100,3	100,2	100,4	105,9	106,3	-0,4

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1964 je Erwerbstätigen.

²⁾ Nach dem Preisindex der Ausfuhr und Einfuhr (Waren und Dienstleistungen) berechnet (JG 66 Anhang VI).

³⁾ $\frac{(1) \cdot (2)}{(3) \cdot (4)} \cdot 100$.

⁴⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte).

⁵⁾ $\left(\frac{(5)}{(6)} - 1 \right) \cdot 100$.

Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse

Monat		Zahl der Betroffenen	
1968			
April	„Konzertierte Aktion“		Die Beteiligten sind darin einig, daß „eine die Massenkaukraft stärkende Lohnpolitik“ für die weitere Konjunktorentwicklung von großer Bedeutung sei.
Mai	Metallindustrie	3 600 000	Schlichtungsvereinbarung über einen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 18 Monaten und ein Rationalisierungsschutz-Abkommen; Lohnerhöhungen um 4 vH am 1. April 1968 und um 3 vH am 1. Januar 1969.
Juni	Eisen- und Stahlindustrie	270 000	Tarifvertrag in Nordrhein-Westfalen mit einer Laufzeit von 18 Monaten; Lohnerhöhungen um 5 vH am 1. Juni 1968, um 2 vH am 1. März 1969. Im Saarland tritt ein entsprechender Tarifvertrag am 1. Oktober 1968 in Kraft.
Juli	„Konzertierte Aktion“		Die Beteiligten sind darin einig, daß durch geeignete Maßnahmen „rechtzeitig auf eine Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage gegenüber der außenwirtschaftlichen hingewirkt werden“ müsse.
	Bergbau	290 000	Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 18 Monaten; im Ruhrbergbau werden die Löhne um 5,5 vH, im Saarbergbau um 4 vH erhöht.
Oktober	„Konzertierte Aktion“		Es besteht darin Übereinstimmung, daß einer angemessenen Lohnentwicklung „eine wichtige Stabilisierungsfunktion zukomme“. Ein Ausschuß wird beauftragt, „die ökonomischen und finanziellen Voraussetzungen und Auswirkungen der Lohnfortzahlung unverzüglich (zu) prüfen“.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 600 000	Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife zum 31. Dezember 1968. Die Gewerkschaften fordern 8 vH sowie eine Angleichung der Arbeitsbedingungen von Arbeitern und Angestellten.
November	Alters- und Unfallrenten	9 500 000	Ab Januar 1969 werden die Altersrenten um 8,3 vH, die Unfallrenten um 3,3 vH heraufgesetzt.
1969			
Januar	Orientierungsdaten		Die Bundesregierung projiziert im Jahreswirtschaftsbericht 1969 Tarifloohnerhöhungen von 5 1/2 bis 6 1/2 Prozent.
	Metallindustrie	4 000 000	Stufenerhöhung der Löhne und Gehälter um 3 vH aufgrund der Schlichtungsvereinbarung vom Mai 1968.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 600 000	Die Grundvergütung der Arbeiter und Angestellten wird um 6 vH erhöht; der neue Lohntarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Die Dienstalters- und Dienstzeitzulagen der Arbeiter im öffentlichen Dienst richten sich künftig nach der jeweiligen Lohngruppe. Die Vertragspartner vereinbaren, im Laufe des Jahres über ein neues Lohnsystem zu verhandeln.
	Chemische Industrie	650 000	Die Tarifkommissionen der IG Chemie fordern für die anstehenden Verhandlungen Lohnerhöhungen um 9,5 vH und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden.
	Graphisches Gewerbe	170 000	Tarifverhandlungen werden vertagt; die Gewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung um 9 vH.

noch Tabelle 5

Monat		Zahl der Betroffenen	
1969			
Februar	„Konzertierte Aktion“		Die Beteiligten bejahen „die Notwendigkeit einer vorsichtigen und wohl dosierten Politik zur Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“. Keine Einigung über die Neuregelung der Lohnfortzahlung.
	Chemische Industrie	650 000	Tarifabschlüsse, die in den nächsten Monaten wirksam werden, sehen eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 vH vor; Laufzeit zwölf Monate. 1970 wird die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 40 Stunden verkürzt.
	Graphisches Gewerbe	170 000	Nach gescheiterten Tarifverhandlungen bestimmt ein Schiedsgericht die Heraufsetzung der Tariflöhne um 7,1 vH. Ein neuer Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte regelt u. a. den Übergang zur Fünf-Tage-Woche und zur Berechnung des Urlaubs nach den Arbeitstagen. Ähnliche Manteltarife werden in anderen Industrien vereinbart.
	Textilindustrie	800 000	In fast allen Tarifgebieten werden die Lohn- und Gehaltstarife zum 30. April 1969 gekündigt. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung fordert 8,5 vH. Im März beginnen Verhandlungen über ein einheitliches Rationalisierungsschutzabkommen.
März	Eisen- und Stahlindustrie	230 000	Stufenerhöhung um 2 vH in Nordrhein-Westfalen aufgrund des Tarifvertrages vom Juni 1968.
	Baugewerbe	1 500 000	Die Tariflöhne werden ab 1. April 1969 um 6,5 vH erhöht; Laufzeit 12 Monate. Am 1. Oktober 1969 wird die tarifliche Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich verkürzt.
März	Bergbau	260 000	Die IG Bergbau und Energie fordert erneut vermögenswirksame Leistungen nach dem zweiten Vermögensbildungsgesetz auch für die rheinisch-westfälischen Reviere.
April	Metallindustrie	4 000 000	Die IG Metall kündigt das Urlaubsabkommen zum 30. Juni 1969 und fordert die Berechnung des Urlaubs nach Arbeitstagen statt nach Werktagen.
Mai	Textilindustrie	800 000	Lohnerhöhungen von durchschnittlich 7,5 vH; Laufzeit 12 Monate. Am 1. Juni 1969 tritt ein einheitliches Rationalisierungsschutzabkommen in Kraft. 1970 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt.
Juni	Beamte, Versorgungsempfänger	2 300 000	Aus Anlaß der Vorbereitungen zur mittelfristigen Finanzplanung 1970—1973 fordert der DGB eine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 8 vH ab 1. Januar 1970.
	Krankenversicherung	12 200 000	Der Bundestag verabschiedet das Gesetz über die Lohnfortzahlung für Arbeiter. Vom 1. Januar 1970 an erhalten die Arbeiter — wie die Angestellten — bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit sechs Wochen lang das volle Arbeitsentgelt vom Arbeitgeber.
	„Konzertierte Aktion“		Alle Beteiligten unterstreichen „die Notwendigkeit neuer vermögenspolitischer Initiativen“; entsprechende Vorlagen werden an einen Arbeitskreis überwiesen.
Juli	Alters- und Unfallrenten	9 500 000	Der Bundestag verabschiedet das 12. Rentenanpassungsgesetz; danach werden am 1. Januar 1970 die Altersrenten um 6,35 vH, die Unfallrenten um 6,1 vH erhöht. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird nach geltendem Recht am 1. Januar 1970 von 16 vH auf 17 vH erhöht.

Monat		Zahl der Betroffenen	
1969			
August	Metallindustrie	4 000 000	In einem zentralen Spitzengespräch über die Ablösung des seit 1. April 1968 laufenden Tarifvertrages vereinbaren IG Metall und Gesamtmetall: 1. Erhöhung der Löhne um 8 vH ab 1. September 1969, also einen Monat vor Ablauf des alten Lohntarifvertrages; Laufzeit 13 Monate. 2. Übergang zur Berechnung des Urlaubs nach Arbeitstagen bis 1972 in drei Stufen. 3. Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben.
	„Konzertierte Aktion“		Das für den 22. August geplante Gespräch wird vertagt.
September	Eisen- und Stahlindustrie, Steinkohlenbergbau	69 000	Arbeitsniederlegungen in Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, zunächst wegen des Lohngefälles innerhalb der Eisen- und Stahlindustrie, später wegen des konjunkturellen Lohnrückstandes. Die Streikbewegung greift schnell auf Betriebe in Norddeutschland, im Saarland und in Bayern über sowie auf den Steinkohlenbergbau an Ruhr und Saar. Insgesamt fallen 230 000 Arbeitstage aus. Die Tarifpartner nehmen vorzeitige Tarifverhandlungen auf.
	Eisen- und Stahlindustrie	260 000	Tarifabschlüsse in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen werden um drei Monate vorgezogen; Lohn- und Gehaltserhöhungen um 11 vH zum 1. September 1969; Laufzeit 13 Monate. Arbeitsfreie Werktage sollen — stufenweise bis 1972 — nicht mehr auf den Urlaub angerechnet werden. Entsprechende Vereinbarungen ersetzen in Bayern und im Saarland die erst zum 31. März 1970 kündbaren Tarifverträge.
	Bergbau	290 000	Heraufsetzung der Schichtlöhne und der Gehälter um durchschnittlich 10,8 vH zum 1. September 1969, vier Monate vor Ablauf des Tarifvertrages. Zum 1. Januar 1970 werden u. a. vermögenswirksame Leistungen für die Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen, für alle Arbeitnehmer ein Mindesturlaub von 20 Tagen und die Neubewertung der Arbeitsplätze vereinbart. Die neuen Verträge sind jederzeit kündbar. Die Arbeiter im Saarbergbau erhalten außerdem eine einmalige Ausgleichszahlung von 310,— DM.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 600 000	Warnstreiks veranlassen die kommunalen Arbeitgeber, einer einmaligen Überbrückungszahlung von 300,— DM zuzustimmen; Bund und Länder vertagen die Verhandlungen zunächst, schließen sich dann aber dieser Regelung an.
	Verschiedene Bereiche	5 000 000	In allen wichtigen Bereichen, in denen die Tarifverträge erst in der ersten Hälfte des Jahres 1970 auslaufen, werden vorzeitige Tarifverhandlungen angestrebt, so von der IG Bau, Steine, Erden, der IG Chemie, Papier, Keramik, der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Leder, der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen. Die Verhandlungen führen meist schnell zu einer Aufstockung der laufenden Tarife, in der Chemischen Industrie um 3,5 vH (ab 1. Oktober 1969), im Baugewerbe um 6 vH (ab 15. Dezember 1969).
Oktober	Beamte, Versorgungsempfänger	2 300 000	Beamten und Versorgungsempfängern wird eine Überbrückungszulage in Höhe von 300,— DM für 1969 gewährt.
	Öffentlicher Dienst	1 200 000	Die ÖTV kündigt den Tarifvertrag zum Jahresende; sie fordert eine Erhöhung der Grundvergütungen um 13 vH.

mit denen die Arbeitnehmer mäßige Lohnsteigerungen bei langen Laufzeiten akzeptierten, dafür aber neuartige Vereinbarungen über die Garantie bereits eingeräumter Sozialleistungen und die Sicherung des Arbeitsplatzes (Rationalisierungsschutz) erlangten. So erklärte es sich, daß das Tariflohn-niveau noch Mitte 1969, nach zwei Jahren des Aufschwungs, nur um etwa 6 vH höher lag als im Vorjahr; in der Industrie war der Anstieg — aufgrund niedriger Stufenlohnerhöhungen für einen Teil der Beschäftigten — sogar noch geringer. Den Ausschlag gaben die Tarifaabschlüsse im ersten Halbjahr 1969, bei denen Lohnerhöhungen zwischen 6 und 8 vH vereinbart wurden (Tabelle 5).

79. Im Laufe des Jahres 1969 entstand durch die Übernachfrage auf den Gütermärkten und am Arbeitsmarkt eine labile Situation, in der ein geringfügiger Anlaß genügte, einen Anpassungsprozeß auszulösen. Mit den Arbeitsniederlegungen Anfang September 1969 wurden außertarifliche Lohnzuschläge durchgesetzt. Die Gewerkschaften sahen sich nun gezwungen, vor Ablauf der Tarifverträge hohe Lohnforderungen zu stellen. Angesichts der hohen Auftragsbestände und des Arbeitskräftemangels wurden diese Forderungen weitgehend und ohne Zögern von den Arbeitgebern erfüllt.

Innerhalb kurzer Frist wurden in allen wichtigen Bereichen die Ende 1969 oder im ersten Halbjahr 1970 kündbaren Tarife neu gestaltet. Soweit 1969 noch keine Tarifverhandlungen geführt worden waren, betrug die vereinbarten Lohnerhöhungen nunmehr durchweg mehr als 10 vH; die bereits im ersten Halbjahr 1969 vereinbarten und noch gültigen Tarife wurden entsprechend nach oben korrigiert.

Brutto- und Nettoeinkommen

80. Die Bruttogewinne sind von Ende 1967 bis Mitte 1969 anhaltend stark gestiegen, zunächst weil sich mit höherer Kapazitätsauslastung die Erlös-Kosten-Relation verbesserte und die Umsätze zunahm, später weil der Nachfrageboom Preiserhöhungen erlaubte, während die Lohnkosten je Produkteinheit ziemlich konstant blieben. Das vom Statistischen Bundesamt berechnete Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das im Aufschwungsjahr 1968 um 16 vH gestiegen war, lag im ersten Halbjahr 1969 um 14 vH höher als im Vorjahr (ohne steuerliche Entlastung der Altvor-räte).

81. Stärker als die Bruttogewinne der Unternehmen stiegen die Gewinne nach Abzug der Steuern, die die Unternehmer in diesem Jahre tatsächlich zahlten. Es bestätigte sich in diesem Aufschwung die Erfahrung früherer Jahre, daß die Steuerzahlungen den steigenden Gewinnen um ein bis eineinhalb Jahre verzögert folgen, während sie in Abschwungsphasen der verschlechterten Gewinnlage relativ schnell angepaßt werden (JG 64 Ziffer 212). 1968 wurden durchschnittlich etwa 9 vH, im ersten Halbjahr 1969 etwa 10 vH mehr an direkten Steuern auf

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen entrichtet als jeweils im Vorjahr. Diese verzögerte Anpassung der Steuerzahlungen im Aufschwung ist hauptsächlich bei der Einkommensteuer, weniger bei der Körperschaftsteuer festzustellen.

82. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, von denen die Intensität der Verbrauchskonjunktur vor allem abhängt, nahmen 1968/69 weniger stark zu als die Gewinneinkommen, und zwar sowohl brutto als auch netto. Während die Brutto-lohn- und -gehaltssumme 1968 um 7 vH und im ersten Halbjahr 1969 um 11 vH höher war als ein Jahr zuvor, stieg das Lohnsteueraufkommen im gleichen Zeitraum um 14 vH beziehungsweise 21 vH. Die kurzfristige Elastizität des Lohnsteueraufkommens (rund 2) ist im Boom von 1968/69 mithin wieder beinahe ebenso groß wie im Boom von 1960, vor der Einkommensteuersenkung von 1965; sie wirkte als Stabilisator und drängte die Verbrauchskonjunktur in der Phase des stürmischen Investitions- und Exportbooms zusätzlich zurück.

Der mit steigendem Lohneinkommen zunehmende Kaufkraftentzug durch den Staat, der darin zum Ausdruck kommt, beruht

- auf der Progression des Einkommensteuertarifs und der indirekten Progression, die sich bei steigendem Einkommen aus der Konstanz der Freibeträge ergibt (Ziffer 83)¹⁾;
- darauf, daß sich die Progression des Einkommensteuertarifs verschärft auswirkt, wenn die Nominaleinkommen inflatorisch aufgebläht werden (Ziffer 84).

83. Der progressive Einkommensteuertarif und die Konstanz der Freibeträge führen dazu, daß die Steuereinnahmen stärker steigen als das Sozialprodukt. Wollte man diesem sich ständig verstärkenden Entzugseffekt entgegenwirken, so müßte man bei gleicher Steuerbemessungsgrundlage den Steuertarif von Zeit zu Zeit senken oder die Steuerbemessungsgrundlage dem Anstieg der durchschnittlichen Bruttoeinkommen anpassen.

So wurde die Einkommensteuer zwischen 1962 und 1965 mehrfach gesenkt, indem man

- einen Arbeitnehmerfreibetrag und eine Sonderausgabenpauschale einführte,
- die Kinderfreibeträge erhöhte,
- den Einkommensteuersatz in der Proportionalzone (Linearbereich) von 20 vH auf 19 vH herabsetzte,
- den Steuersatz der ersten Progressionszone linear senkte und
- die Progressionszonen neu festlegte.

Unverändert blieb dagegen der Sockelfreibetrag von DM 1 680, der sich aus einem allgemeinen Freibetrag in

¹⁾ Unmittelbar nach der Einkommensteuersenkung von 1965 wurde nur bei 6 vH der Lohnsteuerpflichtigen der Progressionstarif angewandt. Der Anteil der Lohnsteuer am Brutto-lohn betrug damals im Durchschnitt 7,8 vH, 1968 jedoch 9,4 vH. Die marginale Lohnsteuerbelastung von 20 vH, die sich daraus im Durchschnitt errechnet, gibt eine ungefähre Vorstellung von der indirekten Progression, die die meisten Lohnsteuerpflichtigen trifft.

Ein neuer Boom

Höhe von DM 900 und einem „Sonderfreibetrag zur Gestaltung der indirekten Progression in der Proportionalzone“ von DM 780 zusammensetzt.

84. Werden die Nominaleinkommen inflatorisch aufgebläht, so wirkt sich die Progression des Einkommensteuertarifs verschärft aus, und zwar vor allem in den Einkommensbereichen, für die der Sockelfreibetrag progressionsmildernd wirken soll. Tabelle 6 verdeutlicht an fünf Beispielen, wie sich der Preisanstieg von 1960 bis 1968 auf die Belastung mit Einkommensteuer auswirkte. Der Rechnung liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

— Ein Anstieg der nominalen Bruttoarbeitseinkommen von 1960 bis 1968 um 6,3 vH je Jahr,

— ein Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung (4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte) von 1960 bis 1968 um 2,5 vH je Jahr,

— Freibeträge in Höhe von DM 3 880 im Jahre 1960 (DM 900 für das erste Kind, DM 1 680 für das zweite Kind, DM 564 Werbungskostenpauschale und DM 636 Sonderausgabenpauschale und DM 100 Weihnachtsfreibetrag),

— Freibeträge in Höhe von DM 4 720 im Jahre 1968 (DM 1 200 für das erste Kind, DM 1 680 für das zweite Kind, DM 564 Werbungskostenpauschale, DM 936 Sonderausgabenpauschale, DM 240 Arbeitnehmerfreibetrag und DM 100 Weihnachtsfreibetrag) und

— Anwendung der Splitting-Tabelle.

Tabelle 6

Preisanstieg und Einkommensteuerprogression
Schematische Vergleichsrechnung

Jahr	Nominalrechnung ¹⁾				Realrechnung ²⁾				Unterschied der Einkommensteuerbelastung Prozentpunkte
	Brutto- ³⁾	steuerbares ⁴⁾	Einkommensteuer		Brutto- ³⁾	steuerbares ⁴⁾	Einkommensteuer		
	Einkommen				Einkommen				
	DM		vH ⁵⁾		DM		vH ⁵⁾		
Einkommensgruppe I									
1960	6 000	2 120	0	0,0	6 000	2 420	0	0,0	.
1968	9 798	5 078	318	6,3	8 009	3 289	0	0,0	+6,3
Einkommensgruppe II									
1960	8 910	5 030	324	6,4	8 910	5 030	324	6,4	.
1968	14 550	9 830	1 218	12,4	11 893	7 173	718	10,0	+2,4
Einkommensgruppe III									
1960	14 000	10 120	1 344	13,3	14 000	10 120	1 344	13,3	.
1968	22 862	18 142	2 822	15,6	18 687	13 967	2 006	14,4	+1,2
Einkommensgruppe IV									
1960	35 000	31 120	6 958	22,4	35 000	31 120	6 958	22,4	.
1968	57 155	52 435	13 416	25,6	46 718	41 998	9 566	22,8	+2,8
Einkommensgruppe V									
1960	100 000	96 120	32 750	34,1	100 000	96 120	32 750	34,1	.
1968	163 300	158 580	62 510	39,4	133 481	128 761	47 758	37,1	+2,3

¹⁾ Angenommener Anstieg des Bruttoarbeitseinkommens 1968 gegenüber 1960 im Ausmaß der Steigerung des Familienbudgets der „Indexfamilie“, die dem Preisindex für die Lebenshaltung (der 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes) zugrunde liegt.

²⁾ Nominalwerte für 1968, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte.

³⁾ Einkünfte aus unselbständiger Arbeit.

⁴⁾ Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, vermindert um die in der Steuertabelle eingearbeiteten pauschalierten Freibeträge.

⁵⁾ In vH des „steuerbaren“ Einkommens.

Die zusätzliche Einkommensteuerlast, die dem Geldwertswund zuzurechnen ist, liegt nach dieser Rechnung zwischen 6,3 Prozentpunkten (Bruttoarbeitseinkommen im Basisjahr 1960 DM 6 000) und 1,2 Prozentpunkten (Bruttoarbeitseinkommen im Basisjahr 1960 DM 14 000).

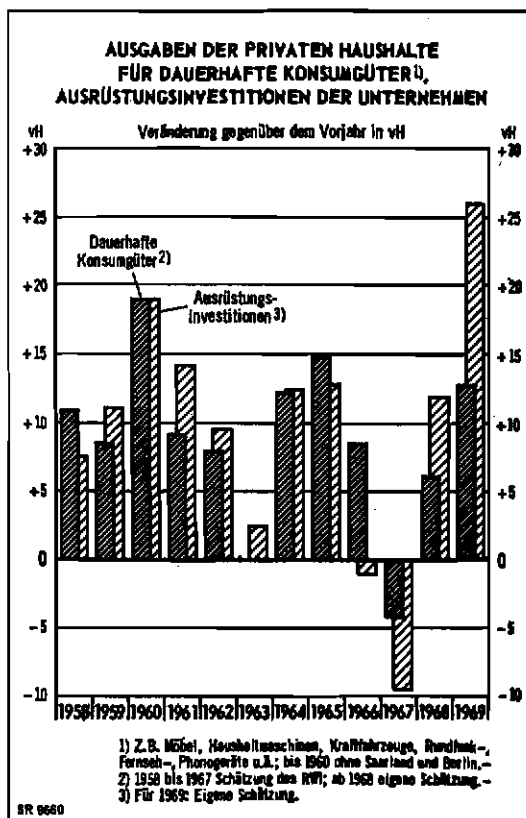
85. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg 1969 etwa mit der gleichen Rate wie das Volkseinkommen. Im ersten Halbjahr 1969 lag es um 16,5 Mrd. DM oder 10,5 vH höher als im Vorjahr. Etwas mehr als die Hälfte dieses Zuwachses entfiel dabei auf zusätzliche Lohneinkommen, ein gutes Drittel machte der Anstieg der entnommenen Gewinne und der Vermögenseinkommen aus, die 1969 noch stärker zunahmen als 1968. Die Übertragungseinkommen haben sich demgegenüber — ebenso wie 1968 — nur wenig erhöht.

Aufholende Verbrauchskonjunktur

86. Der private Verbrauch, der im großen und ganzen den Einkommen der breiten Schichten, also den Nettolöhnen und Renten folgt, hat bis Mitte 1969 nicht zu den Schrittmachern der Konjunktur gehört. Wie immer in Aufschwungsphasen blieben die Verbrauchsausgaben hinter der Expansion der Gesamtnachfrage zurück. Beschleunigt hat sich die Verbrauchskonjunktur seit dem Herbst 1968. Die Einzelbandelsumsätze, die den konjunkturreaktiven Teil der Verbrauchsausgaben recht gut repräsentieren, steigen seither mit einer Jahresrate von etwa 10 vH (saisonbereinigt), also ebenso stark wie in der Hochkonjunktur 1964/65.

87. Für dauerhafte Konsumgüter haben die privaten Haushalte 1968 und 1969 ihre Ausgaben wieder kräftig erhöht, wenn auch nicht so stark wie in früheren Aufschwungsphasen (Schaubild 22). Vor allem die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen nahm sprunghaft zu. Wahrscheinlich wurden nun die während der Rezession zurückgestellten Ersatzkäufe nachgeholt, zumal sich mit dem Übergang zur Mehrwertsteuer Anfang 1968 die Reparaturkosten stark erhöht hatten. Insgesamt hat sich die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern nicht zu einer tragenden Kraft des Aufschwungs entwickelt. Wie Schaubild 22 zeigt, blieben diese Konsumausgaben, die ähnlich konjunkturempfindlich sind wie die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, 1968 und 1969 beträchtlich hinter der Expansion der Investitionsausgaben zurück.

88. Die privaten Haushalte haben 1969 einen größeren Anteil ihrer Nettoeinkommen gespart als 1968. Doch darf man daraus nicht ohne weiteres schließen, daß sie bei ihren Verbrauchsausgaben mehr Zurückhaltung geübt hätten als vor einem Jahr. Das hängt damit zusammen, daß die Selbständigen im allgemeinen einen größeren Teil ihrer Einkommen sparen als die Arbeitnehmer und diese wiederum einen größeren als die Rentner¹⁾. Wenn, wie 1969, die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen, die Quelle der Einkommen der Selbständigenhaushalte, stärker steigen als die



Lohneinkommen und diese stärker als die Renteneinkommen, so kann sich die durchschnittliche Sparquote erhöhen, ohne daß ein einziger Haushalt einen höheren Teil seines Einkommens spart als im Vorjahr. Ganz allgemein gilt, daß Verschiebungen der Einkommensstruktur vermutlich einen guten Teil der zyklischen Schwankungen der Sparquote erklären.

III. Außenwirtschaft: Vom Ungleichgewicht zum Gleichgewicht?

89. Kennzeichnend für die außenwirtschaftliche Entwicklung bis zum Herbst 1969 waren

- anhaltend hohe Überschüsse in der Bilanz der laufenden Rechnung (Ziffern 90 ff.),
- weiter umfangreiche Exporte von langfristigem Kapital (Ziffern 98 ff.) und
- Spannungen an den Devisenmärkten bis zur Aufwertung der D-Mark (Ziffern 101 ff.).

¹⁾ Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1967 betrug die Sparquote in Haushalten von Selbständigen 17,2 vH, von Arbeitnehmern 9,7 vH und von Rentnern 4,8 vH (Berechnung der Deutschen Bundesbank).

Hartnäckig hohe Überschüsse in der laufenden Rechnung

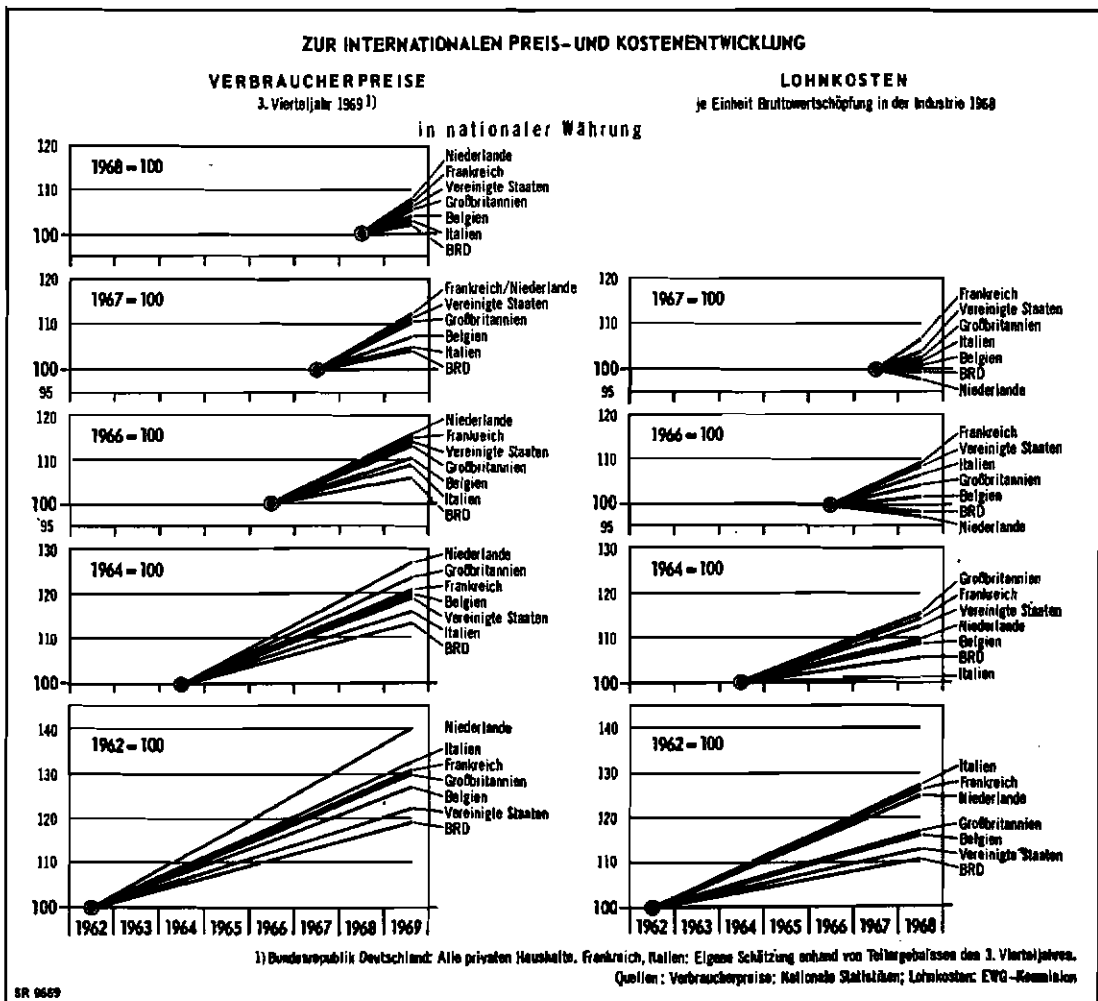
90. Obwohl 1969 die Binnennachfrage weiter kräftig expandierte und das Produktionspotential voll ausgelastet war, blieb der „Außenbeitrag“ der Bundesrepublik, der mit dem Leistungsbilanzsaldo weitgehend übereinstimmt, mit etwa 16 Mrd. DM (in den ersten drei Vierteljahren 1969 saisonbereinigt etwa 12 Mrd. DM) fast so hoch wie im Rezessionsjahr 1967 (16,2 Mrd. DM)¹⁾. Bezogen auf das nominale Bruttosozialprodukt, dürfte der Außenbeitrag 1969 etwa 2,7 vH (nach 3,5 vH in 1968) betragen und damit einen halben Prozentpunkt mehr, als die Bundesregierung in ihrer Zielprojektion — bei einem niedrigeren Auslastungsgrad des Produktionspotentials — anstrebte, und etwa einen Prozentpunkt mehr, als sie mittelfristig mit dem Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts für vereinbar hält. Ein ähnlich großes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht in einer Phase konjunktureller Übernachfrage hat die Bundesrepublik vorher nur im

Jahre 1960 gehabt, als sich der Außenbeitrag auf 2,9 vH des Sozialprodukts belief (nach 3,5 vH im Aufschwungsjahr 1959). Damals wie heute erwies sich eine Aufwertung der D-Mark als unvermeidlich, vor allem wegen der Gefahren, die sich aus dem außenwirtschaftlichen Überschuß-Ungleichgewicht für das Ziel der Geldwertstabilität ergeben.

91. Ausschlaggebend für das Andauern des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts war, daß die Überschüsse im Warenverkehr mit dem Ausland unver-

¹⁾ 1968 waren die Überschüsse zwar höher, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß das Absicherungsgesetz die Exportentwicklung verzerrte: Exporteure führten in erheblichem Umfang Lieferungen, die sie normalerweise erst 1969 vorgenommen hätten, noch vor dem 23. Dezember 1968 aus, um der steuerlichen Belastung des Absicherungsgesetzes zu entgehen. Berücksichtigt man dies in den Zahlen des Außenbeitrages, so ergeben sich für 1968 etwa 17,2 Mrd. DM statt 18,4 Mrd. DM und für 1969 ebenfalls schätzungsweise 17,2 Mrd. DM statt etwa 16 Mrd. DM.

Schaubild 23



mindert hoch blieben — als Folge der starken Nachfrageexpansion in vielen Partnerländern und des Umstandes, daß das Kosten- und Preisniveau bei uns weniger stark stieg als im Ausland (Schaubild 23).

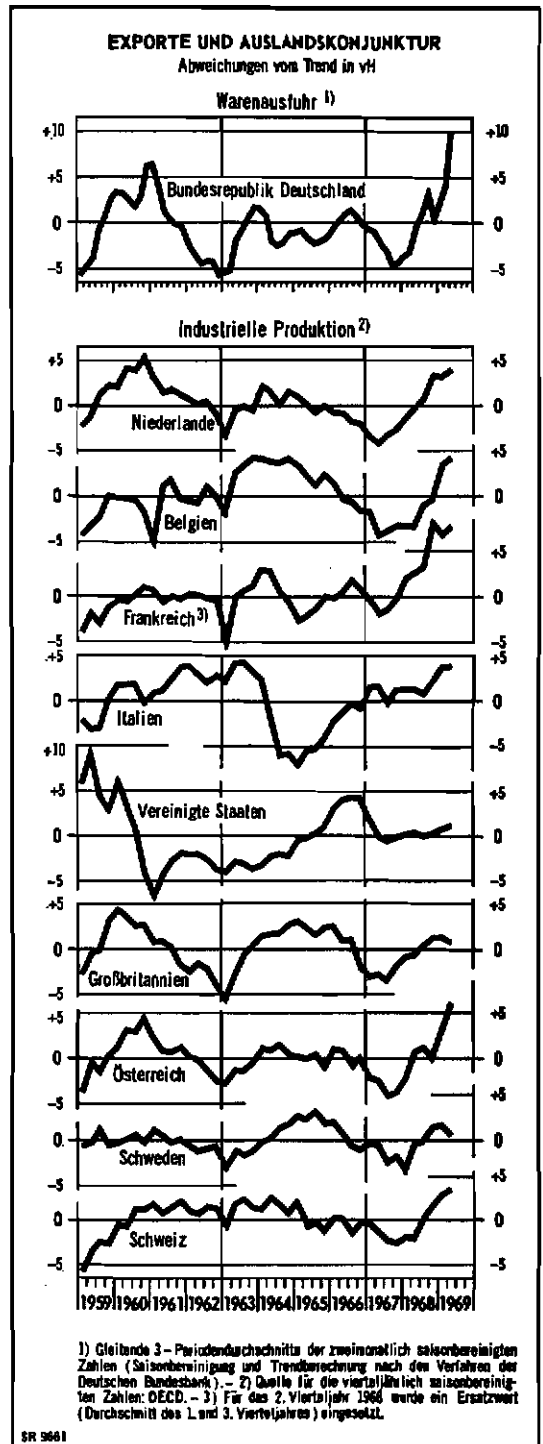
92. In keinem Jahre der beiden vorangegangenen Konjunkturzyklen hat die westdeutsche Warenausfuhr so stark zugenommen wie 1969 (Schaubild 24). Dies ist um so bemerkenswerter, als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential 1969 ebenso stark wie im Boomjahr 1960 und stärker als im Hochkonjunkturjahr 1965 ausgelastet war (Ziffern 37 ff.). Daß sich der Exportanstieg 1969 nicht fühlbar abschwächte, war einmal eine Folge des Nachfragesogs, der hauptsächlich von den kontinentaleuropäischen Ländern ausging, zum anderen mag dies eine Nachwirkung der Rezession von 1966/67 sein. Viele deutsche Unternehmen mußten damals angesichts des Nachfragemangels im Inland auf die Auslandsmärkte ausweichen; möglicherweise neigen sie dazu, diese Märkte auch jetzt nicht zu vernachlässigen, obwohl es ihnen die Binnenkonjunktur gestattet, sich stärker auf den Inlandmarkt zu konzentrieren.

93. Die Wareneinfuhr nahm 1969, wie für eine Boomphase nicht anders zu erwarten, kräftig zu (Ziffern 55 ff.). Doch wirkte sich hier wohl ebenfalls der internationale Konjunkturgleichschritt aus. Anders als in früheren Boomjahren verband sich der interne Nachfragesog in der Bundesrepublik nicht mit einem Angebotsdruck aus dem Ausland, besonders aus den EWG-Ländern. Ohne die starke Expansion im Ausland hätten unsere Einfuhren wohl noch stärker zugenommen.

94. Der Anteil der westdeutschen Ausfuhren an der Weltausfuhr nahm 1969 erneut zu. Außer der anhaltenden Preisdisparität hat hierzu beigetragen, daß in unserem Exportsortiment nach wie vor die Investitionsgüter dominieren, also Produkte, die sich einer sehr einkommenselastischen Auslandsnachfrage gegenübersehen. Die Hauptimpulse gingen dabei 1969 vom Boom in den kontinentaleuropäischen Ländern aus, in die zwei Drittel unserer Ausfuhren gehen.

95. Wie in einer Phase weltweiter Nachfrageexpansion zu erwarten, haben die deutschen Unternehmen auf den ausländischen und die ausländischen Anbieter auf den inländischen Märkten höhere Preise durchgesetzt.

- Die inländischen Anbieter erhöhten ihre Exportpreise von November 1968, als das Absicherungsgesetz beschlossen wurde, bis September 1969 im Durchschnitt um 7 vH. Selbst wenn man dabei den Einfluß, der aus der Preishausse der Eisen- und Stahlindustrie resultiert, nicht berücksichtigt, verbleibt noch ein Anstieg von knapp 5 vH. Die inländischen Anbieter nutzten in kurzer Zeit ihre Preiserhöhungsspielräume, besonders zur Jahreswende 1968/69, als sie die steuerliche Belastung aus dem Absicherungsgesetz weitergaben. Als im Herbst 1969 die Material- und



Lohnkosten sprunghaft stiegen, waren es vor allem die Anbieter von Investitionsgütern, die im Ausland ihre Preise kräftig anhoben.

- Die Einfuhrpreise (Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter) haben zwischen November 1968

und September 1969 um 3,3 vH zugenommen, also um etwa ebensoviel, wie die Einfuhren durch das Absicherungsgesetz steuerlich entlastet worden waren (im Durchschnitt 3,2 vH). Außer der steuerlichen Vergütung für die Einfuhren mögen die Terminabschläge auf fremde Währungen den Importpreissteigerungen entgegengewirkt haben. In den Kontraktpreisen, so wie sie statistisch ausgewiesen werden, kommt dies jedoch nicht immer zum Ausdruck. Die importierten Enderzeugnisse, insbesondere die importierten Verbrauchsgüter, waren noch im Herbst 1969 für den deutschen Erstbezieher billiger als im November 1968. Dagegen ging der Preisanstieg bei gewerblichen Vormaterialien, besonders infolge des weltweiten Stahlbooms, über die steuerliche Vergütung hinaus und trug so zum Anstieg der Materialkosten im Inland bei.

98. Da die Ausführpreise stärker gestiegen sind als die Einfuhrpreise, haben sich die Terms of Trade, gemessen an den Kontraktpreisen, verbessert, und zwar um 3,6 vH von November 1968 bis September 1969. Legt man allerdings der Berechnung — wie üblich — die Durchschnittswerte der Aus- und Einfuhr zugrunde, so haben sich in diesem Zeitraum die Terms of Trade nicht verbessert; sie haben sich sogar etwas verschlechtert (— 0,8 vH), und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen:

- Einem Teil der seit November 1968 getätigten Aus- und Einfuhren lagen noch die Kontraktpreise aus den Monaten vor Inkrafttreten des Absicherungsgesetzes zugrunde, so daß sich die Beschleunigung des Exportpreisanstiegs noch nicht auswirken konnte.
- Auch nach dem Absicherungsgesetz mußte sich das Steigen der Importpreise schneller in den Durchschnittswerten niederschlagen als der Anstieg der Exportpreise, weil die durchschnittlichen Lieferfristen im Exportgeschäft länger sind als im Importgeschäft.

97. Der Überschuß in der Bilanz der laufenden Rechnung betrug in den ersten drei Vierteljahren 1969 über 5 Mrd. DM (Tabelle 53). Dies entspricht — wenn man die Verschiebungen an der Jahreswende 1968/69 in Rechnung stellt (Ziffer 90) — einem Jahreswert von etwa 9 Mrd. DM. Ausschlaggebend hierfür war der hohe positive Saldo der Handelsbilanz (17,2 Mrd. DM auf Jahresbasis). Die Dienstleistungsbilanz, die 1968 zum ersten Mal seit 1961 mit einem Überschuß (knapp 0,2 Mrd. DM) abgeschlossen hatte, wies wieder ein Defizit auf (etwa 0,3 Mrd. DM auf Jahresbasis). Zwar stiegen mit der Expansion der Einkommen die Ausgaben für Auslandsreisen, aber gleichzeitig nahmen — angesichts des umfangreichen Kapitalexports nicht unerwartet — die Einnahmen aus Kapitalbesitz im Ausland zu.

Die Übertragungsbilanz schloß insbesondere wegen der höheren Riemessen ausländischer Arbeitskräfte und wegen der steigenden Zahlungen an den EWG-Agrarfonds mit einem größeren Defizit ab als 1968 (etwa 7,8 Mrd. DM auf Jahresbasis). Dagegen ist

die Bilanz dadurch entlastet worden, daß die Überweisungen im Rahmen der Wiedergutmachung weiterhin zurückgingen.

Ungewöhnlich hoher Kapitalexport

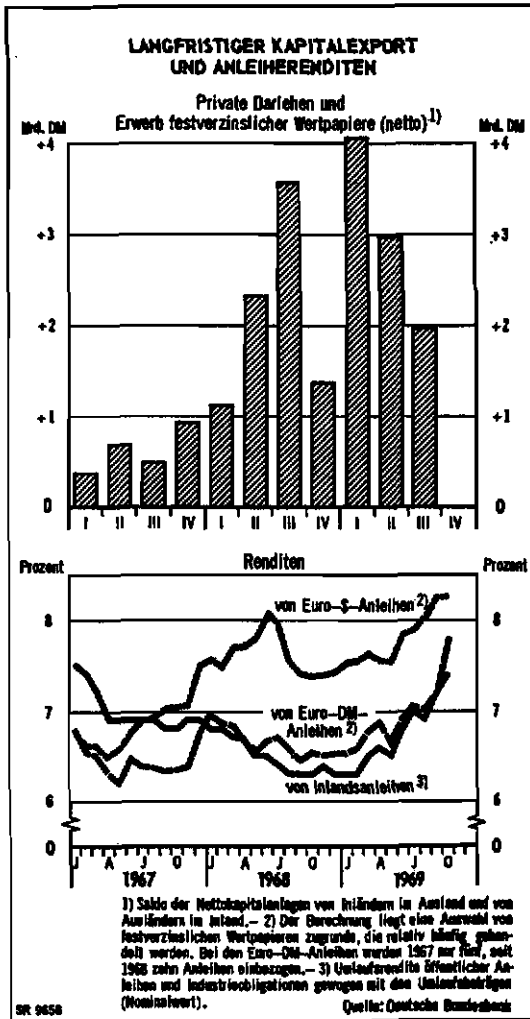
96. Der seit 1967 verstärkte Export von langfristigen Kapital setzte sich auch 1969 fort (Tabelle 61). Bereits in den ersten sieben Monaten von 1969 war ebenso viel Kapital (netto) exportiert worden wie in den vorangegangenen zwölf Monaten.

Der ungewöhnlich hohe Export von langfristigen Kapital führte dazu, daß die Grundbilanz trotz der großen Überschüsse in der Bilanz der laufenden Posten ein Defizit aufwies (8,5 Mrd. DM von Januar bis September 1969). Der Kapitalexport war jedoch nicht in voller Höhe autonom, vielmehr war er zu einem erheblichen Teil das Ergebnis der zahlungsbilanzmotivierten Geld- und Finanzpolitik im Inland; außerdem ist in anderen Ländern der Zugang zu den Kapitalmärkten beschränkt. Der Saldo der Grundbilanz war daher auch 1969 nicht geeignet, den Umfang oder die Richtung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts anzuzeigen (JG 68 Ziffern 193 ff.).

99. Vom langfristigen Kapitalexport (brutto) entfiel in den ersten drei Vierteljahren 1969 wie im Vorjahr der größte Teil auf die Zunahme der Darlehen an das Ausland und auf Portfolioinvestitionen (88 vH). Mehr noch als 1968 dominierten also Kapitalströme, deren Richtung sich bei einer Veränderung der konjunkturellen Marktverhältnisse im In- und Ausland schnell umkehren kann (JG 68 Ziffern 89 ff.). Der Anteil der deutschen Direktinvestitionen im Ausland, die eher den auf mittlere Sicht herrschenden Marktverhältnissen folgen, war entsprechend gering (12 vH). Beim langfristigen Kapitalimport dagegen fielen die Direktinvestitionen, die die Ausländer im Inland vornahmen, stärker ins Gewicht; ihr Anteil betrug 50 vH.

100. Ausschlaggebend für den umfangreichen Kapitalexport blieb bis in den Herbst 1969 — abgesehen von der hohen Liquidität der inländischen Banken (Ziffer 135) — das anhaltende Zinsgefälle zwischen dem Ausland und dem Inland (Schaubild 25). Ausländische Schuldner hielten die Bedingungen am Markt für D-Mark-Schuldtitel, auch unter Einrechnung des Aufwertungsrisikos, für attraktiv; sie verschuldeten sich im Frühjahr 1969 zunehmend am deutschen Kapitalmarkt. Da die Ausstattung der D-Mark-Auslandsanleihen besser war als die der Inlandsanleihen, konnten die Auslandsanleihen am deutschen Markt gut abgesetzt werden. Daher tendierten die Zinssätze der Inlandsanleihen, auch beeinflusst durch den Restriktionskurs der Bundesbank, unter dem Sog der höheren Zinsgehote ausländischer Emittenten nach oben. Die öffentliche Hand reagierte auf den Anstieg der langfristigen Zinssätze mit einer zurückhaltenden Emissionspolitik. Der Zentrale Kapitalmarktausschuß beschloß im

Schaubild 25



April 1969 nach Beratungen mit der Bundesregierung, das monatliche Volumen neuer Auslandsanleihen auf 0,5 Mrd. DM zu begrenzen. Auch nachdem die Bundesbank ihren Restriktionskurs im Verlaufe von 1969 verschärft hatte, blieb der inländische Kapitalmarkt für Ausländer attraktiv, zumal er ausländischen Schuldnern und inländischen Gläubigern mehr Freiheiten gewährte als andere nationale Kapitalmärkte mit niedrigeren Renditen.

Entspannung an den Devisenmärkten nach der Aufwertung

101. Die Unruhe im Weltwährungssystem hielt auch 1969 an (Schaubild 26). Schon im Herbst des vergangenen Jahres war es zu erheblichen Spannungen an den Devisenmärkten gekommen, als der französische Franken und das britische Pfund erneut unter Abwertungsdruck und die D-Mark in Aufwertungsverdacht gerieten. Im Verlaufe einer starken Spekulationswelle nahm die Bundesbank in den

ersten drei Novemberwochen 1968 rund 9,5 Mrd. DM „heißes Geld“ aus dem Ausland auf; ein Teil davon wurde gleichzeitig von den inländischen Geschäftsbanken, die die unter den Marktsätzen liegenden Swapsätze der Bundesbank nutzten, wieder in das Ausland exportiert. Daraufhin wurden im Inland und teilweise auch im Ausland die Devisenbörsen am 21. und 22. November geschlossen und steuerliche Ersatzmaßnahmen in der Bundesrepublik und in Frankreich ergriffen; sie wurden durch Kontrollen des Kapitalverkehrs und durch die Gewährung internationaler Stützungskredite ergänzt (Tabelle 7).

102. Diese Maßnahmen wirkten zwar entspannend, brachten jedoch keine dauerhafte Beruhigung. Dies zeigte sich auch an den Kursabschlägen, mit denen fremde Währungen auf den Devisenterminmärkten gehandelt wurden (Schaubild 26). Da sich das außenwirtschaftliche Defizit in Frankreich und der Überschuß in der Bundesrepublik nicht zurückbildeten, verstärkten sich nach dem Rücktritt des französischen Staatspräsidenten Ende April 1969 wieder die Gerüchte, der Franken werde abgewertet und die D-Mark aufgewertet. Die Folge war, daß zwischen dem 28. April und dem 9. Mai — dem Tag, an dem die Bundesregierung mehrheitlich beschloß, die D-Mark nicht aufzuwerten — Auslandsgeld im Gegenwert von 16,7 Mrd. DM in die Bundesrepublik strömte.

103. Im Unterschied zur Währungskrise vom November 1968 haben im April/Mai 1969 neben den Banken auch die Unternehmen die erwartete D-Mark-Aufwertung in ihre Dispositionen verstärkt einbezogen.

- Ausländische Importeure leisteten beschleunigt Rest- oder Vorauszahlungen für Exporte, die auf DM-Basis kontrahiert worden waren.
- Deutsche Importeure hielten sich bei Begleichung ihrer Verbindlichkeiten in fremder Währung zurück.
- Deutsche Exporteure gingen mehr und mehr dazu über, sich in der Währung zu verschulden, in der sie Forderungen hatten, um auf diese Weise das Währungsrisiko auszugleichen.
- Im Ausland ansässige Gesellschaften transferierten Liquiditätsreserven zu ihren Tochter- beziehungsweise Mutterunternehmen in der Bundesrepublik.

Dies erklärt auch, daß die Devisen nach dem Nichtaufwertungsbeschuß der Bundesregierung im Mai 1969 langsamer zurückströmten als nach der Währungskrise vom November 1968. Der verhältnismäßig geringe Devisenabfluß dürfte wohl auch damit zusammenhängen, daß man weithin damit rechnete, die Bundesregierung werde ihren Entschluß, die D-Mark nicht aufzuwerten, revidieren, und zwar auch dann noch, als die französische Regierung am 8. August den Franken um 11,1 vH abwertete.

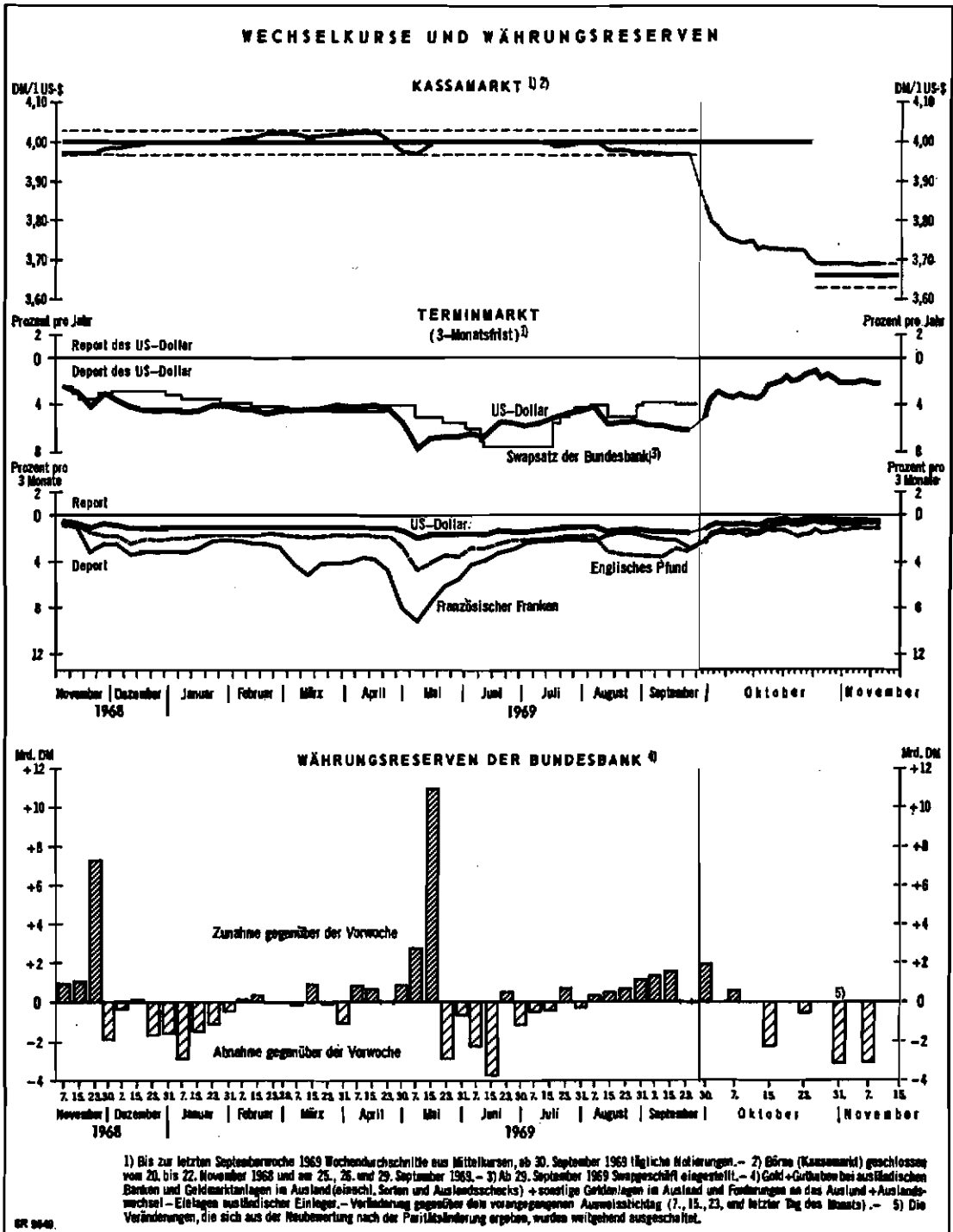


Tabelle 7

Übersicht zahlungsbilanzpolitisch wichtiger Ereignisse

Datum	
1968	
4. November	Der zentrale Kapitalmarktausschuß wird nunmehr die Auflegung von DM-Auslandsanleihen in seine Beratungen einbeziehen.
19. November	Die Bundesregierung erklärt, sie werde die D-Mark nicht aufwerten, vielmehr kündigt sie eine steuerliche Belastung der Warenexporte und eine Entlastung der Warenimporte von in der Regel 4 vH an. Die von den EWG-Marktordnungen erfaßten Agrargüter fallen nicht unter das Gesetz.
20. November	Schließung der inländischen und einiger ausländischer Devisenbörsen für 3 Tage.
20. bis 22. November	Tagung der Zehnergruppe in Bonn.
21. November	Die Bundesbank beschließt, die Reservesätze für den Zuwachs der reservepflichtigen Auslandsverbindlichkeiten gegenüber ihrem Stand vom 15. November ab 1. Dezember auf 100 Prozent festzusetzen.
22. November	Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung zur Kontrolle des kurzfristigen Kapitalimports wird verabschiedet: Genehmigungspflichtig sind die Entgegennahme von Auslandseinlagen, die Kreditaufnahme deutscher Geldinstitute im Ausland sowie die Zinszahlungen an ausländische Sparkonteninhaber, soweit die Transaktionen nicht für den normalen Handelsverkehr und für den langfristigen Kapitalverkehr vorgenommen werden.
22. November	Frankreich erhält einen neuen internationalen Stützungskredit von 8 Mrd. DM.
22. November	In Großbritannien haben die Importeure von Halbwaren und Fertigwaren den halben Rechnungsbetrag bei den Zollbehörden für 180 Tage zu hinterlegen; einige Verbrauchsteuern werden erhöht und die Kreditrestriktionen verschärft.
24. bis 29. November	In Frankreich werden Devisenkontrollen wieder eingeführt; die Mehrwertsteuersätze werden durchschnittlich um 15 bis 16 vH erhöht und die Lohnsummensteuer abgeschafft.
25. November	Die Bundesbank bietet auch für die Transaktionen der Nichtbanken günstige Swapsätze an. Dieses Angebot wird am 2. Dezember zurückgezogen.
29. November	Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung.
1969	
16. Januar	Die Stahlunternehmen der EWG und Japans erklären sich bereit, ihre Exporte in die Vereinigten Staaten zu begrenzen.
25. Februar	Die Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 22. November 1968 zur Beschränkung des Geldverkehrs wird wieder aufgehoben.
2. April	Der zentrale Kapitalmarktausschuß beschließt, die Emissionen von DM-Auslandsanleihen zeitlich zu strecken und für den Rest des Jahres ein Volumen anzusteuern, das unter den Durchschnittsergebnissen der ersten drei Monate von 1969 bleibt.
8. April	In den Niederlanden wird ein allgemeiner Preisstopp erlassen.
28. April	Die Bundesbank beschließt, den Mindestreservesatz von 100 vH für die zusätzlichen Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken wieder einzuführen, nachdem diese Regelung kurz zuvor außer Kraft gesetzt worden war.
7. Mai	Die Bundesbank stellt Swap-Operationen mit deutschen Kreditinstituten wieder ein.
9. Mai	Die Bundesregierung erklärt nach einer Spekulationswelle, sie werde die D-Mark nicht aufwerten.
11. Mai	Die Notenbankgouverneure des Zehnerclubs kommen in Basel überein, mit den „recycling“ der spekulativen Zuflüsse sofort zu beginnen.

Datum	
14. Mai	<p>Die Bundesregierung kündigt an:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Die Befristung des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes soll aufgehoben werden (Bundestag beschließt die Aufhebung am 3. Juli); — Die Bundesbank soll die Vollmacht erhalten, für Auslandseinlagen eine Reservepflicht bis zu 100 Prozent einzuführen (Gesetzesvorlage wird am 26. Juni vom Bundestag angenommen).
21. Mai	Die Bundesbank nimmt die Swap-Operationen wieder auf.
22. Mai	Die Bundesbank erhöht Mindestreservesätze auf Auslandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. Juni um 50 vH.
9. Juli	Devisenausgleich für die Stationierungskosten der US-Truppen durch die Bundesrepublik in Höhe von 6,1 Mrd. DM (für zwei Jahre gültig).
23. Juli	Devisenausgleich für die Stationierungskosten der britischen Truppen durch die Bundesrepublik in Höhe von 1,5 Mrd. DM (für zwei Jahre gültig).
7. August	Die Devisenkontrollen werden in Belgien verschärft.
8. August	Der französische Franken wird um 11,11 vH abgewertet.
10. August	Preisstopp für Industriegüter in Frankreich (bis Mitte September 1969).
28. August	Die Bundesbank beschließt, Freistellung der Auslandsverbindlichkeiten aus Zinsarbitragegeschäften von der Mindestreserve nur zuzugestehen, wenn es sich dabei um Verbindlichkeiten in fremder Währung handelt und das Zinsarbitragegeschäft nicht in Verbindung mit einem Bundesbank-Swapgeschäft steht.
29. August	Zwischen der Bundesbank und der Nationalbank von Belgien wird ein Swap-Abkommen in Höhe von 400 Mill. DM abgeschlossen.
24. September	Die Devisenbörsen bleiben in der Bundesrepublik am 25. und 26. September (vor der Bundestagswahl am 28. September) sowie am 29. September geschlossen.
26. September	Die Regierungsparteien erklären, daß mit einer Aufwertung der D-Mark in der gegenwärtigen Situation nicht zu rechnen sei.
29. September	Die Bundesregierung bittet die Bundesbank, die Interventionen am Devisenmarkt zu den bisherigen Höchst- und Mindestkursen vorübergehend einzustellen. Außerdem empfiehlt sie der Bundesbank, die ihr nach § 16 Bundesbank-Gesetz gegebene Möglichkeit, Auslandseinlagen mit einer höheren Mindestreserve zu belegen, weitgehend auszuschöpfen. Bundesbank stellt Swap-Geschäfte mit deutschen Kreditinstituten ein.
30. September	Die Devisenbörsen werden wieder geöffnet, der flexible Kurs stellt sich auf 3,64 D-Mark ein.
1. Oktober	Die von der Bundesregierung beschlossene Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf Agrarimporte wird von der EWG-Kommission nicht gebilligt.
8. Oktober	Die EWG-Kommission revidiert ihre Entscheidung vom 1. Oktober und vertagt eine endgültige Regelung.
8. Oktober	Die Bundesregierung einigt sich auf befristete Aussetzung des Absicherungsgesetzes.
24. Oktober	Festsetzung der neuen Parität der D-Mark mit Wirkung vom 27. Oktober auf 3,66 D-Mark je US-Dollar. Die Interventionsgrenze liegt nunmehr bei $\pm 0,82$ vH von der Parität (bisher $\pm 0,75$ vH).
30. Oktober	Das außenwirtschaftliche Absicherungsgesetz wird durch Rechtsverordnung der Bundesregierung aufgehoben.
6. November	Die Bundesbank beschließt, mit Wirkung vom 1. November die 100-Prozent-Mindestreserve auf den Zuwachs an Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aufzuheben und sie den Sätzen für Inlandsverbindlichkeiten anzugleichen sowie die allgemeinen Mindestreservesätze um 10 vH zu senken.

IV. Öffentliche Finanzen

104. Mit dem Näherrücken des Wahltermins in der Bundesrepublik spitzte sich die internationale Währungslage wieder zu. Erneut kam es zu starken Devisenzuflüssen in die Bundesrepublik, vom 1. bis 24. September im Gegenwert von 6 Mrd. DM. Um einen weiteren Zustrom abzuwehren, wurden wie im November 1968 die Devisenbörsen geschlossen, zunächst an den beiden letzten Bankgeschäftstagen vor der Wahl (25. und 26. September) und dann noch einmal am ersten Tage nach der Wahl. Am 29. September bat die Bundesregierung die Bundesbank, die Interventionen am Devisenkassamarkt zu den bisherigen Höchst- und Mindestkursen vorübergehend einzustellen. Mit der Freigabe des D-Mark-Kurses sollte ein weiterer spekulativer Devisenzufluß abgehalten und Spielraum für das Auffinden eines neuen Gleichgewichtskurses der D-Mark geschaffen werden.

105. Seit dem 30. September, als die Devisenbörsen wieder geöffnet wurden, stieg der D-Mark-Kurs stetig, also ohne jene starken Schwankungen, die manche für den Fall einer Freigabe des Wechselkurses befürchteten (Schaubild 26). Zu dieser gleitenden Anpassung bat das Verhalten der Bundesbank beigetragen. Sie zog sich nicht gänzlich aus dem Markt zurück, sondern nannte jeweils einen Kurs, zu dem sie in beliebigen Mengen Dollar abzugeben bereit war. Dieser Kurs lag meist ein wenig über dem Dollar-Kurs, der sich jeweils am Markt bildete.

106. Am 24. Oktober 1969, wenige Tage nachdem sich die neue Bundesregierung konstituiert hatte, wurde die D-Mark-Parität (1 D-Mark = 0,2732 Dollar, bisher 0,25 Dollar) um 9,29 vH erhöht; das entspricht einer Abwertung aller anderen Währungen um 8,5 vH (1 Dollar = 3,66 D-Mark, bisher 4,00 D-Mark). Die Bandbreite wurde von $\pm 0,75$ vH auf $\pm 0,82$ vH ausgedehnt. Die steuerlichen Absicherungsmaßnahmen vom November 1968, die bereits Anfang Oktober außer Kraft gesetzt worden waren, wurden endgültig aufgehoben. Nach dem Inkrafttreten der neuen Parität gab die Bundesbank bis zum 10. November 1969 im Kassahandel Dollar im Gegenwert von 8 Mrd. DM ab, nachdem in der Zeit des freien D-Mark-Kurses schon 4,3 Mrd. DM abgeflossen waren.

107. Kurz vor der Verkündung der neuen D-Mark-Parität lag der Kassakurs für den Dollar bei 3,70 DM. Doch spielten zu dieser Zeit Sonderfaktoren eine Rolle, die den Dollarkurs hochhielten:

- Tendenzen zur Normalisierung der „terms of payment“ drückten das Devisenangebot der Exporteure und erhöhten die Devisennachfrage.
- In Erwartung einer Änderung der D-Mark-Parität war es zu Leerverkäufen am Terminmarkt gekommen, deren Glättstellung zu einer überhöhten Devisennachfrage am Kassamarkt geführt hat.
- Aufgrund der öffentlichen Diskussion über die neue D-Mark-Parität, in der es nicht an Andeutungen auch von offizieller Seite fehlte, hatte sich am Markt die Auffassung durchgesetzt, daß eine bestimmte Parität angestrebt werde.

Der Kurs der Finanzpolitik seit dem Herbst 1968

108. Die finanzpolitischen Entscheidungen seit dem Herbst 1968 standen im Zeichen wechselnder Beurteilung der konjunkturellen Lage durch die Bundesregierung. Unverkennbar war das Bemühen, die öffentlichen Haushalte konjunkturgerecht zu gestalten.

Im Herbst 1968 schien der Bundesregierung weder eine restriktive noch eine expansive Finanzpolitik erforderlich¹⁾. Nach den Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden konnte man damit rechnen, daß die öffentlichen Ausgaben 1969 um etwa 6 vH zunehmen würden. Etwaige Steuermehreinnahmen sollten nach einer Empfehlung des Finanzplanungsrates vom 7. November 1968 nicht zu Mehrausgaben, sondern zur Verminderung der damals geplanten Kreditaufnahme verwendet werden.

109. Anfang Dezember 1968 wurden die Weichen der Finanzpolitik in Richtung auf eine mäßige Expansion gestellt²⁾. Die Bundesregierung entschloß sich zu einem „binnenwirtschaftlichen Anpassungsprogramm“, mit dem die erwarteten Dämpfungseffekte aus der steuerlichen Ersatzaufwertung teilweise kompensiert werden sollten. Es war nunmehr vorgesehen, über die Haushaltsansätze hinausgehende Steuermehreinnahmen von Bund und Ländern in Höhe von insgesamt 1,8 Mrd. DM nicht mehr, wie vom Finanzplanungsrat empfohlen, zur Schuldentilgung, sondern für Mehrausgaben, vorwiegend zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen in den Gemeinden, zu verwenden. Die Bundesregierung plante nunmehr, die öffentlichen Ausgaben 1969 um etwa 8 vH zu erhöhen (JWB 69 Ziffer 44).

110. Mitte März 1969, als man die Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung zu erkennen begann, beschloß die Bundesregierung auf Vorschlag des Finanzplanungsrates eine vorerst bis Jull befristete Ausgabensperre in Höhe von 1,8 Mrd. DM. Die Empfehlung des Finanzplanungsrates vom Dezember 1968, einen Teil der Steuermehreinnahmen für zusätzliche Investitionen der Gemeinden zu verwenden, wurde zwar nicht widerrufen, doch bedeuteten die neuen Maßnahmen praktisch, daß die öffentlichen Ausgaben auf das Niveau der Planansätze vom Herbst 1968 reduziert wurden. Darüber hinaus wurde angeordnet, die Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen der Gewinnentwicklung anzupassen. Damit ging die Finanzpolitik — wenn auch zunächst noch zögernd — auf Restriktionskurs.

¹⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132 vom 17. Oktober 1968, S. 1146.

²⁾ Noch am 18. November 1968, also einen Tag vor dem Nichtaufwertungsbeschuß der Bundesregierung, wurde dagegen vom Konjunkturrat eine konjunkturreale Gestaltung der öffentlichen Haushalte gutgeheißen.

Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse

Datum	
1968	
4. September	Bundesregierung verabschiedet: — Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1969 — Finanzplanung des Bundes 1968 bis 1972.
7. November	Finanzplanungsrat empfiehlt höhere Steuereinnahmen, als zur Zeit in den Haushaltsplänen veranschlagt sind, zur Verminderung der Kreditaufnahme zu verwenden. Für den Fall einer Konjunkturüberhitzung werden verstärkte Tilgungen und Zuführungen an eine Konjunkturausgleichsrücklage in Erwägung gezogen.
18. November	Konjunkturrat hält die für 1969 vorgesehene Gestaltung der öffentlichen Haushalte konjunkturgerecht. Er empfiehlt eine Stillelegung von eventuellen Steuermehreinnahmen, sieht jedoch zur Zeit keine Notwendigkeit für die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage.
19. November	Bundesregierung erklärt, die D-Mark nicht aufzuwerten. Sie beschließt steuerliche Sofortmaßnahmen im grenzüberschreitenden Warenverkehr.
29. November	Bundestag beschließt Gesetz über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung.
6. Dezember	Finanzplanungsrat empfiehlt Ausgleichsmaßnahmen für den durch das Absicherungsgesetz zu erwartenden Nachfrageausfall: — Der Bund soll die Nettoeinnahmen aus dem Absicherungsgesetz in vollem Umfang für Übergangshilfen an besonders betroffene Wirtschaftszweige verwenden. — Die Länder sollen die Hälfte der zu erwartenden Steuermehreinnahmen zur Finanzierung von zusätzlichen Investitionen vor allem der Gemeinden verwenden. Die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage erscheint nicht erforderlich.
1969	
23. Januar	Konjunkturrat billigt die in der Jahresprojektion 1969 vorgesehenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen.
31. Januar	Bundesregierung legt Jahreswirtschaftsbericht 1969 vor: — Die öffentlichen Ausgaben sollen 1969 um 8 vH zunehmen. — Das „Programm für binnenwirtschaftliche Maßnahmen zur Erleichterung der Struktur- anpassung im Zusammenhang mit dem Absicherungsgesetz“ sieht Anpassungshilfen von 500 bis 700 Mill. DM vor. — Für gewerbliche Investitionen in bestimmten Förderungsgebieten ist eine Investitions- zulage von 10 vH vorgesehen.
7. Februar	Konjunkturrat (Kreditfragen) schlägt vor, bereits eingeplante öffentliche Anleihevorhaben vorzuziehen.
3. und 6. März	Konjunkturrat und Finanzplanungsrat empfehlen übereinstimmend: — Der Bund soll die für 1969 vorgesehenen Ausgaben strecken und Steuermehreinnahmen zur Verminderung des Kreditbedarfs verwenden. — Die Länder sollen die ihnen zufließenden Steuermehreinnahmen zur Verminderung ihres Kreditbedarfs um 1,5 Mrd. DM oder zur vorzeitigen Schuldentilgung verwenden. — Gemäß § 26 Abs. 1 StWG soll eine Anpassung der Einkommen- und Körperschaft- steuervorauszahlungen („in Fällen von Gewicht“) an die Gewinnentwicklung durch- geführt werden.
18. März	Bundesregierung verfügt in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Finanzplanungs- rates eine vorläufige Ausgabensperre in Höhe von 1,8 Mrd. DM. Sie hält die Anpassung der Steuervorauszahlungen an die Gewinnentwicklung für notwendig; entsprechende Maßnahmen sollen mit den Ländern geregelt werden.

Zur Konjunkturlage

noch Tabelle 8

Datum	
28. März	Bundestag verabschiedet das Haushaltsgesetz 1969.
9. Mai	Bundesrat billigt das Finanzreformgesetz.
9. Mai	Bundesregierung hält an ihrem Beschluß vom 19. November 1968 fest, die D-Mark nicht aufzuwerten. Sie kündigt weitere finanzpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur an.
14. Mai	Bundesregierung billigt finanz- und währungspolitische Vorschläge des Wirtschaftskabinetts zur Stützung des Nichtaufwertungsbeschlusses: <ul style="list-style-type: none"> — Die Befristung des Absicherungsgesetzes soll aufgehoben werden. — Bund und Länder sollen eine Konjunkturausgleichsrücklage bilden. — Die vorläufige Ausgaben Sperre vom 18. März soll mit dem Ziel überprüft werden, sie bis zum Jahresende zu verlängern.
21. Mai	Finanzplanungsrat empfiehlt Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage: <ul style="list-style-type: none"> — Bund und Länder sollen gemäß § 15 StWG insgesamt 3,2 Mrd. DM einer Konjunkturausgleichsrücklage zuführen. — Der Bund soll darüber hinaus weitere Mehreinnahmen (0,4 Mrd. DM) der Ausgleichsrücklage zuführen. — Die Länder sollen freiwillig weitere Mehreinnahmen gegenüber ihren Haushaltsplänen entweder der Konjunkturausgleichsrücklage zuführen oder zur Verminderung ihrer Nettokreditaufnahmen verwenden.
29. Mai	Konjunkturrat schließt sich den Empfehlungen des Finanzplanungsrates vom 21. Mai an: <ul style="list-style-type: none"> — Er begrüßt den Verzicht auf Einführung einer Genehmigungspflicht für bestimmte Devisentransaktionen mit dem Ausland nach § 23 AWG. — Er spricht sich für die Aufhebung der Befristung des Absicherungsgesetzes aus.
10. Juni	Bundesregierung verkündet die „Verordnung über die Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen durch Bund und Länder im Haushaltsjahr 1969“.
3. Juli	Bundestag hebt Befristung des Absicherungsgesetzes auf.
22. Juli	Bundesregierung beschließt haushaltspolitische Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung: <ul style="list-style-type: none"> — Die vorläufige Ausgaben sperre in Höhe von 1,8 Mrd. DM wird endgültig bis Ende 1969 verlängert. — Steuermehreinnahmen, die nicht der Konjunkturausgleichsrücklage zugeführt werden, sollen konjunkturpolitisch neutralisiert werden.
8. Oktober	Bundesregierung verkündet die Aussetzung des Absicherungsgesetzes.
24. Oktober	Bundesregierung verkündet: <ul style="list-style-type: none"> — Das steuerliche Absicherungsgesetz wird durch Rechtsverordnung endgültig aufgehoben. — Aufwertungsbedingter Einkommensausgleich für die deutsche Landwirtschaft.

111. Nachdem die Bundesregierung es im Mai 1969 abgelehnt hatte, der Übernachfrage durch wechselkurspolitische Maßnahmen zu begegnen, verschärfte sie Anfang Juni 1969 ihren Restriktionskurs. Auf Vorschlag des Finanzplanungsrates beschloß sie die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage nach § 15 StWG in Höhe von 3,6 Mrd. DM¹⁾. Den Ländern und Gemeinden wurde empfohlen, überplanmäßige Steuermehreinnahmen den Rücklagen zuzuführen oder zur Verminderung der Nettokreditaufnahme zu verwenden.

Um die Bundesbank in ihrer Stabilitätspolitik zu unterstützen, bekräftigte die Bundesregierung Mitte Juli 1969 nochmals den Entschluß, den restriktiven Kurs der Finanzpolitik fortzusetzen. Die bereits im März beschlossene befristete Ausgabensperre für Etatansätze in Höhe von 1,8 Mrd. DM wurde bis zum Jahresende verlängert. Weitere Steuermehreinnahmen, die aufgrund der günstigen Konjunkturlage zu erwarten waren — nach der erneuten Revision der Steuerschätzung (von Anfang Mai 1969) nunmehr insgesamt 4,2 Mrd. DM —, sollten konjunkturell neutralisiert werden. Der Bund entschloß sich gleichzeitig zu einer großen Umschuldungsaktion: die in der Rezession eingegangenen kurzfristigen Verbindlichkeiten (U-Schätze) sollten durch Ausgabe von Anleihen konsolidiert werden (Ziffern 125 ff.).

Zur Messung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte

112. Eine Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte ist nur mit Bezug auf einen Maßstab möglich, der, was die konjunkturellen Schwankungen angeht, als neutral angesehen werden kann²⁾. Zu diesem Zwecke hat der Sachverständigenrat 1967 die Konzeption des konjunkturalneutralen Haushalts zur Diskussion gestellt (JG 67 Ziffern 184 ff.) und im folgenden Jahre weiterentwickelt (JG 68 Ziffern 115 ff.).

Von der Bundesregierung sind einige Bedenken gegen den von uns verwendeten Maßstab des konjunkturalneutralen Haushalts erhoben worden (JWB 69 Ziffer 11). Im folgenden soll deshalb diese Konzeption des Rates nochmals erläutert und mit anderen Maßstäben, auch solchen, die in anderen Ländern Verwendung finden, verglichen werden.

113. Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials. Ob der Staat Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials hervorruft, hängt davon ab, ob er einen größeren (kleineren) Anteil des Produktionspotentials als bisher für sich beansprucht, ohne zugleich im selben Umfang durch seine Einnahmengestaltung nichtstaatliche Nachfrage zurückzudrängen (zu schaffen).

— Die Ausgabenseite eines öffentlichen Haushalts ist demnach konjunkturalneutral, wenn die Ausgaben prozentual so stark zunehmen, wie das Produktionspotential wächst. Das gilt nur für den Fall, daß der Haushalt, von dem aus fortgeschrieben wird (Basis), konjunkturalneutral war. Die Basis ist konjunkturalneutral, wenn das Produktionspotential durch staatliche Ausgaben in einem Ausmaß in Anspruch genommen wird, wie es die gesellschaftlichen Körperschaften für die Situation der Vollbeschäftigung mittel- und langfristig festlegen — potentialorientierte Finanzpla-

nung — (JG 67 Ziffern 184, 188). Andernfalls ist die Basis für die Messung der Konjunkturalneutralität des neuen Haushalts entsprechend zu korrigieren. Zu berücksichtigen sind auch Preisniveausteigerungen, die — gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts — selbst bei konjunkturalneutraler Haushaltsgebarung zu erwarten sind. Auch bei völlig unverändertem Verbraucherpreisindex ergibt sich ein Anstieg des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts von rund 1 vH³⁾. Außerdem ist das Zurückdrängen von Preissteigerungen, die die Unternehmer und Haushalte in ihren Plänen antizipieren, insbesondere Preissteigerungen, an die sie sich gewöhnt haben, nicht mehr nur ein konjunkturalneutraler, sondern ein kontraktiver Vorgang. Demzufolge setzt die Bundesregierung in die mittellristige Planung einen höheren Anstieg des Preisindex des Bruttosozialprodukts als 1 vH je Jahr ein (nämlich rund 2 vH im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1973); sie gibt damit den privaten Dispositionen eine entsprechende Orientierungslinie vor. Bei einem allmählichen Übergang zu mehr Geldwertstabilität muß die Bundesregierung der Regel nach zunächst noch einen größeren Anstieg des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts ansetzen, als sie auf längere Sicht anstrebt. Nur dann ist der Ansatz für das Preisniveau des Bruttosozialprodukts kurzfristig „konjunkturalneutral“. Um diesen Preisanstieg müssen die Staatsausgaben stärker zunehmen, als das Produktionspotential wächst, sollen die öffentlichen Haushalte von der Ausgabenseite her konjunkturalneutral sein.

— Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ist — mit gewissen Einschränkungen (Ziffer 119) — dann konjunkturalneutral, wenn bei unverändertem Steuersystem zu erwarten ist, daß die Steuereinnahmen — bei einem Zuwachs des Sozialprodukts entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials — mit der gleichen Rate zunehmen wie das Sozialprodukt (Aulkommenselastizität gleich eins, das heißt, die Steuerbelastungsquote ist konstant). In unserem Steuersystem, dessen Aulkommenselastizität größer als eins ist, müßten also entweder in entsprechendem Umfang Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen vorgenommen werden, sollen zusätzliche Entzugseffekte bei den Privaten verhindert beziehungsweise kompensiert werden.

114. Die Konzeption des konjunkturalneutralen Haushalts löst sich von der traditionellen Betrachtungsweise, nach der die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte an der Veränderung des Finanzierungssaldos gemessen werden. Danach werden bei unverändertem Finanzierungssaldo den öffentlichen Haushalten weder kontraktive noch expansive Wirkungen zugeschrieben, während aus einer Vergrößerung (Verringerung) des

¹⁾ Davon sollten 2,4 Mrd. DM der Bund und 1,2 Mrd. DM die Länder aufbringen.

²⁾ Die im folgenden abgeleitete Definition des konjunkturalneutralen Haushalts sagt nichts darüber aus, wie der tatsächliche Haushalt in der jeweiligen Situation nach den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gestaltet werden soll, und ob ein konjunkturalneutraler Haushalt gleichzeitig auch stabilisierungskonform ist oder zur Rezessionsbekämpfung beiträgt.

³⁾ Dies beruht, abgesehen von der Verschiedenheit im Aufbau der beiden Indizes, auf der Tatsache, daß das Preisniveau des Bruttosozialprodukts auch die Kosten der staatlichen Leistungen (Bezüge der Staatsbediensteten) repräsentiert, die in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen teilweise als Preissteigerungen bewertet werden.

Finanzierungsdefizits — oder Verringerung (Vergrößerung) des Finanzierungsüberschusses — gegenüber der vorangegangenen Periode auf expansive (kontraktive) Wirkungen geschlossen wird.

Da die laufenden Einnahmen des Staates im Konjunkturverlauf schwanken, kann der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte nur konstant bleiben, wenn auch die Ausgaben den Konjunkturschwankungen folgen. Es wäre aber offensichtlich widersinnig, solche Haushalte konjunkturneutral zu nennen. Die konjunkturellen Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials würden durch sie verstärkt.

115. *Gegen die Konzeption des Sachverständigenrates macht die Bundesregierung geltend, daß es bei der Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat weniger auf die Kassenausgaben als vielmehr auf die Nachfrage- und Produktionsdaten ankomme. Auch abstrahiere die globale Betrachtungsweise von den unterschiedlichen Multiplikator- und Impulswirkungen der einzelnen Ausgabenarten, und schließlich könne aus dem Verlauf der Steuereinnahmen nur mit Vorbehalten die Zurückdrängung der privaten Inanspruchnahme des Produktionspotentials abgelesen werden (JWB 69 Ziffer 11). Auf diese Beschränkungen hat der Sachverständigenrat zum Teil selbst hingewiesen (JG 68 Ziffern 115, 122). Sobald zureichende statistische Unterlagen über die öffentliche Auftragsvergabe zur Verfügung stehen, läßt sich die an den Kassenausgaben orientierte Betrachtungsweise entsprechend modifizieren. Die Bundesregierung hat aber dem Mangel an Informationen bisher nicht abhelfen können.*

Auch könnten Einnahmen und Ausgaben entsprechend den Einzugs- und Multiplikatorwirkungen der einzelnen Einnahmen- und Ausgabenarten gewichtet werden, wenn die Forschung hierfür Werte ermittelte¹⁾.

Die Konzeption des Sachverständigenrates ist für solche Modifikationen offen, das saldenorientierte Konzept nicht; denn bei der Saldenbetrachtung müßte man die Orientierung an den tatsächlichen Salden aufgeben, auf Einnahmen- und Ausgabenströme zurückgehen, deren Wirkungen berücksichtigen und dann neue modifizierte Salden bilden.

116. *Modifiziert man die tatsächlichen Salden im Hinblick auf eine wirtschaftliche Entwicklung, die als Norm angenommen oder angestrebt wird, so nähert man sich dem Konzept des „high employment budget surplus“, das in den Vereinigten Staaten zur Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen verwendet wird. Dieses Konzept ist dem des Sachverständigenrates insoweit sehr ähnlich, als auch hier das Produktionspotential als Bezugsbasis für die Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Haushalte genommen wird. Während aber der Sachverständigenrat dem tatsächlichen Haushalt einen hypothetischen konjunkturneutralen gegenüberstellt und die konjunkturellen Wirkungen anhand der Differenz schätzt, errechnet der Council of Economic Advisers in den Vereinigten Staaten einen modifizierten Budgetüberschuß (Defizit), der bei dem gegebenen Steuersystem und den tatsächlichen Ausgaben — konjunkturell bedingte Ausgabenschwankungen werden eliminiert — unter Vollbeschäftigungsbedingungen erreicht würde. Aus den (vierteljährlichen) Zu- oder Abnahmen des so errechneten „high employment budget surplus“ schließt der Council of Economic Advisers dann auf Richtung und Stärke der konjunkturellen Impulse der öffentlichen Hand²⁾.*

117. *In den Niederlanden geht das Finanzministerium bei der Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen der*

öffentlichen Haushalte praktisch ebenso vor wie der Sachverständigenrat. Das Finanzministerium vergleicht den zu erwartenden Anstieg der öffentlichen Ausgaben mit der Wachstumsrate des Produktionspotentials und berücksichtigt dabei die Wirkungen diskretionärer Steueränderungen sowie den Progressionsseffekt des Steuersystems.

118. *Anders als gelegentlich unterstellt wird, impliziert die Konzeption des Sachverständigenrates nicht, daß der öffentliche Haushalt nur konjunkturneutral ist, wenn der Staat einen konstanten Anteil am Produktionspotential in Anspruch nimmt. Auch eine erhöhte Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat kann konjunkturneutral sein; es muß nur auf der Einnahmenseite dafür gesorgt werden — sei es durch Steuererhöhungen, sei es durch die Progressionswirkung des Steuersystems oder durch eine Inanspruchnahme des Kapitalmarkts —, daß zusätzliche Entzugseffekte die expansiven Wirkungen der Ausgabenseite kompensieren. Entsprechendes gilt für den Fall einer verminderten Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat.*

Erstmalige Ansätze zu einer bewußt antizyklischen Finanzpolitik

119. *Bei einem Wachstum des Produktionspotentials von 4 bis 4¹/₂ vH (Ziffer 40) und einem als unvermeidlich angesehenen Anstieg des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts von 2¹/₂ vH³⁾ wäre 1969 — wendet man die von uns aufgestellten Grundsätze an — eine Zunahme der öffentlichen Ausgaben um rund 7 vH konjunkturneutral gewesen, allerdings bezogen auf eine konjunkturneutrale Basis im Jahre 1968; bezogen auf die tatsächlichen Ist-Ausgaben im Jahre 1968 sind das 9,6 vH oder 15,3 Mrd. DM (Tabelle 9)⁴⁾. Zur Kompensation der Entzugswirkungen, die von Steuerrechtsänderungen und der Progressionswirkung des Steuersystems ausgehen,*

¹⁾ Der Council of Economic Advisers gewichtet beispielsweise Veränderungen in den Steuereinnahmen mit 0,9, um dem unterschiedlichen Steuer- und Ausgabenmultiplikator Rechnung zu tragen. Es wird jedoch nicht versucht, unterschiedliche Multiplikatoren innerhalb der Einnahmen und Ausgaben zu berücksichtigen, weil man aufgrund verschiedener Untersuchungen der Ansicht ist, daß sich dadurch zumindest bei der Betrachtung kürzerer Perioden keine ins Gewicht fallende Veränderung der Ergebnisse ergeben würde, es sei denn, es wäre eine radikale Veränderung in der Struktur der öffentlichen Haushalte eingetreten oder vorgesehen.

²⁾ Zur Orientierung über die genaue Vorgehensweise des Council of Economic Advisers bei der Berechnung des „high employment budget surplus“ sei verwiesen auf: Economic Report of the President, 1962, und B. Hansen u. a., Fiscal Policy in Seven Countries 1955—1965, OECD, 1969.

³⁾ Dies ist der Anstieg des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts, den die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht für 1969 angesetzt hatte.

⁴⁾ Die öffentlichen Haushalte wirkten im Jahre 1968 im Ausmaß von 4,3 Mrd. DM kontraktiv. Sie waren damit noch kontraktiver, als wir aufgrund unserer Schätzungen im Herbst 1968 angenommen hatten. Eine entsprechende Basiskorrektur ist daher erforderlich.

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht ¹⁾

	Einheit	1966	1967	1968	1969	1970
Einnahmenseite (für sich genommen)						
Steuern						
(1) Kassenmäßiges Ist ²⁾	Mrd. DM	112,5	114,7	121,8	141,2 ^{a)}	154,0 ^{b)}
(2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr	vH	+ 6,6	+ 2,0	+ 6,2	+ 15,9	+ 9,1
(3) Konjunkturneutrales Soll ³⁾ ..	Mrd. DM	112,5 ^{c)}	113,5	125,5	140,6 ^{d)}	154,8
Ausgabenseite (für sich genommen)						
(4) Ist-Ausgaben insgesamt ⁴⁾	Mrd. DM	145,6	154,7	159,8 ^{e)}	172,6 ^{a)}	190,5 ^{b)}
(5) Konjunkturneutrales Soll	Mrd. DM	145,6 ^{c)}	153,6	163,0	175,1	189,7
Veränderung gegenüber						
(6) den Ist-Ausgaben insgesamt des Vorjahres	vH	+ 4,5	+ 5,5	+ 5,0	+ 9,6	+ 9,9
(7) dem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen des Vorjahres ⁵⁾	vH	...	+ 5,5	+ 5,3	+ 6,7	+ 7,7
Haushaltsvolumen						
(8) Konjunkturneutrales Soll ⁶⁾	Mrd. DM	145,6 ^{c)}	154,8	164,1	176,1	188,9
(9) Veränderung gegenüber den Ist-Ausgaben insgesamt des Vorjahres	vH	+ 4,5	+ 6,3	+ 6,1	+ 10,2	+ 9,4
(10) Konjunktureller Effekt ⁷⁾	Mrd. DM	—	— 0,1	— 4,3	— 3,5	+ 1,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
(11) Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	vH	+ 6,2	+ 0,9	+ 9,4	+ 11,3 ^{b)}	+ 9,6 ^{b)}
(12) Produktionspotential in Preisen von 1954 ⁸⁾	vH	+ 4,8	+ 3,5	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,7
(13) „Konjunkturneutrales“ Preisniveau des Bruttosozialprodukts ⁹⁾	vH	...	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden.

²⁾ Ohne Einfuhrabgaben auf Regierungskäufe im Ausland und Vergütungen aufgrund des Absicherungsgesetzes.

³⁾ Hypothetische Steuereinnahmen bei der Steuerlastquote des jeweiligen Vorjahres.

⁴⁾ Ohne Schuldentilgung, Zuführung an Rücklagen, Abdeckung von Fehlbeträgen der Vorjahre.

⁵⁾ Wachstum des Produktionspotentials zuzüglich des „konjunkturneutralen“ Anstiegs des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr (Zeile 12 zuzüglich Zeile 13).

⁶⁾ Konjunkturneutrale Ausgaben unter Berücksichtigung der Abweichung der konjunkturneutralen Steuereinnahmen von den tatsächlichen, wobei die einzelnen Komponenten dieser Abweichung im Hinblick auf die vermutlichen Eintragungseffekte unterschiedlich gewichtet sind.

⁷⁾ Zeile 4 abzüglich Zeile 8. Expansiv: +, kontraktiv: —.

⁸⁾ Eigene Schätzung. Ergebnis unserer Modellrechnung (Methodische Erläuterungen siehe Anhang VIII). Nur aus rechen-technischen Gründen werden keine gerundeten Zahlen ausgewiesen.

⁹⁾ Vergleiche dazu jeweils JG 67 Ziffer 157, JG 68 Ziffer 118, JG 69 Ziffer 180.

a) Schätzung nach Teilergebnissen.

b) Eigene Schätzung.

c) Da 1966 Basisjahr der mittelfristigen Finanzplanung ist, wurden die Werte der Zeile 1 beziehungsweise 4 hier übernommen.

d) Berechnet auf der Basis des Ergebnisses 1968 zuzüglich der Steuerausfälle aus der Altverrätentlastung (Ziffer 119).

e) Voraussichtliches ist.

wäre für einen konjunkturalneutralen Haushalt eine weitere Steigerung der Ausgaben um rund 1 Mrd. DM oder $\frac{1}{2}$ Prozent notwendig gewesen.

Für 1969 ist eine Zunahme des Steueraufkommens um 11,8 vH oder 14,9 Mrd. DM zu erwarten — gegenüber dem Aufkommen des Jahres 1968, korrigiert um den Wegfall der Altvorräteentlastung¹⁾. Das sind 0,6 Mrd. DM mehr, als bei einer konstanten Steuerbelastungsquote zu erwarten gewesen wäre. Die wichtigsten Komponenten dieser Entwicklung des Steueraufkommens sind:

- (1) rund 0,3 Mrd. DM Steuermehreinnahmen aufgrund der Einführung der Straßengüterverkehrssteuer,
- (2) rund 1,5 Mrd. DM Steuermehreinnahmen aufgrund der Anpassung der Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen an die Gewinnentwicklung,
- (3) rund 0,6 Mrd. DM Steuermehreinnahmen aufgrund des Absicherungsgesetzes,

(4) rund 1,5 Mrd. DM Steuermindereinnahmen aufgrund der Senkung der Investitionsteuer zum 1. Januar 1969,

(5) rund 2,5 Mrd. DM Steuermindereinnahmen aufgrund von Verzögerungen bei der Abführung der Investitionsteuer und

²⁾ Durch die Einführung der Mehrwertsteuer wurde die Vorratshaltung verbilligt. Diesen Vorteil gewährt das Mehrwertsteuersystem den Unternehmen auf Dauer. Durch die Entlastung der Altvorräte bei der Umsatzsteuerreform wurde die Verbilligung auch für die schon bestehenden Lager wirksam. Der Entlastungseffekt der Umsatzsteuerreform ist bei der konjunkturellen Würdigung der öffentlichen Haushalte 1968 berücksichtigt worden. Steuermehreinnahmen im Jahre 1969, die sich aus dem Wegfall der expansiven Aufwendungen für die einmalige Entlastung der Altvorräte ergeben, sind daher nicht als kontraktiv zu werten. Entsprechend muß die Basis für die Entwicklung der konjunkturell bedeutsamen Steuermehreinnahmen korrigiert werden.

Tabelle 10

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte 1967 bis 1969
Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden (Gv.)

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1967 ¹⁾	1968 ²⁾	1969 ³⁾	1967 ¹⁾	1968 ²⁾	1969 ³⁾
	Mrd. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Ausgaben insgesamt ⁴⁾	154,7	159,8	172,6	+ 6,2	+ 3,3	+ 8,0
Laufende Ausgaben	115,2	119,7	131,5	+ 8,2	+ 3,9	+ 9,8
darunter:						
Personalausgaben	40,7	44,0	49,4	+ 6,1	+ 8,2	+ 12,2
Sachaufwand ⁵⁾	33,6	30,9	34,7	+ 8,4	- 8,1	+ 12,3
Einkommensübertragungen ⁶⁾	35,7	39,3	41,3	+ 8,2	+ 10,1	+ 5,0
Zinsen	5,3	5,5	6,1	+ 25,1	+ 3,9	+ 10,7
Vermögenswirksame Ausgaben	39,4	40,1	41,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,6
darunter:						
Sachinvestitionen	22,1	23,3	24,5	- 3,2	+ 5,4	+ 5,0
Vermögensübertragungen ⁷⁾	7,2	8,0	8,5	+ 3,0	+ 10,7	+ 5,5
Gewährung von Darlehen	9,4	8,0	7,5	+ 10,4	- 15,2	- 6,4
Einnahmen insgesamt ⁸⁾	141,1	151,1	172,1	+ 3,1	+ 7,1	+ 13,9
Laufende Einnahmen	136,8	146,6	167,4	+ 2,8	+ 7,2	+ 14,2
darunter: Steuern	114,7	121,8	141,2	+ 2,0	+ 6,2	+ 15,9
Vermögenswirksame Einnahmen	4,3	4,5	4,7	+ 14,8	+ 4,0	+ 4,7
darunter: Darlehensrückflüsse	3,1	3,3	3,4	+ 19,0	+ 4,5	+ 4,8
Nettofinanzierungssaldo	- 13,6	- 8,7	- 0,5			

¹⁾ Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Schätzungen nach Teilergebnissen.

⁴⁾ Ohne Schuldentilgung, Zuführung an Rücklagen, Abdeckung von Fehlbeträgen der Vorjahre.

⁵⁾ Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.

⁶⁾ Darunter: Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung (1967: 11,0 Mrd. DM, 1968: 11,1 Mrd. DM, 1969: 11,7 Mrd. DM).

⁷⁾ Darunter: Investitionszuschüsse (1967: 3,9 Mrd. DM, 1968: 4,1 Mrd. DM, 1969: 4,4 Mrd. DM).

⁸⁾ Ohne Schuldenaufnahme, Münzeinnahmen, Entnahmen aus Rücklagen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

(6) rund 2,2 Mrd. DM Steuermehreinnahmen aufgrund der Progressionswirkung des Steuersystems (als Restgröße ermittelt).

Da es sich bei den Beträgen unter Punkt (2) und (5) um Einnahmenveränderungen handelt, die primär die Liquidität der Besteueren, nicht aber die Einkommensentwicklung betreffen, setzen wir den Entzugseffekt dieser Einnahmenveränderungen nur in halber Höhe der entsprechenden Beträge an.

120. Geplant war für 1969 zuletzt eine Steigerung der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden um 7 vH¹⁾ gegenüber dem Ist-Ergebnis von 1968, also von nur 3,8 vH gegenüber einer konjunkturneutralen Ausgabenbasis im Jahre 1968. Tatsächlich werden nach den bis Ende Oktober vorliegenden Informationen die Ausgaben 1969 um 8 vH höher sein als die Ist-Ausgaben 1968 (Tabelle 10). Damit liegen sie um rund 3,5 Mrd. DM niedriger, als es einem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen im Jahre 1969 entsprochen hätte. In diesem Ausmaße waren die öffentlichen Haushalte im Wahljahr 1969 kontraktiv. Durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik war vor allem das erste Halbjahr 1969 gekennzeichnet, in dem die Ausgaben des Bundes nur um 1,5 vH über dem des ersten Halbjahres 1968 lagen. Im zweiten Halbjahr hat sich die Zunahme der öffentlichen Ausgaben, nicht zuletzt wegen unvorhergesehener Personalausgaben, merklich beschleunigt.

121. Die restriktive Wirkung der öffentlichen Haushalte im Jahre 1969 war freilich nicht nur das Ergebnis vorausschauender Planung, sondern auch Folge der nicht erwarteten Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs. Als die Haushalte für 1969 aufgestellt wurden, rechnete man eher mit einer Verlangsamung des Expansionstempos. Die Steuerschätzungen, die den Haushaltsplanungen zugrunde lagen, gingen von einer Zuwachsrate des nominalen

Sozialprodukts von gut 6 vH aus (Tabelle 11). Tatsächlich werden die Steuereinnahmen 1969 erheblich über den ursprünglichen Ansätzen vom Herbst 1968 liegen, vor allem wegen der höheren Zuwachsrate des Sozialprodukts (11 1/2 vH), die für sich allein genommen Steuermehreinnahmen in einer Größenordnung von 5 Mrd. DM erbracht haben dürfte. Insgesamt rechnen wir damit, daß die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden 1969 um 16 1/2 vH zunehmen werden (Tabelle 12). In dieser überproportionalen Einnahmenentwicklung kommt die Progressionswirkung des Steuersystems als eines automatischen Stabilisators zum Ausdruck.

Öffentliche Haushalte möglicherweise nicht wachstumsgerecht

122. Obwohl die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Zielprojektion eine stärkere Zunahme der wachstumsfördernden Ausgaben, insbesondere der Investitionen gegenüber den konsumtiven Ausgaben anstrebt²⁾, werden, wie schon im vorangegangenen Jahre, auch 1969 die Ausgaben für öffentliche Investitionen erheblich hinter der Zunahme der Gesamtausgaben zurückbleiben. In ihrer Jahresprojektion für 1969 hatte die Bundesregierung bei einer Zunahme der öffentlichen Ausgaben (nach der Systematik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) um 8 1/2 vH eine Steigerung der Bruttoinvestitionen um 10 1/2 vH vorgesehen (JWB 69). Aber selbst ohne die im März 1969 beschlossene konjunkturpolitisch motivierte Ausgabenkürzung, die vor allem die Investitionen betroffen haben dürfte, wäre dieses Ziel wohl kaum erreicht worden.

¹⁾ Unter Berücksichtigung der im Juni verfügbten Ausgabenbeschränkung für Ansätze in Höhe von 1,8 Mrd. DM.
²⁾ Finanzbericht 1969 S. 138.

Tabelle 11

Ergebnisse der Steuerschätzungen für das Jahr 1969

Zeitpunkt	Steuereinnahmen insgesamt ¹⁾			Bruttosozialprodukt		
	1968 ²⁾	1969	vH ³⁾	1968 ²⁾	1969	vH ³⁾
	Mrd. DM	Mrd. DM		Mrd. DM	Mrd. DM	
28. November 1968	119,9	132,7	+ 10,7	522,8	554,2 556,8 bis	+ 6,0 + 6,5
18. Februar 1969	120,2	133,5	+ 11,0	527,2	563,9	+ 7,0
5. Mai 1969	120,2	138,1	+ 14,9	528,8	575,4	+ 8,8
28. Oktober 1969	120,2	139,8	+ 16,3	530,8	588,3	+ 10,8

¹⁾ Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden. Ohne Einfuhrabgaben auf Regierungskäufe im Ausland und Vergütungen aufgrund des Absicherungsgesetzes.

²⁾ Stand zum jeweiligen Zeitpunkt der Steuerschätzung.

³⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

123. Nach unseren Schätzungen werden bei einer Zunahme der gesamten Ausgaben um 8 vH die vermögenswirksamen Ausgaben (Sachinvestitionen, Investitionszuschüsse, Darlehen und Beteiligungen) von Bund, Ländern und Gemeinden 1969 lediglich um 2 1/2 vH höher sein als 1968. Der Grund für diesen mäßigen Zuwachs der vermögenswirksamen Ausgaben ist vor allem darin zu sehen, daß die Gewährung von Darlehen, wie schon 1968, zurückgegangen ist, was mit der geringeren Förderung des Wohnungsbaus durch den Bund und die Länder zusammenhängen mag. Aber auch die Ausgaben für Bauinvestitionen werden wohl in diesem Jahre mit einem Zuwachs von 5 vH hinter dem Zuwachs der Gesamtausgaben zurückbleiben.

124. Es gibt freilich Anzeichen dafür, daß der tatsächliche Investitionszuwachs größer war als der Zuwachs der kassenwirksamen Ausgaben.

— Im Tiefbau, auf den knapp 60 vH der Investitionsausgaben der öffentlichen Hand entfallen, waren die Aufträge in den ersten acht Monaten von 1969 fast 20 vH höher als im gleichen Vorjahreszeitraum; die Baugenehmigungen für Hochbauten verharrten allerdings auf dem Niveau des Jahres 1968 (Ziffer 31).

— Die tatsächlichen Bauleistungen nahmen im ersten Halbjahr 1969 gegenüber 1968 dem Werte nach um etwa 10 vH zu. Bereits im vergangenen Jahre waren die Kassenausgaben weit hinter den tatsächlichen Investitionen zurückgeblieben.

Tabelle 12

Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden

Art der Steuer	1968		1969		1968		1969		1968 1969	
	Ist-	vH ¹⁾	Ist-	voraus-sichtliches	Ist-	voraus-sichtliches	Haushaltsoll		vH ¹⁾	
							Ergebnis			
	Mrd. DM		Mrd. DM		Mrd. DM		Mrd. DM		vH ¹⁾	
	Januar bis September				Jahr					
Bundessteuern ²⁾	47,2	55,3	+17,1	66,0	77,3	+17,1	66,4	74,2	+11,8	
darunter:										
Steuern v. Umsatz ³⁾	18,4	24,4	+32,0	25,7	33,9	+32,1	27,4	32,6	+10,2	
Mineralölsteuer	6,8	7,3	+ 7,2	9,9	10,5	+ 5,8	9,6	10,3	+ 7,9	
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ⁴⁾	13,0	14,0	+ 8,1	17,9	19,6	+ 9,4	16,8	18,4	+ 9,1	
Ländersteuern ⁵⁾	28,7	33,4	+16,3	39,4	46,2	+17,1	37,4	42,1	+12,5	
darunter:										
Kraftfahrzeugsteuer	2,4	2,6	+ 8,0	3,2	3,5	+ 7,9	3,2	3,4	+ 7,9	
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ⁶⁾	22,1	26,0	+17,9	30,5	36,4	+19,3	28,9	32,9	+14,1	
Gemeindesteuern ⁷⁾	7,2	7,7	+ 7,5	14,8	16,3	+ 9,8	14,5 ⁸⁾	15,7 ⁹⁾	+ 8,1	
darunter:										
Grundsteuern	1,2	1,3	+ 5,6	2,5	2,6	+ 5,7	2,5	2,6	+ 6,4	
Gewerbesteuer (einschließlich Lohnsummensteuer)	5,6	6,1	+ 7,5	11,6	12,9	+11,4	10,9	12,0	+10,9	

¹⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

²⁾ Ohne Einfuhrabgaben auf Regierungskäufe im Ausland und Vergütungen aufgrund des Absicherungsgesetzes.

³⁾ Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Straßengüterverkehrssteuer, Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer.

⁴⁾ Anteilssatz: 1968 = 37 vH, 1969 = 35 vH.

⁵⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.

⁶⁾ Anteilssatz: 1968 = 63 vH, 1969 = 65 vH.

⁷⁾ Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten.

⁸⁾ Einschließlich Gemeinden unter 10 000 Einwohner und Ämter (geschätzt).

Warum es 1969 erneut zu einer so starken Verwerfung in der Relation von Bauleistungen und Bauausgaben gekommen sein soll, konnten wir nicht klären.

Konjunkturdämpfung durch Schuldentilgung und Umschuldung?

125. Die starke Zunahme der Steuereinnahmen hat es der Bundesregierung im Jahre 1969 gestattet, über die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage hinaus kurzfristig Verbindlichkeiten zu tilgen oder — ganz im Sinne des klassischen Debt-Managements — durch die Placierung langfristiger Titel zu konsolidieren ¹⁾. Das vom Bundesfinanzminister angekündigte umfangreiche Programm zur Schuldentilgung und Umschuldung ²⁾ stieß zum Teil auf Unverständnis.

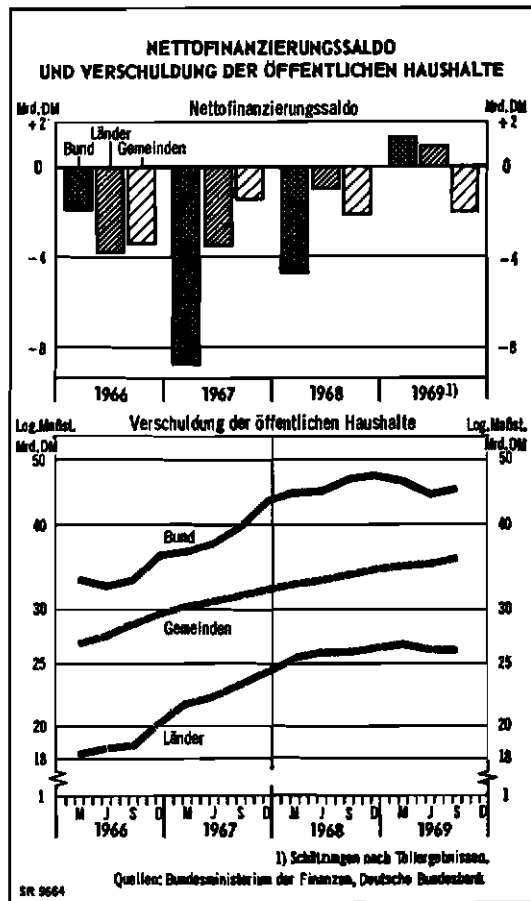
126. Zu den Wirkungen eines solchen Programms der Tilgung beziehungsweise Konsolidierung kurzfristiger Verbindlichkeiten ist grundsätzlich folgendes zu sagen:

- Die Stilllegung konjunkturbedingter Steuermehreinnahmen im Zentralbanksystem ist ein Beitrag zur Konjunkturdämpfung; das gilt gleichviel, ob die Stilllegung unter dem Rubrum einer Konjunkturausgleichsrücklage oder auf den normalen Konten von Bund und Ländern bei der Bundesbank vorgenommen wird. Die Banken verlieren Liquidität, ihr Kreditgewährungsspielraum wird geringer. Der Entzugseffekt der Steuermehreinnahmen, der unmittelbar bei den Steuerpflichtigen eintritt, wird liquiditätspolitisch abgestützt. Größere Bedeutung kann dieser Vorgang allerdings nur haben, wenn die Banken nicht über reichliche Liquidität verfügen und wenn sie anstelle der ausgefallenen Einlagen von Inländern nicht Einlagen aus dem Ausland herannehmen können.
- Die Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Tilgung kurzfristiger Schulden außerhalb des Zentralbanksystems ist kein Beitrag zur Konjunkturdämpfung. Bei den Banken, von denen Schatzwechsel, Schatzanweisungen und Kassenobligationen vornehmlich gehalten werden, kommt es zu einer Umwandlung dieser Titel, die für sie Sekundärliquidität bedeuten, in Zentralbankgeld, das heißt in Primärliquidität. Der Entzugseffekt der Steuermehreinnahmen wird, was die Bankenliquidität angeht, nicht wirksam.
- Die Umwandlung kurzfristiger Schulden in längerfristige ist dagegen ein Beitrag zur Konjunkturdämpfung. Mittel, die für längerfristige Anlagen zur Verfügung stehen, werden gebunden, der Spielraum der Banken für die Gewährung von Krediten an Private wird verringert, insbesondere der Spielraum für längerfristige Kredite. Die Primärliquidität der Banken bleibt unberührt.

127. Der Bund hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1969 kurzfristige Kredite in Höhe von

4,1 Mrd. DM getilgt und dies vollständig durch die Aufnahme langfristiger Kredite finanziert (Umschuldung). Darüber hinaus hat er jedoch den Kapitalmarkt nicht in Anspruch genommen, sondern Ausgaben, für die als Deckung langfristige Kredite vorgesehen waren, durch unvorhergesehene Steuermehreinnahmen finanziert. Ein höheres Engagement am Kapitalmarkt hätte die Zinsen für langfristige Kredite stärker steigen lassen. Dies wäre angesichts der Konjunkturlage zwar durchaus zweckmäßig gewesen, hätte jedoch wohl den langfristigen Kapitalexport beeinträchtigt, den die Bundesregierung aus Zahlungshilanzgründen glaubte stützen zu müssen, und zudem die Gefahr heraufbeschworen, daß — wie 1966 — Attentismus der Anleger den Kapitalmarkt lahmlegte (Ziffer 138).

Schaubild 27



¹⁾ Der Bund hatte 1969 bei einer geplanten Bruttokreditaufnahme in Höhe von 13,1 Mrd. DM Tilgungsverpflichtungen in Höhe von 9,3 Mrd. DM, darunter 6,9 Mrd. DM unverzinsliche Schatzanweisungen und Kassenobligationen, die 1967 zur Finanzierung der beiden Konjunkturprogramme begeben worden waren. Ein Teil der Tilgungen ist — trotz der günstigen Einnahmementwicklung (Ziffer 121) — durch Neuverschuldung finanziert worden.

²⁾ Finanznachrichten Nr. 128 vom 5. 8. 1969.

Ger Ringes Finanzierungsdefizit

128. Da 1969 die Steuereinnahmen erheblich stärker als die Ausgaben gestiegen sind, dürften die Gebietskörperschaften in diesem Jahre per Saldo kaum noch Kredite in Anspruch genommen haben. Bund und Länder, die in ihren Haushaltsplänen mit einem Finanzierungsdefizit von fast 8 Mrd. DM gerechnet haben, werden 1969 einen Überschuß verzeichnen, die Länder zum ersten Male seit sieben Jahren. Der Bund dürfte dabei seine Nettoverschuldung sogar verringert haben. Die Gemeinden, die

wie im Vorjahr ein Finanzierungsdefizit von rund 2 Mrd. DM abzudecken hatten, mußten in etwa gleicher Höhe Kredite aufnehmen (Schaubild 27).

V. Die Finanzierung des Booms

129. Die Nachfrageexpansion wurde von der Finanzierungsseite her nicht wesentlich gehemmt. Der Kreditgewährungsspielraum der Banken blieb ausreichend, obwohl deren Liquidität seit 1969 durch die Restriktionspolitik der Bundesbank und durch die

Tabelle 13

Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1968	
15. bis 25. November	Die Swapsätze der Bundesbank gelten nur beim Erwerb von US-\$-Schatzwechseln.
21. November	Der Mindestreservesatz für den Zuwachs an reservepflichtigen Auslandseinlagen wird auf 100 % festgesetzt.
25. November bis 2. Dezember	Die Bundesbank schließt mit Kreditinstituten Devisentermingeschäfte ab.
1969	
Anfang März	Es wird bekannt, daß die Bundesbank schon seit Anfang Februar 1969 nur im Auftrag und für Rechnung der öffentlichen Emittenten am Markt für langfristige Wertpapiere interveniert.
21. März	Der Lombardsatz wird von 3,5 auf 4 % erhöht; die Rediskontkontingente werden mit Wirkung vom 1. Juli generell um 20 vH gekürzt.
18. April	Der Diskontsatz wird von 3 auf 4 % und der Lombardsatz von 4 auf 5 % heraufgesetzt.
7. bis 21. Mai	Die Bundesbank stellt die Swapgeschäfte mit deutschen Kreditinstituten ein.
22. Mai	Die Bundesbank erhöht die Mindestreservesätze auf Auslandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. Juni um 50 vH.
1. Juni	Die Mindestreservesätze werden um 15 vH erhöht.
20. Juni	Der Diskontsatz wird von 4 auf 5 % und der Lombardsatz von 5 auf 6 % erhöht.
1. August	Die Mindestreservesätze werden um 10 vH angehoben.
14. August	Mit Wirkung vom 1. September werden zum Lombardsatz gestaffelte Zuschläge erhoben, wenn im Verlauf eines Monats der Lombardkredit ein bestimmtes Vielfaches des Eigenkapitals übersteigt.
28. August	Von den Auslandsverbindlichkeiten sind nur noch die Fremdwährungsverbindlichkeiten mindestreservetfrei, soweit das Zinsarbitragegeschäft nicht mit einem Bundesbank-Swapgeschäft in Verbindung steht.
11. September	Der Diskontsatz wird auf 6 %, der Lombardsatz auf 7,5 % bei Wegfall der Sonderlombardsätze angehoben.
29. September	Die Bundesbank stellt die Swapgeschäfte mit deutschen Kreditinstituten ein.
6. November	Die allgemeinen Mindestreservesätze werden um 10 vH gesenkt, die 100%ige Mindestreserve auf den Zuwachs der Auslandsverbindlichkeiten wird aufgehoben und die Reservesätze für Auslandsverbindlichkeiten werden denjenigen für Inlandsverbindlichkeiten angeglichen.

Schuldenpolitik der öffentlichen Hand (Ziffer 126) merklich verringert wurde und die Unternehmen einen höheren Anteil ihrer stark zunehmenden Investitionen durch Fremdmittel finanzieren mußten. Allerdings stieg das Zinsniveau, hauptsächlich bestimmt durch die außenwirtschaftlichen Umstände, stark an.

Restriktionskurs der Bundesbank bei außenwirtschaftlichen Überschüssen

130. Die Bundesbank, die im Spätherbst 1968 angesichts der Verabschiedung des Absicherungsgesetzes noch auf kontraktive Maßnahmen verzichtet hatte, nutzte ab Frühjahr 1969 fast jeden Spielraum für eine monetäre Dämpfung des Booms. Der Spielraum ist zwar wegen des internationalen Verbundes auf den Geld- und Kreditmärkten sehr gering; doch waren die Restriktionsbemühungen der Bundesbank 1969 durch gleichgerichtete Bemühungen in unseren wichtigsten Partnerländern wenigstens teilweise abgedeckt. Gemessen an der Stärke des Booms mußte freilich das, was an monetärer Dämpfung möglich war und auch versucht wurde, unzureichend bleiben.

131. Innerhalb weniger Monate setzte die Bundesbank den Diskontsatz von drei auf sechs Prozent und den Lombardsatz von vier auf siebeneinhalb Prozent herauf (Tabelle 13). Ein solcher Anstieg war nicht einmal während des Koreabooms 1950/51 zu verzeichnen. Die Abgabesätze für Geldmarktpapiere mit kurzen Fristen wurden im gleichen Maße angehoben wie der Diskontsatz, die Sätze für Papiere mit längeren Fristen etwas weniger.

132. Daß diese Maßnahmen zur Zinssteigerung im Inland nicht unwirksam blieben, ist im Zusammenhang mit dem Zinsanstieg im Ausland zu sehen, der dort im Gefolge lang anhaltender Hochkonjunktur bei starken Preissteigerungen eingetreten und von den kreditpolitischen Instanzen gefördert worden war (Ziffern 16 ff.). So stark wie im Ausland konnten die Zinsen in der Bundesrepublik allerdings nicht steigen.

Da das Absicherungsgesetz vom November 1968 am Devisenmarkt nicht als endgültiger Aufwertungsersatz angesehen wurde, und die weiterhin unterschiedliche Preisentwicklung im In- und Ausland den Aufwertungsbedarf für die D-Mark sogar noch vergrößerte, blieb die Erwartung einer Paritätsänderung bei den Transaktionen am Devisenmarkt mitbestimmend. Es gab Terminaufschläge für die D-Mark, die in entsprechenden Unterschieden zwischen den Zinsen für Kredite, je nachdem, ob sie auf D-Mark oder auf fremde Währung lauteten, ihren Niederschlag finden mußten. Zeitweise stemmte sich die Bundesbank dieser Entwicklung entgegen, indem sie eine gegenüber den Swapsätzen am freien Markt verbilligte Kurssicherung anbot. Doch je mehr eine Aufwertung erwartet wurde, desto mehr wurde die verbilligte Kurssicherung der

Bundesbank eine Einladung zu lukrativen Karussell-Geschäften, so daß sich das Swap-Engagement der Bundesbank ungemein aufblähte, ohne daß zugunsten eines verstärkten Devisenabflusses viel gewonnen war.

133. Auch auf der Mengenseite nutzte die Bundesbank weitgehend den ihr verbliebenen Spielraum. Durch die Erhöhung der Mindestreservesätze und die Kürzung der Rediskontkontingente entzog sie dem Bankensystem von Juni bis September 1969 7 Mrd. DM an Liquiditätsreserven. Eine Mindestreserve von 100 Prozent für die zusätzlichen Auslandsanlagen der Banken, die im übrigen schon durch ein Verzinsungsverbot zurückgedrängt wurden, verhinderte ab November 1968, daß den Banken hier ein Ausweg blieb. Nicht verhindert werden konnte auf diese Weise jedoch, daß über die Unternehmen Liquidität aus dem Ausland hereinkam. Der *Terminaufschlag für die D-Mark machte* solche Kreditaufnahmen trotz der hohen Zinsen im Ausland lohnend.

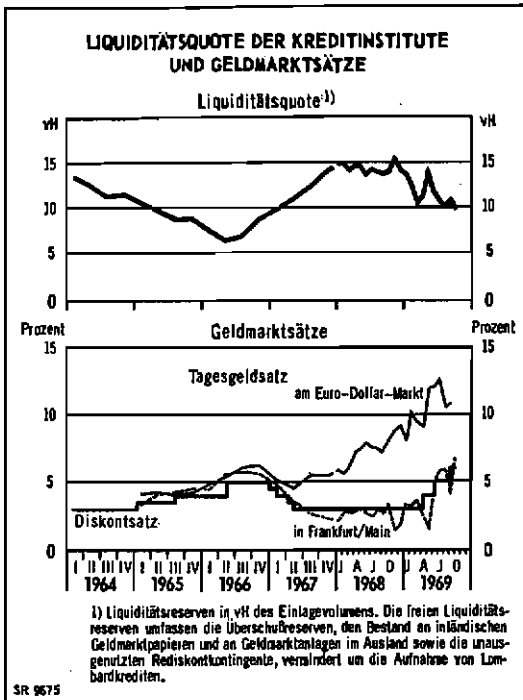
134. Ergänzt wurde die Liquiditätspolitik der Bundesbank durch die Schuldenpolitik der öffentlichen Emittenten, insbesondere des Bundes. Der Bund tilgte Schuldtitel mit kurzen Laufzeiten in beachtlichem Umfang (von Januar bis November 1969 in Höhe von 4,2 Mrd. DM) und gab andere, aber längerfristige, weniger liquide und höher verzinsliche Titel aus. Da die Geschäftsbanken den überwiegenden Teil dieser Titel aufnahmen, verringerte sich der Liquiditätsgrad ihrer gesamten Aktiva. Außerdem entzog die öffentliche Hand den Banken Liquidität, indem sie überplanmäßige Steuereinnahmen bei der Bundesbank stilllegte (Ziffer 125). Insgesamt nahm die Bankenliquidität aufgrund von Transaktionen der öffentlichen Hand von Januar bis September 1969 um rund 6 Mrd. DM ab.

135. Trotz großer Devisenzuflüsse verminderten sich die Liquiditätsreserven der Banken vom dritten Vierteljahr 1968 bis zum dritten Vierteljahr 1969 durch Maßnahmen der Bundesbank und der öffentlichen Hand um 5 Mrd. DM. Dies täuscht allerdings darüber hinweg, wie labil die Situation war (Schaubild 28).

Der Leistungsbilanzüberschuß war unvermindert groß (Januar bis September 1969 rund 10 Mrd. DM). Zudem erhielten die Exporteure im Zusammenhang mit der Erwartung von Wechselkursänderungen (nicht nur für die D-Mark) hohe Vorauszahlungen, und viele Importeure schoben die Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nach Möglichkeit hinaus (Devisenzufluß aus solchen Änderungen der „terms of payment“ Januar bis September 1969 über 10 Mrd. DM).

Gleichzeitig nahm jedoch der langfristige Kapitalexport in ungewöhnlichem Ausmaß zu. Nachdem bis 1967 die ausländische Kreditaufnahme in der Bundesrepublik zusammen mit den deutschen Direktinvestitionen im Ausland in keinem Jahre mehr als

Schaubild 28



4 Mrd. DM netto betragen hatte, wurden allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1969 etwa 13 Mrd. DM als Überschuß der langfristigen Kapitalausfuhr über die Kapitaleinfuhr verbucht, mehr noch als 1968, als es im ganzen Jahre 11 Mrd. DM waren (Ziffern 98 ff.). In dem Unterschied zwischen dem Defizit der Grundbilanz (Januar bis September 1969: 8,5 Mrd. DM) und dem Überschuß der Devisenbilanz (8,5 Mrd. DM) kommt der Zustrom von kurzfristigem Kapital (17 Mrd. DM) zum Ausdruck.

136. Ein großer Teil des gesamten Kapitalverkehrs, auch des langfristigen, ist sicherlich ebenso wie die Verschiebung der „terms of payment“ vornehmlich im Zusammenhang mit der Erwartung von Paritätsänderungen und den Zahlungsbilanzrückichten der monetären Politik zu sehen. Mit jeder binnenwirtschaftlich motivierten Verschärfung der kreditpolitischen Restriktion wurde die Situation nur labiler, da eine Aufwertung der D-Mark um so sicherer erwartet werden mußte, je mehr man sich in der Bundesrepublik der Anpassungsinflation zu erwehren versuchte. Es bedurfte nur geringer Anlässe, hohe Devisenzuflüsse auszulösen. Erneut wurde deutlich, wie wenig im gegenwärtigen Währungssystem die Liquiditätsversorgung durch die Bundesbank autonom bestimmt werden kann, wenn ein außenwirtschaftliches Überschußgleichgewicht besteht.

137. In der Tat folgte die Zinsentwicklung in der Bundesrepublik 1969 im wesentlichen den Tendenzen in den wichtigsten Partnerländern — immer unter Berücksichtigung der Paritätsänderungserwartungen (Schaubilder 25, 28).

Den Sätzen an den internationalen Geldmärkten, die bis zur Jahresmitte 1969 stetig gestiegen waren und dann auf hohem Niveau verharrten, folgten die inländischen Sätze, jeweils um den Terminabschlag der fremden Währung vermindert.

In dem Rahmen, der von den Zinsen im Ausland abgesteckt war, bewegte sich auch der Diskontsatz der Bundesbank, an dem sich die inländischen Geschäftsbanken orientierten, wenn es um die kurzfristigen Sollzinsen ging (Schaubild 29).

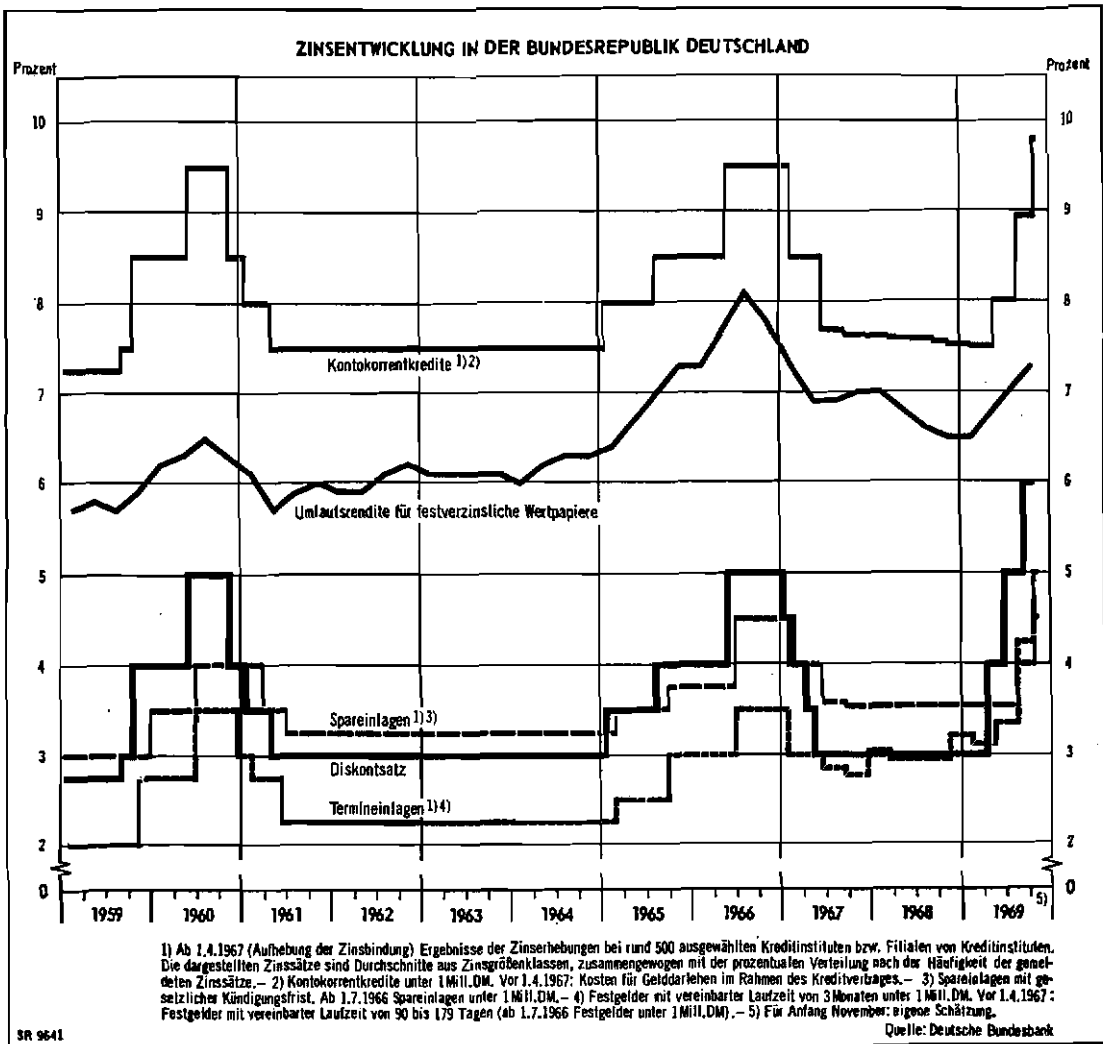
Die Habenzinsen, insbesondere die Zinsen für Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist, sowie die Sätze für langfristige Kredite blieben diesmal stärker hinter den kurzfristigen Sollzinsen zurück als etwa 1965/66. Hierin mag zum Ausdruck kommen, daß man nicht mit einem anhaltend hohen Zinsniveau, möglicherweise sogar mit einer Umkehr der Zinsentwicklung rechnete. Dahinter könnte stehen, daß das Vertrauen auf längerfristige Stabilität trotz des stärkeren Booms größer war als etwa 1965/66.

138. Auch dürfte die geschickte Schuldenpolitik der öffentlichen Hand, insbesondere des Bundes, mit dazu beigetragen haben, daß es im Zusammenhang mit dem Anstieg der kurzfristigen Zinsen 1969 nicht wieder zu einem ebenso starken Anstieg der langfristigen Zinssätze und damit zu einem entsprechenden Kursverfall am Rentenmarkt kam.

Der Bedarf der öffentlichen Hand an langfristigen Mitteln entstand aus dem Ziel, kurzfristige Schulden zu konsolidieren und einen Teil der zur Tilgung anstehenden Verpflichtungen durch neue langfristige Schulden zu ersetzen. Trotz der Umschuldung war die gesamte langfristige Netto-Neuverschuldung der öffentlichen Hand in den ersten neun Monaten des Jahres 1969 um 3,3 Mrd. DM geringer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Um den Zahlungsbilanzausgleichenden Kapitalexport nicht versiegen zu lassen und große Kursenkungen am Rentenmarkt zu vermeiden, zog sich die öffentliche Hand vom Frühjahr 1969 an weitgehend vom Emissionsmarkt für langfristige Wertpapiere zurück. Der Bund betrieb am Sekundärmarkt für langfristige Wertpapiere vom Februar 1969 an sogar erstmals für eigene Rechnung Kurspflege. Er nahm, bei leicht nachgebenden Kursen, die von Privaten angebotenen langfristigen Titel öffentlicher Emittenten auf und gab sie wieder ab, wenn bei besserer Marktlage die Nachfrage überwog. Bis Ende Oktober 1969 hat der Bund Titel im Betrag von 0,6 Mrd. DM aufgenommen (netto).

Zum Teil trat an die Stelle von Emissionen am Kapitalmarkt allerdings die Aufnahme von Direktkrediten bei den Geschäftsbanken. Insoweit konnte sogar ohne Verminderung der Kreditnachfrage der Rentenmarkt geschont werden. Das ist bedeutsam für das Verhalten der Anleger; diese orientieren sich vor allem am Rentenmarkt und neigen zu Überreaktionen, wenn dort eine Zunahme der Kapitalnachfrage die Erwartung von Zinssteigerungen auslöst.



Zunahme der Fremdfinanzierung

139. Angesichts der Situation auf dem internationalen Kapitalmarkt war die Zurückhaltung der öffentlichen Hand nicht zuletzt ein Zurücktreten gegenüber ausländischen Nachfragern (Ziffer 138). Vor allem aber erhöhte sich 1969 der Fremdfinanzierungsbedarf der Unternehmen. Da die Bruttoinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft) im ersten Halbjahr 1969 sehr stark stiegen, war die Eigenfinanzierungsquote (etwa 76 vH) wesentlich niedriger als im ganzen Jahr 1968 (97 vH).

Allerdings sollte daraus nicht ohne weiteres auf eine entsprechende Anspannung der Finanzierungssituation der Unternehmen geschlossen werden.

— Zu berücksichtigen ist, daß die Unternehmen zwei Jahre mit extrem hohen Eigenfinanzierungsquoten hinter sich haben, was ihnen einen zusätzlichen Fremdfinanzierungsspielraum verschafft hat.

— Außerdem sind den Unternehmen durch die Verschiebung der „terms of payment“ mit dem Ausland liquide Mittel in erheblichem Umfang zugeflossen. Diese Mittel, die in den Monaten der Währungskrise zu hohen Sicht- und Termineinlagen der Unternehmen bei den Banken führten, sind zwar keine Eigenmittel, verminderten jedoch den Bedarf an kurzfristigen Bankkrediten.

140. Die Finanzierungssituation der Unternehmen dürfte auch im zweiten Halbjahr 1969 noch günstig sein:

— Da angesichts der hohen Auftragsbestände mit großer Sicherheit angenommen werden darf, daß in allen Bereichen die Kapazitätsauslastung hoch sein wird, dürften sich die Einnahmen- und Ausgabenüberschüsse innerhalb des Unternehmenssektors kaum auseinanderentwickeln, so daß von daher kein zunehmender Bedarf an Bankkrediten entsteht.

- Anders als 1965 sind die Ausgabenüberschüsse des Auslandes über das erste Halbjahr 1969 hinaus hoch geblieben; sie dürften auch nach der Aufwertung vorläufig hoch bleiben.

Tendenzen nach der Aufwertung

141. Auf die Aufwertung, ja schon auf die Freigabe des D-Mark-Kurses, hat zuerst und rasch der Geldmarkt mit einem Zinsanstieg reagiert. Damit war zu rechnen, da die Zinsen im Ausland bisher kaum nachgegeben haben und die Zinsdifferenz zwischen dem In- und Ausland sich nach der Aufwertung zurückbilden mußte, insoweit sie lediglich Reflex der Aufwertungserwartung war.

Der Zinsanstieg ist auch im Zusammenhang mit dem starken Devisenabfluß zu sehen, der unmittelbar nach der Aufwertung einsetzte. Die Bundesbank wirkte dem Liquiditätsentzug bei den Banken entgegen, indem sie durch die Senkung der Mindestreservesätze etwa 2 Mrd. DM an liquiden Mitteln freigab.

Auch die Renditen für Euro-DM-Anleihen näherten sich den Renditen der auf fremde Währung lautenden Titel. Dagegen folgte die Rendite für Inlandsanleihen dem Zinsanstieg vorläufig noch nicht.

142. Angesichts der Erfahrungen in der Vergangenheit ist die Frage zu stellen, ob die Bundesbank in der Lage wäre, autonom eine Tendenz zur Zinssenkung herbeizuführen, wenn sich zeigen sollte, daß die konjunkturdämpfenden Wirkungen der Aufwertung dieses nötig machen. Auf dem Markt für kurz- und mittelfristige Kredite könnte die Bundesbank versuchen, durch Swap-Geschäfte einen Report für den Dollar zu schaffen. Auf den Markt für längerfristige Kredite würde das allerdings nicht ohne weiteres durchschlagen. Daß ohne Eingriffe in den freien Kapitalverkehr eine merkliche Zinsdifferenz zwischen In- und Ausland autonom erzielt werden kann, muß bezweifelt werden, es sei denn, es setzte sich alsbald erneut die Erwartung auf eine D-Mark-Aufwertung durch, jedenfalls auf mittlere Sicht.

VI. Preisaniveau und Preisstruktur auf mittlere Sicht

Der Rhythmus der Geldentwertung

143. Einen Eindruck von den Preisbewegungen, die mit dem kräftigen Sozialproduktwachstum seit der Mitte der fünfziger Jahre einhergingen, vermittelt Schaubild 30. Es ist unverkennbar, daß die Preise insgesamt mehr gestiegen sind, als mit dem Ziel der Geldwertstabilität vereinbar ist. Fast immer wechselten aber Phasen beschleunigten mit Phasen verlangsamten Preisanstiegs ab; manchmal kam es sogar zu Preisrückgängen. Legte man nur die Erfahrungen der beiden letzten Konjunkturzyklen

zugrunde, so müßte man zu dem Schluß kommen, daß sich die Bundesrepublik, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, auf einen jahresdurchschnittlichen Preisanstieg von etwa 2¹/₂ vH eingerichtet hat.

144. Für die Frage, ob die geldwertpolitische Bilanz am Ende dieses Zyklus besser oder schlechter ausfallen wird, gibt die Preisentwicklung im bisherigen Verlauf dieses Konjunkturaufschwungs einen Anhaltspunkt. Schaubild 30 zeigt, daß die Verbraucherpreise noch in keiner Aufschwungsphase so wenig angezogen haben wie in der gegenwärtigen, während sich der Anstieg der Erzeugerpreise vom Frühjahr 1967 bis zum Spätsommer 1969 im Rahmen dessen hielt, was auch früher zu beobachten war. In der Vergangenheit pflegten sich die Verbraucherpreissteigerungen nach Überschreiten des konjunkturellen Höhepunktes meist zu beschleunigen, die Erzeugerpreissteigerungen meist zu verlangsamen. Nimmt man einmal schematisch an, daß sich die früher beobachtete Relation zwischen den Preissteigerungsraten im Aufschwung und Abschwung wiederholt, so wäre zu folgern, daß die durchschnittliche Rate des Geldwertschwunds in diesem Konjunkturzyklus eher niedriger ausfällt als in früheren.

145. Kein Zyklus ist indes das Ebenbild seiner Vorgänger. Für Unterschiede sorgen beispielsweise Auslandseinflüsse und wirtschaftspolitische Entscheidungen. Was die Preisentwicklung vom Sommer 1967 bis Herbst 1969 angeht, so scheinen folgende Faktoren eine besondere Rolle gespielt zu haben:

- die Einführung des Systems der Nettoumsatzbesteuerung und die Erhöhung der Umsatzsteuersätze,
- das Ausmaß des ausländischen Preisauftriebs und
- die Wirkungen der im In- und Ausland ergriffenen außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen.

146. Mit der Einführung der Mehrwertsteuer hat sich die Preisstruktur der Güter und Dienstleistungen, die die Verbraucher kaufen, verändert, möglicherweise auch das Niveau der Verbraucherpreise¹⁾; die Erhöhung der Umsatzsteuersätze am 1. Juli 1968 hat die Güter des privaten Verbrauchs im Durchschnitt um schätzungsweise 0,8 vH verteuert. Dies ist beim Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung in diesem Aufschwung mit der in früheren Aufschwungsphasen zu beachten: Einerseits wäre also die kumulierte Verteuerung der Gesamtlebenshaltung in der Zeit vom Sommer 1967 bis Herbst 1969 geringer ausgefallen als tatsächlich; andererseits wären die Nahrungsmittelpreise, wenn es bei dem alten Umsatzsteuersystem geblieben wäre, tendenziell stärker, die Preise für andere Verbrauchsgüter und für Dienstleistungen weniger

¹⁾ Wenn die Doppelbesteuerung der Altinvestitionen und die Sonderbesteuerung der Neulinvestitionen voll preiswirksam geworden sein sollten, so hätte sich aus diesem Grunde das gesamtwirtschaftliche Preisniveau um etwa 1 vH erhöhen müssen (JG 68 Ziffer 26).

als tatsächlich gestiegen¹⁾. Insoweit überzeichnet also Schaubild 31 den konjunkturbedingten Preisanstieg, den der Verbraucher für typische Industriegüter und für Dienstleistungen seit Mitte 1967 hinnehmen mußte. Aber selbst wenn man die erwähnten Mehrwertsteuereffekte außer acht läßt, so ist doch unverkennbar, daß vor allem die Preise für Industriegüter — und hier insbesondere die für langlebige Gebrauchsgüter — bisher weniger gestiegen sind als in dem konjunkturell vergleichbaren Abschnitt von Anfang 1963 bis Mitte 1965. Stärker als in allen früheren Aufschwungsphasen haben sich lediglich die Mieten verteuert; doch hängt dies mit der Freigabe der Altbaumieten und der Anpassung der Mieten im sozialen Wohnungsbau zusammen.

147. Der günstige Verlauf der Preisentwicklung seit Mitte 1967 ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig die Preise in vielen wichtigen Partnerländern erheblich stärker stiegen als etwa 1959/61 oder 1963/65. Freilich sind dem Inflationsimport Schranken gesetzt worden: der Abwertung des Pfund Sterling und anderer Währungen im November 1967 folgte ein Jahr später die steuerliche Ersatzaufwertung der D-Mark; diese wurde noch verstärkt durch die Aufschläge, mit denen die D-Mark an

¹⁾ Wären auch die Agrargüterimporte voll von der steuerlichen Ersatzaufwertung erfaßt worden, so hätten sich die Nahrungsmittelpreise noch günstiger entwickeln können, als dies tatsächlich der Fall war.

Schaubild 30

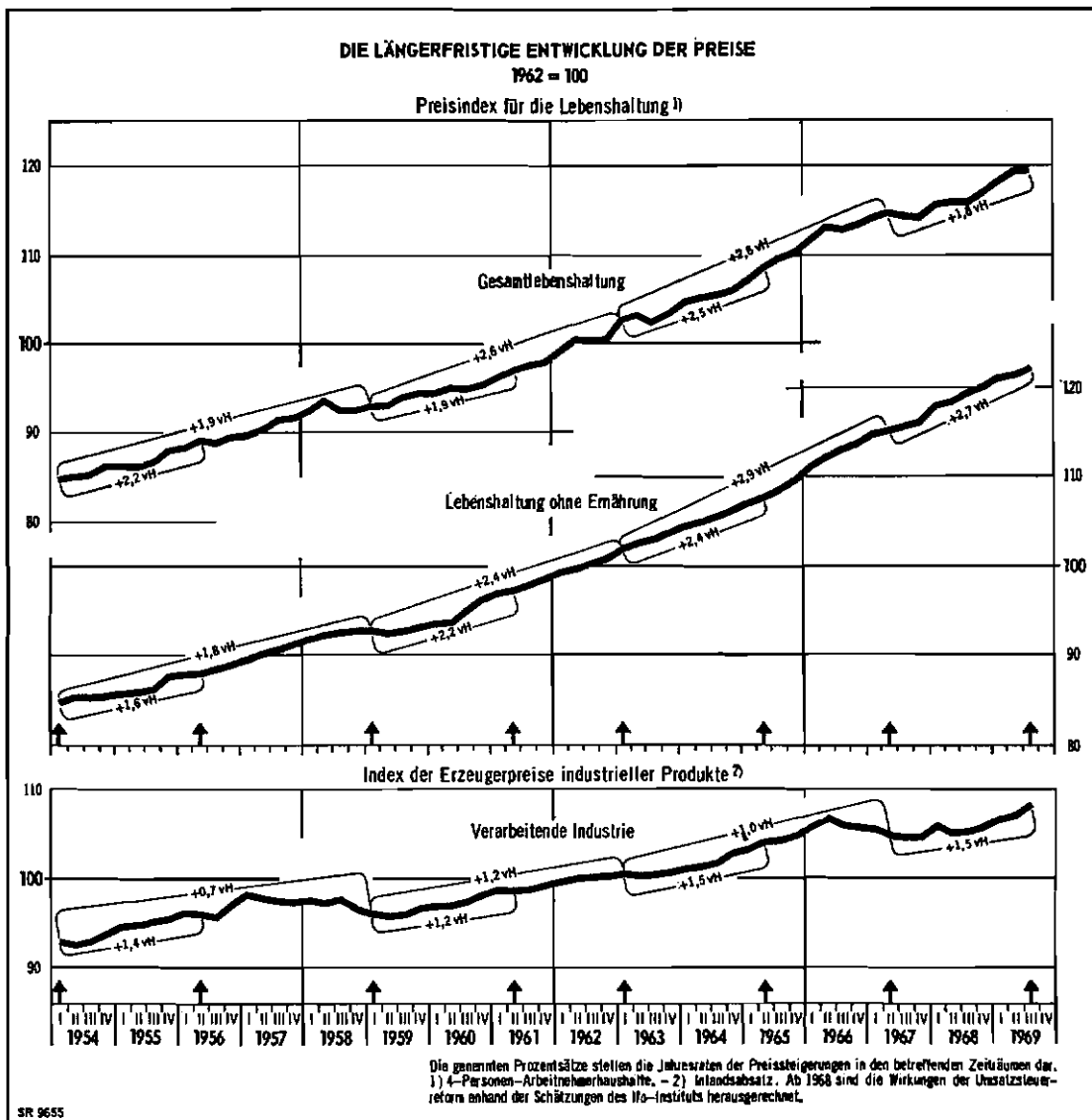
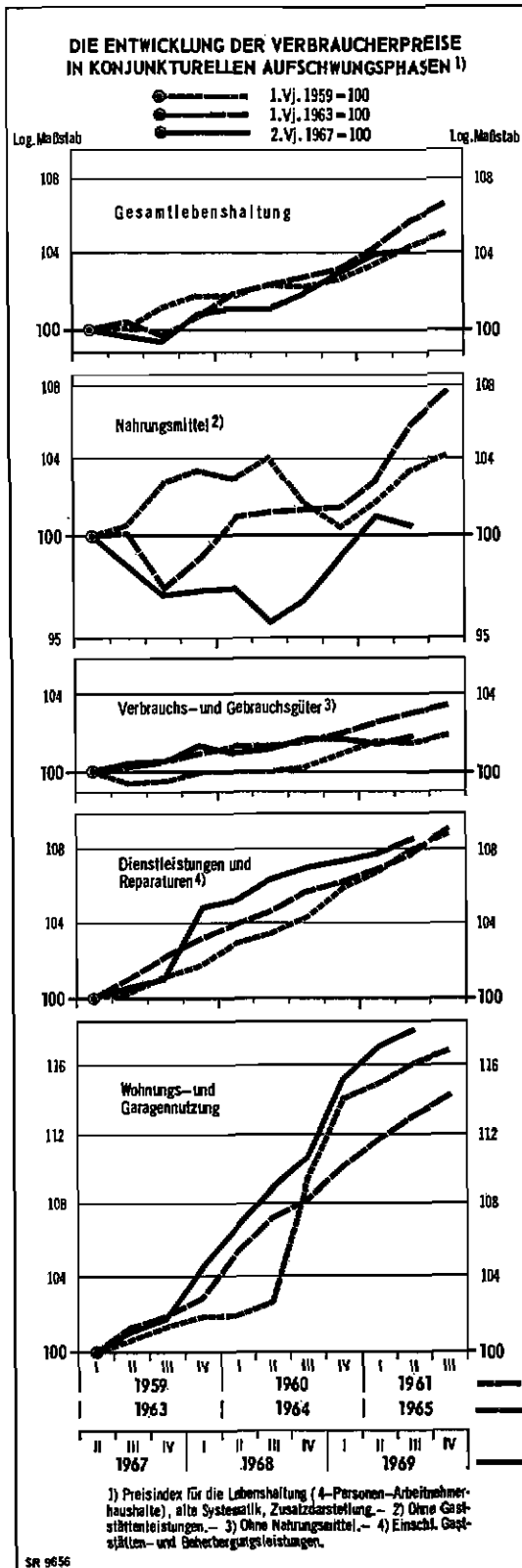


Schaubild 31



den freien Devisenterminmärkten gehandelt wurde, und durch die Abwertung des französischen Franken im August 1969¹⁾.

Außendeterminiertes Preisniveau

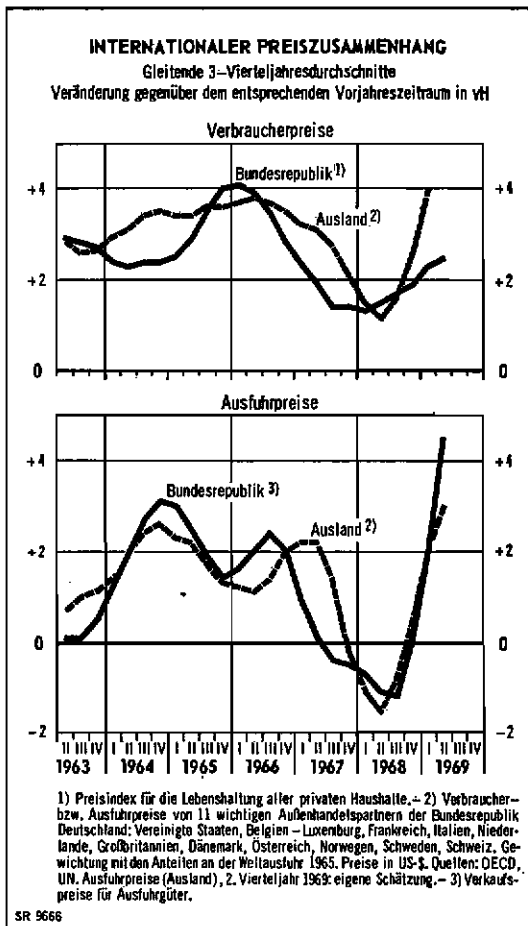
148. Die Änderung der D-Mark-Parität Ende Oktober 1969 hat die Chancen, in diesem Konjunkturzyklus mehr Preisstabilität als in den beiden vorangegangenen zu erzielen, weiter verbessert. Allerdings tritt die Konjunktur erst jetzt in die Phase stark steigender Lohnstückkosten ein, so daß, läßt man die zyklischen Zusammenhänge außer Betracht, 1970/71 — wie 1965/66 — wieder die Vorstellung genährt werden könnte, die Bundesrepublik erlebe eine „hausgemachte Inflation“. Doch spricht der Umstand, daß die D-Mark in den vergangenen zehn Jahren fast immer aufwertungsverdächtig war und zweimal aufgewertet wurde, ziemlich eindeutig für die These, daß die Bundesrepublik von der schleichenden Geldentwertung in der Welt mittelfristig eher mitgezogen wird, als daß sie sie vorantreibt.

149. Was die beiden letzten Jahre angeht, so erlangte der internationale Preiszusammenhang mit zunehmendem Auslastungsgrad des Produktionspotentials wieder mehr und mehr Einfluß auf das interne Preisniveau. Während der Rezession und im frühen Aufschwung war die heimische Preisentwicklung hinter der ausländischen zurückgeblieben, und zwar auf den Verbrauchsgütermärkten ebenso wie auf den Exportmärkten (Schaubild 32). Es bildete sich dadurch eine Preisdisparität gegenüber dem Ausland heraus. Im Verlauf des Jahres 1968 verschärfte sich die Wettbewerbssituation auf den Exportmärkten: die Exportpreise des Auslandes sanken, wozu auch die Abwertung des Pfundes und anderer Währungen vom November 1967 beigetragen hat. Die westdeutschen Exporteure konnten ihren preispolitischen Vorsprung aber halten, indem sie — begünstigt durch die anhaltende Kostenstabilität — ihre Preise ebenfalls zurücknahmen. So kam es 1968 zu einer ziemlich gleichläufigen Entwicklung der in- und ausländischen Exportpreise.

Seit Herbst 1968 steigen die Exportpreise des Auslandes wieder. Die westdeutsche Ausfuhr verteuerte sich im Laufe des Jahres 1969 allerdings stärker als die der Konkurrenzländer, nicht nur als Folge der steuerlichen Absicherungsmaßnahmen vom November 1968 und der Terminabschläge für andere Währungen, sondern auch als Folge marktbedingter Preisheraufsetzungen. Ein erheblicher Teil des Preisgefälles ist auf diese Weise eingeebnet worden, der Rest durch die Aufwertung, die dem

¹⁾ Parallelen zu 1959/61 liegen auf der Hand: Dem damaligen Aufschwung gingen eine scharfe Abwertung des französischen Franken und eine gewisse Abkühlung der Weltkonjunktur voraus; die Aufwertung der D-Mark im März 1961 fiel allerdings, im Gegensatz zu der steuerlichen Ersatzaufwertung vom November 1968, erst in eine relativ späte Phase des Aufschwungs.

Schaubild 32



Ausland vorübergehend sogar einen gewissen preispolitischen Wettbewerbsvorsprung verschafft haben könnte.

150. Anders als 1964/65 ist die Disparität bei den Ausfuhrpreisen diesmal also nicht ausschließlich durch eine Anpassungsinflation, sondern überwiegend durch Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung beseitigt worden. Es besteht daher die Chance, daß die Disparität auch bei den Verbraucherpreisen nicht durch einen nachholenden Preisanstieg eingeebnet zu werden braucht. Absolute Preisniveaustabilität läßt sich aber auch mit der Paritätsverbesserung um 9,3 vH auf keinen Fall mehr erreichen. Denn der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß hatte im Verlauf des Jahres 1969 schon eingesetzt, zunächst bei den Exportpreisen, die stärker stiegen, als es der Exportsteuer entsprach, und dann bei den Löhnen, die plötzlich im September auf die Gewinnexplosion der Aufschwungsjahre reagierten. Außerdem ist es fraglich, ob der Aufwertungssatz genügend Schutz vor künftigen ausländischen Preissteigerungen bieten kann.

151. Der Vergleich der in- und ausländischen Preisentwicklung während der vergangenen zwei Jahre

bestätigt die These, daß der internationale Preiszusammenhang zwar nicht kurzfristig, aber mittelfristig unser Preisniveau prägt. Den rezessionsbedingten Abweichungen vom internationalen Preistrend wohnte die Tendenz inne, sich selbst aufzuheben. Denn diese Abweichungen hatten außenwirtschaftliche Überschüsse zur Folge, die den internen Anpassungsprozeß in Gang setzten. Der Anpassungsprozeß nahm seinen Weg zunächst über die Gewinnentwicklung in der exportintensiven Industrie, die zur Lohnrunde führte. 1969 kam es dann auch zu direkten Preiserhöhungen im Export und im inländischen Investitionsgüterbereich, in dem die Importkonkurrenz im Verhältnis zur Nachfrage schwach war. Auch die zahlungsbilanzbedingte Liquidisierung im Jahre 1969 mag den Anpassungsprozeß gefördert haben.

Gelingt es der Wirtschaftspolitik, eine erneute Konjunkturabschwächung in den nächsten Jahren zu vermeiden, so muß damit gerechnet werden, daß die Wirkungsverzögerungen bei der internationalen Inflationsübertragung geringer werden. Wie 1965/66 kann sich wieder ein Inflationsgleichschritt ergeben, sobald ein etwaiger Vorhalteeffekt der Aufwertung „aufgebraucht“ ist. Die Währungspolitik wird erneut vor der Frage stehen, ob sie aufwerten soll, vielleicht weniger wegen eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts, das nachhaltig ohnehin nur durch eine Steigerung der inländischen Absorption beseitigt werden kann, sondern mehr wegen der Stabilität des Preisniveaus, die durch den internationalen Preiszusammenhang direkt gefährdet sein wird.

Maßstäbe für die Geldentwertung *)

152. Die Qualität der Informationen, auf denen wirtschaftspolitische Entscheidungen beruhen, entspricht nicht immer der Tragweite dieser Entscheidungen. Auch am Preisindex für die Lebenshaltung, an dessen Entwicklung zumeist das Ausmaß der Geldwertverschlechterung gemessen wird, ist immer wieder Kritik geübt worden. Den einen scheint dieser Index die tatsächliche Preisentwicklung zu überstreben, weil er Qualitätsverbesserungen und Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten nicht oder nur unvollkommen registriert; den anderen scheint er verdächtig, die Preissteigerungen zu untertreiben, weil er sich auf ein zu schmales Spektrum von Preisbeobachtungen stütze oder weil er das Ausmaß der schleichenden Qualitätsverschlechterung nicht zum Ausdruck bringe. Vor allem aber ist gegen den bisher zur Beurteilung der Verbraucherpreisentwicklung hauptsächlich berangezogenen Index — den Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten — geltend gemacht worden, er sei nicht repräsentativ für die Entwicklung der Verbraucherpreise insgesamt, weil er lediglich die Verhältnisse dieses „Indexhaushalts“ beschreibe.

Alle diese Einwände sind nicht unbegründet; weder einzeln noch zusammengenommen widerlegen sie

*) Vgl. auch JG 64 Ziffern 143 ff.

aber unsere Feststellung, daß in fast allen Jahren seit der Währungsreform die Verbraucherpreise stärker gestiegen sind, als mit dem Ziel der Geldwertstabilität vereinbar ist.

153. Um mit dem letzten Einwand — der „Indexhaushalt“ könne nicht die Gesamtheit aller Haushalte repräsentieren — zu beginnen: der seit kurzem vom Statistischen Bundesamt berechnete Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zeigt, trotz gewisser Unterschiede in der Entwicklung der Teilindizes, für die Jahre 1962 bis 1969 ein — überraschend — hohes Maß an Gleichlauf mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten (Tabelle 14). Nachträglich

Tabelle 14

Preisindex für die Lebenshaltung

Zeitraum	Alle privaten Haushalte		Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	
	1962 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	1962 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
1962	100		100	+ 3,0
1963	102,9	+ 2,9	103,0	+ 3,0
1964	105,4	+ 2,4	105,4	+ 2,3
1965	108,7	+ 3,1	109,0	+ 3,4
1966	112,7	+ 3,7	112,8	+ 3,5
1967	114,6	+ 1,7	114,4	+ 1,4
1968	116,4	+ 1,6	116,1	+ 1,5
1969 Okt.	119,9	+ 2,8	119,8	+ 3,0

erweist sich also der Schluß von der Entwicklung des spezielleren auf die des allgemeineren Index, jedenfalls für die genannten Jahre, als gerechtfertigt.

154. Was das Argument angeht, die Verbraucherpreisindizes trügen den Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten nicht Rechnung, so spielt hier zunächst die Vorstellung mit, solche Indizes hätten die Entwicklung der Lebenshaltungskosten zu messen, also gleichzeitig Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten und der Preise. Richtig an diesem Argument ist, daß die üblichen Preisindizes — Indizes mit festen Gewichten — an Aussagekraft verlieren, wenn die Wägungsschemata nicht dann und wann aktualisiert werden. Viele Güter und Dienstleistungen, die beispielsweise im Budget des Jahres 1950 ein verhältnismäßig großes Gewicht hatten, sind seither erheblich mehr im Preis gestiegen als andere Güter und Dienstleistungen, die heute eine größere Rolle spielen. Wer seinen

Warenkorb an die entwicklungsbedingten Veränderungen der Preisrelationen anpaßt, konnte also der Geldentwertung, die sich bei konstantem Warenkorb zeigt, teilweise entgehen. Zugleich sind Haushalte, die in höhere Einkommens- und Verbrauchergruppen aufstiegen und dann ihre Konsumgewohnheiten den Einkommenserhöhungen anpaßten, der Geldentwertung weniger ausgesetzt gewesen als Haushalte, die in ihrer Einkommensgruppe verblieben und sich daher den geldwertgünstigeren Warenkorb nicht leisten konnten.

Außerdem berechnet das Statistische Bundesamt im Rahmen seiner volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen Preisindex des privaten Verbrauchs, in dessen jährlicher Zunahme sich sowohl die Veränderungen der Verbrauchsstrukturen als auch die Veränderungen der Preise niederschlagen. Auch dieser Index weist für die Jahre 1962 bis 1968 keine nennenswerten Verlaufsunterschiede zum Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten auf, obwohl letzterer auf den Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 1962 basiert.

155. Am unsichersten sind wir uns hinsichtlich der Frage, ob die Raten des Geldwertschwunds, die die einzelnen Indizes anzeigen, die vielen Qualitätsveränderungen, mit denen in einer wachsenden Volkswirtschaft immer zu rechnen ist, einigermaßen korrekt berücksichtigen. Letzten Endes kann nämlich nur der einzelne Verbraucher beurteilen, wieviel oder wiewenig ihm angebliche Qualitätsverbesserungen — und Qualitätsverschlechterungen — bedeuten. Das Statistische Bundesamt nimmt zwar laufend Korrekturen für Qualitätsänderungen, vor allem für Qualitätsverbesserungen, in den von ihm veröffentlichten Indizes der Lebenshaltung vor. Dabei muß sich das Amt jedoch weitgehend auf die Urteile der Verkäufer stützen, die sicherlich Qualitätssteigerungen eher höher und Qualitätsminderungen eher geringer bewerten, als dies von einem informierten Verbraucher zu erwarten ist. Auch wird nur ein Sechstel der Waren und Dienstleistungen des Verbraucherkorbs (von 1962) von solchen Korrekturen erfaßt. Zum größten Teil wird der Warenkorb nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes von nachhaltigen Qualitätsveränderungen nicht betroffen; immerhin verbleibt noch etwa ein Viertel, bei dem Qualitätsveränderungen vorkommen können, aber nicht erfaßt werden oder sich nicht erfassen lassen.

Wägt man dies alles ab, so scheint nicht allzu viel dafür zu sprechen, daß der Preisindex für die Lebenshaltung den Geldwertschwund aus diesem Grunde übertreibt.

156. Was endlich das Argument angeht, die verschiedenen Verbraucherpreisindizes berücksichtigten zu wenige Güter und Dienstleistungen oder zu wenige Preismeldestellen, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die Preisstatistik der Bundesrepublik nach Breite und Tiefe ihresgleichen auf der Welt sucht. Es trifft zwar zu, daß die Auswahl der Preisrepräsentanten und Meldestellen manch strenge stichprobentheoretische Forderung unerfüllt läßt, aber erfahrungsgemäß streut die Entwicklung

der Preise für verwandte Güter im Zeitablauf nicht allzu stark. Auch gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß sich die Preise, die für ein und dasselbe Gut an verschiedenen Orten oder in verschiedenen Geschäftstypen gefordert werden, allzu unterschiedlich entwickeln, was Niveauunterschiede selbstverständlich nicht ausschließt.

157. In der Öffentlichkeit werden noch weitere Indizes zur Beurteilung des Geldwertschwunds in der Bundesrepublik herangezogen, so der Preisindex des Bruttosozialprodukts und der Preisindex für die letzte inländische Verwendung, Rechengrößen, die im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anfallen und für den Wert der Verbrauchermark nicht unmittelbar relevant sind. Was den Preisindex (besser: Deflator) des Bruttosozialprodukts angeht, so enthält er — anders als die diskutierten Verbraucherpreisindizes — auch die Preise von Exportgütern, das heißt, jede Verteuerung der Ausfuhren schlägt sich in diesem Index voll nieder. Außerdem schließt der Preisindex für das Bruttosozialprodukt auch die Kosten für staatliche Leistungen (Bezüge der Staatsbediensteten) ein, die teils wegen statistischer Unzulänglichkeiten, teils entwicklungsbedingt stärker steigen als die Preise für die übrigen Güter und Dienstleistungen. Aus beiden Gründen stellt der Preisindex für das Bruttosozialprodukt kein relevantes Maß für den Geldwertschwund in der Bundesrepublik dar.

Ähnliches gilt für den Preisindex der letzten inländischen Verwendung: zwar ignoriert dieser Index — anders als der Sozialproduktindex — eine Verteuerung der Exporte, da letztere vom Standpunkt des deutschen Endabnehmers irrelevant ist, aber dieser Index spiegelt auch die für den Verbraucher nur mittelbar relevante Entwicklung der Preise für Investitionen und staatliche Leistungen¹⁾.

158. Zusammenfassend können wir also wiederholen, was wir schon in unserem ersten Jahresgutachten schrieben: „Im großen und ganzen sind wir bei der Untersuchung des Preisindex für die Lebenshaltung und seiner Berechnungsgrundlagen zu dem Ergebnis gekommen, daß man ihn ohne schwerwiegende Bedenken als konventionellen Maßstab für die Geldwertentwicklung in der Bundesrepublik akzeptieren kann. Gelänge es, diesen Preisindex . . . — bei einer Revision des Wägungsschemas im Abstand von etwa drei bis vier Jahren — auch nur annähernd konstant zu halten, könnte das im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates niedergelegte Ziel der Stabilität des Preisniveaus als erreicht angesehen werden“ (JG 64 Ziffer 149). Annähernde Konstanz des Preisindex für die Lebenshaltung wäre unserer Meinung nach schon erreicht, wenn dieser Index um nicht mehr als 1 vH je Jahr steigt.

Preisniveau, Preisstruktur und Produktivitätsentwicklung

159. Stabilität des Preisniveaus bedeutet natürlich nicht Stabilität der Einzelpreise. Bei unveränderter

Qualität sind beispielsweise konstante Preise in der Automobilindustrie ebenso ein Beitrag zur schleichenden Geldentwertung wie stark steigende Preise für Frisörleistungen. Damit das Preisniveau konstant bleiben kann, müssen sich die Einzelpreise laufend ändern. Längerfristig gilt auf funktionierenden Wettbewerbsmärkten, daß sich die Preise nicht viel anders entwickeln als die Stückkosten, also die Vor-material-, Lohn- und Kapitalkosten je Produkteinheit. Unter den einzelnen Kosten haben die Lohnkosten besonderes Gewicht. Auf mittlere Sicht entwickeln sich die Löhne in den einzelnen Branchen ziemlich gleichmäßig, während die Produktivitätsfortschritte von Bereich zu Bereich sehr unterschiedlich sind. Wo die Faktorpreise anhaltend schneller steigen als die Gesamtproduktivität, werden die Preise überdurchschnittlich steigen — und umgekehrt.

Stabilitätspolitisch nehmen zum einen die Branchen eine Schlüsselstellung ein, in denen, wie etwa in der Landwirtschaft, in weiten Bereichen der Textilindustrie und im Bergbau, längerfristig kräftige Rationalisierungsfortschritte mit unterdurchschnittlicher Nachfrageentwicklung zusammentreffen — und in denen also sowohl von der Kosten- als auch von der Nachfrageseite her Preissenkungen möglich und geboten sind; zum anderen sind die Branchen von besonderer Bedeutung, in denen längerfristig eine sehr einkommenselastische Nachfrage auf geringe Produktivitätsfortschritte stößt, wie in den meisten Dienstleistungsbereichen, und Preiserhöhungen deshalb unumgänglich sind.

160. Auf die Dauer kann das gesamtwirtschaftliche Preisniveau nur konstant bleiben, wenn in den Bereichen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten stets genügend viele Preise zur Kompensation der unvermeidlichen Preiserhöhungen in Bereichen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten sinken. Das bedeutet: Die Preisstruktur muß sich spiegelbildlich zur Produktivitätsstruktur ändern.

161. Die Erwartung auf kompensatorische Preissenkungen richtet sich vor allem an weite Bereiche der Industrie. Gegen diese Erwartung wird immer wieder vorgetragen, es sei unzumutbar, der Industrie die Last für die Geldwertstabilität aufzubürden. Dabei macht es doch für eine Branche oder auch die ganze Industrie hinsichtlich der Gewinnchancen keinen Unterschied, ob die eigenen Preise sinken, während in den übrigen Bereichen der Wirtschaft das

¹⁾ Auf die besonderen Schwierigkeiten, Qualitätsveränderungen aus den Preissteigerungen für Investitionsgüter auszuschalten, sei hier nur am Rande hingewiesen. Echte Preissteigerungen für Investitionsgüter schlagen sich über kurz oder lang in Preissteigerungen für Konsumgüter nieder. Baupreissteigerungen werden, soweit sie auf die Mietzinsentwicklung Einfluß nehmen, im Verbraucherpreisindex berücksichtigt. Den Wert der Sparermark, die für den Kauf von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen zurückgelegt wird, messen die entsprechenden Bau- und Grundstückspreisen.

Preisniveau leicht steigt, oder ob die eigenen Preise konstant bleiben, während in der übrigen Wirtschaft das Preisniveau stärker steigt. ¹⁾

Administrierte Preise

162. Mitunter wird die These vertreten, Schuld an der anhaltenden Teuerung sei in erster Linie der Anstieg der administrierten Preise. Dabei denkt man vor allem an die Mieten, die Agrarpreise sowie die Verkehrs- und Versorgungstarife. Rechnungen, die auf der Annahme fußen, diese Preise wären ohne staatliche Einflußnahme konstant geblieben, sind

ziemlich unrealistisch. Wie die rein marktbedingte Entwicklung dieser Preise tatsächlich gewesen wäre, läßt sich zwar nicht zuverlässig ermitteln, auf keinen Fall wären sie aber im Wachstumsprozeß konstant geblieben. Besonders deutlich wird dies bei den Preisen für Leistungen der öffentlichen Unternehmen; typisch für solche Preise ist, daß sie verzögert an die Kostenentwicklung angepaßt und daß sie deshalb schubweise erhöht werden ²⁾. Ähnliches gilt auch für die Mieten, wo in den letzten zehn Jahren eine jahrzehntelange Verzerrung allmählich rückgängig gemacht wurde. Aber selbstverständlich wären die Mieten insgesamt auch gestiegen, wenn sie nie gebunden gewesen wären.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

163. Die Prognose für das Jahr 1970 beruht auf den Zukunftsinformationen, über die wir Mitte November 1969 verfügten, auf unseren Erfahrungen mit zyklischen Bewegungen, auf Annahmen über das Verhalten der wirtschaftspolitischen Instanzen und auf Hypothesen über die Wirkung wirtschaftspolitischer Datenänderungen. Der Grad der Unsicherheit ist naturgemäß um so größer, je unregelmäßiger die Zyklen verlaufen und je mehr man mit Annahmen und Hypothesen arbeiten muß. Außer durch die übliche Unsicherheit wird die Prognose diesmal noch durch zwei Umstände erschwert:

— Zum einen hat die Aufwertung des Schätzrisiko erhöht. Obwohl eine Aufwertung allenthalben erwartet und in den Terminkursen schon eskomptiert worden war, mag der gewählte Aufwertungssatz für viele überraschend hoch ausgefallen sein. Über die Richtung der Aufwertungswirkung kann es zwar keinen Zweifel geben, aber wir wissen weder, um wieviel der tatsächliche über dem erwarteten Aufwertungssatz lag, noch können wir das Ausmaß der Aufwertungswirkungen einigermaßen sicher abschätzen; denn Währungsaufwertungen sind bisher so selten vorgekommen, daß man nicht auf genügend Erfahrungswerte zurückgreifen kann.

— Anders als in den meisten früheren Jahren gibt es diesmal im November noch keinen Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das nächste Jahr. Außerdem haben viele Gemeinden ihre Planungen noch nicht abgeschlossen, weil über die finanziellen Auswirkungen der Finanzreform noch keine Klarheit herrscht. Über die Grundlinien der Finanzpolitik der neuen Bundesregierung liegen nur Absichtserklärungen vor.

164. Andererseits wird die Prognose für 1970 dadurch etwas erleichtert, daß wir aufgrund der hohen Auftragsbestände ziemlich sicher sein können, daß

die Produktion im ersten Halbjahr 1970 noch kräftig steigen wird. Auch die Tatsache, daß viele Tarifabschlüsse vorgezogen worden sind, erlaubt es, das Lohn- und Kostenniveau im ersten Halbjahr 1970 besser zu schätzen. Die Unsicherheit über die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1970 wird dadurch aber kaum vermindert.

165. Neben jenen Zukunftsinformationen, die als gesichert anzusehen sind, enthält die Prognose nur Aussagen über die Richtung und die ungefähre Intensität der künftigen Tendenzen; diesen Aussagen messen wir zwar die höchste, aber nicht unbedingt eine hohe Wahrscheinlichkeit bei. Wir kleiden unsere Vorstellungen nur deshalb in — scheinbar — exakte Zahlenangaben, weil wir das Bündel unserer Erwartungen dem Konsistenztest einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterwerfen. Dies erfordert, daß wir auch über jene Größen eine konkrete Aussage wagen, über die man eigentlich nur wenig weiß. Wo die Schätzrisiken ins Gewicht fallen, werden wir sie angeben; denn es handelt sich dabei um Risiken, die die Wirtschaftspolitik 1970 zu gewärtigen hat.

166. Ebenso wie im letzten Jahre behandeln wir, bevor wir die von uns für wahrscheinlich gehaltenen Tendenzen in Form einer volkswirtschaftlichen Ge-

¹⁾ Ähnliche Überlegungen gelten selbstverständlich auch für andere Bereiche der Wirtschaft, auch für die Landwirtschaft.

²⁾ Da solche Unternehmen häufig Monopolmacht haben, kann der Fall nicht ausgeschlossen werden, daß sie bei der Preisfixierung künftigen Kostensteigerungen vorgreifen. Solches Verhalten ist aber sicher nicht auf die öffentlichen Unternehmen beschränkt. Es gibt nur wenige Märkte, auf denen die Preise von Tag zu Tag auf Veränderungen der Nachfrage und der Kosten reagieren. So gesehen sind auch viele Preise in der gewerblichen Wirtschaft administriert.

samtrechnung aufzeigen, die autonomen Faktoren, die für die Entwicklung der Gesamtkonjunktur bestimmend sind. Zu diesen zählen der Verlauf der Weltkonjunktur und die Haushaltsgestaltung des Staates.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1970

167. Die Expansion der Weltwirtschaft wird sich im Laufe des Jahres 1970 verlangsamen, weil sich die nordamerikanische Konjunktur weiter abschwächen und in der zweiten Jahreshälfte auch in Westeuropa die Nachfrage etwas langsamer als bisher expandieren wird. Trotzdem werden in Westeuropa immer mehr Engpässe auftreten; der Produktionszuwachs muß sich schon aus diesem Grunde vermindern. Da sich die Preissteigerungen unter diesen konjunkturellen Bedingungen erfahrungsgemäß eher noch beschleunigen, dürfte der restriktive Kurs der Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern verschärft werden (Ziffer 8). Eine hohe Auslastung des Produktionspotentials und ein hoher Beschäftigungsgrad sind aber bis weit in das kommende Jahr hinein gewährleistet.

168. In den Vereinigten Staaten wird das Tempo der Nachfrageexpansion weiter nachlassen. Die neuesten Unternehmerbefragungen scheinen jedenfalls eine Verschlechterung des Investitionsklimas anzuzeigen. Dies mag sich daraus erklären, daß vom 1. Januar 1970 an die Steuergutschrift für Investitionsausgaben (7 vH) wegfallen soll, daß Kredite so teuer und so knapp wie noch nie und daß die Gewinne schon seit einiger Zeit rückläufig sind. Die Investitionsausgaben der Wirtschaft dürften nach acht Jahren ununterbrochener Expansion erstmals abnehmen. Hinzu kommt, daß von den Lagerdispositionen, wie immer wenn die Absatzaussichten ungünstig sind, kontraktive Tendenzen ausgehen. Diesen Tendenzen wirkt allerdings entgegen, daß das Einkommen der privaten Haushalte zumindest im ersten Halbjahr 1970 noch ziemlich kräftig zunehmen wird; auch werden die Bundesausgaben, die während des Jahres 1969 zurückgegangen waren, wieder steigen. Die Gesamtnachfrage dürfte alles in allem noch zunehmen.

In dieser konjunkturellen Situation hängt die Entwicklung sehr stark davon ab, wie sich die wirtschaftspolitischen Instanzen im Konflikt zwischen der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität entscheiden: geben sie den Restriktionskurs zu früh auf, so wird die Chance für eine nachhaltige Dämpfung des Preisauftriebs veran; halten sie ihn zu lange durch, droht eine Rezession mit beträchtlicher Arbeitslosigkeit. Da erfahrungsgemäß der farbige Bevölkerungsteil am stärksten betroffen wird, höhere Arbeitslosigkeit also verstärkte Rassenkonflikte bedeutet, ist zu erwarten, daß die Regierung dem Beschäftigungsziel Priorität einräumen wird.

169. In Frankreich dürfte das Beschäftigungsniveau und der Auslastungsgrad hoch bleiben. Zwar wurden Kreditrestriktionen, Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Steuererhöhungen vorgenommen, um

die binnenwirtschaftliche Absorption zurückzudrängen. Die Abwertung des Franken soll aber dafür sorgen, daß die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ohne Rückgang im Auslastungsgrad des Produktionspotentials wiederhergestellt wird. Auch wegen der Abwertung ist damit zu rechnen, daß das Preisniveau weiter kräftig steigen wird.

170. In Italien wird sich der Aufschwung, der seit Mitte 1967 anhält, fortsetzen. Die Investitionsneigung ist nach neuesten Umfrageergebnissen unverändert hoch und das Staatsbudget läßt wiederum kräftige expansive Wirkungen erwarten. Der private Konsum wird beschleunigt zunehmen, da die Löhne seit Mitte 1969 — nicht zuletzt im Zusammenhang mit einer Welle sozialer Konflikte — erheblich steigen. Damit wird sich auch der Preisauftrieb beschleunigen, der bis zum Frühjahr 1969 gering war. Wegen der kräftigen Inlandsnachfrage scheint die Expansion auch dann nicht gefährdet, wenn der Exportanstieg infolge einer Konjunkturabschwächung in anderen Ländern oder der verschlechterten Wettbewerbsposition nachläßt. Nur wenn die sozialen Konflikte unerwartet stark um sich greifen sollten, könnte die Investitionsneigung so sehr beeinträchtigt werden, daß es zu einem Konjunkturrückgang kommt.

171. In den anderen Ländern Kontinentaleuropas wird sich die Expansion zunächst nur wenig abschwächen, da sie weitgehend von der Nachfrageentwicklung in der Bundesrepublik, Frankreich und Italien getragen wird. In der zweiten Hälfte des Jahres könnte es jedoch bei einem Nachlassen des Aufschwungs in den großen Ländern auch in einzelnen kleineren Volkswirtschaften zu einem Rückgang im Auslastungsgrad kommen. Der Preisauftrieb wird sich in diesen Ländern nicht abflachen, zumal die Aufwertung der D-Mark deren Einfuhren verteuert.

172. In Großbritannien wird sich die Expansion wahrscheinlich fortsetzen, obwohl sie aus Zahlungsbilanzpolitischen Gründen gezügelt wird. Da sich inzwischen hoffnungsvolle Ansätze zur Überwindung des langanhaltenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts gezeigt haben, rechnen wir nicht mit einer weiteren Verschärfung der Restriktion; es ist vorerst aber auch keine Lockerung zu erwarten, da sonst eine dauerhafte Beseitigung des Defizits nicht möglich erscheint.

173. Der Preistrend in der Weltwirtschaft wird sich 1970, wenn überhaupt, erst gegen Ende des Jahres abflachen. Da die Bundesrepublik aufgewertet hat und Italien in eine Phase des beschleunigten konjunkturellen Preisauftriebs kommt, in den Vereinigten Staaten der Höhepunkt des Preiszyklus überschritten zu sein scheint und auch mit der Abwertung des französischen Franken die internationalen Preisdivergenzen verringert wurden, dürfte die Wahrscheinlichkeit, daß Zahlungsbilanzungleichgewichte 1970 wieder zu so akuten Schwierigkeiten wie in den letzten 24 Monaten führen, gering sein, zumal 1970 erstmals Sonderziehungsrechte (3,5 Mrd. Dollar) zugeteilt werden.

Tabelle 15

Zur Auslandskonjunktur

Land	Anteil am		Brutto-sozialprodukt (real) ¹⁾		Preisindex des Brutto-sozialprodukts ²⁾		Wareneinfuhr (nominal) ²⁾	
	Brutto-sozialprodukt der OECD ¹⁾	west-deutschen Export	1969	1970	1969	1970	1969	1970
	1968							
vH								
Frankreich	7,5	12,3	+8 ¹ / ₂	+4	+7	+5 ¹ / ₂	+23	+10
Italien	4,4	7,6	+6 ¹ / ₂	+7	+4	+5 ¹ / ₂	+22	+19
Niederlande	1,5	10,2	+5	+4 ¹ / ₂	+7	+5	+15	+9
Belgien—Luxemburg	1,2	7,5	+6	+4 ¹ / ₂	+4	+4 ¹ / ₂	+19	+9
Schweiz	1,0	5,7	+4 ¹ / ₂	+4	+3	+4	+15	+14
Osterreich	0,7	4,4	+5 ¹ / ₂	+4 ¹ / ₂	+3	+3 ¹ / ₂	+13	+10
Großbritannien	6,0	4,0	+2 ¹ / ₂	+3	+4	+3 ¹ / ₂	+5	+5 ¹ / ₂
Vereinigte Staaten	51,2	10,9	+3	+1 ¹ / ₂	+4 ¹ / ₂	+4	+9	+6 ¹ / ₂
Expansion der für die westdeutsche Wirtschaft relevanten Exportmärkte ²⁾	×	×	×	×	×	×	16	10

¹⁾ Quelle: OECD.

²⁾ Eigene Schätzung nach Informationen ausländischer Institute und internationaler Organisationen.

³⁾ Wareneinfuhr der acht wichtigsten Außenhandelspartner der Bundesrepublik, zusammengewogen mit den Anteilen am westdeutschen Warexport 1968.

174. Für die Nachfrage nach westdeutschen Exporten ist die anhaltende Hochkonjunktur in Westeuropa von größerer Bedeutung als die Konjunkturabschwächung in den Vereinigten Staaten; rund zwei Drittel unserer Warenausfuhren gehen in westeuropäische Länder. Da hier der Aufschwung 1970 noch anhalten wird, ist auch weiterhin mit einem kräftigen Sog der ausländischen Nachfrage zu rechnen (Tabelle 15).

175. Will man die westdeutsche Ausfuhr für 1970 schätzen, so muß man neben der Nachfrage- und Preisentwicklung im Ausland auch die Wirkungen der Aufwertung, des Wegfalls der Exportsteuer und des weiteren inländischen Kostenanstiegs berücksichtigen:

— Da vor der Freigabe der Wechselkurse der Kassakurs am unteren Interventionspunkt stand und ein Teil der Aufwertung in Terminabschlägen eskomptiert war, beträgt der tatsächliche Aufwertungssatz nach der Fixierung der neuen Parität nicht 9,3 vH, sondern nur etwa 7¹/₂ vH.

— Der Wegfall der Exportsteuer entlastet die Warenausfuhr um etwa 4 vH.

— Der Kostenanstieg wird unserer Schätzung nach im Laufe von 1970 die Exporte um etwa 3 vH verteuern.

Wir rechnen damit, daß zunächst die D-Mark-Preise der Ausfuhr um den Satz der Exportsteuer sinken ¹⁾, so daß die Dollarpreise um etwa 3¹/₂ vH höher sind als vor der Aufwertung. Im Verlauf des Jahres 1970 wird sich die Ausfuhr weiter verteuern, unserer Schätzung nach ebenso stark wie die Preise der ausländischen Konkurrenten. Damit bliebe die relative Verteuerung von 3¹/₂ vH zumindest im Jahre 1970 bestehen. Das Auslandsgeschäft wird dadurch aber nur wenig beeinträchtigt werden, weil vor der Aufwertung sicher noch Preiserhöhungsspielräume bestanden haben. Außerdem wurde ein großer Teil der Exportgeschäfte, die im ersten Halbjahr 1970 abgewickelt werden, schon vor der Aufwertung kontrahiert. All dies läßt uns erwarten, daß das Ausfuhrvolumen 1970 um 8 vH zunehmen wird.

¹⁾ Die Aussage bezieht sich auf den Index der Ausfuhrkontraktpreise. Der Ausfuhrpreisindex in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird mit Hilfe der Durchschnittswerte der Ausfuhr ermittelt, in denen sich der Anstieg der Kontraktpreise nur mit zeitlicher Verzögerung niederschlägt.

II. Die öffentlichen Haushalte im Jahre 1970

176. Nach den vorliegenden Informationen kann man damit rechnen, daß die Ausgaben aller öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Jahre 1970 um $9\frac{1}{2}$ vH und damit etwas stärker zunehmen werden als im Jahre 1969. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften steigen vermutlich mit $10\frac{1}{2}$ vH etwas kräftiger, die der Sozialversicherung mit 5 vH dagegen erheblich schwächer. Zu dem starken Anstieg bei den Gebietskörperschaften dürfte vor allem der Bund beitragen, dessen Ausgaben — den bisher bekanntgewordenen Planungen zufolge — um etwa 13 vH zunehmen werden.

177. In Übereinstimmung mit der mittelfristigen Finanzplanung dürften die Investitionen der Gebietskörperschaften 1970 überproportional steigen ($11\frac{1}{2}$ vH). Vom Bund werden kräftige Impulse auf den Tiefbau ausgehen, dagegen ist damit zu rechnen, daß die Bauausgaben der Gemeinden kaum stärker zunehmen werden als in diesem Jahre ($6\frac{1}{2}$ vH); jedenfalls deuten die vorsichtigen Investitionsplanungen der Gemeinden darauf hin. Dies mag damit zusammenhängen, daß die Auswirkungen der Finanzreform noch nicht voll zu übersehen sind. Auch die konsumtiven Ausgaben werden kräftig steigen, vor allem wegen der zu erwartenden Besoldungserhöhungen. Sprunghaft werden sich die Subventionen erhöhen, bedingt durch die Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft im Rahmen der Agrarpreisregelung nach der Aufwertung. Bei den Einkommensübertragungen wird zwar die Erhöhung der Kriegsofferrenten zu erheblichen Mehraufwendungen führen; dem stehen aber ein geringerer Ausgabenzuwachs der Rentenversicherung und ein Ausgabenzugang der Krankenversicherung gegenüber.

178. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte werden nach unserer Schätzung 1970 um etwa $9\frac{1}{2}$ vH zunehmen. Beim Steueraufkommen wird sich der starke Anstieg von 1969 ($15\frac{1}{2}$ vH) nicht wiederholen, insbesondere wegen einer Reihe von Steuerenkungen wie der Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages, des Abbaus der Ergänzungsabgabe, des erhöhten Vorsteuerabzugs bei Agrarerzeugnissen und der Senkung der Investitionsteuer. Bei der Sozialversicherung ist der Einnahmewachstum der Rentenversicherung sehr hoch, der der Krankenversicherung jedoch gering, da die Beitragssätze im Zusammenhang mit der Lohnfortzahlung gesenkt werden.

179. Tabelle 16 zeigt die Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften einschließlich der Sozialversicherung in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; diese Größen sind nicht ohne weiteres mit den Zahlen der Finanzstatistik vergleichbar. Nach den Gesamtrechnungen ergibt sich für die öffentlichen Haushalte einschließlich Sozialversicherung im Jahre 1970 ein Finanzierungsüberschuß von 7 Mrd. DM gegenüber knapp $6\frac{1}{2}$ Mrd. DM im Jahre 1969. Bei den Gebietskörperschaften werden die Überschüsse etwas kleiner sein

als 1969. Demgegenüber kann die Sozialversicherung ihre Reserven kräftig aufstocken, vor allem wegen der Anhebung der Beitragssätze in der Rentenversicherung¹⁾.

180. Versucht man, ähnlich wie für 1969 (Ziffern 119 f.), auch für 1970 die konjunkturellen Wirkungen der Haushalte der Gebietskörperschaften abzuschätzen, so ergibt sich, daß die zu erwartende Ausgabensteigerung leicht expansiv wirken wird (Tabelle 9 zu Ziffer 119). Bei einem Wachstum des Produktionspotentials von $4\frac{1}{2}$ bis 5 vH und einem „konjunkturalneutralen“ Anstieg des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts²⁾ von rund 3 vH wären die öffentlichen Ausgaben dann konjunkturalneutral, wenn sie um knapp 8 vH über dem konjunkturalneutralen Haushaltsvolumen für das Jahr 1969 lägen; das wären 10 vH mehr gegenüber den geschätzten Ist-Ausgaben im Jahre 1969.

Zur Kompensation der expansiven Wirkungen infolge der zu erwartenden Steuerrechtsänderung und der Entzugswirkungen des Progressionseffekts im Steuersystem wäre für einen konjunkturalneutralen Haushalt im Jahre 1970 per Saldo ein geringerer Anstieg der Ausgaben um rund 0,8 Mrd. DM oder knapp einen halben Prozentpunkt erforderlich³⁾.

181. Bezieht man die Sozialversicherung, deren Ausgaben etwas weniger stark steigen als die der Gebietskörperschaften, mit in die Betrachtung ein, so dürfte der leicht expansive Effekt, der von den Haushalten der Gebietskörperschaften ausgeht, durch einen entsprechenden kontraktiven Effekt bei der Sozialversicherung kompensiert werden. Der Gesamthaushalt des öffentlichen Sektors dürfte demnach im Jahre 1970 annähernd konjunkturalneutral sein.

¹⁾ Dabei ist berücksichtigt, daß der Rentenversicherung durch den Wegfall der Krankenkassenbeiträge der Rentner Mehraufwendungen in Höhe von 700 Mill. DM entstehen.

²⁾ Für 1970 setzen wir einen gegenüber 1969 stärkeren Anstieg des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts als „konjunkturalneutral“ an, weil anzunehmen ist, daß sich die von den Privaten erwartete Inflationsrate erhöht hat.

³⁾ Die Steuereinnahmen des Jahres 1970 werden (nach der Kassenrechnung) voraussichtlich um 12,8 Mrd. DM oder $9,1$ vH gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Das wären rund 0,8 Mrd. DM weniger, als bei konstanter Steuerbelastungsquote zu erwarten ist. Die wichtigsten Komponenten dieser Entwicklung des Steueraufkommens sind:

Steuermindereinnahmen in Höhe von

- (1) 0,8 Mrd. DM wegen der Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages,
 - (2) 0,3 Mrd. DM aufgrund des Abbaus der Ergänzungsabgabe,
 - (3) 0,8 Mrd. DM wegen des erhöhten pauschalierten Vorsteuerabzugs für die Landwirte,
 - (4) 1,5 Mrd. DM wegen der Senkung der Investitionsteuer zum 1. Januar 1970 und
 - (5) 0,6 Mrd. DM wegen des Fortfalls des außerwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes;
- Steuermehreinnahmen in Höhe von
- (6) 3,2 Mrd. DM aufgrund der Progressionswirkung im Steuersystem (als Restposten ermittelt).

182. Ein konjunkturneutraler Haushalt im Jahre 1970 aber ist möglicherweise nicht konjunkturgerecht: Werden nämlich die Staatsausgaben von dem nicht-konjunkturneutralen Niveau des Jahres 1969 auf ein konjunkturneutrales angehoben, so bedeutet dies, daß die Staatsausgaben, für sich genommen, zu einer erhöhten Auslastung des Produktionspotentials beitragen. Waren aber die Kapazitäten, wie im Jahre 1969, voll ausgelastet, so muß man befürchten, daß der Versuch, die Staatsausgaben im Jahre 1970 rasch auf das konjunkturneutrale Niveau anzuheben, zu Preissteigerungen führt, wenn nicht in entsprechendem Umfange private Nachfrage (insbesondere aus dem Ausland) ausfällt oder zurückgedrängt wird. Da unseren Erwartungen zufolge im ersten Halbjahr 1970 die private Nachfrage eher noch verstärkt zunehmen dürfte, wäre es konjunkturgerecht, wenn der Staat zunächst konjunkturdämpfend wirkte, und erst im zweiten Halbjahr, wenn sich die private Nachfrage möglicherweise abschwächen sollte, eine expansivere Ausgabenpolitik betriebe.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

183. Das Schwergewicht der internen Nachfrageexpansion scheint sich 1970 von den Investitionen zum privaten Verbrauch zu verlagern. Nach dem Ifo-Investitionstest plant zwar die verarbeitende Industrie 15 vH mehr Investitionen als im ablaufenden Jahre, da aber die Meldungen schon vor der Freigabe des D-Mark-Kurses und damit auch vor der Aufwertung abgegeben wurden, könnten sie sich als etwas überhöht erweisen. Andererseits nehmen wir an, daß der Handel, die Dienstleistungsbereiche und der Verkehrssektor 1970 ihre Investitionen kräftig ausweiten.

Die gegenwärtig noch sehr hohe Investitionsneigung wird sich voraussichtlich etwas verringern; das Ausmaß dieser Tendenz ist jedoch schwer vorauszusagen, da man nicht weiß, ob und gegebenenfalls wie stark die Aufwertung die Absatzerwartungen dämpfen wird. Auf die Investitionen wird sich dies

Tabelle 16

Einnahmen und Ausgaben des Staates ¹⁾ Schätzung für das Jahr 1969 und Prognose für das Jahr 1970 ²⁾

	1968		1969	1970
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	196,9	100	+14,5	+ 9,5
Steuern	123,4	62,6	+15,5	+ 9,5
Sozialversicherungsbeiträge	59,8	30,4	+14,0	+ 9,5
Sonstige laufende Einnahmen	12,9	6,6	+ 9,5	+ 8,0
Vermögensübertragungen	0,8	0,4	.	.
Ausgaben insgesamt	202,1	100	+ 8,5	+ 9,5
Staatsverbrauch	83,7	41,4	+10,0	+11,5
Einkommensübertragungen	85,0	42,1	+ 6,5	+ 7,0
Private Haushalte	74,7	37,0	+ 6,5	+ 4,5
Unternehmen und übrige Welt	10,4	5,1	+ 8,5	+26,0
Zinsen	4,5	2,2	+11,0	+10,0
Vermögensübertragungen	11,1	5,5	+ 4,5	+ 4,5
Investitionen ³⁾	17,7	8,8	+11,0	+11,5
Finanzierungssaldo ⁴⁾	-5,2	.	+ 6	+ 7,0
Gebietskörperschaften ²⁾	-4,1	.	+ 5	+ 4,5
Sozialversicherung ²⁾	-1,0	.	+ 1	+ 2,5

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
 2) Eigene Schätzung; Veränderungsdaten gerundet.
 3) Nettoinvestitionen.
 4) Überschuß: +, Defizit: —.

aber wohl erst in der zweiten Jahreshälfte auswirken. Denn bis Mitte 1970 ist der Verlauf der Ausrüstungsinvestitionen durch die außergewöhnlich hohen Auftragspolster bei den Investitionsgüterindustrien vorgezeichnet. Diese entsprachen im September einer Produktionsdauer von fast sechs Monaten. Angesichts dieses Nachfragestaus dürften die Auslieferungen in den nächsten Monaten allein durch die verfügbaren Kapazitäten bestimmt sein. Für das zweite Halbjahr halten wir es jedoch für wahrscheinlich, daß die Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterindustrien etwas zurückgeht. Unserer besten Setzung nach werden die Ausrüstungsinvestitionen in der ersten Jahreshälfte das entsprechende Vorjahresniveau noch um 20 vH und in der zweiten Jahreshälfte um etwa 10 vH übertreffen.

Was die Bauinvestitionen anlangt, so ist, wie schon im ablaufenden Jahre, auch 1970 wieder eine starke Nachfrage von der gewerblichen Wirtschaft zu erwarten. Der Wohnungsbau wird dagegen real kaum zunehmen; die Ausgaben für Wohnbauten werden jedoch wegen der voraussichtlichen Baupreissteigerung um 5 bis 6 vH höher sein als 1969. Für die Entwicklung der öffentlichen Bauinvestitionen liegen nur wenig Informationen vor; wir unterstellen eine Zunahme von reichlich 10 vH (Ziffer 177), die voraussichtlich zum größten Teil auf den Tiefbau entfallen dürfte.

184. Starke Expansionskräfte werden 1970 von den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte ausgehen, insbesondere in der ersten Jahreshälfte 1970,

in der das verfügbare Einkommen den Vorjahresstand um 11 vH übertreffen dürfte. Entscheidend für diesen Zuwachs ist die kräftige Lohnanpassung, die im September 1969 einsetzte. Die Übertragungseinkommen erhöhen sich dagegen nur langsam, weil für die Rentenerhöhung noch nicht die Hochkonjunkturdaten maßgebend sind und die Krankengeldzahlungen wegen der Einführung der Lohnfortzahlung zum größten Teil entfallen. Bei den Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen rechnen wir mit einer geringeren Zunahme als 1969. Aufgrund der Erfahrungen aus vergleichbaren Jahren unterstellen wir einen leichten Rückgang der Sparquote. Der private Verbrauch steigt dann 1970 um rund 10 vH.

185. Im Zuwachs des Staatsverbrauchs, den wir auf 11 bis 12 vH schätzen, schlagen sich vor allem die Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst nieder, die ab 1. Januar 1970 gewährt werden. Außerdem werden im Verteidigungsbereich die Sachausgaben wahrscheinlich wieder erheblich höher sein als in den letzten Jahren.

186. Zusammen mit der Ausfuhr und den Vorratsveränderungen ergibt sich eine Gesamtnachfrage von annähernd 790 Mrd. DM; das bedeutet gegenüber 1969 eine Expansion von 9 1/2 vH.

187. Für das reale Bruttosozialprodukt errechnet sich ein Zuwachs von 5 1/2 vH im ersten und von 3 1/2 vH im zweiten Halbjahr 1970, jeweils verglichen

Tabelle 17

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte
Schätzung für das 2. Halbjahr 1969 und Prognose für das Jahr 1970 ¹⁾

	1968		1969	1970	1969		1970	
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH		1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	186,9	55,3	+10,5	+12,0	+9,6	+11,5	+14,5	+10,0
Öffentliche Einkommensübertragungen	73,5	21,7	+6,5	+5,0	+5,9	+7,0	+4,5	+5,5
Privatentnahmen und Vermögenseinkommen	86,3	25,5	+14,5	+9,0	+18,0	+12,5	+10,0	+8,0
∕ Übertragungen	8,4	2,5
Verfügbares Einkommen	338,3	100	+11,0	+10,0	+10,5	+11,0	+11,5	+8,5
Privater Verbrauch	297,3	87,9	+10,0	+10,0	+9,5	+10,5	+11,0	+9,0
Sparquote ²⁾	×	12,1	12,7	12,5	11,7	13,6	11,8	13,1

¹⁾ Eigene Schätzung; Veränderungsdaten gerundet.

²⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

Tabelle 18

Gesamtnachfrage
Schätzung für das 2. Halbjahr 1969 und Prognose für das Jahr 1970 ¹⁾

	1968		1969	1970	1969		1970	
	Mrd. DM	Anteil in vH			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH					
Ausfuhr	126,2	19,8	+14,5	+ 7,5	+15,6	+14,0	+12,0	+ 4,0
Inlandsnachfrage	512,4	80,2	+12,0	+10,0	+12,2	+12,0	+11,0	+ 9,5
Bruttoanlageinvestitionen	121,3	19,0	+18,0	+13,0	+18,8	+18,0	+16,0	+10,5
Ausrüstungen	58,3	9,1	+26,0	+14,0	+31,1	+22,5	+20,0	+ 9,5
Bauten	63,0	9,9	+11,0	+11,5	+ 7,5	+13,5	+12,0	+11,5
Vorratsveränderung	+10,2	+ 1,6	(+12,5) ²⁾	(+ 8,0) ²⁾	(+ 8,0) ²⁾	(+ 3,5) ²⁾	(+ 5,5) ²⁾	(+ 2,5) ²⁾
Staatsverbrauch	83,7	13,1	+10,0	+11,5	+ 8,8	+11,0	+12,0	+11,0
Privater Verbrauch	297,3	46,5	+10,0	+10,0	+ 9,5	+10,5	+11,0	+ 9,0
Gesamtnachfrage	638,6	100	+12,5	+19,5	+12,9	+12,5	+11,0	+ 8,5

¹⁾ Eigene Schätzung; Veränderungsdaten gerundet.

²⁾ Mrd. DM, für 2. Halbjahr 1969 sowie die Jahre 1969 und 1970 gerundet.

mit dem Vorjahr. Das Sozialprodukt wird also 1970 um 4 1/2 vH größer sein als 1969. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß das Arbeitsvolumen noch geringfügig zunimmt. Namentlich die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte wird im Sog des Booms weiter steigen — von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt um schätzungsweise 200 000 bis 250 000. Die Anzahl aller Erwerbstätigen wird sich daher noch um rund 1 vH erhöhen.

Den Produktivitätszuwachs schätzen wir auf 4 vH. Dabei ist der produktivitätssteigernde Effekt in Rechnung gestellt, der mit den hohen Investitionen aus dem Jahre 1969 verbunden ist und für den wir mindestens 5 vH ansetzen. Dem steht jedoch gegenüber, daß die Arbeitsdisziplin bei langanhaltender Hochbeschäftigung erfahrungsgemäß etwas nachläßt und daß die Kapazitätsauslastung in der zweiten Jahreshälfte leicht zurückgeht.

Tabelle 19

Komponenten des Bruttoinlandsprodukts
Schätzung für die Jahre 1968 und 1969, Prognose für das Jahr 1970 ¹⁾
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

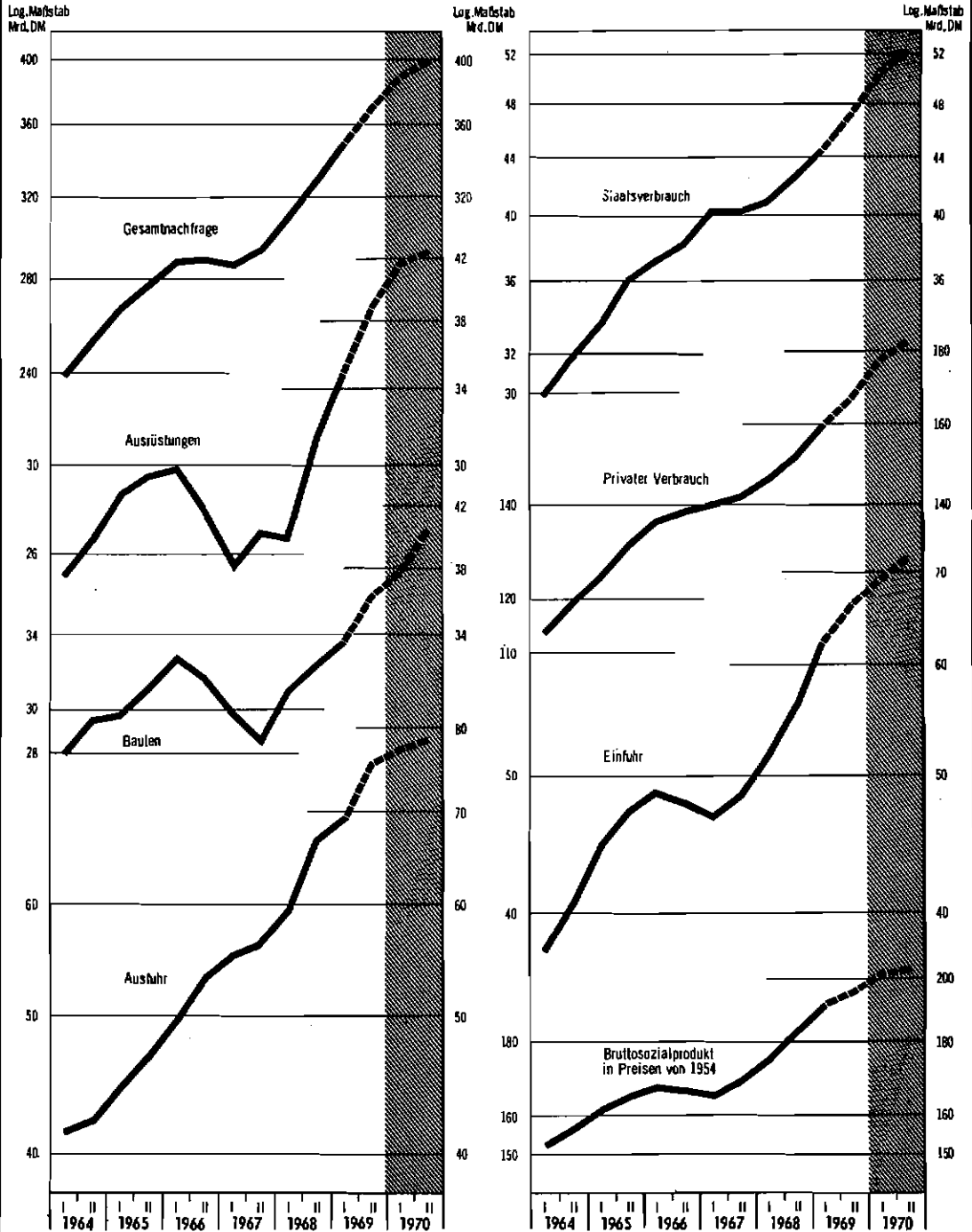
	1968	1969	1970	1969		1970	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH						
Erwerbstätige	+0,2	+2,0	+1,0	+1,9	+1,5	+1,0	+0,5
Arbeitszeit	+0,5	-0,5	-0,5	-0,8	-0,0	-0,5	-0,5
Arbeitsvolumen	+0,7	+1,5	+0,5	+1,1	+1,5	+0,5	+0,0
Produktivität ²⁾	+6,7	+6,0	+4,0	+7,6	+5,0	+5,0	+3,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954	+7,4	+7,5	+4,5	+8,8	+6,5	+5,5	+3,5

¹⁾ Die Veränderungsdaten für das 2. Halbjahr 1969 sowie für die Jahre 1969 und 1970 sind gerundet.

²⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 je Erwerbstätigenstunde.

ENTWICKLUNG WICHTIGER KOMPONENTEN DES SOZIALPRODUKTS
 - SCHÄTZUNG FÜR DAS 2. HALBJAHR 1969 UND PROGNOSE FÜR DAS JAHR 1970 -

Saisonbereinigter Verlauf 1)



1) Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank

Der hohe Auslastungsgrad des Produktionspotentials vom zweiten Halbjahr 1969 wird auch im ersten Halbjahr 1970 erhalten bleiben. Im Laufe des Jahres dürfte er jedoch etwas sinken und sich gegen Ende des Jahres dem Niveau nähern, das im Durchschnitt des Jahres 1965 erreicht wurde. Sollten allerdings die Unternehmer die Normalisierung der Kapazitätsauslastung als Vorboten eines neuen Abschwunges werten, so könnte es 1971 zu einem Konjunkturrückgang kommen.

188. Die Lohnentwicklung wird 1970 außer von der Knappheit am Arbeitsmarkt in hohem Maße von der Preisentwicklung und damit von der Wirksamkeit der Aufwertung abhängen. Unsere Lohnprognose für 1970 ist daher fast ebenso unsicher wie unsere Preisprognose. Wir rechnen mit Tariflohnabschlüssen in der Größenordnung von 9 bis 10 vH im ersten Halbjahr und — wenn die Normalisierung der Kapazitätsauslastung mit einer Entspannung am Arbeitsmarkt einhergeht — von 7 bis 8 vH im zweiten Halbjahr. Dabei haben wir unterstellt, daß der Anstieg der Verbraucherpreise nicht merklich über den von uns geschätzten Satz von knapp 3 vH hinausgeht. Das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau wäre dann im Durchschnitt des Jahres 1970 um 8 vH höher als 1969.

189. Die Lohndrift dürfte im Jahresdurchschnitt 1970 rechnerisch etwa $1\frac{1}{2}$ vH betragen. Bei dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß wir die Überbrückungsgelder, die Ende 1969 in einigen Bereichen gezahlt wurden, der Lohndrift zugeschlagen haben, so daß diese im Jahresdurchschnitt überhöht ist. Die Lohndrift, die wir für 1970 schätzen, beträgt eigentlich rund 2 vH. Sie ist etwas niedriger, als wir aufgrund der strukturellen Faktoren und der Konjunkturlage erwarten, denn die Arbeitgeber werden nach Einführung der Lohnfortzahlung wahrscheinlich freiwillige Sozialleistungen kürzen, die sie den Arbeitern bisher im Krankheitsfall gewährt haben. Das Effektivlohniveau wäre demnach 1970 — ohne Lohnfortzahlung — um knapp 10 vH höher als 1969.

190. Bei dem voraussichtlichen Produktivitätszuwachs von 4 vH bedeutet diese Lohnsteigerung eine Zunahme der Lohnkosten je Produkteinheit um etwa $5\frac{1}{2}$ vH. Es kommen hinzu die Belastungen aus der Lohnfortzahlung und den höheren Sozialversicherungsabgaben; dabei handelt es sich um die Erhöhung des Beitragssatzes und der Bemessungsgrenze in der Rentenversicherung, der Bemessung und der Pflichtgrenze in der Krankenversicherung und um die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung; die Beitragssätze in der sozialen Krankenversicherung werden hingegen im Zusammenhang mit der Lohnfortzahlung gesenkt. Wir veranschlagen den gesamten Kosteneffekt dieser Datenänderungen auf $2\frac{1}{2}$ vH, wovon allein $1\frac{1}{2}$ vH auf die Lohnfortzahlung entfallen. Es ergibt sich demnach für 1970 ein Lohnstückkostenniveau, das um rund 9 vH höher ist als 1969. Dieser Anstieg wird zum Teil aufgewogen durch die aufwertungsbedingte Verbilligung der importierten Kostengüter und gegebenenfalls — wenn es zu einer Schwen-

kung der Kreditpolitik kommt — durch einen Rückgang der Zinssätze. Insgesamt verbleibt dennoch ein beträchtlicher Anstieg der Stückkosten.

191. Die Verteilungsproportionen, die sich im Aufschwung zu Lasten der Arbeitnehmer verschoben haben (Ziffern 69 ff.), werden sich 1970 voraussichtlich zugunsten der Arbeitnehmer, aber auch zugunsten des Staates (einschließlich der Sozialversicherungsträger) ändern. Dabei fallen neben den kräftigen Lohnsteigerungen die Lohnfortzahlung und die Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung ins Gewicht.

— Für die Unternehmen erhöhen alle sozialpolitischen Datenänderungen, auch die Lohnfortzahlung, die Lohnkosten. Damit verschlechtert sich die Verteilungsposition der Unternehmen, und zwar zugunsten der Arbeitnehmer und des Staates.

— Bei den Arbeitnehmern steht dem Mehr an Lohn aus der Lohnfortzahlung ein Weniger an Leistungen aus der sozialen Krankenversicherung gegenüber. Die Einkommensposition der Arbeitnehmer verbessert sich nur insoweit, als den Arbeitnehmern die Kürzung der Beitragssätze zur Krankenversicherung zugute kommt, die (bezogen auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme) einem Lohnanstieg von $\frac{1}{2}$ vH entspricht.

— Für die Unternehmen erhöht die Lohnfortzahlung die Lohnkosten (bezogen auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme) um etwa $1\frac{1}{2}$ vH.

192. Man kann in der Lohnfortzahlung eine Kostenbelastung sehen, die die Lohnerhöhungsspielräume der Unternehmen beschneidet, freilich in erster Linie zugunsten des Staates und nur zu einem geringen Teil zugunsten der Arbeiter. Mit der Intervention des Staates wird ein Teil des Lohnrückstands gekappt, ohne daß die Arbeitnehmer daraus unmittelbarer Nutzen ziehen. Wollte der Staat verhindern, daß es deswegen zu Verteilungskämpfen kommt, müßte er sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber steuerlich entlasten. In der Tat ist vorgesehen, den Arbeitnehmerfreibetrag zu verdoppeln und die Ergänzungsabgabe zu senken.

193. Ende des Jahres 1969 werden sowohl die Effektivlöhne als auch die Produktivität und die Preise deutlich über dem Jahresdurchschnitt liegen („Überhang“ bei den Preisen, der Produktivität und den Löhnen), um wieviel jeweils läßt sich freilich nicht mit der wünschenswerten Genauigkeit abschätzen. Die „Reallohnlücke“, die im Jahresdurchschnitt 1969 noch bestand und die wir, auf der Basis 1965, mit $2\frac{1}{2}$ vH beziffert haben (Ziffer 76), dürfte, nicht zuletzt wegen der Datenänderungen im sozialpolitischen Bereich, um die Jahreswende 1969/70 ausgefüllt sein.

194. Der kräftige Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit wird indessen die Gewinnmargen der Unternehmen nur wenig schmälern, da der starke Nachfragesog eine weitgehende Überwälzung des

Einkommensverteilung
Schätzung für das Jahr 1969 und Prognose für das Jahr 1970 ¹⁾

	1968		1969	1970
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH	
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	404,9	100,0	+ 11,0	+ 10,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	261,1	64,5	+ 12,5	+ 12,5
Unternehmertätigkeit und Vermögen	143,8	35,5	+ 8,0	+ 6,5
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	186,9	.	+ 10,5	+ 12,0
Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	106,4	.	+ 7,0	+ 7,5

¹⁾ Eigene Schätzung; Veränderungsraten gerundet.

Kostenanstiegs auf die Verbraucher erlaubt. Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird daher auch 1970 beträchtlich zunehmen, die Selbstfinanzierungsquote der gewerblichen Anlageinvestitionen wird aber etwas sinken.

195. Die Preisentwicklung haben wir für jede der vier großen Untergruppen des Preisindex für die Lebenshaltung einzeln geschätzt.

Für die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise ist die Agrarpreisregelung entscheidend, die ergänzend zur Aufwertung getroffen wird. Nach dem Vorschlag der Bundesregierung sollen alle EWG-Marktpreispreise in der Bundesrepublik um 8,5 vH sinken und die damit verbundenen Erlöseinbußen durch direkte und indirekte Subventionen kompensiert werden. Wir gehen davon aus, daß dies die endgültige Agrarpreisregelung sein wird.

Unter dieser Annahme erwarten wir, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Laufe des ersten Halbjahres den zurückgesetzten Interventions-, Orientierungs-, Grund- und Richtpreisen folgen. Denn der Wettbewerbsgrad auf den landwirtschaftlichen Absatzmärkten ist hoch; außerdem wird das in- und ausländische Angebot bei wichtigen Ernährungsgütern im Frühjahr 1970 reichlich sein. Insbesondere auf den Märkten für tierische Produkte wird es zu einem Angebotsdruck kommen. Dazu werden sowohl der zyklisch bedingte Anstieg der Schweinefleischerzeugung als auch das zusätzliche Rinderangebot beitragen, das durch die Zahlung von Abschichtprämien auf den Markt gelockt wird. Außerdem ist damit zu rechnen, daß die Preise für Geflügel und Eier zurückgehen. Auf vielen Märkten

für pflanzliche Erzeugnisse herrscht ohnehin ein Überangebot. Die Preissenkung dürfte deshalb bei Getreide, Zucker und Obst schnell und voll durchschlagen. Nur auf den Kartoffelmärkten, für die es keine Marktordnung gibt, dürften wegen des anhaltend knappen Angebots die Preise vorerst hoch bleiben.

Die Preissenkungen werden aller Erfahrung nach die Verbraucher nur zum Teil erreichen. Die Verarbeitungsbereiche und der Handel werden ihre Spannen erhöhen und dies mit steigenden Lohnkosten begründen. Dennoch rechnen wir damit, daß die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel im Durchschnitt des Jahres 1970 um etwa 2 vH niedriger sein werden als 1969.

196. Außergewöhnlich starke Preisauftriebstendenzen sind dagegen bei den gewerblichen Waren zu erwarten. Am Jahresbeginn wird es sogar zu einem ausgeprägten Preisschub kommen, wenn alle angekündigten Preiserhöhungen realisiert werden. Wir schätzen, daß der Verbraucherpreisindex für die „sonstigen Waren“, zu denen hauptsächlich industriell erzeugte Verbrauchsgüter gehören und die im Preisindex für die Lebenshaltung ein Gewicht von reichlich 40 vH haben, 1970 um 3¹/₂ bis 4 vH höher liegen wird als 1969.

197. Für die Dienstleistungspreise haben wir eine Steigerungsrate von 4 bis 5 vH angesetzt. Sie entspricht annähernd den Raten der Jahre 1961/62. Der Anstieg der Mieten wird sich 1970 etwas verlangsamen, weil, anders als 1969, die Entzerrung der Mietstruktur — Liberalisierung und Mieterhöhung

bei den Altbauwohnungen und Mieterhöhungen bei den Sozialwohnungen — weitgehend abgeschlossen ist. Es kommen deshalb fast nur noch die längerfristigen Faktoren zum Tragen. Für den Preisindex der Wohnungsnutzung erwarten wir ein um 6 vH höheres Niveau als 1969.

198. Alles in allem ergibt sich daraus, daß der Preisindex für die Lebenshaltung 1970 voraussichtlich um knapp 3 vH über dem Niveau von 1969 liegen wird. Wenn die Teuerungsrate damit nur wenig größer ist als im ablaufenden Jahre, so erklärt sich dies aus der Annahme, daß die Preise für Nahrungsmittel infolge der Aufwertung in dem angenommenen Umfange sinken, was jedoch keineswegs sicher ist. Ohne die Preise für Nahrungsmittel würde der Preisindex für die Lebenshaltung um 4 bis 5 vH steigen.

199. Für die Einfuhrmengen halten wir 1970 aufgrund der Nachfrageexpansion, der Angebots- und Preisentwicklung im In- und Ausland und der Aufwertung eine Steigerung um 13 vH für wahrscheinlich. Trotz der Aufwertung werden die Importe von Gütern der gewerblichen Wirtschaft für die Endabnehmer im Jahre 1970 kaum billiger sein als vor der Aufwertung.

Dies ergibt sich daraus,

- daß die ausländischen Angebote sich voraussichtlich weiter verteuern werden, mit einer Jahresrate von schätzungsweise 2 1/2 vH,

Tabelle 21

Preisentwicklung

Schätzung für das 2. Halbjahr 1969 und Prognose für das Jahr 1970 ¹⁾

Zeitraum	Preisniveau		
	Privater Verbrauch	Brutto-sozialprodukt	Letzte inländische Verwendung
	1954 = 100		
1967	135,5	145,2	141,6
1968	138,2	147,7	143,3
	Veränderung in vH ²⁾		
1968	+2,0	+1,7	+1,2
1969	+2,5	+3,5	+3,0
1970	+3,0	+5,0	+3,5
1969 1. Hj.	+2,3	+2,2	+1,8
2. Hj.	+3,0	+4,5	+3,5
1970 1. Hj.	+3,0	+5,5	+4,0
2. Hj.	+3,0	+4,5	+3,5

¹⁾ Eigene Schätzung; Veränderungsrate gerundet.

²⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

- daß die Aufwertung in den Kassakursen und den Terminabschlägen teilweise vorweggenommen wurde und der tatsächliche Aufwertungssatz für den Bereich der Einfuhr statt 8,5 vH schätzungsweise nur 7 vH beträgt,
- daß die steuerlichen Importsubventionen für gewerbliche Waren in Höhe von 4 vH weggefallen sind.

Da in der Bundesrepublik die Preise kräftig steigen, bedeutet diese Entwicklung eine spürbare Verbilligung der Importgüter gegenüber dem inländischen Angebot ¹⁾. Dies und die kräftige Expansion der Binnennachfrage rechtfertigen die hohe Steigerungsrate der Importe.

200. Aus der vorausgeschätzten Entwicklung der Aus- und Einfuhr errechnet sich ein nominaler „Außenbeitrag“ von etwa 15 Mrd. DM. Das ist zwar nur eine Milliarde weniger als 1969. Die Wirkung der Aufwertung auf den „Außenbeitrag“ wird aber im zweiten Halbjahr 1970 stärker zu Buch schlagen als im ersten.

¹⁾ Die Importpreise ab Grenze werden allerdings nach der Aufwertung niedriger sein als vorher, weil die aufwertungsbedingte Verbilligung hier nicht durch den Wegfall der Importsubventionen geschmälert wird.

Tabelle 22

Außenhandel

Schätzung für das 2. Halbjahr 1969 und Prognose für das Jahr 1970 ¹⁾

Zeitraum	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Anteil des Saldos am Brutto-sozialprodukt
	Mrd. DM		Mrd. DM	vH
1967	111,5	95,3	+16,2	3,3
1968	126,2	107,8	+18,4	3,5
	Veränderung in vH ²⁾			
1968	+13,2	+13,2	+18,4	3,5
1969	+14,5	+19,0	+16,3	2,8
1970	+7,5	+9,5	+15,0	2,3
1969 1. Hj.	+15,6	+21,1	+6,6	2,4
2. Hj.	+14,0	+17,5	+9,7	3,1
1970 1. Hj.	+12,0	+11,0	+8,1	2,6
2. Hj.	+4,0	+8,5	+6,9	2,0

¹⁾ Eigene Schätzung; Veränderungsrate gerundet.

²⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ¹⁾
 Schätzung für das Jahr 1969 und Prognose für das Jahr 1970

	Einheit	1968	1969	1970	1968	1969	1970
		absolute Werte			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Nachfrage in jeweiligen Preisen							
Ausfuhr	Mrd. DM	126,2	144,7	155,8	+ 13,2	+ 14,5	+ 7,5
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	121,3	143,5	162,2	+ 9,9	+ 18,0	+ 13,0
Ausrüstungen	Mrd. DM	58,3	73,7	84,2	+ 11,7	+ 26,0	+ 14,0
Bauten	Mrd. DM	63,0	69,8	78,0	+ 8,2	+ 11,0	+ 11,5
Vorratsveränderung	Mrd. DM	+ 10,2	+ 12,3	+ 8,2	.	.	.
Staatsverbrauch	Mrd. DM	83,7	92,0	102,5	+ 3,8	+ 10,0	+ 11,5
Privater Verbrauch	Mrd. DM	297,3	326,8	359,9	+ 5,7	+ 10,0	+ 10,0
Gesamtnachfrage	Mrd. DM	638,6	719,3	788,6	+ 10,0	+ 12,5	+ 9,5
Gesamtangebot							
Bruttosozialprodukt	Mrd. DM	530,8	590,8	647,8	+ 9,4	+ 11,5	+ 9,5
Einfuhr	Mrd. DM	107,8	128,4	140,8	+ 13,2	+ 19,0	+ 9,5
Komponenten des Angebots							
Erwerbstätige	1 000	26 340	26 820	27 050	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,0
Arbeitszeit	vH	×	×	×	+ 0,5	- 0,5	- 0,5
Arbeitsvolumen	vH	×	×	×	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,5
Produktivität	vH	×	×	×	+ 6,7	+ 6,0	+ 4,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954	Mrd. DM	359,8	387,2	404,5	+ 7,4	+ 7,5	+ 4,5
Preisentwicklung							
Bruttosozialprodukt	1954 = 100	147,7	152,7	160,3	+ 1,7	+ 3,5	+ 5,0
Privater Verbrauch	1954 = 100	138,2	141,9	146,1	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0
Einkommensverteilung							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	261,1	293,5	330,7	+ 7,3	+ 12,5	+ 12,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd. DM	143,8	155,2	165,2	+ 19,5	+ 8,0	+ 6,5
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	186,9	206,8	232,0	+ 5,3	+ 10,5	+ 12,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	Mrd. DM	106,4	113,9	122,2	+ 23,7	+ 7,0	+ 7,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	338,3	374,3	411,3	+ 6,7	+ 11,0	+ 10,0

¹⁾ Zahlen für das Jahr 1968: Statistisches Bundesamt; für die Jahre 1969 und 1970: eigene Schätzung, teilweise gerundet.

DRITTES KAPITEL

Risiken und Möglichkeiten 1970/71

I. Der Befund im Herbst 1969

201. Nach dem stürmischen Konjunkturaufschwung der vergangenen zweieinhalb Jahre befindet sich unsere Wirtschaft im Herbst 1969 mitten in der Hochkonjunkturphase ihres fünften Wachstumszyklus. Kennzeichnend für die gesamtwirtschaftliche Lage ist eine boomartige Nachfrageexpansion, eine nachfrageinduzierte Lohnwelle, ein beschleunigter Preisanstieg und ein anhaltend hoher Exportüberschuß. Die Produktionskapazitäten sind seit dem Frühjahr voll ausgelastet, so daß die güterwirtschaftliche Expansion gegenwärtig allein durch das Wachstum des Produktionspotentials bestimmt ist.

202. Das reale Bruttosozialprodukt wird 1969 voraussichtlich um 7½ vH und damit ebenso stark zunehmen wie 1968; diese Zuwachsrate übertrifft alle Erwartungen. Das außergewöhnlich kräftige Produktionswachstum beruht auf der Ausschöpfung des 1968 noch ungenutzten Produktionsspielraums und auf einem unerwartet großen Zustrom an ausländischen Arbeitskräften. Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten war 1969 wieder so hoch wie 1960 und gut 1½ vH höher als 1965. Das Ziel eines angemessenen Wachstums wurde daher 1969 voll und ganz erreicht.

203. Positiv fällt auch das Urteil über den Beschäftigungsstand aus. Die Anzahl der Beschäftigten ist 1969 um 600 000 höher als 1968 und damit fast wieder so hoch wie im Frühjahr 1966, als der Weg in die Rezession begann. Die Arbeitslosigkeit ist auf den Tiefstand von 1965/66 zurückgegangen. Seit Herbst 1968 wurden 100 000 Arbeitslose in den Arbeitsprozeß eingegliedert. Die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte hat sich in derselben Zeit um über 400 000 erhöht, eine Entwicklung, die lehrt, wie elastisch das Arbeitskräfteangebot für eine offene Wirtschaft ist.

204. Im Unterschied zum Wachstums- und Beschäftigungsziel wurde das Ziel eines stabilen Preisniveaus 1969 nicht erreicht. Der Preisindex für die Lebenshaltung (aller privaten Haushalte) war im Oktober 1969 um 2,8 vH, der Index der industriellen Erzeugerpreise um 3,9 vH höher als zwölf Monate zuvor. Bis zum Sommer hielt sich der Anstieg der Verbraucherpreise noch in engen Grenzen, was vor allem damit zusammenhängt, daß die Verbraucherpreise für Industriewaren bis dahin leicht rückläufig waren. Die Konstanz der industriellen Lohnkosten hat diese Entwicklung begünstigt; entscheidend war aber wohl die noch relativ schwache Verbrauchskonjunktur und die Importkonkurrenz im Konsumgütersektor, die durch die steuerliche Entlastung der Einfuhr begünstigt und durch sinkende

Einfuhrpreise für Verbrauchsgüter zusätzlich verschärft wurde. Im Investitionsgüterbereich, der sich einer stürmischen Nachfrageentwicklung und einer weniger scharfen Auslandskonkurrenz ausgesetzt sah — ein Teil der steuerlichen Entlastung ist durch steigende Importpreise kompensiert worden —, sind die Erzeugerpreise trotz der bis Spätsommer günstigen Kostenentwicklung stark gestiegen.

Seit September 1969 zeigt sich auch bei den Preisen der industriellen Verbrauchsgüter eine deutliche Beschleunigungstendenz. Wie lange diese Tendenz anhält und in welchem Maße sie auf das gesamte Verbraucherpreisniveau durchschlagen wird, hängt entscheidend von den preispolitischen Wirkungen der Aufwertung und von der anstehenden Agrarpreisregelung ab.

205. Die Tendenzwende in der Preisentwicklung fiel zusammen mit dem Beginn der Lohnrunde. Im September kam es in vielen Betrieben der Montanindustrie, des Schiffbaus und in öffentlichen Versorgungsbetrieben zu spontanen Arbeitsniederlegungen, die zu unmittelbaren Erhöhungen der Effektivlöhne und vorzeitigen Tariflohnanhebungen führten. Inzwischen hat die Lohnwelle auf fast alle Bereiche übergreifen; meist wurden Überbrückungsgelder bezahlt oder die laufenden Tarifverträge aufgestockt.

Die Lohnwelle ist eine Reaktion auf die Gewinnexplosion im Konjunkturaufschwung, die durch die ungezügelte Nachfrageexpansion und nicht zuletzt auch durch die zurückhaltende Tarifpolitik der Gewerkschaften ermöglicht wurde. Aufgrund dieser Lohnerhöhungen wird sich die Schere zwischen Reallohn- und Produktivitätsentwicklung, die sich im Aufschwung geöffnet hatte, bis zum Jahresende wieder schließen. Im vierten Vierteljahr 1969 dürften die Effektivlöhne um rund 5 vH höher liegen als im Jahresdurchschnitt 1969. Zusammen mit den erhöhten Sozialversicherungsabgaben und den Kosten der Lohnfortzahlung wird dieser Überhang das Kostenniveau für 1970 erheblich vorbelasten.

206. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht gab es auch 1969 in der Bundesrepublik nicht. Der Überschuß im Waren- und Leistungsverkehr wird voraussichtlich zwar um etwa 2 Mrd. DM niedriger sein als 1968; mit gut 16 Mrd. DM ist der „Außenbeitrag“ jedoch erheblich höher, als es der mittelfristigen Zielvorstellung der Bundesregierung entspricht. Dies ist um so bemerkenswerter, als in einem Hochkonjunkturjahr wie 1969 der Außensaldo eigentlich unter der mittelfristigen Norm liegen müßte. Bedingt wurde das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht durch eine anhaltende Kosten- und Preisdiskrepanz gegenüber dem Ausland. Die steuerlichen Absiche-

rungsmaßnahmen vom November 1968 haben zwar die Disparität etwas verringert; zu der von der Bundesregierung erwarteten Annäherung an das außenwirtschaftliche Gleichgewicht kam es jedoch nicht, da die heimische Hochkonjunktur mit einer Hochkonjunktur in den westeuropäischen Partnerländern zusammentraf. Bis zum Spätherbst dürfte die Disparität jedoch durch die Lohnwelle und die Aufwertung fürs erste beseitigt worden sein.

207. Obwohl dem Leistungsbilanzüberschuß ein hoher langfristiger Kapitalexport gegenüberstand, mußte die Bundesbank im Zuge der Spekulationswellen vom Frühjahr und Herbst eine flutartige Liquidisierung der westdeutschen Wirtschaft hinnehmen. Die Geldimporte durchkreuzten den im Frühjahr eingeleiteten und bis September mehrmals verschärften Restriktionskurs, so daß eine spürbare Konjunkturdämpfung nicht möglich war. Erst der Rückstrom der Spekulationsgelder nach der Aufwertung scheint der Geldpolitik zur Wirksamkeit zu verhelfen. Um übermäßige Anspannungen am Geldmarkt zu vermeiden, hat die Bundesbank Anfang November die Mindestreservesätze etwas gesenkt. Sie hat sich damit der durch die Aufwertung geschaffenen neuen Lage vorsichtig angepaßt.

208. Dieses Bild der gesamtwirtschaftlichen Lage läßt erkennen, daß von den großen wirtschaftspolitischen Zielen das Ziel der Geldwertstabilität und das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts verletzt sind. Wie aus unserer Prognose für 1970 hervorgeht, erwarten wir, daß trotz der Aufwertung der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe im Durchschnitt etwas — wenn auch wenig — stärker sein wird als 1969, während sich der außenwirtschaftliche Überschuß leicht zurückbilden wird. Für am meisten gefährdet halten wir im ersten Halbjahr 1970 das Ziel der Geldwertstabilität. Im zweiten Halbjahr 1970 können sich konjunkturelle Schwächetendenzen ergeben. Es bleibt zu prüfen, mit welchen Mitteln beiden Eventualfällen vorbeugend zu begegnen wäre.

II. Risiken in der Hochkonjunktur

209. Die Gefahr, daß sich der konjunkturelle Lohn- und Preisauftrieb in einem kumulativen Prozeß verstärkt, ist besonders groß in der Spätphase eines Booms, der nach Dauer und Intensität alle früheren Hochkonjunkturphasen übertrifft. Diese Gefahr kumulativer Preiserhöhungen wird in der ersten Hälfte 1970 vor allem darauf beruhen, daß sich die Binnenkonjunktur noch verstärkt und erneut Preiserhöhungsspielräume entstehen, daß die privaten und öffentlichen Unternehmen versuchen werden, sich durch Preisanpassungen vor der Gefahr kostenbedingter Gewinneinbußen zu schützen, und daß sich mehr und mehr ein inflatorisches Preis- und Kostendenken durchsetzt. Absatzlage und Kostendruck können in Verbindung mit psychologischen Verstärkern einer Preiswelle Voranschub leisten.

In solchen Situationen genügen Anlässe, die — jeder für sich genommen — gesamtwirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen, eine Preiswelle auszulösen:

— Großunternehmen, die Preisführer sind oder in der Öffentlichkeit als solche angesehen werden, oder Schlüsselindustrien, wie zum Beispiel Bergbau und Energie, Eisen und Stahl, setzen ihre Preise so kräftig herauf, daß dies zu nachahmenden Preisanhebungen ermutigt, und zwar auch dort, wo der marktbedingte Preiserhöhungsspielraum vergleichsweise gering ist. Es entsteht also eine Situation, in der die Unternehmer in einer Art Parallelverhalten ihre Preise erhöhen, ohne daß sie befürchten müssen, ihre Marktchancen gegenüber der Konkurrenz dadurch zu verschlechtern.

— Exportintensive Unternehmen versuchen, Ertragsinbußen, die sie der Aufwertung zurechnen, durch Preiserhöhungen im Inlandsgeschäft auszugleichen, obwohl auf längere Sicht dafür keine Chancen bestehen (SG 69 I Ziffer 20).

— Öffentliche Unternehmen — auch im Transportsektor — nutzen die Übernachfrage, um sich durch Preisanpassungen zu sanieren oder vor kostenbedingten Verlustgefahren zu schützen. Solche administrativen Preisanhebungen sind ein zusätzliches Signal, vorhandene Preiserhöhungsspielräume wahrzunehmen.

Sollte überdies im Ausland der Preisauftrieb anhalten, so muß damit gerechnet werden, daß die Preisbremse der außenwirtschaftlichen Absicherung nicht mehr greift und sich die Gefahr einer kumulativen Preiswelle im Inland verstärkt.

210. Preiserhöhungen auf breiter Front können sehr leicht lohnpolitische Überreaktionen auslösen:

— Zwar liegt der prognostizierte Anstieg des Verbraucherpreisindex für das ganze Jahr 1970 wohl noch unter der lohnpolitischen Reizschwelle, weil die Absicht besteht, die Aufwertung voll auf die Agrarpreise durchschlagen zu lassen, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß das Kaufkraftbewußtsein der Bevölkerung durch die Preissteigerungen bei jenen Verbrauchsgütern bestimmt wird, die die Verbraucher mit den in der gegenwärtigen Lohnrunde gewonnenen Einkommenszuwächsen zu kaufen beabsichtigen.

— Preiserhöhungen, die den Realwert der Einkommenszuwächse mindern oder aufheben, mögen das Verlangen nach neuen Lohnerhöhungen auslösen.

— Die Arbeitnehmer, die ohnehin überzeugt sind, daß die Unternehmer im Aufschwung übermäßige Gewinne erzielt haben, könnten weitere Preissteigerungen als einen Versuch deuten, die Position der Unternehmer im Verteilungskampf weiter zu verbessern.

— Die Lohnforderungen, die sich hieraus ergeben können, werden möglicherweise von der Vorstellung bestimmt sein, daß Lohnerhöhungen um 10 vH und mehr, wie sie im Herbst 1969 durchgesetzt wurden, als „normal“ und „gerecht“ zu beurteilen sind. Dabei dürfte es eine Rolle spielen, daß der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe, Beschäftigung und Konjunkturlage um so stärker aus dem Bewußtsein der Arbeitnehmer verdrängt wird, je mehr die Erinnerung an die Rezession

verblaßt und je gesicherter die Arbeitsplätze zu sein scheinen.

- Nach dem lohnpolitischen Erfolg, den sich die Arbeitnehmer aufgrund der sogenannten wilden Streiks vom September 1969 zurechnen (obwohl ohnedies eine tarifliche Lohnanpassung, wenn auch später, stattgefunden hätte), ist es nicht ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften, um weiterer spontanen Aktionen zuvorzukommen, zu einer aggressiveren Lohnpolitik übergehen.

211. Dieses Bild einer drohenden Selbstverstärkung des Preis- und Lohnauftriebs beschreibt eine Zukunftshypothese, die zwar nicht unsere beste Setzung ist, die aber nach allen Erfahrungen — vor allem im Ausland — nicht völlig ausgeschlossen werden kann, zumal die Übernachfrage 1969 erheblich größer war als in der letzten Hochkonjunktur. Gewiß haben die abgestuften außenwirtschaftlichen Absicherungsmaßnahmen durchaus einen Beitrag zur Stabilisierung auf hohem Beschäftigungsniveau geleistet. Doch bestehen, was die Zukunft anlangt, Zweifel, ob man bei der Neufestsetzung der Parität nicht nur die damals vorhandene Kosten- und Preisdisparität zum Ausland beseitigt, sondern auch ein für das erste Halbjahr 1970 ausreichendes Vorhalteelement eingebaut hat.

Diese Zweifel ergeben sich unter anderem aus folgenden Überlegungen: Bezogen auf die Voraussetzungen, die der Sachverständigenrat vor einem Jahr angestellt hat, entsprechen Konjunkturverlauf und außenwirtschaftliche Absicherung bis jetzt am ehesten der „Alternative II“; sie sah eine Stufenaufwertung von 5 vH für Ende 1968 vor und außerdem entweder eine Bandbreitenerweiterung um 5 vH nach oben oder die Kombination einer — geringeren — Bandbreitenerweiterung mit einer nachfolgenden Stufenaufwertung um die Jahreswende 1969/70, zusammen genommen jeweils eine Wechselkursverbesserung von 10 vH (JG 68 Ziffer 243). Dies ist mehr, als tatsächlich aufgewertet wurde. Bei diesem Vergleich ist freilich zweierlei zu beachten: Einerseits sind die Auslandsnachfrage stärker und der Preis- und Lohnauftrieb im Ausland kräftiger gewesen, als der damaligen Schätzung als Annahmen zugrunde lagen. Andererseits hat die konjunkturelle Übersteigerung im Inland bewirkt, daß der Auslastungsgrad des Produktionspotentials höher war, daß die Preise im Inland etwas stärker stiegen als erwartet und daß kurz vor der Wechselkurskorrektur ein Prozeß der Anpassungs-inflation in Gang kam.

Alles in allem darf man wohl nicht darauf vertrauen, daß von dem gewählten Aufwertungssatz ein Brems-effekt ausgeht, der angesichts der Preisentwicklung im Ausland und der Konjunktursituation im Inland längere Zeit preispolitisch wirksam sein könnte.

212. Besteht für die erste Hälfte des Jahres 1970 das Risiko spiralförmiger Preis-Lohn-Bewegungen, so ist vor allem für das zweite Halbjahr nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Konjunkturabschwächung kommt, die über jenes Maß hinausgeht, das zur Normalisierung der Kapazitätsauslastung durchaus wünschenswert erscheint. Daß aller Erfahrung nach eine Konjunkturüberhitzung eine zumindest

leichte Abkühlung nach sich zieht, beruht unter anderem auf folgenden Gründen:

- Die Investitionswelle, die in der Hochkonjunktur die Unternehmen bis hin zu den strukturschwachen Bereichen erfaßt, verliert an Kraft, sobald der Prozeß der gegenseitigen Ermutigung der Investoren aufhört und die Investitionsaussichten — vor allem bei den Grenzunternehmen — wieder nüchterner beurteilt werden.
- Der Wegfall konjunkturinduzierter Investitionen verringert die Auftragspolster, löst einen Abbau der Vorratslager aus und dämpft auf diese Weise in einem weiten Bereich die Neigung zu Erweiterungsinvestitionen.
- Die Gewinnmargen, die sich im Aufschwung herausgebildet haben, werden unter dem Einfluß nachholender Lohnanpassungen komprimiert; dies führt leicht zu Enttäuschungen, so daß die Unternehmen auch Vorsicht bei der Investitionsplanung und weniger Bereitschaft zur Verschuldung zeigen.
- Nach einer Zeit, in der die Unternehmer in Erwartung höherer Gewinne viele Investitionen auch kurzfristig finanziert haben, macht sich zunehmend ein Konsolidierungsbedarf geltend, der ebenfalls das Tempo der Investitionstätigkeit bremst. Ein Konsolidierungsbedarf könnte sich diesmal vor allem auch daraus ergeben, daß viele Unternehmen ihre Investitionen mit Hilfe von Vorauszahlungen ihrer ausländischen Abnehmer finanzieren konnten — eine Folge der Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland in der Phase der Währungsunsicherheit 1968/69 (Ziffer 139).

213. Diese Entwicklungen, die schon in der Spätphase der Hochkonjunktur die Wende einleiten, können durchaus wieder zu einer Rezession führen. Diese Gefahr ist um so größer,

- je mehr die Arbeitnehmerorganisationen sich darauf konzentrieren, die Einkommensverteilung durch kräftige Lohnerhöhungen kurzfristig zu verändern und dadurch das Kostenniveau stärker erhöhen, als mit einer Normalisierung der Gewinnmargen (bei dem nicht mehr vermeidbaren Preisanstieg) gerade noch vereinbar ist und
- je mehr sich deshalb die Bundesbank gezwungen sieht, ihre restriktive Kreditpolitik fortzusetzen oder gar zu verschärfen.

214. Konjunkturdämpfende Einflüsse können im Laufe des nächsten Jahres auch vom Ausland her wirksam werden. Diese Gefahr hat sich zwar in den letzten Monaten etwas verringert, weil die D-Mark-Aufwertung und die bevorstehende Aktivierung der Sonderziehungsrechte die Liquiditätsposition wichtiger Partnerländer verbessern, so daß diese nicht mehr so sehr unter dem Zwang stehen, ihre Nachfrage mit Rücksicht auf die Zahlungsbilanz zu drosseln. Aber man ist auch im Ausland um die weitere Preisentwicklung besorgt. Außer in den Vereinigten Staaten, wo aus diesem Grunde schon vor einiger Zeit die Bremsen angezogen wurden, kann es auch in anderen Ländern zu konjunkturdämpfenden Maß-

nahmen kommen. Dabei ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht auszuschließen, daß man weiter geht als unbedingt nötig, weil die beabsichtigten lohn- und preispolitischen Wirkungen nur mit größerer Verzögerung eintreten, nachdem sich inzwischen die Inflationserwartungen allenthalben verfestigt haben. Die dämpfende Wirkung auf Produktion und Beschäftigung, die sich auch in der Nachfrage nach unseren Exportgütern niederschlagen würde, träte hingegen viel früher ein. Angesichts der Konjunkturrempfindlichkeit unserer Exporte kann auch schon eine leichte Abkühlung der Weltkonjunktur im Inland fühlbar werden, sofern nicht die Binnennachfrage gestützt wird.

III. Eine Strategie der präventiven Einkommenssicherung

215. Die Preis-Lohn-Preis-Bewegung, die für das erste Halbjahr 1970 als Gefahr skizziert wurde, läßt sich auch als Kampf um die Einkommensverteilung deuten. Solche Verteilungskämpfe sind typisch für eine Zeit, in der bei hohem Beschäftigungs- und Auslastungsgrad die Löhne den Rückstand aufholen, der sich regelmäßig während des Konjunkturaufschwungs und der beschleunigten Produktivitätssteigerung bildet (Lohn-Lag). So war es 1961/62 und 1965/66 (JG 68 Ziffer 42); und seit September 1969 scheint sich abermals ein ähnlicher Prozeß der Verteilungskorrektur zu vollziehen. Bringt er eine Überkorrektur, so wird er die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades gefährden, wie es sich in der Rezession von 1966/67 ergah. Damit es nach dem Super-Boom von 1969 nicht zu einem Konjunkturtief 1970/71 kommt, bedarf es deshalb einer Politik, die den Prozeß der Verteilungskorrektur im ersten Halbjahr 1970 unter Kontrolle, das heißt, in den mittelfristig vertretbaren Grenzen hält. Hierin liegt die Aufgabe für das Zusammenwirken des Staates und der autonomen Gruppen im Rahmen der „Konzertierten Aktion“. Es geht um nicht weniger als um einen Friedensschluß vor einem möglichen Verteilungskampf, der es gestattet, das reale Volkseinkommen in der absehbaren Zukunft auf möglichst hohem Niveau zu sichern.

216. Dies läßt sich am besten erläutern im Hinblick auf das Jahr 1965, als der Sachverständigenrat in ähnlicher Sorge bei den Sozialpartnern und bei der Bundesregierung mit dem Gedanken einer „Aktion Geldwertstabilität“ warb (Brief an den Bundeskanzler vom 19. Juni 1965 im JG 67 Anhang III) und dann gegen Jahresende die Öffentlichkeit mit dem Konzept einer konzertierten Aktion zur „Stabilisierung ohne Stagnation“ vertraut machte (JG 65 Ziffern 188 ff.). Ausgehend von den Verteilungsproportionen des Jahres 1965, die den Bedingungen anhaltender Hochbeschäftigung zu entsprechen schienen und die sich deshalb als Basis für eine gemeinsame Strategie der Einkommenssicherung eigneten, sollten der Staat und die Tarifpartner darauf hinwirken, daß die Inflationsraten und die Inflationserwartungen, die in den Nachfragekomponenten, im Zinsniveau und in den Lohnsteigerungs-

raten enthalten waren, allmählich — im Laufe von zwei Jahren — nach den Prinzipien der Gleichzeitigkeit und der Gleichmäßigkeit abgebaut würden. Die Bundesbank hätte auf eine entsprechende Ausweitung des Kreditvolumens — angesichts der konjunkturellen Abschwächungstendenzen also auf Krediterleichterungen — hinwirken sollen und können, statt weiterhin die Kreditbremse zu betätigen. Daß sich damals die Sozialpartner im Prinzip mit einer gemeinsamen Strategie zur Stabilisierung ohne Stagnation bereit erklärten, läßt für 1970 hoffen — auch wenn die Aktion 1966 scheiterte, weil die Bundesregierung ihren Part nicht übernahm.

217. Um die Jahreswende 1969/70 dürfte wieder ein Zustand erreicht sein, in dem die Relation zwischen Lohn- und Gewinneinkommen — mit gewissen Einschränkungen — ungefähr den Erfordernissen eines anhaltend hohen Beschäftigungsgrades entspricht. Zu diesem Zeitpunkt kann der Lohnrückstand, der sich 1968 herausgebildet hatte und der, nachdem er weder korrigiert noch vermögenspolitisch konsolidiert worden war (JG 68 Ziffer 288), zur Lohnwelle vom Herbst 1969 führte, als aufgeholt gelten. Auf die Problematik, die sich aus der Einführung der Lohnfortzahlung ergibt, weist der Sachverständigenrat in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich hin (Ziffern 191 f.).

Die Durchsetzung eines weitergehenden Verteilungsanspruchs — etwa die Wiederherstellung der Verteilungsrelation von 1966 oder 1967 — könnte unter den gegebenen Umständen die Reallöhne der Beschäftigten nur noch um den Preis einer rezessionsbedingten Arbeitslosigkeit erhöhen, es sei denn, es gäbe stichhaltige Gründe dafür, daß die Kapitalkosten je Produkteinheit in den letzten Jahren nennenswert gesunken seien. Eine Strategie des Konflikts verspräche deshalb der Arbeitnehmerschaft insgesamt wohl keine Vorteile, abgesehen vielleicht von dem psychologischen Nebeneffekt, daß sich aufgetauter Konfliktstoff ab und zu in Lohnkämpfen entladen muß.

218. Dem Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze und einer nachhaltigen Steigerung der Realeinkommen der Arbeitnehmer wäre vielmehr eine Strategie angemessen, die es darauf anlegt, die Verteilungsproportionen der Jahreswende wenigstens für die kritische Phase annähernd zu stabilisieren. Für die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung im Verlauf des Jahres 1970 bedeutete dies eine Zunahme der Effektivverdienste im Ausmaß jenes Produktivitätsfortschritts, der bei anhaltend hoher Beschäftigung und Kapazitätsauslastung mittelfristig realisierbar erscheint (Tendrate 4 bis 5 vH), zuzüglich einer Marge für den kurzfristig für unvermeidlich gehaltenen Anstieg der Verbraucherpreise (von Jahresanfang bis Jahresende wohl nicht weniger als 2 vH), damit die Reallöhne mit dem Produktivitätsfortschritt korrespondieren. Eine stabilisierungskonforme Zunahme der Effektivverdienste je Stunde — Jahresende gegen Jahresanfang gerechnet — läge dann — wenn man noch mit einer Verbesserung der Terms of Trade als Späteeffekt der Aufwertung rechnet — bei rund 7 vH. Bei solchen Größenordnungen verlangt das Konzept der präventiven Einkommens-

sicherung von den Arbeitnehmern nicht mehr, als wir vom Markt her in unserer Wahrscheinlichkeitsprognose, allerdings bei einem etwas stärkeren Preisanstieg, erwarten. Will man den entsprechenden Satz für das Tariflohniveau ermitteln, so muß man zunächst die zu erwartende Lobndrift berücksichtigen und dann die Verteilung der Tariflohnabschlüsse nach Zeitpunkt und Gewicht. Soll sich im Jahresablauf eine Annäherung an das Ziel der Geldwertstabilität vollziehen, so müßten die Raten in der zweiten Hälfte 1970 im allgemeinen niedriger liegen, zum Ausgleich für größere Lohnsteigerungsraten am Anfang des Jahres 1970, die auch zur Normalisierung der Lohnstruktur nach der Lohnwelle Ende 1969 erforderlich erscheinen.

Für die Zeit nach der kritischen Phase, also für 1971/72, bestünde immer noch Spielraum, jene Verteilungsproportionen anzustreben, die den wachstumsbedingten Wandlungen, soweit diese feststellbar sind, gerecht werden, das heißt einer etwaigen Verknappung des Produktionsfaktors Arbeit und einer Senkung der Kapitalkosten je Produkteinheit, die sich ergibt, wenn der kapitalsparende technische Fortschritt überwiegt oder die Zinskosten dank zunehmender Kapitalakkumulation und Vermögensbildung sinken.

219. Vorbedingung dafür, daß sich die Gewerkschaften zu einer friedlichen Strategie der präventiven Einkommenssicherung für 1970/71 im Ergebnis bekennen, ist vermutlich mindestens die Bereitschaft der Unternehmer, auf die Verteidigung der Gewinnmargen von 1969 zu verzichten.

220. Selbstverständlich müssen auch Staat und Bundesbank zum Ausdruck bringen, wie sie zur präventiven Einkommenssicherung beitragen können und was sie nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gegebenenfalls zu tun hätten, wenn sich die oben angedeuteten Gefahren für die Geldwertentwicklung abzeichnen sollten.

221. Rückblickend hat es den Anschein, als seien sich die Unternehmer 1965/66 nicht darüber klar gewesen, wieviel für sie bei einem Scheitern der konzertierten Aktion zur „Stabilisierung ohne Stagnation“ tatsächlich auf dem Spiele stand. Es mag zwar einzelwirtschaftlich vorteilhaft erschienen sein, lieber eine Konjunkturabschwächung mit voller Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt zu riskieren, als freiwillig eine Normalisierung der Gewinnmargen und Selbstfinanzierungsspielräume hinzunehmen. Für die Unternehmer insgesamt hat sich jedoch die Rezession von 1966/67, die mit dieser „Konzertierten Aktion“ verhindert werden sollte, alles in allem sicherlich nicht ausgezahlt, abgesehen vielleicht von exportintensiven Unternehmen in den Wachstumsbranchen.

Doch selbst wenn die Unternehmer sich jetzt nicht überwiegend für eine Strategie des Konflikts aussprechen, ist es nach dem Geschehen von 1966/67 zweifelhaft, ob auf der anderen Seite die Vertrauensbasis für einen Kontrakt der präventiven

Einkommenssicherung breit genug ist und ob es nicht äußerer Zeichen der Bereitschaft bedarf, die erkennen lassen, daß sie in ihrer Preispolitik Zurückhaltung üben werden.

222. Was der Staat tun kann, um die Sozialpartner dazu zu bewegen, daß sie sich nicht für eine Strategie des Konflikts entscheiden, sondern sich auf das Konzept einer präventiven Einkommenssicherung einigen, ergibt sich zunächst ebenfalls aus den Erfahrungen von 1966/67. Damals wurde in einem Brief, den der Sachverständigenrat an den Bundeskanzler richtete, für das Zustandekommen einer gemeinsamen Aktion zur Bedingung gemacht, daß der Staat für eine außenwirtschaftliche Absicherung sorgt (JG 67 Anhang II). Dementsprechend wäre heute in den Verhandlungen über eine präventive Einkommenssicherung 1970/71 zunächst zu prüfen, ob dank der Aufwertung die Gefahr außenwirtschaftlich bedingter Preissteigerungen auf absehbare Zeit als gebannt angesehen werden kann.

223. Außerdem kann der Staat einen Beitrag dazu leisten, daß sich die Preisadjustierungen während der nächsten Monate im Rahmen des Unvermeidlichen halten. Abgesehen von seiner Zuständigkeit für die Wettbewerbspolitik und für die Höhe vieler Preise — vor allem bei den Agrarerzeugnissen —, ist er Anbieter und Nachfrager von Gütern und Leistungen, und zwar oft in marktbeherrschender Stellung.

— Als Anbieter im Verkehrs- und Nachrichtenwesen könnte der Bund darauf verzichten, die Tarife während der preispolitisch besonders kritischen Periode anzuheben; er hätte auch Möglichkeiten, bei den nachgeordneten Gebietskörperschaften auf Preiszurückhaltung im Bereich der öffentlichen Versorgungsleistungen hinzuwirken.

— Als Nachfrager könnten Bund, Länder und Gemeinden sich darauf festlegen, öffentliche Aufträge möglichst nur dann zu erteilen, „wenn die geforderten Preise eine bestimmte am Vorjahresstand gemessene Höhe nicht überschreiten, und in allen anderen Fällen zu warten, bis sich Anbieter finden, die auf diese Bedingung eingehen“ (JG 65 Ziffer 206).

— Außerdem kann der Staat als Arbeitgeber die Bestrebungen zur Vermögensbildung durch Musterregelungen in anstehenden Tarifvereinbarungen im öffentlichen Dienst fördern und auf diese Weise auch dazu beitragen, daß sich die Zunahme der Masseneinkommen nicht zu stark in einem nachfragebedingten Anstieg der Verbraucherpreise niederschlägt.

224. In der Wettbewerbspolitik hat die Bundesregierung, wie ihr Vorgehen im Bereich der Benzinspreisbildung gezeigt hat, durchaus Möglichkeiten, auf Preissenkungen oder auf die Rücknahme spektakulärer Preiserhöhungen hinzuwirken. Damit würde sie nicht gegen die marktwirtschaftliche Ordnung — als Rahmenbedingung für die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Ziele — verstoßen, so-

weit ihre Aktionen Märkte betreffen, bei denen die begründete Vermutung besteht, daß der Preiswettbewerb infolge vollzogener Konzentrationsprozesse und internationaler Absprachen weitgehend ausgeschaltet ist. Außerdem ließe sich wohl auch die Praxis der Mißbrauchsaufsicht bei preisgebundenen Artikeln verschärfen. Die von der Bundesregierung geplante präventive Fusionskontrolle könnte beschleunigt gesetzlich verankert werden, wozu insbesondere dann Anlaß bestünde, wenn sich Fälle der preispolitischen Ausnutzung von Marktmacht häufen sollten. Wie weit die Bundesregierung auf diesem Gebiet aktiv werden muß, wird wohl vor allem davon abhängen, ob sich die Unternehmen überwiegend für eine Strategie des Konflikts oder der präventiven Einkommenssicherung entscheiden und ob die Gewerkschaften den Zusicherungen der Unternehmerseite weniger oder mehr Vertrauen entgegenbringen und sich ihrerseits entsprechend verhalten.

225. Sollte es den Tarifpartnern schwerfallen, sich angesichts der Ungewißheiten hinsichtlich der Preis- und Produktionsentwicklung für eine längere Zeit im voraus auf eine Strategie der präventiven Einkommenssicherung festzulegen, so bliebe für sie als Ausweg immer noch eine Mitwirkung unter Vorbehalt. Der Vorbehalt könnte für die Gewerkschaften darin bestehen, daß in den Tarifverträgen zunächst nur die unvermeidlichen Preissteigerungen antizipiert werden, aber eine Klausel vereinbart wird, die es ihnen gestattet, die Verträge kurzfristig zu kündigen, falls das Statistische Bundesamt im Gesamtbereich der Lebenshaltung — oder nur bei den industriellen Gütern — einen Preisanstieg ermittelt, der stärker ist, als er antizipiert wurde. Die Ruhe an der Lohnfront wäre dann abhängig von einer maßvollen Preispolitik der privaten und öffentlichen Unternehmen, und die Tarifverträge wären im Grunde Verträge über Reallöhne — eine Entwicklung, die dem tendenziellen Verschwinden der Geldillusion in der aufgeklärten Gesellschaft ebenso Rechnung trüge wie dem verteilungspolitischen Charakter der präventiven Einkommenssicherung. Für die Arbeitgeber könnte der Vorbehalt darin bestehen, daß sie vorzeitig kündigen, falls sich die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der wirksamen Gesamtnachfrage unvorhergesehen verschlechtert.

226. Was die Bundesbank anlangt, so kann sie sich gegenüber diesem Konzept passiv oder aktiv verhalten. Passivität würde bedeuten, daß sie sich zu dem Konzept nicht äußerte, aber unverzüglich zu restriktiven Maßnahmen griffe, wenn es zu spiralförmigen Preis- und Lohnbewegungen käme, die Zahlungsbilanzdefizite hervorriefen. Es fragt sich aber, ob die Erinnerung an 1966/67 noch genügend abschreckend wirkt. Eine aktive Teilnahme bestünde darin, daß sie ihre konjunkturpolitischen Möglichkeiten in der Öffentlichkeit darlegt:

— Krediterleichterungen für den Fall einer stabilisierungskonformen Lohn- und Preisentwicklung beziehungsweise

— Beibehaltung oder gar Verschärfung des Restriktionskurses, falls sich spiralförmige Preis- und Lohnbewegungen abzeichnen.

Die Bundesbank könnte sich am Anfang um so stärker zurückhalten, je mehr die Bundesregierung, wenn sie die Initiative ergreift, von sich aus Alternativen für alternative Verhaltensweisen der Gruppen anbietet.

227. In ihrer Regierungserklärung hat die Bundesregierung in Aussicht gestellt,

- die Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer schrittweise abzubauen und
- den Arbeitnehmer-Freibetrag zu verdoppeln.

Beide Maßnahmen sind Teil des wirtschaftspolitischen Programms, das die Bundesregierung selbst unter das Ziel einer Stabilisierung ohne Stagnation stellt, bei dem sie also wohl unausgesprochen davon ausgeht, daß die autonomen Gruppen sich stabilisierungskonform verhalten. In der Tat wäre die steuerliche Entlastung in der Phase der Hochkonjunktur stabilitätspolitisch auch nur zu verantworten, wenn schon bald Gewißheit darüber geschaffen würde, daß es — anders als nach dem letzten Boom — nicht zu Kämpfen um die Einkommensverteilung kommt. Auf der anderen Seite könnte die Regierung schon jetzt deutlich machen, daß sie bereit wäre, ein stabilisierungskonformes Verhalten der autonomen Gruppen durch weitere steuerliche Erleichterungen und Anreize zu honorieren, vor allem wenn es zu einer jetzt deutlich machen, daß sie bereit wäre, ein stabilisierungskonformes Verhalten der autonomen Gruppen durch weitere steuerliche Erleichterungen und Anreize zu honorieren, vor allem wenn es zu einer der Normalisierung hinausgehenden Konjunkturabschwächung kommen sollte.

228. Den geeigneten Rahmen für die Harmonisierung der Zielvorstellungen und der Strategien des Staates und der autonomen Gruppen bietet die „Konzertierte Aktion“ beim Bundesminister für Wirtschaft. Wenn Bundesregierung und Bundesbank ihre Optionen fixieren und keinen Zweifel daran lassen, daß sie entschlossen sind, gegen übersteigerte Einkommensforderungen in der kritischen Phase ebenso vorzugehen wie gegen eine eventuelle Konjunkturabschwächung später, sollte man auch dann, wenn die ersten Verhandlungen scheitern, eine gegenseitige Abstimmung der Vorstellungen und Verhaltensweisen noch für realistisch halten, liegt doch eine anhaltend hohe und damit stetige Kapazitätsauslastung und Beschäftigung und eine zunehmende Annäherung an das Ziel der Geldwertstabilität im Interesse aller Gruppen. Für eine wirksame Verhaltenskoordination bedürfte es nicht eines förmlichen Beschlusses; diesen anzustreben brächte nur den Nachteil, daß die Tarifpartner ihre Autonomie bedroht sähen und gerade deshalb auf eigenwilligen Zielvorstellungen beharren müßten. Entscheidend für den Konjunkturverlauf ist allein, daß jede Gruppe sehr genau die Grenzen erkennt und respektiert, bei deren Überschreiten sie sich selbst nicht weniger schadet als der Gesamtheit. Wichtig ist freilich auch, daß die Zielvorstellungen, hat sich eine Art Konsensus erst einmal herausgebildet, von Zeit zu Zeit an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und an neu erkennbare Zukunftsdaten angepaßt werden, so daß die Verhaltensabstimmung nicht ihrerseits zu Fehlentwicklungen führt.

VIERTES KAPITEL

Zu einigen Grundsatzfragen der Konjunkturpolitik

229. In den vergangenen Jahren sind Fragen der Konjunkturpolitik mehr und mehr ein Gegenstand öffentlicher Diskussion geworden. Entzündet hat sich die Debatte an konjunkturellen Fehlentwicklungen. Sehr verbreitet war dabei die Neigung zu vereinfachenden und deshalb unzulänglichen Erklärungsversuchen. Insbesondere wurde nicht immer sichtbar, durch welches Tun oder Unterlassen im Bereich der Konjunkturpolitik den Fehlentwicklungen Vorschub geleistet oder diese gar unmittelbar bewirkt wurden.

230. Nachdem sich der Sachverständigenrat schon vor zwei Jahren (JG 67 Ziffern 219 ff.) bemüht hat, im Rahmen eines chronologischen Rückblicks konjunkturpolitische Fehlerquellen aufzuzeigen, führt er jetzt die Diskussion fort, indem er versucht, solche Fehlerquellen systematisch darzustellen. Im Anschluß an diese Darstellung wollen wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre unter der Annahme nachvollziehen (simulieren), daß stets jene Maßnahmen erwogen und ergriffen worden wären, derer es zur gleichzeitigen Verwirklichung aller angestrebten Ziele bedurft hätte; wir sind uns bewußt, daß wir damit nachträglich einen sehr strengen Maßstab an das konjunkturpolitische Verhalten anlegen. Der Abschluß dieses Kapitels ist Überlegungen darüber gewidmet, wie man den Wirkungsgrad der Konjunkturpolitik in der Zukunft erweitern kann. Der Sachverständigenrat hofft, auf diese Weise — seinem gesetzlichen Auftrag gemäß — die Urteilsbildung bei den wirtschaftspolitischen Instanzen und in der Öffentlichkeit zu erleichtern.

I. Konjunkturpolitische Lehren der letzten sechs Jahre

231. Der Gesetzgeber hat vor nunmehr gut sechs Jahren den Sachverständigenrat beauftragt, darzulegen, wie man gleichzeitig die Stabilität des Preisniveaus, einen hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum verwirklichen kann. Vor zweieinhalb Jahren sind im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz diese Ziele auch zu Grundsätzen für die konjunkturpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder erklärt worden.

Inwieweit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen sechs Jahren von diesen vier großen Zielen abgewichen ist, zeigt Schaubild 34¹⁾. Abgesehen vom Jahre 1967, in dem mehr als 2 vH der abhängigen Erwerbsspersonen als Arbeitslose registriert waren, das reale Sozialprodukt (Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954) stagnierte und

der Außenbeitrag im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt reichlich doppelt so groß war, wie es dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht nach der Normvorstellung der Bundesregierung entsprochen hätte, stieg der Preisindex für die Lebenshaltung von Dezember bis Dezember stets um weit mehr als 1 vH. Am stärksten war der Preisanstieg im Verlauf des Jahres 1965, als Überbeschäftigung herrschte und der Außenbeitrag negativ war. Das wirtschaftliche Wachstum in diesem Zeitraum kann durchaus als angemessen angesehen werden: Das Produktionspotential wuchs von 1963 bis 1969 um jahresdurchschnittlich 4½ vH. Etwas schneller konnte das Sozialprodukt in diesem Zeitraum zunehmen (+ 5,1 vH je Jahr), worin nur zum Ausdruck kommt, daß der Auslastungsgrad des Produktionspotentials 1969 höher war als 1963. Stetig verlief der Zuwachs des Sozialprodukts offensichtlich nicht: Die jährlichen Raten schwankten zwischen + 0,3 vH 1967 und fast 7½ vH 1968 und 1969.

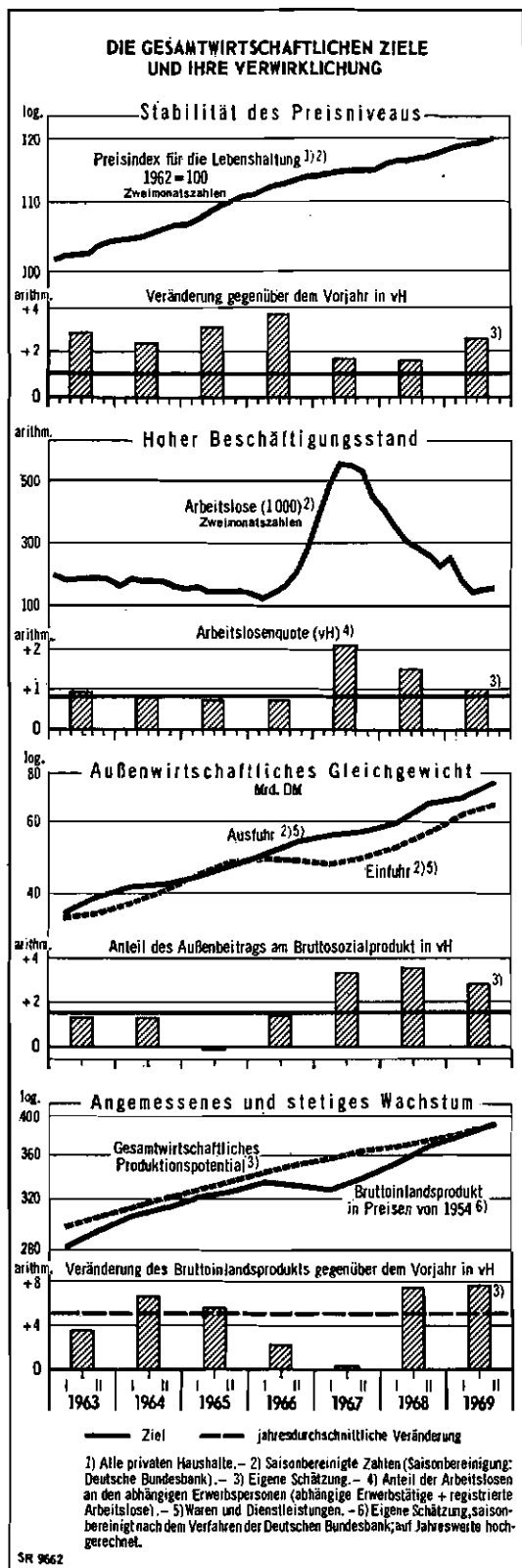
Den Zielen noch am nächsten kam man im Aufschwungsjahr 1964, als nur das Ziel der Geldwertstabilität verletzt war, am zweitnächsten im Aufschwungsjahr 1968, in dem die Verhältnisse ähnlich lagen, aber außerdem noch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht stark gestört war. Diese Beobachtung scheint die Auffassung zu erhärten, die großen wirtschaftspolitischen Ziele seien gleichzeitig allenfalls vorübergehend zu verwirklichen — in Perioden der wirtschaftlichen Erholung, die auf Phasen unzureichender Kapazitätsauslastung folgen.

232. Zu den Gründen, die erklären könnten, daß die gesamtwirtschaftlichen Ziele so selten gleichzeitig erreicht wurden, gehören sicherlich auch Umstände im Bereich der Konjunkturpolitik. Eine Rolle dürfte gespielt haben,

- daß es im konjunkturpolitischen Entscheidungsprozeß zum Teil erhebliche Verzögerungen und mitunter gar Blockierungen gab (Ziffer 233),
- daß deshalb wichtige Maßnahmen unterblieben oder die Hauptwirkungen der ergriffenen Maßnahmen nicht in die konjunkturelle Phase fielen, für die sie vorgesehen waren (Ziffern 234 ff.), und
- daß das Verhalten der autonomen Gruppen oft nicht oder nur unzureichend mit den Zielvorstellungen der staatlichen Instanzen koordiniert war und daß es mitunter auch an einer planvollen Koordinierung von Geld- und Finanzpolitik mangelte (Ziffern 239 ff.).

¹⁾ Die Quantifizierung der vier Ziele erfolgt in Anlehnung an die erste Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1967 (JG 67 Ziffern 248 ff.).

Schaubild 34



233. Für die These, daß die konjunkturpolitischen Instanzen auf sich anbahnende oder bereits eingetretene Fehlentwicklungen überhaupt nicht oder zu spät reagierten, gibt es mehrere Beispiele:

- Im Jahre 1964, als sich die Zeichen einer Übernachfrage mehrten, konnte man sich nicht dazu entschließen, im Interesse der Geldwertstabilität den Preiswettbewerb aus dem Ausland durch eine Aufwertung der D-Mark zu intensivieren. Im Jahre 1965 kam es dann zu Preis- und Lohnerhöhungen auf breiter Front, die zu rigorosen geld- und kreditpolitischen Maßnahmen Anlaß gaben.
- Im Jahre 1966, als schon vielfach Absatzmangel herrschte, zögerte die Bundesbank, den restriktiven Kurs der Kreditpolitik aufzugeben; die öffentliche Hand begrenzte ihre Investitionsausgaben enger, als es der konjunkturellen Lage angemessen war. Infolgedessen geriet dann die deutsche Wirtschaft im Herbst 1966 in ihre erste schwere Nachkriegsrezession.
- Im Jahre 1967, als der volle Umfang der brachliegenden Produktionskapazitäten sichtbar geworden war, lockerte die Bundesbank die Kreditbremsen nur allmählich. Auch deshalb, aber vor allem weil man es im Bereich der Finanzpolitik bei den beiden Investitionshaushalten des Jahres 1967 beließ, blieb die Expansion der Binnennachfrage hinter der der Auslandsnachfrage zurück, so daß auch im Aufschwungsjahr 1968 übermäßig hohe Leistungsbilanzüberschüsse entstanden.
- Im Jahre 1968 wurde gegen die außenwirtschaftliche Fehlentwicklung erst vorgegangen, als diese schon greifbare Formen angenommen hatte (Spätherbst). Doch weil die ergriffenen steuerlichen Maßnahmen (Belastung der meisten Exporte und Entlastung der meisten Importe um jeweils 4 vH) schwächer dosiert waren, als es der Sachlage angemessen gewesen wäre, und weil sie für reversibel erklärt wurden, haben sie die außenwirtschaftliche Fehlentwicklung nur gemildert, nicht aber beseitigt.
- Im Jahre 1969, als die deutsche Wirtschaft in einen außerordentlich kräftigen Boom geriet und die Gefahr einer überstürzten Lohn- und Preis-anpassung immer bedrohlicher wurde, war im politischen Raum erst im Herbst 1969, als die Lohnwelle bereits angerollt war, eine Wechselkurskorrektur durchsetzbar: am 29. September durch eine vorübergehende Freigabe des D-Mark-Kurses auf den Devisenmärkten, am 24. Oktober durch eine offizielle Anhebung der Parität um 9,3 vH.

234. Sofern sachgerechte Entscheidungen nicht überhaupt unterblieben (wie etwa eine Wechselkursanpassung im Aufschwung 1964/65), hat die konjunkturpolitische Reaktionszeit allem Anschein nach im Bereich der Währungspolitik, von Aufwertungssurrogaten einmal abgesehen, mindestens ein Jahr, in dem der Geld- und Finanzpolitik ein viertel bis ein halbes Jahr betragen. Diese Reaktionsverzögerungen können wir uns nur damit erklären,

- daß die Tauglichkeit oder Zulässigkeit bestimmter Mittel zur Verwirklichung bestimmter Ziele bestritten wurde,
- daß Unklarheit darüber bestand, wieviele Mittel gleichzeitig ergriffen werden müssen, um die vier in den beiden einschlägigen Gesetzen genannten Ziele gleichzeitig zu erreichen,
- daß es in der Öffentlichkeit an Einsicht in die wirtschaftlichen „Sachzwänge“ mangelte und
- daß das statistische Informationsnetz den Anforderungen einer flexiblen Konjunkturpolitik nicht genügt.

235. Die beiden erstgenannten Umstände kamen vor allem in der Währungspolitik zum Tragen. Diese wurde blockiert durch die Doktrin, im System von Bretton Woods seien Wechselkursänderungen reserviert für die Behebung von Zahlungsbilanzungleichgewichten fundamentaler Art und dürften nicht primär zur Stabilisierung des Binnenpreinsniveaus eingesetzt werden. Hinzu kam, daß man sich bei der Beurteilung der außenwirtschaftlichen Lage vielfach an ungeeigneten Indikatoren orientierte, und zwar — je nach Lage der Dinge — an der Devisenbilanz (wie 1968) oder an der Grundbilanz (wie 1969), ohne dabei zahlungsbilanzbedingte Restriktionen und Transaktionen zu berücksichtigen (JG 68 Ziffer 193). Und es spielte schließlich auch noch eine Rolle, daß man Wechselkurskorrekturen scheute, weil eine unerwünschte Dämpfung des Konjunkturverlaufs befürchtet wurde, man also die Möglichkeiten für einen Ausgleich des aufwertungsbedingten realen Nachfrageausfalls durch staatliche Expansionsmaßnahmen (JG 68 Ziffern 211 und 248 ff.) entweder übersah oder zu nutzen nicht bereit war. Die Folge von alledem war, daß Entscheidungen so lange hinausgeschoben wurden, bis man unter Handlungsdruck stand.

236. Als Hindernis für rasche konjunkturpolitische Reaktionen erwies sich auch der Umstand, daß das öffentliche Bewußtsein sehr stark hinter der tatsächlichen Konjunkturentwicklung herhinkte. Wir haben dies 1967 deutlich erlebt. Die Appelle zur Dämpfung der öffentlichen Ausgaben, die 1965 angesichts der vom 4. Deutschen Bundestag ausgelösten Ausgabenflut richtig und notwendig waren (JG 65 Ziffern 152 ff.), hatten sich Ende 1966 und Anfang 1967, als genau das entgegengesetzte Verhalten konjunkturpolitisch geboten war, so in das öffentliche Bewußtsein eingepreßt, daß sich die Bundesregierung zunächst nicht entschließen konnte, zwecks Bekämpfung der Rezession bewußt Haushaltsdefizite in Kauf zu nehmen.

237. Die Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit der konjunkturrelevanten Informationen hinderte die verantwortlichen Instanzen daran, Fehlentwicklungen so schnell zu erkennen und zu ermessen, wie es für eine wirksame Gegensteuerung notwendig gewesen wäre. Manche Fehlprognose hätte in den letzten Jahren vermieden werden können, wenn die Informationen über solche künftige Entwicklungen, die im Prognosezeitpunkt durch Entscheidungen schon

weitgehend programmiert waren, reichlicher geflossen wären. Denn stets konnte man sich bei den Konjunkturdiagnosen und -prognosen, wenn überhaupt, so nur auf Daten stützen, die im günstigsten Falle die Zeit von vor vier bis sechs Wochen betrafen, wobei zu beachten ist, daß die Beurteilung der Informationen noch erschwert wurde, wenn akzidentielle und saisonale Einflüsse sowie Kalenderunregelmäßigkeiten hinzukamen.

238. Die Reaktionsverzögerungen wiegen besonders schwer in Anbetracht des Umstandes, daß die konjunkturpolitischen Maßnahmen längere Zeit brauchen, ehe sie ihre Hauptwirkung erzielen, vor allem im Bereich der Kreditpolitik, weniger in dem der Finanzpolitik. Diese Wirkungsverzögerungen, die (auch nach den Erfahrungen in anderen Ländern) mindestens ein halbes Jahr betragen, ergeben sich daraus, daß kreditpolitische Maßnahmen, anders als finanzpolitische, die Liquidität der Investoren und die Rentabilität ihrer Projekte nur indirekt beeinflussen.

— Als die Bundesbank 1965 deutlich auf Restriktionskurs ging — sie erhöhte unter anderem den Diskontsatz in drei Stufen auf fünf Prozent und verschärfte die Mindestreserveanforderungen —, mußte sie diesen Kurs bis Ende 1966 durchhalten, um den Kreditgewährungsspielraum der Banken entscheidend einzuengen und durch Verschärfung der Finanzierungsbedingungen auf die private und öffentliche Ausgabeleistung und insbesondere die Investitionsneigung einzuwirken (JG 66 Ziffern 149 ff.; JG 67 Ziffern 190 ff.).

— Als die Bundesbank Anfang 1967 die längst gebotene Kursschwungung in expansive Richtung vornahm, hat die Erleichterung der Finanzierungsmöglichkeiten für sich genommen weder die Unternehmen noch die Gebietskörperschaften veranlaßt, sofort wieder mehr auszugeben (JG 67 Ziffer 191).

Den Unternehmen scheint es zunächst darauf angekommen zu sein, angesichts der niedrigen Zinssätze ihre Verschuldung zu konsolidieren. Und auch bei den Gemeinden hatte sich nach der kräftigen Kreditaufnahme 1965/66 ein großer Konsolidierungsbedarf geltend gemacht. Bei den Ländern dominierte noch das fiskalistische Denken, das auf einen jährlichen Ausgleich des Haushaltes gerichtet war.

239. Abgesehen davon, daß die Mittel der Geld- und Finanzpolitik vielfach zu spät eingesetzt wurden, um die erstrebten antizyklischen Wirkungen zu erzielen, wurden die Maßnahmen im Bereich der Konjunkturpolitik nicht immer so koordiniert, wie es nötig gewesen wäre; auch kam es in entscheidenden Fällen nicht zu einer zielkonformen Verhaltensabstimmung zwischen den staatlichen Instanzen auf der einen und den autonomen Gruppen auf der anderen Seite.

240. Pannen bei der Koordinierung im Bereich der Konjunkturpolitik gab es zum Beispiel 1965, als sich die deutsche Wirtschaft im Höhepunkt des letzten

Konjunkturzyklus befand: Während die Finanzpolitik noch auf expansivem Kurs war, zog die Bundesbank die kreditpolitischen Bremsen weiter an. Als einziges Mittel eingesetzt, traf die restriktive Kreditpolitik zunächst und vor allem die Investitionen, führte sie direkt — wie vom Sachverständigenrat befürchtet worden war (JG 65 Ziffer 129) — in den Konflikt zwischen Stabilität und Wachstum und entschied diesen Konflikt einseitig zugunsten der Geldwertstabilität, obwohl durchaus Chancen bestanden hätten, 1966 Stabilität und Wachstum in gleichem Maße anzusteuern. Im Jahre 1967, als es darum ging, die Rezession zu bekämpfen, half die Bundesbank bei der Finanzierung des ersten Investitionshaushaltes des Bundes zunächst nur zögernd; und sie unterließ es, durch eine schnelle Schwengung ihrer Kreditpolitik das Vertrauen der privaten Investoren in den Erfolg der finanzpolitischen Expansionsmaßnahmen zu nähren. Unkoordiniert war in jenem Jahre auch die Finanzpolitik der Gebietskörperschaften: Die expansiven Wirkungen des Bundeshaushaltes wurden neutralisiert durch restriktive Wirkungen der Haushaltsgebarung der Länder und Gemeinden, die zu einer antizyklischen Ausgabenpolitik nicht bereit oder in der Lage waren (JG 67 Ziffern 151 ff.).

241. In den Jahren 1965 und 1967, als es darum ging, die Wirtschaft aus konjunkturellen Extremlagen herauszuführen, wäre es auch notwendig gewesen, das Verhalten der staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen planvoll zu koordinieren. 1965 kam es nicht zu einer konzertierten „Aktion Geldwertstabilität“, die es leichter gemacht hätte, das Inflationstempo allmählich (in zwei Jahrestappen) und ohne nennenswerte Beschäftigungseinbußen zu reduzieren (JG 65 Ziffern 188 ff.). Die autonomen Gruppen, die zunächst diesem Konzept im Prinzip zugestimmt hatten (JG 66 Anhang III), fühlten sich aus ihrer Mitverantwortung für diese Aktion entlassen, nachdem es der Bundeskanzler vor dem Bundestag (am 16./17. Februar 1966) zurückgewiesen hatte. Der befürchtete Verteilungskampf fand dann 1966 statt und veranlaßte die Bundesbank, bis Ende 1966 trotz der sich schon abzeichnenden Abschwächungstendenzen auf hartem Restriktionskurs zu bleiben.

Ende 1967 kam es nicht zu einer konzertierten Aktion, die die Chance geboten hätte, im Verlauf von zwei Jahren den Expansionsspielraum der westdeutschen Wirtschaft auszuschöpfen und dann den Beschäftigungs- und Auslastungsgrad auf hohem Niveau zu sichern, und zwar unter Wahrung der Preisniveaustabilität und unter Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts (JG 67 Ziffern 312 ff.). Anders als 1965 griffen dieses Mal die autonomen Gruppen diese Anregung nicht auf; sie konnten sich auf den Bundesfinanzminister berufen, der schon Anfang Dezember 1967 eine Mitwirkung an dem Gesamtkonzept öffentlich und uneingeschränkt abgelehnt hatte, und auf den Bundestag, der zur gleichen Zeit Steuererhöhungen beschlossen und dadurch kundgetan hatte, daß mit finanzpolitischen Maßnahmen zur Expansion der Binnennachfrage, wie sie dem Gesamtkonzept adäquat gewesen wären, nicht zu rechnen sei. Die Konsequenz war,

daß sich der Konjunkturaufschwung wieder unkontrolliert vollzog, daß er das typische Vorseilen der Gewinne und Nachhinken der Löhne brachte und daß er im Herbst 1969 zu spontanen Streiks und einer kräftigen Lohnwelle führte, die das Ziel der Geldwertstabilität und des hohen Beschäftigungsgrades in der Zukunft gefährdet.

242. Das größte Hemmnis für eine multilaterale Verhaltensabstimmung scheint darin zu liegen, daß jede Gruppe das Gesamtproblem unter partiellen Aspekten sieht, vermutlich weil ihr Verhalten mehr kurzfristig als mittelfristig orientiert ist. Um die Entscheidungen der einzelnen Gruppen mit den gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten und Zielen in Einklang zu bringen, bedarf es vor allem mittelfristiger Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung, die glaubwürdig sind. Das zur Deckung dieses Informationsbedarfs adäquate Mittel sind Zielprojektionen, die die angestrebte Entwicklung beschreiben, die bei einer sachgerechten Konjunkturpolitik in den Grenzen des Möglichen liegt (JG 67 Ziffern 281 ff.).

Zielprojektionen gehören in der Bundesrepublik erst seit dem Inkrafttreten des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes im Jahre 1967 zu den Mitteln der Konjunkturpolitik. Bei den Jahreszielprojektionen, die die Bundesregierung — neben mittelfristigen Projektionen für einen Zeitraum von fünf Jahren — nunmehr erstellt, hat es verständlicherweise gewisse Anfangsschwierigkeiten gegeben. So hat die Regierung ursprünglich für 1968, wohl mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, eine Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von 4 vH zum Ziel erhoben (JWB 68 Ziffer 30), also 2,4 Prozentpunkte weniger, als der Sachverständigenrat bei einer mutigen Wirtschaftspolitik und einer gesamtwirtschaftlichen Orientierung aller autonomen Gruppen für möglich gehalten hatte (JG 67 Ziffer 317) und 3,6 Prozentpunkte weniger, als tatsächlich erreicht wurden. Hätte diese amtliche Zielprojektion ihren Zweck erfüllt — nämlich die Erwartungen der Investoren und Verbraucher hinsichtlich der künftigen Entwicklung zu beeinflussen — und wäre infolgedessen das reale Bruttosozialprodukt tatsächlich nur um 4 vH gestiegen, so wäre eine erneute Konjunkturabschwächung unvermeidlich gewesen (JG 68 Ziffer 181). Daß diese Zielprojektion so vorsichtig ausgerichtet war, hatte nicht unwichtige Folgen für die Lohnentwicklung: Die Gewerkschaften orientierten sich an den niedrigen Richtzahlen für die Lohnpolitik, banden sich zudem auch noch in längerfristigen Tarifverträgen und erzeugten auf diese Weise den außergewöhnlich langen Lohn-Lag in der Aufschwungsphase dieses Konjunkturzyklus. Die Erfahrungen mit der Zielprojektion für 1968 machen deutlich, wie ein Mittel Gefahr läuft, diskreditiert zu werden, wenn man nicht auf das Optimum zielt.

II. Wenn die D-Mark flexibel gewesen wäre, ...

243. Eine Politik der größeren Wechselkursflexibilität wäre — wie der Sachverständigenrat schon im Juni 1964 in einer Stellungnahme an den Bundeskanzler hervorgehoben hat — notwendig gewesen,

um in der Bundesrepublik die großen wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen (JG 67 Anhang II). Auch im ersten Jahresgutachten ist hervorgehoben, „daß bei festen Wechselkursen ein so stark in die internationale Wirtschaft integriertes Land wie die Bundesrepublik nur vorübergehend geringere Raten der Geldentwertung haben oder gar eine Insel oder Geldwertstabilität bilden kann“ (JG 64 Ziffer 237). Wie die Erfahrungen der letzten Jahre erneut deutlich gemacht haben, führt der Versuch der Bundesrepublik, sich von der Geldwertentwicklung im Ausland bei festem Wechselkurs abzusetzen, nur dazu, daß zeitweise große außenwirtschaftliche Überschußungleichgewichte entstehen, daß sich schließlich Schübe importierter Inflation doch als unvermeidlich erweisen und daß die Konjunktur unetwiger wird.

244. Wenn das Instrument größerer Wechselkursflexibilität seit 1964 zur Verfügung gestanden hätte, wäre es möglich gewesen, diese Fehlentwicklungen zu vermeiden. Größere Wechselkursflexibilität allein hätte indes nicht ausgereicht, gleichzeitig alle Ziele zu realisieren, die dem Sachverständigenrat als Beurteilungsnorm vorgegeben sind und auf die die Regierungen von Bund und Ländern durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verpflichtet werden. Hinzukommen muß eine geschlossene Konzeption aus zielkonformer Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik (JG 64 Ziffern 236 ff.).

Nachdem mehr als ein Konjunkturzyklus abgelaufen ist, seitdem der Sachverständigenrat erstmals eine solche, nach außen flexibel abgesicherte Wirtschaftspolitik aus einem Guß konzipiert hat, soll rückblickend in einer Simulation — jeweils bezogen auf die konjunkturelle Lage — beschrieben werden, wie die Wirtschaftspolitik bei einer Verwirklichung dieser Konzeption hätte handeln müssen und wie wirtschaftspolitische Maßnahmen und Wechselkursveränderungen hätten zusammenwirken können. Eine solche Alternative zum tatsächlichen Wirtschaftsablauf in der Vergangenheit soll dazu dienen, die Urteilsbildung in ähnlicher Weise zu erleichtern, wie dies durch strategische Planspiele auch in anderen Bereichen — zum Beispiel bei der Unternehmensführung — geschieht.

Der mittelfristige Aufwertungstrend der Mark

245. Für die folgende Simulation soll davon ausgegangen werden, daß der Kurs der D-Mark Mitte 1964 freigegeben und von diesem Zeitpunkt an eine konsequente Politik der internen Geldwertstabilität, eines stetigen Wachstums und eines hohen Beschäftigungsstandes verfolgt worden wäre. Unter diesen Umständen hätte sich die D-Mark auf mittlere Sicht — das heißt über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg — aufgewertet. Anhaltspunkte zur Schätzung der mittelfristigen Aufwertungsrate bieten die folgenden Überlegungen.

246. In der Bundesrepublik erscheinen die Erfolgchancen einer konsequenten Stabilitätspolitik auf-

grund besonderer gesellschaftlicher Gegebenheiten, vor allem aufgrund der Erfahrungen mit zwei großen Inflationen in einem Generationszeitraum, größer als anderswo. Bei flexiblem Kurs ließe sich der mittelfristige Anstieg des Index der Lebenshaltung auf 1 vH jährlich begrenzen (JG 67 Ziffern 258 ff.; JG 68 Ziffern 241 f.). Diese Rate entspricht auch der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung (JWB 69 Anlage I).

In Wirklichkeit stiegen die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik von Mitte 1964 bis Mitte 1969 mit einer Jahresrate von 2,6 vH. Die Preisentwicklung wäre noch steiler verlaufen, wenn nicht der Druck der Rezession im Inland und wechselkurspolitische Maßnahmen — insbesondere die Pfundabwertung und die Ersatzaufwertung der D-Mark mit dem außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetz — dem Sog der steigenden Preise im Ausland entgegenge wirkt hätten.

— Die Rezession hat in den Jahren 1966 und 1967 den Preiswettbewerb inländischer Anbieter, die über freie Kapazitäten verfügten, in der Bundesrepublik so verschärft, daß der internationale Preiszusammenhang zeitweilig unterbrochen wurde (JG 67 Ziffern 45 ff.). Als der Rezessionsdruck wieder nachließ, setzte ein Prozeß der Anpassung der inländischen Preise an das gestiegene Auslandspreisniveau ein, doch war dieser Aufholprozeß Mitte 1969 noch nicht abgeschlossen. Es ergab sich vom Beginn der Rezession Mitte 1966 bis Mitte 1969 bei den inländischen Preisen und Kosten ein Rückstau von schätzungsweise 3 vH, der sich in den anhaltenden außenwirtschaftlichen Überschüssen während der ersten Hälfte von 1969 widerspiegelt (Ziffer 90). Über den gesamten Zeitraum von Mitte 1964 bis Mitte 1969 gerechnet, wären die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik ohne diesen Rückstau schätzungsweise um 0,6 vH jährlich mehr gestiegen als tatsächlich.

— Die Abwertung des Pfundes und anderer Währungen im November 1967 und das außenwirtschaftliche Absicherungsgesetz der Bundesrepublik im November 1968 haben bewirkt, daß die Preissteigerungen auf den ausländischen Märkten für die Verbraucher im Inland weniger fühlbar wurden. Der preisdämpfende Effekt dieser Maßnahmen sei für die folgende Rechnung auf 0,5 vH je Jahr veranschlagt.

Die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik wären folglich bei ununterbrochenem Preiszusammenhang, ohne Abwertungen anderswo und ohne steuerliche Ersatzmaßnahmen bei uns, von Mitte 1964 bis Mitte 1969 um 3,5 bis 4 vH je Jahr gestiegen. Gegenüber dem internen Stabilitätsziel (f vH) ist dies also jährlich um 2,5 bis 3 vH zuviel. Bei flexiblem D-Mark-Kurs wäre diese Differenz auf mittlere Sicht in erster Linie durch einen Aufwertungstrend der D-Mark ausgeglichen worden. Einen kleineren Teil des wechselkurspolitischen Absicherungsbedarfs hätten wahrscheinlich Abwertungen anderer Währungen gedeckt, wenngleich eine kontinuierliche Aufwertung der D-Mark den Abwertungsdruck auf das Pfund und andere Währungen gemindert hätte.

247. Eine kontinuierliche Aufwertung der in ihrem Binnenwert weitgehend wertbeständigen Mark um 2,5 bis 3 vH jährlich hätte sich realisieren lassen, ohne daß Überraschungen mit der Folge unerwünschter Mengenreaktionen bei den Anbietern hätten auftreten müssen. Voraussetzung hierfür wäre allerdings eine glaubhafte und frühzeitige Absichtserklärung der Regierung gewesen, daß sie gewillt sei, von einer Politik des konstanten Wechselkurses und des steigenden Binnenpreisniveaus umzuschalten auf eine Politik des steigenden Wechselkurses und des konstanten Binnenpreisniveaus. Die Bundesregierung hätte bereits Mitte 1964 die ernsthafteste Absicht zu einer neuen Stabilitätspolitik durch konkrete Schritte unterstreichen müssen, zum Beispiel

- in der Budgetpolitik durch die Überprüfung der laufenden Gesetzgebungsvorhaben und der Haushaltsansätze für 1965,
- in der Geldpolitik durch eine neue gesetzliche Bestimmung im Bundesbankgesetz, die die Bundesbank ausdrücklich auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet und die sie davon entbindet, auch den Zahlungsbilanzausgleich anzustreben (hierfür hätte ja der freie Wechselkurs gesorgt) und
- in der Einkommenspolitik durch eine Übereinkunft mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in der sich diese verpflichten, die Lohnvereinbarungen in der gegen Ende 1964 einsetzenden Lohnrunde in dem Rahmen zu lassen, der durch den Grundsatz der Kostenniveau-Neutralität und das

Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes vorgegeben ist.

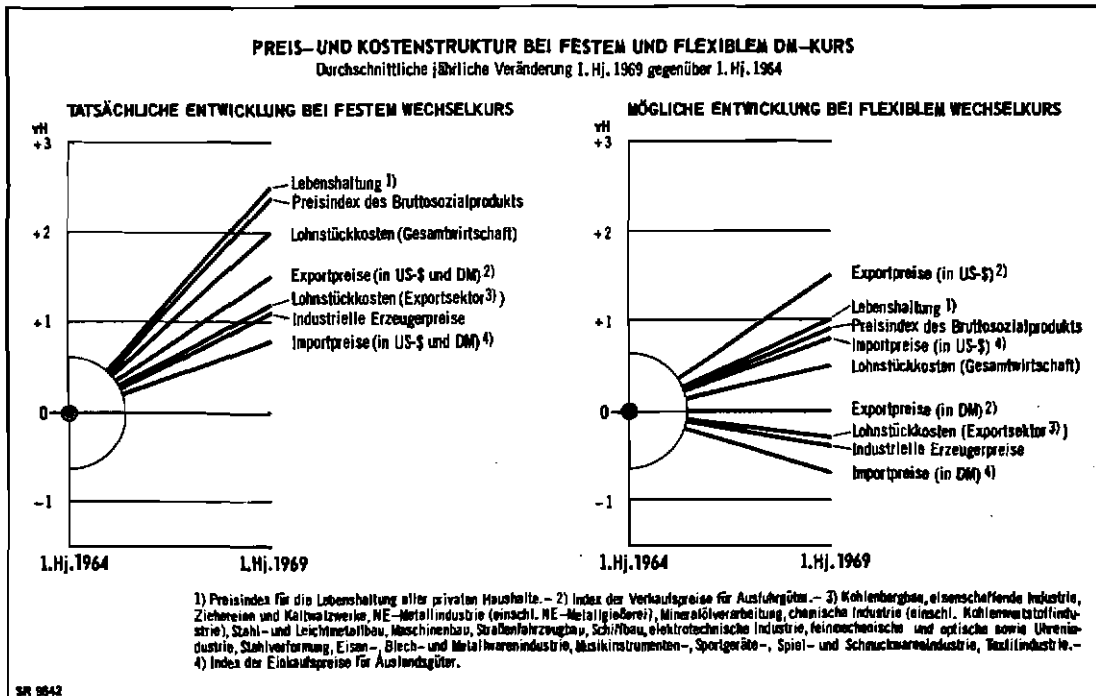
248. Überzeugende Absichtserklärungen hätten bei der Freigabe des Wechselkurses die Aufgabe gehabt, die Erwartungen möglichst schnell auf die neue Wirtschaftspolitik auszurichten. Dies hätte dazu beigetragen, daß das Nominalzinsniveau rasch um die nun nicht mehr eingerechnete Inflationsrate gesunken wäre (JG 67 Ziffer 423).

Im übrigen hätte die Freigabe des Wechselkurses der Regierung die Chance gegeben, auf die Einführung der Kuponsteuer zu verzichten und andere diskriminierende Vorschriften gegen Auslandskapital abzuschaffen. Sie hätte auf diese Weise deutlich machen können, daß freie Wechselkurse viele Interventionen überflüssig machen und die internationale Kapitalverteilung verbessern helfen.

249. Eine umfassende stabilitätspolitische Strategie hätte bereits im Sommer und Herbst 1964 dafür sorgen müssen, daß die Preise und die Kosten in ihrer Entwicklung möglichst im Gleichschritt um die erwartete Inflationsrate bereinigt worden wären. Nur so hätten die Friktionen einer Stabilisierung vermieden werden können.

Das niedrigere Zinsniveau und der geringere Anstieg der Löhne und Importpreise hätten die Produktionskosten niedriger gehalten. Über den ganzen Zeitraum von Mitte 1964 bis Mitte 1969 wären die Lohnstückkosten fast konstant geblieben; die Importpreise wären — in D-Mark gerechnet — um

Schaubild 35



knapp 1 vH jährlich zurückgegangen (Schaubild 35). Die kontinuierliche Aufwertung hätte die Exportindustrie dazu veranlaßt, die — im Exportsektor erfahrungsgemäß um 1 bis 2 Prozentpunkte über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegenden — Produktivitätsfortschritte im (D-Mark-)Preis weiterzugeben (JG 67 Ziffern 446 f.). Mittelfristig wäre die Wettbewerbsposition im Export — definiert als Erlös-Kosten-Relation des Exportsektors — von der Freigabe des Kurses also nicht berührt worden.

Die Lohnempfänger hätten zwar weniger als tatsächlich ausgezahlt bekommen, dafür wären die Verbraucherpreise aber kaum gestiegen. Das Rechnen mit der Geldentwertung wäre vermieden worden, die Sparvermögen hätten kaum an Wert verloren.

Die konjunkturglättende Wirkung des freien Wechselkurses

250. Welche zyklischen Schwankungen des Wechselkurses um den Aufwertungsstrend hätte es nach einer Kursfreigabe Mitte 1964 gegeben?

Im Nachhinein gesehen wäre die Mitte des Aufschwungsjahres 1964 besonders geeignet für die Kursfreigabe gewesen:

- Der konjunkturelle Aufschwung war schon so gefestigt, daß der Wechselkurs ohne Gefahren für den Beschäftigungsstand hätte freigegeben werden können.
- Die Kostenentwicklung war aber noch nicht so weit angespannt, daß allgemein mit einer Kosten- und Preiswelle gerechnet wurde; Mitte 1964 gab es noch Produktivitätszuwächse aus der zunehmenden Kapazitätsauslastung, die es erleichterten, Lohnerhöhungen aufzufangen.
- Die Zahlungsbilanz befand sich in der Nähe des Gleichgewichts, was sich allein schon daran ablesen läßt, daß der Überschuß in der Leistungsbilanz mit der Schwerpunktverlagerung in der Nachfrageentwicklung vom Ausland auf das Inland nach Mitte 1964 unverzögert und fühlbar zurückging, während er im Gegensatz dazu auf den Aufschwung der Inlandskonjunktur 1967/68 nicht reagierte.

251. Hektische Kursbewegungen wären infolgedessen unmittelbar nach der Kursfreigabe kaum zu erwarten gewesen. Etwaigen Überreaktionen hätte die Bundesbank in den ersten Wochen durch glättende Interventionen entgegenwirken können, sei es durch Variation der kurzfristigen Zinsen, sei es durch den kurzfristigen Einsatz ihrer Reserven am Devisenmarkt.

252. In dem Maße, in dem die Öffentlichkeit und die Devisenhändler überzeugt worden wären, daß mit der Kursfreigabe anhaltende interne Preisstabilität gesichert werde, wäre es im Verlauf des Herbstes

1964 allmählich zu einer Aufwertung der D-Mark gekommen. Möglicherweise wäre die laufende Aufwertungsrate schon bald höher gewesen, als dem mittelfristigen Erwartungswert von 2,5 bis 3 vH entsprochen hätte. Dies wäre konjunkturpolitisch — auch als Ausgleich für die erneute Belebung der Auslandsnachfrage — erwünscht gewesen. Wäre es aber nicht schon allein aufgrund der Absichtserklärung zu einer genügend starken Aufwertung gekommen, so hätte die Bundesbank durch eine entsprechend restriktive Kreditpolitik den Erklärungen der Regierung Nachdruck verleihen und den Aufwertungssatz etwas in die Höhe treiben müssen.

253. Diese Aufwertung, die in der ersten Hälfte von 1965 möglicherweise noch stärker geworden wäre, hätte

- stetigen Druck auf die D-Mark-Exportpreise ausgeübt und sie, entsprechend der Stabilitätsnorm, leicht zurückgehen lassen (während sie in Wirklichkeit mit einer Jahresrate von mehr als 2 1/2 vH stiegen);
- den starken Anstieg der D-Mark-Importpreise gedämpft und damit den internen Preiswettbewerb intensiviert (während die Importpreise im Winter 1964/65 mit einer Jahresrate von 6 vH stiegen);
- die Auslandsnachfrage leicht gebremst (während diese, gemessen am Auftragseingang, bis zum Frühjahr 1965 unvermindert zunahm);
- die optimistischen Erwartungen der Investoren etwas reduziert (während die Investitionen in der ersten Hälfte von 1965 rund 15 vH über dem Stand im ersten Halbjahr 1964 lagen) und
- die Lohnerhöhungen etwas beschnitten (während im Herbst 1964 aufgrund der starken Nachfrage nach Arbeitskräften mit der neunprozentigen Tarifloohnerhöhung in der Metallindustrie eine Lohnwelle einsetzte).

Wechselkurs und Zins wären von ihren mittelfristigen Erwartungswerten nach oben abgewichen; dies hätte wahrscheinlich ausgereicht, Preiserhöhungsspielräume zu beschneiden, ohne daß es zu größeren Mengenkorrekturen hätte kommen müssen. Im Verlauf von 1965 hätte eine stabilitätskonforme Geldpolitik restriktiv sein müssen. Die Zinssteigerungen hätten zu einem Kapitalzustrom und damit zu einer zusätzlichen kräftigen Aufwertung geführt, wodurch nach und nach der Anreiz zu weiteren Kapitalimporten wieder entfallen wäre. Von der Handelsbilanz her wäre der geldpolitische Restriktionseffekt noch wirksam ergänzt worden.

Hätte die öffentliche Hand 1965 bei freiem Wechselkurs genau so expansiv gewirkt wie tatsächlich (Erhöhung der Ausgaben und Senkung der Einkommensteuersätze im Boom), so hätten die Zinsen bei stabilitätskonformer Geldpolitik noch weiter angezogen; die D-Mark hätte sich dann entsprechend stärker aufgewertet. Ob jedoch bei freiem

Wechselkurs die öffentliche Hand so expansiv gewesen wäre, erscheint fraglich, weil die Steuereinnahmen bei größerer Preisstabilität nicht so reichlich nachgefragt wären und weil die rechtzeitige leichte Nachfragedämpfung durch Aufwertung und Zinsanstieg die Ausgabefreudigkeit wahrscheinlich gezügelt hätte.

254. Die Lohnentwicklung wäre 1965, trotz angespannter Verhältnisse am Arbeitsmarkt, wahrscheinlich nahe an der Produktivitätsnorm geblieben, denn bei freiem Wechselkurs wären die Preiserhöhungsmöglichkeiten etwas verringert und der Widerstand der Unternehmer gegen Lohnerhöhungen größer gewesen; auch hätten sich die Gewerkschaften mit geringeren Nominallohnerhöhungen einverstanden erklären können, weil die Binnenmärkte gegen den Preisauftrieb im Ausland abgeschirmt gewesen wären. Hätten die Tarifpartner aber trotzdem versucht, über die Norm der Kostenniveau-Neutralität hinauszugehen, so hätte die Bundesbank aufgrund ihrer gesetzlichen Verpflichtungen bei flexiblem Kurs dem entgegenwirken müssen, freilich mit dem Risiko von Beschäftigungsverlusten. Doch brauchte man das Beschäftigungsrisiko nicht zu überschätzen, weil man es kannte und sich in der Lohnpolitik darauf hätte einstellen können. Wahrscheinlich hätten sich die Tarifpartner unter diesen Umständen 1965 in einer verbindlichen konzertierten Aktion zu einer stabilitätsorientierten Einkommenspolitik (gemäß Ziffer 248, JG 64) bereit erklärt. Was Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Sommer 1965 davon abhielt, den vom Sachverständigenrat angeregten Versuch zur Einkommenspolitik, dem sie schon zugestimmt hatten, Wirklichkeit werden zu lassen, war gerade die offene Flanke gegenüber der Inflation im Ausland und das desinteressierte Zögern der damaligen Bundesregierung (JG 66 Ziffern 241 ff.).

255. Im Aufwertungstrend wäre es 1965 zu einem Umschwung gekommen: Der Außenwert der D-Mark wäre Anfang 1965 wahrscheinlich mit einer deutlich über dem Trendwert von 2,5 bis 3 vH liegenden Rate gestiegen. Je mehr der Zins-Wechselkurs-Mechanismus aber restriktiv gewirkt hätte, um so mehr hätte sich das Aufwertungsstempo verringern können, möglicherweise schon gegen Ende 1965 — als Rückgänge in der Kapazitätsauslastung fühlbar wurden — bis auf eine Rate von nahe 1 vH. Diesen Tendenzumschwung am Devisenmarkt hätten Kapitalabflüsse als Folge ungünstiger Aussichten am westdeutschen Aktienmarkt vermutlich noch verstärkt.

Wahrscheinlich wäre das Verbraucherpreisniveau trotz einer wirksamen monetären Restriktionspolitik 1965 wegen schlechter Ernten um mehr als 1 vH gestiegen. Die zusätzlich notwendigen Nahrungsmittelfuhren hätten den Aufwertungsrythmus weiter verlangsamt. Für das Jahr 1966 darf man daher eine relativ geringe Aufwertungsrate — knapp 1 vH jährlich — unterstellen. Weniger als dies hätte sich wohl nicht ergeben, weil im Verlauf von 1966 zunehmend deutlich wurde, daß sich der Inflationstrend im Ausland — vor allem in den Vereinigten Staaten — zu beschleunigen begann.

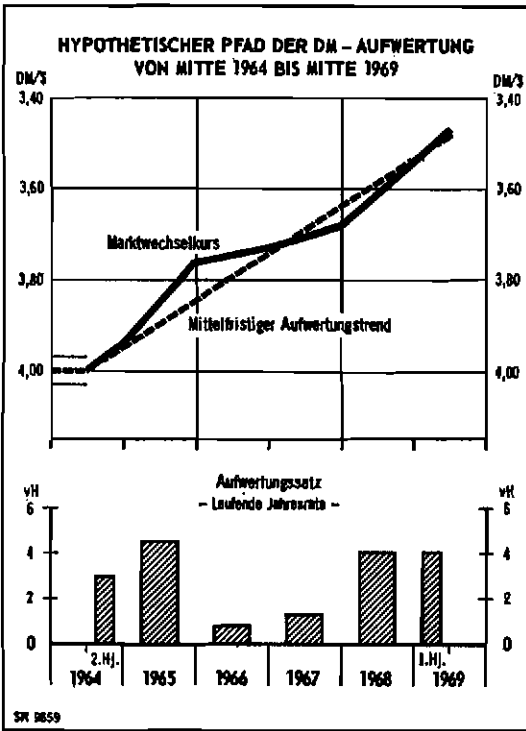
256. Die weitgehend stabilen Preise und Kosten im Inland und die langsame Aufwertung hätten den Export von der Preisseite angeregt; eine geringere Auslastung der Produktionskapazitäten hätte diese Tendenz noch unterstützt. Im Gegensatz dazu hätten die Einfuhren mit der verlangsamen Aufwertung etwas an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Zusammen mit Zinssenkungen hätte die Entwicklung des Außenhandels 1966 den Rückgang der Binnenkonjunktur abgefangen, während sich die Bundesbank in Wirklichkeit gehalten sah, die Preissteigerungen noch bis gegen Ende 1966 mit ungemindertem Restriktionsdruck zu bekämpfen. Bei flexiblem Wechselkurs wäre eine Rezession in den Jahren 1966 und 1967 gar nicht erst entstanden. Die wirksamere Geldpolitik und das antizyklische Schwingen der Aufwertungsrate hätten es ermöglicht, die interne Preisstabilität ohne den Preis großer Produktionsfälle (Ende 1966 bis Mitte 1968 insgesamt schätzungsweise 50 Mrd. DM) zu sichern.

Die interne Konjunktur hätte allmählich wieder Auftrieb erhalten, so daß Zins und Wechselkurs 1968 und 1969 ähnlich wie 1965 über den mittelfristigen Erwartungswerten gelegen hätten, was rechtzeitig dämpfend gewirkt hätte. Der Beschleunigung des Weltinflationstrends und der exzessiven Nachfrage nach westdeutschen Waren, die nach 1967 zu einer Exportlastigkeit der westdeutschen Wirtschaft geführt haben, wäre durch den Zins-Wechselkurs-Mechanismus wirkungsvoll begegnet worden. Die hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse, ein wichtiger Anlaß zur Unruhe im Weltwährungssystem, wären vermieden worden.

257. Im Fünfjahreszeitraum von Mitte 1964 bis Mitte 1969 wäre die Mark nach diesen hypothetischen Überlegungen um rund 12 bis 15 vH aufgewertet worden. Der Wechselkurs hätte sich wahrscheinlich nie um viel mehr als 2 vH vom mittelfristigen Aufwertungstrend entfernt (Schaubild 36). Der Dollar wäre Mitte 1969 etwa DM 3,40 bis 3,50 wert gewesen; dafür hätte die Mark nur 5 vH an ihrem Binnenwert verloren, statt des tatsächlichen Kaufkraftverlustes von 13 vH¹⁾. Der Wechselkurs hätte durch seine Bewegung um den mittelfristigen Aufwertungstrend dazu beigetragen, störende Wirkungen der Auslandskonjunktur auf die Inlandskonjunktur abzumildern. Die Binnenkonjunktur hätte stetiger verlaufen können, und je stetiger sie wird, um so stetiger kann die Entwicklung des Wechselkurses werden.

¹⁾ Die D-Mark wäre im Ausland rund 6 vH mehr wert als nach der Stufenabwertung des Franken und der Stufenaufwertung der D-Mark im Herbst 1969. Das Binnenpreisniveau wäre in der hypothetischen Alternative um 8 vH weniger gestiegen als tatsächlich. Die Differenz (zwischen 6 und 8 vH) erklärt sich daraus, — daß bei einer allmählichen Aufwertung der D-Mark die anderen Währungen wahrscheinlich um etwas weniger als die tatsächlichen Sätze hätten abwerten müssen und — daß die Stufenaufwertung vom Herbst 1969 möglicherweise ein geringes Vorhalteelement enthält.

Schaubild 36



258. Ein flexibler Kurs hätte es nach diesen Überlegungen nicht nur ermöglicht, die Konjunktur zu verstetigen, sondern auch ein hohes Maß an Preisniveaustabilität — bei entsprechender Lohnpolitik — ohne nachteilige Folgen für die Beschäftigung zu erreichen.

Möglicherweise hätte das Sozialprodukt in den fünf Jahren sogar etwas schneller zugenommen als tatsächlich:

- Die einseitige Nachfragedrosselung von 1966 mit der Folge von Produktionsausfällen wäre der Bundesrepublik erspart geblieben; das Produktionspotential wäre ohne die Rezession heute etwas größer.
- Unerwünschte außenwirtschaftliche Überschüsse, die nun wenig produktiv in Rüstungskäufen, künstlich stimuliertem Kapitalexport und Devisenbeständen angelegt werden mußten, wären nicht entstanden.

Die Einkommensverteilung, die tatsächlich im Konjunkturablauf beträchtlich schwankte, wäre näher an den mittelfristigen Gleichgewichtsproportionen geblieben. Die Gewinne wären im Aufschwung durch einen aufwertungsbedingt verschärften Auslandswettbewerb in Grenzen gehalten worden. In der Verlangsamungsphase wäre es dafür nicht zu einer so starken Gewinnkompression wie 1966/67 gekommen. Geringer Aufwertungsdruck, stabile Kosten und niedrigere Zinsen hätten für eine Entlastung gesorgt. Die Gefahr einer Lohnexplosion wäre der Bundesrepublik erspart geblieben.

Mögliche Einwände

259. Auf den Einwand, der simulierte Konjunkturablauf gehe von einer Wirtschaftspolitik ohne Fehler aus, kann entgegnet werden, daß es Zweck der spekulativen Alternative war, von einer konsequenteren und optimalen Wirtschaftspolitik ausgehend, die konjunkturpolitischen Möglichkeiten zu schildern, die flexible Wechselkurse bieten.

Indem sie auf mögliche Fehlgriffe der Wirtschaftspolitik rasch reagieren, tragen flexible Kurse nicht nur dazu bei, daß wirtschaftspolitische Fehler rechtzeitig erkannt und frühzeitig revidiert werden können, sondern auch dazu, daß diese in der Regel durch die Reaktion des Wechselkurses zum Teil automatisch korrigiert werden.

260. Dem Einwand, daß hier von völlig freien Wechselkursen ausgegangen wurde, völlige Flexibilität aber politisch nicht realisierbar sei, kann begegnet werden, indem man die Annahme unbegrenzter Flexibilität gegen die Unterstellung limitierter Flexibilität austauscht (Ziffern 273 ff.): Es hätte — im Nachhinein gesehen — für den simulierten Ablauf keinen Unterschied gemacht, wenn man zum Beispiel von einer Bandverschiebung von 2,5 bis 3 vH und einer Bandbreite von 6 vH ausgegangen wäre¹⁾. Der freie Wechselkurs hätte sich nur selten der Grenze des Bandes auf weniger als einen Prozentpunkt genähert.

261. Gegen den möglichen Einwand, daß exogene Störungen — zum Beispiel Stufenabwertungen in wichtigen Partnerländern — übersehen wurden, läßt sich anführen, daß die Marktnotierung der D-Mark darauf schnell und elastisch reagiert und so die Auswirkung auf das Inland abgemildert hätte. So hätte zum Beispiel bei der Pfundabwertung — abgesehen davon, daß sie in diesem Ausmaß wohl gar nicht notwendig geworden wäre — eine kurzfristige leichte Abwertung der D-Mark oder eine etwas geringere Aufwertung als sonst dazu beigetragen, daß die deutschen Anbieter die Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition auf den Auslandsmärkten als nicht so gravierend empfunden hätten. Wenn sich nach einiger Zeit herausgestellt hätte, daß die Abwertung nicht die erwartete Wirkung zeigte, so wäre der Kurs der Mark wieder etwas rascher nach oben korrigiert worden. In ähnlicher Weise hätte ein freier D-Mark-Kurs die westdeutsche Wirtschaft nach den Unruhen im Mai 1968 zuerst gegen die inflatorischen Einflüsse aus Frankreich und dann gegen die Wirkung der Korrektur der Frankenparität im August 1969 abschirmen können, sofern diese Korrektur überhaupt noch als ruckartig empfunden wurde, da sie schon vorher vom flexiblen Terminkurs des Franken allmählich vorweggenommen worden war (Ziffern 102 ff.).

262. Wenn bisher von politischen Krisen abstrahiert wurde, so erscheint dies gerechtfertigt; denn bisher hat noch keine der politischen Krisen

¹⁾ Die Bandbreite wird dabei von der oberen zur unteren Grenze des Bandes gemessen.

die D-Mark in Schwierigkeiten gebracht. Sollte jedoch einmal besonders krisenempfindliches Kapital aus politischen Gründen tatsächlich abwandern, so würde der freie Gleichgewichtskurs der Mark hierdurch zunächst unter Abwertungsdruck geraten. Ein Krisenabschlag im Wechselkurs wäre dann gerade das stärkste Gegenmittel gegen eine allgemeine Kapitalflucht: Anders als bei festen Wechselkursen würde der Export von Waren, die mit im Inland investiertem Kapital erzeugt werden, lukrativer. Außerdem würde der Dollarerlös aus Fluchtkapital geringer.

Jedenfalls hätte keine dieser Störungen bei flexiblem D-Mark-Kurs die Lohn- und Gewinnerwartungen stärker verändern können als die Stufenabwertung des Pfundes im November 1967 oder das Absicherungsgesetz, gegen das sich die Exporteure und Importeure nicht einmal am Devisenterminmarkt absichern konnten. Die Gewinnerwartungen der Unternehmer, die für die Konjunktur besonderes Gewicht haben, wären durch Veränderungen des Aufwertungstempos in jedem Jahre weniger berührt worden als heute etwa von einer Stufenlohnerhöhung oder einer Veränderung des Zinsniveaus. Keinesfalls hätte die Bundesrepublik dann aber — wie dies in den letzten fünf Jahren tatsächlich der Fall war — dazu beigetragen, daß es zu internationalen Währungskrisen und neuen Eingriffen in den internationalen Handel und Zahlungsverkehr kommt, die den Export der Bundesrepublik ernsthaft gefährden können.

III. Neue Wege in der Konjunkturpolitik

263. Sollen die großen wirtschaftspolitischen Ziele in der Zukunft besser verwirklicht werden als in den vergangenen sechs Jahren, so wird es vor allem darauf ankommen, daß man konjunkturdämpfende Maßnahmen ergreift, bevor der Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht hat, und daß man eine Politik der Nachfrageexpansion einleitet, bevor die Wirtschaft in die Talsohle gelangt ist. Denn wirkt man Fehlentwicklungen nicht vorbeugend entgegen, so besteht, wie gezeigt, die Gefahr, daß das Richtige zu spät geschieht und dadurch falsch wird. Im ersten Fall wird der nächste Rückschlag verstärkt, im zweiten Fall der nächste Boom angeheizt.

264. Vorbeugendes Handeln in der Konjunkturpolitik setzt voraus, daß man:

- das konjunkturrelevante Informationssystem verbessert,
- den konjunkturpolitischen Entscheidungsprozeß beschleunigt,
- für Mittel-Kombinationen optiert, die den Besonderheiten einer offenen Wirtschaft Rechnung tragen, und
- das Programm einkommenspolitisch absichert, wenn konjunkturelle Extremlagen zu befürchten sind.

265. Was das Informationssystem anlangt, so wäre schon viel gewonnen, wenn künftig noch mehr von den Möglichkeiten, die das Stichprobenverfahren bietet, Gebrauch gemacht und die Aufbereitung der konjunkturrelevanten Statistiken noch weiter beschleunigt würde. Darüber hinaus müßten zahlreiche Lücken in der amtlichen Statistik geschlossen werden. So bedarf es einer Erwerbs-, Investitions-, Lager-, Lohn- und Produktivitätsstatistik, die nach Sektoren und Branchen gegliedert ist; auch werden Statistiken benötigt, die über die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen und über die Bestellungen und Auftragsvergaben im öffentlichen Sektor Auskunft geben. Außerdem sollte das Konjunkturtestverfahren ausgebaut werden, vor allem hinsichtlich der Einkommenserwartungen und Kaufabsichten der Verbraucher und der Ausgabenpläne der Gemeinden. Nachhaltig erweitern ließen sich vermutlich Möglichkeiten der Konjunkturprognose auch, wenn man die ökonomische Konjunkturforschung intensivierte.

266. Mit einem besseren Informationssystem ließen sich auch bessere Zielprojektionen erstellen. Damit der auf diese Weise erweiterte Möglichkeitsbereich der Konjunkturpolitik auch ausgeschöpft wird, muß die Bundesregierung mehr als bisher bereit sein, sich auf quantifizierte Optimalziele festzulegen. Das Risiko, daß sie dann an ihren eigenen Zielen gemessen und unter Umständen nur als relativ erfolgreich angesehen würde, könnte sie dadurch eingrenzen, daß sie ihre zahlenmäßigen Vorstellungen, wenn es aufgrund neuer Informationen und Erkenntnisse geboten erscheint, ohne Zögern revidiert. Wenn die Wirtschaftssubjekte mit glaubwürdigen Zukunftsinformationen versorgt werden könnten, würde die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus verbessert; man brauchte insgesamt weniger konjunkturpolitische Eingriffe vorzunehmen, „jedenfalls im Vergleich zu einer Konjunktur- und Haushaltspolitik der Improvisationen, mit denen immer wieder auch jene Fehlentwicklungen korrigiert werden müssen, die vermeidbar gewesen wären, hätte man sich früher über die Zukunft mehr Gedanken gemacht“ (JG 67 Ziffer 282).

267. Konjunkturpolitische Reaktionsverzögerungen werden außer durch Mängel des Informationssystems durch Rigiditäten des Entscheidungsprozesses verursacht. Diese ließen sich wahrscheinlich am ehesten beheben, wenn die Legislative die konjunkturpolitischen Ziele operational definierte und der Exekutive in all den Fragen, die dadurch ihres politischen Charakters entkleidet würden und überwiegend Vollzugsangelegenheiten betrafen, mehr konjunkturpolitische Befugnisse überantwortete. Abgesehen von der Währungspolitik scheint dies nach wie vor besonders notwendig in der Fiskalpolitik, wo den Maßnahmen, weil sie im allgemeinen eines Parlamentsbeschlusses bedürfen, oft langwierige Beratungen vorausgehen. Zwar ist das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vom 8. Juni 1967 schon ein Schritt in dieser Richtung, aber zum Handeln ermächtigt oder aufgerufen ist die Bundesregierung nach diesem Gesetz nur in Fällen, in denen konjunktur-

relle Fehlentwicklungen greifbare Formen angenommen haben und deshalb kaum mehr abwendbar sind: So müssen erst „außenwirtschaftliche Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ (§ 4) vorliegen, bevor Maßnahmen der außenwirtschaftlichen Absicherung ergriffen werden können; und die bereitgestellten steuerpolitischen Instrumente — Variationen der Abschreibungsmöglichkeiten und der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze innerhalb bestimmter Grenzen (§§ 26 f.) — können auch erst eingesetzt werden, wenn eine nachhaltige „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten ist oder sich abzeichnet“. Damit nicht erst gehandelt wird, wenn es schon (fast) zu spät ist, müßten in viel stärkerem Maße Gesichtspunkte der Prophylaxe gesetzlich verankert werden. Wenn die Legislative ein eindeutiges System von konjunkturpolitischen Zielen und Mitteln definierte und die Exekutive gehalten wäre, sich danach zu richten, könnten die Marktteilnehmer in ihren Plänen vorbeugende Aktionen der Konjunkturpolitik vorwegnehmen und auf insgesamt mehr Stetigkeit vertrauen. Das Parlament selbst wäre dann auch in der Lage, Vollzug und Erfolg der Konjunkturpolitik besser als bisher zu kontrollieren. Auch könnte sich das Parlament stärker darauf konzentrieren, welcher Anteil des Produktionspotentials vom Staat — auf Kosten der Privaten — beansprucht werden soll, wie er verwendet werden soll und ob er mehr mit Hilfe von Steuern oder von Anleihen gegen die privaten Ansprüche durchzusetzen ist, drei Fragen, die im Gegensatz zu den eher verfahrenstechnischen Entscheidungen der Konjunkturpolitik fundamentale gesellschaftspolitische Bedeutung haben.

268. Welche Mittel geeignet sind, um die großen wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen, hat der Sachverständigenrat in seinen bisherigen Gutachten wiederholt zur Diskussion gestellt. Hier sei nur noch einmal unterstrichen, was in der Öffentlichkeit besonders umstritten zu sein scheint:

- In einer international so stark verflochtenen Wirtschaft wie der deutschen, wird eine antizyklische Geldpolitik bei freiem Handel und Kapitalverkehr auf die Dauer nur wirksam sein, wenn sie von einer hinreichenden Beweglichkeit des Wechselkurses flankiert wird (JG 64 Ziffer 243 und Anhang IV). Denn bei beweglichen Wechselkursen werden gleichzeitig der Liquiditätsstatus der Wirtschaftssubjekte und die Rentabilität ihrer Ausgabenprojekte in der konjunkturpolitisch erwünschten Weise beeinflusst. Die Geldpolitik ist um so wirkungsvoller, je höher die Zinselastizität der internationalen Kapitalbewegungen ist: unter Umständen genügen bereits geringfügige Zinssatzdifferenzen zwischen In- und Ausland, um die den Zinsänderungen entsprechenden Wechselkursänderungen zu induzieren.
- Je größer die Flexibilität bei den Wechselkursen ist, um so geringer kann sie bei der Steuerpolitik sein. Die Finanzpolitik brauchte dann nur dafür zu sorgen, daß der Staat soviel vom Produktionspotential absorbiert — auch auf Kosten der pri-

vaten Ansprüche —, wie notwendig ist, damit er seine Aufgaben erfüllen kann.

- Ist der Wechselkurs fest, so können Geldpolitik und Finanzpolitik auf längere Sicht nicht für die Verwirklichung binnenwirtschaftlicher Ziele, sondern nur zur Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts eingesetzt werden. Allenfalls vorübergehend, wenn eine konjunkturelle Übernachfrage mit einem Zahlungsbilanzdefizit und eine konjunkturelle Unterauslastung des Produktionspotentials mit einem Zahlungsbilanzüberschuß einhergeht, besteht Spielraum für konjunkturpolitisches Handeln, das dann jedoch nicht mehr prophylaktisch ist und deshalb die Gefahr unerwünschter Nebenwirkungen birgt.

269. Wird die Konjunkturpolitik so betrieben, daß sie — für sich genommen — Geldwertstabilität und stetiges Wachstum dauerhaft sichert, so bedarf es eines stabilitätskonformen Verhaltens der sozialen Gruppen, damit gleichzeitig auch ein hoher Beschäftigungsgrad der Arbeitskräfte und eine hohe Auslastung der Sachkapazitäten verwirklicht werden kann. Was ein solches Verhalten im einzelnen bedeutet, hat der Sachverständigenrat vor fünf Jahren dargelegt: Die Gewerkschaften müßten eine Lohnpolitik betreiben, die mit der Konstanz des Kostenniveaus vereinbar ist (JG 64 Ziffer 248; JG 66 Ziffer 302 ff.); und die Anbieter auf den Gütermärkten müßten darauf verzichten, die bei hohem Niveau wirtschaftlicher Aktivität allenthalben vorhandenen Preiserhöhungsspielräume voll auszunutzen (JG 64 Ziffer 249 f., 246). Wichtig ist, daß diese Verhaltensregeln auch kurzfristig beachtet werden. Denn versuchte auch nur eine Gruppe, Marktchancen, die sich vorübergehend bieten, auszunutzen, so provozierte sie Gegenreaktionen bei den anderen, die sonst Gefahr laufen würden, im Prozeß der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung zurückzubleiben. Es käme zum Verteilungskampf mit spiralförmigen Preis-Lohn- oder Lohn-Preis-Bewegungen, der mittelfristig keiner Gruppe einen realen Vorteil bringen, wohl aber der Gesamtheit Schaden zufügen würde. Nach den Erfahrungen mit dem Verteilungskampf 1965/66, der letztlich den Unternehmen unausgelastete Sachkapazitäten und den Arbeitnehmern den Verlust vieler Arbeitsplätze einbrachte, sollte es gelingen, die autonomen Gruppen dazu zu bewegen, gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte über (vermeintliche) partikulare Interessen zu stellen und die Bedingungen zu erkennen, unter denen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität gleichzeitig erreicht werden können.

270. Finden sich die autonomen Gruppen zur Einhaltung bestimmter Verhaltensregeln bereit, so kann dies durch Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität honoriert werden, wenn im Bereich der staatlichen Konjunkturpolitik regelgebundenes Verhalten an die Stelle von diskretionärem Handeln tritt, etwa nach der Formel: Orientierung der Finanz- und Geldpolitik am mittelfristigen Wachstum des Produktionspotentials. Denn je mehr Automatismus in die Konjunkturpolitik eingeht, um so

größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß Reaktionsverzögerungen ganz ausgeschaltet und Wirkungsverzögerungen weitgehend überspielt werden, letzteres vor allem deshalb, weil Abweichungen von dem Pfad, der zu den großen wirtschaftspolitischen Zielen führt, auch von den Marktteilnehmern als vorübergehend angesehen werden können mit der Folge, daß es schneller zu stabilisierenden Gegenreaktionen des Marktes kommt.

271. Was regelgebundenes Verhalten im Bereich der staatlichen Konjunkturpolitik für die Finanzpolitik bedeutet, ergibt sich aus den Grundsätzen einer konjunkturneutralen Finanzplanung, die der Sachverständigenrat in seinem vierten Jahresgutachten zur Diskussion gestellt hat (JG 67 Ziffer 184). Danach sollten bei dem erstrebten Auslastungsgrad des Produktionspotentials die öffentlichen Ausgaben im Prinzip mit der gleichen Rate zunehmen, mit der das Produktionspotential wächst, und die öffentlichen Einnahmen so gestaltet werden, daß der Staat die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den privaten Sektor weder zusätzlich fördert noch zurückdrängt.

Diese Regel schließt nicht aus, daß der Anteil am Produktionspotential, den der Staat für sich beansprucht (staatliche Absorption), steigt, sei es, weil sich im Wachstum die Preisrelationen zum Nachteil des Staates verschieben, wachstumsnotwendige öffentliche Investitionen aber nicht eingeschränkt werden sollen, sei es, weil bei konstanter staatlicher Absorption die Gefahr einer Vernachlässigung wichtiger Infrastrukturaufgaben droht (JG 64 Ziffer 209). Nur bedarf es dann auch kompensatorischer Maßnahmen auf der Einnahmenseite, zum Beispiel in Form einer Erhöhung der Steuerdeckungsquote bei gleichbleibender Kreditaufnahme oder — bei

konstanter Steuerdeckungsquote — einer stärkeren Inanspruchnahme des Kapitalmarktes. Worauf es ankommt, ist, daß die private Absorption mittelfristig um soviel zurückgedrängt wird, wie die staatliche Absorption ausmacht (Ziffern 112 ff.). Der Anteil der staatlichen Absorption, die Höhe der Steuerdeckungsquote und der Staatsverschuldung sowie die Struktur der Steuern und der Staatsausgaben unterliegen dabei einer Entscheidung, die essentiell politischer Natur ist.

272. Die Probleme einer diskretionär betriebenen Konjunkturpolitik (Prognose-Lag, Entscheidungs-Lag, Unvorhersehbarkeit staatlicher Maßnahmen) bestehen im Prinzip auch für die Geld- und Kreditpolitik. Deshalb wird seit vielen Jahren diskutiert, wie sich auch die diskretionäre Kreditpolitik durch einen Regelmechanismus ersetzen läßt; er müßte den Finanzierungsspielraum für ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum sichern und zugleich kurzfristigen Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials rechtzeitig entgegenwirken.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht ein Modell, in dem die Zentralbank im Zusammenwirken mit den Geschäftsbanken dafür zu sorgen hat, daß das Geld- und Kreditangebot mit dem Wachstum des Produktionspotentials in Einklang steht.

Obwohl viele der hierdurch aufgeworfenen Fragen noch ungelöst sind, erscheint uns das Modell prüfenswert. Nur eines sei hier schon erwähnt: Man kann bei einer solchen Prüfung nicht davon ausgehen, daß sich die Wirtschaftssubjekte bei größerer Konstanz der Geld- und Kreditpolitik hinsichtlich der Geldnachfrage ebenso unbeständig verhalten werden wie in einem System, in dem die Kreditpolitik diskretionär gesteuert wird.

FÜNFTES KAPITEL

Zu aktuellen Problemen der Wirtschaftspolitik

I. Alternativen zum gegenwärtigen Weltwährungssystem

273. Das gegenwärtige Währungssystem hat sich aus dem Vertragswerk von Bretton Woods fortentwickelt, und zwar teils durch zusätzliche Abkommen, teils im Wege des Gewohnheitsrechts. Kennzeichnend für die Währungsbeziehungen zwischen den Industrieländern, auf die es hier in erster Linie ankommt, sind fünf Merkmale:

a) Stufen „flexibilität“

Die Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds (IWF) setzen für den Außenwert ihrer Währungen eine Parität fest, die nur ge-

ändert wird, wenn sich in der Außenwirtschaft eines Landes ein fundamentales Ungleichgewicht gebildet hat, also ein Ungleichgewicht, das längere Zeit besteht und dann meist einen größeren Paritätssprung (in den letzten Jahren bis 15 vH) erfordert.

b) Enges Band

Wie im System der Goldwährung ist der Kassakurs bei gegebener Parität nur in engen Grenzen beweglich (Bandbreite von 1,5 bis 2 vH¹⁾). Innerhalb dieses Bandes können die Zentralbanken,

¹⁾ Hierbei sind die Bandbreiten von der oberen zur unteren Begrenzung des Bandes gemessen.

an den Grenzen müssen sie Devisen an- und verkaufen, um den Kurs der eigenen Währung entgegen den Markttendenzen festzuhalten.

c) Gold-Devisen-Kredit-Standard

Defizite und Überschüsse in den Devisenbilanzen werden nicht nur durch Gold und Devisen, sondern auch durch Kredite des Internationalen Währungsfonds, durch Notenbankkredite der Vereinigten Staaten und der Überschußländer ausgeglichen. Ab 1970 besteht zusätzlich die Möglichkeit, Defizite mit neu geschaffenen Sonderziehungsrechten zu finanzieren.

d) Dollar als Schlüsselwährung

Außer in Gold können Währungsparitäten auch in US-Dollar definiert werden, und neben Gold werden US-Dollar in den Währungsbeständen als Reserve gehalten. Dadurch ist den Vereinigten Staaten die Rolle eines Bankiers zugefallen, die es ihnen gestattet, ihre Defizite in eigener Währung zu begleichen und sich auf diese Weise besonders billig Kredite zu verschaffen. Als Weltbankier müssen sie jedoch damit rechnen, daß die Notenbanken anderer Länder ihre Dollarforderungen bei anhaltenden Defiziten in der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten in größerem Umfang zur Umwandlung in Gold präsentieren. Durch ein Gentleman's Agreement mit anderen Notenbanken haben sich die Vereinigten Staaten allerdings vor der Gefahr zu schützen versucht, daß es zu einem Run auf ihre Goldbestände kommt. Neben dem Dollar war bis vor wenigen Jahren auch das Pfund Sterling Leitwährung.

e) Währungskonvertibilität im Prinzip

Für den internationalen Zahlungsverkehr können grundsätzlich die wichtigsten ausländischen Währungen von Ausländern frei in andere Währungen umgetauscht werden (Ausländerkonvertibilität); hiervon wird bei Zahlungsbilanzkrisen abgewichen. Nur in wenigen Ländern, zum Beispiel in der Bundesrepublik, können auch Inländer ihre Zahlungsmittel unbegrenzt in andere Währungen umtauschen (Inländerkonvertibilität), und zwar nicht nur für Zahlungen in Zusammenhang mit Handelsgeschäften, sondern auch für den Kapitaltransfer (volle Konvertibilität).

Die Entwicklung des Bretton-Woods-Systems

274. Bestimmend für die Konzeption des internationalen Währungsabkommens, das im Juli 1944 in Bretton Woods beschlossen wurde, waren die währungspolitischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit, die gekennzeichnet waren durch hektische Veränderungen der Wechselkurse und Störungen des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs. Man suchte nach einem System, das so viel Einheitlichkeit und Stabilität versprach wie der Goldstandard, und entschied sich deshalb für staatlich fixierte Paritäten und ein enges Band für Wech-

selkursänderungen. Da man jedoch — anders als in der Zeit der Goldwährung — davon ausging, daß die Mitgliedsländer in erster Linie eine nationale Politik der Vollbeschäftigung betreiben würden, sah man die Möglichkeit von Paritätsänderungen für den Fall vor, daß sich daraus fundamentale Zahlungsbilanzungleichgewichte ergeben würden. Damit devisenarme Länder bei kurzfristigen Defiziten ihrer Zahlungsbilanz nicht zu einer Abwertung gezwungen würden, räumte man Ziehungsmöglichkeiten auf den Internationalen Währungsfonds ein.

275. Die schwachen Stellen dieses Kompromisses zwischen fixen Paritäten und der Möglichkeit zu Paritätsänderungen wurden bis 1958 kaum sichtbar, weil bis dahin die Konvertibilitätsbeschränkungen nicht aufgehoben waren und weil Überschußländer — als Ersatz für Aufwertungen — in der Liberalisierung des Handels- und Kapitalverkehrs Vorleistungen erbrachten. Schon bald nach 1958 entstand ein Bedarf an zusätzlicher Elastizität, sei es in Form kräftiger Wechselkursänderungen, sei es in Form vermehrter internationaler Liquidität. Denn Länder mit starken inflationären Tendenzen neigten zu Zahlungsbilanzdefiziten, und Länder, die größere Chancen hatten, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität gleichzeitig zu verwirklichen, zu Zahlungsbilanzüberschüssen.

276. Die Bereitschaft, die Wirtschaftspolitik von vornherein international zu koordinieren, war nicht vorhanden. Da die Länder, die Vollbeschäftigung auch um den Preis schleichender Geldentwertung zu erreichen suchten, zahlenmäßig und politisch das Übergewicht haben, wurde die westliche Welt zu einer Geldentwertungsgemeinschaft (JG 64 Ziffer 162). Wer also in der Bundesrepublik von Harmonisierung spricht, kann nach Lage der Dinge nichts anderes meinen als eine Anpassung unserer Geldwertentwicklung an die internationale Inflationsrate. Eine solche Politik verstieße aber gegen das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, in dem der Bevölkerung Geldwertstabilität versprochen wird.

277. Bei den divergierenden Kosten- und Preisentwicklungen hätten sich anhaltende Zahlungsbilanzungleichgewichte nur vermeiden lassen, wenn jeweils unverzüglich und somit häufiger die Wechselkurse geändert worden wären, wozu sich jedoch mit wenigen Ausnahmen Regierungen und Zentralbanken nicht bereit fanden. Hauptgründe waren

- die Regelung im IWF-Abkommen, daß Paritätsänderungen ohne ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz nicht zulässig sind;
- die Überzeugung, daß unveränderliche Paritäten die Länder zu internationaler Kooperation und zu einer Harmonisierung ihrer Konjunkturpolitik zwingen und damit der Aufgabenstellung internationaler und supranationaler Organisationen am besten entsprechen;
- die Neigung und die Möglichkeit, die Lösung des Konflikts zwischen binnen- und außenwirtschaftlichen Zielen durch Gewährung oder Aufnahme von Stützungskrediten zu vertagen.

278. Die internationale Kooperation lief darauf hinaus, daß den Defizitländern in immer neuen Formen Liquidität zur Verfügung gestellt wurde:

- Als die Goldnachfrage in Erwartung einer Erhöhung des Goldpreises zu Beginn der sechziger Jahre beträchtlich stieg, drängten die Vereinigten Staaten ihre europäischen Partner, sich an der Stützung der 1934 fixierten Goldparität des US-Dollars zu beteiligen, was im Jahre 1961 zur Bildung des (inzwischen wieder aufgelösten) Goldpools führte. Dies hatte zur Folge, daß das Schlüsselwährungsland, die Vereinigten Staaten, eine Zeitlang weiter Defizite machen konnte, ohne eine Flucht aus dem Dollar in das Gold befürchten zu müssen, da nun auch die Überschußländer, denen das Gold aus den Vereinigten Staaten zufließt, für die Aufrechterhaltung der Goldparität des Dollars eintraten.
- Im Jahre 1962 beschlossen die zehn wichtigsten Fondsmitglieder die „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“, nach denen die Unterzeichner dem Internationalen Währungsfonds gegebenenfalls Währungsreserven in Höhe von 6 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stellen, damit dieser sie wieder an Defizitländer ausleihen kann.
- Die Notenbanken der Industrieländer räumten sich jedesmal, wenn eine Währung in Bedrängnis kam, wechselseitig neue Kreditlinien (Swaps) ein.
- Seit Mitte der sechziger Jahre bemühte man sich, den Zuwachs an internationaler Liquidität durch eine Ergänzung des Bretton-Woods-Systems auch für die weitere Zukunft zu sichern. Dies führte zur Schaffung von Sonderziehungsrechten, die 1970 erstmalig zugeteilt werden.

Da das Bretton-Woods-Abkommen kein klares Verbot von Eingriffen in den internationalen Handels- und Kapitalverkehr enthielt, war es notwendig, drohende Eingriffe durch Stützungskredite abzuwenden. Wie weit man dabei zu gehen bereit war, zeigen die Pläne eines automatischen „re-cycling“ von Währungsreserven, die 1968 aufkamen, als spekulative Kapitalbewegungen die Zahlungsbilanzungleichgewichte offenkundig machten. Danach sollten Länder, in die private Geldanlagen in großem Umfang Devisen gebracht hatten, diese automatisch (und, nach einigen Varianten dieser Pläne, ohne jede Auflage) wieder an die Notenbanken der Fluchtländer zurückleihen.

Reform durch größere Flexibilität

279. An dieser Politik der Ausweitung und Mobilisierung von internationaler Liquidität wurde seit Mitte der sechziger Jahre immer häufiger — auch von Beobachtern aus der Praxis — Kritik geübt,

- weil immer deutlicher wurde, daß Krisen im internationalen Währungssystem durch Kreditgewährung allein nicht mehr abzuwenden waren,
- weil sich erwies, daß feste Kurse — angesichts unterschiedlicher Zielsetzungen und unterschiedlicher Erfolgsbedingungen für eine Stabilitäts-

politik bei hohem Beschäftigungsgrad — eine Harmonisierung der nationalen Konjunkturpolitik nicht erzwingen konnten,

- weil, trotz aller Stützungskredite, das Festhalten an falsch gewordenen Paritäten in zunehmendem Maße zu dirigistischen Eingriffen in den Handel und den Kapitalverkehr führte,
- weil bei dem erreichten Integrationsgrad der Güter und Kapitalmärkte und bei internationaler Konvertibilität bereits verhältnismäßig geringe Disparitäten in den Kosten- und Preisniveaus Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz und damit Währungskrisen hervorriefen.

Diese Erfahrungen haben immer mehr Beobachter davon überzeugt, daß das gegenwärtige System mit lange Zeit fixierten und dann sprunghaft veränderten Paritäten auf die Dauer zu einer Kombination von inflationärer Anpassung und häufig wiederkehrenden Rückfällen in den Interventionismus und in die Devisenbewirtschaftung führt. Aus diesem Grunde ist auf der Jahrestagung 1969 des Internationalen Währungsfonds begrüßt worden, daß der Fonds prüfen wird, wie sich diese Fehlentwicklung beseitigen ließe, wenn man den Marktkräften auch an den Devisenmärkten größeren Spielraum gewährt.

280. Die Bedingungen für eine größere Flexibilität der Wechselkurse zwischen den Industrieländern scheinen heute wohl günstiger als in der Zwischenkriegszeit zu sein: Während damals anhaltende Vollbeschäftigung und eine Verstetigung der Konjunktur auch keineswegs allgemein für erreichbar gehalten wurden, gehören seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Konjunktursteuerung und die Vollbeschäftigungspolitik zu den selbstverständlichen Aufgaben der Regierungen aller Industrieländer. Tatsächlich sind die zyklischen Schwankungen heute geringer als früher. Konjunkturbedingte Wechselkursänderungen wären daher heute ebenfalls geringer als damals, so daß die Unsicherheit hinsichtlich der Wechselkursentwicklung nicht so groß wäre wie vielfach befürchtet; die Aussicht, daß sich hinreichend langfristige Terminmärkte herausbilden würden, auf denen man sich gegen die Risiken von Wechselkursänderungen absichern könnte, wäre entsprechend besser.

Sah man früher auch in der Wirtschaftswissenschaft die Wechselkursfrage isoliert, so wird heute in zunehmendem Maße erkannt, daß bewegliche Wechselkurse nur beurteilt werden können, wenn man sie als Bestandteil einer geschlossenen Konzeption der Stabilitäts- und Wachstumspolitik betrachtet (JG 64 Ziffern 238 ff. und Anhang IV).

281. Weil sich in der Praxis große Widerstände gegen eine völlige Freigabe der Wechselkurse zeigten, konzentrierte sich die Diskussion in den letzten Jahren zunehmend auf Vorschläge einer limitierten Flexibilität. Auch der Sachverständigenrat hat solche Vorschläge zur Diskussion gestellt, obwohl er heute wie 1964 davon überzeugt ist, daß völlig freie Wechselkurse die Erreichung der großen wirtschaftspoli-

tischen Ziele am ehesten ermöglichen. Immerhin hätte die Limitierung der Wechselkursflexibilität einen psychologischen Vorteil, nämlich daß sich die Produzenten gegen die Risiken hektischer Wechselkursschwankungen geschützt fühlen könnten.

Alle Vorschläge zur Einführung einer limitierten Flexibilität enthalten zwei Elemente: eine größere Bandbreite und eine allmähliche Verschiebung des Bandes. Die größere Bandbreite soll Raum dafür geben, daß der Wechselkurs kurzfristige Veränderungen im internationalen Zahlungsverkehr elastisch auffängt; mit der Verschiebung des Bandes sollen längerfristige Divergenzen vor allem in den Preis- und Kostenniveaus neutralisiert werden. Wenn gleich beides nicht vollkommen voneinander zu trennen ist, wird der Sachverhalt übersichtlicher, wenn man zunächst beide Aspekte für sich allein erörtert.

282. Das wichtigste Argument für ein breiteres Band ist, daß die Geldpolitik erheblich wirksamer zur Konjunktursteuerung eingesetzt werden kann. Bei festem Wechselkurs ist die Geldpolitik in einer offenen Wirtschaft im allgemeinen nur geeignet, für den Ausgleich der Zahlungsbilanz zu sorgen, nicht aber die Binnennachfrage zu steuern. Je größer der Spielraum für Wechselkursänderungen ist, um so mehr wird der internationale Zinsverbund gelockert und die Geldpolitik frei für die Steuerung der Binnennachfrage. Die Geldpolitik wird durch die Veränderung des Wechselkurses unterstützt. Eine restriktive Zinspolitik regt zum Beispiel den Kapitalimport an und führt somit zu einer Aufwertungstendenz. Dadurch wird die Auslandsnachfrage gedämpft und das Importangebot erweitert. Die Notwendigkeit antizyklischer Steuer- und Ausgabenpolitik wird entsprechend geringer.

Hinzu kommt: Je größer die Bandbreite ist, um so weniger ist mit der Gefahr zu rechnen, daß Spekulanten — wie im heutigen System der Stufenflexibilität — einseitig eine Auf- oder Abwertung erwarten. Auch wird das wirtschaftspolitische Steuerungs- und Informationssystem verbessert. Wechselkursbewegungen sind Signale, die allgemeiner beachtet werden als die Bewegungen der zentralen Devisenreserven; denn von Wechselkursänderungen werden zahlreiche Bürger direkt berührt, von Veränderungen der zentralen Devisenreserven hingegen nicht.

283. Die Bandbreite muß um so größer sein, je mehr die Inlandskonjunktur von der Auslandskonjunktur voraussichtlich abweicht und je mehr dies den Handel und den Kapitalverkehr mit dem Ausland beeinflußt. Auch sollte eine Sicherheitsmarge eingerechnet werden, damit der Marktwechselkurs nicht für längere Zeit an einer Bandgrenze verharret. Nach unserer Schätzung sollte die Bandbreite mindestens 6 vH, besser noch 10 vH betragen.

284. Verfolgt die Wirtschaftspolitik eines Landes einen geldwertpolitischen Kurs, der von dem des Auslands abweicht, so wird der Wechselkurs bei zwar erweitertem, aber festem Band auf längere Sicht ebenfalls wieder permanent an einer Grenze des Bandes verharren. Es muß also zusätzlich für die

Möglichkeit einer Bandverschiebung gesorgt werden. In der internationalen Reformdiskussion werden hierfür verschiedene Regelungen erörtert, die es erlauben, das Band möglichst allmählich und möglichst vorhersehbar zu bewegen, so daß der Wechselkurs auch auf längere Sicht innerhalb des Bandes ein Gleichgewichtskurs bleibt.

Die Rate, um die das Band verschiebbar sein muß, wird — von der Bundesrepublik aus gesehen — hauptsächlich bestimmt durch die Spanne, um die die Preis- und Kostenentwicklung im Ausland von der angestrebten Geldwertstabilität im Inland voraussichtlich abweichen wird (Ziffer 246). Auf lange Sicht wird die Gleitrate daneben auch von Veränderungen im Verhältnis von gesamtwirtschaftlichem Preisniveau zu Exportpreisniveau und von Veränderungen in der Angebots- und Nachfragestruktur für Exporte und Importe beeinflusst (JG 64 Ziffern 34 f.).

285. Von den Regeln für die Bandverschiebung, die in den letzten Jahren diskutiert worden sind, seien hier drei erwähnt:

- ein mittelfristig garantierter Paritätsanstieg,
- eine limitierte Paritätsanpassung, über die fallweise zu entscheiden ist, und
- eine formelgesteuerte, automatische Bandverschiebung.

Mit den beiden erstgenannten Typen hat sich der Sachverständigenrat schon einmal in seinem Jahresgutachten 1966/67 (Ziffern 268 ff.) beschäftigt, mit der letztgenannten in seinem Sondergutachten vom Sommer 1969 (SG 69 I Ziffer 28).

286. Bei der Darstellung des mittelfristig garantierten Paritätsanstiegs gingen wir davon aus, daß die Parität von Woche zu Woche kontinuierlich mit einer Jahresrate von 2,5 vH heraufgesetzt und daß dies — unabhängig vom Trend der Weltinflation — für eine bestimmte Periode in der Zukunft fest garantiert würde. Diese Regelung könnte zwar nicht absolute Geldwertstabilität im Inland gewährleisten, wohl aber eine um (fast) 2,5 vH geringere Preisniveausteigerung als sonst. Die Bandbreite sollte beim garantierten Paritätsanstieg nicht erweitert werden. Für diese Art der außenwirtschaftlichen Absicherung gelten also nicht die Einwände gegen Wechselkursflexibilität; diese Regelung hat aber auch nicht die Vorzüge der Flexibilität.

Eine feste Vorankündigung auf einige Jahre

- wirkt prophylaktisch und macht unter Umständen andere wirtschaftspolitische Festlegungen unnötig,
- wird Preiserwartungen wahrscheinlich stärker beeinflussen als bei einer nicht garantierten Paritätsanpassung,
- ist insbesondere geeignet, die Inflationserwartungen, die sich im Kapitalzins niederschlagen, verhältnismäßig rasch auf ein niedrigeres Niveau zu bringen und

- vereinfacht die Umrechnung der EWG-Interventionspreise in nationale Agrarpreise.

Sie hat aber wie das heutige System den Nachteil,

- daß sie Regierung und Zentralbank bindet,
- daß sie unter Umständen widerrufen werden muß und
- daß sie nur Sinn hat, wenn verhältnismäßig enge Bandbreiten gewählt werden, die ihrerseits der Geldpolitik keinen konjunkturpolitischen Spielraum lassen.

287. Eine limitierte Paritätsanpassung, über die fallweise zu entscheiden ist, kann auf verschiedene Art geregelt werden. Zum Beispiel wurde im Jahresgutachten 1966 ein Verfahren diskretionärer Paritätsanpassung dargestellt, bei dem — in Verbindung mit einer Bandbreite von 6 vH — Paritätsänderungen bis zu 2 vH gegenüber dem jeweiligen Vorjahresstand erlaubt sein sollten (JG 66 Ziffern 275 ff.). Ein anderes Verfahren, das in der internationalen Diskussion erörtert wird, sieht vor, daß die Parität monatlich überprüft wird und maximal um 0,2 vH (monatlich) nach oben und unten korrigierbar sein soll.

Eine fallweise Paritätsanpassung, die nur größere Paritätssprünge nach längeren Zeiträumen vorsieht, unterscheidet sich im Grundsatz nicht vom heutigen System, es sei denn, daß sie mit einer größeren Bandbreite kombiniert ist. Bei relativ kleinen und häufigen Paritätsanpassungen ist hingegen das Prinzip der Kontinuität in der Wechselkurspolitik besser gewahrt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre wird jedoch bei jeder Art einer fallweisen Paritätsanpassung die Neigung groß sein, wechselkurspolitische Entscheidungen aufzuschieben. Schon aus diesem Grunde wird die Erlaubnis zu kleinen Auf- und Abwertungen nicht ausreichen, um die Paritäten in der Nähe der Gleichgewichtskurse zu halten.

288. Die Gefahr, daß wechselkurspolitische Entscheidungen nicht rechtzeitig gefällt werden, könnte vermindert werden, indem man sich international auf gewisse Regeln einigte, deren Verletzung sanktionsähnliche Folgen nach sich zöge. Zu denken wäre bei solchen Sanktionen etwa daran, daß Defizitländer, die eine Zeitlang nicht bereit waren, in kleinen Schritten abzuwerten und die damit Inflation exportierten, keine internationalen Stützungskredite mehr erhalten, und daß Überschußländer, die eine allmähliche Aufwertung nicht vornahmen und damit unerwünschten Stabilitätsdruck exportierten, eine Zolldiskriminierung zu gewärtigen hätten. Was den Fall notorischer Überschußländer anlangt, ließe sich die „scarce currency clause“ im Abkommen von Bretton Woods aktivieren¹⁾. Freilich scheint die Bereitschaft, sich in der Wirtschaftspolitik verbindlichen internationalen Normen zu unterwerfen, nach den währungspolitischen Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre sehr begrenzt zu sein.

289. Die Nachteile diskretionärer Entscheidungen könnten ganz vermieden werden, wenn man die

limitierte Bandverschiebung durch Formeln steuert, die vorher bekannt gemacht worden sind. In den letzten Jahren ist eine Vielfalt solcher Formeln erarbeitet worden aus der Überzeugung, daß die Wirtschaftspolitik mit einem „automatischen Wechselkursgetriebe“ besser fahre als mit einer „Paritätsschaltung“, die den Entscheidungsträgern immer wieder große Aufmerksamkeit und Durchsetzungskraft abverlangt und die sich selten genau genug dosieren läßt.

- Es sind Formeln entwickelt worden, nach denen das Band aufgrund bestimmter Veränderungen in den zentralen Devisenreserven verschoben wird: Übersteigen zum Beispiel die offiziellen Reserven einen bestimmten Prozentsatz der Quote beim Internationalen Währungsfonds, so verschiebt sich das Band, in dessen Grenzen die Notenbank intervenieren muß, automatisch um 0,04 vH pro Woche in Aufwertungsrichtung.

Gegen alle Formeln, die sich an den offiziellen Devisenreserven ausrichten, spricht indes, daß die Devisenreserven statistisch auf sehr unterschiedliche Art erfaßt werden können und daß also schon deswegen die Möglichkeit zu Manipulationen besteht; außerdem können sich die Notenbanken dem Zwang zur Wechselkursanpassung dadurch entziehen, daß sie durch Swapoperationen, wie von der Bundesbank in den letzten Jahren in großem Umfang praktiziert, zentrale Reserven auf die Geschäftsbanken verteilen oder umgekehrt Devisen aus Geschäftsbankenbesitz an sich ziehen.

- Eine Formel für Bandverschiebungen könnte auch am Swapsatz (Abweichung des Terminkurses vom Kassakurs) anknüpfen: Jedesmal, wenn der Jahresterminkurs für eine bestimmte Zeit, etwa ein Vierteljahr, um einen bestimmten Satz (etwa 0,5 vH) vom Kassakurs abweicht, paßt sich der Kassakurs automatisch um 0,5 vH an.
- Eine andere Formel, die international weithin diskutiert wird, bestimmt die Bandverschiebung aus der Bewegung der Marktwechselkurse in der Vergangenheit; dies ist bei den heutigen Gegebenheiten nur in Verbindung mit einer erweiterten Bandbreite sinnvoll. Die Bandmitte bestimmt sich jeweils als gleitender Durchschnitt aus den tatsächlichen Wechselkursnotierungen innerhalb des erweiterten Bandes während der 250 letzten Börsentage (self-adjusting peg). Bestünde zum Beispiel für die D-Mark am Devisenmarkt stetig

¹⁾ Artikel VII Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds besagt unter anderem:

- „(a) Wenn es für den Fonds augenscheinlich wird, daß die Nachfrage nach einer Mitgliederwährung seine Fähigkeit, diese Währung zur Verfügung zu stellen, ernstlich gefährdet, so hat er, ..., diese Währung formell für knapp zu erklären ...
- (b) Eine formelle Erklärung gemäß vorstehendem Buchstaben (a) gilt für jedes Mitglied als Ermächtigung, nach Beratung mit dem Fonds den freien Devisenverkehr in der knappen Währung zeitweilig zu beschränken. ... das Mitglied (hat) volle Handlungsfreiheit in der Bestimmung der Art dieser Beschränkungen; ...“

eine Aufwertungstendenz, so würde das Band allmählich nach oben gezogen.

- Man könnte auch die während einer bestimmten Periode zulässige Bandverschiebung begrenzen, etwa auf $\frac{1}{10}$ Prozent des Vorwochenstandes oder $\frac{1}{4}$ Prozent des Vormonatsstandes der Bandmitte. Die Marktkräfte würden dann die Bandverschiebung wie folgt bewirken: Läge der Durchschnitt der Tageskurse innerhalb einer Woche über dem Kursdurchschnitt der Vorwoche, so würde das Band automatisch um $\frac{1}{10}$ vH angehoben. Bei permanentem Aufwertungsdruck ergäbe sich dann binnen eines Jahres eine Bandverschiebung von rund 3 vH.

290. Formeln von der Art, wie sie hier beispielhaft genannt sind, hätten gegenüber dem heutigen System den Vorteil, daß sie einen Zwang zur rechtzeitigen Veränderung der Parität mit sich brächten. Sie würden Wechselkursänderungen besser vorhersehbar machen und so den Kursverlauf stabilisieren; diesem Vorteil stände jedoch der Nachteil gegenüber, daß sie auf Veränderungen in der außenwirtschaftlichen Situation nur mit Verzögerung reagierten.

Alle diese Formeln könnten auch als Leitlinien für diskretionäre Entscheidungen gelten. Es entfiel zwar der Zwang zur Anpassung, damit aber auch der Vorteil, daß der Wechselkurs verläßlich vorausgesehen werden kann. Auch würde eine fallweise Steuerung niemals so fein zu dosieren sein wie dies eine Formelsteuerung könnte. Schließlich ist bei fallweisen Entscheidungen die Gefahr von Diagnoseirrtümern nicht auszuschließen.

291. Immer wieder ist der Gedanke vertreten worden, man solle die mittelfristige Anpassung des Außenwerts der Währungen — gleichgültig, wie diese technisch geregelt ist — nur in Aufwertungsrichtung zulassen. Dahinter steht die Überlegung, daß im heutigen System Defizitländer zur Anpassung des Wechselkurses gezwungen werden können und daß die Überschußländer bei festgelegten Wechselkursen ungewollt Inflation importieren müssen. Während Überschußländer in der Lage sind, die Anpassungsinflation immer wieder etwas hinauszuzögern und immer neue Überschüsse anzusammeln, können Defizitländer zur Abwertung oder zur Deflation gezwungen werden, wenn man ihnen Stützungskredite verweigert.

Obwohl in den Vorschlägen zur Einführung einer „asymmetrischen Flexibilität“ die Illusion anklingt, es mache in der ökonomischen Wirkung einen Unterschied, ob ein Land aufwertet oder ob alle anderen Länder abwerten, so sprechen doch politische Gründe für eine asymmetrische Lösung: Einmal befinden sich die Länder mit großer Stabilitätsneigung zahlenmäßig in der Minderheit; es brauchten bei der asymmetrischen Anpassung der Wechselkurse nach oben nur wenige Währungen angepaßt zu werden. Zum anderen ist die Gefahr spekulativen Drucks auf die Währung geringer, wenn ein Land in der Wechselkurspolitik aus der Position der Stärke neue Wege geht.

Wechselkursflexibilität und Integration

292. In der Wechselkursdiskussion der letzten Zeit wird immer wieder mit Nachdruck behauptet, flexible Wechselkurse störten die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Auffassung wird insbesondere von der EWG-Kommission vertreten, die sogar die kleine Bandbreite des heutigen Systems zwischen den Währungen der EWG-Länder im Interesse einer engeren Integration beseitigen möchte.

Versteht man unter Integration in erster Linie die wechselseitige Durchdringung der nationalen Märkte mit dem Ziel, den inländischen und den ausländischen Anbietern gleiche Absatzchancen und den Nachfragern größere Wahlmöglichkeiten zu geben (funktionale Integration), so müßten durch die Flexibilität der Kurse dem internationalen Handel zusätzliche Risiken oder zusätzliche Kosten aufgebürdet werden, wenn die These von der Integrationsfeindlichkeit flexibler Kurse zutreffen soll. In Wirklichkeit hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß gerade das Festhalten an überholten Wechselkursen zu desintegrierenden Eingriffen in den freien Austausch von Waren und Kapital zwang. Selbst wenn die Freiheit des Handels und des Zahlungsverkehrs erhalten bleibt, trifft die These nicht zu, daß Anbieter im Exportgeschäft bei flexiblen Kursen größere Kosten und Risiken haben als bei festen Kursen.

293. Auch bei festen Wechselkursen werden die unternehmerischen Dispositionen im Ausland von anderen konjunktur- und geldwertpolitischen Daten beeinflusst als im Inland. Während ein Unternehmer auf dem heimischen Markt in der Hauptsache Wettbewerbern gegenübersteht, die der gleichen Konjunktur- und Lohnpolitik unterliegen, gilt dies im Wettbewerb mit der Auslandskonkurrenz nicht. Folglich kann es bei festen Kursen immer wieder dazu kommen, daß die Produzenten bestimmter Länder zeitweilig valutabedingte Wettbewerbsnachteile oder Wettbewerbsvorsprünge haben. Dies gilt auch innerhalb der EWG: Erstreiken zum Beispiel die Gewerkschaften in einem Mitgliedsland inflationäre Lohnerhöhungen, so müßten die Gewerkschaften in allen anderen Mitgliedsländern unverzüglich folgen. Sonst haben die Produzenten dieser Länder bei fixiertem Wechselkurs einen zeitweiligen Wettbewerbsvorsprung, mit der Folge, daß mehr Produktionsfaktoren, als es den langfristig geltenden Marktendenzen entspricht, für den Export in das Inflationsland bereitgestellt werden. Später kommt es dann zu inflationären Anpassungsprozessen in den Partnerländern des Inflationsführers, die den Export wieder erschweren: Märkte, auf denen man eine Zeitlang bei festem Wechselkurs durch einen Lohnkostenvorteil vorgedrungen war, gehen im Zuge der Anpassungsinflation wieder verloren. Umgekehrt wird der Import in die stabilen Länder zuerst durch das Preisgefälle zeitweilig erschwert; später nimmt mit dem Fortschreiten der Anpassungsinflation die Wettbewerbsfähigkeit des Imports wieder zu. So kommt es, daß unterschiedliche Preis- und Kostentrends im heutigen System den Integrationsprozeß stören. Solange also die Divergenzen in der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder nicht beseitigt

sind, behindert gerade die starre Verknüpfung verschiedener Volkswirtschaften über einen festen Wechselkurs die Integration.

294. Ein flexibler Kurs mildert dagegen die störenden Wirkungen der Auslandskonjunktur sofort und gleicht Unterschiede in den langfristigen Kosten- und Nachfragetendenzen bereits im Entstehen aus, so daß der Integrationsprozeß kontinuierlich nach den langfristig geltenden Marktdaten ablaufen kann. Nur so können die Produzenten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als einen einheitlichen Markt auffassen, auf dem sie unabhängig von nationalen Grenzen und nur beeinflusst von den langfristigen Produktivitäts- und Nachfragekonstellationen und von den Transportkosten produzieren und verkaufen können.

295. Daß sich die Auffassung verbreitet hat, Wechselkursflexibilität behindere die Integration, beruht wohl zu einem Teil darauf, daß man Erfahrungen, die im heutigen System gemacht werden, unzulässigerweise auf ein System mit größerer Wechselkursflexibilität überträgt. Im heutigen System der lange Zeit fixen Paritäten müssen erst fundamentale Ungleichgewichte entstehen, bevor der Wechselkurs angepaßt wird, und dann geschieht dies überraschend und sprunghaft. Den Unternehmern wird im heutigen System zum Beispiel bei einer unterbewerteten Währung eine Zeitlang suggeriert, die bessere Erlös-Kosten-Relation im Auslandsgeschäft bleibe auf Dauer erhalten. Das falsche Plandatum eines unterbewerteten Wechselkurses verlockt zu höheren Exporten, als sie auf die Dauer gerechtfertigt sind. Die schockartige Beseitigung des Ungleichgewichts durch eine stufenweise Auf- oder Abwertung wird dann — zu Recht — von den Unternehmern als Störung empfunden, obwohl sie in Wirklichkeit nur eine Störung korrigiert (JG 64 Anhang IV Ziffer 4). Integrationsfeindlich ist also unter diesem Gesichtspunkt nicht die Veränderlichkeit des Wechselkurses, sondern die Unvorhersehbarkeit und Sprunghaftigkeit, mit der die Veränderungen im heutigen Währungssystem auftreten. Der große Vorteil häufigerer und kleinerer Wechselkursänderungen ist dagegen gerade,

- daß Divergenzen in der Preis- und Kostenentwicklung sogleich ausgeglichen werden,
- daß somit die Inlands- und Auslandspreise das mittelfristige Gleichgewicht besser signalisieren,
- daß vom Wechselkurs dann keine Wettbewerbsverzerrungen ausgehen und
- daß die Unternehmer vor Fehlentscheidungen der Regierungen geschützt werden.

296. Vermeiden lassen sich die nachteiligen Wirkungen starrer Wechselkurse auf die langfristige Integration nur, wenn es gelingt, die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Lohnpolitik, sehr weitgehend zu harmonisieren. Zur Voraussetzung hat dies Gleichheit der wirtschaftspolitischen Ziele, der Instrumente und Programme und der Verhaltensnormen, nach denen sich die großen sozialen Grup-

pen in den einzelnen Ländern richten. Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bedeutet dies unter anderem: Das Budgetverhalten der einzelnen Staaten, die gewerkschaftlichen Zielvorstellungen, die Bereitschaft der Anbieter zum Preiswettbewerb und die Sensibilität der Nachfrager gegenüber Preiserhöhungen müßten in allen Ländern der EWG gleich sein, wenn sich die Integration bei festen Wechselkursen ohne Störungen vollziehen soll.

297. Nach den zwölfjährigen Erfahrungen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft scheinen die Hoffnungen gering, daß feste Wechselkurse eine Harmonisierung der Verhaltensweisen erzwingen können. Bisher hat die Fixierung der Paritäten allein zu Währungskrisen und zu neuen direkten Kontrollen und Dirigismen, auch im Verkehr zwischen den EWG-Ländern, geführt.

Nicht bewirkt hat die schwache Klammer fixierter Paritäten, daß die Divergenzen in den Preis- und Kostentrends geringer geworden sind. Denn hinter diesen Unterschieden stehen lange Jahre unterschiedlicher wirtschaftlicher Erfahrungen der Bevölkerung, verschiedene soziale Traditionen und Normen, wie zum Beispiel die Einstellung zur Arbeit oder die Bereitschaft zur Kooperation mit den Arbeitgeberern.

Eine Politik, die davon ausgeht, daß fixierte Paritäten auf längere Sicht die Harmonisierung erzwingen und daß man in der Zwischenzeit die volkswirtschaftlichen Nachteile starrer Wechselkursrelationen hinnehmen müsse, beschwört deswegen die Gefahr herauf, daß die Integration an den eingebauten Starrheiten scheitert. Der internationalen Durchdringung der Märkte wäre es förderlicher, wenn man die Divergenzen rechtzeitig elastisch ausgleiche, anstatt mit ungeeigneten Mitteln Ungleiches gleich zu machen. Bis zur vollkommenen Harmonisierung könnten so die unerwünschten Folgen starrer Wechselkurse vermieden werden; ungestört von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten könnten die Harmonisierungsbemühungen vorangetrieben werden, bis freie Wechselkurse stabil sind (JG 64 Ziffer 256).

Wechselkursflexibilität und Agrarpolitik

298. Die Agrarpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft veranschaulicht, was es bedeutet, wenn Integrationsbemühungen auf der Fiktion eines starren Wechselkurses aufbauen, obwohl die Preis- und Kostentrends in den einzelnen Ländern divergieren. Ziel der EWG-Agrarmarktpolitik war es, einheitliche Absatzbedingungen für landwirtschaftliche Produkte in der gesamten Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen. Deshalb wurde ein für alle EWG-Länder einheitliches Preissystem ausgehandelt, in dem Mindestpreise der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Rechnungseinheiten (US-Dollar von 1960) festgelegt wurden. Unter diesen Umständen bleiben die Absatzbedingungen in allen EWG-Ländern nur gleich, wenn sich die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion überall

gleich verändern. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt.

Spätestens seitdem die landwirtschaftlichen Mindestlöhne in Frankreich im Gefolge der Unruhen im Mai 1968 an die gestiegenen Industrielöhne angepaßt wurden, ist die französische Landwirtschaft unter stärkeren Kostendruck geraten als die deutsche, während die Erlöse wegen der fixierten Preise und der fixierten Wechselkurse — unabhängig von der Kostenentwicklung — weiter in beiden Ländern gleich blieben. So wird die deutsche Landwirtschaft wegen der größeren Kostenstabilität einseitig gegenüber der Landwirtschaft in den EWG-Ländern mit weniger Geldwertstabilität begünstigt. Dies ist eine Entwicklung, die den Absichten der EWG-Agrarmarktordnung zuwiderläuft. Sie hat regionale Fehlallokationen von Ressourcen innerhalb der EWG zur Folge.

299. Die aufgelaufenen Kostendisparitäten zwischen den EWG-Ländern hätten bei den Paritätsänderungen im Herbst 1969 — wenn auch ruckweise und nur für eine gewisse Zeit — vermindert oder beseitigt werden können, denn für Marktordnungsgüter sind die nationalen Interventionspreise grundsätzlich über die Parität an die EWG-Einheitspreise gekoppelt. Dies hätte bedeutet, daß die französischen Landwirte nach der Abwertung des Franken am 8. August 1969 für Verkäufe von Marktordnungsgütern im Werte von 100 Dollar 555 Franken erlöst hätten, statt 494 Franken. Die französischen Nahrungsmittelpreise wären dadurch unabhängig von der Kostenentwicklung plötzlich inflationiert worden. Umgekehrtes gilt für die Aufwertung der D-Mark. Die westdeutschen Landwirte hätten nach der Festsetzung einer neuen D-Mark-Parität am 24. Oktober 1969 für Verkäufe im Werte von 100 Dollar eigentlich nur 366 DM, statt 400 DM erlöst. Dies hätte die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugerpreise auf dem westdeutschen Markt schlagartig gesenkt.

300. Nachdem die institutionelle Festlegung von Wechselkurs und Agrarpreis der Landwirtschaft in den EWG-Ländern lange Zeit Datensicherheit vorgeschützt hatte, kamen solche radikalen Preis- und Einkommensänderungen politisch nicht in Betracht. Deshalb wurden die Agrarmarktordnungen nicht lange, nachdem sie in Kraft getreten waren, wieder aufgegeben. Gegenwärtig (Anfang November 1969) gibt es in der EWG drei Agrarmärkte, die durch Sonderzölle und Sondersubventionen gegeneinander abgeschirmt sind; den französischen Agrarmarkt, den westdeutschen Agrarmarkt und den Agrarmarkt der anderen EWG-Länder.

— In Frankreich vermindern Exportzölle und Importsubventionen künstlich die wichtigsten Agrarpreise, so daß das Preisniveau (in Rechnungseinheiten gemessen) niedriger gehalten wird als in der übrigen EWG.

— In der Bundesrepublik wird — einstweilen befristet bis zum 7. Dezember 1969 — eine Sondersteuer auf Agrarimporte erhoben und eine besondere Subvention für Agrarexporte gewährt.

Das Agrarpreisniveau ist in Rechnungseinheiten ausgedrückt höher als in der übrigen EWG.

— In Italien, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden liegt das Agrarpreisniveau zwischen dem des größten Agrarexportlandes und des größten Agrarimportlandes in der EWG.

So haben die Starrheiten in der EWG-Agrarmarktordnung nicht nur dazu geführt, daß der gemeinsame Agrarmarkt nicht funktioniert, sondern auch dazu, daß der Franken-Kurs und der D-Mark-Kurs faktisch gespalten sind. Denn die Sonderzölle und Sondersubventionen an der Grenze bewirken, daß für die Marktordnungsgüter in einem anderen Verhältnis umgerechnet wird als zur offiziellen Parität. Der „grüne Wechselkurs“ wird erst verspätet und wahrscheinlich in Stufen an die derzeit gültigen Paritäten angeglichen werden, jeweils mit der Gefahr eines Inflationsschubs in Frankreich und neuer Subventionsforderungen der Landwirtschaft in der Bundesrepublik.

301. Bei flexiblen Wechselkursen hätten dagegen die Marktordnungspreise in nationaler Währung rechtzeitig und allmählich den Änderungen in der Kostensituation angepaßt werden können. Ungleichgewichte, also falsche Preissignale, und dann wieder ruckartige Korrekturen hätte man so vermeiden können. Der freie Wechselkurs würde dafür sorgen, daß bei der Agrarmarktregelung die Erlöse, ausgedrückt in nationaler Währung, nicht nur nominal, sondern — worauf es bei der internationalen Arbeitsteilung ankommt — sogar real auf lange Sicht einheitlich blieben.

302. Die Umrechnung der Marktordnungspreise in nationale Interventions- und Referenzpreise könnte — bei flexiblen Wechselkursen — zum Kassakurs des Vortages erfolgen; es könnten aber auch vertraglich Umrechnungsmethoden vereinbart werden, die kurzfristige Schwankungen des Wechselkurses glätten¹⁾.

Die Umrechnung der Marktordnungspreise zu flexiblen Kassakursen des Vortages wäre die Lösung, die die geringsten Subventionskosten bereite und die geringsten administrativen Kontrollen erfordere. Die Erlöse der Landwirte würden dann allerdings direkt von den Tagesschwankungen der Wechselkurse abhängen, genauso wie die Gewinne eines Unternehmens, das alle seine Produkte exportiert. Wählte man trotzdem dieses Verfahren, so entwickelten sich für den einzelnen Landwirt wahrscheinlich bald Möglichkeiten zur Absicherung der Erlöse aus dem Verkauf seiner Produkte. Die Ernte würde wahrscheinlich mehr als bisher auf Warenterminmärkten verkauft; auch würden sich wohl landwirtschaftliche Verkaufsgenossenschaften oder

¹⁾ Der Sachverständigenrat hat von Dr. Timothy Josling, London School of Economics, eine Expertise ausarbeiten lassen, in der die Folgen größerer Wechselkursflexibilität für die gemeinsame Agrarpolitik im einzelnen dargelegt sind. Der Rat folgt der Argumentation von Dr. Josling nicht in allen Punkten; er stellt die Studie allen Interessenten durch seine Geschäftsstelle gerne zur Verfügung.

Handelsgesellschaften einschalten und dafür sorgen, daß die Einkommen der Landwirte von den Auswirkungen kurzfristiger Wechselkursschwankungen unabhängiger würden.

303. Es gibt indes Gründe dafür, daß man die Absicherung der landwirtschaftlichen Einkommen gegen die Risiken kurzfristiger Wechselkursschwankungen bei flexiblen Kursen nicht der privaten Initiative überläßt, sondern sie zu einer staatlichen Aufgabe macht. In der Landwirtschaft sind die Unternehmen im Durchschnitt recht klein. Auch können sich die Landwirte in vielen Bereichen wegen langer Produktionsperioden nicht rasch genug an veränderte Preise anpassen.

Deshalb könnte man in der EWG vertraglich vereinbaren, daß die in Rechnungseinheiten fixierten Agrarpreise bei flexiblen Wechselkursen nach einem Verfahren in nationale Preise umzurechnen sind, bei dem kurzfristige Schwankungen des Kassakurses ausgeschaltet werden (Interventionswechselkurs). Es wäre beispielsweise denkbar,

- daß man bei der Umrechnung einen Interventionswechselkurs zugrunde legt, der der tatsächlichen Wechselkursentwicklung verzögert und gleitend folgt, oder
- daß man jeweils für ein Erntejahr im voraus ein bestimmtes Umrechnungsverhältnis zwischen der Rechnungseinheit und den nationalen Währungen festlegt und dieses dann alljährlich stufenweise an das neue Wechselkursniveau angleicht.

304. Alle Umrechnungsmethoden, die nicht direkt am Kassawechselkurs anknüpfen, haben allerdings zwei Nachteile: Einmal kostet eine Regelung, bei der der Interventionswechselkurs stets hinter dem steigenden Kassakurs der D-Mark herhinkt, den Staat Subventionen und die Verbraucher höhere Preise. Zum anderen muß Vorsorge getroffen werden, daß es nicht wegen des gespaltenen Wechselkurses zu störender Arbitrage zwischen den EWG-Ländern kommt.

Die Höhe der Subventionszahlungen wäre verhältnismäßig niedrig¹⁾. Diese wären um so geringer, je häufiger das Umrechnungsverhältnis an die tatsächlichen Kostenrelationen angepaßt würde.

Daß die Möglichkeiten zur Arbitrage zwischen den EWG-Mitgliedsländern rasch genutzt werden, wenn die Interventionspreise in den einzelnen Ländern bei Umrechnung zum Marktwechselkurs voneinander abweichen, hat sich von November 1968 bis Sommer 1969 gezeigt, als es lukrativ wurde, französischen Weizen mit den stark abgewerteten Terminfranken zu importieren und den westdeutschen Interventionsstellen gegen D-Mark anzubieten. Die Bundesregierung hat daraufhin zeitweise ihre Interventionen am Getreidemarkt, zu denen sie eigentlich verpflichtet ist, eingestellt. Nach diesen Erfahrungen scheint massive Arbitrage, vor allem mit Getreide, zwischen EWG-Ländern einzusetzen, wenn die Disparität zwischen Marktwechselkurs und Interventionswechselkurs 3 vH überschreitet. Indes sind solch massive

Abweichungen bei flexibler Anpassung des Kassakurses nicht häufig zu erwarten. Käme es trotzdem einmal dazu, so müßten die Interventionsstellen Ursprungszeugnisse verlangen und den Ankauf von Importware verweigern dürfen.

305. Daß es kein Patentrezept gibt, nach dem sich die EWG-Agrarmarkordnung in ihrer derzeitigen Form mit größerer Flexibilität der Wechselkurse vereinbaren läßt, liegt an den Vorschriften des EWG-Agrarmarktes, der konzipiert wurde, als man noch glaubte, eine gemeinsame Währungspolitik sei in kurzer Zeit zu verwirklichen. Von den gesamtwirtschaftlichen Vorteilen abgesehen, brächte die Umrechnung der Marktordnungspreise zu realistischen Wechselkursen — gleichgültig welche technische Form man dafür wählt — für die Agrarpolitik selbst den Vorteil mit sich, daß sie die Probleme der Landwirtschaft auf das reduzierte, was sie unter ökonomischen Aspekten auf lange Sicht sind: Anpassungsprobleme eines Produktionssektors in einer wachsenden Wirtschaft (Ziffern 329 ff.).

II. Agrarpolitik in der wachsenden Wirtschaft

306. Geldwertstabilität, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum erfordern eine progressive und wachstumsorientierte Strukturpolitik (JG 67 Ziffern 334 ff.), die auch die Agrarpolitik mit einschließt, obwohl diese noch immer stärker als andere Bereiche von gesellschafts- und eigentumspolitischen Zielvorstellungen bestimmt wird. Diese finden ihren Ausdruck unter anderem im Landwirtschaftsgesetz und im EWG-Vertragswerk.

307. Die EWG-Agrarpolitik soll

- die Produktivität der Landwirtschaft steigern,
- den in der Landwirtschaft Tätigen eine angemessene Lebenshaltung gewährleisten,
- die Märkte stabilisieren,
- die Versorgung der Verbraucher zu angemessenen Preisen sicherstellen, aber auch
- zu einer harmonischen Entwicklung des Welt Handels beitragen.

Die Markt- und Preispolitik wurde so angelegt, daß sie in erster Linie dem Ziel dient, den Landwirten eine angemessene Lebenshaltung zu sichern. Die Ziele der Produktivitätssteigerung und der Versorgung der Verbraucher zu angemessenen Preisen traten demgegenüber in den Hintergrund.

¹⁾ Wir schätzen die Subventionskosten auf die Dauer je Prozentpunkt der jahresdurchschnittlichen Abweichung der Interventionswechselkurse von den freien Marktwechselkursen auf weniger als jene 150 Mill. DM, die heute schätzungsweise je Prozentpunkt D-Mark-Aufwertung der westdeutschen Landwirtschaft als Einkommenseinbuße entstehen. Denn auf längere Sicht würde das landwirtschaftliche Produktionsvolumen in der Bundesrepublik zurückgehen, wenn man die Unterbewertung der D-Mark dauerhaft beseitigte.

308. Auf der Landwirtschaftskonferenz in Stresa (1958) setzte sich die Auffassung durch, daß die gemeinsame Markt- und Preispolitik durch eine Strukturpolitik ergänzt werden mußte. Diese aber wurde in der Praxis einseitig auf die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerichtet. Die Frage nach den optimalen Bewirtschaftungseinheiten wurde in den Strukturprogrammen vernachlässigt, insbesondere auch in der Bundesrepublik. Die Schwerpunkte lagen vielmehr bei der Flurbereinigung, der Aufstockung und Aussiedlung von Kleinbetrieben, der Förderung der von Natur aus benachteiligten Gebiete, dem Bau von Wirtschaftswegen, der Wasserversorgung und der Sefthafmachung verheirateter Landarbeiter. Weil man im Familienbetrieb die ideale Bewirtschaftungsform sah, wurden leistungsfähige Großbetriebe aufgeteilt, beispielsweise in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

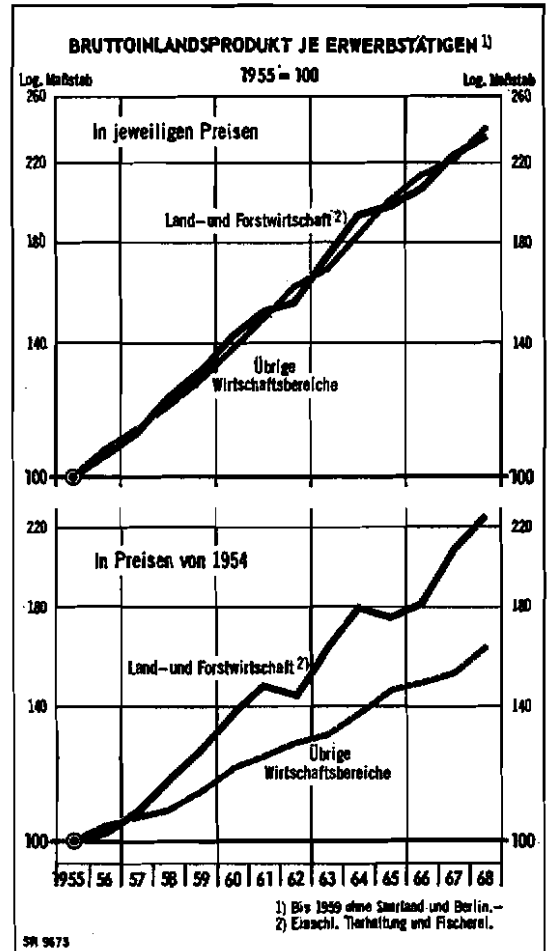
Zwischenbilanz

308. Die deutschen Agrarpreise haben sich — vor allem infolge der Stützungsmaßnahmen — gegenüber den Weltmarktpreisen seit 1955 erheblich erhöht, und zwar obwohl die Getreidepreisangleichung innerhalb der EWG am 1. 7. 1967 eine Senkung der deutschen Getreidepreise um 10 vH mit sich brachte. Der Anstieg des Produktionswertes je Erwerbstätigen in der deutschen Landwirtschaft, der zu laufenden Preisen etwa gleich stark wie in den übrigen Wirtschaftsbereichen war (Schaubild 37), wäre daher zu Weltmarktpreisen wesentlich geringer ausgefallen.

Mengenmäßig liegt der jährliche Anstieg der Erwerbstätigen-Produktivität in der Landwirtschaft um etwa 2,5 Prozentpunkte höher als in den anderen Wirtschaftsbereichen. In dem Unterschied zwischen den Zuwachsraten der wert- und der mengenmäßigen Erwerbstätigen-Produktivität kommt eine Verschlechterung der Terms of Trade zum Ausdruck.

Hierbei ist allerdings zweierlei zu berücksichtigen: Erstens decken sich die so ermittelten Terms of Trade nicht mit den „wahren“ Austauschrelationen, da die übrigen Wirtschaftsbereiche nicht repräsentativ für die von der Landwirtschaft im Austausch gegen ihre eigenen Erzeugnisse erworbenen Güter sind. Zweitens müssen die Terms of Trade normalerweise sinken, wenn — wie in der westdeutschen Landwirtschaft — überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielt werden.

310. Die Betriebseinkommen je Vollarbeitskraft in der Landwirtschaft haben, den Vergleichslohnrechnungen der „Grünen Berichte“ zufolge, bis 1968 mit der Lohnentwicklung in vergleichbaren Berufen Schritt gehalten. Wenn auch der Vergleich zwischen der absoluten Lohnhöhe in der übrigen Wirtschaft und dem absoluten Betriebseinkommen je Vollarbeitskraft sehr problematisch ist, wie auch der „Grüne Bericht 1968“ zum Ausdruck bringt, so läßt sich doch aus dem Vergleich der Entwicklung beider



Reihen schließen, daß die rechnerische Einkommensdisparität, die 1955 bestand, seither nicht geringer geworden ist.

311. Bekanntlich sichert die EWG-Markt- und Preispolitik für die Marktordnungsprodukte, die mehr als 90 vH der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse ausmachen, durch eine Preis- und Handelsregulierung die Preise auf der Erzeugerstufe. Hierdurch erhielt die Landwirtschaft an der Preisuntergrenze einen absoluten Schutz gegenüber der Konkurrenz aus Drittländern. Die Lenkungsfunktion des Preises zur Regulierung des innergemeinschaftlichen Angebotes wurde auf den geringen Spielraum zwischen den Richt-, Grund- oder Orientierungspreisen als Obergrenze und den Interventionspreisen als Untergrenze beschränkt.

312. Die Agrarpreise wurden in der EWG so hoch festgesetzt, daß in den letzten Jahren zunehmend Überschüsse entstanden, insbesondere bei Weichweizen, Butter und Zucker. Die hierdurch aufgrund der Marktordnungen notwendigen Interventionen erforderten erhebliche Mittel. Der durchschnittliche Selbstversorgungsgrad der EWG liegt gegenwärtig

bei etwa 90 vH. Somit konnte zwar dem versorgungspolitischen Ziel der EWG-Agrarpolitik entsprochen werden, allerdings nicht „zu angemessenen Preisen“.

Die wachsenden Überschüsse zeigen, daß die Marktordnungspreise oberhalb der Gleichgewichtspreise festgesetzt wurden. Niedrigere Agrarpreise hätten die Versorgung der Bevölkerung verbilligen können. Wäre der Selbstversorgungsgrad durch weitergehende Preissenkungen verringert worden, hätte sich eine weitere Verbilligung ergeben, da die Weltmarktpreise erheblich unter dem EWG-Agrarpreinsniveau liegen (Tabelle 24).

Tabelle 24

Preise ausgewählter landwirtschaftlicher Erzeugnisse 1967/68 ¹⁾

Erzeugnis	Weltmarkt- ²⁾		EWG-	
	Preise			
	Rechnungseinheit je 100 kg			vH ³⁾
Weichweizen	5,79	10,73		185
Hartweizen ⁴⁾	8,07	16,14		200
Geschälter Reis	15,34	17,96		117
Gerste	5,67	9,07		160
Mais	5,63	9,01		160
Weißzucker	5,10	22,35		438
Rindfleisch	38,82	68,00		175
Schweinefleisch	38,56	56,71		147
Geflügel	55,00	72,33		131
Eier	38,75	51,14		132
Butter	47,25	187,44		397
Olivendöl ⁴⁾	69,84	115,62		166
Olisaaten ⁴⁾	10,11	20,19		200

¹⁾ Wirtschaftsjahr.
²⁾ Einstandspreise im Großhandel.
³⁾ EWG-Preise in vH der Weltmarktpreise.
⁴⁾ Einschließlich direkter Beihilfen für Erzeuger.

Quelle: EWG

Die Agrarwirtschaft und die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes

313. Was die Geldwertstabilität anlangt, so sind im Zeitraum 1955 bis 1966 die Nahrungsmittelpreise etwa so stark gestiegen, wie die gesamten Lebenshaltungskosten, in den beiden folgenden Jahren wegen der Getreidepreissenkung etwas weniger. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hätten bei Ausnutzung der Produktivitätsreserven während des gesamten Beobachtungszeitraumes hinter den Lebenshaltungskosten zurückbleiben müssen. Dar-

über hinaus hätte die Möglichkeit bestanden, durch eine Verringerung des Abstandes zum Weltmarktpreinsniveau stärker stabilisierend zu wirken. Das erhebliche Preisgefälle zwischen den EWG-Märkten und den internationalen Märkten weist auf eine Stabilisierungsreserve hin. So überschritten die EWG-Preise im Wirtschaftsjahr 1967/68 die Weltmarktpreise bei Weichweizen um 85 vH, bei Gerste um 60 vH, bei Rindfleisch um 75 vH, bei Butter und Zucker sogar um 297 vH beziehungsweise 338 vH (Tabelle 24). Der Weltmarkt wäre durchaus in der Lage gewesen, eine zusätzliche Nachfrage zu befriedigen; denn obwohl die Angebotselastizität bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen kurzfristig gering ist, ist sie langfristig groß. Dies sieht man unter anderem daran, daß wichtige Getreideexportländer den Getreideanbau beschränken mußten.

314. Das Ziel eines hohen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstandes ist, gemessen an der Zahl der registrierten Arbeitslosen, durch die Entwicklung der Landwirtschaft nicht beeinträchtigt worden. Allerdings ist zu vermuten, daß in einzelnen ländlichen Regionen eine statistisch nicht erfassbare Unterbeschäftigung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen besteht. Die versteckte Arbeitslosigkeit in Regionen, in denen es kaum Alternativen zur landwirtschaftlichen Tätigkeit gibt und in denen infolge der Kleinbetriebsstruktur viele familieneigene Arbeitskräfte tätig sind, findet ihren Ausdruck in den unterdurchschnittlichen Einkommen in diesen Regionen.

315. Zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum hat die Landwirtschaft, außer durch ihren eigenen Produktivitätsfortschritt, dadurch beigetragen, daß sie laufend Arbeitskräfte an die wachstumsintensiveren Bereiche abgab; aber sie bindet nach wie vor mehr Arbeitskräfte als unbedingt nötig. Zeigte sie noch mehr Bereitschaft zum Strukturwandel, so könnte sie helfen, die Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt im Interesse einer besseren Ausnutzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotentials zu mildern und die Chancen der Wachstumsindustrien in der Bundesrepublik zu vergrößern.

Zwar haben die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Arbeitskräfte nicht immer die beruflichen Qualifikationen, die für eine Tätigkeit in anderen Bereichen erforderlich sind, aber die Chancen, sie anzulernen oder sie umzuschulen, dürften bei ihnen kaum geringer sein als bei ausländischen Arbeitskräften, die zumindest in der ersten Zeit erhebliche Verständigungsschwierigkeiten haben und ebenfalls meist aus der Landwirtschaft ihrer Heimatländer kommen, einer Landwirtschaft, die viel weniger technisiert ist als die westdeutsche.

Wie aus anderen schrumpfenden Bereichen sind auch aus der Landwirtschaft vor allem jüngere Arbeitskräfte in andere Berufe abgewandert. Dadurch hat sich das Durchschnittsalter der in der Landwirtschaft verbleibenden Arbeitskräfte erhöht und der produktivitätssteigernde Effekt der Freisetzung von Arbeitskräften vermindert. Wären mehr ältere Arbeitskräfte ausgeschieden und mehr jüngere Arbeits-

kräfte verblieben, so hätte die Produktivität in der Landwirtschaft voraussichtlich schneller zugenommen.

Außerdem hätte die Produktivität der Landwirtschaft stärker steigen können, wäre weniger Kapital in kleine Betriebe geflossen und stattdessen mehr Kapital zur Schaffung größerer Betriebseinheiten eingesetzt worden. Tatsächlich war die Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft mit einer Tendenz zur Übertechnisierung der Kleinbetriebe verbunden, teils wohl als Folge einer nicht genügend langfristig angelegten Förderungspolitik, teils wohl auch als Folge eines landwirtschaftlichen Beratungswesens, dem die Orientierung an einer langfristigen Strukturkonzeption fehlte.

Agrarpolitische Fehlentwicklungen

316. Obwohl die Agrarpreispolitik in der EWG nicht nur für eine angemessene Entlohnung der in der Landwirtschaft Beschäftigten sorgen, sondern auch ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatzmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft herstellen soll, hat sie in der Vergangenheit nahezu ausschließlich dem ersten dieser beiden Ziele gedient, so daß vor allem in den bisherigen „Niedrigpreisländern“ (Frankreich, Niederlande) zusätzliche Produktionsanreize entstanden, die das Marktgleichgewicht empfindlich störten. Trotz mancher Ansätze ist es bisher nicht zu einer Senkung des Interventionspreisniveaus gekommen, so daß die Landwirte den Eindruck gewinnen mußten, dieses Niveau werde nie sinken. Noch immer wird in vielen Äußerungen die bloße Erhaltung landwirtschaftlicher Existenzen, selbst wo dies ökonomisch wenig sinnvoll ist, als ein erstrebenswertes Ziel bezeichnet.

317. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen im Rahmen der nationalen und supranationalen Agrarpolitik belasten zunehmend die Budgets der Mitgliedstaaten der EWG. Das Volumen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) erhöht sich ab Wirtschaftsjahr 1967/68 jährlich um über 3 Mrd. DM (Tabelle 25).

Die Ausgaben zur Regulierung der Agrarmärkte (Abteilung „Garantie“) beliefen sich im Wirtschaftsjahr 1968/69 auf fast 8,1 Mrd. DM, das sind etwa 10 vH des Bruttoinlandsprodukts der Landwirtschaft in der EWG. Die Ausgaben zur Agrarstrukturverbesserung (Abteilung „Ausrichtung“) sind demgegenüber seit 1967/68 auf 1,1 Mrd. DM begrenzt. Ergänzend zu den Mitteln aus dem EAGFL werden in der Bundesrepublik im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes und des EWG-Anpassungsgesetzes erhebliche Mittel zugunsten der Landwirtschaft eingesetzt, die im Jahre 1968 2,3 Mrd. DM betragen (Tabelle 26). Aus den Länderhaushalten fließen der Landwirtschaft weitere Mittel zu.

Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds

Mill. DM

Jahr ¹⁾	Insgesamt	Abteilung		Zusammen	Sonderabteilung ²⁾
		Garantie	Ausrichtung		
1962/63	151	115	36	151	—
1963/64	271	203	68	271	—
1964/65	857	639	218	857	—
1965/66	1 280	960 ^{a)}	320	1 280	—
1966/67 ³⁾	1 975	1 481	494	1 975	—
1967/68 ⁴⁾	6 110	4 137	1 140	5 277	833
1968/69 ⁵⁾	9 821	8 080	1 140	9 220	601
1969/70 ⁶⁾	12 925	11 428	1 140	12 568	357

¹⁾ Wirtschaftsjahr.

²⁾ Getreidepreissenkung, Festsetzung des Milchpreises und Nahrungsmittelhilfe (Getreide).

³⁾ Haushaltsberechnungen.

⁴⁾ Abschlagszahlungsanträge der Mitgliedstaaten.

⁵⁾ Schätzungen.

⁶⁾ Haushaltsberechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

318. Der Verzicht auf die Preispolitik als Orientierungshilfe für den erforderlichen Strukturwandel in der Landwirtschaft wurde durch keine anderen richtungweisenden Signale ersetzt, da es an einer strukturpolitischen Konzeption, die sowohl die Agrarpolitik als auch die Regionalpolitik mit einschließt, fehlte. Wo regionalpolitische Vorstellungen entwickelt wurden, entbehrten sie einer Abstimmung mit den agrarpolitischen und den gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen.

319. Der strukturpolitische Mißerfolg eintrseits und die hohen öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft andererseits brachten die Agrarpolitik zunehmend in Mißkredit.

Die Landwirte sind der Auffassung, daß die agrarpolitischen Maßnahmen ihnen keine ausreichende Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung gewährleisten. In der Öffentlichkeit steigerte sich der Unmut über eine Agrarpolitik, die bei wachsenden Subventionen zu einer Überproduktion von Agrarerzeugnissen führt, die nur mit Hilfe immer größerer finanzieller Mittel aus dem Markt genommen werden können, um verbilligt abgesetzt, denaturiert oder vernichtet zu werden. Kritisiert wird auch, daß der agrarpolitische Interventionismus zu kommerziellen Mißbräuchen am Rande der Legalität verleite.

**Die Bundesaussgaben zur Förderung der Landwirtschaft
nach dem Landwirtschaftsgesetz und dem EWG-Anpassungsgesetz**
Mill. DM

Art der Maßnahme	Ansätze	Ist-Ergebnisse				
	1969	1968 ¹⁾	1967	1966	1965	1956 bis 1964
Verbesserung der Agrarstruktur	927	1 041	1 062	1 130	1 151	5 231
darunter:						
Flurbereinigung	245	269	316	311	278	1 169
Besondere Agrarstrukturmaßnahmen	250	351	363	350	435	1 991
Zinsverbilligung	395	341	325	357	287	632
Modernisierung der betrieblichen Ausstattung (Investitionsbeihilfen)	136	164	65	57	322	—
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	875	729	712	730	551	754
davon:						
Altershilfe	673	529	502	500	384	499
Unfallversicherung	190	200	210	230	167	255
Rente für Landabgabe	12	—	—	—	—	—
Rationalisierung der Vermarktung	279	213	199	96	106	558
darunter:						
Verbundwirtschaft	209	163	175	77	69	156
Absatzfonds	40	—	—	—	—	—
Verbesserung der Einkommenslage der land- wirtschaftlichen Bevölkerung	—	165	332	748	847	6 233 ²⁾
darunter:						
Gasölverbilligung	— ^{b)}	— ^{b)}	10	133	174	637
Auszahlungspreis für Qualitätsmilch	—	165	322	615	673	3 809
Andere Förderungsmaßnahmen	2	—	—	—	35	561
Insgesamt	2 219	2 312	2 370	2 761	3 012	13 337

¹⁾ Vorläufiges Ist-Ergebnis.

²⁾ Darunter: Verbilligung und Steigerung der Handelsdüngermanwendung 1956 bis 1964: 1 787 Mill. DM.

^{b)} Ab 1969 nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft (1969: 271 Mill. DM, 1968: 410 Mill. DM).

Neue agrarpolitische Programme

320. Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß das Agrarproblem mehr und mehr ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Diskussion gerät und neue Programme entwickelt werden, in denen das Schwergewicht auf einer aktiven Strukturpolitik liegt. Um die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit zu erleichtern, werden diese Programme nachfolgend kurz erläutert.

321. Das „Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der EWG“ — der „Mansholt-Plan“ — schlägt einen Katalog von Maßnahmen vor, welche

- die Abwanderung aus der Landwirtschaft erheblich beschleunigen,
- die Überschüsse durch Drosselung der Produktion beseitigen und
- Produktivitätssteigerungen durch Schaffung größerer „Produktionseinheiten“ bewirken sollen.

Die landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung in der EWG soll sich im Zeitraum von 1970 bis 1980 von 10 auf 5 Millionen verringern. Gleichzeitig soll die landwirtschaftliche Nutzfläche um 5 Millionen Hektar, das heißt um 7 vH, eingeschränkt werden.

Im Jahre 1980 sollen etwa 90 vH der landwirtschaftlichen Produktion aus „Produktionseinheiten“ stammen, die sich zu „modernen landwirtschaftlichen Unternehmen“ zusammenschließen können. Für die „Produktionseinheiten“ werden folgende Mindestwerte angegeben:

- bei den Hauptkulturen:
(zum Beispiel Getreide, Hackfrüchte)
80 bis 120 Hektar
- bei der Milchproduktion:
40 bis 60 Milchkühe
- bei der Fleischproduktion:
150 bis 200 Mastrinder
- bei der Eierzeugung:
10 000 Legehennen
- bei der Schweinemast:
450 bis 600 Mastschweine
- bei der Geflügelmast:
100 000 Stück Mastgeflügel (Jahresproduktion).

322. Die Maßnahmen erfordern nach Angaben der EWG-Kommission für die Zeit von 1970 bis 1980 einen jährlichen Aufwand von 10 Mrd. DM. In dieser Summe sind weder die Kosten für die berufliche Umschulung noch für sozialpolitische Maßnahmen enthalten.

Demgegenüber sollen im Zuge der Reform die Marktordnungsausgaben, die — wie erwähnt — im Wirtschaftsjahr 1968/69 8,1 Mrd. DM betragen (Tabelle 25), ab 1975 sinken und ab 1980 3 Mrd. DM jährlich nicht mehr übersteigen. Die nationalen und supranationalen Strukturausgaben, die gegenwärtig etwa 8,8 Mrd. DM betragen, sollen nach 1980 nur noch 5 Mrd. DM jährlich ausmachen.

323. Die Preispolitik soll offenbar vor allem als Preisstrukturpolitik eingesetzt werden. Geplant sind Änderungen der Preisrelationen zwischen Milch- und Schlachtvieh zugunsten des Schlachtviehs und zwischen Brot- und Futtergetreide zugunsten des Futtergetreides. Das Preisniveau soll sich nicht wesentlich verändern.

324. Das „Arbeitsprogramm für die Agrarpolitik der Bundesregierung“ — der „Höcherl-Plan“ —, das im Juni 1968 von der Bundesregierung gebilligt wurde, hat wie der „Mansholt-Plan“ eine Beschleunigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft zum Ziel, allerdings nicht innerhalb einer bestimmten Periode. Das überkommene Ziel der Agrarpolitik, möglichst viele Menschen in der Landwirtschaft zu beschäftigen, ist in diesem Programm ebenso fallen gelassen worden wie das alte Leitbild vom bäuer-

lichen Familienbetrieb. Auch im „Höcherl-Plan“ ist jedoch die Preispolitik kein Steuerungsinstrument der Strukturpolitik, sondern Mittel zur Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen.

325. Ergänzend zur Agrarstrukturpolitik hat das Bundesministerium für Wirtschaft „Vorschläge zur Intensivierung und Koordinierung der regionalen Wirtschaftspolitik“ erarbeitet („Schiller-Plan“). Diese Vorschläge beschränken sich auf regionalpolitische Auffangmaßnahmen und auf Sozialhilfen für die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Erwerbstätigen. Es sollen anderweitige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit Landwirte aus den produktivitätsschwachen Bereichen des Agrarsektors abwandern können. Jährlich sollen mit staatlicher Hilfe 20 000 Arbeitsplätze in ländlichen Entwicklungsschwerpunkten entstehen.

Im Unterschied zum „Höcherl-Plan“ enthält der „Schiller-Plan“ Schätzungen der mit seiner Verwirklichung verbundenen finanziellen Aufwendungen. Danach würden die sozialpolitischen Maßnahmen 1980 mit etwa 1,6 Mrd. DM ihr Maximum erreichen. Für Investitionshilfen in regionalen Förderungsgebieten wird ein Jahresbetrag von 330 Mill. DM angegeben.

326. In ihrer Zielsetzung stimmen die drei Programme insoweit überein, als ein grundlegender Strukturwandel für unumgänglich gehalten wird. Obwohl viele der vorgeschlagenen Maßnahmen im „Höcherl-Plan“ und im „Mansholt-Plan“ ähnlich sind, bestehen doch erhebliche Unterschiede. Nach dem „Mansholt-Plan“ soll das Problem der Überschüsse durch Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche gelöst werden. Geht man davon aus, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche in der EWG sich ohne zusätzliche Maßnahmen von 1970 bis 1980 ähnlich verringern wird wie von 1958 bis 1967, nämlich insgesamt um etwa 2,5 vH, so müssen nach dem „Mansholt-Plan“, der eine Abnahme um 7 vH vorsieht, weitere 4,5 vH ausscheiden. Da anzunehmen ist, daß die Erträge dieser Böden um mindestens ein Drittel unter dem Durchschnitt liegen, würde das laufende Produktionsvolumen um höchstens 3 vH sinken. Dies wäre angesichts der bestehenden Überschüsse ungenügend.

Im „Höcherl-Plan“ ist eine Nutzflächeneinschränkung nicht eingeplant. Im Gegenteil, die bisherigen Programme zugunsten der von Natur aus benachteiligten Gebiete, also zugunsten der Grenzböden, sollen sogar weitergeführt werden, so daß zusätzliche Produktionskapazitäten entstehen, deren Rentabilität fragwürdig erscheint.

Sowohl im „Mansholt-Plan“ wie im „Höcherl-Plan“ ist die Preispolitik nicht genügend auf die Wiederherstellung des Marktgleichgewichts ausgerichtet. Während der „Mansholt-Plan“ vorschlägt, die Preise für Überschussezeugnisse zu senken und für Produkte, bei denen noch ein Einfuhrbedarf besteht, zu erhöhen, ohne daß das Preisniveau verändert wird, zieht der „Höcherl-Plan“ noch eine Anhebung des Preisniveaus in Betracht.

Die in den beiden Plänen vorgesehene Preispolitik ist nicht geeignet, die Überschüsse zu beseitigen. Die Verwirklichung der Pläne würde den finanziellen Aufwand für Marktinterventionen aller Voraussicht nach nicht verringern, sondern erhöhen.

Rahmenbedingungen der Agrarpolitik

327. Die Agrarpolitik in einem Industriestaat darf folgende Zusammenhänge nicht außer Betracht lassen:

Während sich das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit der Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche verringert — wenn auch nach den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit nur geringfügig —, wirkt der Produktivitätsfortschritt auf eine Angebotssteigerung hin. Die Entwicklung der Produktivität hängt ab

- vom biologisch-technischen Fortschritt, der die Produktion bei konstantem Einsatz der Produktionsfaktoren Boden und Arbeit ohne kostspielige Investitionen erhöht;
- von der Substitution von Arbeit durch Kapital, die, wenn die neuen Kapitalgüter den bisherigen technisch überlegen sind, häufig nur in größeren Bewirtschaftungseinheiten kostensparend realisiert werden kann;
- vom organisatorischen Fortschritt, der eine bessere Ausbildung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen, vor allem auch in ökonomischen Fragen, voraussetzt.

Per Saldo steigt die Produktion landwirtschaftlicher Endprodukte. In den EWG-Ländern betrug der Anstieg im Zeitraum 1956/58 bis 1964/66 jährlich 3,3 vH. Demgegenüber nahm die Nachfrage nur um jährlich etwa 2 vH zu. Ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage erscheint auf die Dauer nur möglich, wenn laufend in vermehrtem Umfang

- Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abwandern und
- Grenzböden aus der Produktion ausscheiden.

328. Mit dem Ausscheiden von Grenzböden und Grenzproduzenten würde nicht nur das Angebot der Nachfrage angepaßt, sondern auch die Einkommenssituation der in der Landwirtschaft Verbleibenden erheblich verbessert werden. Dafür sprechen die großen Unterschiede zwischen den Betriebseinkommen je Vollarbeitskraft. Nach dem „Grünen Bericht 1969“ lag im Wirtschaftsjahr 1967/68 das durchschnittliche Betriebseinkommen je Vollarbeitskraft des einkommensstärksten Viertels der Betriebe je nach Betriebssystem um 9532,— DM bis 19 828,— DM über dem des einkommenschwächsten Viertels.

Die Landwirtschaft im wachstumsbedingten Strukturwandel

329. Sollen die jetzigen Überschüsse abgebaut und neue Überschüsse vermieden werden, muß unter den in den EWG-Ländern herrschenden Bedingungen die

Preispolitik derart eingesetzt werden, daß das Agrarpreisniveau sinkt. Wenn der „Mansholt-Plan“ ein nominal konstantes Agrarpreisniveau anstrebt, so könnte dahinter der Gedanke stehen, daß der Realwert der Agrarerzeugnisse infolge der Inflation derart sinkt, daß sich das Angebot verringert. Die Konstanz des nominalen Preisniveaus mag jedoch gewisse Anpassungsprozesse verzögern. Eine angekündigte stufenweise Agrarpreissenkung würde die agrarpolitischen Absichten klar aufzeigen und bei den Landwirten keine Illusionen aufkommen lassen. Das Agrarpreisniveau müßte so lange sinken, bis so viele Grenzbetriebe und Grenzböden ausgeschieden sind, daß das Überschußproblem gelöst ist.

330. Unter dem Gesichtspunkt der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung wäre es außerdem erforderlich, den Selbstversorgungsgrad in der EWG zu reduzieren. Dies setzte voraus, daß die Preise auch dann noch gesenkt würden, wenn die Überschußsituation beseitigt ist. Gleichzeitig müßten durch eine progressive Strukturpolitik den aus der Landwirtschaft ausscheidenden Erwerbstätigen Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Bereichen und, soweit sie einen neuen Beruf nicht mehr ergreifen können, soziale Sicherheit geboten werden. Eine enge Verzahnung von Preis- und Strukturpolitik wäre Voraussetzung für den Erfolg dieser Anpassung.

Sollen im Interesse einer gesicherten Versorgung mit Nahrungsmitteln die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung nicht voll genutzt werden, soll also der Selbstversorgungsgrad weniger sinken, so könnte dies mit einer geringeren Preissenkung erreicht werden.

331. Welcher Selbstversorgungsgrad auch immer das agrarpolitische Ziel ist, die Umstellung der Landwirtschaft läßt sich um so schneller bewirken, je mehr alle diejenigen, die die agrarpolitische Meinungsbildung beeinflussen, mit dazu beitragen, daß das Prinzip der vorausgreifenden Anpassung in der Landwirtschaft Anerkennung findet. Dies gilt insbesondere für die Bauernverbände. Gibt es ein klares Konzept der EWG-Agrarpolitik, so müssen sich die Verbände daran orientieren. Wenn sie den Anpassungsprozeß verzögern, so müssen sie damit rechnen, daß Überschüsse entstehen und damit eine Preissenkung erzwungen wird, die über das Maß hinausgeht, das das Ziel an sich erfordert.

332. Es genügt nicht, das Agrarpreisniveau zu senken; auch die Preisrelationen zwischen einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnissen müßten den Verhältnissen auf den internationalen Märkten angenähert werden. Ansätze enthält der „Mansholt-Plan“: So sind zum Beispiel die Futtergetreidepreise den Preisen für Weichweizen anzugleichen, damit mehr Weizen im tierischen Sektor verbraucht wird, und die Preisrelation zwischen Milch und Rindfleisch zugunsten von Rindfleisch zu ändern, da bei Milchprodukten Überschüsse bestehen und die Preiselastizität der Nachfrage nach Rindfleisch groß sein dürfte.

Die Senkung des Preisniveaus und die Änderung der Preisrelationen würde sich in den einzelnen Re-

gionen unterschiedlich auswirken. Während an besonders günstigen Standorten eine Preissenkung allenfalls die Differentialrenten verringerte, würde an ungünstigen Standorten die Minderung der Einkommen eine sozialpolitische Lösung erfordern. Die Subventionen über den Preis müßten in Einkommenshilfen umgewandelt werden.

333. Der innerhalb der Landwirtschaft erforderliche Strukturwandel wird durch Art und Tempo des technischen Fortschritts bestimmt. Die Strukturpolitik muß deshalb an den Möglichkeiten ausgerichtet sein, die der technische Fortschritt bietet. Bewirtschaftungseinheiten, die größer sind als die bisherigen, eignen sich besser für eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren. Sie sollten im Ackerbau und in der Viehhaltung so bemessen sein, daß sie die Kostendegression größerer Einheiten voll nutzen können und durch weitgehende Arbeitsteilung die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft erhöhen. Größere Bewirtschaftungseinheiten könnten beispielsweise auf folgende Weise entstehen:

- Durch Betriebskooperation. Sie empfiehlt sich vor allem, wenn durch die Zusammenarbeit Lohnarbeiter freigesetzt werden. Kooperieren reine Familienbetriebe, so dürfte der Freisetzungseffekt gering sein, weil eingesparte Familienarbeitskräfte vermutlich im Betrieb blieben und zur Produktionsausdehnung beitragen.
- Durch Betriebsaufstockungen mittels langfristiger Pachtverträge.
- Durch Gründung von Landbaukapitalgesellschaften. Der Übergang zu Formen der Landbewirtschaftung, in denen Eigentum und Dispositionsbefugnis getrennt sind, würde eine Entwicklung nachholen, wie sie sich in Industrie und Handel längst vollzogen hat.

334. Die Landbaukapitalgesellschaften können sich auch in nichtlandwirtschaftlichen Produktionszweigen betätigen; dies macht es möglich, die freigesetzten Arbeitskräfte im selben Unternehmen anderweitig zu beschäftigen. Solche Gesellschaften würden sich in die Regionalförderungsprogramme einfügen und könnten dann — für den nichtlandwirtschaftlichen Bereich — auf die Mittel dieser Programme zurückgreifen.

335. In welcher der genannten Formen auch größere Bewirtschaftungseinheiten entstünden, stets

verbliebe das Eigentum an den Produktionsmitteln bei den bisherigen Eigentümern. Die hohen Bodenpreise würden bei dem Ausmaß des angestrebten Strukturwandels eine Vergrößerung der herkömmlichen Bewirtschaftungseinheiten durch Landzukaufe nur in wenigen Fällen gestatten. Größere Bewirtschaftungseinheiten, die durch Zusammenschlüsse erreicht werden, wären in ihren Dispositionen flexibler und würden wahrscheinlich auch besser kalkulieren. Man kann erwarten, daß sie ihre Grenzböden nicht mehr landwirtschaftlich nutzen, sondern beispielsweise aufforsteten oder zur Industrieansiedlung anböten.

336. In Regionen, in denen Grenzböden derart überwiegen, daß keine leistungsfähigen Bewirtschaftungseinheiten gebildet werden können, kommt der Regionalpolitik eine besondere Bedeutung zu, zumal hier die Wirtschaft oft unterdurchschnittlich expandiert und Bevölkerungsdichte und Pro-Kopf-Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt niedrig sind. Anhand von Regionalstudien müßte für die Problemgebiete untersucht werden, ob eine aktive Sanierung durch Ansiedlung nichtlandwirtschaftlicher Betriebe vertretbar erscheint, oder ob die Bevölkerungsdichte so gering und die übrigen Standortfaktoren so ungünstig sind, daß eine Ansiedlung von Betrieben keinen Erfolg verspricht, also nur die passive Sanierung in Frage kommt. Für eine Übergangszeit erscheinen sozialpolitische Maßnahmen in jedem Falle unumgänglich. Einkommensbezogene Sozialhilfen könnten so lange ein Mindesteinkommen gewährleisten,

- bis die betreffende Region durch ein Regionalprogramm aktiv saniert wird, oder
- bis im Falle der passiven Sanierung die Wanderung in eine neue Region und in einen neuen Beruf erfolgt ist.

Ältere Menschen werden meist keinen neuen Beruf mehr ergreifen können. Ihnen müßte die Sozialpolitik das Ausscheiden aus der Landwirtschaft durch eine umfassende Alterssicherung erleichtern.

337. Bildungspolitische Maßnahmen müßten den Umstrukturierungsprozeß begleiten. Sie hätten die doppelte Aufgabe, das Bildungsniveau in ländlichen Regionen möglichst schnell auf das Niveau in den Ballungsgebieten anzuheben und Möglichkeiten zur intensiven Umschulung der Abwanderungswilligen aus der Landwirtschaft zu schaffen.

Anhang

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	106
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	107
IV. Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht	108
V. Sondergutachten vom 25. September 1969: Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969	121
VI. Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969	123
VII. Pressemitteilung des Sachverständigenrates zum Rücktritt seines Mitgliedes Staatsminister a. D. Dr. Harald Koch	127
VIII. Methodische Erläuterungen	128
IX. Statistischer Anhang	129

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen

Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds herufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt,
Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion

bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;

3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“ (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation“ (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität“ (am 30. November 1966)
Sondergutachten März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967“ (am 28. März 1967)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum“ (am 6. Dezember 1967)

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung“ (am 4. Dezember 1968)

Sondergutachten vom 30. Juni 1969: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ (am 11. Juli 1969; darin enthalten: Sondergutachten vom Juli 1968)

Zwei Sondergutachten („Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“ und „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969“) sowie der Begleitbrief zu dem letzten Gutachten werden im Anhang V und VI dieses Jahresgutachtens veröffentlicht.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und vom 3. Juli 1968

Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Der Sachverständigenrat soll in seinem Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können.

§ 2 Satz 1 und 2 des Sachverständigenratsgesetzes

Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden.

§ 6 Abs. 2 Satz 1 des Sachverständigenratsgesetzes

Sondergutachten vom 30. Juni 1969

A. Zur Konjunkturontwicklung

1. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich mitten in einem Boom, der die Hochkonjunktur von 1965 übertrifft. Getrieben von den Exporten und den Investitionen übersteigt die Nachfrage in fast allen Industriezweigen seit Monaten bei weitem die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten.

Den Spielraum für Preiserhöhungen, der durch die Übernachfrage im In- und Ausland entstanden ist, haben die Unternehmen bisher nicht voll genutzt; aber es werden sich voraussichtlich ab Herbst 1969 die Preissteigerungen nachhaltig beschleunigen, wenn nicht doch noch bald Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Die Überschüsse in der Leistungsbilanz sind trotz des steuerlichen Aufwertungsersatzes nach wie vor hoch; und selbst wenn man die finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland großzügig veranschlagt, bleibt ein Überschuß, den man als Ausdruck eines fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichts ansehen muß. Die Diskussion um eine Aufwertung der D-Mark ist daher von der Sache her begründet; angesichts der Kosten- und Preisentwicklung im Ausland wird sie so bald nicht verstummen.

Zusammenfassend stellen wir fest:

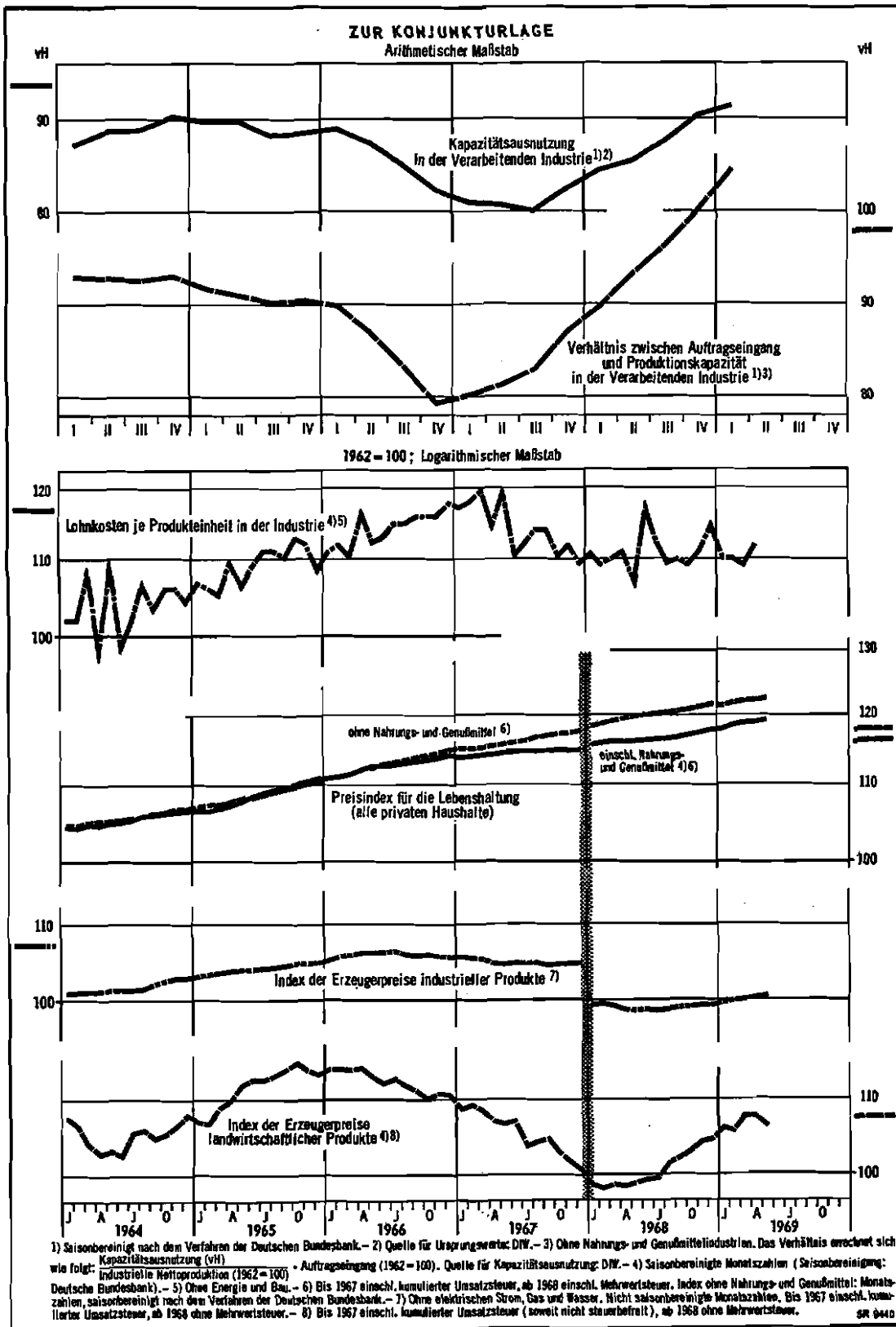
Die Normen der Stabilität des Preisniveaus und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, wie sie im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aufgestellt sind, bleiben unerfüllt; die Gefahren für die Geldwertstabilität nehmen zu, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich daraus auch für das Ziel des stetigen

Wachstums früher oder später nachteilige Konsequenzen ergeben werden.

2. Die Übernachfrage in der Industrie zeigt sich in Auftragsengpässen, die seit Monaten über die Produktionsmöglichkeiten hinausgehen (Schaubild). Allein von November/Dezember 1968 bis März/April 1969 nahmen die Bestellungen in der verarbeitenden Industrie (saisonbereinigt) um 15 vH zu, darunter die Bestellungen aus dem Ausland sogar um fast 20 vH. Trotz zahlreicher Neueinstellungen und einer außergewöhnlichen Zunahme der Überstundenarbeit konnte die Produktion mit der Nachfrage nicht Schritt halten. Immer mehr Unternehmen beurteilen ihre Fertigwarenläger als zu klein; die Lieferfristen werden länger; in den Investitionsgüterindustrien reichen die Auftragsbestände wieder über den höchsten Stand von 1965 hinaus.

3. Als Folge der stürmischen Nachfrageentwicklung waren die industriellen Sachkapazitäten schon im ersten Vierteljahr 1969 stärker ausgelastet als irgendwann in der Hochkonjunktur 1964/65 (Schaubild). Ohne den zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, besonders an Fachkräften, wäre der Auslastungsgrad sicherlich noch höher gewesen. Die Arbeitsämter registrierten Ende Mai mehr offene Stellen als je zuvor; doch klagten bisher noch nicht so viele Firmen über akuten Arbeitskräftemangel wie in der letzten Hochkonjunktur.

Das heimische Arbeitskräftepotential ist weitgehend ausgeschöpft; im Mai waren ebenso wenige Arbeits-



lose gemeldet wie im Frühjahr 1966, dem Zeitpunkt des höchsten Beschäftigtenstandes im vorigen Zyklus. Elastisch ist nur noch das ausländische Arbeitskräfteangebot: Von März 1968 bis März 1969 stieg die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte um fast 300 000 auf 1,2 Mill. etwa 5 1/2 Prozent der abhängig Beschäftigten; inzwischen dürfte sie den höchsten Stand der Nachkriegszeit (1,3 Mill.) schon überschritten haben. Für die Zukunft ist außerdem zunehmend mit Engpässen bei den Fertigungskapazitäten zu rechnen. Mehr und mehr wird sich auch die begrenzte Lieferfähigkeit der in- und ausländischen Vorlieferanten bemerkbar machen und Störungen im Produktionsablauf verursachen, die den Produktivitätszuwachs mindern.

4. Seit Mitte 1968 ist der Wandel in der Preisentwicklung unverkennbar (Schaubild). Nahezu kontinuierlich sind von Juli 1968 bis Mai 1969 die Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von fast 3 vH und die industriellen Erzeugerpreise mit einer Jahresrate von 2 vH gestiegen. Damit sind die Steigerungsraten erreicht, die während des letzten Wachstumszyklus (1963 bis 1966) im Durchschnitt herrschten; noch nicht erreicht sind damit aber die Steigerungsraten, die der Hochkonjunktur von 1964/65 folgten.

Die Beschleunigung im Anstieg der Verbraucherpreise seit Mitte vorigen Jahres ging in erster Linie auf die Verteuerung der Nahrungsmittel zurück. Die Mietzinssteigerungen bieten sich in dem seit Jahren üblichen Ausmaß. Die Preise für Dienstleistungen sind dagegen, wegen der vorangegangenen Überanpassung gelegentlich der Umsatzsteuerreform, weit schwächer gestiegen, als es dem längerfristigen Trend entsprechen hätte. Auch haben die Preise für Industriewaren weniger angezogen, als die Entwicklung der Erzeugerpreise erwarten ließ, teils infolge des Absicherungsgesetzes und der Terminabschläge bei wichtigen Währungen (Ziffer 12), teils auch infolge des Vordringens neuer Handelsformen. Daß die Verbraucherpreise insgesamt bisher nur mäßig gestiegen sind, ist aber wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Lohnstückkosten in der Industrie seit Ende 1967 praktisch konstant geblieben sind (Schaubild), also der Anstieg der Effektivdienste die — sehr hohen — Produktivitätszuwächse nicht übertroffen hat.

5. Für die zweite Hälfte 1969 ist bei anhaltender Investitions- und Exportkonjunktur und weiter ansteigender Verbrauchskonjunktur zu befürchten, daß mehr und mehr Preise steigen. Einerseits werden die Unternehmen bereit sein, übertarifliche Lohnzuschläge zu gewähren und höhere Tariflohnforderun-

gen hinzunehmen¹⁾; andererseits wird sich der Produktivitätszuwachs abschwächen, so daß der Kostendruck zunimmt. Unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status quo werden die Verbraucherpreise nach unserer Schätzung gegen Jahresende mehr als 3 vH höher sein als Ende 1968. Im Jahresdurchschnitt 1969 dürfte das Verbraucherpreisniveau um mindestens 2,5 vH über dem des Vorjahres liegen.

In diesen Prozentsätzen kommt aber das Ausmaß, in dem die Geldwertstabilität gefährdet ist, nicht voll zum Ausdruck. Denn sie beziehen sich auf 1969, während nach den Erfahrungen aus früheren Wachstumszyklen die stärksten Preissteigerungen erst in einer späteren Phase zu erwarten sind. Verzögert wird die Preiswelle in diesem Zyklus zusätzlich dadurch, daß der Lohn-Lag diesmal besonders lang ist und viele Unternehmen — auch mit Rücksicht auf die Bundestagswahl — preispolitische Zurückhaltung üben. Was 1969 an Preiserhöhungen unterbleibt, wird wahrscheinlich schon 1970 nachgeholt. Der Preisauftrieb, der vom zyklischen Verlauf her ohnehin für 1970/71 erwartet werden muß, wird entsprechend stärker ausfallen. Hieraus folgt: Wenn die Wirtschaftspolitik nicht alsbald vorbeugende Gegenmaßnahmen ergreift, wird sie den Zeitpunkt für seine Stabilisierung ohne Stagnation diesmal ebenso verpassen wie im vorigen Zyklus.

6. Bei unveränderten Wechselkursrelationen wird sich das außenwirtschaftliche Gleichgewicht 1969 trotz kräftig steigender Importe nicht herstellen. Der sogenannte Außenbeitrag wird eher über als unter 15 Mrd. DM liegen. Das sind etwa 2,5 vH des Brutto-sozialprodukts, die mit der von der Bundesregierung mittelfristig angestrebten Norm von 1,5 vH zu vergleichen sind. Da in den meisten europäischen Ländern ebenso wie in der Bundesrepublik Hochkonjunktur herrscht und da die Kosten und Preise in fast allen Partnerländern stärker steigen als bei uns, wird auch eine Abschwächung der Expansion in den Vereinigten Staaten, mit der vielfach gerechnet wird, die auslandsbedingte Übernachfrage nicht wesentlich mindern.

7. Die Auftragslage läßt schon jetzt eine Vollausslastung des Produktionspotentials über das Jahresende hinaus als gesichert erwarten, so daß wir für 1969 mit einem Zuwachs des realen Sozialprodukts von etwa 6 vH rechnen.

¹⁾ In der zweiten Jahreshälfte stehen unter anderem Lohnverhandlungen in der Metallindustrie (30. 9./30. 10.), in der Stahlindustrie (30. 11.) und im Steinkohlenbergbau (31. 12.) bevor.

B. Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung

8. Die außenwirtschaftliche Fehlentwicklung, vor der der Sachverständigenrat im Sommer 1968 warnte, ist im Herbst akut geworden (SG 68; JG 68 Vorwort Ziffer 12; JG 68 Ziffer 230). Seither hat sie sich derart verschärft, daß nun auch die Binnenkonjunktur zunehmend der wirtschaftspolitischen Kontrolle entgleitet. Das Absicherungsgesetz¹⁾ und die im Frühjahr 1969 ergriffenen finanz- und kreditpolitischen Maßnahmen haben die außen- und binnenwirtschaftlichen Fehlentwicklungen zwar gemildert, aber nicht beseitigt. Da sich der Kosten- und Preisauftrieb fast überall in der Welt beschleunigt hat, besteht mehr denn je die Gefahr einer überstürzten Lohn- und Preisanpassung in der westdeutschen Wirtschaft. Nach aller Erfahrung folgen auf solche Übersteigerungen konjunkturelle Rückschläge. Insoweit ist für die weitere Zukunft auch das Ziel des stetigen Wachstums bedroht.

I. Die Ersatzaufwertung und ihre Folgen

9. Als die Bundesregierung im November 1968 anstelle einer Aufwertung steuerliche Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung ergriff, begründete sie dies damit, daß es sich im Gegensatz zu einer Paritätsänderung um einen Schritt handle, der reversibel sei und damit eine gemeinsame Lösung der internationalen Währungsprobleme erleichtere. Doch sind die Umstände, unter denen die Reversibilität vorteilhaft gewesen wäre, bisher nicht eingetreten: Die Weltwirtschaftslage und die Wirtschaftspolitik der Partnerländer haben sich nicht einschneidend geändert, und es kam auch nicht zu einem multilateralen Realignment der ungleichgewichtigen Paritäten.

10. Gemessen an der Kosten- und Preisdisparität, die sich bis November 1968 zwischen dem Inland und dem Ausland herausgebildet hatte, war der Aufwertungsersatz nicht ausreichend, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen. Erstens blieben wichtige Bereiche, wie der Handel mit landwirtschaftlichen Marktordnungsgütern und der Dienstleistungsverkehr, darunter der gesamte Reiseverkehr, von der steuerlichen Regelung ausgenommen. Zweitens waren die Sätze der steuerlichen Be- und Entlastung zu niedrig; selbst eine echte Aufwertung von vier Prozent hätte nach dem damaligen Urteil des Sachverständigenrates nicht ausgereicht, um ohne eine Beschleunigung des Preisauftriebs im Innern die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen (JG 68 Ziffer 243).

11. Der Satz der steuerlichen Exportbelastung (meist 4 vH) lag offenbar innerhalb der Preiserhöhungsspielräume auf den Exportmärkten. Die Preise, zu denen die inländischen Exporteure kontrahieren,

sind vom November 1968 bis Mai 1969 um 4,3 vH gestiegen. Wohl auch auf Grund der regen Konjunktur und des anhaltenden Kosten- und Preisauftriebs im Ausland hat die Exportnachfrage trotz des Absicherungsgesetzes unvermindert zugenommen. Möglicherweise hat das Absicherungsgesetz sogar zusätzliche Exportnachfrage ausgelöst, weil die niedrigen Sätze und die Befristung wirkungsvollere und definitive Maßnahmen erwarten ließen. Die Wareneinfuhr wurde durch das Absicherungsgesetz im Durchschnitt um 3,5 vH steuerlich entlastet. Indessen ist der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter von November 1968 bis Mai 1969 um 2,7 vH gestiegen, so daß sich eine fühlbare Verbilligung der Einfuhrgüter — statistisch — nicht ergeben hat²⁾. Einen überdurchschnittlichen Anstieg der Importpreise zeigt die Statistik bei Ernährungsgütern (4,1 vH) und Halbwaren (5,1 vH), einen relativ geringen bei Fertigwaren (2,2 vH). Auf den Endstufen haben sich dadurch teilweise Preissenkungen, teilweise Minderungen des Preisauftriebs ergeben.

12. Die preisdämpfende Wirkung des Absicherungsgesetzes wurde bisher dadurch verstärkt, daß die Erwartung von Paritätsänderungen zu Kursabschlägen auf den Devisenterminmärkten führte. Auf diese Weise hat der Markt die Unterbewertung der D-Mark teilweise ausgeglichen³⁾. Bei Außenhan-

1) „Gesetz über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung gemäß § 4 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 30. November 1968.

2) In dem Maße, in dem Importeure ihre Zahlungsverpflichtungen, umgerechnet in D-Mark, später mit wesentlich billigeren Termindevisen erfüllen, ist der tatsächliche Preisanstieg allerdings geringer, als ihn der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter anzeigt, der sich auf die bei Vertragsabschluß vereinbarten Preise bezieht.

3) Waren Anfang November 1968 die Terminabschläge für Dollarforderungen noch recht gering, so betrug in der ersten Junihälfte 1969 der Abschlag für Forderungen mit einer Fälligkeit von drei Monaten einundhalb Prozent, mit einer Fälligkeit von sechs Monaten über drei Prozent und mit einer Fälligkeit von zwölf Monaten fünf Prozent. Die Terminabschläge für abwertungsverdächtige Währungen, wie etwa für den französischen Franken und das englische Pfund, waren noch größer.

In der zeitlichen Terminkursstruktur kommt zum Ausdruck, daß das internationale Zinsgefälle, da es nicht allein Ausdruck der Wechselkursänderungserwartungen ist, Abschläge bei den Terminkursen für kurze Fristen enger begrenzte als für längere Fristen und wohl auch, daß Wechselkursänderungen auf längere Sicht für wahrscheinlicher gehalten wurden als auf kurze Sicht.

Von der de-facto-Aufwertung am Terminmarkt für die D-Mark sind also mittel- und längerfristige Außenhandelskontrakte stärker betroffen als kurzfristige.

delskontrakten mit Liefer- und Zahlungsfristen kommen die Partner nicht umhin, die Aufwertungserwartung, die sich in der Verteuerung der Termin-Mark niederschlägt, zu berücksichtigen. Ein Exporteur hat beispielsweise aus einem Kontrakt auf Valutabasis einen sicheren D-Mark-Erlös nur in einer um den Terminabschlag verringerten Höhe. Andererseits kann sich ein Importeur einen entsprechenden Vorteil verschaffen, wenn er — zum Beispiel von einem Exporteur — eine Terminforderung verbilligt erwirbt. In der Wirkung ergibt sich kein Unterschied, wenn auf D-Mark-Basis kontrahiert wird ¹⁾.

Wie bei einer echten Aufwertung wird von der Verbilligung der Termindevisen auch der Außenhandel mit Marktordnungsgütern erfaßt. Da jedoch — anders als bei einer echten Aufwertung — die D-Mark-Interventionspreise nicht gesenkt worden sind, wurde in beträchtlichem Umfange französisches Getreide gegen billige Terminfranken importiert und den deutschen Interventionsstellen angedient.

13. Überdies: Soweit die Unternehmen erwarten, daß die gegenwärtige Kosten- und Preisdisparität zum Ausland nicht durch eine Anpassungsinflation, sondern durch Wechselkursänderungen korrigiert wird, werden sie dies auch in ihren längerfristigen Dispositionen berücksichtigen, beispielsweise bei ihren Investitionsentscheidungen oder bei Lohnzuständignissen in Tarifverhandlungen.

14. Da das Absicherungsgesetz weithin für unzulänglich gehalten wurde und eine überraschend offene und intensive Diskussion über den künftigen geldwertpolitischen Kurs der Bundesrepublik einsetzte, blieb die D-Mark nach wie vor im Gerede. Hinzu kam die verstärkte Spekulation auf eine Franc-Abwertung nach dem Rücktritt des französischen Staatspräsidenten Ende April 1969. Als dann noch Äußerungen führender Politiker eine Änderung der deutschen Haltung anzudeuten schienen, kam es sehr schnell zu einer neuen Währungskrise. Trotzdem entschied die Bundesregierung am 9. Mai 1969, an der Parität der D-Mark festzuhalten; ergänzend beschloß sie am 14. Mai, die gesetzgebenden Körperschaften zu ersuchen, die Befristung des Absicherungsgesetzes aufzuheben.

15. Die Entscheidung, nicht das Absicherungsgesetz durch eine Aufwertung, sondern eine Aufwertung durch eine unbefristete Verlängerung des Absicherungsgesetzes überflüssig zu machen, hat den außenwirtschaftlichen Spielraum für Maßnahmen zur Dämpfung der Binnenkonjunktur nicht erweitert. Sie steht im Widerspruch zu der von der Bundesregierung noch im März 1969 bekräftigten These, es sei nicht zweckmäßig, ein fundamentales außenwirtschaftliches Ungleichgewicht mit steuerlichen Maßnahmen zu bekämpfen (Bundestagsdrucksache V/4015, Ziffer 14).

Sie bedeutet eine definitive Abkehr von dem Prinzip, die Konjunktur mit globalen statt mit selektiven

Mitteln zu steuern. Sie führt direkt weg von dem unter den EWG-Partnern vereinbarten Ziel, die Mehrwertsteuersysteme zu vereinheitlichen und dabei auch die Sätze der Steuer und des Steuerausgleichs im grenzüberschreitenden Warenverkehr international anzugleichen ²⁾. Sie läßt befürchten, daß es im Inland ebenso wie im Ausland zu Folgemaßnahmen kommen wird, die die marktwirtschaftliche Ordnung stören und den freien Güter- und Kapitalverkehr über die Grenzen beeinträchtigen ³⁾.

¹⁾ In diesem Falle hat der ausländische Importeur den Terminaufschlag für die D-Mark zu berücksichtigen, mit der Folge, daß der Preiserhöhungsspielraum des deutschen Exporteurs, in D-Mark gerechnet, entsprechend geringer ist; der ausländische Exporteur erhält eine aufgewertete Terminforderung, so daß er nur einen D-Mark-Preis zugestehen kann, der um den Terminaufschlag niedriger ist.

²⁾ Tritt an die Stelle einer valutarischen Aufwertung ein einseitiges, definitives Abrücken vom Bestimmungslandprinzip beim Steuerausgleich im grenzüberschreitenden Leistungsverkehr, so bewirkt dies auch eine Fehlleitung der Ressourcen insofern, als produktivitätschwache Dienstleistungsbereiche wie die Touristik zu Lasten der Wachstumsindustrien begünstigt werden.

³⁾ Zu welchen dirigistischen Eingriffen in dem internationalen Handels- und Kapitalverkehr es führt, wenn notwendig gewordene Wechselkurskorrekturen unterbleiben, zeigen Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit:

In der Bundesrepublik durften Ausländerkonten von Ende November 1968 bis Ende Februar 1969 nur mit Genehmigung geführt und verzinst werden. Die staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen wurden auf Antrag der Bundesregierung vom 9. Mai 1969 an von der Pflicht entbunden, Weichweizen und Gerste aus anderen EWG-Ländern aufzukaufen; damit ist der gemeinsame Agrarmarkt teilweise außer Kraft gesetzt.

In Frankreich wurde nach vorübergehender Liberalisierung die Devisenzwangswirtschaft Ende November 1968 wieder eingeführt und schrittweise verschärft. Der Export wird trotz Widerspruchs der EWG-Kommission weiterhin durch Kredite zu besonders niedrigen Zinssätzen staatlich gefördert.

In Belgien wurde der gemeinsame Agrarmarkt teilweise aufgehoben und den Banken Anfang April 1969 eine Höchstgrenze für ihre Auslandsguthaben gesetzt.

In Italien wurden die Banken Ende März 1969 aufgefordert, ihre Nettoguthaben im Ausland innerhalb von drei Monaten vollständig abzubauen.

Im Vereinigten Königreich ist seit der Novemberkrise der halbe Rechnungsbetrag für den Import von Halb- und Fertigwaren auf ein halbes Jahr zu hinterlegen. Im Rahmen bestehender Kredithöchstgrenzen werden Exportkredite begünstigt.

In Dänemark wurden die Geschäftsbanken Ende Februar 1969 aufgefordert, ihre Auslandsguthaben zu verringern. Seit der Währungskrise im Mai 1969 sind Vorauszahlungen für Importe genehmigungspflichtig.

In den Vereinigten Staaten haben sich die protektionistischen Strömungen verstärkt. Mitte Januar 1969 schlossen die europäischen und japanischen Stahl-exporteure in bezug auf den amerikanischen Markt ein Selbstbeschränkungsabkommen ab. Die amerikanische Administration versucht, diese Form des Welt-handelsdilettismus auf den Textilsektor auszudehnen.

II. Argumente gegen die Aufwertung

16. Bei der Entscheidung der Bundesregierung vom Mai 1969 spielten offenbar die folgenden Argumente eine ausschlaggebende Rolle:

- ein „fundamentales Ungleichgewicht“ der Zahlungsbilanz liege nicht vor, weil die Nettowährungsreserven der Deutschen Bundesbank Mitte April 1969 nicht höher waren als nach der Aufwertung von 1961;
- selbst dann, wenn es sich um ein „fundamentales Ungleichgewicht“ handle, dürfe man nicht unter dem Druck der Spekulation aufwerten;
- wenn überhaupt eine Wechselkursanpassung jetzt notwendig sei, dann nicht bei den „Gesunden“, sondern bei den „Kranken“;
- der Geldwertstabilität diene eine Aufwertung nicht, da bekanntlich die Preise nach der Aufwertung von 1961 stärker gestiegen seien als vorher;
- mit dem Instrument der Wechselkursänderung ließen sich die währungspolitischen Probleme der Gegenwart nicht lösen; ein Land, das einmal aufwerte, müsse immer wieder aufwerten;
- eine Aufwertung führe zu unzumutbaren Belastungen der deutschen Landwirtschaft¹⁾.

17. Zum ersten Argument: Ein fundamentales Ungleichgewicht läßt sich nicht allein an der Entwicklung der Devisenreserven ablesen. Stellt man gleichwohl auf die Entwicklung der Devisenreserven ab, so muß man die kurzfristigen Nettoauslandsforderungen außerhalb des Zentralbanksystems, insbesondere die der privaten Banken, der Unternehmen und des Staates, zu den offiziellen Reserven hinzuzählen. So gerechnet waren die liquiden Auslandsforderungen vor der Währungskrise 1969 um mindestens 5 Mrd. DM höher als Ende 1961²⁾.

Entscheidend für die Diagnose, ob ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht vorliegt, ist dagegen, ob zentrale binnenwirtschaftliche Ziele wie die Geldwertstabilität vom Ausland her nachhaltig gefährdet sind.

18. Das zweite Argument, man dürfe nicht unter dem Druck der Spekulation aufwerten, weil sonst ungerechtfertigte Gewinne auf Kosten des Steuerzahlers entstünden, übersieht,

- daß Spekulation zum marktwirtschaftlichen Verhalten gehört,
- daß die Bundesregierung selbst durch die Befristung des Absicherungsgesetzes die Spekulation genährt hat,
- daß es bei abrupten Paritätsänderungen aufgrund fundamentaler Ungleichgewichte fast immer zu einseitigen und oft völlig risikolosen Spekulationen gegen die währungspolitischen Instanzen kommt und
- daß auch bei einer Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts durch Preissteigerungen im Innern Spekulationsgewinne entstehen.

Will man sich ein Bild von den Kosten verschaffen, die bei einer Aufwertung auf dem Höhepunkt der Spekulationswelle vom Mai 1969 entstanden wären, so muß man folgendes in Betracht ziehen:

- Vor der Spekulationswelle, also etwa Mitte April, hielt die Bundesbank Nettowährungsreserven im Werte von rund 8 Mrd. US-Dollar. Da die Bundesbank in D-Mark bilanziert, muß sie im Falle einer Aufwertung eine Wertberichtigung an ihren Währungsreserven vornehmen; sie stellt damit in bezug auf die Kaufkraft des Goldes und des Dollars gleichsam Bilanzwahrheit her. Von einem Verlust durch die Aufwertung kann keine Rede sein, weil die reale Wertminderung der Währungsreserven bereits durch die inflationäre Entwicklung im Ausland entstanden ist — und sich weiter fortsetzt.
- Im Zuge der Spekulationswelle erhöhten sich die Nettowährungsreserven bis zum 9. Mai 1969 um rund 4,5 Mrd. US-Dollar. Doch handelte es sich dabei nicht nur um Gelder, die in Erwartung eines Aufwertungsgewinns einströmten, sondern vor allem auch um Vorauszahlungen ausländischer Importeure und um Kredite, die deutsche Exporteure zur Abdeckung des Aufwertungsrisikos im Ausland aufgenommen hatten, also um Transaktionen zur Vermeidung privatwirtschaftlicher Verluste, die eine Aufwertung bei bereits abgeschlossenen Außenhandelsgeschäften verursacht hätte. Solche Transaktionen wirken als eine Art Stoßdämpfer gegen eine abrupte Aufwertung, die in bestehende Verträge eingreift. Ebenso wie Termingeschäfte stellen sie eine Versicherung gegen die Einbeziehung von „Altkontrakten“ in die Aufwertung dar und erlauben somit eine sanftere Anpassung an den neuen Wechselkurs.

Nach einer Aufwertung hätte die Bundesbank nur insoweit Gold oder Dollar verloren, wie Spekulant ihre Gelder wieder abgezogen hätten, um Aufwertungsgewinne in ausländischer Währung zu realisieren. Den Umfang dieser Gelder schätzen wir auf höchstens 2 Mrd. US-Dollar. Je Aufwertungsprozentsatz hätte die Bundesbank also einen Verlust von maximal 20 Mill. US-Dollar hinnehmen müssen.

¹⁾ Weitere Argumente gegen die Aufwertung sind im Jahresgutachten 1968/69 behandelt (Ziffern 200 ff.).

²⁾ Zwar hat sich seitdem der Wert unserer Importe verdoppelt, so daß man glauben könnte, wir bräuchten jetzt auch doppelt so hohe Reserven; aber da ein Land mit der monetären Disziplin der Bundesrepublik nur selten auf seine Währungsreserven zurückgreifen muß und sich außerdem internationale Liquidität jederzeit auf dem Kreditwege verschaffen kann, ist dies ein Fehlschluß. Die Vorstellung, ein Land müsse aus seinen Währungsreserven die Einfuhr für mehrere Monate hestreiten können — so als ob einmal die Exporte zum Erliegen kämen und plötzlich alle Möglichkeiten der Kreditaufnahme im Ausland verschlossen wären —, stammt aus der Zeit der Devisenwirtschaft oder gar der Kriegswirtschaft und verkennt den Charakter unseres Währungssystems.

Nur für diese Gelder gilt das Argument von der Unzweckmäßigkeit einer Aufwertung auf dem Höhepunkt einer Spekulationswelle.

Aber: Wartet man mit einer unvermeidlichen Aufwertung aus diesem Grunde Wochen oder Monate, bis die Spekulationsgelder wieder abgeflossen sind, so darf man die volkswirtschaftlichen Verluste, die mit dem Aufschub verbunden sind, nicht außer acht lassen. Sie ergeben sich aus dem zeitweiligen Verzicht auf bessere Austauschrelationen mit dem Ausland und auf mögliche Vorteile aus einer produktiveren Anlage von Volksvermögen — immer abgesehen von der gesellschaftspolitischen Bedeutung, die einen höheren Grad an Geldwertstabilität in der Bundesrepublik beigemessen wird.

19. Das dritte Argument, daß nicht die Überschuldländer auf-, sondern die Defizitländer abwerten müßten, gründet sich auf die Vorstellung, Geldwertstabilität sei eine international anerkannte Norm, die diejenigen Länder zum Handeln zwingt, die gegen diese Norm am meisten verstoßen haben. Eine solche internationale Verhaltensregel, so wünschenswert sie wäre, um die Normen des Stabilitätsgesetzes ohne außenwirtschaftliche Absicherung glaubwürdig zu machen, hat bisher weder in einer internationalen Konvention noch in der Praxis der internationalen Kooperation Geltung erlangen können.

Daher ist allein entscheidend, was im eigenen Interesse der Bundesrepublik liegt, für die Geldwertstabilität und angemessenes Wirtschaftswachstum vorrangige Ziele sind, nämlich: das Überschußgleichgewicht durch Aufwertung zu beseitigen, weil so gleichzeitig die Geldwertstabilität außenwirtschaftlich abgesichert und zugleich der übermäßige Realkapitalexport — zugunsten eines verstärkten Ausbaus des heimischen Produktionspotentials — redressiert werden kann.

Eine Aufwertung würde auch zur Entzerrung der Wechselkursrelationen und zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Weltwährungssystems beitragen, indem sie die Lage der Defizitländer erleichterte. Doch erlangten bei einer einseitigen Aufwertung der D-Mark die Produzenten anderer Überschuldländer — wenn auch vielleicht nur vorübergehend — einen zusätzlichen gleichgewichtswidrigen Wettbewerbsvorteil. Da nicht gewährleistet ist, daß diese Länder nach einer D-Mark-Aufwertung ihrerseits aufwerten und die heutigen Defizitländer trotz einer D-Mark-Aufwertung doch noch im nachhinein übermäßig abwerten, wäre ein konzertiertes Realignment im Grunde besser als eine unilaterale Wechselkurskorrektur. Aber ein Warten auf den Tag weltweiter Einsicht kann, nachdem die Ungleichgewichte sich so verhärtet haben, einer Vertagung auf Jahre und damit einer Option für eine inflatorische Anpassung des Binnenpreisniveaus gleichkommen. Lösungen, die elastischer und daher besser sind als das Instrument der Stufenaufwertung, werden in den Ziffern 26 ff. behandelt.

20. Das vierte Argument, nach dem eine Aufwertung eher preisstetigende als preisdämpfende Wir-

kungen habe, hätte, wenn man es ernst nähme, die paradoxe Konsequenz, daß sich ein Land vor einer importierten Inflation durch eine Abwertung schützen müßte. Die Vorstellung, daß sich Exporteure nicht nur ganz kurzfristig, sondern auch auf längere Sicht für Aufwertungsverluste im Auslandsgeschäft durch Preiserhöhungen im Inlandsabsatz schadlos halten könnten, ist nur verständlich, wenn man unterstellt, daß der Monopolisierungsgrad inzwischen eine Höhe erreicht hat, die es unangebracht erscheinen läßt, unsere Wirtschaftsordnung noch als Marktwirtschaft zu bezeichnen.

Was 1961/62 anlangt, so wird leicht übersehen, daß die damalige Aufwertung nicht nur zu niedrig ausfiel, sondern auch erst zu einem Zeitpunkt erfolgte, als der Prozeß der binnenwirtschaftlichen Lohn- und Preisanpassung schon in vollem Gange war. Es handelte sich damals also um einen mittleren Weg zwischen einer vollständigen außenwirtschaftlichen Absicherung und einer Anpassungsinflation. Deshalb überrascht es nicht, daß das Verbraucherpreisniveau in der Bundesrepublik in den Jahren 1961 bis 1963 immer noch um fast 3 vH gestiegen ist. Ohne Aufwertung hätte sich das Preisniveau damals sicher noch stärker erhöht.

Im November 1968 und selbst noch im Mai 1969 waren die Verhältnisse günstiger als im März 1961. Bis in die jüngste Vergangenheit gingen die Lohnsteigerungen nicht wesentlich über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs hinaus. Auch hat das Absicherungsgesetz die Erwartung aufkommen lassen, daß die volle Anpassung an die Auslandspreise eher durch weitere Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung als durch einen beschleunigten Preisauftrieb herbeigeführt wird.

21. Das fünfte Argument, wonach eine Aufwertung der D-Mark den Zwang zu weiteren Aufwertungen auflöse, ist insofern richtig, als die Aufwertung als Bekenntnis zum Ziel der Geldwertstabilität in der Bundesrepublik aufgefaßt werden kann. In der Tat muß ein Land, das mehr Preisstabilität erreichen will, als in der übrigen Welt herrscht, von Zeit zu Zeit seine Parität adjustieren oder den Wechselkurs gleitend anpassen¹⁾. Falsch ist das Argument, wenn damit zum Ausdruck gebracht werden soll, es werde durch die Höherbewertung der D-Mark ein Preisniveaustieg im Ausland verursacht, der die jetzige Kosten- und Preisdisparität wieder herstelle. Denn dies biete ja, daß die ausländischen Produzenten es darauf anlegten, auf den Weltmärkten

¹⁾ Zwar hat der Sachverständigenrat abrupte Paritätsänderungen von jeher für eine wenig befriedigende Lösung gehalten; doch ist nach den Erfahrungen der letzten Monate zu bedenken, daß Aufwertungen von Zeit zu Zeit, die erwartet werden, weniger Störungen hervorrufen als die unerwarteten Aufwertungen, die früher stets im Mittelpunkt der Diskussion standen. Ein System erwarteter Paritätsänderungen von Zeit zu Zeit ist praktisch ein System flexibler Terminkurse bei gebundenen Kassakursen. Möglicherweise führt unter den herrschenden politischen Umständen der Weg zu einem System, in dem sowohl die Termin- als auch die Kassakurse flexibler sind, nur über diese Zwischenstation.

stets etwas teurer anzubieten als die deutschen Exporteure.

22. Zum sechsten Argument: Daß eine Aufwertung die Realeinkommen der deutschen Landwirtschaft *schmäler*, ist — auf kurze Sicht — nicht zu leugnen. Doch ist folgendes zu bedenken: Die Landwirtschaft unterscheidet sich von anderen unter Importkonkurrenz stehenden Bereichen in diesem Zusammenhang nur dadurch, daß ihr für zahlreiche Produkte Mindestpreise in Rechnungseinheiten — und damit bei unveränderter Parität auch in D-Mark — garantiert sind; nach einer Aufwertung würden diese Mindestpreise automatisch um den vollen Aufwertungssatz herabgesetzt. Dies wäre jedoch in erster Linie das Gegenstück zu den Vorteilen, die die deutsche Landwirtschaft in den Jahren, in denen sich die allgemeine Kosten- und Preisdisparität zum Ausland herausgebildet hat, aus der relativen Stabilität der Verbraucherpreise, der Löhne und der binnenmarktbestimmten Betriebsmittelpreise gezogen hat. Dieser Vorteile ginge die Landwirtschaft auch verlustig, wenn das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht durch eine inflatorische Anpassung des allgemeinen Kosten- und Preisniveaus im Inland beseitigt würde. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Anpassung im einen Fall abrupt erfolgt, im anderen Fall zeitlich gestreckt wird. Dabei ist unterstellt, daß im Falle einer Anpassungsinflation keine allgemeine Erhöhung der Marktordnungspreise erfolgt.

So gesehen, ist es überwiegend eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit, ob man die Landwirtschaft — wie erwogen — durch zeitlich begrenzte Anpassungshilfen vor den nachteiligen Folgen einer abrupten Stufenaufwertung schützen will. Wenig spricht hingegen dafür, wie in letzter Zeit auch ins Auge gefaßt, der Landwirtschaft durch eine Erhöhung der Umsatzsteuersätze für Ernährungsgüter (einschließlich des fiktiven Vorsteuerabzugs, der Landwirten eingeräumt wird) zu helfen. Denn dann würde der preis- und lohdämpfende Effekt der Aufwertung entsprechend gemindert. Außerdem entspräche eine solche Regelung zugunsten der deutschen Landwirtschaft kaum dem Sinn des EWG-Vertrages, weil sie darauf hinausläufe, Agrarerzeugnisse deutscher Herkunft gegenüber Agrarerzeugnissen aus anderen EWG-Ländern steuerlich zu begünstigen.

III. Alternativen vor uns

Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung

23. Art und Ausmaß der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts lassen es angezeigt erscheinen, den Kurs der D-Mark so bald wie möglich den Marktverhältnissen anzupassen. Eine Wechselkurskorrektur wäre ein marktkonformes Mittel, um die Überschüsse in der Leistungsbilanz zu verringern und den Preisauftrieb im Innern direkt zu bekämpfen. Sie würde zudem den Spielraum für Maßnahmen zur rechtzeitigen Dämpfung der Binnennachfrage vergrößern und damit die Chancen für ein stetiges Wachstum verbessern.

24. Wirkungen, die schon von einer Aufwertungserwartung ausgegangen sind, können selbstverständlich nicht noch einmal eintreten, wenn ihr eine tatsächliche Aufwertung folgt (Ziffern 12 f.). Wegen der Vorauswirkungen würde eine D-Mark-Aufwertung, die sich im Rahmen der Erwartungen hielte, ohne große Folgewirkungen für Ausfuhr, Einfuhr und Preise bleiben. Würden allerdings die Beschlüsse der Bundesregierung vom 9. Mai 1969 an den Märkten doch noch als endgültig angesehen und damit die jetzt wirksamen Aufwertungserwartungen wegfallen¹⁾, gäbe es im Herbst oder Winter 1969, ebenso wie bei einer ersatzlosen Aufhebung des Absicherungsgesetzes, abwertungsähnliche Effekte.

25. In der Öffentlichkeit ist als Mittel der Wechselkurskorrektur in erster Linie eine Stufenaufwertung der D-Mark diskutiert worden. Sie ist jedoch nur eine unter mehreren Formen der außenwirtschaftlichen Absicherung; im Hinblick auf das Ziel einer dauerhaften Geldwertstabilität und eines stetigen Wachstums ist sie keineswegs die beste Form (JG 64 Ziffer 240, JG 65 Ziffer 204, JG 66 Ziffern 267, 272, JG 68 Ziffer 217). Mit einer Stufenaufwertung läßt sich der Import künftiger Preissteigerungen nur unterbinden, wenn der Aufwertungssatz nicht allein dem bereits eingetretenen Ungleichgewicht Rechnung trägt, sondern darüber hinaus dem Preisanstieg im Ausland vorgreift. So erwünscht in der gegenwärtigen Situation der konjunkturdämpfende Effekt einer vorgreifenden Aufwertung wäre, ist doch grundsätzlich zu bedenken, daß bei einer solchen Strategie — vor allem bei Paritätsänderungen in großen Zeitabständen — die außenhandelsabhängigen Bereiche in das Wechselbad einmal zu günstiger und einmal zu ungünstiger Wettbewerbsbedingungen geschickt würden.

26. Wenn man zudem bedenkt, daß es schon außerordentlich schwierig ist, den Aufwertungssatz zu bestimmen, der das bestehende Ungleichgewicht beseitigt — und diese Schwierigkeiten werden im Rahmen eines multilateralen Realignment nicht geringer —, so spricht vieles dafür, den Kurs der D-Mark — zumindest vorübergehend — völlig freizugeben und damit die Neubewertung den Marktkräften zu überlassen. Flexible Wechselkurse haben viele Vorzüge, die der Sachverständigenrat zum Teil schon in seinem ersten Jahresgutachten dargelegt hat (JG 64 Ziffern 240 f.). Hinsichtlich ihrer Wirkungsweise sind jedoch Vorurteile und Mißverständnisse, die der praktischen Verwirklichung dieser Alternative entgegenstehen, noch weit verbreitet.

27. Scheut man vor einer vollen Flexibilität des Wechselkurses zurück, so könnte man doch einen Schritt in dieser Richtung tun, indem man das Band, innerhalb dessen der Wechselkurs durch die Marktkräfte bestimmt wird, verbreitert. Wie breit das

¹⁾ Damit die Vorauswirkungen einer erwarteten Aufwertung nicht nachlassen, müssen die Aufwertungserwartungen dauernd bestätigt werden — sei es durch Signale des Marktes, sei es durch währungspolitische Diskussionen.

Band in der gegenwärtigen Situation sein müßte, hängt davon ab,

- ob gleichzeitig das Absicherungsgesetz aufgehoben wird,
- ob gleichzeitig eine Stufenaufwertung erfolgt,
- ob gleichzeitig mit einer Stufenaufwertung unkoordinierte Paritätsänderungen anderer Länder zu erwarten sind.

Am stärksten müßte die Bandbreite gedehnt werden, wenn das Absicherungsgesetz ohne kompensierende Stufenaufwertung fortfallen soll. Man käme in diesem Falle einer völligen Freigabe der Wechselkurse recht nahe. Kombinierte man eine Bandbreitenerweiterung mit einer Stufenaufwertung (bei Fortfall des Absicherungsgesetzes), so reichte eine geringere Dehnung des Bandes aus. Doch sollte das Band so breit sein, daß auf einige Zeit eine Gefährdung der Geldwertstabilität durch das Ausland neutralisiert werden kann. Eine Bandbreitenerweiterung mit Stufenaufwertung hätte auch den Vorteil, daß sich ein multilaterales Realignment auf eine Grobabstimmung der Paritäten beschränken und der Markt die Feinabstimmung der Wechselkurse übernehmen könnte. Ebenso könnten unvorhergesehene Wechselkursänderungen anderer Währungen bis zu einem gewissen Grade elastisch aufgefangen werden.

29. Steigen Kosten und Preise im Ausland auf Dauer rascher als in der Bundesrepublik, so würde allerdings der geldwertpolitische Spielraum, den das breitere Band verschafft, bald ausgenutzt sein. Dies ließe sich vermeiden, wenn man auch die Parität den Marktverhältnissen gleitend anpaßte. Eine sanfte Anpassung wird beispielsweise erreicht, wenn man festlegt, daß sich die Parität von Tag zu Tag nach Maßgabe der durchschnittlichen Kassakurse eines längeren Vergangenheitszeitraumes bildet („self-adjusting peg“, etwa nach der Formel, die jetzt international zur Diskussion steht: jeweilige Tagesparität = Mittel der 250 vorangegangenen amtlichen Kassakursnotierungen). Die maximale Paritätsänderung innerhalb eines Jahres ist dann durch die Bandbreite und die Anzahl der in die Formel eingehenden Notierungen bestimmt. Eine solche formelgesteuerte Paritätsanpassung ist elastischer als der mittelfristig garantierte Paritätsanstieg, den der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1966/67 zur Diskussion gestellt hat (JG 66 Ziffern 268 ff.). Gegenüber der Bandbreitenerweiterung mit begrenzter, diskretionärer Paritätsanpassung nach oben (JG 66 Ziffern 275 ff.) hat sie den Vorteil der Automatik. Selbstverständlich könnte die Formel der automatischen Paritätsanpassung Gegenstand internationaler Vereinbarungen sein.

29. Will man an der jetzigen Parität festhalten und dennoch das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht ohne Anpassungsinflation beseitigen, so bleibt im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung allenfalls der Weg, die Be- und Entlastungssätze des Absicherungsgesetzes zu erhöhen. Dies brächte kreditpolitischen Spielraum zur Dämpfung der Binnen-

konjunktur allerdings nur, wenn damit die Aufwertungserwartung aus der Welt wäre. Denn nur dann entstünde im Verhältnis zum Ausland ein größerer Spielraum für Zinserhöhungen. Selbst wenn die erhöhten Absicherungssätze ohne Befristung verkündet würden, dürfte dies nicht leicht zu erreichen sein. Unabhängig davon gelten die Bedenken, die gegen umsatzsteuerliche Maßnahmen zur Bekämpfung eines fundamentalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts vorgebracht werden können (Ziffer 15).

30. Gering zu veranschlagen sind die Chancen für eine baldige Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, wenn die Bundesrepublik — mit Zustimmung der EWG — vorübergehend ihr Zollniveau gegenüber Drittländern senkte. Eine solche Maßnahme ließe die Exporte unberührt, hätte keine preisdämpfende Wirkung auf die Einfuhren aus EWG-Ländern und führte dazu, daß die Partnerländer den Ursprung von Einfuhren aus der Bundesrepublik kontrollieren müßten. Möglicherweise ginge die Wirkung kaum über eine bloße Umlenkung von Handelsströmen hinaus.

Binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik ohne sofortige außenwirtschaftliche Absicherung

31. Die Bundesregierung hat mit ihrem Beschluß vom 9. Mai 1969 eine Änderung der D-Mark-Parität bis auf weiteres ausgeschlossen. Blicke es hierbei und käme es auch nicht zu einer hinreichenden Erhöhung der Sätze des Absicherungsgesetzes, so müßte hingenommen werden, daß das außenwirtschaftliche Gleichgewicht über eine Aushöhlung der Binnenkaufkraft der D-Mark wiederhergestellt wird (es sei denn, wichtige Defizitländer entschlossen sich, ihre Währungen übermäßig abzuwerten). Der Versuch, allein mit binnenwirtschaftlichen Mitteln gegen die akuten Preissteigerungsgefahren anzukämpfen, wird ohne nachhaltigen Erfolg bleiben.

Sollten dagegen wirksame Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung lediglich für einige Monate hinausgeschoben sein, dann wären ohne Verzug Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Binnenkonjunktur zu dämpfen. Ein solches Vorgehen wäre insofern nicht wirkungslos, als das Absicherungsgesetz und die Aufwertungserwartung noch für einige Zeit einen gewissen Flankenschutz nach außen gewähren (Ziffer 12 f.).

32. Gleichwohl bleibt bis zu einer echten Aufwertung vor allem der Aktionsspielraum der Bundesbank begrenzt, da die Aufwertungserwartung hohe Kurssicherungskosten und hohe Zinsdifferenzen zwischen Inland und Ausland bedingt.

Doch hat die Bundesbank ihren Spielraum wohl noch nicht voll genutzt. Die Zinsauftriebstendenzen im Ausland haben sich verschärft. Das inländische Zinsniveau zog rasch nach, doch verringerte sich das Zinsgefälle kaum. Mit der Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 5 Prozent hat die Bundesbank diese

Entwicklung zunächst nur konstatiert. Eine weitere mäßige Zinssteigerung im Inland dürfte möglich sein, zumal im Ausland zur Zeit die Verknappung der Finanzierungsmittel noch größer ist, als der Anstieg der Marktzinsen erkennen läßt.

Aber die kreditpolitischen Bremsen greifen nach aller Erfahrung nur langsam, erst recht, wenn die Banken — wie gegenwärtig — besonders liquide sind. Außerdem könnte der Versuch, die Liquiditätsreserven rasch und spürbar zu reduzieren, durch Geldimporte konterkariert werden.

33. Selbst wenn die Bundesbank den Kreditgewährungsspielraum der Banken alsbald merklich einengen könnte, müßte man hinsichtlich der konjunkturdämpfenden Wirkungen skeptisch bleiben. Sowohl die Unternehmen als auch die öffentliche Hand verfügen heute über soviel eigene liquide Mittel, daß sie bei der Finanzierung geplanter Investitionen viel weniger von Bankkrediten abhängig sind als in vergleichbaren Phasen früherer Wachstumszyklen¹⁾.

Daher kämen vor allem Maßnahmen in Frage, welche die Liquidität der Investoren und die Rentabilität ihrer Projekte direkt beeinträchtigen. Sie müßten möglichst schnell wirken und, zum Beispiel aus Anlaß einer kräftigen Aufwertung, schnell gemildert oder wieder aufgehoben werden können.

Erwogen werden könnte, das Programm der bereits beschlossenen fiskalpolitischen Dämpfungsmaßnahmen zu erweitern durch

- eine befristete Aussetzung oder Einschränkung der degressiven Abschreibung (§ 26 StWG)
und/oder
- eine vorübergehende Erhöhung der sogenannten Investitionsteuer
und/oder
- die Prämierung erhöhter freiwilliger Steuervorauszahlungen
und/oder
- eine befristete Steuerbefreiung bei der Bildung von Investitionsrücklagen mit der Maßgabe, daß die Rücklagen im Falle einer Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit aufgelöst werden können²⁾
und/oder
- eine verzinsliche oder unverzinsliche Zwangsanleihe, die von allen Ergänzungsabgabepflichtigen zu zeichnen wäre,
und/oder
- die Einbeziehung aller Steuereinnahmen, die über die Haushaltsansätze des laufenden Jahres hinausgehen, in die Konjunkturausgleichsrücklage
und/oder
- die Verringerung der inlandswirksamen öffentlichen Aufträge, sei es durch Kürzung oder zeitliche Streckung, sei es durch vermehrte Vergabe von Aufträgen ins Ausland³⁾.

34. Obgleich gegenwärtig die Expansion der Konsumentennachfrage noch in relativ ruhigen Bahnen verläuft, mag es zweckmäßig sein, prophylaktisch Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Sparneigung der privaten Haushalte zu stärken, sei es durch erhöhte Sparanreize, sei es durch Erschwerung der Aufnahme von Konsumentenkrediten, sei es durch Vereinbarung vermögenswirksamer Lohnbestandteile in Tarifverträgen, sei es durch das Angebot attraktiver Vermögenstitel auf der Basis des öffentlichen Realvermögens (JG 68 Ziffern 304 ff.).

35. Für eine schnelle Angebotsausweitung, mit der auch dem Preisauftrieb entgegengewirkt werden könnte, gibt es außer einer Wechselkursanpassung keine durchschlagende Möglichkeit. Einen kleinen Beitrag könnte eine Beseitigung aller noch vorhandenen quantitativen Importbeschränkungen, einschließlich aller Selbstbeschränkungsabkommen ausländischer Exporteure zum Schutze deutscher Konkurrenten, leisten. Solche Maßnahmen zur Liberalisierung der Einfuhr hätten nicht nur konjunkturpolitische, sondern auch strukturpolitische Vorteile; sie würden einen Strukturwandel, der ohnehin wünschenswert und in der Hochkonjunktur am ehesten ohne fühlbare Reibungsverluste zu bewerkstelligen ist, begünstigen.

Eine vorübergehende Minderung der Leistungsbilanzüberschüsse könnte dadurch erzielt werden, daß die Bundesregierung eine zeitlich befristete Sonderabschreibung auf alle Importläger gewährt.

Notbremse für den Fall einer neuen Währungskrise

36. Da der Regierungsbeschuß vom 9. Mai 1969 im In- und Ausland weithin für reversibel gehalten wird, könnte es in den nächsten Monaten abermals zu einem Run auf die D-Mark kommen, vor allem in den Wochen nach der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Lage an den internationalen Devisenmärkten wochenlang angespannt ist. Einzelne Länder könnten erhebliche Reserveverluste erleiden und zu direkten Eingriffen in den Zahlungsverkehr gezwungen sein. Der desolate Zustand des jetzigen Weltwährungssystems wäre nicht weniger offenkundig, wenn die Reserveverluste nur durch ein fortwährendes „re-cycling“

¹⁾ Die Gewinne und die Steuereinnahmen sind stark gestiegen. In den Außenhandelsbereichen haben sich die Zahlungsfristen geändert, beim Export verkürzt, beim Import verlängert. In größerem Umfang scheinen Vorauszahlungen auf Forderungen aus Exportkontrakten vorgenommen worden zu sein.

²⁾ Durch entsprechende Vorschriften über die Art der Anlage könnte man sicherstellen, daß der langfristige Kapitalexport begünstigt wird.

³⁾ Da ausländische Angebote angesichts der bestehenden Preisdisparität wohl im allgemeinen teurer sind als inländische, müßten die geltenden Vergabevorschriften zugunsten der ausländischen Anbieter geändert werden. Volkswirtschaftliche Nachteile entstehen daraus nicht, wenn die Alternative in einer Zuführung der Mittel an eine Konjunkturausgleichsrücklage besteht.

verdeckt würden. Versuchte man, den Kapitalzuflüssen durch Ausnutzung aller Möglichkeiten des Außenwirtschaftsgesetzes entgegenzutreten, so könnte dies zur Folge haben, daß die Aufwertungserwartungen erst recht genährt werden. Im übrigen könnte eine lückenlose Devisenbannwirtschaft kaum in kurzer Zeit eingerichtet werden.

Ein sicherlich marktgerechter, wenn auch ungewöhnlicher Weg, solche Schwierigkeiten zu vermeiden, bestünde darin, daß die Bundesbank den An- und Verkauf von Devisen bis zu einer erneuten Entscheidung der Bundesregierung über Aufwertung oder Nichtaufwertung der D-Mark einstellt, sobald der Devisenzustrom eine Größenordnung übersteigt, die im vorhinein im Einvernehmen mit der Bundesregierung festzulegen wäre. Die Spekulanten hätten dann das Risiko zu gewärtigen, daß der D-Mark-Kurs vorübergehend auch einmal sinkt. Auf jeden Fall stünde die Regierung dann weit weniger unter dem Druck der Spekulanten als im November vorigen oder im Mai dieses Jahres. Daß eine solche Lösung unbefriedigend ist, steht außer Frage. Denn es ist zu befürchten, daß in der Phase politischer Unentschiedenheit

so starke Kursschwankungen auftreten, daß dadurch flexiblere Wechselkurse, für die so viel spricht, für längere Zeit diskreditiert werden.

37. Angesichts der gegenwärtigen Konjunkturlage, der geringen Erfolgsaussichten und der Risiken einer Dämpfung der Binnenkonjunktur ohne außenwirtschaftliche Absicherung und der grundsätzlichen Bedenken gegen steuerliche Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung gelangt der Sachverständigenrat zu dem Ergebnis, daß die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum — im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig auf längere Sicht nur gesichert werden können, wenn die Bundesregierung sich zu einer Wechselkursanpassung entschließt.

Je rascher dies geschieht, um so größer sind die Chancen für eine Verstetigung des Wachstums bei hohem Auslastungsgrad des volkswirtschaftlichen Leistungsvermögens.

Sondergutachten vom Juli 1968

dem Herrn Bundeskanzler am 3. Juli 1968

mündlich vorgetragen

1. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich seit Mitte 1967 in einem maßvollen Aufschwung, der sich auch in den nächsten Monaten und im Jahre 1969 fortsetzen dürfte.

2. Verglichen mit dem Leitbild, das der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten zur gleichzeitigen Verwirklichung aller im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Ziele entworfen hat, ist jedoch die Nachfrageexpansion noch zu schwach. Dies zeigt sich an zwei Tatsachen:

a) Die Kapazitätsauslastung wird vielfach noch als zu gering empfunden mit der Folge, daß überwiegend Rationalisierungsinvestitionen (am bisherigen Standort) und nur in geringem Umfang Erweiterungsinvestitionen (an neuen Standorten) vorgenommen werden. Dies vermindert die Chancen für die strukturschwachen Regionen.

b) Die inländische Nachfragerücke — vor allem beim Konsum, aber auch bei den öffentlichen Investitionen — findet ihr Gegenstück in Leistungsbilanzüberschüssen, die weit über das hinausgehen, was dem Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts entspräche. Immer noch dient der Export als Konjunkturstütze; immer noch steigen die Importe weniger, als unsere Partnerländer erhoffen.

3. Was das bedeutet, wird bei uns immer noch zu wenig erkannt:

— Finanzierungsmittel, die die Bundesbank der Bundesregierung versagt, werden ausländischen Zentralbanken und Regierungen zur Behebung akuter Zahlungsbilanzschwierigkeiten zur Verfügung gestellt.

— Das Inlandsprodukt ist kleiner, als es sein könnte, und vom tatsächlichen Produkt geht ein verhältnismäßig großer Teil an inländische Verbraucher und Investoren ins Ausland.

4. Deshalb liegt es nahe, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht dadurch zu beseitigen, daß man auf eine stärkere Expansion der Inlandsnachfrage hinwirkt. Diese Therapie empfiehlt zum Beispiel die OECD. Aber sie birgt die Gefahr einer Binnenpreiserhöhung in sich und wird infolgedessen von allen abgelehnt, die die Geldwertstabilität für ein vorrangiges Ziel halten.

Es gibt Gründe, die uns erwarten lassen, daß es auch in diesem fünften Wachstumszyklus der west-

deutschen Wirtschaft nicht möglich sein wird, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht anders zu beseitigen als durch eine Anpassungs-inflation im Innern oder durch eine Aufwertung, wie sie die Regierung Adenauer — wenn auch verspätet — im Höhepunkt des dritten Wachstumszyklus vorgenommen hat.

5. Wer Geldwertstabilität für die nächsten zwei Jahre versprechen will, muß nach den gegenwärtigen Umständen und bei den voraussehbaren Entwicklungstendenzen im Ausland eine Wechselkurskorrektur ins Auge fassen. Man kann den Zeitpunkt der Entscheidung vielleicht etwas hinausschieben, indem die Politik Verhältnisse schafft oder zuläßt, die die deutschen Unternehmer und Sparer mehr als bisher veranlassen, im Ausland statt im Inland zu investieren. Doch wäre eine künstliche Verschlechterung der Investitionsbedingungen im Inland dem Ziel eines angemessenen Wachstums genau entgegengerichtet. Ein fragwürdiger Zeitgewinn wäre teuer erkauft.

6. Viele Widerstände gegen eine Aufwertung beruhen auf einer Illusion: Man glaubt, daß es weder einer Anpassungs-inflation noch einer relativen Verschlechterung der inländischen Investitionsbedingungen bedarf, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen; und man glaubt weiter, daß ein anhaltendes Ungleichgewicht auf die internationale Währungsspekulation ohne Einfluß bleiben und Abwertungen anderer Länder, die die Wettbewerbsposition unserer Exporteure ebenso berühren wie eine Aufwertung, nicht erzwingen werde. Solche falschen Hoffnungen lassen eine Aufwertung als ein großes Übel erscheinen, das man vermeiden könne, und nicht als das kleinere Übel, das man der Stabilität wegen in Kauf nehmen muß.

7. Je früher eine als unvermeidlich erkannte Wechselkurskorrektur erfolgt, um so geringer werden die privatwirtschaftlichen Verluste und Fehlinvestitionen sein. Denn je länger man die Investoren im Glauben läßt, daß der Wechselkurs nicht geändert werden wird, um so mehr Dispositionen werden fehlgeleitet und um so größer ist der Vertrauensbruch, wenn der Wechselkurs doch geändert wird.

Es besteht dann die Gefahr, daß die Aufwertung — wie 1961 — auf eine schon in Gang gekommene Anpassungs-inflation trifft und beides zusammen

eine neue Rezession auslöst. Dieser kritische Zeitpunkt liegt vermutlich im Jahre 1970.

8. Die konjunkturdämpfende Wirkung, die von einer Aufwertung ausgeht, wäre gegenwärtig unerwünscht. Sollte man sich für eine stabilitätspolitische Prophylaxe entscheiden oder sollte die internationale Lage im Sommer oder Herbst 1968 eine derartige Wechselkurskorrektur erzwingen, so müßten gleichzeitig expansive Maßnahmen im Inlande ergriffen werden. Deshalb sollten zusätzliche Maßnahmen vorbereitet werden, die sowohl den privaten Verbrauch als auch die privaten und öffentlichen Investitionen anregen, seien es globale, seien es regionale oder branchenmäßig gezielte Maßnahmen. Welche Sofortmaßnahmen man auch immer ergreifen mag, es müßten auch die Grenzen für die Neuverschuldung des Bundes erweitert werden. Eine erhöhte Neuverschuldung des Bundes wäre nur das Gegenstück zu der nach einer Aufwertung geringer werdenden Kreditgewährung an ausländische Zentralbanken und Regierungen. Je kräftiger sich allerdings die Binnenkonjunktur entwickelt, desto ge-

ringer ist der Bedarf an ergänzenden expansiven Maßnahmen.

9. Ein Mitglied des Rates meint, daß wichtige Annahmen, auf denen die Befürchtungen des Sachverständigenrates beruhen, nicht so fest fundiert sind, daß dem Dilemma zwischen Geldwertstabilität im Innern und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht in den nächsten zwei Jahren eine große Aktualität zukommt. Indes ist dieses Mitglied mit den übrigen Mitgliedern des Rates der Meinung, daß prophylaktisches Handeln wichtig sei.

10. Wer versprechen will, daß er der Geldwertstabilität im Inland bei angemessenem Wachstum des Sozialprodukts für die nächsten beiden Jahre den Vorrang einräumen werde, der kann nach den gegenwärtigen Umständen und bei den voraussehbaren Entwicklungstendenzen im Ausland den Wechselkurs nicht als Tabu ansehen. Er muß daher in der jetzigen Situation auch Wechselkursänderungen ins Auge fassen.

V.

Sondergutachten vom 25. September 1969

Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969

1. Die spontanen Arbeitsniederlegungen seit Anfang September 1969 haben eine Lohnrunde in Gang gesetzt. Es muß damit gerechnet werden, daß innerhalb kurzer Zeit die Tarif- und Effektivlöhne fast überall kräftig angehoben werden, im Durchschnitt um kaum weniger als 10 vH. Weitere Kostensteigerungen kommen auf die Unternehmen mit der Einführung der Lohnfortzahlung für Arbeiter und mit der erneuten Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge am 1. Januar 1970 zu.

2. Da sich die Produktivität nicht mehr so kräftig erhöhen wird wie bisher, werden die Lohnkosten je Produkteinheit, die 1967 und 1968 konstant geblieben sind und auch im ersten Halbjahr 1969 nur mäßig zugenommen haben, in den nächsten Monaten fühlbar ansteigen.

3. Die Lohnwelle ist eine Reaktion auf die Ausweitung der Gewinnmargen seit Beginn des konjunkturellen Aufschwungs, die nicht zuletzt durch die zurückhaltende Tarifpolitik der Gewerkschaften ermöglicht wurde. Nach unseren Schätzungen war bereits 1968 ein Rückstand der Reallöhne von 2 bis $2\frac{1}{2}$ vH (Basis 1965) aufgelaufen; er hat sich im ersten Halbjahr 1969 auf über 3 vH vergrößert.

Geht man davon aus, daß in den nächsten zwölf Monaten der Produktivitätszuwachs etwa 4 bis 5 vH betragen wird und daß sich der Preisauftrieb 1970 auf 2 bis 3 vH begrenzen läßt, so würden Lohn-erhöhungen von 10 vH nur die Verteilungsproportionen des Hochkonjunkturjahres 1965, in dem nach Ansicht des Sachverständigenrates die Verteilungsquoten ungefähr im mittelfristigen Gleichgewicht wären, wiederherstellen.

4. Ohne wirksame wirtschaftspolitische Maßnahmen wird jedoch der Preisanstieg 1970 nicht auf 2 bis 3 vH begrenzt bleiben: Die Unternehmen werden nicht bereit sein, eine Reduktion ihrer Gewinnmargen hinzunehmen; die Marktlage fordert sie geradezu heraus, aus Anlaß der Kostensteigerungen die Preise zu erhöhen. Damit entsteht die Gefahr preis- und lohnpolitischer Überreaktionen. Niemand vermag vorauszusagen, wie lange und wie rasch sich die Preis-Lohn-Spirale drehen würde, zumal wenn es Schule machen sollte, daß Tarifverträge entweder *de jure* oder *de facto* jederzeit aufgekündigt werden.

5. Überreaktionen sind nur zu vermeiden, wenn die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen unverzüglich begrenzt werden. Angesichts der außenwirtschaftlichen Überschussposition der Bundesrepublik gibt es dafür nur ein rasch durchschla-

gendes und marktwirtschaftliches Mittel: Die wechsellkurspolitische Intensivierung des Preiswettbewerbs von außen. Eine Aufwertung in der Größenordnung von 10 vH — bei Fortfall der steuerlichen Absicherungsmaßnahmen — entspräche dem Ausmaß sowohl des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts als auch der drohenden Preiswelle. Allerdings wäre auch dann noch ein Anstieg der Verbraucherpreise um durchschnittlich 2 bis 3 vH in den nächsten zwölf Monaten unvermeidlich.

6. Rasch wirksam wäre zwar auch eine Erhöhung der Be- und Entlastungssätze des Absicherungsgesetzes. Neben den Bedenken, die der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom 30. Juni 1969 (Ziffer 15, 2. Absatz) angeführt hat, ist dabei jedoch u. a. zu berücksichtigen, daß

— selbst eine Erhöhung der Sätze auf 11 (5,5) vH sich auf die Leistungsbilanz und auf das inländische Preisniveau weniger stark auswirken würde als eine Aufwertung um 10 vH bei Fortfall der steuerlichen Absicherungsmaßnahmen,

— die Ablösung einer steuerlichen Außenabsicherung durch Wechselkursänderungen, sofern sie überhaupt angestrebt würde, um so problematischer ist, je höher die Absicherungssätze sind, beispielsweise wegen der Wirkungen auf die Landwirtschaft.

Neben den Alternativen: nur Aufwertung oder nur steuerliche Absicherung sind Kombinationen zwischen beiden vorstellbar. Auch sind (freilich noch weniger befriedigende) Lösungen denkbar, die die steuerliche Absicherung mit anderen flankierenden Maßnahmen verbinden.

7. Es ist nicht auszuschließen, daß bei einer Aufwertung die Absatzerwartungen unserer Unternehmen mehr als nötig gedämpft werden; auch mag es sein, daß die Restriktionspolitik unserer Partnerländer die Auslandskonjunktur spürbar drosselt.

Die Binnenkonjunktur brauchte jedoch dadurch nicht nachhaltig beeinträchtigt zu werden, wenn unverzüglich die kreditpolitischen Bremsen gelockert würden. Für den Fall, daß die Umkehr der Kreditpolitik zu wenig oder zu spät wirkt, kämen Steuererleichterungen oder zusätzlich Staatsausgaben als Konjunkturstützen in Betracht.

Aber selbst wenn sich *konjunkturpolitisch* eine Lockerung des restriktiven Kurses nicht als erforderlich erwiese, müßte eine Revision der gegenwärtigen Kreditpolitik ins Auge gefaßt werden, weil eine Aufwertung (oder eine andere Maßnahme der außen-

Anhang V

wirtschaftlichen Absicherung, die vom Publikum als endgültige Lösung angesehen wird) durch den Rückstrom der Spekulationsgelder und durch die zu erwartende Normalisierung der terms of payment zu einer übermäßigen Verknappung der Bankenliquidität führen könnte.

8. Wenn sich eine Zeitlang Defizite in der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik ergeben sollten, so bedeutete dies angesichts unserer akkumulierten Währungsreserven nur ein Beitrag zur Wiederherstellung des internationalen Währungsgleichgewichts.

25. September 1969

VI.

DER SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
DER VORSITZENDE

43 Essen-Heisingen, 9. Oktober 1969

Einschreiben

An den
Herrn Bundesminister für Wirtschaft
Prof. Dr. Karl Schiller
5300 Bonn-Duisdorf
Lengsdorfer Straße

Sehr geehrter Herr Minister:

der Sachverständigenrat hat dem Herrn Bundeskanzler mit gleicher Post die endgültige Fassung des Sondergutachtens vom 4. Oktober 1969 (SG 69 III) übermittelt (Gutachten gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung).

Ich beehre mich, Ihnen anbei einen Abdruck zu überreichen und gestatte mir die folgenden Erläuterungen.

In seinem Gutachten vom 25. September 1969 (SG 69 II) hat der Sachverständigenrat die Auffassung vertreten, daß ein Aufwertungssatz in der Größenordnung von zehn Prozent (bei Aufhebung des Absicherungsgesetzes) notwendig sei, wenn der Preisanstieg in den kommenden zwölf Monaten auf 2 bis 3 vH begrenzt bleiben soll. In der Öffentlichkeit wird zwar eine Aufwertung der D-Mark fast immer mit einer Stufenaufwertung gleichgesetzt. Der Sachverständigenrat hat es in seinem SG 69 II jedoch völlig offen gelassen, auf welche Weise der genannte Aufwertungssatz erreicht werden kann: durch eine Stufenaufwertung, durch eine kleinere Stufenaufwertung mit Bandbreitenerweiterung oder durch eine Freigabe des Wechselkurses. Nachdem allerdings die Bundesregierung am 29. September 1969 beschlossen hat, den D-Mark-Kurs freizugeben, scheint uns vieles dafür zu sprechen, eine neue Parität vorläufig nicht zu fixieren. Bereits in seinem ersten Jahresgutachten hatte der Sachverständigenrat auf die Vorzüge eines ungebundenen Wechselkurses hingewiesen; er hat diese Auffassung zuletzt in seinem Gutachten vom 30. Juni 1969 bekräftigt.

Zwischen dem im SG 69 II angeführten Aufwertungssatz von zehn Prozent und der im SG 69 III erörterten Möglichkeit, die Entscheidung über den tatsächlichen Aufwertungssatz den längerfristigen Marktkräften zu überlassen, besteht nach unserer Ansicht kein Widerspruch. Der im SG 69 II genannte Aufwertungssatz ist ein Orientierungswert innerhalb einer wirtschaftspolitischen Konzeption, die anstrebt, den Preisanstieg in den nächsten zwölf Monaten trotz der in Gang befindlichen Anpassungs-inflation auf 2 bis 3 vH zu begrenzen. Dasselbe geldwertpolitische Ziel kann selbstverständlich bei freiem D-Mark-Kurs erreicht werden; dazu bedürfte es einer stabilitätsorientierten Geld- und Wechselkurspolitik, die den D-Mark-Kurs alsbald ebenfalls an ein Niveau heranführt, das etwa zehn Prozent über der alten Parität liegt.

Ich hatte Ihnen am 4. Oktober 1969 vorgeschlagen, das Gutachten vom gleichen Tage so bald wie möglich zu veröffentlichen. Da in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, es bestünde zwischen diesem Gutachten und dem Gutachten vom 25. September 1969 Widersprüche, möchte ich Ihnen nunmehr vorschlagen, daß beide Gutachten zusammen mit diesem Schreiben sofort veröffentlicht werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilten, ob Sie damit einverstanden sind.

Dem Herrn Bundesminister der Finanzen habe ich ebenfalls ein Exemplar der endgültigen Fassung des Gutachtens vom 4. Oktober 1969 übermittelt.

Mit verbindlicher Empfehlung Ihr sehr ergebener

Prof. Dr. W. Bauer

Sondergutachten vom 4. Oktober 1969
Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969

1. Mit Beschluß vom 29. September 1969 ersuchte die Bundesregierung die Bundesbank, „die Interventionen am Devisenmarkt zu den bisherigen Höchst- und Mindestkursen vorübergehend einzustellen“. Gegenüber dem Internationalen Währungsfonds erklärte sie gleichzeitig, die deutschen Stellen würden möglichst bald wieder Interventionspunkte einhalten. Vom Währungsfonds ist die Freigabe des D-Mark-Kurses mit großem Verständnis aufgenommen worden.

2. Die Entscheidung der Bundesregierung vom 29. September 1969, die Interventionspflicht der Bundesbank aufzuheben, deckt sich mit Erwägungen, die der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom 30. Juni 1969 (SG 69 I) für den Fall einer neuen Währungskrise angestellt hatte:

„Da der Regierungsbeschluß vom 9. Mai 1969 im In- und Ausland weithin für reversibel gehalten wird, könnte es in den nächsten Monaten abermals zu einem Run auf die D-Mark kommen, vor allem in den Wochen nach der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Lage an den internationalen Devisenmärkten wochenlang angespannt ist. Einzelne Länder könnten erhebliche Reserveverluste erleiden und zu direkten Eingriffen in den Zahlungsverkehr gezwungen sein. . . .

Ein sicherlich marktgerechter, wenn auch ungewöhnlicher Weg, solche Schwierigkeiten zu vermeiden, bestünde darin, daß die Bundesbank den An- und Verkauf von Devisen bis zu einer erneuten Entscheidung der Bundesregierung über Aufwertung oder Nichtaufwertung der D-Mark einstellt, sobald der Devisenzustrom eine Größenordnung übersteigt, die im vorhinein im Einvernehmen mit der Bundesregierung festzulegen wäre“ (Ziffer 36).

3. Die Freigabe des D-Mark-Kurses ist nicht nur eine Notmaßnahme zur Abwehr einer Spekulationswelle: sie ist ein marktwirtschaftlicher Weg zur Neubewertung der D-Mark. Dazu gleichfalls SG 69 I:

„Wenn man . . . bedenkt, daß es . . . außerordentlich schwierig ist, den Aufwertungssatz zu bestimmen, der das bestehende Ungleichgewicht beseitigt . . . , so spricht vieles dafür, den Kurs der D-Mark — zumindest vorübergehend — völlig freizugeben und damit die Neubewertung den Marktkräften zu überlassen“ (Ziffer 26).

4. Die Entscheidung der Bundesregierung trägt auch zu einer Entzerrung der internationalen Währungsrelationen bei. Sie fällt in eine Zeit, in der angesichts der anhaltenden Spannungen im Weltwährungssystem allenthalben eine größere Flexibilität der Wechselkurse erwogen und nunmehr auch von

vielen Politikern und Praktikern für wünschenswert gehalten wird.

5. In der ersten Woche nach der Freigabe des Wechselkurses hat sich die D-Mark unter dem Einfluß der Marktkräfte um mehr als 5 vH aufgewertet. Der amtlich festgestellte Dollar-Kurs betrug am Ende der Börsenwoche 3,7660 DM; er lag damit um rund 6 vH unter der bisherigen Parität. Auf diese Entwicklung hat die Bundesbank kaum direkt eingewirkt. Sie war zwar bereit, Dollars zu verkaufen; aber zu den von ihr gestellten Kursen kam es nur zu geringen Abgaben, obwohl der Bundesbank vor der Freigabe des Wechselkurses erhebliche Beträge an Devisen zugeflossen waren.

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß in diesem Kurs die längerfristigen Tendenzen nur unvollkommen zum Ausdruck gekommen sind.

6. Vor allem herrschte Ungewißheit darüber,

— ob nicht doch — und möglicherweise entgegen den längerfristigen Marktendenzen — eine neue Parität kurzfristig festgesetzt würde;

— wie die neue Bundesregierung auf die sich abzeichnende Lohn- und Preiswelle reagieren würde, also ob für die Zukunft mit einer energischen Stabilitätspolitik und infolgedessen mit geringeren Binnenpreissteigerungen und einem höheren Außenwert der D-Mark zu rechnen ist;

— ob und in welcher Art die steuerlichen Absicherungsmaßnahmen vom November 1968 beseitigt würden.

7. Diese Ungewißheiten werden sich so lange auf die Entwicklung des D-Mark-Kurses auswirken, bis die Bundesregierung sie durch Entscheidungen oder Absichtserklärungen ausräumt. Für die Kursentwicklung in der näheren Zukunft werden die Normalisierung der „terms-of-payment“ und der Rückfluß der spekulativen Kapitalimporte von besonderem Gewicht sein. Aus diesem Grunde ist während einer Periode, die eher Monate als Wochen dauern wird, mit einer verstärkten Nachfrage nach Devisen zu rechnen. Soll vermieden werden, daß der D-Mark-Kurs vorübergehend unter den sonst zu erwartenden Kurs sinkt, so muß die Bundesbank diese Sondereinflüsse neutralisieren; sie müßte also bereit sein, Devisen abzugeben.

Mit einer solchen Neutralisierungspolitik trüge die Bundesbank dazu bei, die Kosten- und Preisdissparität gegenüber dem Ausland rasch einzuebnen. Gleichzeitig würde der inflatorische Anpassungsprozeß, der sich in letzter Zeit zu beschleunigen drohte, gebremst. Einen Anhaltspunkt dafür, mit wieviel Devisen die Bundesbank neutralisierend

eingreifen sollte, gibt die Höhe der Devisenreserven; diese wäre etwa bis auf den Stand vor Beginn der Spekulationswelle im April/Mai 1969 abzubauen. Wenn die Bundesbank ihre Bereitschaft hierzu öffentlich bekannt gäbe, würde sie helfen, die gegenwärtige Unsicherheit zu beseitigen, die „terms-of-payment“ zu normalisieren und den Rückfluß des spekulativen Kapitalimports beschleunigen. Doch stellte selbst eine solche Neutralisierungspolitik nicht sicher, daß sich am Markt ein D-Mark-Kurs ergibt, dessen Höhe ausreicht, den Preisauftrieb im Jahre 1970 auf 2 bis 3 vH zu begrenzen.

8. In der Zeit, in der die Devisenreserven abgebaut werden, verknappt sich zwangsläufig die Bankensliquidität; der Abfluß der Spekulationsgelder und die Normalisierung der „terms-of-payment“ wirken ähnlich wie eine Mindestreserveerhöhung. Das ist gegenwärtig, angesichts der Liquiditätsfülle, konjunkturpolitisch erwünscht. Sollte jedoch durch den Devisenabfluß der Liquiditätsspielraum so stark eingeeignet werden, daß sich daraus die Gefahr eines Konjunkturrückschlags ergibt, dann müßte die Bundesbank ihren kreditpolitischen Restriktionskurs lockern.

9. Geldwertpolitisch ließe sich die Lockerung der Kreditpolitik rechtfertigen, wenn die Tarifpartner bereit wären, sich zu einer stabilisierungskonformen Lohnpolitik zu bekennen und wenn sich die Gefahr von übermäßigen Preiserhöhungen — infolge gestiegener Kosten oder aus anderen Gründen — weitgehend ausschließen ließe. Die Mitwirkung der Tarifpartner an einer stabilisierungskonformen Wirtschaftspolitik wird jedoch nur zu erlangen sein, wenn diese darauf vertrauen können, daß auch die Steuer- und Ausgabenpolitik mit der Einkommenspolitik in Einklang gebracht wird. Der Sachverständigenrat verweist in diesem Zusammenhang auf sein Sondergutachten vom 25. September 1969 (Ziffern 5, 7).

10. Sollte es sich hingegen zur Inflationsbekämpfung als notwendig erweisen, eine restriktive Kreditpolitik zu steuern, so könnte dies bei freiem Wechselkurs wirkungsvoller geschehen als im System der festen Paritäten. Denn solange der Wechselkurs frei ist, bewirken Kreditrestriktionen — automatisch — einen Aufwertungseffekt; es würden also nicht nur die Kredite teurer, sondern auch die Ausfuhren erschwert und die Einfuhren verbilligt. Für Preis- und Lohnerhöhungen bliebe den Unternehmen dann sehr viel weniger Raum.

11. Es besteht nach der Freigabe des D-Mark-Kurses kein Bedarf mehr an währungspolitischen Ersatzmaßnahmen. Infolgedessen wäre es an der Zeit, das außenwirtschaftliche Absicherungsgesetz aufzuheben, damit sich möglichst bald ein marktgerechter Wechselkurs herausbilden kann¹⁾. Eigentlich wäre es am zweckmäßigsten gewesen, das Gesetz mit dem Übergang zum freien Kurs aufzuheben. Da dies nicht geschehen ist, bleibt, wenn man das Gesetz überhaupt hessitigen will, eine baldige Aufhebung als nächst beste Lösung.

Sollte sich die Bundesregierung dazu binnen kurzer Frist nicht entschließen können, wäre zu prüfen, ob es nicht ratsam ist, die Be- und Entlastungssätze nach einem öffentlich angekündigten Plan stufenweise abzubauen. Dieser Vorschlag wäre unter dem Gesichtspunkt erwägenswert, daß auf diese Weise abrupte Änderungen des freien D-Mark-Kurses vermieden werden können.

12. Am wenigsten befriedigend wäre es, wenn die Bundesregierung eine neue Parität auf der Basis eines D-Mark-Kurses fixierte, bevor sie das Absicherungsgesetz aufgehoben hat. In diesem Falle käme die Aufhebung des Absicherungsgesetzes einer de-facto-Abwertung für den Warenverkehr gleich; sie hätte inflatorische Konsequenzen. Will man sie vermeiden, so wäre bei der Festsetzung der neuen Parität zu dem dann gegebenen freien Kurs ein Äquivalent für den Fortfall des Absicherungsgesetzes hinzuzuschlagen. Doch wäre es sehr schwierig, ein solches Äquivalent zu berechnen, zumal nicht bekannt ist, wie weit der Devisenmarkt den Fortfall der Absicherungsmaßnahmen antizipiert hat.

13. Eine neue Parität zu fixieren, ist erst angezeigt, wenn man sicher sein kann, daß der freie Kurs die längerfristigen Marktkräfte einigermaßen richtig widerspiegelt. Das ist nicht der Fall, solange die Vorstellung verbreitet ist, daß es sich bei der freien Kursbildung um eine Art „Strafaktion gegen die Spekulation“ handle. Mit Sicherheit wird die Herausbildung eines richtigen D-Mark-Kurses auch dann verhindert, wenn von offizieller Seite bestimmte Werte für eine demnächst zu erwartende Parität genannt werden. Erwartet nämlich der Markt, daß die neue Parität in der Nähe dieser Werte liegt, so würde sich auch der Marktkurs dahin bewegen, selbst wenn den längerfristigen Tendenzen ein höherer oder niedrigerer D-Mark-Kurs entspräche.

14. Selbst wenn eine neue Parität mit den Marktkräften in Einklang stünde, so wäre zu bedenken, daß bei einer Rückkehr zum IWF-Standard (feste Parität, kleine Bandbreite) auf die Dauer die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes nicht gleichzeitig verwirklicht werden können, solange im Ausland die Geldwertstabilität nicht ebenso hoch bewertet wird wie in der Bundesrepublik. Deshalb wäre bei der Festsetzung einer neuen Parität für entsprechende Möglichkeiten der Wechselkursanpassung Sorge zu tragen, sei es in der Form einer Bandbreitenerweiterung, sei es in einer Form des „crawling peg“ (SG 69 I Ziffern 27 f., JG 66 Ziffern 275 ff.).

15. Vieles spricht dafür, auf die Fixierung einer neuen Parität gänzlich zu verzichten. Damit hätte man sich für die der Marktwirtschaft angemessenste Form der außenwirtschaftlichen Absicherung ent-

¹⁾ Auf prinzipielle Bedenken gegen das Absicherungsgesetz hat der Sachverständigenrat bereits in seinem Sondergutachten vom 30. Juni 1969 (Ziffern 10, 15) hingewiesen.

schieden; zugleich würden die gegenwärtigen Bemühungen internationaler Gremien um ein elastischeres Wechselkurssystem beispielgebend unterstützt.

16. Aus den Erfahrungen während der kurzen Zeit nach Freigabe des D-Mark-Kurses läßt sich kein umfassendes Urteil über die Funktionsweise flexibler Kurse ableiten. Auch nach dem Fortfall der besonderen Unsicherheitsfaktoren dürfte geraume Zeit verstreichen, bis die Marktteilnehmer alle Vorteile eines solchen Systems erkannt haben und bis die zweckmäßigen organisatorischen Lösungen gefunden worden sind. Zu seiner vollen Funktionsfähigkeit benötigt das System vor allem gut entwickelte Terminmärkte, auch für Fristen von wesentlich mehr als einem Jahr¹⁾.

17. Der Kapitalverkehr mit dem Ausland wird durch die Beweglichkeit des D-Mark-Kurses nicht beeinträchtigt; er wird im Gegenteil gefördert, soweit ein freier D-Mark-Kurs zu einem Abbau der Konvertibilitätsbeschränkungen bei unseren Handelspartnern führt. Wenn gesagt wird, ein freier Wechselkurs störe den internationalen Kapitalverkehr, so wird übersehen, daß wegen der Zinsarbitrage sehr enge Zusammenhänge zwischen den internationalen Zinsdifferenzen und den erwarteten Wechselkursänderungen für die verschiedenen Fristen bestehen. Entscheidend für die Richtung der Kapitalströme sind vielmehr die tendenziellen Unterschiede in der Realverzinsung (in den nationalen Nominalzinsniveaus schlagen sich auf längere Sicht sowohl die jeweilige Realverzinsung als auch die erwarteten Inflationsraten nieder).

So deuten die Erfahrungen der Bundesrepublik in den letzten zwölf Monaten darauf hin, daß der Kapitalexport unter ständigen Aufwertungserwartungen nicht zu leiden braucht. Der Einfluß der Aufwertungserwartungen in bezug auf die D-Mark wurde für die Ausländer dadurch ausgeglichen, daß das Niveau der Nominalzinsen in der Bundesrepublik niedriger war als in den Ländern mit höherer Inflationsrate.

18. Beim Übergang zu einem freien Wechselkurs (oder bei der Festsetzung einer neuen Parität) verändert sich die Erlös-Kosten-Relation der Landwirtschaft anders als im Falle einer Anpassungsinflation abrupt. Da der Landwirtschaft bestimmte Mindestpreise in D-Mark zugesichert sind, ist es vertretbar, daß die Landwirtschaft vorübergehend von der ruckartigen Erhöhung des D-Mark-Kurses abgeschliffen wird. Die gegenwärtige Regelung²⁾ müßte aber innerhalb eines angemessenen Zeitraumes abgebaut werden, wenn nicht die Vorteile, die die Landwirtschaft aus der Unterbewertung der D-Mark gezogen

hat, konserviert werden sollen — zum Nachteil der Exportwirtschaft und der mit Importen konkurrierenden Industrien. Denn der freie D-Mark-Kurs liegt wegen der Ausgleichsabgabe höher, als wenn der Agrarbereich den übrigen Wirtschaftsbereichen gleichgestellt würde.

Ist die Sonderegelung abgebaut, wird sich die Erlös-Kosten-Relation der Landwirtschaft bei einem freien D-Mark-Kurs und bei Geldwertstabilität ebenso entwickeln wie im Falle einer festen Parität und bei Inflationsgleichschritt mit unseren Partnerländern (jedenfalls solange es bei den jetzigen EWG-Regelungen bleibt, die von fixierten Dollarmindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte ausgehen).

— Bei freien Wechselkursen und stabilem Preisniveau im Innern sänken zwar die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise (in D-Mark) tendenziell in dem Maße, in dem sich die D-Mark aufwertet; andererseits lägen aber auch die landwirtschaftlichen Betriebsmittelpreise, die Löhne und die Verbraucherpreise entsprechend niedriger.

— Bei festen Wechselkursen und Inflationsgleichschritt mit den Partnerländern müßte die Landwirtschaft dagegen bei kaum veränderten Erzeugerpreisen stärkere Lohnsteigerungen und höhere Betriebsmittel- und Verbraucherpreise hinnehmen.

¹⁾ Die Bundesbank könnte bei dem Aufbau dieser Terminmärkte helfen, indem sie die Errichtung einer zentralen Clearingstelle für längerfristige Terminkontrakte unterstützt. Ohne genügend ausgedehnte Zinsarbitrage könnten sich auch an solchen Clearingstellen Terminabschlüsse oder -aufschläge ergeben, die — selbst unter Einrechnung von Transferkosten und unterschiedlichen Geschäftsrisiken — erheblich von den zwischen den betreffenden Ländern bestehenden Zinsdifferenzen abweichen. In solchen Fällen würde die Terminsicherung seitens des Außenhandels — jeweils für eine Marktseite — unverhältnismäßig teuer erscheinen. Es müßte deshalb für eine funktionierende Zinsarbitrage gesorgt werden. Wenn die Geschäftsbanken heute nicht immer in dem erforderlichen Umfang die Gewinnchancen aus der Zinsarbitrage nutzen, so liegt dies, außer an den Unvollkommenheiten der Geld- und Kapitalmärkte, an den politischen Risiken der Geldanlage in verschiedenen Ländern und an den bestehenden und befürchteten Konvertibilitätsbeschränkungen. Es kann nicht Aufgabe der Bundesbank sein, die politischen Risiken zu übernehmen; diese Risiken bestehen unabhängig davon, ob die Wechselkurse frei oder fixiert sind. Das Risiko der Inkonvertibilität hingegen könnte die Bundesbank übernehmen, wobei sie sich selbst durch bilaterale Konvertibilitätsgarantien mit anderen Zentralbanken sichern sollte.

²⁾ Auf alle Agrarimporte wird zunächst eine pauschale Ausgleichsabgabe von 5,5 vH erhoben, die später entsprechend dem tatsächlichen Kassakurs variiert wird.

VII.

Mitteilung an die Presse

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gibt bekannt:

Herr Staatsminister a. D. Dr. Harald Koch hat dem Herrn Bundespräsidenten am 19. Mai 1969 mitgeteilt, daß er sein Amt als Mitglied des Sachverständigenrats niederlege; er hat diesen Schritt wie folgt begründet:

„Herr Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß hat den Sachverständigenrat — ebenso wie die 99 Professoren — nach Pressemitteilungen in der Öffentlichkeit der „Meinungsmanipulation“ und der „terroristischen Beeinflussung“ anderer bezichtigt. Ich möchte nicht länger einem Gremium angehören, dessen Arbeit, die ein vertrauensvolles Verhältnis gerade auch zu den zuständigen Fachministern voraussetzt, in so unerträglicher Art gestört und erschwert wird.

Träte der Rat in seiner Gesamtheit zurück, so entspräche das den Wünschen derer, die die bisher vom

Rat der Öffentlichkeit und den wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen gegenüber vertretenen Ansichten für falsch halten. Dabei ist in dieser wirtschaftspolitischen Situation unabhängiger und uneinflußter Rat wohl besonders wichtig.“

So sehr die übrigen Mitglieder des Rates die Gründe verstehen, die Dr. Koch zu diesem Schritt veranlaßt haben, so sehr bedauern sie sein Ausscheiden. Sie sind Herrn Dr. Koch, der dem Sachverständigenrat von Anfang an angehörte, zu großem Dank verpflichtet für sein persönliches Engagement für die Aufgaben des Rates und für seine allezeit kollegiale Haltung.

Da jetzt die Vorbereitungsarbeiten für das Jahresgutachten beginnen, hat der Vorsitzende des Sachverständigenrats den Bundeskanzler gebeten, die Bundesregierung möge so bald wie möglich dem Bundespräsidenten einen Nachfolger für Dr. Koch vorschlagen.

VIII.

Methodische Erläuterungen zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Es bezeichnen für die Jahre $t, t + 1, \dots, t + n$
 K_t das Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang,
 $\bar{k} (K_t + K_{t+1})$ das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen,
 Y_t das reale Bruttoinlandsprodukt,
 Y_t^* das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential,
 k_t die statistisch gemessene Kapitalproduktivität,
 k_t^* die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität,
 λ_t den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential ergibt sich aus dem Produkt von jahresdurchschnittlichem Bruttoanlagevermögen und von Auslastungsschwankungen bereinigter Kapitalproduktivität (JG 68 Anhang IV):

$$Y_t^* = \frac{k^*}{2} (K_t + K_{t+1}).$$

Die Schätzwerte für die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität werden mit Hilfe einer linearen Trendfunktion aus den Logarithmen der statistisch gemessenen Kapitalproduktivitäten gewonnen:

$$\log k_t^* = a_0 + a_1 \log k_t + u_t.$$

Die Trendfunktion wird soweit parallel verschoben, daß sie durch den höchsten im Beobachtungszeitraum festgestellten Wert der Kapitalproduktivität geht (1960).

Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials ist dann

$$\lambda_t = \frac{k_t}{k_t^*} = \frac{Y_t}{Y_t^*}.$$

3. Die Schätzung des Produktionspotentials erfolgte nur für den Sektor Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung). Beim Staat und bei der Wohnungsvermietung wurde dagegen angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet, das heißt mit den Beiträgen dieser Sektoren zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential errechnet sich aus dem Produktionspotential der Unternehmen zuzüglich den Beiträgen des Staates und der Wohnungsvermietung zum Bruttoinlandsprodukt.

4. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Kapazitätswachstums wurden folgende Annahmen gemacht:

— Die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität wird bestimmt aus den Logarithmen der Trendwerte für die Periode 1958 bis 1969.

— Bei der Fortschreibung des Bruttoanlagevermögens¹⁾ bis 1. 1. 1971 wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1969 um 20 vH und 1970 um 10 vH zunehmen.

— Die rechnerischen Abgänge vom Bruttoanlagevermögen wurden anhand der von Kirner ermittelten Absterbeordnung (quasilogistische Verteilungsfunktion) geschätzt.

¹⁾ W. Kirner, Zeitreihen für das Anlagevermögen der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Strukturforchung, DIW, Heft 5, 1968 (von Kirner für den Zeitraum 1962 bis 1969 korrigiert und aktualisiert).

IX.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	Seite	131
Tabellenteil	Tabellen	27—72

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschl. Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kammereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschl. der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, um das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar darstellen zu können.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen“.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner **Entstehung** her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag

der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen**.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner **Verwendung** her gesehen, gleich der Summe aus dem (privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**. Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem **Volkseinkommen**.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

$$\begin{aligned} & \text{Bruttoinlandsprodukt} \\ + & \text{Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen} \\ & \text{zwischen Inländern und der übrigen Welt} \\ \hline = & \text{Bruttosozialprodukt} \\ - & \text{Abschreibungen} \\ \hline = & \text{Nettosozialprodukt zu Marktpreisen} \\ - & \text{Indirekte Steuern} \\ + & \text{Subventionen} \\ \hline = & \text{Nettosozialprodukt zu Faktorkosten} = \text{Volkseinkommen} \end{aligned}$$

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Wegen fehlender statistischer Unterlagen sind bestimmte freiwillige Sozialleistungen, wie Aufwendungen zur zusätzlichen Alters- und Krankenvorsorge, noch nicht einbezogen.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Gewinn, Zinsen, Nettomieten und -pachten, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumtenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschl. als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch von Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienst-

leistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfasst werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch das Währungsgebiet der DM-Ost umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1954) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindices auf der Basis 1954. Diese

Preisindices haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1954; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Paasche

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabelle 27

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbs- personen	Erwerbs- quote ¹⁾	Erwerbstätige			Registrierte Arbeitslose	Arbeits- losen quote ²⁾
				insgesamt	darunter Abhängige			
					zusammen	dar. nicht- deutsche Arbeit- nehmer ³⁾		
	1 000		vH	1 000			vH	
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 531	167	476	2,5
1960	52 183	25 043	48,0	24 808	19 067	.	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 331	279	271	1,3
1961	56 175	26 772	47,7	26 591	20 730	507	161	0,9
1962	56 938	26 938	47,3	26 783	21 053	629	155	0,7
1963	57 587	27 066	47,0	26 880	21 303	773	186	0,9
1964	58 266	27 148	46,6	26 979	21 547	902	169	0,8
1965	59 012	27 300	46,3	27 153	21 841	1 119	147	0,7
1966	59 638	27 243	45,7	27 082	21 870	1 244	161	0,7
1967	59 873	26 751	44,7	26 292	21 180	1 014	459	2,1
1968	60 184	26 665	44,3	26 342	21 330	1 019	323	1,5
1960 1. Hj.	55 246	26 387	47,8	26 002	20 076	.	385	1,9
1960 2. Hj.	55 622	26 648	47,9	26 492	20 586	.	156	0,8
1961 1. Hj.	55 984	26 665	47,6	26 427	20 541	.	238	1,1
1961 2. Hj.	56 488	26 879	47,6	26 755	20 919	.	124	0,6
1962 1. Hj.	56 752	26 887	47,4	26 690	20 917	570	197	0,9
1962 2. Hj.	57 124	26 988	47,2	26 875	21 188	688	113	0,5
1963 1. Hj.	57 403	27 017	47,1	26 770	21 160	734	247	1,2
1963 2. Hj.	57 771	27 114	46,9	26 990	21 445	812	124	0,6
1964 1. Hj.	58 061	27 054	46,6	26 833	21 364	840	221	1,0
1964 2. Hj.	58 471	27 242	46,6	27 125	21 730	964	117	0,5
1965 1. Hj.	58 811	27 215	46,3	27 022	21 682	1 053	193	0,9
1965 2. Hj.	59 212	27 385	46,2	27 284	22 000	1 184	101	0,5
1966 1. Hj.	59 481	27 253	45,8	27 084	21 839	1 222	169	0,8
1966 2. Hj.	59 794	27 233	45,5	27 080	21 901	1 266	153	0,7
1967 1. Hj.	59 824	26 806	44,8	26 270	21 140	1 049	536	2,5
1967 2. Hj.	59 922	26 697	44,6	26 314	21 220	978	383	1,8
1968 1. Hj.	60 036	26 548	44,2	26 099	21 077	955	449	2,1
1968 2. Hj.	60 333	26 783	44,4	26 585	21 583	1 083	198	0,9
1969 1. Hj.	60 678	26 841	44,2	26 599	21 677	...	242	0,9

¹⁾ Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

²⁾ Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni. — Halbjahreszahlen: eigene Schätzung.

³⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose).

⁴⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land und Forstwirtschaft ¹⁾		Produzierendes Gewerbe ²⁾		Handel und Verkehr ³⁾ ⁴⁾		Übrige Bereiche ⁴⁾ ⁵⁾	
	Selbstständige ⁶⁾	Abhängige	Erwerbstätige							
			insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige
1950	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,5	77,5	13,8	2,0	47,7	43,7	17,2	13,2	21,3	18,6
1961	22,0	78,0	13,0	1,8	48,1	44,2	17,4	13,3	21,6	18,7
1962	21,4	78,6	12,6	1,7	48,2	44,6	17,3	13,3	21,8	19,0
1963	20,7	79,3	12,0	1,6	48,2	44,7	17,6	13,6	22,1	19,3
1964	20,1	79,9	11,4	1,4	48,3	44,7	17,6	13,8	22,7	19,9
1965	19,6	80,4	10,9	1,4	48,7	45,1	17,6	13,9	22,8	20,0
1966	19,2	80,8	10,6	1,3	48,4	45,0	17,7	14,0	23,3	20,5
1967	19,4	80,6	10,4	1,2	47,1	43,7	18,0	14,2	24,5	21,4
1968	19,0	81,0	10,0	1,2	47,4	44,1	17,9	14,2	24,8	21,5

¹⁾ Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.

²⁾ Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.

³⁾ Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung (ab 1960, zweite Zeile).

⁴⁾ Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches (ab 1960, zweite Zeile).

⁵⁾ Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).

⁶⁾ Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

⁷⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 29

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaft

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land und Forstwirtschaft ¹⁾	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungen ³⁾	Staat ⁴⁾	Private Haushalte usw. ⁵⁾
			insgesamt	Energie-wirtschaft ⁶⁾ und Bergbau	Verarbeiten-des Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen										
1950	97,82	10,18	48,48	5,41	38,02	5,05	19,43	10,31	7,65	1,77
1951	119,43	12,27	61,27	6,67	48,38	6,22	23,06	12,01	8,78	2,04
1952	136,49	13,33	69,29	7,83	54,31	7,15	27,78	13,58	10,19	2,32
1953	147,01	13,43	76,11	9,12	58,46	8,53	28,55	15,19	11,06	2,67
1954	158,24	13,76	82,56	9,75	63,64	9,17	30,22	16,94	11,89	2,87
1955	180,83	14,54	95,78	10,54	73,85	11,39	35,20	19,15	13,06	3,10
1956	199,00	14,97	105,19	11,96	80,60	12,63	39,07	21,78	14,60	3,39
1957	216,39	15,62	113,24	12,96	87,13	13,15	43,49	24,24	16,15	3,65
1958	231,21	16,52	120,39	13,38	92,72	14,29	46,24	26,54	17,59	3,93
1959	250,75	16,88	131,70	13,68	101,01	17,01	50,31	29,58	18,16	4,12
1960	279,42	17,52	148,44	14,56	114,66	19,22	55,36	33,44	20,26	4,40
1960	296,64	17,72	158,08	15,67	122,18	20,23	58,49	35,66	22,04	4,65
1961	326,60	17,94	174,70	15,98	135,55	23,17	63,40	40,26	25,34	4,96
1962	354,88	17,97	189,91	16,76	146,82	26,33	69,67	44,27	27,79	5,27
1963	377,96	19,28	199,00	17,60	152,83	28,57	73,92	49,10	30,92	5,74
1964	414,60	20,51	218,91	17,61	168,42	32,88	80,61	54,39	33,98	6,20
1965	453,83	20,13	238,87	18,23	186,23	34,41	88,37	61,00	38,68	6,78
1966	481,61	20,27	248,27	18,53	193,77	35,97	93,93	68,70	43,16	7,28
1967 ⁷⁾	486,00	20,89	242,16	18,39	190,69	33,08	95,07	74,07	46,22	7,59
1968 ⁸⁾	530,68 ^{a)}	21,13	271,47	20,84	215,20	35,43	102,02	81,61	49,02	8,03
1960 1. Hj.	139,81	8,57	73,83	7,75	57,12	8,96	27,50	17,04	10,62	2,25
1960 2. Hj.	156,83	9,15	84,25	7,92	65,06	11,27	30,99	18,62	11,42	2,40
1961 1. Hj.	155,94	9,24	82,90	7,91	64,80	10,19	29,72	19,37	12,31	2,40
1961 2. Hj.	170,66	8,70	91,80	8,07	70,75	12,98	33,68	20,89	13,03	2,56
1962 1. Hj.	168,51	8,79	89,36	8,20	69,83	11,33	33,01	21,40	13,41	2,54
1962 2. Hj.	186,37	9,18	100,55	8,56	76,99	15,00	36,66	22,87	14,38	2,73
1963 1. Hj.	176,89	9,14	91,72	8,67	71,77	11,28	34,58	23,70	14,98	2,77
1963 2. Hj.	201,07	10,14	107,28	8,93	81,06	17,29	39,34	25,40	15,94	2,97
1964 1. Hj.	194,76	10,18	101,88	8,59	79,21	14,08	37,41	26,13	16,20	2,96
1964 2. Hj.	219,84	10,33	117,03	9,02	89,21	18,80	43,20	28,26	17,78	3,24
1965 1. Hj.	214,14	10,19	112,29	9,01	88,56	14,72	40,83	29,13	18,46	3,24
1965 2. Hj.	239,69	9,94	126,58	9,22	97,67	19,69	47,54	31,87	20,22	3,54
1966 1. Hj.	230,32	9,93	119,17	9,21	93,99	15,97	44,40	32,96	20,38	3,48
1966 2. Hj.	251,29	10,34	129,10	9,32	99,78	20,00	49,53	35,74	22,78	3,80
1967 1. Hj. ⁹⁾	230,52	10,63	113,81	8,99	90,04	14,78	44,28	35,74	22,41	3,65
1967 2. Hj. ⁹⁾	255,48	10,26	128,35	9,40	100,65	18,30	50,79	38,33	23,81	3,94
1968 1. Hj. ⁹⁾	247,37 ^{a)}	10,00	125,00	10,05	99,51	15,44	47,02	39,25	23,38	3,82
1968 2. Hj. ⁹⁾	283,31 ^{a)}	11,13	145,47	10,79	115,69	19,99	55,00	42,36	25,64	4,21
1969 1. Hj. ⁹⁾	275,07 ^{a)}	10,88	141,89	51,12	43,58	29,60	...

1) Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.

2) Einschließlich Wasserversorgung.

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.

5) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

6) Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land und Forstwirtschaft ¹⁾	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungen ³⁾	Staat ⁴⁾	Private Haushalte usw. ⁵⁾	Zeitraum
		insgesamt	Energie-wirtschaft ⁶⁾ und Bergbau	Verar-beitendes Gewerbe	Bauge-werbe					
in Preisen von 1954										
112,79	11,61	53,38	7,95	39,55	5,88	23,32	11,91	10,04	2,53	1950
125,10	13,29	60,92	9,03	45,35	6,54	25,07	12,81	10,47	2,54	1951
136,38	13,40	68,25	9,49	51,48	7,28	26,63	14,32	11,11	2,67	1952
147,21	13,45	75,45	9,42	57,30	8,73	28,36	15,80	11,32	2,83	1953
158,24	13,76	82,56	9,75	63,64	9,17	30,22	16,94	11,89	2,87	1954
177,34	13,67	95,73	10,77	74,19	10,77	34,01	18,42	12,55	2,96	1955
189,53	13,55	102,76	11,64	79,68	11,44	37,36	19,87	12,98	3,01	1956
200,32	14,00	108,02	11,89	84,88	11,25	39,84	21,53	13,83	3,10	1957
206,67	14,34	111,57	11,51	88,47	11,59	40,46	22,35	14,32	3,13	1958
221,07	15,33	120,50	11,77	95,83	12,90	43,58	23,83	14,70	3,13	1959
240,32	15,91	133,16	12,63	107,07	13,46	47,43	25,38	15,41	3,03	1960
254,98	16,09	141,88	13,57	114,15	14,16	50,01	27,07	16,73	3,20	1960
269,17	16,36	150,80	13,82	121,80	15,18	52,25	28,91	17,71	3,14	1961
280,18	15,71	157,46	14,45	127,28	15,73	54,58	30,48	18,77	3,18	1962
289,86	16,98	162,00	15,01	130,83	16,16	56,06	31,85	19,74	3,23	1963
309,40	17,89	175,66	15,52	142,33	17,81	58,79	33,23	20,57	3,26	1964
326,81	16,78	187,54	15,57	153,67	18,30	62,45	35,12	21,64	3,28	1965
334,16	16,73	191,24	15,62	156,86	18,76	63,54	36,78	22,54	3,33	1966
335,11	18,37	187,97	15,45	154,66	17,86	63,92	37,95	23,53	3,37	1967 ⁷⁾
359,80	19,13	206,37	16,54	171,41	18,42	67,85	38,85	24,17	3,43	1968 ⁸⁾
120,94	7,52	66,96	6,69	53,95	6,32	23,43	13,18	8,23	1,62	1960 1. Hj.
134,04	8,57	74,92	6,88	60,20	7,84	26,58	13,89	8,50	1,58	2. Hj.
130,27	8,74	72,50	6,82	58,77	6,91	24,68	14,04	8,74	1,57	1961 1. Hj.
138,90	7,62	78,30	7,00	63,03	8,27	27,57	14,87	8,97	1,57	2. Hj.
134,25	7,48	74,97	7,09	60,98	6,90	25,96	14,95	9,30	1,59	1962 1. Hj.
145,93	8,23	82,49	7,36	66,30	8,83	28,62	15,53	9,47	1,59	2. Hj.
137,23	8,07	75,67	7,43	61,80	6,44	26,44	15,66	9,78	1,61	1963 1. Hj.
152,63	8,91	86,33	7,58	69,03	9,72	29,62	16,19	9,96	1,62	2. Hj.
147,40	9,01	82,71	7,60	67,41	7,70	27,64	16,25	10,18	1,61	1964 1. Hj.
162,00	8,88	92,95	7,92	74,92	10,11	31,15	16,98	10,39	1,65	2. Hj.
157,09	8,80	89,43	7,75	73,77	7,91	29,30	17,22	10,72	1,62	1965 1. Hj.
169,72	7,98	98,11	7,82	79,90	10,39	33,15	17,90	10,92	1,66	2. Hj.
162,17	7,93	92,96	7,79	76,81	8,36	30,38	18,07	11,18	1,65	1966 1. Hj.
171,99	8,80	98,28	7,83	80,05	10,40	33,16	18,71	11,36	1,68	2. Hj.
159,73	8,73	89,20	7,58	73,67	7,95	29,92	18,60	11,61	1,67	1967 1. Hj. ⁹⁾
175,38	9,64	98,77	7,87	80,99	9,91	34,00	19,35	11,92	1,70	2. Hj. ⁹⁾
169,69	9,35	96,15	8,02	79,99	8,14	31,45	19,07	11,98	1,69	1968 1. Hj. ⁹⁾
190,11	9,78	110,22	8,52	91,42	10,28	36,40	19,78	12,19	1,74	2. Hj. ⁹⁾
184,60	9,34	107,74	33,84	19,64	14,04	...	1969 1. Hj. ⁹⁾

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Erste vorläufige Ergebnisse.

a) Die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ist um den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuern auf Investitionen in der Gesamtwirtschaft, vermindert um die Investitionsteuer, überhöht; diese Differenz läßt sich nicht auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche aufteilen (1968 1. Hj.: 1,1 Mrd. DM; 2. Hj.: 1,5 Mrd. DM; 1969 1. Hj.: 2,0 Mrd. DM).

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Tabelle 30

Sozialprodukt und
Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen ¹⁾	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern ²⁾ abzüglich Subventionen	Netto-sozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
In jeweiligen Preisen							
1950	97,82	+0,08	97,90	10,08	87,82	12,66	75,16
1951	119,43	+0,07	119,50	11,97	107,53	16,45	91,08
1952	136,49	+0,11	136,60	13,30	123,30	19,53	103,77
1953	147,01	+0,09	147,10	13,40	133,70	21,57	112,13
1954	158,24	-0,34	157,90	13,64	144,26	23,18	121,08
1955	180,83	-0,43	180,40	14,83	165,57	26,11	139,46
1956	199,00	-0,20	198,80	16,53	182,27	27,90	154,37
1957	216,39	-0,09	216,30	18,37	197,93	29,64	168,29
1958	231,21	+0,29	231,50	20,19	211,31	31,17	180,14
1959	250,75	+0,15	250,90	22,07	228,83	34,86	193,97
1960	279,42	+0,38	279,80	24,81	254,99	38,07	216,92
1960	296,64	+0,16	296,80	26,24	270,56	40,76	229,80
1961	326,60	-0,40	326,20	29,65	296,55	44,95	251,60
1962	354,88	-0,38	354,50	33,83	320,67	48,77	271,90
1963	377,96	-0,36	377,60	37,80	339,80	50,76	289,04
1964	414,60	-0,80	413,80	41,96	371,84	55,34	316,50
1965	453,83	-1,13	452,70	47,08	405,62	60,19	345,43
1966	481,61	-0,81	480,80	52,20	428,60	63,85	364,75
1967 ⁴⁾	486,00	-0,90	485,10	55,02	430,08	66,40	363,66
1968 ⁴⁾	530,68	+0,12	530,80	59,31	471,49	66,58	404,91
1960 1. Hj.	139,81	+0,28	140,07	12,66	127,41	19,33	108,08
2. Hj.	156,83	-0,10	156,73	13,58	143,15	21,43	121,72
1961 1. Hj.	155,94	+0,02	155,96	14,32	141,64	21,79	119,85
2. Hj.	170,66	-0,42	170,24	15,33	154,91	23,16	131,75
1962 1. Hj.	168,51	-0,05	168,46	16,40	152,06	23,81	128,25
2. Hj.	186,37	-0,33	186,04	17,43	168,61	24,96	143,65
1963 1. Hj.	176,89	-0,23	176,66	18,42	158,24	24,53	133,71
2. Hj.	201,07	-0,13	200,94	19,38	181,56	26,23	155,33
1964 1. Hj.	194,76	-0,46	194,30	20,32	173,98	26,65	147,33
2. Hj.	219,84	-0,34	219,50	21,64	197,86	28,69	169,17
1965 1. Hj.	214,14	-0,74	213,40	22,93	190,47	29,32	161,15
2. Hj.	239,69	-0,39	239,30	24,15	215,15	30,87	184,28
1966 1. Hj.	230,32	-0,32	230,00	25,58	204,42	32,03	172,39
2. Hj.	251,29	-0,49	250,80	26,62	224,18	31,82	192,36
1967 1. Hj. ⁴⁾	230,52	-0,22	230,30	27,26	203,04	32,39	170,65
2. Hj. ⁴⁾	255,48	-0,68	254,80	27,76	227,04	34,01	193,03
1968 1. Hj. ⁴⁾	247,37	+0,13	247,50	29,09	218,41	31,48	186,93
2. Hj. ⁴⁾	283,31	-0,01	283,30	30,22	253,08	35,10	217,98
1969 1. Hj. ⁴⁾	275,07	+0,13	275,20	31,50	243,70	36,70	207,00

¹⁾ Einschließlich der in den Sachversicherungsprämien enthaltenen Risikoanteile.

²⁾ Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung und der von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) erhobenen Umlagen.

Volkseinkommen

DM

Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen ¹⁾	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
in Preisen von 1954					
112,79	+0,11	112,90	12,26	100,64	1950
125,10	+0,10	125,20	12,51	112,69	1951
136,38	+0,12	136,50	12,79	123,71	1952
147,21	+0,09	147,30	13,16	134,14	1953
158,24	-0,34	157,90	13,64	144,26	1954
177,34	-0,44	176,90	14,41	162,49	1955
189,53	-0,23	189,30	15,62	173,68	1956
200,32	-0,12	200,20	16,84	183,36	1957
206,67	+0,13	206,80	18,20	188,60	1958
221,07	-0,07	221,00	19,74	201,26	1959
240,32	+0,08	240,40	21,63	218,77	1960
254,98	-0,08	254,90	22,87	232,03	1960
269,17	-0,57	268,60	25,04	243,56	1961
280,18	-0,58	279,60	27,37	252,23	1962
289,86	-0,56	289,30	29,94	259,36	1963
309,40	-0,90	308,50	32,78	275,72	1964
326,81	-1,11	325,70	35,93	289,77	1965
334,16	-0,86	333,30	39,10	294,20	1966
335,11	-1,01	334,10	41,92	292,18	1967 ⁴⁾
359,80	-0,30	359,50	44,52	314,98	1968 ⁴⁾
120,94	+0,13	121,07	.	.	1960 1. Hj.
134,04	-0,21	133,83	.	.	2. Hj.
130,27	-0,11	130,16	.	.	1961 1. Hj.
138,90	-0,46	138,44	.	.	2. Hj.
134,25	-0,17	134,08	.	.	1962 1. Hj.
145,93	-0,41	145,52	.	.	2. Hj.
137,23	-0,33	136,90	.	.	1963 1. Hj.
152,63	-0,23	152,40	.	.	2. Hj.
147,40	-0,50	146,90	.	.	1964 1. Hj.
162,00	-0,40	161,60	.	.	2. Hj.
157,09	-0,69	156,40	.	.	1965 1. Hj.
169,72	-0,42	169,30	.	.	2. Hj.
162,17	-0,37	161,80	.	.	1966 1. Hj.
171,99	-0,49	171,50	.	.	2. Hj.
159,73	-0,33	159,40	.	.	1967 1. Hj. ⁴⁾
175,38	-0,68	174,70	.	.	2. Hj. ⁴⁾
169,69	-0,09	169,60	.	.	1968 1. Hj. ⁴⁾
190,11	-0,21	189,90	.	.	2. Hj. ⁴⁾
184,60	-0,10	184,50	.	.	1969 1. Hj. ⁴⁾

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Tabelle 31

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd. DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit ¹⁾		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto	netto	insgesamt		der privaten Haushalte ²⁾	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit ³⁾ = unverteilte Gewinne ⁴⁾	des Staates ⁵⁾
				brutto	netto			
1950	75,16	44,07	34,79	31,09	24,46	26,11	4,28	0,70
1951	91,08	53,43	41,58	37,65	29,95	31,68	4,69	1,08
1952	103,77	59,60	45,99	44,17	34,37	35,82	6,73	1,62
1953	112,13	65,77	50,86	46,36	34,91	37,16	7,44	1,76
1954	121,08	71,87	55,86	49,21	37,43	39,70	7,64	1,87
1955	139,46	81,95	63,43	57,51	45,64	45,89	9,10	2,52
1956	154,37	91,82	70,84	62,55	49,50	50,08	9,82	2,65
1957	168,29	100,52	77,03	67,77	52,88	53,66	10,98	3,13
1958	180,14	108,99	82,34	71,15	56,28	56,61	11,35	3,19
1959	193,97	116,83	88,60	77,14	59,97	61,38	12,80	2,96
1960	216,92	131,40	98,33	85,52	65,75	67,49	14,56	3,47
1960	229,80	139,77	104,63	90,03	69,34	70,91	15,48	3,64
1961	251,60	157,18	117,12	94,42	70,56	74,68	15,43	4,31
1962	271,90	173,86	129,03	98,04	71,95	78,35	15,10	4,59
1963	289,04	186,53	137,86	102,51	75,41	82,51	14,97	5,03
1964	316,50	204,36	151,06	112,14	83,74	90,16	16,91	5,37
1965	345,43	225,81	168,19	119,62	90,71	97,64	16,29	5,69
1966	364,75	242,97	178,34	121,78	91,86	100,10	16,00	5,68
1967 ⁷⁾	363,68	243,37	177,54	120,31	90,82	100,38	15,08	4,85
1968 ⁷⁾	404,91	261,09	186,93	143,82	111,74	117,87	20,57	5,38
1960 1. Hj.	108,08	65,66	49,67	42,42
2. Hj.	121,72	74,11	54,96	47,61
1961 1. Hj.	119,85	75,27	56,48	44,58
2. Hj.	131,75	81,91	60,64	49,84
1962 1. Hj.	128,25	82,84	62,27	45,41
2. Hj.	143,65	91,02	66,76	52,63
1963 1. Hj.	133,71	88,34	65,92	45,37
2. Hj.	155,33	98,19	71,94	57,14
1964 1. Hj.	147,33	96,86	72,28	50,47	36,01	.	.	.
2. Hj.	169,17	107,50	78,78	61,67	47,73	.	.	.
1965 1. Hj.	161,15	106,57	80,79	54,58	39,98	.	.	.
2. Hj.	184,28	119,24	87,40	65,04	50,73	.	.	.
1966 1. Hj.	172,39	116,30	86,67	58,09	40,26	.	.	.
2. Hj.	192,38	126,67	91,67	65,69	51,60	.	.	.
1967 1. Hj. ⁷⁾	170,65	117,37	86,89	53,28	38,41	.	.	.
2. Hj. ⁷⁾	193,03	126,00	90,65	67,03	52,41	.	.	.
1968 1. Hj. ⁷⁾	186,93	123,42	89,61	63,51	47,87	.	.	.
2. Hj. ⁷⁾	217,98	137,67	97,32	80,31	63,87	.	.	.
1969 1. Hj. ⁸⁾	207,00	137,35	98,17	69,65	52,60	.	.	.

¹⁾ Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä. — Werbungskosten sind nicht abgezogen.

²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — Einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 1). — Nach Abzug der Zinsen auf Konsumtenschulden.

³⁾ Einschließlich der in öffentlichen Haushalten netto verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

⁴⁾ Vor Abzug der direkten Steuern u. ä. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin. — ⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ⁸⁾ Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen				Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer ¹⁾		Bruttoinlandsprodukt ²⁾ je durchschnittlich Erwerbstätigen ³⁾ (Produktivität)		Lohnkosten je Produkt-einheit ⁴⁾
	je Einwohner		je durchschnittlich Erwerbstätigen ¹⁾		DM	1960=100	DM	1960=100	
	DM	1960=100	DM	1960=100					
1950	1 602	39	3 759	43	3 223	47	5 647	58	81
1951	1 921	46	4 439	51	3 740	54	6 104	63	87
1952	2 174	52	4 963	57	4 040	59	6 533	67	88
1953	2 328	56	5 234	60	4 286	62	6 883	71	88
1954	2 486	60	5 505	63	4 501	65	7 207	74	88
1955	2 834	68	6 109	70	4 866	71	7 781	80	89
1956	3 100	75	6 587	75	5 252	76	8 104	83	92
1957	3 337	80	7 030	80	5 587	81	8 388	86	94
1958	3 528	85	7 467	85	5 992	87	8 624	88	98
1959	3 757	90	7 956	91	6 305	91	9 141	94	98
1960	4 157	100	8 744	100	6 891	100	9 759	100	100
1960	4 146	100	8 755	100	6 875	100	9 773	100	100
1961	4 479	108	9 462	108	7 582	110	10 176	104	106
1962	4 775	115	10 152	116	8 258	120	10 518	108	112
1963	5 019	121	10 753	123	8 756	127	10 839	111	115
1964	5 432	131	11 731	134	9 484	138	11 521	118	117
1965	5 854	141	12 722	145	10 339	150	12 084	124	122
1966	6 116	148	13 468	154	11 110	162	12 387	127	128
1967 ⁵⁾	6 074	147	13 832	158	11 491	167	12 806	131	128
1968 ⁶⁾	6 728	162	15 371	176	12 241	178	13 721	140	127
1960 1. Hj.	1 956	94	4 157	95	3 271	95	4 680	96	.
1960 2. Hj.	2 188	106	4 595	105	3 600	105	5 088	104	.
1961 1. Hj.	2 141	103	4 535	104	3 664	107	4 954	101	.
1961 2. Hj.	2 332	112	4 924	112	3 916	114	5 220	107	.
1962 1. Hj.	2 260	109	4 805	110	3 960	115	5 059	104	.
1962 2. Hj.	2 515	121	5 345	122	4 296	125	5 458	112	.
1963 1. Hj.	2 329	112	4 995	114	4 175	121	5 154	105	.
1963 2. Hj.	2 689	130	5 755	131	4 579	133	5 683	116	.
1964 1. Hj.	2 538	122	5 491	125	4 534	132	5 520	113	.
1964 2. Hj.	2 893	140	6 237	142	4 947	144	5 998	123	.
1965 1. Hj.	2 740	132	5 964	136	4 915	143	5 838	120	.
1965 2. Hj.	3 112	150	6 754	154	5 420	158	6 244	128	.
1966 1. Hj.	2 898	140	6 365	145	5 325	155	6 011	123	.
1966 2. Hj.	3 217	155	7 103	162	5 784	168	6 376	130	.
1967 1. Hj. ⁶⁾	2 853	138	6 496	148	5 552	161	6 109	125	.
1967 2. Hj. ⁶⁾	3 221	155	7 336	168	5 938	173	6 696	137	.
1968 1. Hj. ⁶⁾	3 114	150	7 162	164	5 856	170	6 533	134	.
1968 2. Hj. ⁶⁾	3 613	174	8 199	187	6 379	186	7 182	147	.
1969 1. Hj. ⁷⁾	3 411	165	7 782	178	6 336	184	6 970	143	.

¹⁾ Inländerkonzept (nach dem Wohnort).

²⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954.

³⁾ Inländerkonzept (nach dem Beschäftigungsort).

⁴⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (Inländerkonzept)

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 je durchschnittlich Erwerbstätigen (Inländerkonzept)

⁵⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁷⁾ Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Tabelle 33

Verwendung des
Mrd.

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- verän- derung	Aus- fuhr ¹⁾	Ein- fuhr ¹⁾	Außen- bei- trag ²⁾
				insge- samt	Ausrü- stungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1950	97,90	63,36	14,00	18,14	9,29	8,85	+ 3,67	11,31	12,58	- 1,27
1951	119,50	73,71	17,50	22,32	11,97	10,35	+ 3,72	18,72	16,47	+ 2,25
1952	136,60	81,82	20,80	25,57	13,92	11,65	+ 5,12	22,12	18,83	+ 3,29
1953	147,10	89,56	21,17	29,10	15,15	13,95	+ 1,91	25,36	20,00	+ 5,36
1954	157,90	95,11	22,03	32,76	17,26	15,50	+ 2,84	30,77	25,61	+ 5,16
1955	180,40	106,19	23,82	40,66	21,56	19,10	+ 5,59	36,62	32,48	+ 4,14
1956	198,80	117,75	25,35	44,83	23,43	21,40	+ 4,01	44,13	37,27	+ 6,86
1957	216,30	128,16	27,30	46,49	23,79	22,70	+ 5,32	52,50	43,47	+ 9,03
1958	231,50	137,71	30,59	50,43	25,63	24,80	+ 3,67	54,16	45,08	+ 9,10
1959	250,90	146,48	33,53	57,96	28,46	29,50	+ 4,20	60,58	51,85	+ 8,73
1960	279,80	158,87	37,73	67,03	33,90	33,13	+ 7,99	69,75	61,57	+ 8,18
1960	296,80	170,03	40,40	70,62	35,60	35,02	+ 8,59	62,91	55,75	+ 7,16
1961	326,20	186,76	46,05	80,71	40,86	40,05	+ 5,90	65,81	59,03	+ 6,78
1962	354,50	204,03	53,10	90,20	44,66	45,54	+ 3,50	68,95	65,28	+ 3,67
1963	377,60	215,94	59,18	95,34	45,97	49,37	+ 2,10	74,99	69,95	+ 5,04
1964	413,80	232,90	61,74	109,15	51,60	57,55	+ 4,70	83,53	78,22	+ 5,31
1965	452,70	255,71	69,67	118,92	58,20	60,72	+ 9,00	91,42	92,02	- 0,60
1966	480,80	274,89	75,51	121,90	57,60	64,30	+ 2,00	103,00	96,50	+ 6,50
1967 ⁴⁾	485,10	281,40	80,60	110,40	52,20	58,20	- 3,50	111,45	95,25	+ 16,20
1968 ⁴⁾	530,80	297,30	83,65	121,28	58,31	62,97	+ 10,20	126,17	107,80	+ 18,37
1960 1. Hj.	140,07	79,83	19,52	32,29	16,53	15,76	+ 5,27	30,07	26,91	+ 3,16
2. Hj.	156,73	90,20	20,86	39,33	19,07	19,26	+ 3,32	32,84	28,84	+ 4,00
1961 1. Hj.	155,96	87,68	21,27	37,61	19,52	18,09	+ 5,06	32,58	28,24	+ 4,34
2. Hj.	170,24	99,08	24,78	43,10	21,14	21,96	+ 0,84	33,23	30,79	+ 2,44
1962 1. Hj.	168,46	96,83	24,17	41,49	21,47	20,02	+ 3,78	33,48	31,29	+ 2,19
2. Hj.	186,04	107,20	28,93	48,71	23,19	25,52	- 0,28	35,47	33,99	+ 1,48
1963 1. Hj.	176,66	101,71	27,85	41,47	21,63	19,84	+ 4,30	35,20	33,87	+ 1,33
2. Hj.	200,94	114,23	31,33	53,87	24,34	29,53	- 2,20	39,79	36,08	+ 3,71
1964 1. Hj.	194,30	109,24	28,31	49,48	24,30	25,18	+ 3,40	40,69	36,82	+ 3,87
2. Hj.	219,50	123,66	33,43	59,67	27,30	32,37	+ 1,30	42,84	41,40	+ 1,44
1965 1. Hj.	213,40	119,62	31,70	54,46	27,90	26,56	+ 7,50	43,84	43,72	+ 0,12
2. Hj.	239,30	136,09	37,97	64,46	30,30	34,16	+ 1,50	47,58	48,30	- 0,72
1966 1. Hj.	230,00	131,33	35,06	58,33	29,00	29,33	+ 4,00	48,84	47,56	+ 1,28
2. Hj.	250,80	143,56	40,45	63,57	28,60	34,97	- 2,00	54,16	48,94	+ 5,22
1967 1. Hj. ⁴⁾	230,30	134,75	38,10	51,30	24,30	27,00	- 2,30	54,18	45,73	+ 8,45
2. Hj. ⁴⁾	254,80	146,65	42,50	59,10	27,90	31,20	- 1,20	57,27	49,52	+ 7,75
1968 1. Hj. ⁴⁾	247,50	140,43	38,68	53,80	25,85	27,95	+ 6,50	58,28	50,19	+ 8,09
2. Hj. ⁴⁾	283,30	156,87	44,97	67,48	32,46	35,02	+ 3,70	67,89	57,61	+ 10,28
1969 1. Hj. ⁵⁾	275,20	153,78	42,08	63,94	33,89	30,05	+ 8,80	67,38	60,78	+ 6,60

¹⁾ Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.²⁾ Ausfuhr / Einfuhr.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränd-erung	Aus-fuhr ¹⁾	Ein-fuhr ²⁾	Außen-beitrag ³⁾	Zeitraum
			insge-samt	Ausrü-stungen	Bauten					
in Preisen von 1954										
112,90	68,96	17,43	21,80	11,20	10,60	+3,90	13,63	12,82	- 0,81	1950
125,20	74,44	19,41	23,15	12,44	10,71	+3,31	18,49	13,60	+ 4,89	1951
136,50	81,18	21,56	24,60	13,29	11,31	+4,84	21,04	16,72	+ 4,32	1952
147,30	90,06	21,43	28,78	14,76	14,02	+1,80	24,94	19,71	+ 5,23	1953
157,90	95,11	22,03	32,76	17,26	15,50	+2,84	30,77	25,61	+ 5,16	1954
176,90	104,54	22,97	39,46	21,34	18,12	+5,51	36,25	31,83	+ 4,42	1955
189,30	113,47	23,15	42,38	22,62	19,76	+3,86	42,27	35,83	+ 6,44	1956
200,20	120,45	24,15	42,59	22,34	20,25	+5,09	49,12	41,20	+ 7,92	1957
206,80	126,21	26,15	45,21	23,74	21,47	+3,45	50,89	45,11	+ 5,78	1958
221,00	132,97	28,45	51,00	26,60	24,40	+4,06	57,94	53,42	+ 4,52	1959
240,40	142,32	30,72	56,88	31,26	25,62	+7,68	65,67	62,87	+ 2,80	1960
254,90	152,43	32,78	60,00	32,87	27,13	+8,19	59,28	57,78	+ 1,50	1960
268,60	162,98	35,48	65,63	36,65	28,98	+5,50	61,25	62,24	- 0,99	1961
279,60	172,77	39,77	69,44	38,86	30,58	+3,10	63,86	69,34	- 5,48	1962
289,30	177,90	43,08	71,39	39,90	31,49	+2,00	70,02	75,09	- 5,07	1963
308,50	187,53	42,63	79,96	44,50	35,46	+4,40	77,26	83,28	- 6,02	1964
325,70	199,49	45,58	85,23	48,71	36,52	+8,20	83,18	95,98	-12,80	1965
333,30	206,50	46,04	85,41	47,37	38,04	+1,80	92,14	98,59	- 6,45	1966
334,10	207,69	47,60	79,06	43,47	35,59	-3,10	101,02	98,17	+ 2,85	1967 ⁴⁾
359,50	215,08	47,68	85,51	47,89	37,62	+9,20	116,81	114,78	+ 2,03	1968 ⁴⁾
121,07	71,90	16,06	27,57	15,30	12,27	+5,00	28,49	27,95	+ 0,54	1960 1. Hj.
133,83	80,53	16,72	32,43	17,57	14,86	+3,19	30,79	29,83	+ 0,96	2. Hj.
130,16	77,13	16,48	31,18	17,64	13,54	+4,73	30,36	29,72	+ 0,64	1961 1. Hj.
138,44	85,85	19,00	34,45	19,01	15,44	+0,77	30,89	32,52	- 1,63	2. Hj.
134,08	82,49	18,22	32,43	18,73	13,70	+3,31	31,08	33,45	- 2,37	1962 1. Hj.
145,52	90,28	21,55	37,01	20,13	16,88	-0,21	32,78	35,89	- 3,11	2. Hj.
136,90	84,09	20,57	31,62	18,81	12,81	+4,07	32,86	36,31	- 3,45	1963 1. Hj.
152,40	93,81	22,51	39,77	21,09	18,68	-2,07	37,16	38,78	- 1,62	2. Hj.
146,90	88,48	19,82	36,68	21,04	15,64	+3,17	38,07	39,32	- 1,25	1964 1. Hj.
161,60	99,05	22,81	43,28	23,46	19,82	+1,23	39,19	43,96	- 4,77	2. Hj.
156,40	94,45	21,19	39,60	23,53	16,07	+6,80	40,22	45,86	- 5,64	1965 1. Hj.
169,30	105,04	24,39	45,63	25,18	20,45	+1,40	42,96	50,12	- 7,16	2. Hj.
161,80	99,64	21,93	41,44	23,99	17,45	+3,60	43,87	48,68	- 4,81	1966 1. Hj.
171,50	106,86	24,11	43,97	23,38	20,59	-1,80	48,27	49,91	- 1,64	2. Hj.
159,40	100,27	22,61	36,51	20,20	16,31	-2,00	49,23	47,22	+ 2,01	1967 1. Hj. ⁴⁾
174,70	107,42	24,99	42,55	23,27	19,28	-1,10	51,79	50,95	+ 0,84	2. Hj. ⁴⁾
169,60	102,62	22,42	38,06	21,33	16,73	+5,80	53,68	52,98	+ 0,70	1968 1. Hj. ⁴⁾
189,90	112,46	25,26	47,45	26,56	20,89	+3,40	63,13	61,80	+ 1,33	2. Hj. ⁴⁾
184,50	109,87	23,48	44,85	27,54	17,31	+7,90	61,66	63,26	- 1,60	1969 1. Hj. ⁵⁾

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Tabelle 34

Investitionen der Unternehmen

Jahr	Insgesamt ¹⁾	investitionen				Vorratsveränderung	
		Ausrüstungs-		Bau- ¹⁾		Mrd. DM	vH
		Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH		
1950	15,62	9,02	57,7	2,93	18,8	+ 3,67	+23,5
1951	18,35	11,59	63,2	3,04	16,6	+ 3,72	+20,3
1952	21,61	13,50	62,5	2,99	13,8	+ 5,12	+23,7
1953	20,29	14,71	72,5	3,67	18,1	+ 1,91	+ 9,4
1954	23,79	16,80	70,6	4,15	17,4	+ 2,84	+11,9
1955	32,34	21,06	65,1	5,69	17,6	+ 5,59	+17,3
1956	33,63	22,88	68,0	6,74	20,0	+ 4,01	+11,9
1957	35,87	23,20	64,7	7,35	20,5	+ 5,32	+14,8
1958	36,87	24,97	67,7	8,23	22,3	+ 3,67	+10,0
1959	41,02	27,75	67,6	9,07	22,1	+ 4,20	+10,2
1960	51,24	33,02	64,4	10,23	20,0	+ 7,99	+15,6
1960	54,14	34,67	64,0	10,88	20,1	+ 8,59	+15,9
1961	57,97	39,60	68,3	12,47	21,5	+ 5,90	+10,2
1962	60,52	43,41	71,7	13,61	22,5	+ 3,50	+ 5,8
1963	60,57	44,50	73,5	13,97	23,1	+ 2,10	+ 3,5
1964	71,22	50,06	70,3	16,46	23,1	+ 4,70	+ 6,6
1965	83,27	56,50	67,9	17,77	21,3	+ 9,00	+10,8
1966	76,39	55,95	73,2	18,44	24,1	+ 2,00	+ 2,6
1967 ²⁾	64,42	50,59	78,5	17,33	26,9	- 3,50	- 5,4
1968 ³⁾	85,95	56,68	65,9	19,07	22,2	+10,20	+11,9

¹⁾ Ohne Wohnungen.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Bauinvestitionen

Jahr	Insgesamt	Unternehmen ¹⁾	Staat ¹⁾			Wohnungen
			insgesamt	Verkehrsbauten	sonstige Bauten	
Mrd. DM						
1950	8,85	2,93	1,57	0,51	1,06	4,35
1951	10,35	3,04	1,94	0,69	1,25	5,37
1952	11,65	2,99	2,36	0,85	1,51	6,30
1953	13,95	3,67	2,88	1,02	1,86	7,40
1954	15,50	4,15	3,09	1,16	1,93	8,26
1955	19,10	5,69	4,09	1,67	2,42	9,32
1956	21,40	6,74	4,71	1,99	2,72	9,95
1957	22,70	7,35	4,90	2,06	2,84	10,45
1958	24,80	8,23	5,47	2,35	3,12	11,10
1959	29,50	9,07	6,98	3,13	3,85	13,45
1960	33,13	10,23	8,00	3,63	4,37	14,90
1960	35,02	10,88	8,40	3,74	4,66	15,74
1961	40,05	12,47	9,77	4,36	5,41	17,81
1962	45,54	13,61	12,16	5,57	6,59	19,77
1963	49,37	13,97	14,17	6,52	7,65	21,23
1964	57,55	16,46	16,72	7,12	9,60	24,37
1965	60,72	17,77	17,47	7,39	10,08	25,48
1966	64,30	18,44	18,45	27,41
1967 ²⁾	58,20	17,33	15,63	25,24
1968 ²⁾	62,97	19,07	17,65	26,25
Anteil in vH						
1950	100	33,1	17,7	5,8	11,9	49,2
1951	100	29,4	18,7	6,7	12,0	51,9
1952	100	25,7	20,3	7,3	13,0	54,0
1953	100	26,3	20,6	7,3	13,3	53,1
1954	100	26,8	19,9	7,5	12,4	53,3
1955	100	29,8	21,4	8,7	12,7	48,8
1956	100	31,5	22,0	9,3	12,7	46,5
1957	100	32,4	21,6	9,1	12,5	46,0
1958	100	33,2	22,1	9,5	12,6	44,7
1959	100	30,7	23,7	10,6	13,1	45,6
1960	100	30,9	24,1	11,0	13,1	45,0
1960	100	31,1	24,0	10,7	13,3	44,9
1961	100	31,1	24,4	10,9	13,5	44,5
1962	100	29,9	26,7	12,2	14,5	43,4
1963	100	28,3	28,7	13,2	15,5	49,0
1964	100	28,6	29,1	12,4	16,7	42,3
1965	100	29,3	28,8	12,2	16,6	42,0
1966	100	28,7	28,7	42,6
1967 ²⁾	100	29,8	26,9	43,4
1968 ²⁾	100	30,3	28,0	41,7

¹⁾ Ohne Wohnungen.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Tabelle 36

**Käufe der inländischen privaten
nach Verwen**

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. ²⁾		Elektrizität, Gas, Brennstoffe		
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	
											in jeweiligen
1950	62,15	100	26,68	43,0	9,56	15,4	4,45	7,2	1,87	3,0	
1951	72,29	100	30,73	42,5	11,18	15,5	4,87	6,5	2,39	3,3	
1952	80,21	100	34,39	42,8	11,68	14,6	5,10	6,4	2,98	3,7	
1953	87,76	100	37,19	42,4	12,31	14,0	5,66	6,4	3,08	3,5	
1954	93,17	100	39,03	41,9	12,95	13,9	6,04	6,5	3,70	4,0	
1955	104,12	100	43,31	41,6	14,07	13,5	6,70	6,4	4,24	4,1	
1956	115,49	100	47,12	40,8	15,66	13,6	7,60	6,6	4,93	4,3	
1957	125,79	100	50,65	40,3	17,05	13,6	8,35	6,6	5,33	4,2	
1958	135,21	100	54,14	40,0	17,35	12,8	9,13	6,8	5,61	4,1	
1959	143,95	100	57,15	39,7	17,83	12,4	10,04	7,0	5,62	3,9	
1960	156,19	100	60,23	38,6	19,60	12,5	11,64	7,5	6,08	3,9	
1960	167,18	100	64,47	38,6	20,89	12,5	12,64	7,6	6,51	3,9	
1961	183,62	100	69,28	37,7	22,87	12,5	14,87	8,1	7,24	3,9	
1962	200,84	100	74,58	37,1	24,94	12,4	16,23	8,1	9,00	4,5	
1963	212,49	100	77,07	36,3	25,70	12,1	18,31	8,6	10,75	5,1	
1964	229,11	100	81,52	35,6	27,76	12,1	20,77	9,1	10,35	4,5	
1965	251,57	100	87,61	34,8	31,07	12,4	23,44	9,3	10,97	4,4	
1966	270,47	100	92,39	34,2	32,53	12,0	27,18	10,0	12,18	4,5	
1967 ³⁾	276,77	100	92,74	33,5	32,05	11,6	30,69	11,1	13,14	4,7	
1968 ⁴⁾	292,44	100	94,91	32,5	33,13	11,3	34,60	11,8	14,77	5,1	
											in Preisen
1950	67,37	100	28,68	42,6	9,08	13,5	4,86	7,2	2,47	3,7	
1951	72,78	100	31,24	42,9	9,49	13,0	5,04	6,9	2,87	3,9	
1952	79,45	100	34,44	43,3	10,58	13,3	5,37	6,8	3,20	4,0	
1953	88,23	100	37,49	42,5	12,12	13,7	5,71	6,5	3,24	3,7	
1954	93,17	100	39,03	41,9	12,95	13,9	6,04	6,5	3,70	4,0	
1955	102,53	100	42,51	41,5	14,14	13,8	6,54	6,4	4,14	4,0	
1956	111,39	100	45,40	40,8	15,60	14,0	7,04	6,3	4,71	4,2	
1957	118,37	100	48,05	40,6	16,28	13,8	7,67	6,5	4,93	4,2	
1958	124,12	100	50,32	40,5	16,04	12,9	8,28	6,7	5,05	4,1	
1959	130,87	100	52,05	39,8	16,64	12,7	8,93	6,8	5,26	4,0	
1960	140,21	100	55,01	39,2	17,93	12,8	9,69	6,9	5,77	4,1	
1960	150,18	100	58,94	39,2	19,16	12,8	10,51	7,0	6,18	4,1	
1961	160,66	100	62,42	38,9	20,51	12,8	11,31	7,0	6,97	4,3	
1962	170,50	100	65,31	38,3	21,71	12,7	12,12	7,1	8,52	5,0	
1963	175,56	100	68,01	37,6	21,76	12,4	12,93	7,4	9,89	5,6	
1964	185,08	100	68,10	36,8	23,03	12,4	13,64	7,4	10,12	5,5	
1965	196,94	100	70,87	36,0	25,02	12,7	14,36	7,3	10,88	5,5	
1966	203,93	100	72,08	35,3	25,51	12,5	15,08	7,4	11,81	5,8	
1967 ³⁾	205,07	100	72,60	35,4	24,82	12,1	15,78	7,7	12,40	6,0	
1968 ⁴⁾	212,45	100	74,63	35,1	25,82	12,1	16,45	7,7	13,10	6,2	

¹⁾ Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (1963).

²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

³⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

⁴⁾ Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.

Haushalte für den Privaten Verbrauch
 dungszwecken ¹⁾)

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. ²⁾)		Jahr
Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	
Preisen										
7,54	12,1	3,55	5,7	2,01	3,2	4,11	6,6	2,38	3,8	1950
9,42	13,0	4,09	5,7	2,23	3,1	4,81	6,7	2,77	3,8	1951
10,07	12,6	4,67	5,8	2,52	3,1	5,50	6,9	3,10	3,9	1952
11,67	13,3	5,35	6,1	2,83	3,2	6,20	7,1	3,47	4,0	1953
12,36	13,3	5,76	6,2	3,00	3,2	6,46	6,9	3,87	4,2	1954
13,92	13,4	6,58	6,3	3,47	3,3	7,54	7,2	4,29	4,1	1955
15,57	13,5	7,64	6,6	3,81	3,3	8,36	7,2	4,80	4,2	1956
17,04	13,5	8,35	6,6	4,33	3,4	9,31	7,4	5,38	4,3	1957
18,27	13,5	9,74	7,2	4,81	3,6	10,15	7,5	6,01	4,4	1958
19,43	13,5	10,91	7,6	5,25	3,6	10,83	7,5	6,89	4,8	1959
21,09	13,5	12,40	7,9	5,70	3,6	11,70	7,5	7,75	5,0	1960
22,57	13,5	13,07	7,8	6,09	3,6	12,74	7,6	8,20	4,9	1960
24,58	13,4	14,54	7,9	6,55	3,6	14,17	7,7	9,54	5,2	1961
26,42	13,2	16,33	8,1	7,28	3,6	15,25	7,6	10,81	5,4	1962
27,26	12,8	17,95	8,4	7,86	3,7	15,98	7,5	11,61	5,5	1963
30,00	13,1	19,39	8,5	8,59	3,7	17,69	7,7	13,04	5,7	1964
32,80	13,0	21,74	8,6	9,65	3,8	19,47	7,7	14,82	5,9	1965
34,83	12,9	23,26	8,6	10,63	3,9	20,97	7,8	16,50	6,1	1966
34,87	12,6	23,03	8,3	11,30	4,1	21,71	7,8	17,24	6,2	1967 ³⁾)
35,78	12,2	25,00	8,5	12,25	4,2	23,38	8,0	18,62	6,4	1968 ³⁾)
von 1954										
8,27	12,3	4,18	6,2	2,39	3,5	4,61	6,8	2,83	4,2	1950
9,15	12,6	4,38	6,0	2,36	3,2	5,03	6,9	3,22	4,4	1951
9,65	12,1	4,63	5,9	2,56	3,2	5,50	6,9	3,52	4,4	1952
11,66	13,2	5,36	6,1	2,84	3,2	6,25	7,1	3,56	4,0	1953
12,36	13,3	5,76	6,2	3,00	3,2	6,46	6,9	3,87	4,2	1954
13,71	13,4	6,61	6,4	3,35	3,3	7,38	7,2	4,15	4,0	1955
14,96	13,4	7,70	6,9	3,58	3,2	7,98	7,2	4,42	4,0	1956
15,86	13,4	8,29	7,0	3,95	3,3	8,64	7,3	4,70	4,0	1957
16,57	13,3	9,17	7,4	4,20	3,4	9,15	7,4	5,34	4,3	1958
17,48	13,4	10,29	7,9	4,51	3,4	9,79	7,5	5,92	4,5	1959
18,64	13,3	11,56	8,2	4,76	3,4	10,43	7,4	6,42	4,6	1960
20,01	13,3	12,28	8,2	5,11	3,4	11,40	7,6	6,59	4,4	1960
21,03	13,1	13,58	8,5	5,28	3,3	12,27	7,6	7,29	4,5	1961
21,58	12,7	15,11	8,9	5,62	3,3	12,73	7,5	7,80	4,6	1962
21,85	12,4	16,24	9,3	5,85	3,3	13,05	7,4	7,98	4,5	1963
23,72	12,8	17,50	9,5	6,17	3,3	14,12	7,6	8,68	4,7	1964
25,02	12,7	19,76	10,0	6,64	3,4	15,07	7,7	9,32	4,7	1965
26,01	12,8	20,83	10,2	6,90	3,4	15,78	7,7	9,97	4,9	1966
26,04	12,7	20,07	9,8	7,17	3,5	16,16	7,9	10,03	4,9	1967 ³⁾)
26,28	12,4	21,36	10,1	7,46	3,5	17,15	8,1	10,40	4,9	1968 ³⁾)

¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Tabelle 37

Einkommen und Ersparnis
Mrd.

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen ⁵⁾	Verfügbares Einkommen
	insgesamt	Einkommen aus					
		unselbständiger Arbeit ²⁾	Unternehmertätigkeit und Vermögen ³⁾				
1950	70,18	44,07	26,11	12,08	82,26	13,70	68,56
1951	85,31	53,43	31,88	13,46	98,77	16,85	81,92
1952	95,42	59,60	35,82	15,85	111,27	20,33	90,94
1953	102,93	65,77	37,16	17,58	120,51	22,78	97,73
1954	111,57	71,87	39,70	18,58	130,15	23,95	106,20
1955	127,84	81,95	45,89	20,81	148,65	26,65	122,00
1956	141,90	91,82	50,08	23,19	165,09	29,79	135,30
1957	154,18	100,52	53,66	28,28	182,46	33,44	149,02
1958	165,60	108,99	56,61	31,82	197,42	36,51	160,91
1959	178,21	116,83	61,38	32,96	211,17	40,29	170,88
1960	198,89	131,40	67,49	34,22	233,11	47,05	186,06
1960	210,68	139,77	70,91	37,49	248,17	49,79	198,38
1961	231,86	157,18	74,68	41,05	272,91	57,61	215,30
1962	252,21	173,86	78,35	44,96	297,17	64,84	232,33
1963	269,04	186,53	82,51	47,96	317,00	70,55	246,45
1964	294,52	204,36	90,16	52,84	347,36	76,85	270,51
1965	323,45	225,81	97,64	59,09	382,54	82,92	299,62
1966	343,07	242,97	100,10	64,53	407,60	92,62	314,98
1967 ^{1a)}	343,75	243,43	100,38	71,02	414,77	94,08	320,69
1968 ^{1a)}	378,96	261,09	117,87	74,84	453,80	103,96	349,84

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

²⁾ Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä. — Werbungskosten sind nicht abgezogen.

³⁾ Einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 2). — Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

⁴⁾ Öffentliche Renten und Pensionen, Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung und -hilfe, der Sozialhilfe und gesetzlichen Krankenversicherung, Heusrat- und Kriegsgefangenenentschädigung, gesetzliches Kindergeld u. a. m., Zuschüsse von Gebietskörperschaften an private Organisationen ohne Erwerbscharakter, ferner laufende Übertragungen von der übrigen Welt.

⁵⁾ Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen sowie laufende Übertragungen an die übrige Welt.

der privaten Haushalte ¹⁾

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis	Nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. ²⁾	Ersparnis ohne nicht-entnommene Gewinne	Empfangene Vermögensübertragungen ³⁾	Geleistete Vermögensübertragungen ⁴⁾	Finanzierungssaldo	Jahr
63,36	5,20	3,13	2,07	—	0,12	1,95	1950
73,71	8,21	5,84	2,37	—	0,19	2,18	1951
81,82	9,12	4,72	4,40	0,04	0,28	4,16	1952
89,56	8,17	2,60	5,57	0,66	0,46	5,77	1953
95,11	11,09	4,21	6,88	1,32	0,69	7,51	1954
106,19	15,81	8,69	7,12	0,53	1,00	6,65	1955
117,75	17,55	10,27	7,28	0,45	1,50	8,23	1956
128,16	20,86	9,72	11,14	0,43	1,69	9,88	1957
137,71	23,20	10,40	12,80	0,93	2,09	11,64	1958
146,46	24,40	10,15	14,25	1,24	2,67	12,82	1959
158,87	27,19	12,05	15,14	2,12	3,08	14,18	1960
170,03	28,35	12,48	15,87	2,25	3,11	15,01	1960
186,76	28,54	10,66	17,88	2,80	3,61	16,87	1961
204,03	28,30	8,79	19,51	3,03	4,68	17,86	1962
215,94	30,51	6,72	23,79	3,01	5,06	21,74	1963
232,90	37,61	8,18	29,43	3,53	6,10	26,86	1964
255,71	43,91	8,12	35,79	3,82	6,74	32,87	1965
274,89	40,09	4,40	35,69	3,44	7,55	31,58	1966
281,40	39,29	3,63	35,66	4,17	9,18	30,65	1967 ¹⁰⁾
297,30	52,54	11,53	41,01	4,20	10,52	34,69	1968 ¹⁰⁾

¹⁾ Einschließlich der Einlagen und Darlehen (netto) der privaten Haushalte u. ä. in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, deren Eigenmittel von privaten Haushalten u. ä. als Bauherren (ohne Auszahlungen der Bausparkassen und Tilgungen von Bauspardarlehen), des Erwerbs von GmbH- und Genossenschaftsanteilen (jedoch nicht Aktienerwerb) sowie der Zunahme (netto) der Pensionsrückstellungen.

²⁾ Hauptentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs, Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener, Altsparerentschädigung, Wiedergutmachungsleistungen (soweit Kapitalentschädigung), Sparprämien, Gratisaktien u. a. m.

³⁾ Erbschaftsteuer, Lastenausgleichsablösungsbeiträge, Rückzahlungen von Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen.

⁴⁾ Ohne Saarland und Berlin.

¹⁰⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Anhang IX

Tabelle 38

Einnahmen und Aus
Mrd.

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen ¹⁾	Erwerbs- und Vermögensein- kommen ²⁾	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen ³⁾	Veränderung der Verbindlich- keiten ⁴⁾
					Staat insgesamt (einschl.
1950	36,49	29,90	1,12	1,88	+ 3,59
1955	67,34	59,37	3,47	2,93	+ 1,57
1956	73,75	66,00	3,61	3,19	+ 0,95
1957	81,23	72,49	4,05	3,51	+ 1,18
1958	88,03	77,72	4,12	3,92	+ 2,27
1959	100,09	86,20	4,02	4,34	+ 5,53
1960	110,54	98,62	4,57	4,83	+ 2,52
1960	114,44	102,07	4,77	5,14	+ 2,46
1961	130,48	115,06	5,32	5,57	+ 4,53
1962	141,57	126,51	5,69	6,14	+ 3,23
1963	153,30	134,17	6,18	6,70	+ 6,25
1964	166,41	145,94	6,51	7,62	+ 6,34
1965	180,36	156,59	6,92	8,26	+ 8,59
1966	193,76	169,68	7,47	9,26	+ 8,35
1967 ¹¹⁾	203,94	172,51	7,38	9,86	+14,19
1968 ¹¹⁾	216,81	186,77	7,79	10,50	+11,75
					Sozialver
1950	.	8,92	0,11	0,01	.
1955	.	16,65	0,78	0,03	.
1956	.	18,57	1,03	0,02	.
1957	.	22,17	1,23	0,02	.
1958	.	25,00	1,32	0,02	.
1959	.	26,62	1,41	0,02	.
1960	.	29,72	1,53	0,03	.
1960	.	31,68	1,60	0,03	.
1961	.	34,58	1,78	0,03	.
1962	.	38,30	2,04	0,04	.
1963	.	41,13	2,33	0,04	.
1964	.	44,08	2,61	0,04	.
1965	.	48,83	2,82	0,04	.
1966	.	53,64	3,23	0,04	.
1967 ¹¹⁾	.	54,99	3,12	0,04	.
1968 ¹¹⁾	.	61,14	2,87	0,05	.

¹⁾ Unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

²⁾ Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen zuzüglich unterstellter Bankgebühren für Einlagen.

³⁾ Gebühren und Entgelte von Unternehmen sowie von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbcharakter.

⁴⁾ Die Angaben über die Veränderung der Verbindlichkeiten sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen (einschließlich einer „statistischen Differenz“).

⁵⁾ Käufe von Waren und Dienstleistungen für die Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und die Durchführung von Investitionen in eigener Regie.

⁶⁾ Käufe von Unternehmen für Anlageinvestitionen (ohne selbsterstellte Anlagen) sowie Käufe von Land und gebrauchten Anlagen.

gaben des Staates

DM

Ausgaben							Jahr
insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf ⁸⁾	Investitionen ⁹⁾	Erwerbs- und Vermögenseinkommen		Renten u. a., Übertragungen, Subventionen ⁹⁾	Veränderung der Forderungen ⁹⁾	
			Löhne, Gehälter u. ä. ⁷⁾	Zinsen auf öffentliche Schulden			
Sozialversicherung)							
36,49	8,22	1,86	7,05	0,55	14,42	+ 4,39	1950
67,34	13,68	4,83	11,99	1,27	25,28	+ 10,29	1955
73,75	13,91	5,48	13,38	1,37	28,90	+ 10,71	1956
81,23	14,62	5,77	14,80	1,38	35,84	+ 8,82	1957
88,03	16,87	6,46	16,11	1,45	41,21	+ 5,93	1958
100,09	19,65	8,02	16,52	1,65	43,56	+ 10,69	1959
110,54	22,22	9,32	18,43	1,77	46,78	+ 12,02	1960
114,44	23,43	9,77	20,11	1,84	47,21	+ 12,08	1960
130,48	26,24	11,39	23,07	1,86	53,56	+ 14,36	1961
141,57	31,40	14,23	25,22	2,05	60,11	+ 8,56	1962
153,30	34,91	16,51	27,98	2,26	61,75	+ 9,89	1963
166,41	35,29	19,26	30,61	2,43	67,92	+ 10,90	1964
180,36	39,13	20,34	34,85	2,71	76,69	+ 6,64	1965
193,76	41,49	21,12	38,83	3,49	81,52	+ 7,31	1966
203,94	44,14	18,57	41,51	4,47	88,74	+ 6,51	1967 ¹¹⁾
216,81	44,97	20,62	43,93	4,53	96,18	+ 6,58	1968 ¹¹⁾
sicherung							
.	1,69	0,07	0,34	0,00	7,40	.	1950
.	3,34	0,11	0,65	0,00	14,32	.	1955
.	3,82	0,12	0,73	0,00	16,07	.	1956
.	4,32	0,13	0,78	0,00	21,10	.	1957
.	4,96	0,18	0,89	0,00	24,76	.	1958
.	5,49	0,17	0,93	0,00	26,05	.	1959
.	6,11	0,16	1,03	0,00	27,59	.	1960
.	6,59	0,17	1,10	0,00	29,75	.	1960
.	7,35	0,12	1,24	0,00	33,14	.	1961
.	8,27	0,18	1,32	0,00	36,49	.	1962
.	9,05	0,17	1,43	0,00	39,67	.	1963
.	9,91	0,17	1,56	0,00	42,35	.	1964
.	11,50	0,15	1,72	0,00	45,91	.	1965
.	13,52	0,21	1,87	0,00	50,43	.	1966
.	14,72	0,23	1,99	0,00	56,48	.	1967 ¹¹⁾
.	16,20	0,19	2,12	0,00	60,32	.	1968 ¹¹⁾

⁷⁾ Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung einschließlich unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionfonds für Beamte sowie Personalkosten für selbsterstellte Anlagen; ferner Sold und Verpflegung des Militärpersonals (einschließlich der Entgelte für die bei den Besatzungsmächten in Berlin (West) beschäftigten deutschen Arbeitnehmer).

⁸⁾ Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.

⁹⁾ Die Angaben sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen.

¹⁰⁾ Ohne Searland und Berlin.

¹¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Anhang IX

Tabelle 39 Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden
Mrd. DM

Zeitraum	Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen		
		ohne Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	zusammen					
I. Vermögensbildung ¹⁾									
1950—1968 ²⁾	297,7	.	.	337,5	207,3	48,3	890,9	-54,7	836,2
1950—1959 ²⁾	69,0	.	.	122,0	79,7	23,4	294,2	-35,9	258,2
1960—1968	228,7	167,7	47,9	215,5	127,6	24,9	596,7	-18,8	578,0
1960	15,0	20,2	3,2	23,4	15,0	3,3	56,8	- 3,8	53,0
1961	16,9	17,4	3,8	21,2	14,4	5,5	58,0	- 1,0	57,0
1962	17,9	18,5	4,2	22,7	14,4	3,6	58,6	+ 1,3	59,9
1963	21,7	15,1	4,4	19,5	15,2	3,3	59,7	- 0,1	59,6
1964	26,9	18,3	5,2	23,5	18,1	3,8	72,3	- 0,4	71,9
1965	32,9	19,3	5,5	24,7	12,2	4,0	73,8	+ 7,0	80,8
1966	31,4	16,0	6,6	22,6	14,6	3,5	72,1	- 0,4	71,7
1967	30,6	15,3	7,1	22,4	10,2	-1,3	61,9	-10,0	51,9
1968	35,4	27,6	7,9	35,5	13,5	-0,8	83,5	-11,4	72,2
1968 1. Hj.	14,7	12,6	4,3	17,0	5,5	-1,1	36,1	- 4,9	31,2
2. Hj.	20,7	15,0	3,6	18,5	8,0	0,2	47,5	- 6,5	41,0
1969 1. Hj.	17,7	12,2	3,6	15,7	11,4	-0,1	44,7	- 3,5	41,2
II. Sachvermögensbildung									
1950—1968 ²⁾	—	.	.	662,4	171,2	2,9	836,2	—	836,2
1950—1959 ²⁾	—	.	.	218,3	38,8	1,1	258,2	—	258,2
1960—1968	—	272,9	171,1	444,1	132,4	1,8	578,0	—	578,0
1960	—	30,7	13,6	44,4	8,5	0,2	53,0	—	53,0
1961	—	31,5	15,4	46,9	10,0	0,1	57,0	—	57,0
1962	—	30,2	17,0	47,2	12,5	0,2	59,9	—	59,9
1963	—	26,8	18,1	44,9	14,6	0,2	59,6	—	59,6
1964	—	33,9	20,6	54,5	17,2	0,2	71,9	—	71,9
1965	—	41,4	21,4	62,8	17,9	0,2	80,8	—	80,8
1966	—	30,1	23,0	53,1	18,4	0,2	71,7	—	71,7
1967	—	15,3	20,6	35,9	15,7	0,3	51,9	—	51,9
1968	—	33,0	21,4	54,4	17,8	0,2	72,2	—	72,2
1968 1. Hj.	—	15,1	9,7	24,9	6,2	0,1	31,2	—	31,2
2. Hj.	—	17,9	11,7	29,5	11,4	0,1	41,0	—	41,0
1969 1. Hj.	—	24,4	9,8	34,2	6,9	0,1	41,2	—	41,2
III. Veränderung der Forderungen ²⁾									
1950—1968 ²⁾	314,3	.	.	166,2	129,3	45,2	644,7	59,9	704,5
1950—1959 ²⁾	74,2	.	.	57,8	60,6	22,1	211,5	10,8	222,1
1960—1968	240,1	106,3	4,3	108,4	68,7	23,1	433,2	49,1	482,4
1960	16,3	7,9	0,3	8,0	9,3	3,2	36,4	6,8	43,2
1961	18,0	10,7	0,3	10,9	11,2	5,1	43,3	2,1	45,4
1962	18,7	6,8	0,4	7,0	5,3	3,5	34,3	3,1	37,4
1963	22,7	9,3	0,4	9,5	7,2	3,1	42,1	4,8	46,9
1964	27,9	10,2	0,5	10,4	8,1	3,6	49,2	5,1	54,3
1965	34,0	11,0	0,5	11,3	4,1	3,8	51,9	7,7	59,6
1966	32,3	10,0	0,6	10,2	4,7	3,3	49,1	5,8	54,7
1967	31,7	19,2	0,6	19,5	10,9	-1,5	59,1	1,5	60,7
1968	38,5	21,2	0,7	21,6	7,9	-1,0	67,8	12,4	80,2
1968 1. Hj.	15,6	9,5	0,3	9,7	4,5	-1,2	29,1	3,7	32,7
2. Hj.	22,9	11,7	0,3	11,9	3,4	0,2	38,8	8,7	47,5
1969 1. Hj.	19,6	15,9	0,4	16,2	2,4	-0,2	38,3	12,2	50,5

Zeitraum	Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen		
		ohne Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	zusammen					
IV. Veränderung der Verpflichtungen ³⁾									
1950—1968 ²⁾	17,1	.	.	490,4	93,6	-0,4	590,2	114,5	704,5
1950—1959 ²⁾	5,3	.	.	153,4	20,2	-0,3	175,5	46,7	222,1
1960—1968	11,8	211,7	127,3	337,0	73,4	-0,1	414,7	67,8	482,4
1960	1,3	18,4	10,7	28,9	2,8	0,1	32,6	10,6	43,2
1961	1,2	24,8	11,9	36,6	6,7	-0,2	42,3	3,1	45,4
1962	0,9	18,5	13,1	31,5	3,5	—	35,6	1,8	37,4
1963	1,0	21,0	14,1	34,9	6,6	—	42,0	4,9	46,9
1964	1,1	25,9	15,9	41,5	7,2	—	48,9	5,4	54,3
1965	1,1	33,2	16,4	49,4	9,7	—	58,9	0,7	59,6
1966	0,8	24,1	16,9	40,7	8,5	—	48,7	6,0	54,7
1967	1,3	19,2	14,1	33,0	16,5	—	49,2	11,5	60,7
1968	3,1	26,6	14,2	40,5	11,9	—	56,5	23,8	80,2
1968 1. Hj.	0,9	12,0	5,7	17,6	5,3	—	24,2	8,5	32,7
2. Hj.	2,2	14,6	8,4	23,0	6,7	—	32,3	15,2	47,5
1969 1. Hj.	1,9	28,2	6,6	34,7	- 2,2	—	34,8	15,7	50,5
V. Finanzierungssaldo ⁴⁾ (= I × II oder III ÷ IV)									
1950—1968 ²⁾	+297,7	.	.	-325,0	+36,3	45,6	+54,7	-54,7	—
1950—1959 ²⁾	+ 69,0	.	.	- 96,5	+41,0	+22,3	+35,9	-35,9	—
1960—1968	+228,7	105,4	123,1	-228,5	- 4,7	+23,3	+18,8	-18,8	—
1960	+ 15,0	-10,5	-10,4	- 20,9	+ 6,5	+ 3,1	+ 3,8	- 3,8	—
1961	+ 16,9	-14,1	-11,6	- 25,7	+ 4,5	+ 5,4	+ 1,0	- 1,0	—
1962	+ 17,9	-11,7	-12,8	- 24,5	+ 1,9	+ 3,5	- 1,3	+ 1,3	—
1963	+ 21,7	-11,7	-13,7	- 25,4	+ 0,6	+ 3,1	+ 0,1	- 0,1	—
1964	+ 26,9	-15,6	-15,4	- 31,0	+ 0,9	+ 3,6	+ 0,4	- 0,4	—
1965	+ 32,9	-22,2	-15,9	- 38,1	- 5,7	+ 3,8	- 7,0	+ 7,0	—
1966	+ 31,4	-14,2	-16,3	- 30,5	- 3,8	+ 3,3	+ 0,4	- 0,4	—
1967	+ 30,6	- 0,0	-13,5	- 13,5	- 5,5	- 1,5	+10,0	-10,0	—
1968	+ 35,4	- 5,4	-13,5	- 18,9	- 4,1	- 1,0	+11,4	-11,4	—
1968 1. Hj.	+ 14,7	- 2,5	- 5,4	- 7,9	- 0,7	- 1,2	+ 4,9	- 4,9	—
2. Hj.	+ 20,7	- 2,9	- 8,1	- 11,0	- 3,3	+ 0,2	+ 6,5	- 6,5	—
1969 1. Hj.	+ 17,7	-12,2	- 6,3	- 18,5	+ 4,5	- 0,2	+ 3,5	- 3,5	—

¹⁾ Ersparnis und Vermögensübertragungen.

²⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

³⁾ Im Sektor „Unternehmen“ ohne die Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen der Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen. — Die Zahlen für die Untersektoren „Unternehmen ohne Wohnungsvermietung“ und „Wohnungsvermietung“ sowie „Gebietskörperschaften“ und „Sozialversicherung“ enthalten innersektorale Ströme, die bei der Summenbildung nicht mitaddiert wurden.

⁴⁾ Finanzierungüberschuß (+) oder -defizit (-). — Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen - Verbindlichkeiten) eines Sektors.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 40

Verschuldung der öffentlichen Haushalte ¹⁾

Mill. DM

Ende des Zeitraums	Ins-gesamt	Bund ¹⁾				Länder			Gemeinden	
		zu-sammen	darunter			zu-sammen	darunter		zu-sammen	dar-unter
			Schatz-wechsel ²⁾	An-leihen ³⁾	Buch-kredite der Bundes-bank, Bank-kredite		An-leihen	Bank-kredite		
1950	20 634	7 290	499	—	578	12 844	—	65	500	400
1951	22 364	8 220	1 306	34	—	13 294	15	95	850	650
1952	24 044	8 897	862	184	—	13 717	235	200	1 430	1 080
1953	33 901	17 018	754	538	—	14 563	568	360	2 320	1 780
1954	38 699	20 081	607	739	—	15 018	869	350	3 600	2 530
1955	40 943	20 750	138	969	—	15 523	982	450	4 670	3 210
1956	41 892	20 541	94	692	—	15 741	961	470	5 610	3 870
1957	43 614	22 641	—	315	—	13 963	1 193	710	7 010	4 700
1958	46 122	23 044	—	443	118	14 708	1 545	1 585	8 370	5 890
1959	49 085	24 535	944	1 035	745	14 920	1 713	1 910	9 630	7 040
1960	52 182	26 318	1 650	1 541	749	14 695	1 645	1 813	11 169	8 116
1961	56 564	29 856	1 177	2 847	915	13 903	1 628	1 491	12 805	9 448
1962	59 984	31 514	1 172	3 684	1 586	13 402	1 599	1 272	15 088	11 109
1963	66 687	35 672	1 012	5 884	2 773	13 329	1 424	1 380	17 686	13 163
1964	73 108	37 553	1 635	6 864	2 353	14 291	1 641	2 140	21 264	16 281
1965	83 008	39 761	2 362	7 971	2 354	17 401	2 646	3 514	25 844	19 957
1966	92 317	42 525	4 689	8 476	1 958	20 328	3 052	5 592	29 465	22 689
1967	107 201	51 027	10 415	9 079	3 776	24 188	4 452	7 593	31 986	24 806
1968	115 896	55 372	11 918	9 773	8 313	26 339	5 515	8 762	34 186	26 806
1968 März	110 470	52 461	12 892	9 024	2 792	25 409	5 045	8 258	32 600	25 320
Juni	111 439	52 551	12 540	9 353	3 801	25 888	5 215	8 591	33 000	25 690
September	113 951	54 580	12 470	9 776	5 828	25 870	5 195	8 603	33 500	26 200
Dezember	115 896	55 372	11 918	9 773	8 313	26 339	5 515	8 762	34 186	26 806
1969 März	115 646	54 585	10 811	9 429	8 998	26 461	5 617	8 817	34 600	27 240
Juni	113 447	52 504	9 136	9 321	9 265	26 043	5 538	8 998	34 900	27 550
September	114 802	53 502	8 080	9 445	11 104	25 901	5 504	8 959	35 400	28 000

1) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

2) Einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen und Kassenobligationen.

3) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke; einschließlich Bundesschatzbriefe.

4) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Entwicklung der Bankenliquidität
Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mill. DM ¹⁾

Zeitraum	Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität							Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute ²⁾
	Bargeldumlauf ³⁾	Netto-Guthaben von Nichtbanken bei der Bundesbank ⁴⁾	Netto-Devisenreserven der Bundesbank ⁵⁾	kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute ⁶⁾	Bestand an Mobilisierungstiteln u. inländ. langfrist. Wertpapieren ⁷⁾	Reserve-Guthaben der Kreditinstitute bei der Bundesbank ⁸⁾	sonstige	
1962	-1 803	+1 260	- 515	+ 131	+ 553	-1 005	+ 323	-1 056
1963	-1 607	+1 414	+2 420	+ 376	+ 56	-1 222	- 161	+1 276
1964	-1 784	+ 309	- 461	+ 887	+ 68	-2 222	- 93	-3 316
1965	-1 922	+1 252	-1 098	- 153	- 87	- 934	- 723	-3 665
1966	-1 277	+ 555	+1 906	+ 876	+ 10	-1 038	-1 274	- 242
1967	-1 029	+ 682	- 206	+3 525	+1 186	+2 935	+ 102	+7 195
1968	-1 935	-2 716	+8 402	+ 746	- 298	-3 614	-1 252	- 667
1968 1. Vj.	+1 629	-4 005	+1 824	+ 235	- 56	+ 361	-1 223	-1 237
2. Vj.	-1 074	+1 003	+ 809	- 5	+ 34	- 701	- 77	- 11
3. Vj.	- 263	-1 368	+ 886	+ 664	- 274	+ 99	- 312	- 568
4. Vj.	-2 227	+1 654	+4 883	- 148	± 0	-3 373	+ 360	+1 149
1969 1. Vj.	+1 749	-1 192	-7 696	+1 082	- 442	+2 429	-1 573	-5 643
2. Vj.	-1 071	- 239	+7 229	+2 263	- 33	-3 520	+ 553	+5 162
Zeitraum	Liquiditätsdispositionen der Kreditinstitute			Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute ²⁾				
	Bestand an Geldmarktpapieren ³⁾ (Verkehr mit der Bundesbank)	kurzfristige Auslandsanlagen ⁴⁾	Refinanzierungskredite bei der Bundesbank ⁵⁾					
1962	- 660	+ 131	- 527	-1 056				
1963	+ 704	+ 376	+ 196	+1 276				
1964	-2 230	+ 887	-1 973	-3 316				
1965	-1 870	- 153	-1 642	-3 665				
1966	- 358	+ 876	- 760	- 242				
1967	+2 098	+3 525	+1 572	+7 195				
1968	- 611	+ 746	- 802	- 667				
1968 1. Vj.	-1 024	+ 235	- 448	-1 237				
2. Vj.	+ 158	- 5	- 164	- 11				
3. Vj.	- 148	- 664	-1 084	- 568				
4. Vj.	+ 403	- 148	+ 894	+1 149				
1969 1. Vj.	- 887	+1 082	-5 838	-5 643				
2. Vj.	+ 224	+2 263	+2 695	+5 162				

¹⁾ Auf der Basis von Durchschnitten aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartals- bzw. Jahres-Schlußmonate.

²⁾ Zunahme: —; Abnahme: +.

³⁾ Zunahme: +; Abnahme: —.

⁴⁾ Offenmarktoperationen mit Nichtbanken. Abgabe: —; Rücknahme: +.

⁵⁾ Bildung: +; Repatriierung: —.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42

Konsolidierte statistische Bilanz der Banken ¹⁾
Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mrd. DM

Ende des Zeitraums	Zunahme der Aktiva								
	insgesamt	„Kreditgewährung“						inländische Wertpapiere ²⁾	sonstige Forderungen ⁴⁾
		an inländische Nichtbanken				an Ausländer durch alle Banken			
		zusammen	durch Kreditinstitute		durch die Bundesbank				
kurzfristig ³⁾	mittel- und langfristig								
1965	+38,26	+34,74	+7,64	+25,79	+0,23	+ 0,40	+0,91	+2,20	
1966	+33,78	+28,03	+6,08	+21,29	+0,11	+ 3,37	+0,36	+2,03	
1967	+47,80	+33,66	+6,59	+22,21	+1,60	+ 6,56	+3,15	+4,44	
1968	+62,69	+40,80	+7,71	+30,04	-1,30	+20,07	+4,53	-2,71	
1968 1. Vj.									
2. Vj.	+12,74	+ 9,05	+1,53	+ 7,04	-0,09	+ 2,65	+0,55	+0,49	
3. Vj.	+15,21	+10,07	+1,97	+ 7,48	-0,15	+ 4,11	+0,93	+0,10	
4. Vj.	+21,50	+13,03	+2,74	+ 8,90	+0,45	+ 7,66	+0,95	-0,14	
1969 1. Vj.	+10,51	+10,36	+2,15	+ 7,88	-0,73	+ 0,94	+1,08	-1,87	
2. Vj.	+19,76	+ 9,37	+2,44	+ 7,07	-0,19	+ 9,68	+0,09	+0,62	
3. Vj. ⁵⁾	...	+10,60	+1,07	+ 9,17	+0,05	+ 5,85	+0,55	...	
Zeitraum	Zunahme der Passiva								
	Veränderung des „Geldvolumens“			„Geldkapitalbildung“					Saldo der sonstigen Passiva und der sonstigen Aktiva
	zusammen	Bargeldumlauf bei Nichtbanken ⁶⁾	Sichteinlagen bei inländischen Banken ⁷⁾	zusammen	In Form von				
					Spareinlagen ⁸⁾	Termingelder	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto)	Ver-schuldung gegen-über Ausländern	
inländischer Nichtbanken									
1965	+5,48	+1,77	+3,71	+27,28	+16,26	+ 4,35	+6,03	+0,65	+ 5,50
1966	+1,09	+1,22	-0,13	+31,53	+16,27	+11,43	+3,71	+0,13	+ 1,16
1967	+8,30	+0,63	+7,67	+29,20	+17,85	+ 8,44	+1,69	+1,43	+10,30
1968	+5,53	+0,96	+4,57	+46,55	+22,02	+13,97	+4,65	+5,91	+10,61
1968 1. Vj.									
2. Vj.	+2,45	+0,97	+1,48	+ 7,67	+ 3,56	+ 2,48	+0,90	+0,73	+ 2,62
3. Vj.	+2,12	+0,43	+1,69	+ 8,18	+ 3,55	+ 1,85	+0,94	+1,84	+ 4,91
4. Vj.	+4,64	+0,58	+4,06	+15,51	+ 5,79	+ 5,50	+1,06	-3,15	+ 1,35
1969 1. Vj.	-3,53	-0,32	-3,21	+14,34	+ 9,40	+ 7,64	-1,07	-1,63	- 0,30
2. Vj.	+3,77	+0,95	+2,81	+11,36	+ 3,95	+ 3,64	+0,87	+2,92	+ 4,63
3. Vj. ⁹⁾	+3,06	+0,81	+2,25	+ 8,76	+ 3,64	+ 1,84	+1,34	+1,94	...

¹⁾ Kreditinstitute einschließlich Bundesbank. — Für Vierteljahre: Durchschnitt der Monatsendbestände.

²⁾ Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze des Bundes und der Länder, der Bundesbahn und der Bundespost, ohne Mobilisierungstitel.

³⁾ Ohne Bankschuldverschreibungen, einschließlich Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost.

⁴⁾ Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen, sonstige Aktiva einschließlich Gegenposten zum Münzumschlag.

⁵⁾ Einschließlich der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen.

⁶⁾ Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. — Ohne Sichteinlagen öffentlicher Haushalte bei der Bundesbank.

⁷⁾ Ab 1968 einschließlich Sparbriefe.

⁸⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Geldbestands-Indikatoren

Mrd. DM

Ende des Zeitraums ¹⁾	Bargeld ²⁾ + Sichteinlagen + Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten			Bargeld ²⁾ + Sichteinlagen		Kredite der Kreditinstitute an inländische Nichtbanken ³⁾
	inländischer		aller	inländischer		
	Nichtbanken bei					
	Kreditinstituten und Bundesbank ⁴⁾	Kreditinstituten				
1954	28,55	.	.	28,74	28,24	61,99
1955	31,48	.	.	31,81	31,24	75,84
1956	33,89	.	.	34,25	33,60	85,38
1957	37,81	40,74	41,54	38,26	37,47	95,11
1958	42,58	42,54	46,46	43,25	42,24	107,57
1959	47,02	47,72	51,78	48,42	47,39	127,67
1960	51,02	51,11	55,70	52,02	50,80	144,79
1961	58,65	58,70	63,59	59,63	58,40	167,47
1962	63,25	63,23	68,42	64,22	62,97	190,61
1963	67,65	67,71	73,41	68,74	67,38	216,06
1964	72,93	73,08	79,37	74,08	72,68	244,64
1965	78,39	83,28	84,91	79,71	78,12	277,27
1966	79,46	83,75	85,28	80,64	79,18	303,36
1967	87,79	95,25	96,82	88,97	87,45	335,18
1968 ⁵⁾	93,29	102,41	104,38	94,73	92,91	374,91
1968 ⁶⁾	103,05	102,66	104,64	94,89	93,08	402,44
1966 1. Vj.	74,23	78,12	79,43	75,21	73,99	279,96
1966 2. Vj.	76,84	81,43	82,72	77,82	76,57	287,70
1966 3. Vj.	77,26	81,07	82,32	78,22	77,01	293,64
1966 4. Vj.	78,43	82,73	84,08	79,43	78,15	299,78
1967 1. Vj.	75,46	79,56	80,77	76,39	75,21	304,90
1967 2. Vj.	77,79	83,00	84,26	78,76	77,54	310,43
1967 3. Vj.	79,74	84,33	85,61	80,69	79,47	317,51
1967 4. Vj.	84,16	91,65	93,00	85,15	83,84	328,07
1968 1. Vj.	81,25	86,32	87,75	82,36	80,99	338,20
1968 2. Vj.	83,65	89,05	90,54	84,81	83,38	346,82
1968 3. Vj.	85,79	91,75	93,26	86,96	85,51	356,78
1968 4. Vj.	90,47	99,64	101,45	91,79	90,14	369,58
1968 1. Vj.	87,64	86,46	87,89	82,50	81,13	364,71
1968 2. Vj.	89,58	89,25	90,74	85,01	83,57	373,74
1968 3. Vj.	91,84	91,93	93,44	87,14	85,68	383,97
1968 4. Vj.	99,28	99,76	101,58	91,92	90,27	397,01
1969 1. Vj.	94,89	94,58	96,22	88,36	86,79	407,42
1969 2. Vj.	98,72	98,40	100,20	92,28	90,53	416,82
1969 3. Vj.	102,19	101,88	...	95,38	93,61	427,65

¹⁾ Für Vierteljahre: Durchschnitt der Monatsendbestände. — Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten: Vierteljahresendbestände bis 1968, erste Vierteljahreszahlen (siehe auch Anmerkung 6). Wegen 1968, zweite Vierteljahreszahlen siehe Anmerkung 7.

²⁾ Einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

³⁾ Bis 1968, erste Vierteljahreszahlen: alle Kredite ohne Deckungsforderungen gemäß Währungsausgleichs-, Altaparer- und Lastenausgleichsgesetz. — Ab 1968, zweite Vierteljahreszahlen: alle Kredite ohne Sonderkredite, Ausgleichs- und Deckungsforderungen.

⁴⁾ Ohne Sichteinlagen öffentlicher Haushalte bei der Bundesbank. — Bis 1968, erste Vierteljahreszahlen ohne Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten (siehe auch Anmerkung 7).

⁵⁾ Ohne Saarland. Bargeld sowie Einlagen saarländischer Nichtbanken bei der Bundesbank ab Juli 1959 einschließlich Saarland.

⁶⁾ Vor Umgestaltung der Bankenstatistik Ende 1968.

⁷⁾ Nach Umgestaltung der Bankenstatistik Ende 1968. — Für 1968: Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 3 Monaten a) alle Nichtbanken: Vierteljahresendbestände; b) inländische Nichtbanken: Durchschnitt der Monatsendbestände, wobei die Zahlen für die jeweils ersten 2 Vierteljahre geschätzt sind.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 44

Auftragszugang in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾

a) Insgesamt

Zeitraum	Auftragszugang				Auftragszugang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
	Wertindex, 1962 = 100				vH			
1962	100	100	100	100	98	99	96	99
1963	105	103	107	104	100	102	99	100
1964	120	120	123	116	103	102	104	102
1965	128	123	134	126	101	99	103	101
1966	128	127	131	124	97	100	96	96
1967	127	127	130	123	100	100	101	99
1968	147	143	155	138	107	104	112	105
1966 1. Vj.	130	125	136	127	102	103	104	96
2. Vj.	133	132	135	131	101	101	98	107
3. Vj.	123	127	125	114	93	96	95	87
4. Vj.	125	122	128	125	94	99	89	95
1967 1. Vj.	117	122	117	112	98	103	100	90
2. Vj.	126	127	125	124	102	99	100	110
3. Vj.	124	128	126	113	99	98	104	92
4. Vj.	142	131	151	141	101	100	99	107
1968 1. Vj.	132	131	139	123	109	107	117	97
2. Vj.	143	141	146	142	109	104	110	116
3. Vj.	147	148	156	129	106	103	114	97
4. Vj.	164	151	178	158	106	103	108	107
1969 1. Vj.	168	158	189	147	116	110	130	102
2. Vj.	177	167	198	155	114	107	120	112
3. Vj. ²⁾	179	170	210	139	111	102	126	95

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾

b) Inland

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	Wertindex; 1962 = 100				vH			
1962	100	100	100	100	98	100	96	99
1963	102	101	104	103	99	100	97	99
1964	118	119	119	115	102	102	103	102
1965	125	120	131	125	100	98	102	100
1966	121	121	122	122	96	99	94	95
1967	117	117	116	119	99	100	98	99
1968	134	132	137	133	107	105	113	105
1966 1. Vj.	125	120	130	125	100	102	102	95
2. Vj.	127	126	126	129	99	100	95	107
3. Vj.	118	124	117	112	92	96	93	87
4. Vj.	115	113	114	121	92	97	86	94
1967 1. Vj.	106	109	102	108	96	102	96	89
2. Vj.	115	117	110	120	101	99	97	110
3. Vj.	115	121	113	110	98	100	100	92
4. Vj.	132	120	139	137	100	99	98	106
1968 1. Vj.	121	121	123	118	109	108	119	97
2. Vj.	132	131	128	138	109	104	109	117
3. Vj.	135	139	140	124	106	104	115	98
4. Vj.	149	137	159	151	107	103	110	108
1969 1. Vj.	153	145	170	139	114	111	128	101
2. Vj.	161	155	177	146	114	108	121	112
3. Vj. ²⁾	165	163	190	133	110	104	125	96

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 44

Auftragszugang in der Verarbeitenden Industrie ¹⁾

c) Ausland

Zeitraum	Auftragszugang				Auftragszugang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	Wertindex; 1962 = 100				vH			
1962	100	100	100	100	98	99	97	102
1963	117	116	117	119	105	106	104	107
1964	131	125	135	133	105	102	107	101
1965	141	137	142	143	104	100	106	102
1966	157	156	157	159	103	102	103	101
1967	173	176	171	175	105	100	108	102
1968	202	195	206	207	107	102	111	102
1968 1. Vj.	154	153	153	161	108	107	109	104
2. Vj.	160	158	161	161	106	103	107	106
3. Vj.	147	146	149	142	98	94	102	88
4. Vj.	168	168	167	174	99	105	96	104
1967 1. Vj.	168	181	162	165	107	107	108	98
2. Vj.	174	177	171	183	105	98	108	109
3. Vj.	163	161	166	152	104	93	113	88
4. Vj.	188	186	186	200	103	103	103	111
1968 1. Vj.	184	181	186	185	110	105	115	99
2. Vj.	196	191	197	204	110	103	113	110
3. Vj.	196	190	203	190	106	98	113	92
4. Vj.	232	219	235	251	105	103	105	106
1969 1. Vj.	240	221	249	249	124	109	137	107
2. Vj.	251	227	260	269	113	105	118	112
3. Vj. ²⁾	246	207	268	227	115	97	129	90

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien; ohne Umsatzsteuer.²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Umsatz in der Industrie ¹⁾

a) Insgesamt

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1968 1. Vj.	90 721	2 303	88 418	27 305	30 410	17 152	13 551
2. Vj.	98 114	2 276	95 838	30 048	33 901	17 058	14 830
3. Vj.	102 769	2 388	100 380	31 929	35 171	18 302	14 978
4. Vj.	113 995	2 597	111 398	32 759	42 323	20 605	15 710
1969 1. Vj.	105 822	2 457	103 365	31 576	37 437	19 619	14 733
2. Vj.	114 207	2 404	111 804	34 799	42 451	19 148	15 406
3. Vj.	119 413	2 475	116 938	37 164	43 055	20 718	16 000

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Anhang IX

noch Tabelle 45

Umsatz in der Industrie ¹⁾

b) Inland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	83 935	83 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1968 1. Vj.	73 381	1 853	71 527	22 361	20 430	15 471	13 265
2. Vj.	78 939	1 785	77 154	24 195	23 102	15 367	14 490
3. Vj.	82 643	1 826	80 817	25 762	24 107	16 400	14 548
4. Vj.	90 275	1 993	88 282	26 024	28 550	18 426	15 281
1969 1. Vj.	85 202	1 924	83 279	25 215	26 170	17 560	14 334
2. Vj.	90 591	1 908	88 684	27 977	28 803	16 963	14 941
3. Vj.	96 189	1 978	94 211	30 181	30 081	18 405	15 543

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Umsatz in der Industrie ¹⁾

c) Ausland

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	20 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1968 1. Vj.	17 341	450	16 891	4 944	9 980	1 681	286
2. Vj.	19 175	491	18 684	5 853	10 799	1 691	340
3. Vj.	20 125	562	19 563	6 167	11 065	1 902	430
4. Vj.	23 720	604	23 116	6 735	13 773	2 180	429
1969 1. Vj.	20 620	534	20 086	6 360	11 267	2 060	399
2. Vj.	23 616	496	23 120	6 822	13 648	2 184	465
3. Vj.	23 225	497	22 727	6 983	12 974	2 313	457

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 46

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	zusammen	
					Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	6 301	6 481	487	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1968 1. Vj.	7 746	5 837	349	295	7 397	5 542
2. Vj.	7 611	5 893	340	288	7 470	5 606
3. Vj.	7 958	6 019	333	282	7 625	5 738
4. Vj.	6 083	8 118	327	275	7 756	5 842
1969 1. Vj.	8 146	8 163	323	271	7 824	5 892
2. Vj.	8 233	6 229	320	268	7 913	5 961
3. Vj.	8 369	6 333	316	264	8 054	6 069

1) Ohne Saarland und Berlin.

In der Industrie
1 000

arbeitenden Industrie								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genussmittelindustrien		
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	369	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 643	1 210	3 380	2 457	1 878	1 523	496	352	1968 1. Vj.
1 673	1 238	3 414	2 486	1 886	1 531	497	352	2. Vj.
1 701	1 260	3 495	2 554	1 916	1 557	513	366	3. Vj.
1 710	1 265	3 577	2 622	1 952	1 587	516	368	4. Vj.
1 715	1 261	3 638	2 673	1 968	1 602	503	355	1969 1. Vj.
1 739	1 282	3 693	2 715	1 979	1 611	502	354	2. Vj.
1 767	1 302	3 774	2 775	1 997	1 624	517	367	3. Vj.

Tabelle 47

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie ¹⁾

Mill.

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter-	Investitions- güter-	Verbrauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1968 1. Vj.	2 773	132	2 641	589	1 164	712	176
2. Vj.	2 757	120	2 638	599	1 168	695	176
3. Vj.	2 808	122	2 686	621	1 179	701	185
4. Vj.	2 984	123	2 861	635	1 281	752	193
1969 1. Vj.	2 930	121	2 809	616	1 277	740	176
2. Vj.	9 932	112	2 820	626	1 290	728	176
3. Vj.	2 951	114	2 836	644	1 285	722	186

¹⁾ Von Arbeitern (einschließlich gewerbliche Lehrlinge) geleistete Stunden.²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Industrielle Produktion ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Brutto- produktion ²⁾	
	Industrie insgesamt		Berg- bau	Verarbeitende Industrie					Investitions- güter ³⁾	Ver- brauchs- güter ³⁾
	einschl.	ohne		zusam- men	Grund- stoff- und Produktions- güter	Investitions- güter	Ver- brauchs- güter	Nah- rungs- und Genuß- mittel		
	öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie									
1950	36,4	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	29,5	30,3
1951	42,7	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	36,6	35,0
1952	45,6	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	42,1	37,6
1953	49,6	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	44,2	44,1
1954	55,3	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	51,4	49,0
1955	64,1	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	63,3	56,2
1956	69,5	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	69,2	63,1
1957	73,3	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	71,2	68,9
1958	75,4	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,0	71,8
1959	81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	77,9	78,2
1960	90,2	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	88,4	88,0
1961	95,9	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	96,9	94,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,4	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	100,2	104,7
1964	112,3	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	106,3	112,7
1965	118,2	117,9	100,2	119,1	124,8	117,8	115,6	115,2	112,3	120,3
1966	120,3	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	113,0	122,6
1967	117,4	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	106,0	116,9
1968	131,2	130,7	93,4	133,3	151,6	122,7	129,5	128,2	115,5	135,0
1968 1. Vj.	118,1	117,8	95,0	119,4	136,2	108,7	118,3	114,1	100,3	125,7
2. Vj.	134,7	134,2	92,0	137,1	156,1	126,9	132,7	130,4	120,3	137,5
3. Vj.	127,0	126,2	89,0	128,8	153,6	114,5	121,8	124,4	108,0	124,8
4. Vj.	145,7	145,1	97,7	148,4	160,9	142,1	146,3	141,2	134,7	153,0
1969 1. Vj.	136,8	137,2	98,6	139,9	156,0	133,8	138,1	123,3	122,2	147,6
2. Vj.	152,9	152,6	96,0	156,5	175,2	153,3	148,5	135,1	142,1	159,5
3. Vj. ⁴⁾	140,9	140,2	90,8	143,6	170,2	132,9	133,0	129,6	123,9	139,2

¹⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

²⁾ Einschließlich Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Die Zuteilung zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungstatistik für Kraftfahrzeuge.

³⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 49

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1962 = 100

Zeitraum	Industrie ins- gesamt ¹⁾	Berg- bau ²⁾	Verarbeitende Industrie ³⁾				
			zusammen	Grund- stoff- und Produk- tionsgüter-	Investi- tionsgüter-	Ver- brauchs- güter-	Nahrungs- und Genuß- mittel-
1950	51,6	53,8	51,0	48,2	52,9	48,4	51,7
1951	55,1	56,9	54,7	51,7	58,1	50,6	55,0
1952	57,1	58,5	56,7	53,1	61,4	51,7	57,2
1953	59,5	59,1	59,3	55,6	62,2	56,2	62,3
1954	62,7	62,5	62,6	59,7	66,2	59,0	63,8
1955	66,8	65,8	66,9	64,4	71,7	61,7	66,9
1956	69,3	67,7	69,4	66,3	74,1	65,1	69,7
1957	74,1	70,1	74,3	71,8	77,5	70,6	76,1
1958	77,1	72,9	77,4	74,3	80,6	74,0	80,2
1959	83,2	78,0	83,6	82,3	85,4	80,7	84,6
1960	90,0	86,2	90,3	90,0	92,4	87,6	89,5
1961	94,4	92,5	94,4	93,0	96,3	93,1	94,9
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	108,1	105,1	106,7	103,9	104,5	104,7
1964	114,0	114,8	114,0	119,2	110,8	112,9	112,8
1965	119,6	119,3	119,6	124,9	115,6	120,7	119,7
1966	123,9	126,6	123,9	133,6	116,9	124,4	124,1
1967	131,5	140,3	131,3	148,5	119,3	128,7	129,6
1968	142,7	157,6	142,3	165,9	127,2	142,7	137,4
1968 1. Vj	133,9	153,3	133,1	155,1	118,6	134,6	129,5
2. Vj.	142,1	153,8	141,7	167,5	125,5	140,8	135,4
3. Vj.	145,7	158,3	145,1	170,9	127,4	144,7	139,3
4. Vj.	149,6	165,6	148,9	168,3	136,2	151,2	145,4
1969 1. Vj.	145,4	169,4	144,4	168,0	131,5	147,6	137,0
2. Vj.	152,6	170,8	151,7	180,0	138,7	150,3	139,7
3. Vj. ³⁾	154,2	171,0	153,6	182,2	136,7	153,1	143,6

¹⁾ Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Baustoffindustrie.²⁾ Hauptgruppen nach Vierteljahren: Eigene Schätzung.³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten ¹⁾								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten	
	umbauter Raum ²⁾				veranschlagte reine Baukosten ³⁾					
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude			
			von Unternehmen und Freien Berufen ⁴⁾	von Gebietskörperschaften ⁵⁾			von Unternehmen und Freien Berufen ⁴⁾	von Gebietskörperschaften ⁵⁾		
1 000 cbm				Mill. DM				1962 = 100		
1950		140 665				5 243				
1951		139 448				5 337				
1952		230 108	135 652	94 456	9 693	6 216	3 478			
1953		245 968	163 649	82 319	11 370	7 860	3 510			
1954)	282 134	185 592	96 542	13 375	9 062	4 313			
1955		309 971	195 519	114 452	15 488	10 063	5 425			
1956		304 198	180 298	123 900	16 129	10 061	6 069			
1957		286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	
1958		311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	
1959		343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	
1960		392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	
1961		422 657	248 582	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	79,1
1962		427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	100
1963		383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	104,9
1964		429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 678	6 665	109,2
1965		441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	122,5
1966		421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 817	6 508	112,2
1967		378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	121,6
1968		400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	149,3
1968 1. Vj.		84 218	49 529	25 969	8 720	8 971	5 819	1 816	1 336	82,0
2. Vj.		103 785	59 660	34 136	9 989	11 233	7 179	2 373	1 681	173,1
3. Vj.		110 165	61 970	35 851	12 364	12 022	7 471	2 644	1 907	206,8
4. Vj.		101 272	54 805	35 110	11 557	10 971	6 563	2 537	1 671	135,3
1969 1. Vj.		90 178	47 883	33 716	8 579	9 579	5 781	2 413	1 385	106,9
2. Vj.		125 186	65 436	49 551	10 199	12 882	7 880	3 417	1 585	202,4
3. Vj.		132 365	67 615	52 152	12 598	14 031	8 308	3 729	1 994	217,0

¹⁾ Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.

²⁾ Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).

³⁾ Alle Baumaßnahmen.

⁴⁾ Einschließlich privater Bauherren.

⁵⁾ Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 51

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe ¹⁾

Zeitraum	Umsatz ²⁾				Beschäftigte ³⁾	Geleistete Arbeitsstunden ⁴⁾	Nettoproduktionsindex ⁵⁾
	insgesamt	Wohnungs- bau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau			
	Mill. DM						
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 493	.
1960	25 018 ⁶⁾	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650 ⁶⁾	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359 ⁶⁾	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	100
1963	36 420 ⁶⁾	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	102,8
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	117,5
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	117,7
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	122,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	113,4
1968	38 112	13 891	8 228	15 994	1 487	2 472	119,1
1968 1. Vj.	6 492	2 356	1 456	2 680	1 400	456	83,4
2. Vj.	8 601	3 423	1 861	3 317	1 501	677	138,9
3. Vj.	9 793	3 548	2 091	4 154	1 536	702	129,2
4. Vj.	13 226	4 564	2 820	5 842	1 510	638	126,8
1969 1. Vj.	7 186	2 524	1 747	2 915	1 426	418	80,9
2. Vj.	9 433	3 339	2 293	3 801	1 530	687	146,5
3. Vj.	12 376	4 047	1 959	5 380	1 554	717	138,3

¹⁾ Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmererei und Dachdeckererei

²⁾ Nur baugewerblicher Umsatz; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte (einschließlich Umsatzsteuer).

³⁾ Ohne mithelfende Familienangehörige.

⁴⁾ Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauböden und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.

⁵⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

⁶⁾ Ohne Saarland und Berlin.

a) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Einzelhandelsumsatz ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Einzelhandel ²⁾									
	insgesamt	mit Nahrungs- und Genußmitteln	mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	mit Hausrat und Wohnbedarf	übriger Einzelhandel	insgesamt	mit Nahrungs- und Genußmitteln	mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	mit Hausrat und Wohnbedarf	übriger Einzelhandel
1950	39	41	46	31	32	46	49	48	41	41
1951	44	46	51	39	37	47	51	48	46	43
1952	46	50	51	40	41	50	54	53	44	47
1953	50	53	53	44	44	56	60	59	52	51
1954	53	58	55	48	48	61	65	62	57	55
1955	59	63	60	55	54	67	70	69	64	63
1956	66	69	68	64	61	73	75	77	72	69
1957	71	74	74	70	65	77	79	81	76	72
1958	74	78	75	74	70	79	82	79	79	75
1959	78	82	77	79	74	82	86	82	84	79
1960	85	87	84	85	82	89	91	89	90	87
1961	92	93	94	93	90	95	96	96	95	93
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	104,9	104,7	104,3	101,8	107,3	103,3	102,8	102,2	102,0	105,9
1964	113,0	112,1	112,1	112,3	115,3	110,1	109,2	108,4	112,1	112,4
1965	124,3	122,2	124,1	125,3	127,2	118,8	116,0	117,8	123,4	121,9
1966	130,9	129,0	129,5	134,1	133,4	122,7	120,3	120,4	130,8	124,9
1967	132,4	133,2	128,4	133,7	134,6	123,5	123,9	118,4	131,4	124,6
1968	138,2	140,0	132,4	140,0	139,8	128,9	131,6	122,2	138,9	127,2
1968 1. Vj.	119,0	128,1	106,9	109,3	120,7	110,9	119,9	98,8	108,2	100
2. Vj.	134,3	140,0	125,0	126,0	137,5	125,3	130,9	115,5	125,0	126,0
3. Vj.	131,7	138,1	119,0	135,3	131,9	123,3	131,1	109,8	134,2	119,8
4. Vj.	167,9	153,6	179,0	189,4	169,0	156,4	144,4	164,8	188,1	152,8
1969 1. Vj.	130,4	137,3	114,9	122,8	138,0	120,6	127,2	105,5	121,9	124,2
2. Vj.	146,2	149,5	135,7	137,3	154,6	134,5	136,7	124,5	136,1	139,6
3. Vj. ³⁾	146,0	149,6	131,2	150,7	152,3	134,4	137,5	120,0	149,0	137,2

¹⁾ Ab 1962 neuer Berichtsfirmenkreis.

²⁾ Jeweils einschließlich der entsprechenden Umsätze der Warenhaus- und Versandhandelsunternehmen der Wirtschaftsklasse 43 00 0.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 53

Zahlungs
Mill.

Zeitraum	Saldo der Devisen- bilanz ¹⁾	Bilanz der laufenden Posten				Saldo der Über- tragungen (eigene: —)
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			
			zusammen	Handels- bilanz ²⁾	Dienst- leistungs- bilanz ³⁾	
1950	- 564	- 407	- 2 472	- 3 012	+ 540	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 341	+ 812	- 149	+ 961	+ 1 529
1952	+ 2 761	+ 2 528	+ 2 368	+ 706	+ 1 662	+ 160
1953	+ 3 614	+ 3 793	+ 4 244	+ 2 516	+ 1 728	- 451
1954	+ 2 782	+ 3 609	+ 4 083	+ 2 698	+ 1 385	- 474
1955	+ 1 851	+ 2 205	+ 3 039	+ 1 245	+ 1 794	- 834
1956	+ 5 014	+ 4 377	+ 5 600	+ 2 897	+ 2 703	- 1 223
1957	+ 5 122	+ 5 764	+ 7 643	+ 4 083	+ 3 560	- 1 879
1958	+ 3 188	+ 5 856	+ 7 874	+ 4 954	+ 2 920	- 2 018
1959	- 2 204	+ 4 265	+ 7 565	+ 5 361	+ 2 204	- 3 300
1960	+ 8 007	+ 4 825	+ 8 284	+ 5 223	+ 3 061	- 3 459
1961	- 1 926 ^{a)}	+ 2 980	+ 7 426	+ 6 615	+ 811	- 4 446
1962	- 553	- 1 740	+ 3 456	+ 3 477	- 21	- 5 196
1963	+ 2 572	+ 970	+ 6 026	+ 6 032	- 6	- 5 056
1964	+ 12	+ 202	+ 5 510	+ 6 081	- 571	- 5 308
1965	- 1 505	- 6 475	- 85	+ 1 203	- 1 288	- 6 390
1966	+ 1 030	+ 476	+ 6 732	+ 7 958	- 1 226	- 6 256
1967	+ 414	+ 9 854	+ 16 159	+ 16 862	- 703	- 6 305
1968	+ 7 113	+ 11 352	+ 18 536	+ 18 372	+ 164	- 7 184
1968 1. Vj.	+ 1 542	+ 3 112	+ 4 752	+ 4 343	+ 409	- 1 640
2. Vj.	+ 1 190	+ 1 902	+ 3 577	+ 3 429	+ 148	- 1 675
3. Vj.	+ 1 295	+ 1 791	+ 3 355	+ 4 153	- 798	- 1 564
4. Vj.	+ 3 086	+ 4 547	+ 6 852	+ 6 447	+ 405	- 2 305
1969 1. Vj.	- 7 031	+ 1 222	+ 2 748	+ 2 765	- 17	- 1 526
2. Vj.	+ 7 959	+ 2 240	+ 3 940	+ 3 892	+ 48	- 1 700
3. Vj.	+ 7 526	+ 1 705	+ 3 728	+ 3 991	- 263	- 2 023

¹⁾ Veränderung der Währungsreserven (netto) der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +).

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschließlich nachträglich gemeldeter und in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung.

³⁾ Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldo des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.

⁴⁾ Für die Aufgliederung in „privat“ und „öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.

Bilanz
DM

Kapitalbilanz (Kapitalexport: —) ⁴⁾										Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	Saldo des						Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs	Restposten der Zahlungsbilanz ⁵⁾		
	langfristigen Kapitalverkehrs			kurzfristigen Kapitalverkehrs						
	zu-	privat	öffent-	zu-	privat	öffent-				
sammen		lich ⁶⁾	sammen		lich					
+ 207	+ 458	.	+ 458	- 251	- 251	—	- 200	- 364	1950	
+ 87	- 149	.	- 149	+ 236	+ 236	—	+ 2 428	- 390	1951	
- 23	- 586	- 15	- 571	+ 563	+ 477	+ 86	+ 2 505	+ 256	1952	
+ 50	- 1 645	- 61	- 1 584	+ 1 695	+ 395	+ 1 300	+ 3 843	- 229	1953	
- 375	- 518	- 264	- 254	+ 143	+ 305	- 162	+ 3 234	- 452	1954	
- 450	- 381	- 110	- 271	- 69	+ 119	- 188	+ 1 755	+ 96	1955	
+ 152	- 455	+ 134	- 589	+ 607	+ 894	- 287	+ 4 529	+ 485	1956	
- 2 305	- 440	+ 322	- 762	- 1 865	- 55	- 1 810	+ 3 459	+ 1 663	1957	
- 2 305	- 1 457	- 507	- 950	- 848	- 761	- 87	+ 3 551	- 363	1958	
- 6 620	- 5 660	- 1 365	- 4 295	- 960	- 1 322	+ 362	- 2 355	+ 151	1959	
+ 1 770	- 171	+ 1 140	- 1 311	+ 1 941	+ 2 959	- 1 018	+ 6 595	+ 1 412	1960	
- 5 363	- 4 203	+ 885	- 5 088	- 1 160	+ 165	- 1 325	- 2 383	+ 457	1961	
+ 57	- 353	+ 937	- 1 290	+ 410	+ 246	+ 164	- 1 683	+ 1 130	1962	
+ 2 092	+ 1 546	+ 2 993	- 1 447	+ 546	+ 723	- 177	+ 3 062	- 490	1963	
- 2 188	- 1 034	+ 281	- 1 315	- 1 154	+ 310	- 1 464	- 1 986	+ 1 998	1964	
+ 2 140	+ 957	+ 2 248	- 1 291	+ 1 183	+ 353	+ 830	- 4 335	+ 2 830	1965	
- 40	- 2 411	+ 1 770	- 4 181	+ 2 371	+ 1 306	+ 1 065	+ 436	+ 594	1966	
- 9 441	- 3 177	- 1 664	- 1 513	- 6 264	- 6 457	+ 193	+ 413	+ 1	1967	
- 7 170	- 11 450	- 10 107	- 1 343	+ 4 280	+ 2 991	+ 1 289	+ 4 182	+ 2 931	1968	
- 3 083	- 1 746	- 1 585	- 161	- 1 337	- 1 503	+ 166	+ 29	+ 1 513	1968 1. Vj.	
- 1 578	- 2 767	- 2 517	- 250	+ 1 189	+ 1 195	- 6	+ 324	+ 866	2. Vj.	
- 1 800	- 4 092	- 3 723	- 369	+ 2 292	+ 1 484	+ 808	- 9	+ 1 304	3. Vj.	
- 709	- 2 845	- 2 282	- 563	+ 2 136	+ 1 815	+ 321	+ 3 838	- 752	4. Vj.	
- 10 028	- 5 795	- 5 608	- 187	- 4 233	- 4 214	- 19	- 8 806	+ 1 775	1969 1. Vj.	
- 1 199	- 4 178	- 4 070	- 108	+ 2 979	+ 2 527	+ 452	+ 1 041	+ 6 918	2. Vj.	
+ 3 399	- 3 727	- 3 016	- 711	+ 7 126	+ 6 889	+ 238	+ 5 104	+ 2 422	3. Vj.	

⁴⁾ Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment.

⁵⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland.

⁶⁾ Ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank um 1 419 Millionen DM.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 54

Außenhandel (Spezialhandel)
Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen ^{1) 2)}		Index der Durchschnittswerte ³⁾		Terms of Trade ⁴⁾
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mill. DM				1962 = 100		
1950	8 362	11 374
1951	14 577	14 726
1952	16 909	16 203	17 558	12 781	96,3	126,8	75,9
1953	18 526	16 010	19 643	14 077	94,3	113,7	82,9
1954	22 035	19 337	23 712	17 399	92,9	111,1	83,6
1955	25 717	24 472	27 525	21 681	93,4	112,9	82,7
1956	30 861	27 964	31 896	24 213	96,8	115,5	83,8
1957	35 968	31 697	36 258	26 970	99,2	117,5	84,4
1958	36 998	31 133	38 065	29 215	97,2	106,6	91,2
1959	41 184	35 823	42 352	34 609	97,2	103,5	93,9
1960	47 946	42 723	48 449	40 401	99,0	105,7	93,7
1961	50 978	44 363	51 351	43 421	99,3	102,2	97,2
1962	52 975	49 498	52 975	49 498	100	100	100
1963	58 310	52 277	58 285	52 719	100,0	99,2	100,8
1964	64 920	58 839	64 848	59 261	100,1	99,3	100,8
1965	71 651	70 448	70 407	69 186	101,8	101,8	100,0
1966	80 628	72 670	78 365	70 278	102,9	103,4	99,5
1967	87 045	70 183	85 379	68 657	102,0	102,2	99,8
1968	99 551	81 179	99 033	81 244	100,5	99,9	100,6
1968 1. Vj.	23 337	18 994	22 933	18 797	101,8	101,0	100,8
2. Vj.	22 844	19 415	22 793	19 287	100,2	100,7	99,5
3. Vj.	24 671	20 518	24 711	20 808	99,8	98,6	101,2
4. Vj.	28 699	22 252	28 597	22 353	100,4	99,5	100,9
1969 1. Vj.	25 607	22 842	25 248	22 451	101,4	101,7	99,7
2. Vj.	28 498	24 606	27 929	23 725	102,0	103,7	98,4
3. Vj.	28 553	24 562	27 796	23 823	102,7	103,1	99,6

¹⁾ Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.

²⁾ Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasert.

³⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

⁴⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik
Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Bergbau- liche Erzeugnisse	Erzeugnisse der				Erzeugnisse der Land- und Forst- wirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
			Grundstoff- und Produk- tionsgüter- ²⁾	Investi- tionsgüter-	Verbrauchs- güter- ²⁾	Nahrungs- und Genuß- mittel- ²⁾	
			industrien				
Ausfuhr							
1958	36 998	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344
1959	41 184	2 293	11 680	21 657	3 948	766	434
1960	47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439
1961	50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448
1962	52 975	2 520	14 225	28 901	5 262	909	476
1963	58 310	2 715	15 167	32 118	5 969	981	596
1964	64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682
1965	71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779
1966	80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989
1968 1. Vj.	23 337	626	6 750	12 397	2 414	533	251
2. Vj.	22 844	558	6 455	12 335	2 372	567	213
3. Vj.	24 671	638	7 030	12 968	2 785	628	222
4. Vj.	28 699	714	7 606	15 825	3 165	658	303
1969 1. Vj.	25 607	627	7 284	13 536	2 895	608	261
2. Vj.	28 498	578	7 667	15 729	3 105	718	279
3. Vj.	28 553	615	7 959	15 207	3 323	737	310
Einfuhr							
1958	31 133	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569
1959	35 823	3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438
1960	42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996
1961	44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884
1962	49 498	4 744	12 733	7 006	5 743	4 662	11 992
1963	52 277	5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042
1964	58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275
1965	70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932
1966	72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281
1968 1. Vj.	18 994	2 101	5 814	3 265	2 456	1 626	3 161
2. Vj.	19 415	2 212	5 736	3 492	2 319	1 600	3 312
3. Vj.	20 518	2 245	6 259	3 432	2 788	1 718	3 198
4. Vj.	22 252	2 274	6 694	3 901	3 051	2 072	3 610
1969 1. Vj.	22 842	2 258	6 823	4 233	3 203	1 879	3 603
2. Vj.	24 606	2 362	7 332	4 832	3 174	1 903	4 186
3. Vj.	24 562	2 420	7 922	4 438	3 406	1 979	3 453

¹⁾ Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

²⁾ Ab 1962 geänderte systematische Abgrenzung.

³⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 56

Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Ins- gesamt ¹⁾	Ernäh- rungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zu- sammen	Rohstoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zu- sammen	Vor- erzeugnisse	End- erzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1968 1. Vj.	23 337	693	22 541	750	2 206	19 585	4 328	15 257
2. Vj.	22 844	683	22 059	759	1 948	19 352	4 194	15 159
3. Vj.	24 671	754	23 800	778	2 107	20 915	4 631	16 284
4. Vj.	28 699	854	27 698	876	2 302	24 520	5 111	19 410
1969 1. Vj.	25 607	766	24 699	760	2 154	21 785	4 940	16 846
2. Vj.	28 498	889	27 465	776	2 140	24 549	5 250	19 299
3. Vj.	28 553	949	27 454	786	2 283	24 386	5 358	19 028

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.²⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Ins-gesamt ¹⁾	Ernäh-rungs-wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zu-sammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zu-sammen	Vor- erzeugnisse	End-
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1968 1. Vj.	18 994	3 918	14 859	3 354	3 285	8 220	2 923	5 297
2. Vj.	19 415	4 133	15 029	3 391	3 134	8 505	2 948	5 557
3. Vj.	20 518	4 201	16 035	3 363	3 457	9 215	3 271	5 944
4. Vj.	22 252	4 832	17 112	3 537	3 754	9 821	3 507	6 314
1969 1. Vj.	22 842	4 539	18 054	3 587	3 847	10 620	3 562	7 058
2. Vj.	24 606	5 214	19 097	3 670	4 041	11 387	3 801	7 585
3. Vj.	24 562	4 665	19 565	3 622	4 391	11 551	4 017	7 534

1) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
 2) Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 58

Warenausfuhr nach Ländergruppen
— Verbrauchsländer —
Mill. DM

Zeitraum	Ins- gesamt ¹⁾	EWG- Länder	EFTA- Länder	Ubrige euro- päische Länder ²⁾	Staats- handels- länder ³⁾	Außereuropäische Industrieländer		Ubrige Länder
						zusam- men ⁴⁾	Ver- einigte Staaten	
1950	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 242
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 382
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 193
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 244
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1968 1. Vj.	23 337	8 679	5 214	1 437	1 067	3 737	2 638	3 134
2. Vj.	22 844	8 573	5 181	1 442	960	3 686	2 565	2 933
3. Vj.	24 671	9 117	5 506	1 507	1 127	4 068	2 795	3 273
4. Vj.	28 699	10 999	6 685	1 767	1 358	4 267	2 838	3 559
1969 1. Vj.	25 607	10 508	5 746	1 592	1 205	3 211	2 046	3 287
2. Vj.	28 498	11 397	6 280	1 828	1 213	4 327	2 916	3 388
3. Vj.	28 553	11 213	6 366	1 778	1 270	4 203	2 735	3 655

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.

²⁾ Ohne Staatshandelsländer.

³⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.

⁴⁾ Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.

⁵⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Wareneinfuhr nach Ländergruppen
 — Herstellungsländer —
 Mill. DM

Zeitraum	Ins-gesamt ¹⁾	EWG-Länder	EFTA-Länder	Ubrige euro-päische Länder ²⁾	Staats-handels-länder ³⁾	Außereuropäische Industrieländer		Ubrige Länder
						zusam-men ⁴⁾	Ver-einigte Staaten	
1950	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 234
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 563
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 042
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968	81 179	33 453	12 686	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1968 1. Vj.	18 994	7 557	3 050	757	796	2 922	2 042	3 891
2. Vj.	19 415	7 832	3 040	655	746	3 233	2 301	3 889
3. Vj.	20 518	8 625	3 139	699	854	3 370	2 310	3 806
4. Vj.	22 252	9 439	3 437	1 074	1 014	3 266	2 196	3 997
1969 1. Vj.	22 842	9 895	3 591	1 005	850	3 156	2 086	4 323
2. Vj.	24 606	10 867	3 722	900	881	3 971	2 772	4 241
3. Vj.	24 562	10 517	3 716	1 002	1 036	4 006	2 686	4 257

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“.

²⁾ Ohne Staatshandelsländer.

³⁾ Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.

⁴⁾ Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.

⁵⁾ Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 60

Zur Preis- und Lohnentwicklung

1963

Zeitraum	Bundes- republik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Nieder- lande	Groß- britannien
						Verbraucher
1964	102	104	103	106	106	103
1965	106	108	106	111	110	108
1966	110	113	109	113	117	112
1967	111	116	112	117	121	115
1968	113	119	117	119	125	121
1969 1. Hj.	115	123	122	121	134	126
						Großhandels
1964	100	105	102	103	106	103
1965	102	106	103	105	110	106
1966	103	108	105	107	115	110
1967	103	107	105	106	115	111
1968	97 a)	107	106	107	116	117
1969 1. Hj.	98 a)	111	113	109	...	120
						Durchschnittswerte
1964	100	102	104	103	102	102
1965	102	102	105	101	104	105
1966	103	105	108	99	104	108
1967	102	104	107	99	104	110
1968	101	103	106	97	102	119
1969 1. Hj.	102	106	110	102	104	123
						Durchschnittswerte
1964	100	102	102	104	102	104
1965	103	101	104	104	103	104
1966	104	102	105	105	104	105
1967	103	100	104	106	103	105
1968	101	101	102	106	100	118
1969 1. Hj.	104	104	104	107	103	121
						Bruttostundenverdienste
1964	109	111	107	114	116	105
1965	119	120	113	124	128	111
1966	127	131	120	128	141	118
1967	132	140	127	134	150	123
1968	138	147	143	138	162	133
1969 1. Hj.	146	...	154	143	173	139
						Anteil am Warenhandel⁴⁾ der
1964—1968	100	7,5	11,4	8,1	9,9	4,2

1) Nationale Quellen.

2) Quelle: OECD.

3) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

in wichtigen Industrieländern
= 100

Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Zeitraum
preise ¹⁾					
103	103	101	102	104	1964
109	107	103	104	111	1965
116	112	106	108	116	1966
120	116	109	112	121	1967
123	119	114	117	127	1968
125	121	118	120	132	1969 1. Hj.
preise ¹⁾					
105	101	100	100	100	1964
109	102	102	102	101	1965
112	104	105	106	103	1966
112	104	106	108	105	1967
113	104	109	110	106	1968
116	106	112	115	107	1969 1. Hj.
der Ausfuhr ²⁾					
103	104	101	101	99	1964
107	106	104	103	98	1965
108	110	107	107	98	1966
109	114	109	109	101	1967
109	118	111	113	101	1968
112	119	113	117	104	1969 1. Hj.
der Einfuhr ²⁾					
104	102	103	101	102	1964
106	103	104	101	105	1965
108	106	105	102	105	1966
108	106	107	103	105	1967
108	107	109	105	104	1968
110	110	111	108	101	1969 1. Hj.
in der Industrie ^{2) 3)}					
106	106	103	104	111	1964
118	111	106	109	120	1965
127	118	111	115	134	1966
139	124	115	123	152	1967
148	129	122	132	176	1968
157	134	128	141	168	1969 1. Hj.
Bundesrepublik Deutschland in vH					
4,1	4,9	10,6	7,2	1,3	1964—1968

4) Einfuhr + Ausfuhr.
a) Ohne Mehrwertsteuer.

Tabelle 61

Langfristiger privater Kapitalverkehr mit dem Ausland

Mill. DM

Zeitraum	Direktinvestitionen und Grundbesitz			Kredite und Darlehen Portfolioinvestitionen		
	inländische (Zunahme: -)	ausländische (Zunahme: +)	Saldo (Kapital- export: -)	inländische (Zunahme: -)	ausländische (Zunahme: +)	Saldo (Kapital- export: -)
1960	- 633	+ 617	- 16	- 783	+ 2 033	+ 1 250
1961	- 872	+ 898	+ 26	- 268	+ 1 253	+ 985
1962	- 1 135	+ 968	- 167	- 374	+ 1 541	+ 1 167
1963	- 813	+ 1 451	+ 638	- 633	+ 3 009	+ 2 376
1964	- 1 102	+ 2 033	+ 931	- 1 022	+ 367	- 655
1965	- 1 258	+ 3 187	+ 1 929	- 741	+ 1 087	+ 346
1966	- 1 415	+ 3 333	+ 1 918	- 1 187	+ 1 064	- 123
1967	- 1 161	+ 2 719	+ 1 558	- 2 149	- 1 010	- 3 159
1968	- 1 808	+ 1 527	- 281	- 10 016	+ 267	- 9 749
1967 1. Vj.	- 308	+ 672	+ 364	- 433	- 56	- 489
2. Vj.	- 150	+ 450	+ 300	- 501	- 337	- 838
3. Vj.	- 409	+ 883	+ 474	- 577	- 312	- 889
4. Vj.	- 294	+ 714	+ 420	- 638	- 305	- 943
1968 1. Vj.	- 482	+ 435	- 47	- 1 340	- 143	- 1 483
2. Vj.	- 367	+ 402	+ 35	- 2 367	- 174	- 2 541
3. Vj.	- 314	+ 268	- 46	- 3 778	+ 105	- 3 673
4. Vj.	- 645	+ 422	- 223	- 2 531	+ 479	- 2 052
1969 1. Vj.	- 490	+ 150	- 340	- 5 323	+ 71	- 5 252
2. Vj.	- 504	+ 126	- 378	- 3 942	+ 252	- 3 690
3. Vj.	- 710	+ 581	- 129	- 3 448	+ 565	- 2 883

Quelle: Deutsche Bundesbank

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Preisindex mit wechselnder Wägung
 1954 = 100

Zeitraum	Brutto-sozial- produkt	Ein- fuhr ¹⁾	Letzte Ver- wendung von Gütern ²⁾	Letzte inländische Verwendung von Gütern				Ausfuhr ¹⁾
				ins- gesamt	darunter			
					Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlage- investi- tionen	
1950	86,7	98,1	87,9	88,5	91,9	80,3	83,2	83,0
1951	95,4	121,1	98,0	97,5	99,0	90,2	96,4	101,2
1952	100,1	112,6	101,4	100,9	100,8	96,5	103,9	105,1
1953	99,9	101,5	100,1	99,8	99,4	98,8	101,1	101,7
1954	100	100	100	100	100	100	100	100
1955	102,0	102,0	102,0	102,2	101,6	103,7	103,0	101,0
1956	105,0	104,0	104,9	105,0	103,8	109,5	105,8	104,4
1957	108,0	105,5	107,6	107,8	106,4	113,0	109,2	106,9
1958	111,9	99,9	109,8	110,6	109,1	117,0	111,5	106,5
1959	113,5	97,1	110,3	111,9	110,2	117,9	113,6	104,6
1960	116,4	97,9	112,6	114,3	111,6	122,8	117,8	106,2
1960	116,4	96,5	112,8	114,3	111,5	123,2	117,7	106,1
1961	121,4	94,8	116,4	118,5	114,6	129,8	123,0	107,4
1962	126,8	94,1	120,3	123,1	118,1	133,5	129,9	108,0
1963	130,5	93,2	122,8	126,6	121,4	137,4	133,5	107,1
1964	134,1	93,9	125,6	129,9	124,2	144,8	136,5	108,1
1965	139,0	95,9	129,2	133,9	128,2	152,9	139,5	109,9
1966	144,3	97,9	133,7	139,6	133,1	164,0	142,7	111,8
1967 ⁴⁾	145,2	97,0	134,3	141,6	135,5	169,3	139,6	110,3
1968 ⁴⁾	147,7	93,9	134,6	143,3	138,2	175,4	141,8	108,0
1960 1. Hj.	115,7	96,3	112,1	113,6	111,0	121,5	117,1	105,5
1960 2. Hj.	117,1	96,7	113,4	114,9	112,0	124,9	118,2	106,7
1961 1. Hj.	119,8	95,0	115,2	117,1	113,7	129,1	120,6	107,3
1961 2. Hj.	123,0	94,7	117,6	119,8	115,4	130,4	125,1	107,6
1962 1. Hj.	125,6	93,5	119,2	121,9	117,4	132,7	127,9	107,7
1962 2. Hj.	127,8	94,7	121,3	124,2	118,7	134,2	131,6	108,2
1963 1. Hj.	129,0	93,3	121,5	124,9	121,0	135,4	131,2	107,1
1963 2. Hj.	131,9	93,0	124,0	128,1	121,8	139,2	135,5	107,1
1964 1. Hj.	132,3	93,6	124,1	128,5	123,5	142,8	134,9	106,9
1964 2. Hj.	135,8	94,2	126,9	131,1	124,8	146,8	137,9	109,3
1965 1. Hj.	136,4	95,3	127,1	131,6	126,6	149,6	137,5	109,0
1965 2. Hj.	141,3	96,4	131,1	136,0	129,6	155,7	141,3	110,8
1966 1. Hj.	142,2	97,7	131,9	137,3	131,8	159,9	140,8	111,3
1966 2. Hj.	146,2	98,1	135,4	141,8	134,3	167,8	144,6	112,2
1967 1. Hj. ⁴⁾	144,5	96,8	133,6	141,0	134,4	168,5	140,5	110,1
1967 2. Hj. ⁴⁾	145,9	97,2	134,9	142,1	136,5	170,1	138,9	110,6
1968 1. Hj. ⁴⁾	145,9	94,7	133,7	141,7	136,8	172,5	141,4	108,6
1968 2. Hj. ⁴⁾	149,2	93,2	135,4	144,8	139,5	178,0	142,2	107,5
1969 1. Hj. ⁴⁾	149,2	96,1	135,6	144,3	140,0	179,2	142,6	109,3

¹⁾ Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.

²⁾ Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr.

³⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Erste vorläufige Ergebnisse. — Hinsichtlich der Behandlung der Mehrwertsteuer bei der Berechnung der Preisentwicklung siehe „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9/68, S. 439 ff.

Begriffliche Erläuterungen Seite 131

Tabelle 63

Index der Grundstoffpreise ¹⁾
1962 = 100

Zeitraum	Grundstoffe industrieller Herkunft									
	Ins- gesamt	berg- bauliche Erzeug- nisse, Erzeug- nisse der Energie- wirt- schaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grund- stoffe des Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewer- bes
			zusam- men	darunter					Text- ilien	
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Me- talle und Metall- halb- zeug	chemi- sche Erzeug- nisse	bear- beitetes Holz	Holz- schliff, Zell- stoff, Papier und Pappe		
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,3	100,0	99,9	102,5	99,2	97,1	100,3	100,2	103,0	104,4
1964	102,5	98,6	103,1	105,3	105,3	96,2	102,5	101,3	106,4	108,3
1965	104,9	99,4	105,7	106,5	111,3	96,5	105,1	103,3	105,5	112,8
1966	106,2	99,6	107,4	107,4	116,0	95,0	104,2	102,6	104,9	114,4
1967	103,2	101,8	103,1	106,3	108,3	94,0	98,2	101,5	101,4	108,1
1968	98,8	98,6	98,6	99,2	106,0	88,2	92,2	93,5	98,1	101,2
1967 1. Vj.	104,2	99,6	104,8	107,3	111,2	94,7	100,7	102,2	102,4	112,0
2. Vj.	102,0	99,6	102,1	106,7	105,3	93,8	98,9	101,8	101,4	108,7
3. Vj.	102,8	103,8	102,1	105,8	106,3	93,7	97,4	101,3	100,7	106,4
4. Vj.	103,8	104,2	103,4	105,3	110,4	93,8	85,8	100,5	101,3	105,2
1968 1. Vj.	100,2	99,7	100,2	100,2	109,9	88,8	91,2	93,3	97,9	101,4
2. Vj.	98,1	98,1	98,0	99,3	104,5	88,4	91,6	93,1	97,9	99,3
3. Vj.	98,3	98,3	98,0	98,8	104,5	87,7	92,5	93,9	98,1	100,9
4. Vj.	98,7	98,3	98,3	98,6	105,2	87,7	93,5	93,6	98,6	103,2
1969 1. Vj.	99,3	97,3	99,3	98,5	107,7	87,7	95,1	93,4	98,4	104,4
2. Vj.	100,1	95,9	101,0	99,1	111,1	87,9	97,5	94,2	99,0	103,4
3. Vj.	101,6	95,6	103,1	99,9	115,5	88,3	99,8	95,7	99,3	106,2

¹⁾ Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt	Bergbau-liche Erzeugnisse	Elektr. Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitions-güter ²⁾	Verbrauchs-güter ³⁾
				zusammen	Grundstoff- und Produktions-güter	Investitions-güter	Verbrauchs-güter	Nahrungs- und Genuss-mittel		
1950	79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951	94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952	96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953	94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954	92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955	94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956	95,9	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957	97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958	97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,8
1959	96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 ⁴⁾	97,6	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961	98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3	96,2	97,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1965	104,0	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,2	105,9	104,4
1966	105,8	105,4	104,7	105,9	103,3	106,7	108,7	105,4	108,6	108,7
1967	104,9	105,3	105,8	104,8	100,7	105,6	108,0	106,3	108,3	107,3
1968	99,3	101,1	105,0	98,9	95,1	99,2	102,2	100,9	102,4	101,2
1968 1. Vj.	99,7	101,4	105,1	99,3	96,4	99,0	101,9	101,5	101,9	101,4
2. Vj.	99,0	100,4	105,1	98,6	94,4	99,0	101,9	101,0	102,1	100,8
3. Vj.	99,0	100,6	105,0	98,7	94,4	99,3	102,3	100,4	102,7	101,0
4. Vj.	99,4	101,8	104,9	99,1	95,2	99,6	102,8	100,5	103,0	101,5
1969 1. Vj.	100,1	101,6	104,7	99,9	95,6	100,7	103,4	101,1	104,5	101,7
2. Vj.	100,6	100,3	104,3	100,4	96,3	101,3	104,3	101,2	105,3	101,9
3. Vj.	101,6	100,9	104,2	101,5	97,7	102,5	105,0	101,8	106,7	102,4

¹⁾ Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Werengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

³⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁴⁾ Ohne Berlin.

Tabelle 65

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Preisindizes für Bauwerke ²⁾						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ³⁾	Baureifes Land
	Wohngebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche	gemischtgenutzte Gebäude	Straßenbau		
			Betriebsgebäude					
1950	54,8
1951	63,4
1952	67,5
1953	65,3
1954	65,6
1955	69,1
1956	71,0
1957	73,5
1958	75,8	77,1	79,0	78,1	77,1	80,5	.	.
1959	79,8	81,2	82,1	81,1	80,8	85,2	.	.
1960	85,8	86,8	87,4	86,7	86,5	88,8	.	.
1961	92,3	92,7	93,0	92,7	92,5	93,3	.	.
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	105,0	104,5	105,1	105,1	103,7	104,4	114,1
1964	110,0	109,5	108,6	109,5	109,7	102,7	109,2	124,5
1965	114,6	113,6	112,8	113,5	114,3	97,5	114,6	147,6
1966	118,5	117,4	115,9	117,2	118,2	95,3	119,0	159,2
1967	115,9	114,5	110,3	114,7	115,2	90,6	117,6	173,4
1968	120,8	119,0	116,1	119,3	120,2	94,7	122,7	...
1968								
Februar	119,9	118,1	114,2	118,3	119,1	93,8	122,0	182,2
Mai	119,9	118,1	114,4	118,4	119,1	94,2	122,0	180,1
August	121,5	119,7	117,3	120,0	121,0	95,3	123,4	188,6
November	121,9	120,0	118,4	120,4	121,4	95,5	123,5	203,1
1969								
Februar	122,6	120,6	119,4	120,9	122,2	95,4	125,3	...
Mai	125,7	123,9	123,4	124,6	125,4	98,2	126,4	...
August	128,0	127,7	127,9	126,7	127,7	99,8	127,9	...

¹⁾ Einschließlich Umsatzsteuer. — Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, 1960 bis 1965 ohne Berlin.²⁾ Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt für Straßentyp mit einem Regelquerschnitt (Kronbreite) von 28,5 m, überwiegend für Bundesfernstraßen gültig.³⁾ Einschließlich Schönheitsreparaturen.

Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter ¹⁾

1962 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zu- sammen	Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾
1954	94,9	97,2	94,8	92,0	101,4	94,2	84,8	100,1
1955	96,9	96,0	96,9	92,4	106,2	96,1	87,1	99,5
1956	99,6	99,1	99,6	96,6	110,4	98,4	90,8	99,1
1957	101,9	101,7	101,9	103,0	113,5	100,4	94,2	99,5
1958	99,5	104,8	99,4	101,7	104,2	98,7	92,0	99,5
1959	98,9	98,7	99,0	102,1	104,1	98,2	92,3	98,9
1960	100,2	97,9	100,2	101,6	105,4	99,6	94,5	98,6
1961	99,9	96,2	100,0	100,1	102,3	99,7	97,1	99,2
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,1	109,5	100,0	100,9	98,7	100,0	101,2	100,6
1964	102,5	110,3	102,3	104,9	102,6	102,1	103,3	102,3
1965	104,8	111,1	104,6	104,7	105,2	104,6	106,6	104,8
1966	107,0	113,8	106,8	104,8	108,0	106,8	109,7	108,4
1967	106,9	112,0	106,8	101,1	108,0	106,9	110,9	110,0
1968	105,8	107,9	105,8	99,9	106,8	106,0	110,4	109,4
1968 1. Vj.	106,2	108,7	106,1	100,4	110,6	105,9	110,1	109,1
2. Vj.	105,5	107,5	105,5	99,4	106,4	105,7	110,0	109,1
3. Vj.	105,5	107,5	105,4	99,5	105,1	105,8	110,2	109,4
4. Vj.	106,1	107,8	106,1	100,3	105,1	106,5	111,2	109,8
1969 1. Vj.	108,9	108,8	108,9	100,8	107,6	109,6	115,1	111,5
2. Vj.	110,4	110,1	110,4	100,3	110,9	110,9	115,7	111,9
3. Vj.	112,3	109,7	112,4	100,7	115,1	112,7	117,6	112,2

¹⁾ 1954 bis 1957 umbasiert von Originalbasis 1958.

²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 67

Index der Einkaufspreise für Auslandsüter

1962 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zu- sammen	Investi- tions- güter ¹⁾	Ver- brauchs- güter ¹⁾
1958	109,5	109,5	109,5	116,3	106,7	107,1	101,8	114,5
1959	105,4	103,8	108,0	110,2	104,9	104,3	101,9	105,2
1960	105,0	101,9	106,3	109,3	107,1	104,3	101,9	102,9
1961	100,8	97,8	102,1	103,7	102,2	101,2	99,6	99,5
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,0	104,4	101,0	100,5	100,9	101,3	102,5	102,1
1964	103,7	105,9	102,8	101,4	104,5	102,8	104,0	98,7
1965	106,3	110,8	104,3	100,9	109,2	103,8	106,0	97,0
1966	108,2	110,8	107,0	102,5	113,9	106,0	109,0	99,0
1967	105,9	107,1	105,4	99,7	112,2	105,0	107,7	101,9
1968	105,4	104,2	105,9	100,2	115,2	104,3	108,1	102,6
1968 1. Vj.	107,0	106,4	107,3	100,6	120,2	104,4	108,6	104,7
2. Vj.	105,4	105,8	105,2	99,6	113,4	104,1	108,0	101,0
3. Vj.	103,6	100,0	105,1	99,8	112,7	104,0	107,9	101,3
4. Vj.	105,5	104,5	106,0	100,8	114,6	104,5	107,9	103,3
1969 1. Vj.	107,5	107,6	107,4	101,3	117,7	105,4	108,8	102,0
2. Vj.	109,0	110,4	108,4	100,2	120,3	106,8	109,6	100,7
3. Vj.	109,5	109,0	109,7	99,5	123,9	108,1	110,0	101,2

¹⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Preisindex für die Lebenshaltung
Alte Systematik
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ¹⁾
1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Ernäh- rung	Ge- tränke und Tabak- waren	Woh- nung ²⁾	Hei- zung und Be- leuch- tung	Haus- rat	Beklei- dung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung, Unter- haltung und Er- holung	Ver- kehr
	einschl.	ohne									
	Ernährung										
1950	78,8	82,1	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951	84,9	87,7	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952	86,7	87,6	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953	85,1	86,0	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954	85,3	85,2	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	86,3
1955	86,7	86,3	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956	88,9	88,3	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957	90,7	90,3	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958	92,7	92,3	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959	93,6	92,7	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960 ⁴⁾	94,9	94,6	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961 ⁴⁾	97,1	97,6	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,8	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
1964	105,4	105,2	105,8	101,6	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,4	105,1
1965	109,0	108,1	110,6	101,8	118,9	105,9	102,9	107,1	107,4	111,4	106,3
1966	112,8	112,5	113,3	105,9	129,6	107,3	104,2	110,6	112,1	115,7	110,5
1967	114,4	115,4	112,7	108,9	137,6	108,4	103,5	112,1	113,9	119,7	114,0
1968	116,1	119,0	110,8	111,1	147,4	115,6	102,6	112,1	119,9	125,3	116,6
1968 1. Vj.	115,7	118,1	111,3	110,8	142,9	116,5	102,7	112,0	119,1	124,5	116,0
2. Vj.	115,9	118,4	111,4	110,7	146,2	113,2	102,6	112,0	119,5	125,0	116,2
3. Vj.	115,9	119,3	109,6	111,4	149,0	115,2	102,7	112,1	120,4	125,5	116,8
4. Vj.	116,9	120,1	110,9	111,4	151,5	117,5	102,6	112,4	120,6	126,2	117,3
1969 1. Vj.	118,3	121,1	113,3	111,4	157,5	117,6	102,7	112,7	121,1	126,8	116,7
2. Vj.	119,3	121,4	115,5	111,5	160,1	114,6	102,8	112,9	121,3	127,2	116,7
3. Vj.	119,5	122,1	114,9	111,5	161,6	115,6	102,9	113,3	121,5	129,4	116,6

¹⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1958, ab 1961 Warenkorb 1962.

²⁾ Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

³⁾ Ohne Saarland und Berlin.

⁴⁾ Ohne Berlin.

Tabelle 69

Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾
Neue Systematik
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ²⁾
1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nahrungs- und Genuß- mittel ³⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- mie- ten ⁴⁾	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Ubrige Haus- halts- führung	Ver- kehr, Nach- richten- über- mitt- lung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Aus- stattung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ³⁾										
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	103,1	102,9	102,2	105,6	102,7	102,0	104,6	102,9	101,4	103,3
1964	105,4	105,7	105,0	104,3	112,1	104,2	103,4	105,7	105,6	103,4	106,7
1965	109,0	108,9	109,0	107,1	118,5	106,1	106,2	106,8	109,2	106,3	109,7
1966	112,8	113,4	112,0	110,5	129,7	107,5	108,3	111,2	115,2	109,2	113,4
1967	114,4	116,3	112,0	112,1	138,2	108,5	108,3	114,3	117,6	111,6	117,8
1968	116,1	120,0	111,1	112,0	148,4	115,9	108,5	117,0	125,3	115,1	122,4
1966 1. Vj.	111,8	111,9	111,7	109,5	126,2	108,0	107,8	108,2	113,3	108,2	111,9
2. Vj.	113,1	113,1	113,2	110,2	128,9	105,9	108,3	112,2	114,6	109,1	112,3
3. Vj.	112,9	113,9	111,6	110,7	130,8	106,9	108,5	112,3	116,2	109,6	113,9
4. Vj.	113,4	114,7	111,6	111,6	132,9	109,0	108,7	112,0	116,6	109,9	115,3
1967 1. Vj.	114,2	115,7	112,2	112,1	135,8	109,6	108,6	113,5	116,9	111,0	116,7
2. Vj.	114,8	115,9	113,3	112,2	137,8	106,2	108,4	113,7	117,3	111,5	116,7
3. Vj.	114,5	116,5	112,0	112,0	139,2	108,3	108,1	114,8	118,0	111,7	118,4
4. Vj.	114,1	116,9	110,6	111,9	140,2	110,0	107,9	115,1	118,2	112,2	119,5
1968 1. Vj.	115,7	119,0	111,4	111,9	143,9	116,9	108,2	116,4	124,5	114,7	121,5
2. Vj.	115,9	119,4	111,4	111,9	147,3	113,4	108,3	116,6	124,8	115,2	121,5
3. Vj.	115,9	120,4	110,2	112,0	149,9	115,5	108,7	117,2	125,9	115,2	122,7
4. Vj.	116,9	121,2	111,2	112,3	152,6	117,9	108,8	117,7	126,1	115,4	124,0
1969 1. Vj.	118,3	122,5	113,2	112,6	158,9	118,0	108,9	116,9	126,8	116,0	124,5
2. Vj.	119,3	122,8	114,9	112,8	161,6	114,9	109,2	117,0	127,0	116,4	124,7
3. Vj.	119,5	123,6	114,5	113,1	163,0	115,9	109,5	116,8	127,2	117,6	127,4

¹⁾ Gliederung nach Hauptgruppen des Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).

²⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

³⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

⁴⁾ Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nahrungs- und Genuß- mittel ²⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- mie- ten	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Ver- kehr, Nach- richten- über- mitt- lung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Aus- stattung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ²⁾										
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,9	103,0	102,8	102,1	105,4	103,2	101,9	103,3	103,1	102,7	102,0
1964	105,4	105,6	105,1	103,6	111,4	105,1	102,9	104,4	106,9	106,5	103,6
1965	108,7	108,7	108,8	105,8	117,8	107,1	104,8	105,2	112,3	110,2	106,0
1966	112,7	113,0	112,2	108,7	127,1	108,4	107,0	109,5	119,5	114,0	108,8
1967	114,6	116,2	112,1	110,0	135,7	109,9	107,1	112,9	123,6	117,8	111,4
1968	116,4	120,0	111,1	110,0	146,0	116,7	107,8	116,0	130,5	121,1	114,0
1966 1. Vj.	111,7	111,7	111,6	107,8	124,1	109,1	107,5	106,9	117,4	112,4	107,9
2. Vj.	112,8	112,6	113,2	108,3	126,3	106,5	106,6	110,4	119,0	113,8	108,1
3. Vj.	112,7	113,2	111,9	108,8	128,1	107,7	105,8	110,6	120,4	114,2	109,0
4. Vj.	113,5	114,5	112,0	109,6	130,0	110,2	108,2	110,2	121,3	115,4	110,1
1967 1. Vj.	114,4	115,6	112,5	110,0	132,2	110,9	108,7	111,9	122,6	116,7	110,9
2. Vj.	114,7	115,6	113,2	110,1	134,7	106,9	107,1	112,2	122,9	117,8	110,8
3. Vj.	114,5	116,3	111,9	109,9	137,2	109,8	105,7	113,7	124,4	117,8	111,6
4. Vj.	114,6	117,2	110,8	109,9	138,7	111,8	106,9	113,8	124,5	118,9	112,2
1968 1. Vj.	116,1	119,3	111,3	109,8	142,4	118,2	108,2	115,8	129,6	120,6	113,5
2. Vj.	116,3	119,6	111,2	109,8	145,1	113,7	108,4	115,7	129,9	121,0	113,5
3. Vj.	116,2	120,1	110,3	110,1	147,1	115,9	107,1	116,3	131,1	121,3	114,2
4. Vj.	117,1	121,0	111,4	110,4	149,3	119,0	107,5	116,3	131,4	121,6	114,9
1969 1. Vj.	118,7	122,3	113,2	110,7	153,9	119,0	109,6	115,4	132,1	122,2	115,3
2. Vj.	119,3	122,4	114,6	110,9	156,3	115,3	108,8	115,4	132,7	122,6	115,6
3. Vj.	119,4	122,8	114,3	111,2	157,5	116,4	107,9	115,2	133,5	123,3	116,9

¹⁾ Gliederung nach Hauptgruppen des Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).

²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Anhang IX

Tabelle 71

Preisindex für die Lebenshaltung
 Alte Systematik, Zusatzdarstellung
 1962 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ¹⁾	Woh- nungs- nut- zung ²⁾	Dienst- leistun- gen ³⁾	Son- stige Wa- ren ⁴⁾	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ¹⁾	Woh- nungs- nut- zung ²⁾	Dienst- leistun- gen ³⁾	Son- stige Wa- ren ⁴⁾
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ⁵⁾				
1961	97,1	96,3	97,7	95,8	98,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,9	103,2	105,4	105,0	101,4	103,0	103,3	105,6	104,9	101,4
1964	105,4	105,5	111,3	109,2	102,2	105,4	105,6	112,0	108,5	102,5
1965	108,7	110,0	117,6	113,6	103,6	109,0	110,4	118,4	112,2	104,4
1966	112,7	112,9	126,9	120,8	105,5	112,8	112,9	129,5	118,4	106,8
1967	114,6	111,9	135,4	125,1	106,7	114,4	112,1	137,9	121,8	108,3
1968	116,4	109,4	145,6	131,5	107,7	116,1	109,8	148,1	128,4	109,4
1966 1. Vj.	111,7	112,7	123,9	118,0	105,4	111,8	112,8	126,0	115,8	106,3
2. Vj.	112,8	114,4	126,1	120,5	105,3	113,1	114,4	128,7	118,2	106,6
3. Vj.	112,7	112,3	127,8	121,7	105,3	112,9	112,3	130,6	119,4	107,0
4. Vj.	113,5	112,4	129,7	123,0	106,2	113,4	112,2	132,7	120,3	107,4
1967 1. Vj.	114,4	112,8	131,9	124,2	107,0	114,2	112,7	135,5	121,2	108,0
2. Vj.	114,7	113,3	134,3	124,7	106,4	114,8	113,6	137,5	121,4	108,1
3. Vj.	114,5	111,5	136,9	125,4	106,5	114,5	111,9	138,9	122,0	108,0
4. Vj.	114,6	110,0	138,4	126,2	107,0	114,1	110,1	139,9	122,6	108,5
1968 1. Vj.	116,1	109,9	142,0	130,5	106,0	115,7	110,4	143,6	127,2	109,5
2. Vj.	116,3	109,7	144,7	130,9	107,5	115,9	110,5	146,9	127,6	109,1
3. Vj.	116,2	108,2	146,7	132,0	107,4	115,9	108,6	149,6	129,0	109,4
4. Vj.	117,1	109,7	148,8	132,6	107,8	116,9	109,9	152,1	129,8	109,8
1969 1. Vj.	118,7	112,1	153,4	133,1	106,3	118,3	112,3	158,4	130,2	109,8
2. Vj.	119,3	114,0	155,7	133,7	107,8	119,3	114,6	161,1	130,6	109,6
3. Vj.	119,4	113,5	156,9	134,6	107,7	119,5	113,9	162,5	131,7	110,0

¹⁾ Ohne Gaststättenleistungen.

²⁾ Einschließlich Garagennutzung.

³⁾ Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.

⁴⁾ Ohne Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.

⁵⁾ Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Löhne und Gehälter

1960 = 100

Zeitraum	Brutto-lohn- und -gehalts-summe je beschäf-tigten Arbeit-nehmer ¹⁾	Brutto-			Tarifliche						
		stun-den-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter		
		verdienste			Löhne						
		in der Industrie ²⁾		in Indu-strie ²⁾ und Handel ³⁾		Indu-strie ²⁾		gewerb-lichen Wirt-schaft und bei Gebiets-körper-schaften ⁴⁾		Indu-strie ²⁾	
1957	81	81,3	83,0	84,8							
1958	87	86,8	86,9	89,5	90,1	89,8	92,2	91,9	90,8	90,6	
1959	91	91,5	91,4	93,2	93,6	93,3	94,4	94,3	93,8	93,6	
1960	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1961	111	110,3	110,2	108,6	108,0	108,2	107,7	108,0	108,4	107,9	
1962	121	123,0	121,4	117,9	119,2	118,9	116,8	117,0	117,6	115,9	
1963	128	132,2	129,6	125,6	126,9	126,9	123,4	123,9	123,8	122,6	
1964	139	143,3	139,8	133,8	135,6	135,3	129,6	129,9	129,6	128,3	
1965	152	157,3	154,1	144,9	145,9	145,8	138,3	138,9	138,6	136,6	
1966	163	167,8	162,9	155,4	156,3	156,4	147,4	148,2	147,1	145,0	
1967	168 a)	173,1	161,9	161,6	163,6	163,3	152,0	152,7	150,9	149,6	
1968	178 a)	180,7	172,9	169,2	170,6	169,9	157,9	158,5	156,0	154,5	
1968 Jan	} 170 a) {	175,4	164,1	165,7	165,9	165,9	153,6	154,6	152,1	151,7	
Apr		177,9	169,7	167,0	169,6	169,1	157,1	157,7	155,6	154,2	
Jul		} 186 a) {	184,1	177,5	171,1	173,2	172,2	160,4	160,6	158,0	155,7
Okt	185,5		180,3	173,0	173,5	172,7	160,7	160,9	158,4	156,0	
1969 Jan	} 184 b) {	188,2	180,0	175,8	175,8	176,0	162,9	163,7	160,6	159,0	
Apr		193,6	188,8	180,0	179,5	179,7	166,1	167,1	164,7	163,5	
Jul		181,4	181,3	167,9	168,8	166,0	164,7	

¹⁾ Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

²⁾ Einschließlich Hoch- und Tiefbau; bis 1959 ohne Saarland.

³⁾ Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe; bis 1959 ohne Saarland.

⁴⁾ Bis 1959 ohne Saarland.

⁵⁾ Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: 1. bzw. 2. Halbjahr.

a) Vorläufige Ergebnisse.

b) Erste vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

- Absicherungsgesetz** 9, 37, 56, 58, 61 f., 64, 95, 130, 132, 206
s. auch Ersatzaufwertung, steuerliche
- Agrarpolitik** 306 ff.
— bei flexiblen Wechselkursen 293 ff.
— und Strukturwandel 318 f., 329 ff.
- Arbeitskräftepotential** 41, 43, 47, 203
s. auch Produktionspotential
- Arbeitslosigkeit** 43, 203
- Arbeitsmarkt** 41 ff., 48
- Arbeitsproduktivität** 50 ff., 71, 186, 190, 315
- Arbeitszeit** 49
- Aufkommenselastizität** 113
— der Lohnsteuer 82
— des Steuersystems 113
s. auch Progression des Steuersystems, Steuerbelastungsquote
- Auftragsbestände** 22, 28
- Auftragselgang**
— aus dem Ausland 23 ff., 37
— in der Industrie 22, 28
- Auftragselgangs-Kapazitäts-Verhältnis** 28
- Aufwertung** 148, 211
— bei flexiblem Wechselkurs 245 ff.
— de-facto-Aufwertung 56
— der D-Mark 1969 9, 90, 106 f., 141
- Ausfuhr** 92, 94
— voraussehbare Entwicklung 174 f.
- Ausfuhrpreise** 175
— nach der D-Mark-Aufwertung 1961 63 ff.
— nach der Ersatzaufwertung 1968 23, 61, 63 ff., 95 f.
s. auch Preiserhöhungsspielräume, Kosten- und Preisgefälle, Preiszusammenhang, internationaler
- Ausländische Arbeitskräfte** 42 f., 47, 187, 203
- Auslastungsgrad des Produktionspotentials** 22, 25, 37 ff., 92, 187, 202
s. auch Produktionspotential
- Außenbeitrag** 90, 200, 206 ff.
s. auch Leistungsbilanzüberschuß
- Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht** 9 ff., 89 ff., 136, 206
— voraussehbare Entwicklung 173
s. auch Außenbeitrag, Leistungsbilanzüberschuß
- Bandbreitenerweiterung** 281 ff.
- Baukonjunktur** 30 f.
— voraussehbare Entwicklung 183
- Beschäftigung** 41 ff., 203, 314 f.
- Bilanz der laufenden Posten** 11, 97
- Boom** 21 ff., 130, 137
- Bretton-Woods-System** 273 ff.
- Bruttosozialprodukt** 2, 37, 40, 90, 202
— voraussehbare Entwicklung 187
- Bundesbank** 19, 111, 130 ff., 137, 141 f.
- Dienstleistungsbilanz** 97
- Direktinvestitionen im Ausland** 99, 135
- Einfuhr** 12, 55 ff., 93
— voraussehbare Entwicklung 199
- Einfuhrpreise** 95 f., 204
— nach der D-Mark-Aufwertung 1961 63
— nach der Ersatzaufwertung 1968 62 ff.
- Einkommen aus unselbständiger Arbeit** 82
- Einkommenspolitik**
s. Lohnpolitik
- Einkommensverteilung** 69 ff., 191, 215
s. auch Lohnpolitik
- Ersatzaufwertung, steuerliche** 109, 147
- Erwerbsquoten** 45 f.
- Erzeugerpreise**
— in der Industrie 59 f., 204
— in der Landwirtschaft 64, 311 f., 329 f.
- Euro-Dollar-Markt** 16 f.
- Export**
s. Ausfuhr
- Fertigwarenläger** 22, 34 f.
- Finanzierungssaldo** 114
— „high employment budget surplus“ 116
- Finanzplanung, potentialorientierte** 113
- Finanzplanungsrat** 108 ff.
- Finanzpolitik** 108 ff., 227, 233 ff.
s. auch öffentliche Ausgaben und Einnahmen
- Flexible Wechselkurse** 104 f., 242 ff., 273 ff.
— als Alternative 279 ff.
— und Agrarpolitik 298 ff.
— und Integration 292 ff.

Frankreich

- Abwertung des Franken 7 ff., 13, 56, 103, 147
- konjunkturelle Entwicklung 2
- Preisentwicklung 8
- voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung 169
- Zahlungsbilanzentwicklung 11, 13
- Zinsentwicklung 18

Geldpolitik 130 ff., 207, 226, 233 ff.

Gewinne 80 f., 194

Gold-Devisen-Kredit-Standard 273 ff.

Großbritannien

- konjunkturelle Entwicklung 4
- Preisentwicklung 8
- voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung 172
- Zahlungsbilanzentwicklung 11, 14

Grundbilanz 11, 98, 135

Import

s. Einfuhr

Industrieproduktion 37 ff.

Internationale Liquidität 278

Investitionen 27 ff., 139, 212

- der Gemeinden 109 f.
- öffentliche 122 ff.
- voraussehbare Entwicklung 183

Italien

- konjunkturelle Entwicklung 2
- Preisentwicklung 8
- voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung 170
- Zahlungsbilanzentwicklung 11 f.

Japan

- konjunkturelle Entwicklung 6
- Zahlungsbilanzentwicklung 11 f.

Kapazitätsauslastung

s. Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Kapitalexport 11, 98 ff., 127, 135 f., 138

- durch Auslandsanleihen 100

Kapitalkosten 75, 218

Kapitalproduktivität 40, 50, 53 f., 75

Konjunkturausgleichsrücklage 111, 125 f.

Konjunkturneutraler öffentlicher Haushalt 112 ff., 119 f., 181 f.

Konjunkturrat 109

Konvertibilität 273

Konzertierte Aktion 215 ff., 241

Kosten- und Preisgefälle zum Ausland 91, 148 ff., 206, 211

Kurssicherungspolitik 101, 132, 142

Lageraufbau 34 ff.

Leistungsbilanzüberschuß 12, 90, 135
s. auch Außenbeitrag, außenwirtschaftliches Ungleichgewicht

Leistungsvermögen, gesamtwirtschaftliches
s. Produktionspotential

Lohnröhl 67, 189

Löhne 65 ff.

- Lohnstückkosten 68, 80, 190, 194, 204
- voraussehbare Entwicklung 188

Lohnforzahlung 178, 189 ff., 217

Lohn-Lag 68, 70, 77
s. auch Lohnrückstand

Lohnpolitik 71, 76 ff., 205, 210, 225
— kostenniveau-neutrale 69, 72, 254

Lohnrückstand 70, 192 f., 217

Niederlande, Preisentwicklung 8

Öffentliche Ausgaben und Einnahmen 119 f.

- Finanzierungsdefizit 128
- Schuldenpolitik der öffentlichen Hand 125 ff., 134, 138
- Steuereinnahmen 121, 134
- und konjunkturneutraler Haushalt 113
- voraussehbare Entwicklung 176 ff.

Paritätsanstieg, mittelfristig garantierter 285 ff.

Präventive Einkommenssicherung 215 ff.

Preiserhöhungsspielräume der deutschen Exporteure 61

Preisindex

- des Bruttosozialprodukts 113, 119, 157
- für die Lebenshaltung 152 ff., 158, 195 ff.
- für die letzte inländische Verwendung 157

Preisniveau 159 ff., 204, 209 f.

- administrierte Preise 162, 223
- voraussehbare Entwicklung 195 ff.

Preiszusammenhang, internationaler 148 ff., 246

Produktionspotential 39

- und konjunkturneutraler Haushalt 113
- s. auch Auslastungsgrad des

Produktivität

s. Arbeits-, Kapitalproduktivität

Progression

- des Einkommensteuertarifs 82 ff.
- des Steuersystems 117, 119, 121

Regelmechanismen, konjunkturpolitische 263 ff.

- in der Finanzpolitik 271
- in der Geldpolitik 272

- Regionalpolitik** 318, 325, 336
- Sachkapazitäten**
s. Produktionspotential
- Sonderziehungsrechte** 274 ff.
- Sozialversicherung** 176, 179, 181, 190 f.
- Sparquote** 88, 184
- Stabilitäts- und Wachstumsgesetz** 112, 231, 267, 313 ff.
- Steuerbelastungsquote** 113, 119, 180
- Steuern**
s. öffentliche Ausgaben und Einnahmen
- Stufenflexibilität** 273 ff.
- Swap-Politik**
s. Kurssicherungspolitik
- Terms of Payment** 135 f., 139
- Terms of Trade** 72, 96, 309
- Übertragungsbilanz** 97
- Umsatzsteuerreform** 145 f.
— Doppelbesteuerung der Altinvestitionen 146
— Entlastung der Altvorräte 119
— Mehrwertsteuererhöhung 74, 145 f.
- Verbraucherpreise** 64, 78, 143 ff., 204
- Verbrauchskonjunktur** 86 f., 204
— voraussehbare Entwicklung 184
- Vereinigte Staaten**
— konjunkturelle Entwicklung 5
— Preisentwicklung 8
— voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung 168
— Zahlungsbilanzentwicklung 11, 13
— Zinsentwicklung 8, 16
- Währungsspekulation** 10, 101 ff., 104
- Weltkonjunktur** 1 ff.
— voraussehbare Entwicklung 167 ff.
- Wettbewerbspolitik** 224
- Zahlungsbilanz**
s. Außenbeitrag, Leistungsbilanzüberschuß
- Ziele und Zielkonflikte** 231 f., 244, 267 f.
- Zielprojektion** 242
- Zinsekulation, internationale** 16 ff.
- Zinsgefälle, internationales** 19, 100, 141 f.
- Zinsniveau**
— in den Vereinigten Staaten 16
— in der Bundesrepublik 19, 129

Dieses Gutachten ist auch als
Bundestags-Drucksache VI/100 und Bundesrats-Drucksache 615/69 erschienen.
Bezug durch den Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestraße 54